

Wege zum Frieden

Josef
Mühlbauer

Klaus
Moegling
(Hrsg.)

**Perspektiven
der kritischen
Friedensforschung**

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Mühlbauer / Moegling (Hrsg.)
Wege zum Frieden

Dieses Buchprojekt entstand in Kooperation mit dem „Conflict – Peace – Democracy Cluster“ (CPDC) sowie Empowerment for Peace.



Josef Mühlbauer, Friedensforscher, Univ.- Ass. am Institut für Rechtswissenschaftliche Grundlagen der Universität Graz. Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Empowerment for Peace (EFP), Ko-Herausgeber des Bandes *Kritische Friedensforschung* (2024) und *Zur imperialen Lebensweise* (2022). Leiter des YouTube-Kanals „Varna Peace Institute“ (VIPR).

Klaus Moegling ist habilitierter Politikwissenschaftler und Lehrerbildner, zuletzt an der Universität Kassel als apl. Professor für Politikdidaktik, er ist u.a. Autor des Buches *Neuordnung. Eine friedliche und nachhaltige entwickelte Welt ist (noch) möglich* (Verlag Barbara Budrich).

Josef Mühlbauer / Klaus Moegling (Hrsg.)

Wege zum Frieden

Perspektiven der kritischen Friedensforschung

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Publiziert mit der Unterstützung der Universität Graz und dem Zukunftsfonds der Republik Österreich sowie gefördert durch die HochschülerInnenschaft an der Universität Wien (ÖH Uni Wien).



Zukunftsfonds
der Republik Österreich



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

(Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

1. Auflage Münster 2026

© 2026 Josef Mühlbauer und Klaus Moegling

Umschlag: Egbert Lütke Fahle, Münster

Druck: Druckhaus Bechstein GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-89691-154-4

PDF-ISBN 978-3-98634-219-7

<https://doi.org/10.56715/978398634219>

Inhalt

<i>Josef Mühlbauer / Klaus Moegling</i> Einleitung – Strukturelle Gewalt und die Grenzen der Toleranz	9
Danksagung	17
Kapitel 1: Theoretische Grundlagen & Konzepte der kritischen Friedensforschung	
<i>Klaus Moegling / Josef Mühlbauer</i> Zum Wissenschaftsverständnis einer kritischen Friedenswissenschaft	21
<i>Wolfgang Hofkirchner</i> Eine radikale Friedenslogik als Existenzbedingung der Menschheit in Zeiten der Polykrise	28
<i>Wilfried Graf / Werner Wintersteiner</i> Johan Galtungs bleibende Impulse für eine Kritische Friedensforschung	44
<i>Heikki Patomäki</i> Sicherheitsdilemma und emanzipatorische Friedensforschung: Ein kritisch-realistischer Ansatz	62
<i>Oliver P. Richmond</i> Was ist ein emanzipativer Frieden?	91
Kapitel 2: Militarisierung, Sicherheitslogiken und Kriegsursachen	
<i>Heinz Gärtner</i> Ursprung und Bedeutung von Militärbündnissen	105
<i>Johannes M. Becker</i> Konflikte und ihre Regelungsmöglichkeiten	120
<i>Axel Gehring</i> Deutsche Militarisierung und die Suche nach Sicherheit	124

<i>Klaus Moegling</i> Taumelnd in den 3. Weltkrieg? Über die Möglichkeit aus dem historischen Kontext des Kriegs in der Ukraine friedenspolitisch zu lernen	130
---	-----

Kapitel 3: Diskurse, Öffentlichkeit, Medien & Wissenschaftsethik

<i>Gertrud Brücher</i> Pax oder Eirene – Zweierlei Maß – Zur Logik der Diplomatie	149
--	-----

<i>Klaus Moegling / Josef Mühlbauer / Bernhard Trautvetter / Karl-W. Koch</i> Friedenspolitische Diskursverengungen. Ein Essay	179
---	-----

<i>Arbeitskreis Herrschaftskritische Friedensforschung der AFK</i> Wissenschaftsfreiheit als Prämisse von Friedens- und Konfliktforschung	190
--	-----

<i>Jörg Becker</i> Der Umgang der Massenmedien mit Krieg – Strukturelle Produktionsbedingungen	195
--	-----

<i>Fabian Goldmann</i> Stell dir vor, es ist Genozid und keiner berichtet darüber	204
--	-----

<i>Jannis Julien Grimm / Thaddäa Sixta</i> Fehlende Worte und gewaltvolle Sprache im Kontext von Gaza: Die Friedens- und Konfliktforschung zwischen Bekenntniszwang und historischer Verantwortung	213
---	-----

Kapitel 4: Dekoloniale, feministisch-intersektionale & ökologische Ansätze

<i>Christina Pauls / Mahdis Azarmandi</i> Kolonialität des Friedens	229
--	-----

<i>Juliana Krohn</i> Zwischen den Wänden – Herrschaftskritische Friedensforschung inmitten institutioneller Gewalt	251
--	-----

Rosa Logar

Widerstand gegen Kriegslöge und Förderung einer feministischen Friedenslöge. Am Beispiel der Entstehung von Women's International League for Peace and Freedom – WILPF 270

Jürgen Scheffran

Nachhaltigen Frieden erhalten, entfalten, gestalten: Konflikttransformation und sozial-ökologische Transformation in der Klimakrise 279

Kapitel 5: Technologien, Überwachung und Kontrolle

Karl Hans Bläsius / Klaus Moegling

KI und Krieg: Wann entgleitet den Menschen die Kontrolle über die Waffensysteme? 293

Jean Linis-Dinco

Vom Gedanken zur Bedrohung: KI, Überwachungsstaaten und die Unterdrückung der ideologischen Freiheit 302

Kapitel 6: Friedensarbeit, Widerstände und zivile Initiativen

Sophia Stanger

Friedensarbeit für ökologische Gerechtigkeit? Zum Ansatz des „Environmental Peacebuilding“ in Zeiten der planetaren Krise 323

Gerhard Senft

Anarchisten – Deserteure – Meuterer. Zur Gehorsamsverweigerung im Ersten Weltkrieg 335

Davide Brocchi

Leviathan, Homo Oeconomicus und Auswege aus der Polykrise 347

Christine Schweitzer

Soziale Verteidigung – eine Alternative zu militärischer Abwehr von Angriffen von innen oder außen 355

Kapitel 7: Fallstudien, transdisziplinäre Ansätze, Länder und regionale Konfliktanalysen

<i>Ingar Solty</i> Trump 2.0: Klassenkampf, Populismus und die autoritäre Wende der USA	373
<i>Anna Laetitia Rauchenwald</i> Machtwechsel im Sahel – Friedensperspektiven jenseits der militaristischen und kapitalistischen Logik	380
<i>Patricia Rinck</i> Peacebuilding und die Rückkehr zum Status Quo in Sierra Leone	386
<i>Klaus Moegling</i> NATO-Militär und russisches Militär im quantitativen Vergleich Der Ertrag deskriptiver Statistik zur Beantwortung einer zentralen friedenspolitischen Fragestellung	400
<i>Josef Mühlbauer / Christo Kaftandjiev</i> Dekonstruktion von Helden und Schurken. Semiotik und kritische Friedensforschung	410
<i>Gregor Walter-Drop</i> „Systemkonkurrenz“? Der westliche Blick auf das Verhältnis zu China	425
<i>Josef Mühlbauer / Klaus Moegling</i> Appell gegen die nukleare Aufrüstung und Eskalationsspiralen Qualitative Interviews im Rahmen einer explorativen Studie	438
Verzeichnis der Herausgeber und Autor:innen	449

Josef Mühlbauer / Klaus Moegling

Einleitung – Strukturelle Gewalt und die Grenzen der Toleranz

Es gibt einen Weg,
den keiner geht,
wenn Du ihn nicht gehst.
Wege entstehen,
indem wir sie gehen.
(Werner Sprenger:
Gedichte zum Auswendigleben)

Das vorliegende Buch versucht Wege zum Frieden aus der Sicht unterschiedlicher Zugänge zu einer kritischen Friedensforschung zu analysieren und auch konzeptionell zu entwickeln. Autoren:innen aus verschiedenen, vor allem gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen versuchen – auch mit dem Blick über den fachlichen Tellerrand – theoretisch und empirisch die Friedensthematik zu bearbeiten.

Die kritische Friedensforschung ist ein dynamisches, sich ständig entwickelndes und interdisziplinäres Feld, das an der Schnittstelle von Wissenschaft, Aktivismus/ Friedensbewegung, Politik und zivilgesellschaftlichen Institutionen arbeitet. Das kritische Potenzial dieses Forschungsgebietes fordert uns dazu auf, nicht nur die Bedingungen von Krieg und Frieden zu analysieren (Kriegsursachenforschung), sondern auch die epistemologischen, normativen und strukturellen Grundlagen unserer Wissenschaft und Praxis selbstreflexiv zu hinterfragen. Dieses Buch bringt zentrale Themen und Problemstellungen der kritischen Friedensforschung zusammen und bietet Raum für Reflexion, Analyse und kreative Ansätze, um den Herausforderungen einer konfliktreichen Welt zu begegnen und Wege sichtbar zu machen, die zum Frieden in Konflikt- und insbesondere in Kriegssituationen führen könnten.

Dieser Band ist die Fortsetzung und Weiterentwicklung des 2024 erschienenen Buches „Kritische Friedensforschung. Konzepte, Analysen und Diagnosen“ (Mühlbauer/Lakitsch 2024). Beide Bände beanspruchen nicht, ein homogenes Feld einer kritischen Friedensforschung zu vertreten. Im Umfeld der kritischen Friedensforschung stehen Ansätze, die sich untereinander oft ergänzen, aber manchmal auch stark kritisieren. Ansätze des Neuen Materialismus und Posthumanismus gehen sogar noch einen Schritt weiter und kritisieren das Paradigma der Kritik selbst (vgl. Mühlbauer/Lakitsch 2024: 15). Es sind gerade diese hier beschriebenen unterschiedlichen theoretischen Zugänge und praktischen Schlussfolgerungen, welche die Kreativität

der kritischen Friedensforschung und die Möglichkeit voneinander zu lernen ermöglichen. Genau genommen geht es im Rahmen dieses Bandes um Friedenswissenschaft, da die thematischen Bezüge sich auf die Theoriebildung, die Zeitdiagnostik und den empirischen Forschungsbereich beziehen. Jedoch wird auch im vorliegenden Band der Begriff der Friedenswissenschaft und der Friedensforschung synonym benutzt, so wie es in der Tradition dieses gesellschaftswissenschaftlichen Zugangs üblich ist (vgl. Mühlbauer 2023).

Selbstreflexion und Positionalität

Ein zentraler Bestandteil der kritischen Friedensforschung ist die Selbstreflexion: Wer forscht? Mit welchen Privilegien, Perspektiven und möglichen analytischen Lücken wird geforscht? Welche Perspektiven kommen zu kurz oder werden gar ausgeblendet in der Analyse? Die kritische Friedensforschung verlangt Transparenz über die eigene Positionalität, damit die eigenen Vorannahmen, Privilegien und die eigene Position im Feld der Macht sichtbar gemacht werden. Dabei geht es nicht nur um individuelle Reflexion, sondern auch darum, disziplinäre und institutionelle Strukturen zu hinterfragen, die spezifisches Wissen produzieren und später auch reproduzieren. Die Soziologin Natasha Kelly (2021) hat aus ihren postkolonialen Perspektiven zu Recht die kritische Frage gestellt: Welches Wissen wird, wann und von wem, wie produziert und von wem reproduziert? Obwohl, oder gerade weil wir in diesem Buchband überwiegend weiße, heterosexuelle, privilegierte, männlich-gelesene Autoren vertreten haben, waren wir bemüht, eine intersektionale Denkweise einzubinden. Dank dieser intersektionalen und postkolonialen Denkweise können wir analytisch die strukturellen und epistemischen Formen der Ausbeutung, Unterdrückung und Herrschaft entlang von den Kategorien race, class, gender, disability, age, religion (etc.) erfassen. Weil wir aus einem akademischen Kreis kommen, sind wir bemüht, für ein nicht-akademisches Publikum zu schreiben. Adressat dieses Buches ist ein möglichst breiter Kreis von Menschen, die sich Fragen zu Krieg, Frieden und Herrschaft stellen.

Macht- und Herrschaftsverhältnisse

Die Analyse, Beobachtung und Dekonstruktion von Macht- und Herrschaftsverhältnissen ist ein zentrales Anliegen der kritischen Friedensforschung. Strukturelle Gewalt (im Sinne Johan Galtungs) und Unterdrückungsmechanismen sind nicht nur Ursachen von Konflikten und Kriegen, sondern prägen auch die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen Wissenschaft betrieben wird und unter denen gesellschaftliches Wissen produziert und reproduziert wird. Die kritische Friedensforschung zielt darauf ab, diese Strukturen zu dekonstruieren und alternative Wege zu finden, um Emanzipation, sozial-ökologische Gerechtigkeit und Befreiung von Herrschaft

zu fördern – sei es durch die Überwindung kolonialer Denkmuster auf einer epistemologischen Ebene oder durch die Entlarvung neoliberaler Herrschaftsformen im Deckmantel des ökonomischen Wachstums.

Mit einfacheren Worten: Herrschaft ist in Strukturen eingebundene Machtausübung über andere. Unterdrückungsstrukturen verfolgen das Ziel, die Interessen Einzelner oder einer Elite einseitig durchzusetzen. Eine Gesellschaft hat ein hohes Friedenspotenzial, die ein geringes Maß an Unterdrückungsstrukturen bzw. struktureller Gewalt (Galtung) aufweist.

Epistemologie und Wissensproduktion

Die Frage, unter welchen gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, Wissen entsteht und wessen Wissen legitimiert wird, ist von zentraler Bedeutung (vgl. Basaglia 1980; Chomsky 2008; Sousa Santos/Meneses 2020; Dev Regmi 2022; Omodan 2024; Isasi-Diaz/Mendieta 2012; Mignolo 2009). Kritische Friedensforschung bricht mit hegemonialen, eurozentrischen und logozentrischen Wissensansätzen und fordert eine Pluralität epistemologischer Perspektiven ein. Subjektive, leiblich-sinnliche und lokale Wissensformen werden als notwendige Ergänzungen wissenschaftlicher Diskurse anerkannt. Durch kreative, inter- und transdisziplinäre Ansätze – wie visuelle und performative Methoden – können neue Perspektiven auf Frieden und Konflikt eröffnet werden.

Sinnliche Erfahrungen haben eine wichtige Erkenntnisfunktion und können wissenschaftliche Expertise auf der subjektiven Ebene ergänzen. Leiblich-sinnliche Erfahrungen können wissenschaftlich einseitigen Erkenntnissen widersprechen und auf deren Unterkomplexität aufmerksam machen. Mit den Worten von Walter Mignolo (2009: 2):

Wer, wann, warum und wo wird Wissen generiert (und nicht einfach produziert, wie Autos oder Handys)? Diese Frage(n) zu stellen bedeutet, die Aufmerksamkeit vom Ausgesprochenen auf die Äußerung zu lenken. Und indem man das tut, stellt man Descartes' Diktum auf den Kopf: Anstatt anzunehmen, dass das Denken vor dem Sein kommt, geht man stattdessen davon aus, dass es ein rassistisch geprägter Körper in einem geo-historisch geprägten Raum ist, der den Drang verspürt oder den Ruf verspürt zu sprechen, den Drang zu artikulieren, der Lebewesen zu „menschlichen“ Wesen macht.

Die Vorherrschaft eurozentrischer Wissenssysteme kritisch zu betrachten und gleichzeitig die Bedeutung von marginalisierten Epistemologien, die aus langen Kämpfen und kolonialen Widerstandserfahrungen des Globalen Südens entstanden sind, ist nicht nur die zentrale Aussage von Boaventura de Sousa Santos und Maria Meneses (2020), sondern auch ein Anliegen dieses Bandes. Vor allem im Beitrag von Jannis Julien Grimm und Thaddäa Sixta werden die epistemischen Grundlagen der Friedensforschung im Kontext von Gaza einer kritischen Analyse unterzogen.

Normativität und politisches Engagement

Die kritische Friedensforschung ist normativ und steht klar auf der Seite der von Kriegen, Ungerechtigkeiten und Repression Betroffenen. Sie setzt sich für gesellschaftliche Veränderung ein und lehnt die Illusion eines „neutralen“ Wissenschaftsstandpunkts ab. Diese Position erinnert an Noam Chomskys (2008) Forderung nach der „Verantwortung der Intellektuellen“ und ermutigt Forschende, aktiv für Gerechtigkeit, Frieden und Emanzipation einzutreten. Kritische Friedensforschung lehnt eine scheinbar distanzierte, objektive, unpolitische und emotionslose Grundhaltung des Beobachtens und der Deskription von Konflikten und Kriege ab, da es sich um einen „fiktiven Nullpunkt“ (Castro-Gomez 2005: 3) und einer „quasi-göttlichen Position“ (Haraway 1988: 581) handelt (vgl. Mühlbauer 2023).

In Anlehnung an feministische Standpunkttheorien (Harding 2016), kritische Friedensforscher:innen des „Local Turns“ (Richmond und Mac Ginty 2013) und herrschaftskritische Ansätze (Exo 2023; Brunner 2020) soll Wissenschaft nicht nur deskriptiv, sondern auch präskriptiv, d.h. auch normsetzend, arbeiten. Sie beschreiben damit nicht nur die epistemischen Praktiken und deren Beziehungen zu Macht und sozialer Organisation. Sie zeigen darüber hinaus, dass „objektiv“ nicht gleich wertneutral heißt. Es braucht also aus epistemologischer Sicht die Zuwendung zum lokalen und situierten Wissen, insbesondere der Subalternen. Und als Resultat muss hier mit einem breiten, emanzipativen (Richmond), positiven (Galtung), komplexitäts-orientierten (Jaberg) Friedensbegriff gearbeitet werden, nur so wird man den verschiedenen intersektionalen Unterdrückungskategorien von race, class, Gender etc. in der Analyse „objektiv“ gerecht. Mit diesem post- bzw. dekolonialen, feministischen und herrschaftskritischen Verständnis von Wissen(-schaft) können Leerstellen, teleologische (sowohl marxistische als auch liberale) Fortschrittsnarrative, Herrschaft bekräftigende Praktiken der Unterdrückung und Ausbeutung sowie mit dieser verbundenen koloniale Komplizenschaft (auch kritischer) westlicher Wissenschaftler:innen verdeutlicht und dekonstruiert werden.“ (Mühlbauer 2024a).

Hier sind Ähnlichkeiten mit dem in der idealistischen Tradition stehenden Ansatz von Dieter Senghaas (1994) zu sehen („Zivilisatorisches Hexagon“). Senghaas, ein deutscher Vertreter der Dependenztheorie, erklärt die weltweiten sozialen Unterschiede und das Reichtumsgefälle aus der weltwirtschaftlichen Abhängigkeit u.a. über die herrschenden Welthandelspreise. Über das Phänomen des „ungleichen Tauschs“ werden Rohstoffe aus dem globalen Süden zu geringen Preisen exportiert und im Gegenzug verarbeitete Waren aus dem globalen Norden stark übersteuert in den Süden importiert. Die Folge sei strukturelle Heterogenität, eine soziale Zerklüftung und Marginalisierung in den Gesellschaften des globalen Südens. Dies kann keine Voraussetzung für den Frieden sein. Soziale Gerechtigkeit sei eine der Grundvoraussetzungen für den Frieden in der Welt. Senghaas entwickelte sechs für eine friedliche

Gesellschaft maßgebliche Faktoren als Ausdruck eines erfolgreichen Zivilisierungsprozesses: Entprivatisierung von Gewalt (öffentliches Gewaltmonopol), rechtsstaatliche Kontrolle des Gewaltmonopols, demokratische Struktur und demokratische Entscheidungsprozesse, soziale Gerechtigkeit, kompromissförmige Konfliktlösung im Rahmen einer multinationalen Gesellschaft und Konflikt- und Affektkontrolle in einer Situation wechselseitiger Abhängigkeit. Sind diese Faktoren gegeben, sei eine eher friedensstiftende Funktion dieses Staates im weltpolitischen Kontext wahrscheinlicher, da innere Zivilisierung mit Zivilisierung nach außen in einem Zusammenhang stehe. Allerdings darf hierbei nicht verschwiegen werden, dass sich Senghaas' Ansatz vorwiegend auf westliche (europäische) Staaten bezieht und davon ausgeht, dass das gegenwärtige westliche Entwicklungsmodell eine geeignete universelle Vorlage für die Beschreibung derartiger friedensstiftender Faktoren und deren Zusammenwirken ist. Hierbei geraten Entwicklungen in anderen Kulturen sowie zukünftige Entwicklungen alternativer und kommunitärer Lebenskulturen weniger in den Blick. Widersprüche und Gewaltimmanenzen der westlichen Moderne würden ausgeblendet.¹

Andererseits thematisiert Dieter Senghaas weitsichtig die Rolle innerstaatlicher Toleranz hinsichtlich pluraler Lebensentwürfe in Bezug auf die transnationale Toleranz als Friedensvoraussetzung. So befindet er sich in der Tradition mit Immanuel Kant (1795) und betont, dass innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Frieden zusammengehören:

Pluralisierung als wahrgenommene Bedrohung und eine sowohl institutionell abgesicherte als auch emotional verankerte Toleranz als Lösung: Das ist, weltweit betrachtet, eine der großen Herausforderungen für die Menschheit im 21. Jahrhundert, nicht weniger wichtig als die sich akzentuierenden weltweiten Umwelprobleme. Ein Rückblick auf das 20. Jahrhundert verdeutlicht die Brisanz der Problematik. In ihm wurden 'Alternativen' zur Toleranz auf barbarisch-grauenvolle Weise vielfach durchexerziert: Ausgrenzung, Ghettoisierung, Apartheid, Vertreibung, 'ethnische Säuberung', Völkermord und vor allem Bürgerkriege in vielen Varianten, Kriege und Weltkriege. (Senghaas 2006)

Dieser Einschätzung der Rolle von Toleranz für pluralistische Weltentwürfe, Politikkonzepte und Lebensstile soll sich hier angeschlossen werden. *Hierbei hat natürlich die Toleranz ihre Grenze, wenn andere z.B. in Religionen oder politischen Konzepten enthaltene Werte gegen die in der UN-Charta formulierten Menschenrechte verstoßen und selbst intolerante Gruppen und Personen Toleranz für sich einfordern.* Es kann ja nicht sein, dass die internationale Gemeinschaft auf völkerrechtswidrige Angriffskriege mit Toleranz antwortet und den angegriffenen Staat sich selbst überlässt. Daher finden sich auch in der UN-Charta Regelungen, wie auf derartige Verletzungen des Völkerrechts reagiert werden kann.²

1 Vgl. zur weiterführenden Kritik des zivilisatorischen Hexagons: Imbusch (2002).

2 Die Überlegungen zum Friedensverständnis sind in modifizierter Form entnommen von Moegling (2025: 509f.).

Wolfgang Hofkirchner formuliert (in diesem Band) die notwendige globale Entwicklungsperspektive ausgesprochen zutreffend:

Die Antagonismen im Bereich der Gesellschaft, der Natur und der Technik verursachen Bedrohungen, weil sie die Verfolgung partikularer Interessen auf Kosten der Allgemeinheit bedeuten. Der Zusammenschluss der Systeme in ein gemeinsames großes Ganzes verlangt die Selbstbegrenzung der Akteure durch Beachtung der Einheit durch Vielfalt. Die Erkenntnis und Akzeptanz dieser objektiven Existenzbedingungen sind zur subjektiven Existenzbedingung der Menschheit heute geworden. Die Erfüllung dieser Bedingung ist die Voraussetzung für die Überwindung der Krise und aufgrund der evolutionär grundlegenden Fähigkeiten der Menschen zur Kognition, Kommunikation und Kooperation auch möglich.

Die Gewaltfrage

Die Frage nach der juristisch legitimen, moralisch-ethisch bzw. politisch gerechtfertigten Gewalt ist eines der zentralen Spannungsverhältnisse der kritischen Friedensforschung. Sie steht in einem produktiven Dialog zwischen zwei Idealpositionen, nämlich zwischen Pazifismus und der Diskussion um die legitime Anwendung von Gewalt. Zu letzterer gehört eine lange Debatte, die seit dem Mittelalter geführt wird, und zwar die Debatte um den „gerechten Krieg“ (Augustinus, Thomas von Aquin).

Bei diesem Spannungsverhältnis geht es darum, kreative, nicht-gewaltsame Methoden der Konfliktlösung zu fördern, ohne die komplexen ethischen und politischen Herausforderungen auszublenden, die mit Gewaltfragen verbunden sind. Es sind jedoch durchaus Situationen denkbar, in denen ein Pazifismus auch einhergeht mit der Zustimmung zu Gewalt- und Machtverhältnissen. Es gibt bestimmte Situationen, in denen man durch den Verzicht von Gewalt sich ebenso schuldig macht, wie durch dessen Anwendung (vgl. Wasmuth 1998). Sollen wir bei offensichtlichen Gewalttaten tatenlos zusehen und pazifistisch sein? Ist das nicht eine stillschweigende Zustimmung oder Ignoranz dieser Gewalt? Oder sollen wir nach der jesuanischen Ethik die andere Wange auch hinhalten, bzw. den ersten Stein erst dann werfen, wenn wir frei von jeglicher Schuld sind? Diese alten, aber immer noch brisanten Fragen der Ethik beschäftigen auch die kritische Friedensforschung (vgl. Berndt/Mühlbauer 2024). Diese hier kurz aufgezeigte Ambivalenz zeigt, dass die kritische Friedensforschung nicht dogmatisch, sondern offen für kontroverse Debatten sein muss, will sie diesen scheinbar unlösbaren ethischen Fragen begegnen. Es ist genau jenes Spannungsverhältnis zur Gewaltfrage, das viele Forscher:innen in Bezug auf den Nahost-Konflikt und Ukrainekrieg spaltet.

Die kritische Friedensforschung positioniert sich zur Gewaltfrage differenziert, indem sie sowohl den Pazifismus als Ideal als auch die Möglichkeit der legitimen Anwendung von Gewalt in spezifischen Kontexten reflektiert. Im Artikel von Josef Mühlbauer und Michael Berndt (2024), der sich auf das Spannungsverhältnis

zwischen Gewaltfreiheit und legitimer Gewaltanwendung konzentriert, wird dieses Dilemma anhand von ethischen und politischen Überlegungen präzisiert. Die vollständige Ablehnung von Gewalt ist ein normatives Ziel der Friedensbewegung und ein zentraler Bestandteil vieler friedensethischer Diskurse. Gewaltfreiheit wird als moralisch überlegene Haltung gesehen, da sie sich gegen die Logik von Unterdrückung und Machtmissbrauch wendet. Gleichzeitig gibt es Situationen, in denen Gewalt zur Verteidigung oder zum Schutz der Schwächsten als unvermeidlich betrachtet wird. Solche Gewaltanwendungen müssen jedoch eng begrenzt, legitimiert und kritisch hinterfragt werden, denn besonders hier wird Tür und Tor für Kriegspropaganda und der Rechtfertigung für Kriege geöffnet. Denn ist nicht jeder moderne Krieg ein Selbstverteidigungskrieg? Welcher Staat hat deklariert offenkundig einen illegitimen und böswärtigen Angriffskrieg zu führen, um z.B. die Ressourcen des Gegners zu stehlen? Diese Fragekonstellationen zeigen daher auf, dass in der Gewaltfrage die Fragen nach Macht- und Herrschaftsverhältnissen sowie struktureller und epistemischer Gewalt ebenso zentral sind.

Die kritische Friedensforschung erweitert die Diskussion über Gewalt, indem sie auf Johan Galtungs Konzept der strukturellen Gewalt verweist. Gewalt ist nicht nur als direkte physische Gewalt zu verstehen, sondern umfasst auch systemische Unterdrückung, Armut und Ungleichheit, die durch gesellschaftliche und politische Strukturen aufrechterhalten werden. Gewalt, die eingesetzt wird, um strukturelle Gewalt zu beenden, stellt eine ethische Herausforderung dar, da sie selbst Teil eines gewaltsamen Systems werden kann. Handelt es sich hierbei um einen performativen Widerspruch? Der normative Anspruch einer kritischen Friedensforschung verpflichtet sich, die Perspektiven der Subalternen, der von Gewalt betroffenen Personen und der Ausgebeuteten einzunehmen.

Das kritische Element der kritischen Friedensforschung

Das kritische Element der Friedensforschung liegt in ihrem Mut, unbequem zu sein oder sozusagen als „feministischer Spielverderber:in“ zu fungieren, wie Sara Ahmed (2024) es pointiert formuliert hatte. Ahmed (2024) fordert uns heraus, nicht nur auf einer abstrakten Ebene globale Ungerechtigkeiten, sondern auch auf konkreter Ebene Machtstrukturen in unseren eigenen Institutionen zu hinterfragen. Kritische Friedensforschung darf sich nicht vom medialen Mainstream beeinflussen lassen, sondern sollte alle Informationsquellen abwägend berücksichtigen und dann auch dominante Narrationen gegen den Strich bürsten. Kritische Friedensforschung ist somit vom Geschmack her, wenn wir diese Metapher von Pierre Bourdieu entnehmen wollen, oft bitter und sauer. Kritische Friedensforschung wirkt mit anderen Worten daher frustrierend und kontrovers, aber sie eröffnet neue Denk-, Seh- und Handlungsräume, die notwendig sind, um gesellschaftliche und wissenschaftliche

Paradigmen und hegemonial etablierte Denkmuster zu verändern. Nur so können Wege zum Frieden eingeschlagen werden, die von dem herkömmlichen Sicherheits- und Abschreckungsdenken wegführen.

Quellen

- Ahmed, Sara (2024): *Feminist Killjoy. Das Handbuch für die feministische Spaßverderber:in*. Münster: Unrast Verlag.
- Basaglia, Franco & Basaglia-Ongaro, Franca (1980): *Befriedungsverbrechen: über die Dienstbarkeit der Intellektuellen*. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Berndt, Michael & Mühlbauer, Josef (2024): *Frieden durch Gewalt!? Konturen einer Disziplin in Zeiten von Krise und Krieg*. In: *Forum Wissenschaft*(2024): *Kriegstüchtig oder friedensfähig? Wissenschaft und die „Zeitenwende“*, Nr. 1, März (41), S. 4-8.
- Boaventura, de Sousa Santos & Meneses, Maria (2020): *Knowledge Born in the Struggle. Constructing the Epistemologies of the Global South*. London: Routledge.
- Chomsky, Noam (2008): *Die Verantwortlichkeit der Intellektuellen. Zentrale Schriften zur Politik*. München: Kunstmann.
- Isasi-Diaz, Ada Maria & Mendieta, Eduardo (2012): *Decolonizing Epistemologies: Latina/o Theology and Philosophy: Latina/o Theology and Philosophy*. Fordham University Press.
- Kelly, Natasha (2021): *Interview mit Josef Mühlbauer*. In: *Varna Peace Institute*, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=JDJlBvXcBdc&t=3389s>.
- Mignolo, Walter (2009): *Epistemic Disobedience, Independent Thought and De-Colonial Freedom*. In: *Theory, Culture & Society*, SAGE. Vol. 26(7-8), S. 1-23.
- Moegling, Klaus (2025): *Realignment. A peaceful and sustainably developed world is (still) possible*. Kassel, 4rth updated and expanded international edition, <https://www.klaus-moegling.de/international-edition/>.
- Moegling, Klaus & Mühlbauer, Josef (2025): *Komplexes Friedens- und Wissenschaftsverständnis einer kritischen Friedensforschung*. In: *Limina*, Jg 8, Heft 2. DOI: 10.25364/17.8:2025.2.4.
- Mühlbauer, Josef (2023): *Wohin laufen sie denn? Zum Frieden! Dritte Alternative und ein breiter, präskriptiver Friedensbegriff*. In: *Wissenschaft & Frieden (W&F)*, Ausg. 3 (23), URL: <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/worum-es-eigentlich-geht/>.
- Mühlbauer, Josef & Lakitsch, Maximilian (2024): *Kritische Friedensforschung. Konzepte, Analysen & Diagnosen*. Mandelbaum Verlag.
- Omodan, Bunmi Isaiah (2024): „The Roles of Epistemology and Decoloniality in Addressing Power Dynamics in University Education.“ *Globalisation, Societies and Education*. S. 1-15.
- Regmi, Kapil Dev (2022): „Decolonizing Epistemologies of the Global South: Perspectives from Canada.“ *Multicultural Education Review* 14 (4): S. 258-276.
- Senghaas, Dieter (2006): *Hat Frieden Zukunft? In: Zeitschrift der Katholischen Akademie in Bayern „zur Debatte“*, 7/2006. S. 21-23.
- Wasmuth, Ulrike (1998): *Geschichte der deutschen Friedensforschung. Entwicklung – Selbstverständnis – Politischer Kontext*, Münster.

Danksagung

Danken möchten wir den Teilnehmenden der Forschungstagung der Sektion „Transnationale und intersektionale Herrschaftskritik 2024“, insbesondere Julia Maria Cardenas Alfonso, Philipp Lottholz, Marcos Scauso, Adian Gnoth, Leon Kianzad, Angela Lederach und Lucia Mesa Velez. Dort konnten wir wichtige Impulse gewinnen zu Fragen, was das Kritische an der kritischen Forschung ist.

Danke an Werner Wintersteiner, Sabine Jaberg, Mechthild Exo und David Scheuing für das sehr konstruktive und kritische Feedback. Insbesondere Sabine Jaberg möchten wir für ihre strukturierten Gedanken, kritischen Anmerkungen und ursprünglichen Initialzündung danken, ohne sie wäre wohl dieses Buch nicht in dieser Form zustande gekommen.

Ein spezieller Dank geht an die Arbeitsgruppe „Herrschaftskritischer Friedensforscher:innen“ der AFK. Deren Selbstverständnis sei hier nochmals Platz eingeräumt:

Ausgehend von einem Unbehagen an einer drittmittelgetriebenen und zunehmend unreflektierten Anwendungsorientierung von Wissenschaft und einer Kritik an der Normalisierung operativer und kognitiver Nähe der Friedens- und Konfliktforschung zum Militär will dieser Arbeitskreis eine Plattform für jene Kolleg*innen bieten, die ihr Tun in diesem Feld anders verstehen: orientiert an zivilgesellschaftlichen Interessen und Akteur*innen, vernetzend zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden, inspiriert insbesondere von post- und dekolonialen und damit verknüpften feministischen sowie marxistischen Perspektiven, im Austausch nicht nur unter Wissenschaftler*innen, sondern auch mit Aktivist*innen und sozialen Bewegungen, die nicht in erster Linie zu Beforschende sind, sondern von und mit denen wir in Theorie und Praxis kritischer Wissensproduktion lernen wollen.¹

An dieser Stelle wollen wir auch um den freundlichen, kompetenten, herzlichen, aufrichtigen Menschen mit Cowboystiefeln und Rauschebart, nämlich Michael Berndt, gedenken, der ebenfalls ein fester Bestandteil des AK Herrschaftskritische Friedensforschung war. Auf sein Interview im Rahmen von VIPR² als auch auf seine Publikationen³ möchten wir hier aufmerksam machen, denn sein polit-ökonomischer Ansatz ist ein wichtiger Baustein kritischer Friedensforschung. Sein Plädoyer zurück

-
- 1 AK Herrschaftskritische Friedensforschung (2025), URL: <https://afk-web.de/cms/arbeitskreise-der-afk/arbeitskreis-herrschaftskritische-friedensforschung/> [22.03.2025].
 - 2 Interview von Josef Muehlbauer vom VIPR – Varna Peace Institute am 28.6.2022 auf Youtube: <https://www.youtube.com/watch?v=66AddRsJZ1U> [22.03.2025].
 - 3 Homepage Michael Berndt, URL: <http://www.miel-berndt.de/MB/Welcome.html> [22.03.2025].

zur „Wannsee-Erklärung“⁴, die Wurzeln der kritischen Friedensforschung nochmals mit neuem Leben zu beseelen, wurde vom AK Herrschaftskritische Friedensforschung ernst genommen.

Wir danken zudem sehr herzlich für die finanzielle, redaktionelle, fachliche und institutionelle Unterstützung: Rosa Logar, dem Martha Logar Fond für Frauen, Frieden und Abrüstung, Juliana Krohn, der Österreichischen HochschülerInnen-schaft, der Universität Graz, Prof. Dr. Jürgen Pirker und Dr. Maximilian Lakitsch.

⁴ Michael Berndt (2023): Back to the roots. In: CPD Policy Blog, Empowerment for Peace. URL: <https://policyblog.empowermentforpeace.org/2023/06/back-to-the-roots/> [Abgerufen am 19.4.2025].

Kapitel 1:
Theoretische Grundlagen &
Konzepte der kritischen Friedensforschung

Die kritische Friedensforschung bzw. Friedenswissenschaft hat sich als ein transformativer und transdisziplinärer Ansatz der Friedens- und Konfliktforschung etabliert (vgl. Mühlbauer/Lakitsch 2024). Während Ansätze der Sicherheitsstudien, bzw. traditionelle Ansätze sich häufig auf „Sicherheit“ oder auf die Abwesenheit direkter Gewalt („negativer Frieden“) fokussieren, erweitert die kritische Friedensforschung den Blick auf Formen kultureller, struktureller und epistemischer Gewalt, d.h. auf Ungerechtigkeiten, Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Dieses Kapitel widmet sich daher den wissenschaftlichen Grundlagen und fragt folgende Fragen: Von welchen epistemologischen, methodologischen und normativen Annahmen, Begriffen, Thesen und Theorien geht die kritische Friedensforschung aus?

Ausgangspunkt ist die Annahme, dass Frieden nicht als bloße Abwesenheit von Krieg und allein auf ein technisches Management von Konflikten reduziert und verstanden werden kann. Erst durch eine detaillierte Kriegsursachenforschung, durch die kritische Hinterfragung struktureller Gewalt, in Form von ökonomischer Ausbeutung, institutionalisierten Rassismus oder geschlechterbasierter Diskriminierung, werden die Ursachen von Konflikten und Kriege hervorgehoben. Selbstkritisch wird die eigene Rolle der Wissenschaft ebenfalls reflektiert, da sie als eingebettet in Macht- und Herrschaftsverhältnisse betrachtet wird. Hierzu stellen wir folgende Fragen: Wer definiert Frieden? In wessen Namen wird für Sicherheit gekämpft? Welche Wissenssysteme werden privilegiert, welche hingegen marginalisiert?

Zentral für dieses Wissenschaftsverständnis ist zudem die Verbindung von Theorie und Praxis. Es geht nicht bloß um eine deskriptive Beschreibung, sondern um ein emanzipatorisches Projekt, welches dazu beitragen möchte, Herrschaftsverhältnisse zu überwinden. Kritische Friedensforschung begreift sich also nicht als neutraler Beobachter, sondern als eingreifende Wissenschaft (vgl. Wintersteiner 2024). Daraus ergeben sich wiederum Spannungsfelder, die noch beforscht und thematisiert werden müssten: Wie lässt sich ein emanzipativer Friedensanspruch mit universellen Werten und gleichzeitig mit kultureller Diversität vereinen? Welche forschungsethischen Dilemmata ergeben sich aus der eingreifenden oder aktivistischen Forschung? Wie kann diese Art der Wissenschaft marginalisierte Stimmen selbst zu Wort kommen lassen, statt stellvertretend für sie zu sprechen/schreiben? In diesem Kapitel wollen wir daher einen fortwährenden Dialog schaffen – zwischen Theorie und Praxis, zwischen Globalem Norden und Süden, zwischen Wissenschaft und Aktivismus, zwischen Objektivität und Normativität.

Klaus Moegling/Josef Mühlbauer

Zum Wissenschaftsverständnis einer kritischen Friedenswissenschaft

Wissen und Wissenschaften sind gesellschaftlich konstruiert (Berger/Luckmann 1980). Wissenschaft versucht, eine systematische Produktion von Wissensbeständen über Theoriebildung und Untersuchungsmethoden zu erreichen, um der Zufälligkeit und Intransparenz in der Entstehung von Wissen zu begegnen und zu systematischen Problemlösungen beizutragen. Hierbei kann nur aus einer unkritischen Perspektive heraus von der Objektivität, d.h. von der Unabhängigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse vom Forschenden und von der Methodik, gesprochen werden. Wissenschaftliche Erkenntnisse und die Forschungsgemeinschaft sind in einer Abhängigkeit zu gesellschaftlichen Entwicklungen und innerhalb bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu begreifen (vgl. Foucault 1994). Sowohl die Auswahl der zu untersuchenden Problematik, der theoretischen Zugänge, der Untersuchungsmethoden sowie die Analyse und Interpretation der erhaltenen Ergebnisse sind subjektiv eingefärbt und gesellschaftlich codiert. Hier spielen Variablen wie Stand der Technikentwicklung, politisches und ökonomisches System, Geschlecht, Alter, Klasse, Religion, geografische Herkunft etc. eine wesentliche Rolle in der Konstruktion von Wissenschaft und in der damit verbundenen Wissensproduktion. Es ist kein Zufall, dass Englisch als Sprache der Wissenschaft sich hegemonial durchgesetzt hat, oder der wissenschaftliche Kanon in einem überdurchschnittlichen Ausmaß aus weißen, älteren, westlichen Männern besteht. In einem Satz ausgedrückt: „Es gibt keine Machtbeziehung, ohne dass sich ein entsprechendes Wissensfeld konstituiert, und kein Wissen, das nicht gleichzeitig Machtbeziehungen voraussetzt und konstituiert.“ (Foucault 1994: 39).

Wissenschaftliche Kontroversen wurden und werden unter enormen gesellschaftlichen Druck ausgetragen, wenn es sich um relevante Probleme handelt, wie z.B. der Umgang mit Corona oder die Suche nach Friedenslösungen im Nahen Osten oder im Krieg in der Ukraine. Hierbei wird oftmals der Versuch unternommen, wissenschaftliche Opponenten mit Drohungen, Stigmatisierungen und persönlicher Herabsetzung zugunsten der eigenen Sichtweise auszuschalten. Entsprechende Diskursverengungen und die Zerstörung öffentlicher Kommunikationsräume, in denen abweichende Wissenschaftsmeinungen zu erwarten sind, sind Ausdruck

hiervon (dem widmet sich das dritte Kapitel dieses Bandes). Daher müssten sich Wissenschaftler:innen auch immer wieder selbstkritisch reflektieren, inwieweit sie nicht selbst zur erkenntnistheoretischen Verengung und letztlich zu epistemischer Gewalt (vgl. u.a. Brunner 2020) beitragen.

Kritische Friedensforschung geht von der gesellschaftlichen Verantwortlichkeit von Wissenschaft und Wissenschaftler:innen und der Kritikfähigkeit als Grundlage wissenschaftlichen Denkens aus – so Horkheimer/Adorno (1996: IX) in ihrem 1969 verfassten Vorwort der 'Dialektik der Aufklärung': „Kritisches Denken, das auch vor dem Fortschritt nicht innehält, verlangt heute Parteinahme für die Residuen von Freiheit, für Tendenzen zur realen Humanität, selbst wenn sie angesichts des großen historischen Zuges ohnmächtig erscheinen.“

Gerade hinsichtlich der Produktion von Waffen fordert daher eine derart sich begreifende Wissenschaftsrichtung, dass Forscher:innen sich weigern sollten, Angriffswaffen zu erforschen und zu entwickeln. Technik, die zur Zerstörung von Mensch und Natur führen wird, sollte nicht von Wissenschaftlern:innen entwickelt werden. Die warnenden Einsätze von Nuklearbomben in Hiroshima und Nagasaki zeigen, wohin es führt, wenn Wissenschaftler:innen sich unkritisch für gesellschaftliche Herrschaftszwecke und Machtdemonstrationen einsetzen lassen. Wissenschaft sollte sich primär der Bewahrung des Lebens auf diesem Planeten verpflichtet fühlen. Hierzu gehören Risikoanalysen, die nicht im ökonomischen Interesse einer Minderheit, sondern im Interesse am Erhalt der das gesamte Leben umfassenden Biosphäre geleistet werden. Im Sommer 2024 wurde vom Direktorium der Helmholtz-Forschungseinrichtung Deutsches Elektronen-Synchrotron (DESY) eine „Zeitenwende“ angekündigt und überlegt, ob das Leitbild von DESY, wonach die Forschung zivilen und friedlichen Zwecken dienen soll, noch zeitgemäß sei. Daraufhin starteten die Forscher:innen von DESY zusammen mit anderen internationalen Wissenschaftler:innen eine Unterschriftenkampagne „Not in our name“¹ – so heißt es im Text:

Wir fordern die Intensivierung der zivilen und friedensbildenden Forschung, anstatt zivile Einrichtungen für die militärische Forschung zu öffnen. Nur so können wir mit den großen, drängenden globalen Problemen wie dem Klimawandel und der sozialen Gerechtigkeit fertig werden, dazu beitragen, die ständig wachsende Gefahr eines Atomkriegs zu verringern, eine Lebensmöglichkeit für alle auf der Erde zu schaffen und das Überleben der Menschheit als Ganzes zu gewährleisten.

1 Hannes Jung (2024): Opening civil research facilities to military projects is NOT IN OUR NAME! <https://www.change.org/p/opening-civil-research-facilities-to-military-projects-is-not-in-our-name>, 20.9.2024.

Das ist auch als logische Antwort auf das im Januar 2024 von der EU-Kommission erschienene Weißbuch² und das im März 2024 erschienene Positionspapier³ des Bildungs- und Forschungsministeriums (BMBF) zu verstehen. Forschungseinrichtungen nach der sog. „Zeitenwende“ dienen laut diesen Weißbüchern, Positionspapieren und Reports⁴ nicht mehr nur zivilen Zwecken, sondern auch militärischen (dual-use research). Die Militarisierung der Wissenschaft ist bereits in vollem Gange. Hierzu passt ein seit August 2024 in Bayern gültiges Gesetz, das den Universitäten Zivilklauseln verbietet und fordert, dass sowohl Schulen und Hochschulen sich dem Militär zu öffnen haben.⁵

Eine kritische Position vertritt die Ansicht, dass insbesondere auch die Sozialwissenschaft nicht wertfrei sein kann, sondern sich der Kritik ungerechter und lebensfeindlicher Bedingungen, in Form von herrschaftsbesetzten und unterdrückenden Systemen und Strukturen sowie möglichen Lösungsperspektiven widmet. Ein weiteres Wissenschaftsverständnis ist für eine kritische Friedenswissenschaft angebracht, die unterschiedliche Wissenschaftsansätze integriert, um eine dogmatische Verengung und eine dysfunktionale Begrenzung der analytischen Perspektive zu vermeiden. Disziplinäres Wissen ist wichtig, aber es reicht nicht aus, um gesellschaftliche Phänomene umfassend zu verstehen. Mittelstraß betont, dass disziplinäres und überfachliches Denken in einem Allgemeinen, auch in akzeptablen Rationalitätsprinzipien, gründen sollten: „Begriffliche Klarheit, Argumentationszugänglichkeit, Kontrollierbarkeit (der Ergebnisse und Verfahren), Reproduzierbarkeit (der Ergebnisse), kritische Haltung (gegenüber allen Geltungsansprüchen, die eigenen eingeschlossen), Wahrhaftigkeit“ (Mittelstraß/Moegling 2011: 268). Ausgehend von sozialwissenschaftlichen Ansätzen können andere Disziplinen in interdisziplinärer, crossdisziplinärer und transdisziplinärer Hinsicht in einem Komplexität steigernden Sinne zur Analyse friedenspolitisch relevanter Fragestellungen einbezogen werden. Daher kann der erkenntnistheoretische Zugang der kritischen Friedensforschung als holistisch bzw. ganzheitlich verstanden werden (vgl. Wintersteiner 2024, Moegling 2025: 514ff.). Komplexe Zusammenhänge, wie die Fragen nach der Entstehung von Kriegen und militärischen Eskalationen sowie nach Lösungswegen aus militärisch ausgetragenen Konflikten, können nicht nur aus der Sicht einer einzigen Wissenschaftsdisziplin bearbeitet werden. Leitdisziplin ist

2 https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14060-RD-on-dual-use-technologies-options-for-support_en.

3 <https://science4peace.com/ewExternalFiles/position-paper-research-security-1%20copy.pdf>.

4 https://science4peace.com/ewExternalFiles/EFI_Gutachten_2024_24124%20copy.pdf.

5 Vgl. GEW Bayern (2024)

sicherlich die Politikwissenschaft, da das Forschungsfeld prioritär politischer Natur ist. Sie ist allerdings mit mehrperspektivischen Erkenntnissen, z.B. aus der Ökonomie, Soziologie, Sozialpsychologie und Ökologie, zu verbinden, um die gesellschaftlichen Entwicklungen sowohl umfassend als auch spezialisiert genug analysieren und beurteilen zu können. Auch weitere disziplinäre Zugänge sind notwendig, um friedenswissenschaftliche Zusammenhänge zu verstehen, z.B. die Informatik für die Risiken, die KI für die gegenwärtige und zukünftige Kriegsführung beinhalten (vgl. Bläsius/Moegling im vorliegenden Band (i.v.B.)). Oder beispielsweise der Bezug zur Klimaforschung ist relevant, um zukünftige Verdrängungskonflikte im Zusammenhang mit Veränderungen des Weltklimas einschätzen zu können. Dies fällt in einen thematischen friedenspolitischen Zusammenhang, der als Friedensökologie zu bezeichnen ist. Einen deutlich friedensökologischen Zugang vertritt Scheffran (i.v.B.). Verdrängungskonflikte entstehen durch die Folgen der Klimazerstörung, genauso führen Kriege und Militär zur Emission klimaschädlicher Gase. Auch der Wiederaufbau im Kriegszerstörter Gebiete (Beton- und Stahlproduktion, Transporte, Maschineneinsatz) führt zur Emission klimaschädlicher Gase. Zudem werden Krieg führende Staaten neben der von ihnen angerichteten Umweltzerstörung auch keinen Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise leisten, da sie in militärisches Denken und Handeln verstrickt sind.

Insbesondere die Kritische Theorie, der Marxismus, die Systemtheorie, der Symbolische Interaktionismus, der Strukturalismus und Poststrukturalismus bis hin zum Kritischen Rationalismus markieren das Spektrum relevanter sozialwissenschaftlicher Ansätze, um mehrperspektivisch u.a. Störungen des Friedens zu analysieren oder mögliche Konfliktlösungen zu durchdenken und zu beurteilen. Hierbei kann sich auf friedenswissenschaftliche Vorarbeiten gestützt werden, wie wir sie z.B. von den Friedensforschern Galtung (1974, 1975, 1983, 2008; Graf/Wintersteiner i.v.B.), Richmond (2008, 2020, i.v.B.), Senghaas (1971, 2004), Wasmuth (1998), Krippendorf (1993, 2000) Mamdani (2001), Segato (2022), Teixeira (2024) und u.a. Bagu (2020) kennen.

Forschungsmethodisch sind sowohl qualitative Forschungsmethoden relevant, wie Oral History, das qualitative Interview oder die „dichte Beschreibung“, als auch quantitative Methoden der empirischen Sozialforschung, wie die Fragebogenmethode, vergleichende Statistik oder das standardisierte Interview. Hierüber hinaus sind Dokumentenanalysen, Gruppendiskussionen sowie Diskursanalysen und Kategorien orientierte Konfliktanalysen von großer forschungsmethodischer Bedeutung in der kritischen Friedensforschung.

Auch mixed methods bzw. Methoden-Triangulation sind von Bedeutung, wenn es darum geht, das Thema Frieden empirisch zu erforschen und kritisch einzuordnen. So muss es kein Widerspruch sein, einerseits ethnografische Methoden der Sozialforschung, wie z.B. die teilnehmende Beobachtung, und andererseits hiermit

andere Methoden der Sozialforschung, z.B. Interviews oder die Fragebogenmethode, systematisch zu verbinden, um zu einem umfassenderen Ergebnis zu kommen.

Theoriegeleitete Konfliktanalyse und empirische Forschung stehen in einem komplementären und einander befruchtenden Verhältnis zueinander. Positivistisch ausgerichtete Untersuchungen, also empirische Studien ohne eine entsprechende theoretische Durchdringung, sind abzulehnen. Im Rahmen der empirischen Forschung sind Anforderungen der kritischen Friedenswissenschaft an eine solidarische Forschungspraxis zu beachten (Cárdenas/Lorholz 2024). Dies bedeutet, dass Untersuchungsteilnehmer:innen, wo dies nur irgend geht, an der Konstruktion und der Durchführung partizipativ beteiligt werden. Empirische Studien sollten nicht gegen das existenzielle Interesse von Untersuchungsteilnehmern:innen durchgeführt werden – im Gegenteil: Kritische Friedenswissenschaft und deren Forschungstätigkeit versucht die Bedingungen für mehr soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Konfliktvermeidung bzw. -deeskalation im Interesse der Betroffenen zu analysieren und zu beurteilen. Dies bedeutet, dass kritische Friedenswissenschaft und auch ihre Forschung nicht neutral sind, sondern sich für gerechte, friedliche und ökologische Verhältnisse einsetzen. Dennoch ist kritische Friedensforschung Ergebnis offen, da sie ansonsten manipulieren würde (vgl. Wintersteiner/Graf 2015: 22; Mühlbauer/Lakitsch 2024: 11).

Theoriegeleitete Konfliktanalysen sollten die anerkannten Kategorien der Politikwissenschaft berücksichtigen (vgl. Imbusch 2017). Für die Analyse politischer Konflikte und der Thematik 'Krieg und Frieden' sind politikwissenschaftliche Analysekatgeorien wie System, Herrschaft/Macht, Struktur, Akteure, Interessen und Prozesse unabdingbar. Dies bedeutet, dass auch immer eine kritische Analyse verschiedener kapitalistischer Systeme im Zusammenhang mit der Gefahr zu leisten ist, die von ihnen für militärische Eskalationen und imperiale Selbstbehauptung ausgeht. Auch politikwissenschaftliche Urteilkategorien wie Legitimität, Effizienz, Gerechtigkeit, Kritik und Nachhaltigkeit sind notwendig, um das analysierte Konfliktgeschehen systematisch und unter einem nachvollziehbaren erkenntnistheoretischen Zugang zu beurteilen.

Über die kritische Perspektive auf gesellschaftliche Strukturen und Prozesse verhindert die Friedensforschung einen affirmativen Beitrag zur Stabilisierung sozialer Ungerechtigkeit, ökologischer Destruktion sowie imperialer Machtbehauptung. Kritische Friedensforschung lässt sich nicht vereinnahmen, sondern hat ein Erkenntnisinteresse, das Ursachen von Kriegen, ohne die Einnahme einer einseitigen Perspektive, zu analysieren sucht. Hierbei sind strukturelle Merkmale und Prozesse unterschiedlicher Kapitalismusformationen im Hinblick auf ihre militärische Eskalationsdynamik zu untersuchen. Unter anderem ist hier die Rolle des militärisch-industriellen Komplexes in Bezug auf friedenspolitische Entscheidungen aufzudecken. Medienmanipulation ist im Zusammenhang mit systemischen Interessen und Kriegspropaganda einzu-

schätzen (vgl. Becker, Moegling/Mühlbauer u.a. i.v.B.). Die kritische Perspektive bezieht sich auch auf die Frage nach der Rolle des sozialen Geschlechts in Bezug auf die Kriegesentstehung (Stichwort „toxische Männlichkeit“) und wie dies von anderen Sektoren überlagert und zur Wirkung gebracht wird (vgl. Brunner 2020). Die notwendige Historizität kritischer Friedensforschung ist u.a. über eine kritische Analyse postkolonialer Strukturen einlösbar. Fragen epistemischer Herrschaftssicherung über die erkenntnistheoretische Monopolisierung und affirmative Durchdringung von Wissen und wissenschaftliche Zugänge lassen sich kritisch bearbeiten (Brunner). Friedenslösungen sind vor dem Hintergrund eines umfassenden Friedensbegriffs, der über eine Beendigung von militärischem Handeln hinausgeht, Kategorien orientiert zu durchdenken und zu beurteilen. Hierbei spielen sicherlich die Frage nach der strukturellen Gewalt (z.B. Galtung 1998, 2004) sowie weiterer Analysen gesellschaftlicher Friedensbedingungen sowie das Verständnis eines komplex verstandenen und emanzipativen Friedens (z.B. Wintersteiner 2024, Richmond 2024) eine Rolle. Kritische Friedenswissenschaft ist daher unbequem und oftmals gegen den medialen Mainstream gerichtet und auf alternative Medien und informelle Kommunikationsprozesse angewiesen, die sich noch nicht vereinnahmen ließen. Mühlbauer/Lakitsch (2024b:15) fassen das Anliegen der kritischen Friedensforschung zusammen:

Derartige Ansätze eint eine inhärente Kritik an den bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen und damit der Blick auf (soziale oder epistemische) Ungleichheiten, Formen der Diskriminierung, Ausbeutung und Herrschaft. Sie sind allesamt „kritisch“, durch ihr Bestreben hinter das Sichtbare und Selbstverständliche zu blicken, wobei natürlich die jeweiligen Untersuchungsgegenstände sowie auch die Herangehensweisen sich unterscheiden. Kritische Gesellschaftstheorien und kritische Ansätze der Friedensforschung repräsentieren also trotz aller Gemeinsamkeiten ein heterogenes Wissensfeld.

Wege zum Frieden werden daher sehr unterschiedlich beschrieben. Dennoch einen die konzeptionellen Entwürfe ein erweitertes Verständnis von Frieden, eine Priorität diplomatischer und auf Verhandlungen setzender Lösungen in dafür zu verändernden bzw. zu schaffenden Institutionen multilateraler Zusammenarbeit und eine Abneigung gegenüber Sicherheitsstrategien, die auf Abschreckung bzw. im Kriegsfall auf einen Abnutzungskrieg, auf Materialermüdung, die Zerschlagung der gegnerischen Armeen und die Zerstörung der feindlichen Ökonomie setzen.

Quellen

- Bagu, Kajit (2020): *Peacebuilding, Constitutionalism and the Global South. The Case for Cognitive Justice Plurinationalism*. Routledge.
- Berger, Peter/Luckmann, Thomas (1980): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch.
- Bläsius, Karl Hans/Moegling (2024): *KI und Krieg: Entgleitet uns Menschen die Kontrolle? Viele KI-Tools führen zur Verbesserung der Lebensqualität. Bei militärischen Anwendungen*

- gen lauern aber große Gefahren. Eine Warnung. URL: <https://www.telepolis.de/features/KI-und-Krieg-Entgleitet-uns-Menschen-die-Kontrolle-9638085.html> [25.2.2024].
- Brunner, Claudia (2020): *Epistemische Gewalt. Wissen und Herrschaft in der kolonialen Moderne*. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Foucault, Michel (1994): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- GEW Bayern (2024): Popularklage gegen das Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern in Vorbereitung. In: <https://www.gew-bayern.de/themen/nein-zum-bundeswehrgesetz>, o.D. [14.1.2025].
- Horkheimer, Max/Adorno Theodor W. (1996/1944): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt a.M.: Fischer Wissenschaft.
- Imbusch, Peter (2017): Die friedensethische Bedeutung der Kategorie Herrschaft. In: Ines-Jacqueline Werkner/Klaus Ebeling (Hrsg.): *Handbuch Friedensethik*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, 126ff.
- Krippendorf, Ekkehart (1987): *Friedensforschung*. Kiepenheuer & Witsch.
- (1993): *Militärkritik*. Suhrkamp.
- (2000): *Die Kunst, nicht regiert zu werden. Ethische Politik von Sokrates bis Mozart*. Suhrkamp.
- Mamdani, Mahmood (2001): *When Victims Become Killers: Colonialism, Nativism, and the Genocide in Rwanda*. Princeton University Press.
- Mittelstraß, Jürgen/Moegling, Klaus (2011): *Transdisziplinäre Herausforderungen begreifen*. E-Mail-Interview von Klaus Moegling mit dem Wissenschaftsphilosophen Jürgen Mittelstraß zum Thema 'Fächerübergreifendes Lernen'. In: Artmann, Michaela/Herzmann, Petra/Rabenstein, Kerstin (Hrsg.): *Das Zusammenspiel der Fächer beim Lernen*. Opladen, Berlin u. Toronto: Verlag Barbara Budrich, 267-271.
- Moegling, Klaus (2025): *Realignment. A peaceful and sustainably developed world is (still) possible*. Kassel, 4rth updated and expanded international edition, <https://www.klaus-moegling.de/international-edition/>, April 4, 2025.
- Moegling, Klaus/Bläsius, Karl Hans (2024): KI und nukleare Risiken. Mitwirken der KI bei nuklearen Waffensystemen bedrohlich. Politische Forderungen müssen zu mehr Kontrolle führen. URL: <https://www.telepolis.de/features/KI-und-Krieg-Nukleare-Risiken-und-politische-Forderungen-9638955.html>. [26.2.2024].
- Mühlbauer, Josef/Lakitsch, Maximilian (Hrsg.) (2024): *Kritische Friedensforschung. Konzepte, Analysen & Diagnosen*. Wien: Mandelbaum Verlag.
- Richmond, Oliver P. (2008): *Peace in International Relations*. London: Routledge.
- (2020): Interventionary order and its methodologies: The relationship between peace and intervention. *Third World Quarterly* 41(2): 207-227.
- Segato, Rita Laura (2022): *Femizid. Der Frauenkörper als Territorium des Krieges*. Unrast Verlag, Münster.
- Teixeira, Bárbara Magalhães (2024): Room to Grow and the Right to Say No: Theorizing the Liberatory Power of Peace in the Global South. *Geopolitics*, 29(5), 1724-1756.
- Wintersteiner, Werner (2024): *Friedensforschung als eingreifende Wissenschaft*. In: Mühlbauer, Josef/Lakitsch, Maximilian (2024): a.a.O., 59-92.

Wolfgang Hofkirchner

Eine radikale Friedenslogik als Existenzbedingung der Menschheit in Zeiten der Polykrise

Die hier vertretene These ist: Wenn von Friedenslogik die Rede ist, dann darf auf die Umstände, unter denen sich die Entwicklung der Menschheit befindet, nicht vergessen werden. Diese Umstände können als Polykrise charakterisiert werden. Wird diese Polykrise nicht berücksichtigt, bleibt die Friedenslogik unvollständig. Erst wenn die Polykrise verstanden wird, wird auch klar, dass eine Friedenslogik zu einer Existenzbedingung der Menschheit geworden ist, und zwar als eine Logik, die an die Wurzeln geht, eine radikale Friedenslogik.

Ausgehend von einer Würdigung des Konzepts einer Friedenslogik in Abschnitt 1 wird in Abschnitt 2 unter Rekurs auf Edgar Morin die These erklärt, warum die Menschheit zu einer Schicksalsgemeinschaft geworden ist. Diese Singularität, die Mitte des letzten Jahrhunderts eingetreten ist, muss – so die These dieses Aufsatzes – von kritischer Friedensforschung in den Mittelpunkt gerückt werden, und es wird gezeigt, wie diese Singularität in das Konzept einer Friedenslogik eingebaut werden kann. Dafür wird eine Unterscheidung zwischen den objektiven und den subjektiven Existenzbedingungen der Menschheit getroffen. Abschnitt 3 widmet sich der objektiven Seite der Friedenslogik, Abschnitt 4 der subjektiven. Dies erlaubt der Forschung, darauf einzugehen, wie eine Überwindung der Polykrise, in welcher die Entwicklungskrise der Menschheit kulminiert, als Knackpunkt einer radikalen Friedenslogik behandelt werden kann.

Friedenslogik

Kritische Friedensforschung muss sich mit Friedenslogik beschäftigen. Dieser neue Term wird von Sabine Jaberg (2020 und 2021) und anderen einer Sicherheitslogik gegenübergestellt, weil in den 1990er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland ein Wandel zu Ungunsten der Friedenspolitik passierte: „Der Begriff des Friedens verlor durch seine Gleichsetzung mit jenem der Sicherheit seine Originalität“ (Lammers 2020). Für Jaberg handelt es sich bei der Friedenslogik um „eine Art Eigenbewegung, die einem bestimmten Muster mit der ihm eigenen Stimmigkeit folgt“ (Jaberg 2021) und daher als Logik bezeichnet werden kann, ja auch als Grammatik.

Dasselbe trifft auf die Sicherheitslogik zu. Im hier verwendeten Ansatz sollen beide Logiken noch weiter analytisch differenziert werden und einerseits als gesellschaftliche Entwicklungslogiken und damit als objektive Gegebenheiten der materiellen gesellschaftlichen Realität und andererseits als informationelle, ideelle, subjektive Gegebenheiten einzelner wie kollektiver Akteure aufgefasst werden. Beide stehen in einem dialektischen Zusammenhang. Die objektiven Logiken prägen die subjektiven, die subjektiven materialisieren sich als objektive. Jaberg räumt ein, dass beide Logiken idealtypische Entgegensetzungen sind und die „je konkrete Politik, die Friedenspolitik oder Sicherheitspolitik genannt wird, [...] zwischen den Polen changieren [kann]“ (Jaberg 2021). Dem soll hier gefolgt werden. Allerdings soll hier, was „Sicherheitslogik“ heißt, weil sie eine militärische Logik ist, die Sicherheit durch Abschreckung zu erzielen sucht und daher immer zumindest mit Kriegsvorbereitung verknüpft ist, „Kriegslogik“ heißen. Im Unterschied dazu kann gemeinsame Sicherheit, die inklusiv verstanden wird, weil sie potenzielle Gegner nicht ausschließt, als Teil einer Friedenslogik gelten. Schließlich bezieht Jaberg das Anthropozän und damit die Umweltproblematik ein sowie „unreflektierten Technikoptimismus“ und „Mythen der technischen Omnipotenz“ (Jaberg 2021), die ebenfalls aus den Perspektiven einer Friedens- oder Sicherheits-/Kriegslogik betrachtet werden. Auch diese beiden Felder sollen im Weiteren aufgegriffen werden und in den Zusammenhang der Polykrise gestellt werden.

Die Polykrise, ihre Überwindung und ein möglicher Entwicklungssprung

Die von Edgar Morin, französischer Philosoph und Soziologe, sogenannte Polykrise (Morin 1999), auch Multikrise genannt (Brand/Wissen 2021), entstand als Verdichtung der globalen Probleme seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Existenzielle Bedrohungen anthropogener Natur haben begonnen, einander zu verstärken. Es handelt sich um eine einzigartige Zäsur nicht bloß in der Menschheitsgeschichte, sondern in der gesamten Entwicklung seit dem Auftreten der Menschen auf dem Planeten, um eine Singularität, die sie zu einer objektiven Schicksalsgemeinschaft zusammengeschweißt hat. Sie können nur mehr gemeinsam untergehen oder gemeinsam die Entwicklungskrise überwinden.

Die Menschheit ist ein unabgeschlossener Prozess, eine Evolution humaner, sozialer Systeme, getrieben von menschlichen Akteuren, die ihre Systeme selber in bestimmten Verhältnissen organisieren, welche wiederum das Verhalten der Akteure organisieren. Die Funktion dieser Selbstorganisation liegt in der Erzielung von Synergieeffekten, also Resultaten, die durch geeignete Zusammenarbeit ein Überleben und ein gutes Leben für alle besser gewährleisten kann, als wenn die Einzelnen nur für sich arbeiten würden. Die Krise besteht darin, dass die bisherige

Selbstorganisation ans Ende ihrer Leistungsfähigkeit gelangt ist. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die menschlichen selbstorganisierenden Systeme nicht von anderen selbstorganisierenden Systemen. Und für diese gibt es einen Ausweg. Morin schreibt (2004, 205 – Übersetzung DeepL): „Wenn ein System sich als unfähig erweist, seine lebenswichtigen Probleme zu behandeln, dann zerfällt es entweder oder es wandelt sich in ein Metasystem um, das seinerseits in der Lage ist, seine Probleme zu behandeln.“

Ein solches Metasystem ist die geforderte objektive Existenzbedingung der Menschheit in ihrer jetzigen Entwicklungskrise. Der Zusammenschluss der heutigen sozialen Systeme in eine gemeinsame planetarische Organisationsform, welche die menschengemachten Risiken unterhalb der Schwelle zur Selbstvernichtung hält, ist der notwendige und mögliche Entwicklungsschritt, der die Polykrise überwindet.

Diese Reorganisation der Menschheit würde eine neue Stufe ihrer Evolution bedeuten. Der amerikanische Evolutionsforscher Michael Tomasello (2019) hat in vielen Studien den Beginn der Mensch- und Gesellschaftswerdung in zwei Schüben überzeugend dargelegt, in welchen der Synergiegewinn durch den Übergang von einer monadisch zu nennenden Entwicklungsstufe der letzten gemeinsamen Vorfahren der Schimpansen und Menschen zur Entwicklungsstufe der Dyaden der Frühmenschen erfolgte und nach einem weiteren Übergang von den Dyaden zu den Triaden der modernen Menschen geführt hat. Die Dyaden bezeichnen idealtypisch vorgesellschaftliche Verhältnisse zwischen mindestens zwei Individuen, die einen gegenseitigen, interindividuellen Bezug auf der Basis gemeinsam auszuhandelnder Interessen haben. Die Triaden hingegen bezeichnen bereits gesellschaftliche Verhältnisse größerer Gruppen, bei denen das Verhalten der schon anonym sein könnenden Gruppenmitglieder zueinander über ein Drittes vermittelt wird, nämlich über die Meta-Ebene des kollektiven Allgemeininteresses der Gruppe als konstitutiver Bestandteil der Triade mit Kultur und Moral. Diese Gruppen haben sich bis heute in Völker, Staaten und Zusammenschlüsse von Staaten weiterentwickelt. Es gibt aber keine echte Weltgesellschaft. Tomasellos Triaden müssen dazu erst über die Vernetzungen der sozialen Systeme hinaus auf eine nächsthöhere Stufe gehoben werden. Der Übergang zu einer Triade auf der planetaren Ebene würde dann einen dritten Entwicklungsschritt der Menschheit bedeuten. Dass ein solcher Schritt durchaus möglich ist – obwohl das von einer Reihe von Autoren mit biologistischen oder falschen soziologischen Argumenten, die über den Nationalstaat nicht hinausdenken können, in Zweifel gezogen wird –, zeigen die beiden schon Wirklichkeit gewordenen Übergänge mit ihren Transformationen.

Morin schreibt:

Wir müssen davon ausgehen, dass wir in eine Phase des historischen Wandels eingetreten sind, in der das planetarische Zeitalter versucht, eine Weltgesellschaft zu gebären, und in der die Kräfte der Regeneration mit einer anthro-po-soziologischen Metamorphose

beschäftigt sind. Wenn es nicht zu einem Rückschritt oder einer Katastrophe kommt, bewegen wir uns auf eine mögliche Meta-Menschheit zu, d.h. auf eine Transformation der Beziehungen zwischen Individuum, Gesellschaft und Spezies, die eine Transformation in jedem dieser drei Begriffe beinhaltet. (2004, 206 – Übersetzung DeepL)

Die objektiven Aspekte der Friedenslogik

Die Menschwerdung vollzieht sich als evolutionärer Prozess, in welchem Akteure durch ihre Aktionen Strukturen aufbauen und erhalten, die soziale Systeme sind. Die Strukturen geben dem Prozess eine gewisse Stetigkeit, weil sie die weiteren Aktionen der Akteure bahnen. Damit geben sie der Entwicklung eine bestimmte Logik, die den realen Systemen innewohnt. Das sind die Entwicklungslogiken.

Entwicklungslogiken

Objektive Existenzbedingungen der Menschheit erforderten immer schon funktionierende Entwicklungslogiken.

Diese finden sich

- im Bereich der gesellschaftlichen Verhältnisse im Allgemeinen, d.h. im sozialen System,
- im besonderen Bereich der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, d.h. im öko-sozialen System,
- und darüber hinaus im besonderen Bereich der gesellschaftlichen Technikverhältnisse, d.h. im techno-öko-sozialen System.

Sie können dabei jeweils idealtypisch

- antagonistisch (konfliktiv),
- agonistisch (kompossibel)
- oder synergistisch (komplementär) ausgerichtet sein (Hofkirchner 2023a, 64-70).

Antagonistische Verhältnisse sind von einer Uniformität gekennzeichnet. Sie verlangen Einheit auf Kosten der Vielfalt, indem entweder jede Vielfalt unterdrückt wird oder eine Variante der Vielfalt den anderen Varianten aufgezwungen wird. Es geht um einen Widerspruch einander ausschließender Positionen, der prinzipiell nur durch eine Negation der opponierenden Seite gelöst werden kann. Spieltheoretisch ist das ein Nullsummenspiel, wenn nicht eine Lose-lose-Situation. Agonistische Verhältnisse kennzeichnet eine plurale Gleichgültigkeit. Sie verlangen Vielfalt auf Kosten der Einheit, indem sie zusammen oder einfach auch nur nebeneinander existieren können. Es handelt sich um differente Positionen, die indifferent gegenüber den anderen differenten Positionen ist. Der Gewinn einer Seite hat keine positiven oder negativen Folgen für eine andere Seite. Synergistische Verhältnisse sind auf die Ergänzung zu einem größeren Ganzen gerichtet. Sie verlangen Einheit durch

Vielfalt. Sie sind der Default-Wert jeder Selbstorganisation. Sie sind unter dem Label „Win-win-Situationen“ bekannt.

Es scheint klar, dass die antagonistische, agonistische oder synergistische Ausrichtung der Entwicklungslogiken einen Einfluss auf deren Performanz hat. So können Antagonismen die Entwicklungslogiken hemmen und einschnüren.

Antagonistische Entwicklungslogiken

Tatsächlich begannen Antagonismen, sich vor etwa 12000 Jahren zu verbreiten. Sie erlauben bis heute Partikularinteressen zu Lasten anderer Akteure und der Gesamtgesellschaft. Sie schließen von der Teilhabe am von allen Akteuren für alle Akteure erbrachten Allgemeingut aus und laufen in den genannten Bereichen auf die folgenden drei Entwicklungslogiken hinaus:

- Eine *Logik des Ego-/Ethnozentrismus (Selbstbezogenheit)* im sozialen System bedeutet Herrschaft über andere Menschen, Ausbeutung und Unterdrückung anderer Menschen.
- Eine *Logik des Anthropozentrismus (Selbstüberhebung)* im öko-sozialen System fördert die Vernutzung und Verschmutzung durch die selbstbezogene Kolonisierung der Natur.
- Eine *Logik des prometheischen Technozentrismus (Selbstüberschätzung)* im techno-öko-sozialen System bringt schädliche Neben- und Fernwirkungen wie Spätfolgen durch selbstüberhobenen Mitteleinsatz mit sich. Das Adjektiv „prometheisch“ soll an die Hybris des Prometheus erinnern.

Zwar wurde mit diesen Entwicklungslogiken, die an sich schon kritisch zu bewerten sind, weil sie die Möglichkeiten zur Synergie nur beschränkt ausnutzen konnten, ein gewisser Fortschritt erreicht. Denn die negativen Konsequenzen der antagonistischen Logiken konnten von den sozialen Systemen als externe Effekte nach außen verlagert werden, ohne unüberwindliche Schäden für die Systeme selbst hervorzurufen. Somit waren die Schäden lokal begrenzt (Hofkirchner 2024).

Allerdings hat sich das seit Mitte des 20. Jahrhunderts verändert. Die sozialen Systeme haben die Erde hinreichend dicht besiedelt, sodass es für sie kein Außen mehr gibt, wohin die negativen Folgen der Entwicklung abgelagert werden könnten, denn außen stoßen sie bereits auf die Grenzen der anderen sozialen Systeme. Was mit dem Terminus „Anthropozän“ (das „Zeitalter des Menschen“) zunächst für die ökologischen Effekte zum Ausdruck gebracht wurde, betrifft aber auch die Sozialität der Gesellschaften und deren Technologie. All diese Effekte hemmen seither die Weiterentwicklung, weil die sozialen Systeme einander schädigen. Die bisher typischen Entwicklungslogiken, die weder Existenz noch gutes Leben der gesamten Menschheit gefährden konnten, sind in sehr kurzer Zeit kontraproduktiv, anachronistisch, obsolet geworden. Sie sind die Letztursache der Entwicklungskrise der Menschheit, die durch den erreichten Stand der Globalität ausgelöst wurde (Hofkirchner 2024).

Kriegslogik als Antagonismus

Im letzten einen Prozent der Menschheitsgeschichte – vor etwa 5000 Jahren – setzten Kriege ein (Meller et al. 2024). Die antagonistischen Entwicklungslogiken waren der Nährboden für eine objektive Kriegslogik:

- Auf der Logik des Ego-/Ethnozentrismus fußt eine *Logik der Militarisierung der Gesellschaften* – kriegerische Konflikte sind von Anfang an das Paradebeispiel für den Antagonismus. Es ist nämlich die Herrschaft, die strukturelle Gewalt gegenüber den eigenen Truppen und feindlichen Staaten etabliert. Seit 1945 wird nun die Kampfzone schrittweise auf alle Gebiete des menschlichen Lebens und darüber hinaus erweitert.
- Auf der Logik des Anthropozentrismus beruht eine *Logik des Vorrangs des Militärischen vor der Natur* – die Zerstörung der Umwelt durch reine Destruktivkräfte, was die originäre Funktion des Militärischen ausmacht, ist auch hier exemplarisch für den Antagonismus. Seit 1945 sind die weltweiten kriegerischen Auseinandersetzungen, Manöver, Waffenproduktion und Waffenlager zusammen genommen der wohl größte Emittent von Treibhausgasen und Giften. Damit wird aber nicht nur die Umwelt massiv geschädigt. Es wird auch „Menschenmaterial“ verschlissen und – von den zu beklagenden Kriegstoten einmal ganz abgesehen – mit der Gesundheit nicht nur der Soldat*innen, sondern auch der Zivilbevölkerung Schindluder getrieben.
- Auf der Logik des prometheischen Technozentrismus gründet eine *Logik der militärischen Sicherheit* – der paradigmatische Antagonismus ist hier die Aufrüstung, die von Anfang an Ressourcen bindet, die dem Wohlergehen der eigenen und der gegnerischen Bevölkerungen entzogen werden. Seit 1945 zeigt sich jedoch, dass Aufrüstung keinen Sicherheitsgewinn mehr verbuchen kann: Es gibt die Atomkriegsgefahr, die nach wie vor, willentlich oder ungewollt, in einen nuklearen Winter umschlagen kann. Es gibt Studien zur Verwundbarkeit der industriellen Zivilisation, zur Verletzlichkeit der Informationsgesellschaften, die alle aussagen, dass Verteidigung gegen Angriffe nicht mehr effektiv möglich ist und auch der Angreifer einen Preis zahlen muss, den er nicht wirklich zu zahlen bereit sein kann (z.B. Roßnagel et al. 1989; Gonnermann/Mechtersheimer 1990; Knies et al. 1990).

Synergistische Entwicklungslogiken

Wie nun die objektiven Bedingungen für eine Fortsetzung der Geschichte der Menschheit und ihrer Evolution aussehen müssen, ist nicht schwierig zu beantworten. Weil die Ursachen im Wesentlichen bekannt sind und diese menschengemacht sind, besteht die Abhilfe einfach darin, die Ursachen zu beseitigen. Die antagonistischen Logiken müssen und können durch synergistische Logiken ersetzt werden. Diese neuen Entwicklungslogiken stellen auf den Aufbau und die Aufrechterhaltung eines

Metasystems ab, dessen Aufgabe es ist, die Grenzenlosigkeit, die mit der Selbstbezogenheit, der Selbstüberhöhung und der Selbstüberschätzung gegeben ist, zu beenden und stattdessen die Selbstbegrenzung der Akteure und Systeme zu unterstützen, um zu einem gedeihlichen Miteinander auf der planetaren Ebene zu kommen. „Selbstbegrenzung“ ist der Term, auf den sich der Konvivialismus beruft. Dieser Term ist der Titel der deutschen Übersetzung des englischen Buches „Tools for Conviviality“ von Ivan Illich (Illich 1975).

Insgesamt stellt die Selbstbegrenzung eine techno-öko-soziale Transformation dar:

- Eine *Logik der gemeinsamen Menschheit* (Les Convivialistes 2014) muss und kann die Logik des Ego-/Ethnozentrismus aushebeln. Der Panhumanismus (Morin 2021) entspricht einer Logik für die vereinte Menschheit, die ein einziges Ganzes bildet. Er ist eine inklusive Logik. Kein Teil der Menschheit wird antagonistisch ausgeschlossen. Alle Teile werden synergetisch einbezogen, in Konfigurationen der Teile, welche die Akteure befähigen, den erzielten Nutzen miteinander zu teilen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse bilden eine Einheit aller Akteure durch Vielfalt. Einheit durch Vielfalt war immer schon die Essenz der Selbstorganisation.
- Eine *Logik der Anthroprorelationalität* (Deutsches Referenzzentrum für Ethik in den Biowissenschaften; Barthlott et al. 2009) muss und kann die Logik des Anthropozentrismus vermeiden. Dass der Anthropozentrismus nicht mehr zeitgemäß ist, hat sich schon weit herumgesprochen. Doch ist die neue Logik keine, die den Menschen eine Nivellierung ihrer Position auf Positionen anderer Lebewesen oder auch Sachen abverlangt. Der ontologische Unterschied zwischen den beteiligten Entitäten lässt Analysen nach dem Grad der evolutionär erworbenen Fähigkeiten der Agenten zur Selbstorganisation zu. Die hier vertretene Sichtweise eines anthroprorelationalen Humanismus schreibt nicht nur menschlichen Akteuren, sondern auch nicht-menschlichen, natürlichen Agenten selbstorganisatorische Kapazitäten zu. Diese haben entsprechend der natürlichen und sozialen Evolution unterschiedliche Ausprägungen, die auch unterschiedliche Positionen und Rollen im Gesamtzusammenhang der Akteure, Agenten und Systeme nach sich ziehen können. Je nach den tatsächlichen wie möglichen Relationen können die Akteure als menschliche Agenten ihre eigenen Positionen und Rollen relativieren, wie sie auch den Positionen und Rollen der nicht-menschlichen natürlichen Agenten Gerechtigkeit widerfahren lassen. In einer Allianz mit der Natur, wie Ernst Bloch (Zimmermann 2012) das ersehnte gesellschaftliche Naturverhältnis genannt hat, verbündet sich die Produktivität der Gesellschaft mit der Produktivität der Natur.
- Eine *Logik eines sinnvollen wissenschaftlich-technischen Fortschritts* muss und kann die Logik des prometheischen Technozentrismus abschaffen. Dazu gehört u.a. auch, die digitalen Techniken zu entzaubern, „eine radikale Trennung zwischen

solchen Anwendungen der künstlichen Intelligenz vorzunehmen, die zur Steigerung der Handlungsmacht aller beitragen, und solchen, die nur dazu dienen, das Allmachtverlangen und die Hybris einiger Weniger zu fördern“ (Die konvivialistische Internationale 2020, 74). Ein digitaler Humanismus (Nida-Rümelin/Weidenfeld 2018), der sich als ein Update des Humanismus im digitalen Zeitalter versteht, soll in der hier vertretenen Sichtweise den angepassten Gebrauch von Technologie im Zeitalter der Polykrise erlauben. Techniken sind Produkt der sozialen Evolution, es handelt sich um Artefakte, künstlich von Akteuren erzeugte Entitäten und Prozesse, „deren Funktionieren durch Eingriffe in Materie und Ideelles deterministisch zugerichtet wurde, um damit klar bestimmte Ergebnisse des Mechanismus zu haben“, sie sind „bloß (mechanistischer) Teil eines (selbstorganisierten) Systems“ (Hofkirchner 2023b, 175). D.h., als neuer Bestandteil eines techno-öko-sozialen Systems sind sie fremdorganisiert, nämlich einer eigenen Selbstorganisation entzogen oder/und in ihrer Selbstorganisationsfähigkeit unter der Kontrolle von Menschen und Gesellschaft, während umgekehrt ihr Einbezug in die öko-soziale Selbstorganisation dazu beiträgt, dass neue Potenziale der Produktivität entstehen können.

Die materielle Friedenslogik

Auf diesen synergistischen Entwicklungslogiken kann nun eine zeitgemäße objektive Friedenslogik aufbauen. Sie verlangt eine materielle Entmilitarisierung im planetaren Maßstab:

- Die panhumane Logik der gemeinsamen Menschheit unterfüttert eine *Logik der Gewaltfreiheit*. Pazifismus nach 1945 erfordert den unbedingten Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen, die zu trans- und supranationalen Beziehungen im Sinne einer Weltinnenpolitik werden müssen. Dieser Verzicht gilt gegenüber jedwedem Gegner, sei es eine Atommacht, sei es ein Militärbündnis, sei es ein Kleinstaat, sei es eine abtrünnige Provinz oder Ethnie, die für Selbstbestimmung eintritt. Er gilt auch für den Verteidigungsfall etc.
- Auf der Logik des anthroporelationalen Humanismus ruht eine *Logik der zivilen Schonung und Pflege der Natur*. Umweltschutz bedeutet demnach ab 1945 die Pflicht zur Renaturierung durch militärischen Missbrauch verwüsteter Gebiete des Planeten etc.
- Die digital-humanistische Logik des sinnvollen wissenschaftlich-technischen Fortschritts bestimmt eine *Logik der gemeinsamen Sicherheit* seit 1945 als inklusive Sicherheit mit potenziellen Gegnern. Abrüstung und Rüstungskontrolle sind Pflicht, sie beinhalten den Verzicht auf Erstschlagskapazitäten, auf sogenannte autonome Waffen, die Einrichtung atomwaffenfreier Zonen, aber auch Rüstungskonversion und Zivilklauseln etc.

Die subjektiven Aspekte der Friedenslogik

Damit die techno-öko-soziale Transformation zur Reorganisation der Menschheit und der Überwindung der in der gegenwärtigen Polykrise zum Ausdruck kommenden Entwicklungskrise umgesetzt werden kann, genügt es nicht, die objektive Schicksalsgemeinschaft der Menschheit festzustellen. Das Problem ist, dass die Schicksalsgemeinschaft sich noch nicht als ein einziges Subjekt begreift. Die objektive Existenzbedingung der Menschheit muss erst im Bewusstsein einer hinreichenden Anzahl von Akteuren vorweggenommen werden, damit die entsprechenden Handlungen erfolgen können. Dies ist die subjektive Existenzbedingung der Menschheit. Sie besteht darin, die objektive Existenzbedingung zu erkennen, um diese an sich anzupassen oder sich an diese anzupassen.

Die menschlichen Fähigkeiten zur Informationsgenerierung

Um Handlungen vorwegzunehmen, haben die Menschen wie alle selbstorganisierenden Systeme Fähigkeiten zur Generierung von Information entlang des Aufbaus von der Kognition über die Kommunikation zur Kooperation und wieder zurück (Hofkirchner 2013, 184-196). Das humane Informationsgeschehen wird als soziale Information bezeichnet:

- die oberste Ebene ist die der humanen Kooperation, wo alle im Kollektiv betroffen sind und Ziele gefunden und erreicht werden;
- die mittlere Ebene ist die der humanen Kommunikation zur Verständigung zwischen den Vielen über die Aufgabenstellung und Aufgabenverteilung für bestimmte Ziele;
- die unterste Ebene ist die der humanen Kognition der Einzelnen, bei der Operationen ideell geplant und kontrolliert werden, die zur Lösung von Aufgaben eingesetzt werden.

Die Ebenen sind miteinander verbunden, bottom-up über Emergenz (es entsteht eine neue soziale Information) und top-down über Dominanz (es wird die bestehende soziale Information beeinflusst).

Auf jeder Ebene sind wiederum drei weitere Typen der sozialen Information ineinander geschachtelt. Deren Qualität schwankt jeweils auf einer Skala zwischen zwei idealtypischen Polen – dem eigentlichen, d.h. von der Evolution gemäß der Funktion des jeweiligen Informationsgeschehens voreingestellten Wert und der Negation dieses Wertes (siehe Tabelle). Auch die Typen sind miteinander durch Emergenz und Dominanz in Kontakt. Wie schon die Ebenen werden sie hier in der Reihenfolge abnehmender Komplexität der sozialen Information besprochen (in der Tabelle von rechts nach links).

Die humane Kooperation soll Ethos genannt werden. Das sind ihre Typen mit ihren Qualitäten:

Ebenen	Typ <i>Qualität:</i> Pole	Typ <i>Qualität:</i> Pole	Typ <i>Qualität:</i> Pole
<i>Ethos</i> (kooperativ): Zielfindung und -erreicherung	<i>Soziabilität:</i> prosozial – asozial	<i>Handel von Partnern:</i> gerecht – ungerecht	<i>Moral:</i> verbindlich, gut – unverbindlich, unmoralisch
<i>Konzilianz</i> (kommunikativ): Aufgabenstellung und -verteilung	<i>Symbole:</i> verständlich – unverständlich	<i>Argumente:</i> wahrhaftig – irreführend	<i>Aufforderungen:</i> hilfreich – unbrauchbar, schädlich
<i>Denkweise</i> (kognitiv): Operationsplanung und -kontrolle	<i>Erfahrung:</i> vielseitig – einseitig	<i>Tatsache:</i> wahr – unwahr	<i>Urteil:</i> richtig – unrichtig

Tabelle 1: Die Bandbreite der Qualitäten der Typen sozialer Information zwischen idealtypischen Polen nach Ebenen. Die Komplexität der sozialen Information nimmt von unten links nach oben rechts zu.

- der komplexeste Typ der sozialen Information in der Kooperation heißt Moral, und er schwankt vom Pol „verbindlich und gut“ bis zum Pol „unverbindlich und unmoralisch“, wenn es um die Übereinstimmung der Ziele mit gesellschaftlich anerkannten Normen und Werten und Interessen geht;
- der weniger komplexe Typ ist ein Handel von Partnern, die Schwankungsbreite bei der Vereinbarung der Ziele ist „gerecht“ bis „ungerecht“;
- der am wenigsten komplexe Typ betrifft die Soziabilität, die bei der Suche und Auswahl von Partnern für bestimmte Ziele zwischen „prosozial“ und „asozial“ schwankt.

Die auf der darunter liegenden Ebene befindliche humane Kommunikation soll mit dem Term „Konzilianz“, der für das Entgegenkommen der jeweiligen Partner steht, belegt werden. Hier wieder die Qualitäten dreier Typen von sozialer Information:

- der komplexeste Typ sind Aufforderungen, diese sind in ihrer Nützlichkeit zur Lösung der Aufgaben „hilfreich“ bis „unbrauchbar oder schädlich“;
- der weniger komplexe Typ sind Argumente, die die Natur der Aufgaben auf einer Skala von „wahrhaftig“ bis „irreführend“ beschreiben oder erklären;
- der am wenigsten komplexe Typ sind die Symbole, die gegenseitige Verstehbarkeit der Aufgaben reicht von „verständlich“ bis „unverständlich“.

Die humane Kognition auf der untersten Ebene soll den Begriff „Denkweise“ erhalten. Auch sie hat drei Typen sozialer Information:

- der komplexeste Typ ist das Urteil, es hat Werte für die Ausgewogenheit der Operationen von „richtig“ bis „unrichtig“;

- der weniger komplexe Typ ist die Tatsache mit Werten für die Realitätsnähe der Operationen von „wahr“ bis „unwahr“;
- der am wenigsten komplexe Typ ist die Erfahrung mit Bewertungen der Operationen zur Umsichtigkeit von „vielseitig“ bis „einseitig“.

Weil durch die Selbstorganisation der Informationsgenerierung die Qualitäten der sozialen Information nicht fix festgelegt sind, kann es vorkommen, dass die erwünschte hohe Qualität nicht erreicht wird und sogar ins Gegenteil verkehrt wird. Information wird dann zu Desinformation, Desinformation ist verfehlte Information, die Qualität ist dann auf einer Skala zwischen den Polen Information und Desinformation abzulesen. Defizite in der sozialen Informationsgenerierung beschränken dann die Handlungsfähigkeit der Akteure, Klaus Holzkamps kritische Psychologie nennt dies „restriktive Handlungsfähigkeit“ (1983; 1990).

Defizitäre Informationsgenerierung

Wodurch werden diese subjektiven Defizite bewirkt? Die Antwort ist: durch objektive gesellschaftliche Antagonismen, in welchen die Interessen verschiedener Akteure im Kampf miteinander liegen. Wie schon erwähnt, ist der Beginn solcher Verhältnisse vor 12.000 Jahren zu verorten. Antagonismen spalten die Gesellschaft. Das Ethos, die Konzilianz, die Denkweise können dann zu desinformierenden Logiken pervertieren:

- Das Ethos der humanen Kooperation kann zur *Logik imperialer Intentionalität* ausufern: Die einzelnen Typen der sozialen Information zeigen Qualitäten der Anomie (Unverbindlichkeit bzw. Unmoral), der Ungerechtigkeit und der Asozialität.
- Die Konzilianz der humanen Kommunikation kann zur *Logik der Intransigenz* entarten: Es werden die Qualitäten der Konkurrenz (Unbrauchbarkeit bzw. Schädlichkeit), der Irreführung und der Ambiguität erreicht.
- Die Denkweise der humanen Kognition kann zur *Logik idiotistischer Identitäten* degenerieren: Die Qualitäten sind Verzerrung (Unrichtigkeit), Einbildung (Unwahrheit) und Verabsolutierung (Einseitigkeit). Unter Idiotismus ist die auf die Antike rückführbare Haltung von Akteuren zu verstehen, die nur für ihren privaten Bereich da sind und keine Aufgaben für die Allgemeinheit übernehmen (Curtis 2013).

Kriegslogik als Desinformation

Wie ebenfalls erwähnt, setzten die Kriege erst in den letzten 5000 Jahren ein – das entspricht dem letzten einen Prozent der Menschheitsgeschichte (Meller et al. 2024). Sie folgen der Desinformation der restriktiven Logiken. 1945 markiert dabei die große Zäsur, die hier eingepreist werden muss (Hofkirchner 2023c):

- Eine *Logik der Unipolarität* wächst auf der restriktiven Logik imperialer Intentionalität heran: Sie kreist um den Imperialismus eines Imperiums – d.h. u.a. um

eine „Pax Americana“, um Post- und Neokolonialismus, um Streben nach militärischer Überlegenheit, um Senkungen der nuklearen Einsatzschwelle, um Frieden durch Stärke wie im ersten Kalten Krieg, jetzt „Kriegstüchtigkeit“ genannt, um Stellvertreterkriege, um eine „regelbasierte Ordnung“, um Wir/Sie-dichotome Narrative wie „Demokratie vs. Autokratie“, um Erpressungen, etc.

- Eine *Logik des Unilateralismus* (die sich auch von der Logik der Unipolarität ableitet) fußt auf der restriktiven Logik der Intransigenz: Sie folgt im Kern Strategien des nichtkooperativen Spiels – d.h. u.a. Verzicht auf Diplomatie, Bruch von Abrüstungs-, Rüstungskontroll- und politischen Verträgen, Verhängung von „Sanktionen“ betitelten Zwangsmaßnahmen, die nur über die UNO laufen dürfen, Regime Changes etc.
- Eine *Logik des Exzeptionalismus* (die sich auch von der Logik des Unilateralismus speist) basiert auf der restriktiven Logik idiotistischer Identitäten: Sie spielt mit der „Unverzichtbarkeit“ einer Nation oder der „Auserwähltheit“ eines Volkes – d.h. u.a. Nationalismus, Moralisierung des Kriegsgeschehens („Wir sind die Guten“), keine Anerkennung internationaler Gerichtsbarkeiten, Feindbilder (wirtschaftliche Konkurrenten = militärisch Feinde, politisch Widersacher, kulturell Fremde), Geschichtsrevisionismus etc.

Die Verallgemeinerung der Informationsfähigkeiten

Was getan werden muss, ist, die restriktiven Handlungsfähigkeiten aufzubrechen und sie zu „verallgemeinerten Handlungsfähigkeiten“ zu machen (Holzkamp 1983; 1990). Seit 1945 wird das Möglichkeitsfeld subjektiver Handlungsoptionen um eine universale Sichtweise der Evolution der sozialen Systeme, die die ganze Menschheit in all ihren Teilen umfasst, verkürzt. Um dieses Defizit wettzumachen, sind die Restriktionen im sozialen Informationsgeschehen zu beseitigen. Dazu sind die in der menschlichen Kooperation, Kommunikation und Kognition von der Evolution defaultmäßig angelegten Qualitäten der Informationsgenerierung zu aktivieren. Diese Möglichkeit bedarf der Verallgemeinerung und der Anwendung auf die Bedingungen einer gemeinsamen Welt. Im Einzelnen:

- Eine verallgemeinerte *Logik des Ethos einer gemeinsamen Welt* muss und kann in unserem Zeitalter die restriktive Logik imperialer Intentionalität ersetzen: das Gute, Gerechte, an den Anderen Orientierte sind diejenigen Qualitäten, die zu Schritten der rationalen Normativität für Alle gemacht werden. Das Ethos ist normativ, d.h. zwar von allen Akteuren universell zu beachten, aber es ist der Rationalität zugänglich, d.h. von den Akteuren auch universell vernünftig veränderbar.
- Eine verallgemeinerte *Logik der Konzilianz in einer gemeinsamen Welt* muss und kann in unserem Zeitalter die restriktive Logik der Intransigenz ersetzen: das Hilfreiche, Wahrhaftige, Verstehbare werden Schritte für eine kompatible

- Diskursivität der Vielen. Die Konzilianz ist diskursiv, d.h. für den Streit zwischen den Akteuren zwar universell offen, aber sie bewahrt die Kompatibilität, d.h. die Akteure sind auch universell auf Konsens orientiert und kompromissbereit.
- Eine verallgemeinerte *Logik der Denkweise für eine gemeinsame Welt* muss und kann in unserem Zeitalter die restriktive Logik idiotistischer Identitäten ersetzen: das Richtige, Wahre, Vielseitige werden Schritte zur relationalen Reflexivität der Einzelnen. Die Denkweise ist reflexiv, d.h. zwar universell das eigene Selbst wie das anderer Akteure hinterfragend, aber sie ist auf Relationalität eingestellt, d.h. die Verbindung zu den anderen Akteuren bleibt auch universell bestehen.

Die ideelle Friedenslogik

Die Logiken für verallgemeinerte Handlungsfähigkeiten sind es nun auch, die die Basis für eine subjektive Friedenslogik in unserer Zeit bereitstellen. Diese verlangt die ideologische Entmilitarisierung im planetaren Maßstab:

- Eine *Logik der Globalen Governance* sitzt auf der Logik des Ethos einer gemeinsamen Welt auf: Der Schutz der ganzen Menschheit vor der Vernichtung ist der Dreh- und Angelpunkt (Hofkirchner 2022) – d.h. u.a. dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und daher auch niemals begonnen werden darf (Michail Gorbatschow mit Ronald Reagan und die Atommächte im UNO-Sicherheitsrat), weiter Vorrang für das Völkerrecht, Vorrang der Selbstbestimmung vor staatlicher Souveränität, keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten, Entspannungspolitik, Neutralitätspolitiken, Augenhöhe mit dem globalen Süden etc.
- Eine *Logik des Globalen Dialogs* (die sich auch von der Logik der Globalen Governance leiten lässt) fußt auf der Logik der Konzilianz in einer gemeinsamen Welt: Das Herzstück sind Verhandlungen – d.h. u.a. Diplomatie, friedliche Beilegung von Streitigkeiten, gemeinsame Sicherheit (KSZE/OSZE: 1990 Charta von Paris mit Sicherheitsaspekten, danach Spezifizierungen 1994 Budapest, Pkt. 3, 1999 Istanbul, Pkt. 8, alle gleichlautend: „Sie [die Teilnehmerstaaten] werden ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten festigen“), Abrüstung, Rüstungskontrolle, vertrauensbildende Maßnahmen, Verzicht auf nuklearen Ersteinsatz, Unterlassung von Propaganda und Feindbildzuschreibungen, Wahrheitskommissionen etc.
- Eine *Logik der Globalen Citizenship* (die auch die Logik des globalen Dialogs stützt) beruht auf der Logik der Denkweise für eine gemeinsame Welt: Im Zentrum steht der Egalitarismus im Sinne einer Gleichberechtigung aller Subjekte der Weltgesellschaft – d.h. u.a. „Die entfesselte Kraft des Atoms hat alles verändert – nur nicht unsere Art zu denken, und so treiben wir auf eine Katastrophe ohnegleichen zu. Eine neue Art von Denken ist notwendig, wenn die Menschheit weiterleben will“ (Albert Einstein 1946, zit. n. Ensel 2021), „Neues Denken“ und „Gemeinsames Haus Europa“ (1986-1990: Michail Gorbatschow), friedli-

che Koexistenz, Gewährsein der Vorgeschichte von Konflikten, Beseitigung von Kriegsursachen, Versöhnung, Völkerfreundschaft etc. Damit sind Grundlagen für eine radikale Friedenslogik, objektiv wie subjektiv, benannt – ein Aufriss, der in weiterer Folge näher bestimmt und ausbuchstabiert werden kann.

Schluss

Die Ausführungen zeigen, dass die Polykrise als zugespitzte Entwicklungskrise der Menschheit nicht nur das tiefgreifendste Ereignis in der Menschwerdung charakterisiert, weil sie selbstverschuldet die weitere Existenz der Menschheit infrage stellt. Dieses Zeitalter der Singularität kann auch zum Zeitalter der Überwindung der Krise werden. Ein Metasystem ist die heutige objektive Existenzbedingung der aufeinanderstoßenden sozialen Systeme. Die Antagonismen im Bereich der Gesellschaft, der Natur und der Technik verursachen Bedrohungen, weil sie die Verfolgung partikularer Interessen auf Kosten der Allgemeinheit bedeuten. Der Zusammenschluss der Systeme in ein gemeinsames großes Ganzes verlangt die Selbstbegrenzung der Akteure durch Beachtung der Einheit durch Vielfalt. Die Erkenntnis und Akzeptanz dieser objektiven Existenzbedingungen ist zur subjektiven Existenzbedingung der Menschheit heute geworden. Die Erfüllung dieser Bedingung ist die Voraussetzung für die Überwindung der Krise und aufgrund der Fähigkeiten der Menschen zur Kognition, Kommunikation und Kooperation auch möglich. Sie kann die Transformation der sozialen, öko-sozialen und techno-öko-sozialen Systeme auf eine nächste Stufe der Menschheitsentwicklung anstoßen. Aber beide Bedingungen, die subjektive wie die objektive, müssen erfüllt werden, und sie können nicht auf einen Schlag erfüllt werden. Edgar Morin spricht dabei von einer Schleife zwischen der Änderung der objektiven und der Änderung der subjektiven Bedingung, damit diese epochale Regeneration der menschlichen Entwicklung gelingen kann: „Die Vorgeschichte des menschlichen Geistes muss überwunden werden, um die planetarische Eisenzeit zu überwinden, und die planetarische Eisenzeit muss überwunden werden, um die Vorgeschichte des menschlichen Geistes zu überwinden“ (Morin 2004, 194 – Übersetzung DeepL). Diese Schleife muss zu einer Aufwärtsspirale entfaltet werden.

Quellen

- Barthlott, Wilhelm et al. (Hrsg.) (2009). Biodiversity, Structure and Function. In: Encyclopedia of Life Support Systems, Vol. 2. Oxford: UNESCO.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2021): The Imperial Mode of Living – Everyday Life and the Ecological Crisis of Capitalism. London, New York: Verso.
- Curtis, Neil (2013): Idiotism, Capitalism and the privatisation of life. London: Pluto Press.

- Deutsches Referenzzentrum für Ethik in den Biowissenschaften (ohne Jahr): „Anthroporelational“. <https://www.drze.de/de/forschung-publikationen/im-blickpunkt/biodiversitaet/module/anthroporelational>
- Die konvivialistische Internationale (2020): Das zweite konvivialistische Manifest – Für eine post-neoliberale Welt. Bielefeld: transcript. <https://www.transcript-verlag.de/media/pdf/b7/1b/c1/oa9783839453650GIJl6nGn1CYph.pdf>
- Ensel, Leo (2021): Über die Aktualität des Neuen Denkens. ostexperte.de, <https://ostexperte.de/ueber-die-aktualitaet-des-neuen-denkens/>
- Gonnermann, Bernhard/Mechtersheimer, Alfred (Hrsg.) (1990: Verwundbarer Frieden – Zwang zu gemeinsamer Sicherheit für die Industriegesellschaften Europas. Berlin: Brandenburgisches Verlagshaus.
- Hofkirchner, Wolfgang (2013): Emergent Information – A Unified Theory of Information Framework. Singapore: World Scientific.
- (2022): Die Verantwortung, die gesamte Menschheit vor der Vernichtung zu schützen. Volksstimme, No. 7-8, August 2022, 10-12.
<http://www.hofkirchner.uti.at/wp-content/uploads/2022/07/ukrainevs.pdf>
- (2023a): The Logic of the Third. A Paradigm Shift to a Shared Future for Humanity. Singapore: World Scientific.
- (2023b): Zur Konzeption des techno-sozialen Systems. VorSchein 39, Jahrbuch 2022 der Ernst-Bloch-Assoziation. Nürnberg: Antogo Verlag, 169-178.
- (2023c): Imperative der Konvivialität für das „Anthropozän“. Leibniz Online, 51, 1-15. https://leibnizsozietaet.de/wp-content/uploads/2024/01/LO_Gesamt51.pdf
- (2024): Konvivialität als Utopie für eine gemeinsame Menschheit. SWS-Rundschau, 64, 3, 301-313.
- Holzkamp, Klaus (1983): Grundlegung der Psychologie. Frankfurt a.M.: Campus.
- (1990). Worauf bezieht sich das Begriffspaar „restriktive/verallgemeinerte Handlungsfähigkeit“? Forum Kritische Psychologie 26, 35-46.
- Illich, Ivan (1975): Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik. Reinbek: Rowohlt.
- Jaberg, Sabine (2020): Friedenslogik – Leistungsvermögen, Geltungsanspruch, Anfragen*. S&F, 38, 3, 135-140.
- Jaberg, Sabine (2021): Zum Verhältnis von Friedenslogik und Sicherheitslogik im Zeitalter des Anthropozäns. Online-Vortrag Sommerakademie Stadtschleining am 03.09.2021. https://www.aspr.ac.at/fileadmin/Pictures/Bildung/Zum_Verhaeltnis_von_Friedenslogik_und_Sicherheitslogik_im_Zeitalter_des_Anthropozaeans.pdf
- Knies, Gerhard, et al. (Hg.) (1990): Betriebsbedingung Frieden – Herausforderungen der Hochtechnologie-Zivilisation für eine nachmilitärische Ära. Berlin: Brandenburgisches Verlagshaus.
- Lammers, Christiane (2020): Das Projekt „Friedenslogik“ im Kontext der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung. S&F, 38, 3, 123-128.
- Les Convivialistes (2014): Das konvivialistische Manifest – Für eine neue Kunst des Zusammenlebens. Bielefeld: transcript.
- Meller, Harald et al. (2024): Die Evolution der Gewalt. dtv: München

- Morin, Edgar (1999): *Homeland Earth – A Manifesto for the New Millennium*. Cresskill: Hampton Press.
- (2004): *Éthique. La Méthode 6*. Paris: Éditions du Seuil.
- (2021): *Abenteuer Mensch*. Freitag, 28. <https://www.freitag.de/autoren/the-guardian/abenteuer-mensch>
- Nida-Rümelin, Julian/Weidenfeld, Natalie (2018): *Digitaler Humanismus*. München: Piper.
- Roßnagel, Alexander et al. (1989): *Die Verletzlichkeit der „Informationsgesellschaft“*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Tomasello, Michael (2019): *Becoming human*. Harvard University Press: Cambridge, MA.
- Zimmermann, Rainer E. (2012): *Naturallianz, Allianztechnik*. In: Dietschy, Beat/Zeilinger, Doris/Zimmermann, Rainer E. (Hrsg.), *Blochwörterbuch*. De Gruyter: Berlin, 349-360.

Wilfried Graf/Werner Wintersteiner

Johan Galtungs bleibende Impulse für eine Kritische Friedensforschung¹

Kritische Friedensforschung im Kontext: Eine Positionsbestimmung

Die Entwicklung eines transdisziplinären Forschungsfeldes

Unter Kritischer Friedensforschung verstehen wir einen weiten, emanzipatorischen Forschungsansatz, dessen Wurzeln nicht erst in den Arbeiten der 1970er Jahre (Johan Galtung, Dieter Senghaas, Eckehart Krippendorff, Christoph Wulf, Betty Reardon) zu finden sind, sondern bereits früher bei Pionieren wie Philip Quincy Wright, Theodore F. Lentz, Kenneth und Elise Boulding, Herbert Kelman und Richard Falk angelegt wurden. Im deutschsprachigen Raum entwickelte sich die kritische Friedensforschung in Abgrenzung zur traditionellen Konfliktforschung besonders ab den späten 1960er Jahren, als der Vietnamkrieg und die antikolonialen Befreiungsbewegungen eine neue Sensibilität für Fragen von Gewalt, Unterdrückung und struktureller Abhängigkeit hervorbrachten.

Diese Forschungstradition verbindet theoretische Analysen mit praktischem Engagement für gesellschaftliche Transformation und orientiert sich an normativen Horizonten von Gewaltfreiheit, konstruktiver Konfliktbearbeitung und sozialer Gerechtigkeit. Kritische Friedensforschung versteht sich nicht als wertfreie Wissenschaft, sondern als normativ geleitete Forschung, die eine friedlichere Welt mitgestalten will. Diese Position hat methodologische Konsequenzen: Sie erfordert Transdisziplinarität, Methodenpluralismus und eine Verschränkung von Theorie und Praxis, die über traditionelle akademische Grenzen hinausgeht.

Johan Galtungs besondere Stellung

In diesem Kontext nimmt Johan Galtung eine spezifische und aus unserer Sicht unverzichtbare Rolle ein, deren Bedeutung gerade heute nicht zu unterschätzen ist. Er hat wie kein anderer die Disziplin geprägt, methodisch und inhaltlich strukturiert

1 Dieser Text ist eine gründlich bearbeitete und stark erweiterte Fassung unseres Aufsatzes in INTERNATIONAL 2024 (Wintersteiner/Graf 2024).

und ihr eine weltweite Resonanz verschafft. Mit seinen konzeptuellen Innovationen schuf er ein begriffliches Instrumentarium, das bis heute die Grundlage für viele friedenswissenschaftliche Analysen bildet.

Peter Lawler, sein kritischer Biograf, stellt treffend fest:

A substantive history of peace research would be brief indeed – not to mention duller – if the input of Johan Galtung did not appear throughout. He was there at the beginnings of institutionalized peace research and remains a major contributor today. His writing has generated a unique lexicon utilized by many, if not most peace researchers. Inscribed upon his work are all of the debates that have both impelled peace research onward and occasionally scarred it. The evolution of his work provides, then, one history, not the only one of course, of the field as a whole (Lawler 1995: vii).

Galtungs Beitrag zur Friedensforschung ist in mehrfacher Hinsicht einzigartig: Erstens durch die Breite und Tiefe seiner theoretischen Arbeiten, die von der Sozialtheorie über internationale Beziehungen bis hin zur angewandten Konfliktlösung reichen. Zweitens durch seine Verbindung von akademischer Forschung und praktischem Engagement in Konfliktsituationen weltweit. Drittens durch seinen transdisziplinären Ansatz, der Erkenntnisse aus den unterschiedlichsten Wissenschaftstraditionen integriert und für die Friedensforschung fruchtbar macht.

Intellektuelle Einflüsse und geistesgeschichtlicher Kontext

Galtungs Denken wurde von verschiedenen intellektuellen Strömungen beeinflusst. Zentral war zweifellos die Begegnung mit Gandhis Philosophie der Gewaltfreiheit, die ihn zu seiner Militärdienstverweigerung und später zu Konzepten der gewaltfreien Konfliktlösung inspirierte. Eine herausragende Rolle spielte hier sein Mentor, der norwegische Philosoph Arne Næss. Daneben prägte ihn die skandinavische Tradition des Sozialdemokratismus mit ihrem Fokus auf strukturelle Gleichheit und soziale Gerechtigkeit.

In seiner akademischen Ausbildung spielte die strukturfunktionalistische Soziologie nach Talcott Parsons eine wichtige Rolle, von der er sich später teilweise distanzierte, deren systemtheoretisches Denken jedoch in seinen eigenen Modellen weiterhin erkennbar blieb. Die kritische Theorie der Frankfurter Schule, insbesondere Herbert Marcuses Arbeiten, beeinflussten seine spätere Kritik an struktureller Gewalt, ebenso wie die Dependenztheorien lateinamerikanischer Ökonomen seine Imperialismustheorie mitformten.

Diese diversen Einflüsse verleihen Galtungs Werk eine besondere Vielschichtigkeit, die es schwer kategorisierbar macht: Er verbindet empirisch-analytische Methoden mit normativ-kritischen Ansätzen, strukturalistische Analysen mit handlungsorientierten Transformationskonzepten, westliches wissenschaftliches Denken mit Einsichten aus östlichen Philosophien und indigenen Weisheitstraditionen.

Biographische Prägungen

Krieg, Gefängnis und Gandhi

Johan Vincent Galtung, 1930 in Oslo geboren, war die Friedensforschung gewissermaßen in die Wiege gelegt. Zu diesem Schluss kann man zumindest kommen, wenn man sich an seine eigenen Aussagen und Erzählungen hält. Denn der Zweite Weltkrieg, in dem Norwegen von Nazi-Deutschland besetzt wurde, spielte eine zentrale Rolle in Galtungs frühem Leben. Sein Vater, stellvertretender Bürgermeister von Oslo, wurde von den Nazis ins Gefängnis geworfen. Nach jeder Aktion des norwegischen Widerstands wurden einige Gefängnisinsassen hingerichtet. So lebte die Familie in ständiger Angst um den Vater und der junge Johan begriff den „Wahnsinn des Krieges“, wie er es selbst ausdrückte.

Diese frühe Konfrontation mit staatlicher Gewalt und Ungerechtigkeit weckte in Galtung ein tiefes Interesse an Alternativen zur Gewalt. Umso stärker war er von dem pazifistischen Revolutionär Gandhi beeindruckt, dessen Ermordung 1948 der damals 17-Jährige tief betrauerte: „Gandhis Botschaft war, dass es eine Alternative gibt.“ Diese Begegnung mit Gandhis Ideen sollte sein gesamtes weiteres Leben prägen und ihn zu einem der wichtigsten Theoretiker und Praktiker gewaltfreier Konfliktlösung machen.

Vom Militärdienstverweigerer zum Friedensforscher

Als junger Student sowohl der Mathematik wie der Soziologie erhielt Galtung ein Stipendium für Finnland, wo er eine Bibliothekarin bat, ihm Bücher über *rauhantutkimus* (das finnische Wort für Friedensforschung) herauszusuchen – vergeblich zur damaligen Zeit. Diese Erfahrung verdeutlichte ihm die Notwendigkeit, ein eigenständiges Feld der Friedensforschung zu etablieren.

Zurück in Norwegen verweigerte er den Militärdienst und beschloss, sein Leben von nun an der Erforschung des Friedens zu widmen. Mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit verlangte er, dass er die sechs Monate, die der Zivildienst länger als der Militärdienst dauerte, für Friedensarbeit verwenden dürfe. Als ihm dies nicht genehmigt wurde, war er bereit, diese Zeit im Gefängnis zu verbringen. Dort studierte er Gandhis Schriften zur Gewaltlosigkeit – die Basis für ein Buch, das er gemeinsam mit Arne Næss verfasste, dessen Assistent er von 1953 bis 1957 war (Galtung/Naess 2019).

Diese Episode zeigt bereits ein charakteristisches Merkmal Galtungs: seine Bereitschaft, für seine Überzeugungen persönliche Konsequenzen zu tragen und die theoretische Arbeit mit praktischem Engagement zu verbinden. Von 1956 bis 1957 war er in Sizilien, auf Einladung von Danilo Dolci, dem „italienischen Gandhi“ (Aldo Capitini), wo er gewaltfreie Methoden des sozialen Widerstands gegen Armut

und Mafia-Strukturen kennenlernte. Gewaltfreie Verteidigung war denn auch von Anfang an ein Forschungsfeld von Galtung.

Institutionelle Pionierarbeit

Nach dem Abschluss seines Doktorats in Soziologie und einem Zwischenspiel als Assistenzprofessor an der Columbia Universität in New York gelang es ihm 1959, zusammen mit seiner ersten Frau Ingrid Eide (die später Ministerin in einem sozialdemokratischen Kabinett wurde), das *Peace Research Institute Oslo* (PRIO) zu gründen. Es ist das älteste Friedensforschungsinstitut überhaupt und bis heute eines der weltweit renommiertesten Zentren für Friedens- und Konfliktforschung.

1964 etablierte Galtung im Rahmen von PRIO eine der ersten Fachzeitschriften für Friedensstudien, das bis heute bestehende *Journal of Peace Research*.² Im selben Jahr 1964 wirkte er an der Gründung der Berufsvereinigung der Friedensforscher*innen, der *International Peace Research Association* (IPRA) mit. 1969 gab er die Leitung des PRIO auf, um Professor für Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Oslo zu werden, eine Position, die er bis 1978 innehatte.

Diese institutionellen Gründungen und Erfahrungen waren wegweisend für die Etablierung der Friedensforschung als eigenständiges akademisches Feld. Sie schufen Räume für die systematische Erforschung von Frieden und Gewalt jenseits traditioneller Disziplinen wie den Internationalen Beziehungen oder reduktionistischer Paradigmen wie der Sicherheitsforschung und ermöglichten den internationalen Austausch zwischen Friedensforscher*innen.

Der Scholar-Practitioner: Wissenschaftler, Praktiker, Organisator, Pädagoge

In dieser Zeit entwickelte Galtung viele seiner grundlegenden Theorien und Konzepte, die seinen Ruf als einen der einflussreichsten Friedensforscher bis heute begründen. Über alle wissenschaftlichen Disziplingrenzen hinweg trat er für Transdisziplinarität ein. Er vereinte in seiner Person wie kaum ein anderer die Rollen des Wissenschaftlers, des Praktikers, des Organisators und des Pädagogen. Diese Verknüpfung verschiedener Rollen charakterisiert Galtungs Selbstverständnis als „Scholar-Practitioner“ – einem engagierten Intellektuellen, der zwischen Theorie und Praxis vermittelt und seine wissenschaftlichen Erkenntnisse direkt in Dialog und praktische Handlungsanleitungen übersetzt. Diese Haltung prägt bis heute das Selbstverständnis vieler Friedensforscher*innen, die ihre akademische Arbeit nicht als Selbstzweck, sondern als wissenschaftlich-praktischen Beitrag zu einer friedlicheren Welt verstehen. Seine

2 Noch älter ist wohl nur das *Journal of Conflict Resolution*, 1957 an der University of Michigan gegründet.

intellektuelle Produktivität und kreative Energie waren derart beeindruckend, dass sich Kenneth Boulding, der hoch angesehene Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, bereits 1977 zu folgendem Ausspruch veranlasst sah: „There are some people like Picasso whose output is so large and so varied that it is hard to believe that it comes from only one person. Johan Galtung falls into this category.“ (Boulding 1977) Tatsächlich umfasst sein Werk mehr als 160 Bücher und 1500 wissenschaftliche Artikel zu den unterschiedlichsten Themen der Friedens- und Konfliktforschung.

Konzeptionelle Meilensteine: Galtungs Schlüsselbeiträge zur Friedensforschung

Die elektrisierende und inspirierende Kraft seines theoretischen Outputs ist einzigartig und hat Galtung schnell weltberühmt und einflussreich gemacht. Oft sind seine Begriffe, vor allem der der strukturellen Gewalt, so populär geworden, dass viele gar nicht wissen, wer ihr Urheber ist. Im Folgenden werden seine wichtigsten konzeptionellen Beiträge dargestellt und kritisch gewürdigt.

Negativer und positiver Frieden: Die Erweiterung des Friedensbegriffs

Mit seinen ersten Konzepten beantwortete Galtung die grundlegende Frage, ob Friedensforschung einen engen Friedensbegriff (verstanden als den Gegensatz zu Krieg) oder einen weiten Friedensbegriff anlegen soll, der Frieden nicht nur als das Gegenteil von Krieg, sondern auch von Gewalt und Diskriminierung begreift.

Galtung trat entschieden für den weiten Friedensbegriff ein und schlug dazu die sehr eingängige, aber u. E. doch etwas zu dualistische (und sprachlich verwirrende) Terminologie negativer Friede versus positiver Friede vor (Galtung 1969). Mit negativem Frieden bezeichnet er den Zustand von Frieden als Abwesenheit von Krieg. Als positiver Frieden gilt ihm darüber hinaus das Vorhandensein von sozialer Gerechtigkeit und die Abwesenheit struktureller Gewalt. Damit wurde ein analytisches Instrument gewonnen, um auch an Gesellschaften, die keine Kriege führen, Kritik zu üben. Man konnte auf diese Weise nachweisen, wie viel an „versteckter“ oder indirekter Gewalt auch in sogenannten friedlichen Gesellschaften vorhanden ist. Die begriffliche Unterscheidung ermöglichte es, Frieden nicht als statischen Zustand, sondern als dynamischen Prozess zu verstehen, der kontinuierliches Engagement erfordert. Doch auch die Wahl des weiten Friedensbegriffs ist nicht unproblematisch. Sie gerät in Gefahr, Frieden als Synonym für „gutes Leben“ zu verwenden und damit begrifflich nicht mehr fassbar zu machen. In der Spätphase seines Werks präziserte und erweiterte Galtung deshalb das Konzept des positiven Friedens auf vier Dimensionen: Trauma-Bearbeitung, Konflikt-Mediation, soziale Gerechtigkeit (bzw. Equity), kulturelle Harmonie (von Einheit und Differenz).

Gerade in der heutigen Zeit, in der Krieg wieder vermehrt als politisches Instrument betrachtet und eine militaristische Kultur der „Kriegstüchtigkeit“ propagiert wird, ist Galtungs Beharren auf einem umfassenden Friedensbegriff, der über die bloße Abwesenheit von Krieg hinausgeht, von unschätzbarem Wert. Seine Konzeption ermöglicht es, auch in scheinbar friedlichen Verhältnissen Gewaltstrukturen zu identifizieren und zu bekämpfen und einen positiven Frieden anzustreben, der auf sozialer Gerechtigkeit und kultureller Anerkennung basiert.

Das Dreieck der Gewalt: Personale, strukturelle und kulturelle Gewalt

In engem Zusammenhang mit der Unterscheidung zwischen negativem und positivem Frieden hat Galtung auch den Gewaltbegriff differenziert. In seinem Aufsatz *Gewalt, Frieden und Friedensforschung* (Galtung 1969, deutsch in Galtung 1975: 7-36) postulierte er zunächst eine Dichotomie von direkter (oder personaler) und struktureller Gewalt.

Strukturelle Gewalt meint eine Gewalt, für die es keine klar definierten „Täter“ gibt, sondern ungerechte soziale Verhältnisse, die Menschen einen früheren Tod bringen, als es von Natur aus sein müsste, oder ungerechte Gesetze, die ganz „legal“ den demokratischen Spielraum von Menschen einschränken. Denn Gewalt galt dem frühen Galtung „als die Ursache für den Unterschied zwischen dem Potenziellen und dem Aktuellen, zwischen dem, was hätte sein können und dem, was ist“ (Galtung 1975, S. 9; Hervorhebung im Original), während er später Gewalt wesentlich konkreter als Verletzung menschlicher Grundbedürfnisse definierte. Wenn beispielsweise Menschen an Krankheiten sterben, für die es sehr wohl eine Heilung gäbe, aber die sozialen Verhältnisse für einen Großteil der Bevölkerung keine Behandlung erlauben, liegt nach dieser Definition ebenfalls Gewalt vor.

Aufgrund dieser eindeutigen Unterscheidung rückten auch ökonomische Ausbeutung und politische Unterdrückung als potenzielle Bedingungen oder Ursachen von physischer Gewalt ins Blickfeld der Friedensforschung und konnten verschiedene Formen sozialen Protests als gerechter Widerstand gegen strukturelle Gewalt legitimiert werden, die bislang ausschließlich als illegitime Gewalt galten. 1990 erweiterte Galtung seine binäre Unterscheidung um den Begriff der kulturellen Gewalt und entwickelte damit ein Dreieck der Gewalt. Als kulturelle Gewalt sah er jene Aspekte von Kultur an, die zur Rechtfertigung oder Legitimierung direkter oder struktureller Gewalt genutzt werden können. Dazu zählen etwa religiöse Vorstellungen, die Gewalt gegen Ungläubige rechtfertigen, rassistische Theorien, die strukturelle Diskriminierung legitimieren, oder patriarchale Einstellungen, die Gewalt gegen Frauen normalisieren (Galtung 1990). Kulturelle Gewalt lässt direkte und strukturelle Gewalt als legitim oder zumindest als nicht falsch erscheinen und macht sie teilweise sogar unsichtbar.

Diese Differenzierung des Gewaltbegriffs hat sich als produktiv erwiesen und ist auch heute von großer Relevanz, etwa in der Analyse globaler Ungleichheiten, struktureller Diskriminierung oder der ideologischen Rechtfertigungsmuster für Gewalt in unterschiedlichen Kontexten. Neuere Forschungsansätze zu epistemischer Gewalt, globaler Gerechtigkeit und Dekolonisierung knüpfen explizit oder implizit an Galtungs Konzeption an und entwickeln sie weiter.

Der erweiterte Gewaltbegriff ermöglicht es, subtilere Formen von Gewalt und Unterdrückung zu erkennen und zu analysieren, die in reduktionistischeren Sicherheits- und Konflikttheorien oft ausgeblendet werden. Gleichzeitig birgt er die Gefahr einer Überdehnung des Gewaltbegriffs, die dessen analytische Schärfe verwässern könnte. Kritiker haben Galtung vorgeworfen, mit seinem Konzept der strukturellen Gewalt nahezu jede Form sozialer Ungleichheit als Gewalt zu definieren und damit den Begriff der Gewalt selbst zu entleeren.

Entwicklungstheorie und struktureller Imperialismus

Galtungs Entwicklungstheorie setzte bei der Analyse struktureller Gewalt im Welt-system an und gelangte zu einer *strukturellen Imperialismustheorie* (Galtung 1973 und 1998, Teil III) – es ist einer seiner meistzitierten Texte. Denn diese Überlegungen passten zum antikolonialen Zeitgeist der 1970er Jahre und boten Instrumente zur Kritik des Fortwirkens kolonial entstandener Abhängigkeitsverhältnisse.

Galtung definiert Imperialismus als eine besondere Art von Herrschaftsbeziehung zwischen Kollektiven, insbesondere zwischen Nationen. Es ist ein System, das eine Gemeinschaft (im Zentrum) mit einer anderen (in der Peripherie) so verbindet, dass:

1. es eine Interessensharmonie zwischen dem Zentrum in der Zentrum-Nation und dem Zentrum in der Peripherie-Nation gibt,
2. es eine größere Interessendisharmonie innerhalb der Peripherie-Nation als innerhalb der Zentrum-Nation gibt,
3. es eine Interessendisharmonie zwischen der Peripherie in der Zentrum-Nation und der Peripherie in der Peripherie-Nation gibt.

Diese Strukturen schaffen und verfestigen Abhängigkeiten und Ungleichheiten zwischen Zentrum und Peripherie, die nicht nur ökonomischer, sondern auch politischer, militärischer, kommunikativer und kultureller Natur sein können. Galtung unterscheidet entsprechend verschiedene Formen des Imperialismus: ökonomischen, politischen, militärischen, kommunikativen und kulturellen Imperialismus. Diese erweiterte Imperialismustheorie erlaubte auch die Kritik post-kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse, wie sie in den Ländern des „bürokratischen Sozialismus“ bzw. im Einflussbereich des sowjetischen „Sozialimperialismus“ entstanden.

Kritiker wie Lawler haben bemängelt, dass Galtung bei seiner Analyse globaler Interdependenz die ideologischen Implikationen seiner Konzepte nicht ausreichend

reflektiert habe. Dennoch bildet sein entwicklungstheoretischer Ansatz eine wichtige Grundlage für die kritische Analyse globaler Ungleichheiten und Abhängigkeitsverhältnisse, die in Zeiten der Globalisierung und sich verschärfender globaler Ungleichheit von unverminderter Aktualität ist.

Konfliktbearbeitung: Das ABC-Dreieck und die Konflikttransformation

Sehr einflussreich ist auch Galtungs Konflikttheorie geworden. Er sieht Konflikt als unvermeidbares soziales Phänomen, das nicht nur negativ, sondern potenziell oft auch positiv – als Motor zur Überwindung ungerechter Verhältnisse – zu bewerten ist. Es gehe aber darum, Konflikt nicht destruktiv, sondern konstruktiv auszutragen.

Als analytisches Instrument dafür entwickelte er das Konfliktdreieck, auch bekannt als ABC-Dreieck (Attitude/Assumptions, Behavior, Contradiction). An der Spitze des Dreiecks (und damit als einzige Komponente sichtbar) ist das *Verhalten* (Behavior) der Konfliktparteien, während die *Attitudes and Assumptions*, also die (oft kulturell verankerten) Einstellungen, Annahmen, Denkmuster, und die zugrunde liegenden *Widersprüche* (Contradiction) auch den Akteuren zunächst nicht bewusst sein müssen.

Es gehe nun darum, in einem tiefer gehenden Dialogprozess hinderliche Annahmen und Einstellungen aufzuspüren und zu überwinden, um zu einem kreativen Ergebnis für beide Seiten bei der eigentlichen Konfliktbearbeitung zu finden. Es müsse aber bewusst sein, so Galtung, dass Konflikte im Grunde nicht ein für alle Mal beseitigt werden können, sondern dass es auch und vor allem darum gehe, sie zu *transformieren*, wobei nicht nur der inhaltliche Konflikt-Widerspruch, sondern auch die Beziehungen der Konfliktparteien konstruktiv verändert werden. Das Konzept der Konflikt-Transformation findet sich außer bei Galtung auch stark bei Jean-Paul Lederach, wobei es da vor allem an Freire anknüpft und christlich-befreiungstheologische Züge trägt.

Galtung, der aus einer Ärztesfamilie stammt, bedient sich metaphorisch einer der Medizin bzw. Psychotherapie entlehnten Terminologie: Diagnose, Prognose, Therapie. Diese Metaphorik ist nicht unproblematisch und wurde von Kritikern wie Lawler als Symptom einer mangelnden theoretischen Fundierung gesehen, da sie einen technokratischen und entpolitizierenden Zugang zu Konflikten nahelegen könnte. Sie suggeriert, dass Konflikte wie Krankheiten „behandelt“ werden können und verdeckt so möglicherweise die politischen und ethischen Dimensionen von Konfliktinterventionen.

Dennoch hat sich Galtungs Konflikttheorie als nützlich für die Konfliktbearbeitung erwiesen und bildet heute das Fundament zahlreicher Mediations- und Konfliktlösungsverfahren. Sein Verständnis von Konflikttransformation trägt zum Verständnis komplexer gesellschaftlicher Konflikte bei und hat die Friedensarbeit in Konfliktregionen weltweit geprägt.

Besonders wertvoll ist sein Beitrag zur Überwindung vereinfachender Konfliktkonzeptionen, die Konflikte auf ihre empirischen, manifesten Erscheinungsformen reduzieren. Galtungs Ansatz ermöglicht es, die tieferen Ursachen und Dynamiken von Konflikten zu erforschen und Interventionsstrategien zu entwickeln, die nicht nur an den Symptomen, sondern auch an den tiefer liegenden, strukturellen und kulturellen Mechanismen und Wurzeln ansetzen.

Friedenspraxis: Friedensvermittlung, Friedensbildung, Friedensjournalismus, Friedenspolitik

1993 gründete Galtung mit seiner zweiten Frau, Fumiko Nishimura, *Transcend International*, ein globales Netzwerk für Frieden, Entwicklung und Umwelt, das sich für eine gerechtere und weniger gewalttätige Welt durch Konflikttransformation und Mediation einsetzte. In diesem Zusammenhang entwickelte Galtung auch eine Reihe von Friedenspraktiken weiter – Friedensvermittlung, Friedensbildung, Friedensjournalismus, Friedenspolitik.

Friedensvermittlung und Mediation

Galtung hat in zahlreichen Konfliktsituationen weltweit als Mediator und Berater gewirkt. Seine Methode der Friedensvermittlung intendierte, die strukturellen und kulturellen Dimensionen von Konflikten zu adressieren und nicht nur kurzfristige Vereinbarungen zu erzielen, sondern langfristige Transformationsprozesse einzuleiten.

Sein Ansatz zur Friedensvermittlung basiert auf seinem Verständnis von Konflikttransformation. Im Gegensatz zu herkömmlichen Mediationsansätzen, die oft nur auf Kompromisse zwischen den artikulierten Positionen der Konfliktparteien abzielen, versucht Galtung, in Dialogprozessen die tieferen Interessen und grundlegenden Bedürfnisse der Beteiligten zu ergründen und kreative Lösungen zu erarbeiten, die über ein Nullsummenspiel hinausgehen.

Friedensbildung und Friedenspädagogik

Friedenspädagogik, Friedenserziehung/Friedensbildung (nicht zu verwechseln mit Peacebuilding, d.h. Friedenskonsolidierung oder Friedensförderung) waren Galtung zeit seines Lebens wichtige Anliegen. Er hat nicht nur durch seine Konzepte von negativem und positivem Frieden, seiner Gewalt- und Konflikttheorie der Friedenspädagogik zahlreiche Impulse gegeben, er hat sich auch persönlich sehr für Friedenserziehung/Friedensbildung engagiert. Davon zeugen seine zahlreichen einschlägigen Publikationen und seine unermüdliche Präsenz bei Veranstaltungen, Seminaren und Workshops (z.B. Galtung 1974, 1975, 1983, 2008).

Galtungs Beitrag zur Friedenspädagogik liegt vor allem in seiner Fähigkeit, theoretische Konzepte für die Bildungspraxis fruchtbar zu machen. Er verstand Friedenserziehung/Friedensbildung stets als transformatives Projekt, das nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch Bewusstsein schafft und zum Handeln befähigt. Besonders wichtig war ihm dabei die Entwicklung einer kritischen Kompetenz, um Gewaltstrukturen zu erkennen und zu hinterfragen, sowie die Förderung der Empathiefähigkeit und des Perspektivenwechsels als Grundlage für konstruktive Konfliktbearbeitung.

Seine Ansätze haben dazu beigetragen, Friedenspädagogik als kritische Bildungspraxis zu etablieren, die globale Zusammenhänge aufzeigt und lokales Handeln ermöglicht. Seine friedenspädagogischen Ansätze finden bis heute weltweit Anwendung in schulischen und außerschulischen Bildungsprozessen.

Friedensjournalismus

Besonders innovativ war Galtungs Konzept des Friedensjournalismus, das er in den 1970er Jahren entwickelte und das später von Journalist*innen wie Jake Lynch und Annabel McGoldrick (2005) weiterentwickelt wurde. Friedensjournalismus versteht mediale Berichterstattung als Teil einer konstruktiven Konfliktbearbeitung und entwickelt alternative Narrative zu gewaltfördernden medialen Darstellungen.

Galtung kritisierte den herkömmlichen „Kriegsjournalismus“, der sich auf Gewalt, Eliten und einen binären „Wir gegen sie“-Diskurs konzentriert. Stattdessen plädierte er für einen Journalismus, der Hintergründe und Kontexte beleuchtet, allen Konfliktparteien eine Stimme gibt, Friedensinitiativen sichtbar macht und kreative Lösungsansätze aufzeigt.

Dieser Ansatz hat insbesondere in Konfliktregionen Widerhall gefunden, wo Journalist*innen zunehmend ihre Verantwortung für Konflikteskalation oder -deeskalation reflektieren. Gleichzeitig bleibt er umstritten, da Kritiker darin eine Gefährdung journalistischer Objektivität und Unabhängigkeit sehen.

Weltweite Wirkung als Berater, Hochschullehrer und Vordenker

Galtung war als Referent und Berater praktisch auf dem gesamten Erdball aktiv, er hatte Gastprofessuren an vielen Universitäten inne, u. a. in Santiago (Chile), an der Universität der Vereinten Nationen in Genf sowie an der Columbia University, der Princeton University und der University of Hawaii. Er war Generaldirektor des Internationalen Universitätszentrums in Dubrovnik und half bei der Gründung und Leitung der World Future Studies Federation. 2014 wurde er zum ersten Tun-Mahathir-Professor für Globalen Frieden an der Internationalen Islamischen Universität Malaysia ernannt.

Seine internationalen Aktivitäten umfassten Beratungstätigkeiten für Regierungen, internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen in Konfliktregionen weltweit. Als Mediator war er in mehr als 150 internationalen Konflikten tätig, darunter in Lateinamerika, Afghanistan, im Nahen Osten, auf dem Balkan und in Sri Lanka. Seine Arbeit als Berater für verschiedene UN-Organisationen trug dazu bei, Konzepte wie menschliche Entwicklung, strukturelle Gewalt und positive Friedensförderung in internationalen Entwicklungs- und Friedensprogrammen zu verankern.

Galtung's pädagogischer Ansatz war geprägt von einer besonderen Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge anschaulich zu vermitteln und sein Publikum zu inspirieren. Seine Vorträge und Workshops waren nicht nur intellektuell stimulierend, sondern auch praktisch orientiert, indem sie konkrete Handlungsoptionen für Friedensarbeit aufzeigten. Für viele seiner Studierenden und Zuhörer wurde er zu einem Mentor, der sie ermutigte, konventionelle Denkweisen zu überschreiten und kreative Lösungen für Konflikte zu entwickeln.

Sein Einfluss auf Friedensforschung, Friedensbewegungen und Zivilgesellschaft im globalen Maßstab ist kaum zu überschätzen. Er hat weltweit, aber besonders im skandinavischen sowie im ganzen deutschsprachigen Raum auf Friedenswissenschaft und Friedenspraxis eminenten Einfluss ausgeübt, ebenso wie in Österreich und auf die beiden Autoren dieses Artikels. Galtung erhielt zahlreiche nationale und internationale Auszeichnungen und Ehrungen, darunter 1987 den alternativen Nobelpreis Right Livelihood Award „für seine konstruktiven und visionären Beiträge zu einer umfassenden Friedensforschung“.

Wie Lawler treffend bemerkt: „Galtung's methodology was orthodox, but his politics was always transformational in intent. Even his earliest writings revealed the traces of a radical political side to his scholarly persona.“ (Lawler 1995, 225) Diese Verbindung von wissenschaftlicher Methodik und transformativer politischer Vision charakterisiert Galtung's Wirken und erklärt seine anhaltende Bedeutung für die kritische Friedensforschung.

4 Der Schatten über dem Lebenswerk

Doch diese Darstellung des Lebens und Wirkens von Johan Galtung kann nicht als Heldenerzählung enden. Bedauerlicherweise hat sich auf seinem Lebensweg auch Negatives angehäuft, das einer kritischen Auseinandersetzung bedarf. Eine differenzierte Betrachtung seines Werks muss auch die problematischen Aspekte seiner Persönlichkeit und seiner späteren Äußerungen einbeziehen.

Persönlichkeit und akademischer Habitus

Nicht selten legte Galtung ein arrogantes Verhalten an den Tag. Die italienische Friedensforscherin Valentina Bartolucci sah sich sogar veranlasst, ihn so zu beschreiben:

Im Laufe der Jahre wurden seine öffentlichen Interventionen immer polemischer und brachten ihm viel Kritik ein. In Fachkreisen bleibt er nicht nur wegen seiner grundlegenden Beiträge zur Friedensforschung in Erinnerung, sondern auch wegen seines ausgeprägten Egos (er erinnerte seine Gesprächspartner oft daran, dass er ein Genie sei, was er wahrscheinlich auch war, und er ist wohl der meistzitierte Autor der Welt!). Er war mit einer beißenden Ironie begabt. [Er] konnte Kritik nicht gut vertragen und gab nur ungern seine Fehler zu. (Bartolucci 2024)

Gleichzeitig kann sein unkonventioneller, oft provozierender Stil auch als Teil seiner intellektuellen Strategie verstanden werden, verkrustete Denkmuster aufzubrechen und radikale Alternativen zu entwickeln.

Diese Charakterzüge stehen in einem gewissen Widerspruch zu den von ihm selbst propagierten Werten der Empathie und des Dialogs. Sie verweisen auf eine Diskrepanz zwischen theoretischem Anspruch und persönlicher Praxis, die auch seinen akademischen Habitus prägte. Galtungs polarisierende Art und seine mangelnde Bereitschaft, Kritik anzunehmen erschwerten mitunter den konstruktiven wissenschaftlichen Austausch und führten zu Konflikten – aber noch mehr zur Konfliktvermeidung – innerhalb der Friedensforschungs-Community.

Antisemitismusvorwürfe und problematische Äußerungen

Wesentlich schwerwiegender sind manche Äußerungen von Galtung, die als antisemitisch wahrgenommen wurden. Dies wurde besonders eklatant im Zusammenhang mit seinen Statements anlässlich der Terroranschläge von Anders Breivik in Oslo und Utøya 2011.³ In seinen Kommentaren zu diesen traumatischen Ereignissen äußerte Galtung Spekulationen über mögliche Verbindungen zwischen Breivik, Israel und der Freimaurerei, die bei vielen auf Unverständnis und Ablehnung stießen.

Da die Anschuldigungen schwer sind und seinen Gegnern oft ideologische Motive unterstellt werden, sei hier eine Quelle zitiert, die wohl ernst genommen werden muss – die Stellungnahme des damaligen Direktors von PRIO, dem von Galtung selbst gegründeten Institut, Kristian Berg Harpviken. Dieser schrieb im Jahre 2012:

Johan Galtungs Kommentare zu den Terroranschlägen von Anders Behring Breivik am 22. Juli 2011 haben in vielen Teilen der Welt heftige Reaktionen hervorgerufen. In seinen eigenen Schriften und in Medienkommentaren deutet Galtung an, dass Israel und die Freimaurerei in den Terror vom 22. Juli verwickelt sein könnten, und er diskutiert die angebliche jüdische Beherrschung der Weltmedien, der amerikanischen Universitäten

3 <https://fritanke.no/johan-galtung-and-antisemitism/19.11455> [5.4.2024].

und der internationalen Finanzwelt. Seine unbelegten Behauptungen tragen zur Stereotypisierung einer bestimmten Gruppe, der Juden und Jüdinnen, bei. Ein Zitat, das er Norman Podhoretz zuschreibt und das auf zahlreichen rassistischen und antisemitischen Seiten im Internet zu finden ist, soll nahelegen, dass alle Juden und Jüdinnen verpflichtet sind, Israel in öffentlichen Debatten zu verteidigen. Galtung verleiht auch zweifelhaften Publikationen Glaubwürdigkeit, darunter spekulativen Werken über die Freimaurerei und die Protokolle der Weisen von Zion. Ich halte diese Aussagen für unvereinbar mit dem Ethos der Friedensforschung, zu der Galtung wesentliche Beiträge geleistet hat.⁴

Diese Äußerungen stehen im starken Kontrast zu Galtungs früheren Arbeiten zur Überwindung von Vorurteilen und zur Kritik kultureller Gewalt. Sie werfen die Frage auf, inwieweit seine eigenen kulturellen Konzepte vor kulturalistischen und essentialisierenden Tendenzen gefeit sind.

Galtungs Reaktion und die fehlende Aufarbeitung

Johan Galtung selbst hat alle Vorwürfe kategorisch zurückgewiesen und als Verleumdungen abgetan, und er hat dabei an seine unbestreitbar vorhandenen Verdienste bei der Erforschung von Vorurteilen, Rassismus und Antisemitismus erinnert.⁵ In seiner Wahrnehmung war das, was andere als Antisemitismus betrachteten, das Aufbrechen von Tabus.

Diese defensive Haltung und die fehlende Bereitschaft zu einer tieferen Selbstreflexion stehen im Widerspruch zu seinem eigenen Ansatz der Konflikttransformation, der gerade die Bedeutung von Empathie, Dialog und Selbstreflexion betont. Sie verweisen auf blinde Flecken in seinem Denken und auf die Schwierigkeit, die eigenen theoretischen Einsichten auf persönliche Konfliktodynamiken anzuwenden.

Kontinuität oder Bruch?

Diese Haltung Galtungs wirft eine Reihe von Fragen auf. Warum hat sich der Friedensforscher in diese negative Richtung entwickelt? War dies ein Bruch mit seinen früheren Ansichten oder gibt es hier auch eine verborgene Kontinuität?

Eine mögliche Erklärung liegt in der zunehmenden Radikalisierung seiner Kritik an westlichen Machtstrukturen und seiner Tendenz, komplexe geopolitische Zusammenhänge auf simplifizierende Erklärungsmuster zu reduzieren. Eine andere Interpretation sieht in seinen späteren Äußerungen problematische Tendenzen zur

4 Intolerable Comments, Wednesday, 23 May 2012. <https://www.prio.org/news/1630> [6.4.2024].

5 <https://www.transcend.org/tms/2011/11/the-bad-in-the-good-and-the-good-in-the-bad/> [15.4.2024].

Kulturalisierung von Konflikten, die bereits in seinem Konzept der kulturellen Gewalt latent vorhanden waren und sich im Alter verstärkten.

Uns war die Problematik pauschalisierender Kritik an kulturellen Vorstellungen des Judentums bei Galtung – jenseits legitimer Kritik an der israelischen Politik – schon früher bewusst geworden. Und wir hatten uns im Besonderen von seiner kulturalistischen Interpretation der jüdischen Auserwählungsvorstellung als kultureller Gewalt auch öffentlich distanziert (Graf 2009). Mit seinen Aussagen von 2011 ist Galtung aber einen deutlichen Schritt zu weit gegangen.

Es muss aber auch gefragt werden: Warum zollt die Friedensforschungs-Community dieser Angelegenheit so wenig Aufmerksamkeit und warum wird dies so wenig diskutiert? Dass die Community sich mit diesem Schatten-Aspekt von Galtungs Wirken so wenig auseinandersetzt, bedürfte einer selbstkritischen Aufarbeitung. Eine solche Aufarbeitung wäre nicht nur aus ethischen Gründen geboten, sondern würde auch zur methodologischen und theoretischen Weiterentwicklung der Friedensforschung beitragen, indem sie die blinden Flecken und Grenzen ihrer Ansätze reflektiert. Sie könnte zudem dabei helfen, Friedensforschung gegen kulturalistische und essentialisierende Tendenzen zu immunisieren, die ihrem emanzipatorischen Anspruch zuwiderlaufen.

5 Friedensforschung als Friedenssuche: Das bleibende Vermächtnis und die aktuellen Herausforderungen

Methodologische Kritik und konzeptionelle Weiterentwicklung

Trotz der berechtigten Kritik an Galtungs Methodologie und seinen späteren problematischen Äußerungen bleibt sein Werk von unschätzbarem Wert für die Friedensforschung. Eine differenzierte Betrachtung erfordert sowohl die Anerkennung seiner bahnbrechenden Beiträge als auch eine kritische Auseinandersetzung mit den Schwächen seiner Ansätze.

Peter Lawler hat in seiner Monographie *A Question of Values: Johan Galtung's Peace Research* (1995) eine umfassende Kritik an Galtungs frühen methodologischen Grundlagen formuliert. So problematisiert er an Galtungs „erster Phase“ zu Recht:

In so doing he adopted a form of discourse that was incapable of articulating its own normative commitment and could only assert the rightness of seeking global peace the basis of observable cooperation and integration between discrete human collectivities. (223)

Hier wird deutlich, dass Galtungs früher Anspruch auf wissenschaftliche Objektivität und Wertfreiheit im Widerspruch zu seinen normativen Zielsetzungen stand. Die implizite normative Grundlage seiner Friedensforschung – die Überzeugung, dass Frieden besser als Gewalt sei – wurde nicht explizit reflektiert und theoretisch begründet.

A second significant flaw in Galtung's foundational model of peace research was the absence of any sustained consideration of collective or individual agency. (225)

Galtungs strukturalistischer Ansatz tendierte dazu, die Handlungsfähigkeit und Subjektivität von Individuen und Gruppen zu vernachlässigen und sie als bloße Träger struktureller Prozesse zu betrachten. Diese Tendenz erschwert die Konzeption sozialer Transformationsprozesse, die auf aktiver menschlicher Handlungsfähigkeit beruhen.

In sum, Galtung set peace research on a path that opposed the state centrism and skepticism of the realist interpretation of international relations on primarily normative ground, but that never confronted it head-on. An overemphasis on the distinctiveness of the international realm had been replaced by an uncritical adoption of the system-theoretical holism wrapped around a discursively excluded moral cosmopolitanism. (227)

Die Kritik zielt hier auf Galtungs tendenzielle Übernahme systemtheoretischer Modelle, die zwar den Staatszentrismus der realistischen Schule überwandern, aber durch ihre eigene Form des Holismus ersetzen, ohne die damit verbundenen theoretischen Probleme ausreichend zu reflektieren.

Diese methodologischen Schwächen haben die Weiterentwicklung der Friedensforschung jedoch nicht behindert, sondern vielmehr produktive Debatten und konzeptionelle Verfeinerungen angeregt. Neuere Ansätze in der Friedensforschung haben Galtungs Konzepte aufgegriffen und weiterentwickelt, indem sie beispielsweise:

- Stärker auf die Handlungsfähigkeit lokaler Akteure in Friedensprozessen fokussieren (local ownership)
- Die geschlechtsspezifischen Dimensionen von Konflikt und Frieden thematisieren (feministische Friedensforschung)
- Die epistemologischen und methodologischen Grundlagen der Friedensforschung kritisch reflektieren (kritische Friedensforschung)
- Die koloniale und postkoloniale Dimension von Friedens- und Konflikt dynamiken einbeziehen (dekoloniale Friedensforschung)

Aktuelle Relevanz Galtung'scher Konzepte

Die anhaltende Relevanz von Galtungs Konzepten zeigt sich in ihrer Anwendbarkeit auf gegenwärtige Konflikt dynamiken und gesellschaftliche Herausforderungen:

1. *Strukturelle Gewalt und globale Ungleichheit*: In einer Welt, in der extremer Reichtum und extreme Armut zunehmend polarisiert sind, bietet Galtungs Konzept der strukturellen Gewalt ein kraftvolles analytisches Instrument, um die Gewaltförmigkeit globaler Wirtschaftsstrukturen zu erfassen und Alternativen zu entwickeln.
2. *Kulturelle Gewalt und Identitätspolitik*: In Zeiten zunehmender identitätspolitischer Polarisierung und kultureller Konflikte hilft Galtungs Konzept der kultu-

rellen Gewalt zu verstehen, wie kulturelle Narrative, Diskurse und Symbole zur Legitimierung von Ausgrenzung und Diskriminierung genutzt werden.

3. *Konflikttransformation in komplexen Konflikten*: Bei der Bearbeitung langanhaltender und komplexer Konflikte wie in Syrien, der Ukraine oder im Sudan bietet Galtungs Ansatz der Konflikttransformation mit seinem Fokus auf tieferliegende Ursachen und kreative Lösungsansätze wertvolle Perspektiven jenseits traditioneller Diplomatie.
4. *Friedensjournalismus in der digitalen Medienlandschaft*: Im Zeitalter sozialer Medien, Fake News und Echokammern gewinnt Galtungs Konzept des Friedensjournalismus neue Bedeutung als Ansatz für eine konfliktensiblere und lösungsorientierte Medienberichterstattung.
5. *Positive Friedenskonzeption angesichts neuer Sicherheitsparadigmen*: In einer Zeit, in der militärische Aufrüstung und sicherheitspolitische Hardliner wieder an Bedeutung gewinnen, erinnert Galtungs Unterscheidung zwischen negativem und positivem Frieden daran, dass wahre Sicherheit auf Gerechtigkeit und sozialer Teilhabe beruhen muss.

Der Weg nach vorn: Friedensforschung als kritisch-visionäre Praxis

Auch Lawler plädiert für eine Fortführung des kritischen Impulses der Friedensforschung, den Galtung maßgeblich geprägt hat:

Peace research can be conceived of still as a site or as space, be it an institution or a mind-set, in which a critical cognitive intent can be brought to bear upon a range of concrete problems. In this respect an argument can be made for a restoration of focus, a renarrowing of its province but in a context of continuing openness to a range of critical voices. (Lawler 1995, 237)

Dieses Verständnis von Friedensforschung als kritisch-reflexivem Raum entspricht unserem eigenen Zugang. Friedensforschung muss sich kontinuierlich selbst befragen, ihre normativen Grundlagen reflektieren und offen für vielfältige kritische Stimmen bleiben. Sie darf nicht zu einem geschlossenen ideologischen System werden, sondern muss Raum für Debatten, Dissens und produktive Auseinandersetzungen bieten. In diesem Sinne versuchen wir, auf Galtungs Erbe bei der Weiterentwicklung der Friedensforschung kritisch-konstruktiv aufzubauen (Graf 2009, Graf/Wintersteiner 2016, Wintersteiner 2024).

Dabei bleibt die visionäre Ausrichtung der Friedensforschung nach wie vor die Leitschnur, wie sie Galtung im ersten Editorial des Journal of Peace Research 1964 formuliert hatte:

Peace research should not be limited to an evaluation of existing policies. It should also be peace search, an audacious application of science in order to generate visions of new worlds.

Diese Aufforderung zur kreativen und visionären Friedenssuche ist vielleicht Galtung's wichtigstes Vermächtnis – und zugleich eine anhaltende Herausforderung für alle, die sich in der Tradition kritischer Friedensforschung verstehen.

Quellen

- Bartolucci, Valentina (2024): Johan Vincent Galtung: A Trailblazer of Peace and Hope. EuPRA, 27. Februar 2024. <https://www.euprapeace.org/news/2024/02/johan-vincent-galtung-trailblazer-peace-and-hope> [5.4.2024]
- Boulding, Kenneth E. (1977): Twelve Friendly Quarrels with Johan Galtung. *Journal of Peace Research*. 14(1), 75-86.
- Galtung, Johan (1969): Violence, peace, and peace research. *Journal of Peace Research* 6(3), 167-191.
- (1973): Eine strukturelle Theorie des Imperialismus. In: Dieter Senghaas (Hrsg.): *Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 29-104.
- (1974): On Peace Education. In: Christoph Wulf (Ed.): *Handbook on Peace Education*. Frankfurt a.M./Oslo: IPRA, 153-171.
- (1975): Peace: Research, education, action. *Essays in peace research*, Volume I. Copenhagen: Christian Ejlertsen, 317-333.
- (1975): Strukturelle Gewalt. *Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung*. Reinbek: Rowohlt.
- (1983): Peace education: Learning to hate war, love peace, and to do something about it. *International Review of Education* 29(3), 281-287. DOI:10.1007/BF00597972.
- (1990): Cultural Violence. *Journal of Peace Research*, 27(3), 291-305.
- (1998): *Frieden mit friedlichen Mitteln. Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur*. Opladen: Leske + Budrich.
- (2008): Conceptual Perspectives in Peace Education. In: Monisha Bajaj (Hrsg.): *Encyclopedia of Peace Education*. Charlotte: Information Age Publishing.
- Galtung, Johan/Næss, Arne (2019): *Gandhis politische Ethik. Die Begründung der Satyagraha-Normen*. Herausgegeben von Reiner Steinweg. Baden-Baden: Nomos.
- Graf, Wilfried (2009): Kultur, Struktur und das Unbewusste, in: Utta Isop/Viktorija Ratković/Werner Wintersteiner (Hrsg.): *Spielregeln der Gewalt. Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Friedens- und Geschlechterforschung*. Bielefeld: transcript, 27-66.
- Graf, Wilfried/Wintersteiner, Werner (2016): Friedensforschung. Grundlagen und Perspektiven. In: Gertraud Diendorfer/Blanka Bellak/Anton Pelinka/Werner Wintersteiner (Hrsg.): *Friedensforschung – Konfliktforschung – Demokratieforschung. Ein Handbuch*. Wien: Böhlau, 35-86.
- Lawler, Peter (1995): *A question of values: Johan Galtung's peace research*. Boulder/London: Lynne Rienner.
- Lynch, Jake/McGoldrick, Annabel (2005): *Peace Journalism*. Stroud: Hawthorn Press.
- Wintersteiner, Werner (2024): *Friedensforschung als eingreifende Wissenschaft. Vorbemerkungen zu einer Neuorientierung der Friedensforschung angesichts des russisch-*

ukrainischen Krieges. In: Josef Mühlbauer/Maximilian Lakitsch (Hrsg.): *Kritische Friedensforschung. Konzepte, Analysen & Diagnosen*. Wien/Berlin: Mandelbaum, 59-92.

Wintersteiner, Werner/Graf, Wilfried (2024): Johan Galtung (1930–2024): Eine große und umstrittene Persönlichkeit. In: *International II/2024*, 30-33.

Heikki Patomäki

Sicherheitsdilemma und emanzipatorische Friedensforschung: Ein kritisch-realistischer Ansatz

Einleitung

John Herz führte das Konzept des Sicherheitsdilemmas in seinem Artikel von 1950 in *World Politics* ein (Herz 1950). Zur gleichen Zeit wurde ein ähnliches Konzept vom britischen Historiker Herbert Butterfield (1951) entwickelt. Beide Denker werden oft mit der Schule des politischen Realismus in Verbindung gebracht, da sich ihre Studien auf Diplomatie, Machtkämpfe, zwischenstaatliche Konflikte und Krieg konzentrierten. Insbesondere Butterfield neigte auch zu einer tragischen Sichtweise der Politik.

Das Sicherheitsdilemma wird gemeinhin herangezogen, um zu beschreiben, wie Staaten bei der Suche nach ihrer eigenen Sicherheit dazu neigen, Unsicherheit für andere zu schaffen, was zu einem Kreislauf aus Misstrauen und Rüstungswettlauf führt. Die nahezu unvermeidliche oder zumindest hohe Wahrscheinlichkeit solcher Entwicklungen kann durch Argumente gerechtfertigt werden, die auf der menschlichen Natur basieren (ob metaphysisch oder im Sinne des *Homo oeconomicus* dargestellt), einem Teufelskreis aus Unsicherheit, Angst und Machtstreben oder einer Kombination aus beidem. Die Entwickler des Konzepts ließen jedoch in der Regel Raum für andere Möglichkeiten. So verwendete beispielsweise Robert Jervis (1978) in seinem Artikel *Cooperation Under the Security Dilemma* die Spieltheorie, insbesondere die Modelle des Gefangenendilemmas und der Hirschjagd, ohne den negativen Kreislauf als unvermeidlich darzustellen. Während des Kalten Krieges betrafen die Diskussionen über das Sicherheitsdilemma häufig die nukleare Abschreckung. In den 1980er und 1990er Jahren wurde das Sicherheitsdilemma in Lehrbüchern für Internationale Beziehungen (IB) als grundlegendes Konzept verankert. Die bisher vielleicht gründlichste Darstellung des Themas findet sich in Ken Booths und Nick Wheelers Buch *The Security Dilemma* (2008), zu dem John Herz kurz vor seinem Tod im Alter von 97 Jahren ein Vorwort schrieb. Booth und Wheeler unterscheiden zwischen dem allgegenwärtigen Sicherheitsdilemma und dem Sicherheitsparadoxon, das Prozesse bezeichnet, bei denen Angst und Unsicherheit über die Absichten des anderen eine Spirale wechselseitiger Handlungen hervorrufen, bei der die Unsicherheit aller zunimmt.

Im Vorwort zu Booth und Wheelers Buch beklagte Herz (2008, ix) die verpasste Gelegenheit am Ende des Kalten Krieges, „das Sicherheitsdilemma durch Rüstungskontrolle und nukleare Abrüstung zu entschärfen und kollektive globale Schritte zu unternehmen, um den menschlichen Lebensraum für künftige Generationen zu erhalten“. Er kritisierte insbesondere die Vereinigten Staaten. Insbesondere seit der Machtübernahme von George W. Bush im Jahr 2001 hätten die USA das Sicherheitsdilemma anderer Länder verstärkt und damit das Problem verschärft. Herz appellierte auch an Wissenschaftler und Intellektuelle, die breite Öffentlichkeit auf das Problem und mögliche Lösungen aufmerksam zu machen (Anhang 1 skizziert aus dieser Perspektive, wie die Chancen, die sich durch das Ende des Kalten Krieges eröffneten, konstruktiv hätten genutzt werden können). Herz betrachtete das Sicherheitsdilemma als ein schwieriges, aber nicht unüberwindbares Problem.

Im Jahr 1981, als die Diskussionen über das Sicherheitsdilemma intensiv geführt wurden, veröffentlichte Richard Ashley einen Artikel mit dem Titel *Politischer Realismus und menschliche Interessen*, in dem Herz als emanzipatorischer Realist eingestuft wurde. Herz behauptete zwar, dass das Sicherheitsdilemma seit der Französischen Revolution tragische, sich selbst verstärkende und wiederkehrende Zyklen vom universalistischen Idealismus zur Realpolitik und umgekehrt hervorgebracht habe, betonte jedoch die kritische Selbstreflexion und das Potenzial für einen transformativen Wandel. Herz (1950, 163) selbst nannte diesen Ansatz „Realistischer Liberalismus“, den er in weitgehend emanzipatorischen Begriffen wie folgt definierte:

[Es handelt sich um eine] Kombination aus politischem Realismus und politischem Idealismus in dem Sinne, dass die gegebenen Fakten und Phänomene anerkannt wurden, was der Realismus betont hat, gekoppelt mit dem Versuch, solchen Kräften im Rahmen des Möglichen auf der Grundlage der Ideale des politischen Idealismus entgegenzuwirken. [...] der hier vorgeschlagene Begriff „Liberalismus“ ist weiter gefasst als der Liberalismus der Freihändler und Verfassungsrechtler des 19. Jahrhunderts. Er umfasst jeglichen Sozialismus, der nicht totalitär ist, jeglichen Konservatismus, der nicht autoritär ist oder lediglich einen Status quo verteidigt. Er ist weder einer bestimmten Wirtschaftstheorie noch einer bestimmten Theorie der „besten“ Regierungsform verpflichtet. Er leitet sich aus dem Freiheitsideal ab, das den wichtigsten idealistischen Theorien zugrunde liegt, und akzeptiert somit die uralten Ideale, die sich um Begriffe wie „liberal“, „demokratisch“, „humanitär“ und „sozialistisch“ drehen. (S. 163)

In seinem letzten kurzen Aufsatz über das Sicherheitsdilemma erwähnt Herz (2003, 416), dass sein Ansatz „vielleicht besser als nicht-utopischer Idealismus bezeichnet werden sollte“. In jedem Fall argumentiere ich in diesem Beitrag, dass das Konzept des Sicherheitsdilemmas, das im Sinne von Herz' Ansatz und dem emanzipatorischen kognitiven Interesse (ein Konzept, das Ashley von Habermas 1971 entlehnt hat) konzipiert wurde, durch den kritischen Realismus besser artikuliert und weiterentwickelt werden kann. Der kritische Realismus ist ein philosophischer Ansatz, der eine realistische Ontologie mit einer kritischen Haltung gegenüber Wissen und

Gesellschaft verbindet. Während die Realität differenziert, strukturiert, geschichtet, kausal wirksam und offen-systemisch ist, basiert unser Verständnis davon immer auf bereits vorhandenen Bedeutungsstrukturen, materiellen Einrichtungen und Technologien und wird durch diese vermittelt. Der kritische Realismus betont die Unterscheidung zwischen dem Realen (zugrunde liegende Strukturen und Mechanismen), dem Tatsächlichen (eintretende Ereignisse) und dem Empirischen (das Beobachtete) und hebt die Tiefe der Realität jenseits des bloßen Scheins hervor. Diese Perspektive unterstützt ein Bekenntnis zur erklärenden Kritik, was bedeutet, dass sozialwissenschaftliche Erklärungen kritische und transformative Auswirkungen haben können, zu denen auch die Milderung und Überwindung des Sicherheitsdilemmas gehören. Eine solche Neukonzeptualisierung des Sicherheitsdilemmas läuft auf eine Formulierung der Aufgabe der Friedensforschung in den 2020er und 2030er Jahren und darüber hinaus (vgl. meinen früheren Bericht, Patomäki 2001).

Ich beginne mit einer kurzen Darstellung der Grundlagen der kritischen realistischen Friedensforschung (dieser Abschnitt ist philosophisch und gesellschaftstheoretisch). Der Rest des Papiers konzentriert sich auf das Sicherheitsdilemma. Zunächst diskutiere ich, wie das Sicherheitsdilemma nur in einigen zwischenstaatlichen Kontexten vorherrscht. Zweitens erweitere ich das Konzept des Sicherheitsdilemmas auf ethisch-nationalistische und insbesondere auf wirtschaftspolitische Kontexte und argumentiere, dass es wichtig ist, das Konzept auch in transnationalen und globalen Begriffen zu verstehen. Drittens erläutere ich die Logik der emanzipatorischen Erklärung und wie sie die Milderung und Überwindung des Sicherheitsdilemmas beinhaltet. Viertens zeige ich in den abschließenden Überlegungen und im Anhang auf, wie dies in aktuellen welthistorischen Kontexten angewendet werden kann.

Der Rahmen: Kritisch-realistische Friedensforschung

Ashley (1981, in Anlehnung an Habermas 1971) unterscheidet zwischen drei kognitiven Interessen: dem praktischen, dem technischen und dem emanzipatorischen Interesse. Das praktische Interesse, das oft mit der Hermeneutik in Verbindung gebracht wird, lenkt das Wissen auf die Entwicklung von Interpretationen, die Handlungsorientierungen innerhalb gemeinsamer Traditionen ermöglichen. Das technische Interesse, das mit einem weit gefassten Positivismus verbunden ist, zielt auf Informationen (in der Regel über gesetzmäßige Ereignis-Regelmäßigkeiten) ab, die unsere technischen Kontrollmöglichkeiten erweitern, auch im Hinblick auf die Herrschaft über andere Menschen. Das emanzipatorische Interesse lenkt das Wissen auf das Erreichen eines Selbstverständnisses, das in einer herrschaftsfreien Kommunikation und menschlicher Autonomie bei der Bestimmung von Aspekten der Zukunft erreicht werden kann.

Ashley argumentiert, dass der politische Realismus in der Regel praktische und technische Interessen auf zweideutige Weise miteinander verbindet. Seine klassischen Texte zielen auf eine verbesserte Fähigkeit ab, ein würdiges Mitglied der eigenen traditionellen Gemeinschaft zu sein und sich als solches zu verhalten, der Gemeinschaft der realistischen Staatsmänner (vgl. Ashley 1987), „mit ihren intersubjektiven und einvernehmlich anerkannten Normen, Rechten, Bedeutungen, Zwecken und Beschränkungen“ (1981, 211 f.). Die Rechtfertigung dieses praktischen Interesses setzt jedoch Behauptungen über allgemeine Gesetze oder gesetzesähnliche Regelmäßigkeiten in Bezug auf die menschliche Natur, die Natur der Politik, Macht, Machtausgleich, Diplomatie usw. voraus. Die beiden passen nicht gut zusammen, aber sie stützen einander. Die Tradition wird durch positivistische Wissensansprüche konstituiert, während solche Wissensansprüche meist nur Artikulationen von Handlungserfahrungen innerhalb der Tradition sind (vgl. Guzzini 2013, 528-530). Aufgrund der Probleme, die mit quasi-positivistischen Behauptungen über gesetzmäßige Regelmäßigkeiten verbunden sind, wird der Prozess der Theoriebildung entweder tendenziell als mysteriös dargestellt und dadurch eingeklammert und außerhalb des Rahmens rationaler Untersuchung und Kritik gesetzt; alternativ wird sie instrumentell dargestellt (die Wahrheit ihrer Annahmen spielt keine Rolle), während die wenigen verallgemeinernden empirischen Behauptungen, die aufgestellt werden, in Bezug auf ihren sehr begrenzten Umfang eingeschränkt werden (die Handlungen von Staatsmännern werden als unbestimmt dargestellt, sodass der Umfang der Theorie auf die Wahrscheinlichkeit bestimmter systemischer Ergebnisse unter verschiedenen *ceteris paribus*-Bedingungen beschränkt ist, die die Theorie praktisch immun gegen Kritik machen).

In ähnlicher Weise hat die Friedensforschung in vielen ihrer Erscheinungsformen versucht, technische und emanzipatorische Interessen miteinander zu verbinden. In den 1950er und 1960er Jahren war die frühe Friedensforschung stark positivistisch ausgerichtet und versuchte, mit wissenschaftlichen empirischen Mitteln gesetzmäßige Regelmäßigkeiten über Frieden und Krieg zu ermitteln (ein Großteil des *Journal of Conflict Resolution* und des *Journal of Peace Research* ist nach wie vor einem solchen Projekt verpflichtet). Zum einen machte sich Johan Galtung Gedanken darüber, wie die Friedensforschung dazu beitragen könnte, unerwünschte Regelmäßigkeiten zu beseitigen (1977a). Er unterschied zwischen absoluten und bedingten oder unvollkommenen Invarianzen, versäumte es jedoch, überzeugend zu erklären, wie ein Friedensforscher oder -aktivist die Bedingungen beeinflussen oder Unvollkommenheiten ausnutzen könnte. In einem anderen Aufsatz versuchte Galtung (1977b), eine Art dialektische Synthese zwischen der Suche nach gesetzmäßigen Regelmäßigkeiten und dem Versuch, diese zu durchbrechen, zu finden. Wie ich argumentiert habe (Patomäki 2001, 727), ist Galtungs Antwort auf dieses Rätsel nur ein Tor in die richtige Richtung. Ein Problem besteht darin, dass Galtung auf der erkenntnistheo-

retischen Ebene blieb und sich nicht mit der philosophischen oder wissenschaftlichen Ontologie befasste. Der Kritische Realismus (KR) bietet eine solche Ontologie, die eine offene systemische Darstellung des sozialen Seins, eine realistische Darstellung komplexer Kausalität und eine damit verbundene Forschungsmethodik umfasst, die mit der Idee der erklärenden Emanzipation verbunden ist.

Der KR wird gewöhnlich mit den Werken von Roy Bhaskar in Verbindung gebracht, obwohl es sich um ein kollektives Unterfangen handelt, an dem mehrere Hauptakteure wie Margaret Archer, Bob Jessop, Tony Lawson und Andrew Sayer beteiligt waren. Zusammen mit Mervyn Hartwig und anderen gründete diese Gruppe Ende der 1990er Jahre die International Association of Critical Realism (IACR) und 2002 das *Journal of Critical Realism* (für Argumente für CR im Kontext internationaler Beziehungen, Patomäki und Wight 2000, und Friedensforschung, Patomäki 2001). Die Kerngedanken des kritischen Realismus lassen sich mithilfe von drei philosophischen Thesen verstehen: ontologischer Realismus, erkenntnistheoretischer Relativismus und wertender Rationalismus. Ontologischer Realismus bedeutet, dass die Welt nicht nur real ist, sondern auch differenziert, strukturiert, geschichtet, offen-systemisch sein und kausale Kräfte besitzen muss, damit Wissenschaft und andere menschliche Praktiken verständlich sind. Außerhalb von Laborbedingungen sind alle Systeme offen. Während Laborexperimente in vielen Bereichen der Wissenschaft von entscheidender Bedeutung waren, ist das Ziel, eine laborähnliche Abgeschlossenheit zu schaffen, in den Sozialwissenschaften sinnlos (in der Psychologie, Sozialpsychologie, Wirtschaftswissenschaft usw. wird dies oft im Zusammenhang mit der Replikationskrise diskutiert).

In der Gesellschaft existieren Gesetze nicht als Kausalgesetze oder empirische Regelmäßigkeiten. Gesetze werden erlassen, in der modernen Welt typischerweise in einem Parlament. Auf diese Weise geschaffene Gesetze bringen Akteure dazu, Dinge zu tun, die sie sonst nicht tun würden. Die Kausalität in der Gesellschaft erschöpft sich jedoch nicht in der Einhaltung von Gesetzen, und auch gesetzesbezogene Prozesse unterliegen der Kausalität. In einer komplexen Gesellschaft mit reflektierenden, bewussten Akteuren können Gründe kausal wirksam sein. Kausalkomplexe umfassen mehrere interne und externe Beziehungen zwischen den Elementen. In offenen Systemen sind kausale Ergebnisse kontextgebunden und oft unvorhersehbar. Für jeden Komplex (und jedes System) gibt es einen breiteren Kontext, der die Funktionsweise dieses Komplexes (Systems) beeinflussen oder stören kann. Dieselben oder ähnliche Effekte können durch viele verschiedene Ursachen hervorgerufen werden, und dieselben kausalen Kräfte und Mechanismen können in unterschiedlichen Kontexten unterschiedliche Effekte erzeugen. Anstatt sich auf Korrelationen zu verlassen, betont die Kausalanalyse die Bedeutung der kausalen Kräfte positionierter, argumentierender Akteure und generativer Mechanismen, die eine Vielzahl von Strukturen umfassen – die zugrunde liegenden Kräfte, die beobachtbare

Ergebnisse hervorbringen. Vorhandene und manchmal tief verwurzelte Strukturen sind zu jedem Zeitpunkt wesentlich an der sozialen Kausalität beteiligt, während die Auswirkungen dieser Strukturen konzept- und aktivitätsabhängig sind. Aus diesen und anderen Gründen sind kontrollierte Experimente in künstlichen Kontexten für die Untersuchung sozialer Phänomene meist ungeeignet; Sozialwissenschaftler untersuchen offene Systeme (siehe z. B. Archer 2015; Bhaskar 1998; Harré 1993; Sayer 2010; Patomäki 2003; Kap. 4; 2019).

Eine realistische soziale Ontologie erklärt, warum es keine unveränderlichen Regelmäßigkeiten gibt, auch wenn es manchmal möglich ist, partielle Korrelationen und kontrastierende Semi-Regelmäßigkeiten zu identifizieren (sowohl kontextgebunden als auch veränderlich, während sie auch einen Grad an Geschlossenheit in der Gesellschaft implizieren; Lawson 1997, 204-213; Næss 2019). Soziales Handeln beinhaltet die Möglichkeit, anders zu handeln. Obwohl Menschen eine Natur haben und in Bezug auf einige grundlegende Fähigkeiten, Triebe und Bedürfnisse von ihrer biologischen Basis abhängig bleiben, wurde die biologische Ebene der menschlichen Existenz angesichts der aufkommenden sozialen Schicht der Realität seit Beginn der kulturellen Evolution von der sich verändernden und (tendenziell immer komplexeren) sozialen Schicht geformt und mitbestimmt; und sie ist im Laufe der Zeit immer formbarer geworden (dieser Prozess hat sich beschleunigt). Mit kulturell meine ich die Weitergabe von Fähigkeiten und Wissen durch Kommunikation und Lernen und nicht durch genetische oder epigenetische Veränderungen. Darüber hinaus können Gene im 21. Jahrhundert auch Gegenstand gezielter menschlicher Einflussnahme sein. Noch wichtiger ist, dass die Elemente und Beziehungen der sozialen Welt zeitlich begrenzt sind (Patomäki 2020). Die Gesellschaft ist konzept- und aktivitätsabhängig, und unsere Konzepte und unser Wissen sind historisch. Das Untersuchungsobjekt von Sozialwissenschaftlern ist geogeschichtlich spezifisch, innerhalb einer bestimmten welthistorischen Epoche unterschiedlich und offen für weitere Veränderungen und neue Formen des Aufkommens in der Zukunft. Diese soziale Ontologie impliziert, dass (i) Praktiken, Institutionen und Strukturen sich im Laufe der Zeit und des Raums verändern und (ii) dass sie auch gezielt verändert werden können.

Der ontologische Realismus bildet die Grundlage für unser Wissen über die verschiedenen Aspekte der Welt, aber dieses Wissen ist immer sozial und historisch bedingt, und kein Wahrheitsanspruch ist unkritisch oder revisionsfrei (epistemologischer Relativismus). Relativismus bedeutet nicht, dass alle Wissensansprüche gleichermaßen gültig sind. Nach dem wertenden Rationalismus können wir verschiedene Interpretationen, Erklärungen und Modelle vergleichen, um fundierte und plausible Urteile über ihre Wahrheit und andere Vorzüge zu fällen. Wahrheit und Wahrheitsurteile sind auch der Schlüssel zur erklärenden Emanzipation. Die Sozialwissenschaften produzieren Wissen (SSK), das sich auf das in Praktiken zirkulierende Wissen (KoCiP) bezieht. Typischerweise haben wir:

SSK \neq KoCiP \rightarrow Kritik

Wenn SSK als wahr beurteilt wird (solche Urteile unterliegen der Bedingung des erkenntnistheoretischen Relativismus), dann muss KoCiP in einigen wichtigen Aspekten falsch sein. Dies wirft die Frage auf, warum KoCiP als Teil bestimmter strukturierter Aktivitäten und Praktiken reproduziert wird. Wenn wir eine Theorie haben, die die Zirkulation und Reproduktion von KoCiP in sachkundigen Praktiken erklärt, sollten wir die Prozesse, Strukturen und Mechanismen, die die kontinuierliche Reproduktion von KoCiP miterklären, negativ bewerten. Zum Beispiel kann KoCiP die Rationalisierung und Mystifizierung der bestehenden Realität beinhalten oder aus anderen Gründen illusionär sein – man denke beispielsweise an den Fall der Tradition realistischer Staatsmänner, wie sie von Ashley analysiert wurde, oder an eine mystifizierende Darstellung der bestehenden sozialen Realitäten in einfachen manichäischen Begriffen des Kampfes zwischen Gut und Böse.

Bloße negative Kritik reicht für konkrete Maßnahmen nicht aus. Kritik setzt die Möglichkeit besserer Praktiken und Institutionen voraus (Sayer, 2000, 161). Als Antwort auf diesen Gedankengang übernahm Bhaskar (1993; 1994) den Begriff der „konkreten Utopie“ von der Frankfurter Schule und definierte ihn als eine machbare und realisierbare Alternative zu den bestehenden sozialen Realitäten (ich bevorzuge den Begriff „konkrete Eutopie“, da U-topia ein Ort im Nirgendwo ist, während Eutopia einen guten Ort bedeutet). Wie Andrew Sayer (2011) argumentiert hat, sind Dinge für Menschen von Bedeutung, Sozialwissenschaften müssen für menschliche Belange relevant sein, und daher besteht die Aufgabe der Sozialwissenschaften darin, das menschliche Wohl zu untersuchen und zu fördern.

Warum das Sicherheitsdilemma nur in einigen zwischenstaatlichen Kontexten vorherrscht

Lassen Sie mich nun auf die Grundidee des Sicherheitsdilemmas zurückkommen. In Ermangelung einer übergreifenden Gemeinschaft und Autorität sorgen sich Gruppen (in der heutigen Welt oft in großen Staaten organisiert) um ihre Sicherheit vor Angriffen, Unterwerfung, Beherrschung oder Vernichtung durch andere Gruppen (Herz 1950, 157). In einer solchen Welt hängt „unsere“ Sicherheit davon ab, was andere tun, wer auch immer dieses „wir“ ist.

Die eigentliche Erkenntnis ist, dass „wir“ für diejenigen, von deren Handlungen unsere Sicherheit abhängt, andere sind. Dies impliziert eine gegenseitige Abhängigkeit: Die Sicherheit jedes Einzelnen (Ego) hängt davon ab, was der andere (Alter) tut. Das Dilemma ergibt sich aus der Schwierigkeit, zu erkennen, wie die eigenen Worte und Taten in den Augen anderer aussehen. Personen mit defensiven Motiven und Absichten fällt es schwer zu verstehen, wie andere sie als Bedrohung wahrnehmen

könnten. Jede Partei neigt dazu, ihre Motive im besten Fall darzustellen, während sie die der anderen im schlimmsten Fall darstellt. Der Extremfall ist die manichäische Aufteilung in Gut (Selbst) und Böse (Andere), die die Akteure daran hindert, das Sicherheitsdilemma zu erkennen (Booth und Wheeler 2008, 51-53). Dieses Problem wird durch die offensiv-defensive Zweideutigkeit noch verschärft: In vielen Situationen sind Angriff und Verteidigung nicht voneinander zu unterscheiden, oder zumindest ist die Unterscheidung zwischen ihnen offen für Interpretationen und Anfechtungen (ebd., 88 f.). Die meisten Waffen können sowohl für den Angriff als auch für die Verteidigung eingesetzt werden (es ist auch bemerkenswert, dass seit den späten 1940er Jahren praktisch alle Länder den politischen und administrativen Teil des Staates, der für militärische Angelegenheiten zuständig ist, als Verteidigungsministerium bezeichnen).

Für jedes „Selbst“ kann es niemals vollständige Gewissheit über die Absichten anderer geben. Dies zeigt sich darin, dass die Ungewissheit nicht nur die Zukunft, sondern auch die Vergangenheit betrifft. Selbst wenn Dinge bereits geschehen sind und das Ergebnis bekannt ist, streiten Historiker weiterhin darüber, wer was beabsichtigt hat und inwieweit jeder Akteur für das Geschehene verantwortlich oder schuldig war. Obwohl die Vergangenheit unweigerlich auf eine bestimmte Weise geschehen ist und das Geschehene nicht geändert werden kann (dies folgt aus dem ontologischen Realismus), sind Interpretationen der Vergangenheit unsicher und politisch – politisch, weil die Interpretationen der Geschichte Auswirkungen auf die Gestaltung der Gegenwart und der Zukunft haben. Angesichts dieser Ungewissheit darüber, was andere beabsichtigen, und angesichts der Tatsache, dass wir aus der Geschichte Fälle kennen, in denen einige Akteure beleidigende Absichten hatten, könnte man sich fragen, ob es irrational wäre, nicht das Worst-Case-Szenario anzuwenden. Diese Frage wird oft in der Form formuliert: Was wäre, wenn die andere Seite wirklich ein weiteres Nazi-Deutschland und ihr Anführer ein weiterer Hitler wäre? Aber selbst im Fall von Hitler gibt es Raum für unterschiedliche Interpretationen, inwieweit Hitler bewusst eine aggressive deutsche Außenpolitik und die „Endlösung“ geplant hat – einige Historiker haben behauptet, dass auch im Fall des Deutschlands der 1930er Jahre das Sicherheitsdilemma zumindest eine gewisse Rolle bei der Entwicklung der Ereignisse gespielt hat (ebd., 33).

In Situationen, in denen Angst, Unsicherheit und reale oder vermeintliche Lehren aus der Geschichte ein Worst-Case-Szenario zu rechtfertigen scheinen, können kritische Forscher die Unsicherheit über die potenziell feindlichen Absichten anderer nicht kategorisch ausschließen. Darüber hinaus können sich die Absichten der anderen aus einer Vielzahl von Gründen ändern, wenn sich Ideologien und Regierungen ändern. Die Eskalation des Konflikts selbst kann die Absichten beeinflussen, indem sie zu immer härteren Interpretationen, Forderungen und Handlungen führt. Darüber hinaus tragen kollektive Erinnerungen und historische Erzählungen zur

Identitätsbildung bei. Wenn ein Staat einen anderen als historisch aggressiv ansieht und zumindest eine gewisse Kontinuität seiner Identität annimmt, kann er auch davon ausgehen, dass die militärische Aufrüstung des anderen eher eine zukünftige Aggression als eine bloße Verteidigung signalisiert.

Das Konzept des Sicherheitsdilemmas ist auch anwendbar, wenn die Situation in Bezug auf Absichten oder Fähigkeiten nicht (vollständig) symmetrisch ist. Das Sicherheitsdilemma herrscht jedoch nur in einigen Situationen und Kontexten vor. Zahlreiche dyadische zwischenstaatliche Beziehungen sind aus sicherheitspolitischer Sicht irrelevant. Noch wichtiger ist, dass die militärischen Fähigkeiten des anderen nicht als Bedrohung angesehen werden, wenn er als Freund (oder Verbündeter) und nicht als Feind (oder Mitglied einer gegnerischen Allianz) angesehen wird. Die geohistorischen Prozesse, die die Konstitution der eigenen Identität und der Freunde und Feinde bestimmen, können aus verschiedenen Perspektiven analysiert und theoretisiert werden. So konzentriert sich beispielsweise Alexander Wendts (1999) Sozialtheorie der internationalen Politik darauf, ob Staaten einander als Feinde, Rivalen oder Freunde betrachten. Wendt argumentiert, dass diese Rollen und die entsprechenden Selbst-Fremd-Beziehungen durch drei verschiedene Kulturen der internationalen Politik auf Makroebene konstituiert werden und diese konstituieren: die Hobbes'sche (andere werden als Feinde betrachtet), die Locke'sche (andere als Rivalen) und die Kant'sche (andere als Freunde). Wir müssen Wendts Definitionen dieser Rollen nicht übernehmen, um drei Dinge aus seiner Gesellschaftstheorie zu lernen: (i) Anstelle einer einfachen Freund-Feind-Unterscheidung sind mehr Nuancen erforderlich; (ii) Rollen entwickeln sich durch geohistorische Prozesse, die Interaktionen und Lernen beinhalten; und (iii) obwohl es keine Garantie für eine fortschreitende Entwicklung der politischen Kultur des internationalen Systems gibt, ist es möglich, sich im Laufe der Zeit in Richtung einer „Kantischen Kultur“ oder etwas funktional Äquivalentem zu bewegen, in der das Sicherheitsdilemma nicht mehr vorherrscht (ebd., 311 f.).

Ein ähnlicher Gedanke kann auch im Hinblick auf das Konzept einer Sicherheitsgemeinschaft ausgedrückt werden. Das Konzept einer Sicherheitsgemeinschaft wurde von Karl Deutsch und seinen Kollegen (1957) entwickelt. Eine Sicherheitsgemeinschaft ist eine politische Gemeinschaft, die durch Kommunikationsprozesse, das Vorhandensein einiger gemeinsamer Regeln und Praktiken und Integration gekennzeichnet ist. Integration bedeutet, dass ein Gemeinschaftsgefühl entsteht und dass Institutionen und Praktiken stark genug und weit verbreitet genug sind, um bei den Mitgliedern der Gemeinschaft verlässliche Erwartungen an die Möglichkeit eines friedlichen Wandels zu wecken. Friedlicher Wandel bedeutet die Lösung gemeinsamer Probleme und sozialer Konflikte durch institutionalisierte Verfahren ohne Rückgriff auf massive physische Gewalt. Eine wichtige empirisch-historische Beobachtung ist, dass es einfacher ist, eine pluralistische Sicherheitsgemeinschaft

zu etablieren als eine zusammengeschlossene Sicherheitsgemeinschaft, die eine Art permanente und zentralisierte Regierungsstruktur voraussetzt (siehe auch Deutsch, 1968, 92). Eine pluralistische Sicherheitsgemeinschaft erfordert keine Regierungsorgane, kein Entscheidungszentrum und keine Durchsetzungsmechanismen (Deutsch et al., 1957, 3-11; Lijphart, 1981). Während des Kalten Krieges galten die Nordatlantikkommunität einerseits und die nordischen Länder andererseits als Beispiele für eine pluralistische Sicherheitsgemeinschaft. Seitdem wurde das Konzept auf viele andere Kontexte angewendet (z. B. Adler und Barnett 1998; Caballero-Anthony 2020; Chang 2016; und Nathan 2006).

Erweiterung der Konzepte der Sicherheitsgemeinschaft und Emanzipation

Bisher habe ich argumentiert, dass (i) das Objekt sozialwissenschaftlicher Studien geohistorisch spezifisch ist, innerhalb einer bestimmten welthistorischen Epoche einer Vielfalt unterliegt und in Zukunft weiteren Veränderungen und neuen Erscheinungsformen offensteht; (ii) dass das Sicherheitsdilemma nur in einigen zwischenstaatlichen Kontexten vorherrscht; und (iii) dass sich die Rollen in Selbst-Andere-Beziehungen und die damit verbundenen Erwartungen, die wiederum auf etablierten Praktiken und Institutionen beruhen, sich durch geohistorische Prozesse entwickeln, die Interaktionen und Lernen beinhalten. Dieser Rahmen bietet die Grundlage für die Möglichkeit der Emanzipation, d.h. der Befreiung von Zwängen, die die Fähigkeit der Akteure zur Autonomie und kollektiven Selbstbestimmung einschränken. Autonomie beinhaltet die Idee, dass Entscheidungen auf einem informierten und reflektierten Diskurs basieren und nicht von Illusionen, Mystifikationen, unterdrückerischen Traditionen oder verborgenen Machtstrukturen geprägt sind.

Bevor ich erläutere, wie der kritische Realismus dazu beiträgt, die Grenzen eines solchen Habermasianischen Emanzipationskonzepts zu überwinden und es zu verallgemeinern, muss ich zunächst einige Anmerkungen dazu machen, wie das Konzept des Sicherheitsdilemmas auch allgemeiner auf Gruppenidentitäten angewendet werden kann und wie es im Wesentlichen mit den Prozessen der globalen politischen Ökonomie zusammenhängt. Zunächst einmal stimmen Nationen und Staaten in der Realität selten perfekt und manchmal überhaupt nicht überein. Es gibt multinationale Staaten, Nationen, die auf mehrere Staaten verteilt sind, staatenlose Nationen und Diasporanationen. Diese Diskrepanz kann zu Gruppenidentitäten und Konflikten führen, die an sich schon Sicherheitsdilemmata darstellen können, oder sie können mit zwischenstaatlichen Sicherheitsdilemmata verflochten werden.

Ein besonders akutes Beispiel für ein ethnisch-nationalistisches Sicherheitsdilemma betrifft Situationen des Zerfalls multinationaler Staaten, seien es Föderationen oder Imperien (Posen 1993). Wenn ein gemeinsamer Staat zerfällt, der Konflikte

verhindert und verschiedenen Gruppen Sicherheit geboten hat (wenn auch nicht unbedingt allen Einzelpersonen oder Bewegungen), werden neue oder neo-alte Gruppenidentitäten auf der Grundlage der vorherigen historischen Schicht gebildet. In einer solchen Situation beginnen verschiedene Gruppen, den Verlauf der Ereignisse auf eine Weise zu antizipieren, die zu Sicherheitsdilemmata führt. Die Angst vor möglichen Handlungen anderer, strategische Berechnungen und die Ununterscheidbarkeit von Angriff und Verteidigung setzen ein. Die Angst vor den anderen beruht auf einem bestimmten Geschichtsverständnis: Wie hat sich die andere Gruppe oder haben sich die anderen Gruppen verhalten, als sie das letzte Mal getrennt oder ungewollt waren? Wenn es keine freie und kritische, auf Forschung basierende und politische Diskussion über die Vergangenheit gab, lebt die Aufzeichnung dessen, was die Rivalen oder potenziellen Feinde getan haben, in mündlichen Erzählungen weiter. Wenn die zentrale Autorität zu zerfallen beginnt, können solche Bedeutungen in politischen Reden und Kämpfen mobilisiert werden. Was der andere über einen selbst sagt und was feindselig klingt, kann ausreichen, um Angst zu schüren. Die Situation verschlechtert sich schnell, wenn eine oder einige wenige kleine Gruppen von Fanatikern anfangen, Gewalt anzuwenden, selbst in sehr geringem Umfang.

Ein ähnlicher Prozess vom Typ Sicherheitsdilemma betrifft Situationen, in denen eine Gruppenidentität über mehrere Staaten verteilt ist. Der Hauptstaat dieser Gruppenidentität könnte anfangen zu glauben, dass er die Menschen mit derselben Gruppenidentität in anderen Staaten schützen muss, wo sie eine Minderheit bilden. Ein Sicherheitsdilemma kann entstehen und zu einem Sicherheitsparadoxon führen, wenn Vorurteile, historische Erzählungen und Ängste zu einer Reihe von gegenseitigen Maßnahmen führen. Jede Repressionsmaßnahme verstärkt das Schutzbedürfnis, während Schutzmaßnahmen aufgrund von Misstrauen und Angst als Versuch interpretiert werden, Imperialismus zu praktizieren oder sogar eine „fünfte Kolonne“ aufzubauen (vgl. Morgenthau 1948, 40-42). Jede Gewaltanwendung durch ein Mitglied einer anderen Partei (die für einen selbst die andere darstellt) führt schnell in den Teufelskreis.

Die wichtigsten Beispiele für solche Prozesse in jüngster Zeit betreffen den Zerfall Jugoslawiens und der Sowjetunion in den frühen 1990er Jahren. Im Falle Jugoslawiens führte der Konflikt zwischen Serben und Kroaten und anderen Gruppen zu Gewalt und Kriegen, die während der gesamten 1990er Jahre andauerten. Laut Barry Posen (1993), der diese Fälle kurz nach dem Zusammenbruch der beiden multinationalen Staaten analysierte, war die Situation zwischen Russland und der Ukraine aus verschiedenen Gründen stabiler und weniger anfällig für die Entwicklung eines Sicherheitsparadoxons als die zwischen Serbien und Kroatien oder Bosnien und Herzegowina. Das Risiko einer Verschlechterung der Lage war jedoch erheblich. Geschichtsinterpretationen, die dem jeweils anderen die Schuld geben, waren möglich; die russische Bevölkerung in der Ostukraine könnte in eine Situation gebracht wer-

den, in der Russland beginnen würde, sie zu schützen, und die Bildung umfassenderer Beziehungen und Allianzen sowie strategische Fragen (z. B. der Marinestützpunkt in Sewastopol) könnten die Beziehung belasten. In den 1990er und 2000er Jahren entstanden in der Ukraine einige nationalistische und paramilitärische Gruppen, die jedoch relativ unbedeutend waren. Die 2010er Jahre markierten einen Wendepunkt, als sie organisierter, sichtbarer und einflussreicher wurden (z. B. Käihkö 2018), was das Sicherheitsdilemma zwischen Gruppen innerhalb der Ukraine verschärfte, das mit den Sicherheitsdilemmata zwischen der Ukraine und Russland und Russland und dem Westen verflochten ist. Viele ineinander verschachtelte Sicherheitsdilemmata können in einem Sicherheitskomplex (ein Konzept, das von Buzan 1991 eingeführt wurde) miteinander verflochten sein, was Versuche, sie zu mildern oder zu überwinden, erschwert.

Die Betrachtung von Sicherheit als eigenständiges Problem oder als separaten Sektor kann jedoch irreführend sein. Man denke nur an den Zerfall Jugoslawiens (zusammengefasst z.B. von Becker 2017, 841-843). Der Zerfall Jugoslawiens wurde durch wirtschaftliche (Fehl-)Entwicklungen vorangetrieben, die durch politische Fragmentierung und nationalistische Spannungen noch verschärft wurden. Nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgte Jugoslawien eine Industrialisierung und wirtschaftliche Modernisierung, wobei es sich um die Entwicklung ärmerer Regionen wie des Kosovo bemühte. Von den 1950er bis in die frühen 1980er Jahre gehörte Jugoslawien zu den Volkswirtschaften mit dem schnellsten Wachstum, wobei es jedoch zunehmend durch Unterschiede zwischen seinen Teilen gekennzeichnet war, insbesondere seit Mitte der 1960er Jahre. So war beispielsweise Ende der 1980er Jahre die Pro-Kopf-Leistung Sloweniens fast siebenmal so hoch wie die des Kosovo, was die sich vertiefende wirtschaftliche Kluft deutlich macht.

Die Entwicklung Jugoslawiens war mit den viel umfassenderen Prozessen der Weltwirtschaft verflochten. Auf die Ölkrise und die zunehmende Verschuldung in den 1970er Jahren folgte eine Schuldenkrise in weiten Teilen des globalen Südens und in Teilen Osteuropas. In den 1980er Jahren „geriet die jugoslawische Wirtschaft in eine anhaltende Krise, von der sie sich nie erholte“ (Boduszyński 2010, 65). Vom IWF unterstützte Sparmaßnahmen, darunter Lohnkürzungen und reduzierte öffentliche Ausgaben, führten zu wirtschaftlicher Stagnation, hoher Inflation und steigenden, aber unterschiedlichen Arbeitslosenquoten (im Kosovo lag sie bei 30 %, während in Slowenien weiterhin nahezu Vollbeschäftigung herrschte). Zu den wichtigsten Fehlentwicklungen gehörten:

- Der jugoslawische Dinar stürzte von 15 auf 1.370 gegenüber dem US-Dollar ab.
- Die Hälfte der Exporteinnahmen floss in den Schuldendienst.
- Die Inflation stieg bis Ende der 1980er Jahre auf 2.500 % an.
- Das reale persönliche Einkommen ging erheblich zurück und fiel auf das Niveau der 1960er Jahre.

Das wirtschaftliche Chaos der 1980er Jahre führte in den meisten Teilen Jugoslawiens zu Hoffnungslosigkeit und existenzieller Unsicherheit. Gleichzeitig schürte es die Rhetorik „Wer beutet wen aus?“ über die wirtschaftlichen Beziehungen und Finanztransfers zwischen den einzelnen Staaten. Zu diesem Zeitpunkt begannen die Staats- und Regierungschefs der Teilstaaten (Jugoslawien war eine Mischung aus Föderation und Konföderation), ihre eigenen Volkswirtschaften zu schützen. Die nationalistische Auslegung wirtschaftlicher Konflikte schürte weitere Spannungen. In diesem Zusammenhang kam es in Jugoslawien erneut zu einem Sicherheitsdilemma, das bald zu einem Sicherheitsparadoxon führte.

Als Reaktion auf die Krise versuchte die Bundesregierung von Ante Marković, neoliberale Reformen und eine vom IWF unterstützte wirtschaftliche Zentralisierung durchzusetzen, aber die Republiken widersetzten sich, was die politische Entscheidungsfindung weiter fragmentierte. Der Zerfall der Kommunistischen Partei im Jahr 1990 beseitigte die letzte einigende Institution und beschleunigte den Zusammenbruch der staatlichen Strukturen. Slowenien und Kroatien strebten nach wirtschaftlicher Autonomie und drängten auf Unabhängigkeit, wobei die frühe Anerkennung durch Deutschland den Zerfall beschleunigte. Im Kosovo führten Streiks zu weit verbreiteten Demonstrationen, die von der Polizei unterdrückt wurden. Im August 1990 führte der Versuch Kroatiens, die Polizei in der serbisch besiedelten Krajina gewaltsam zu ersetzen, zu bewaffnetem Widerstand der Zivilbevölkerung und markierte den Beginn der Jugoslawienkriege, während ein ähnlicher Schritt in Slowenien zu kurzen regionalen Zusammenstößen mit einigen Opfern führte. Die Nachfolgestaaten erlebten unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen: Slowenien blieb relativ stabil, während andere unter Krieg, Sanktionen, Deindustrialisierung und oligarchischer Privatisierung litten, von ausländischem Kapital abhängig wurden und mit anhaltender Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatten.

Betrachtet man das Sicherheitsdilemma nur als separate Frage, werden viele seiner Ursachen und wesentlichen Zusammenhänge unsichtbar. Dasselbe gilt für das Sicherheitsdilemma zwischen der Ukraine und Russland und seinen breiteren Kontext, die Eskalation des Konflikts zwischen Russland und dem Westen (für einen Dialog über die Ursachen des Konflikts zwischen Russland und dem Westen und den Krieg in der Ukraine siehe Forsberg und Patomäki 2023; und für eine kontrafaktische Möglichkeit siehe Anhang 1). In der Ukraine verstärkten die Folgen der globalen Finanzkrise von 2008–2009 und der Eurokrise die existenziellen Unsicherheiten und führten zu einer akuten Finanzkrise (für eine detaillierte Analyse siehe Patomäki 2018, Kap. 3). Diese Entwicklungen bildeten den wirtschaftspolitischen Kontext für die Euromaidan-Demonstrationen und die zivilen Unruhen in der Ukraine. Mir geht es nicht darum, für eine Art politischen Wirtschaftsdeterminismus zu plädieren. Die meisten drastischen wirtschaftlichen Abschwünge oder Anstiege der Arbeitslosigkeit oder Prekarität führen nicht zu Revolutionen oder Kriegen, aber

sie erhöhen das Potenzial für das Entstehen eines Sicherheitsdilemmas und für eine Konflikteskalation, und diese Neigung wird wahrscheinlicher, wenn andere Kräfte und Prozesse die Entwicklungen in die gleiche Richtung treiben.

Die Krise in der Ukraine in den Jahren 2013–2014 wurde durch umfassendere Entwicklungen vorangetrieben, insbesondere durch die Osterweiterung der NATO und der EU sowie durch die komplexen wirtschaftlichen Beziehungen der Ukraine zu Russland und zur EU. Die globale Finanzkrise von 2008–2009 führte zu einer drastischen Umkehr des Wirtschaftswachstums der Ukraine. Der Zusammenbruch des ukrainischen Stahl-Exportmarktes und die darauffolgende Schuldenkrise führten dazu, dass das Land auf Kredite des IWF angewiesen war, die mit strengen Sparmaßnahmen verbunden waren, was die wirtschaftliche Notlage noch verschärfte. Die Euromaidan-Proteste begannen Ende 2013, nachdem Präsident Viktor Janukowitsch ein EU-Assoziierungsabkommen zugunsten eines größeren Darlehens mit weniger Auflagen und anderen Vereinbarungen mit Russland ausgesetzt hatte. Wirtschaftliche Not, Arbeitslosigkeit und Korruption schürten die Unzufriedenheit in der Bevölkerung und schufen die Voraussetzungen für Unruhen. Die Proteste eskalierten in gewaltsamen Zusammenstößen, was dazu führte, dass Janukowitsch im Februar 2014 nach Russland floh. Seine Absetzung wurde von einigen Parteien als verfassungswidrig angesehen, was die politischen Spaltungen vertiefte.

Russland hatte bereits nach der Orangen Revolution von 2004 bis 2005 die Möglichkeit solcher Entwicklungen in der Ukraine abgesichert und ergriff Maßnahmen. In der Ostukraine eskalierten pro-russische Separatistenbewegungen, die bald von Moskau unterstützt wurden, zu einem bewaffneten Konflikt im Donbass. Das umstrittene Referendum auf der Krim im März 2014 führte zur Annexion der Halbinsel durch Russland, ein Schritt, der international auf breite Ablehnung stieß. Die Analyse zeigt, wie wirtschaftliche Instabilität, vom IWF und der EU auferlegte Sparmaßnahmen und geopolitische Spannungen zusammenwirkten und eine Krise verursachten. Sie unterstreicht auch, wie wirtschaftliche Missstände, Arbeitslosigkeit und existenzielle Unsicherheit zur Radikalisierung, Polarisierung und Versicherheitlichung politischer Themen beitrugen und die Spaltungen in der ukrainischen Gesellschaft verstärkten. Die Medien spielten eine Rolle bei der Verschärfung von Konflikten, indem sie Narrative so formulierten, dass sie die Spaltungen und die verschachtelten Sicherheitsdilemmata innerhalb der Ukraine, zwischen der Ukraine und Russland und zwischen Russland und dem Westen verschärfen. Der Krieg geringer Intensität in der Ostukraine dauerte bis 2022 an, als Russland zur Lösung des Konflikts zu einer umfassenden Invasion überging – was wiederum zu einem massiven Zermübungskrieg mit weiteren Eskalationsmaßnahmen führte.

Diese Analysen können verallgemeinert werden. Oftmals hängen die kontextuellen Umstände, die eine Versicherheitlichung auslösen oder verstärken und die relevanten Zielgruppen für ihre Verwundbarkeit sensibilisieren können, mit Wirt-

schaftswachstum, (Un-)Beschäftigungsquoten und -bedingungen, sozioökonomischer Unsicherheit, Einkommens- und Vermögensverteilung und den Auswirkungen der Kommodifizierung zusammen. Wenn sich ein Sicherheitsdilemma zu verschärfen beginnt, kann es zumindest bis zu einem gewissen Grad seiner eigenen Logik folgen, aber selbst dann ist der breitere Kontext der politischen Ökonomie immer noch Teil der Gesamtdynamik. Die verschiedenen Studien, die über die Auswirkungen des Kontexts der politischen Ökonomie durchgeführt wurden, haben keine eindeutige Unterstützung für eine der Standardutopien der politischen Ökonomie in Bezug auf Harmonie erbracht, sei es liberal, keynesianisch, marxistisch oder neorealistisch (siehe Patomäki 2016). Postkeynesianische Wirtschaftstheorien können möglicherweise gute Erklärungen für politökonomische Ergebnisse in vielen Kontexten liefern, und die postmarxistische Erkenntnis, dass Sicherheit mit Besitz verbunden ist, kann konstitutive und kausale Beziehungen in einigen geohistorischen Kontexten beleuchten, aber die Annahme einer endgültigen Harmonie ist nicht haltbar. Es ist vernünftiger, Politik als etwas zu betrachten, das mit Konflikten und Machtverhältnissen zu tun hat, und daher besteht die beste Chance darin, friedliche Veränderungen durch angemessene institutionelle Regelungen zu ermöglichen.

Das Problem besteht darin, dass die komplexen und dynamischen globalen und lokalen Prozesse, in denen Akteure und Themen eng miteinander verwoben und räumliche Skalen miteinander verbunden sind, in Ermangelung einer globalen Sicherheitsgemeinschaft und angemessener Institutionen zur Steuerung der Weltwirtschaft nicht nur Konflikte erzeugen, sondern manchmal auch verschärfen, was manchmal zu Versicherheitlichung und geopolitischen Konfrontationen führt. Anfang des 21. Jahrhunderts gibt der zunehmende Trend zu Ungleichheiten und die zunehmende Abhängigkeit von freien Märkten Anlass zur Sorge, da dies eine Rückkehr der Vergangenheit bedeutet. Nach dem Ende des Kalten Krieges mag der internationale Kontext harmloser und kooperativer erschienen sein als in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg oder in der Zwischenkriegszeit. Doch der diplomatische Diskurs hat allmählich abgenommen, eine neue geopolitische Ausrichtung hat an Boden gewonnen und die Militärausgaben sind erneut gestiegen (siehe Anhang 1 für ein kontrafaktisches Szenario, das beleuchtet, warum dies geschieht). Die kapitalistische Marktwirtschaft ist nicht von Natur aus friedlich, sondern kann zu Prozessen der Versicherheitlichung und Feindbildkonstruktion führen. Eine Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Organisationen wie der EU ist weiterhin möglich, aber wenn die zugrunde liegenden Trends und Tendenzen nicht geändert werden, wird eine neue globale militärische Katastrophe immer wahrscheinlicher (Patomäki 2008, Kap. 6-8; 2018; 2022, Kap. 6-8; 2023, Kap. 7 f.; und 2025). Bis 2025 ist eine solche düstere Erwartungshaltung zur Gewohnheit geworden, und dennoch gibt es kein klares Verständnis für die Ursachen der aktuellen Situation.

Die Aufgabe der erklärenden Emanzipation

Ich kann nun erläutern, wie kritischer Realismus dazu beitragen kann, die Grenzen des Habermasianischen Emanzipationskonzepts zu überwinden, und eine allgemeinere Konzeption skizzieren. Habermas' emanzipatorisches Erkenntnisinteresse hat zwei Aspekte: (i) Es setzt ein Ideal dafür, wie soziale Beziehungen organisiert sein sollten, damit rationale Kommunikation und das Streben nach Wahrheit möglich sind, und anschließend (ii) kann eine rational erlangte und wahrheitsgemäße Sichtweise dazu verwendet werden, eine bessere Handlungsweise in einer gegebenen Situation zu rechtfertigen. Auf Situationen, in denen das Sicherheitsdilemma vorherrscht, angewendet, bedeutet (i), dass der relevante Kontext demokratisiert und für eine freie Kommunikation durch gleichberechtigte Bürger geöffnet werden sollte (obwohl es auch wissenschaftliche und akademische Expertengemeinschaften geben kann), während (ii) darauf hinweist, dass das Bewusstsein für das Sicherheitsdilemma und seine inhärenten Tendenzen in vielen Fällen dazu beitragen kann, das Dilemma zu mildern oder zu überwinden.

Obwohl eine solche Idee der Emanzipation in mancherlei Hinsicht richtig sein mag, beinhaltet sie ein grundlegendes Problem, das mit der Wahrheitstheorie zu tun hat. Während (i) und (ii) nicht unbedingt die Konsenstheorie der Wahrheit implizieren, implizieren sie doch etwas in diese Richtung. Diese Theorie kann in Form von zwei relativ einfachen Behauptungen ausgedrückt werden:

- Eine Behauptung ist rational akzeptabel, wenn sie in einer idealen Sprechsituation Zustimmung finden könnte.
- Konsens ist ein wichtiger erkenntnistheoretischer Indikator für Wahrheit, obwohl er an sich keine Wahrheit darstellt.

Die Konsenstheorie ist nicht nur selbstwidersprüchlich (es gibt keinen Konsens hinter der Konsenstheorie), sondern auch aus anderen Gründen problematisch (für eine Kritik siehe Rescher 1993). Die ideale Situation ist kontrafaktisch und wir haben keinen direkten Zugang zu ihr. Der tatsächliche historische Prozess der Wissensbildung oder Wahrheitsurteile hier und jetzt kann nicht sinnvoll im Sinne einer möglichen und idealen Zukunft verstanden werden. Darüber hinaus gibt es insbesondere in den Humanwissenschaften eine Vielzahl von Ansätzen, Theorien und Wahrheitsansprüchen. Diese Vielfalt verstärkt die Idee, dass in der Erkenntnistheorie Relativismus, in der Politik Pluralismus und in Kontexten wie dem Sicherheitsdilemma Unsicherheit über die Absichten anderer vorherrscht.

Mithilfe des kritischen Realismus können Wahrheit und das Ziel eines emanzipatorischen Erkenntnisinteresses besser verstanden werden. Zunächst muss zwischen der Bedeutung und den Kriterien der Wahrheit unterschieden werden. Oft wird verwechselt, (i) was Wahrheit bedeutet und (ii) nach welchen Kriterien festgestellt wird, ob eine Behauptung, Erklärung oder Theorie wahr ist oder nicht. Die Bedeutung

von Wahrheit ist die Übereinstimmung mit der Art und Weise, wie die Dinge in der Welt wirklich sind (*veritas est adaequatio rei et intellectus*). *Adaequatio* ist eine Fähigkeit zur Wertschätzung und Beurteilung, die uns fehlen kann, die wir aber kultivieren können. Korrespondenz kann nicht als Kriterium für Wahrheit verwendet werden: Viele Jahrhunderte lang wurde versucht zu erklären, was diese Korrespondenz ist, aber es ist nicht gelungen. Vielmehr ist Korrespondenz eine Metapher. In Kombination mit ontologischem Realismus sollte Wahrheit als normatives und metaphorisches Prinzip betrachtet werden, das unser Verhalten und unsere Urteile leitet. Zum Beispiel müssen wir neu überdenken, egal wie viel wir in eine Theorie investiert haben, wenn die Welt anders zu sein scheint. Jede Wahrheitstheorie (Kohärenz, Konsens, Pragmatismus und Konstruktivismus) bietet einige Erkenntnisse und relevante Kriterien für Wahrheitsurteile.

Erklärungen in den Sozialwissenschaften beinhalten die Entwicklung ikonischer (bildhafter) Modelle über komplexe Kausalität, die die geohistorischen Bedingungen, Regeln und unbeabsichtigten Folgen menschlichen Handelns verdeutlichen. Kritik entsteht, wenn man erkennt, wie gesellschaftliche Überzeugungen und Rationalisierungen falsch oder illusorisch sein können und wie solche Überzeugungen beispielsweise asymmetrische Machtstrukturen verstärken oder Teufelskreise erzeugen können. Motivationen, Gründe und Rationalisierungen interagieren mit sozialpsychologischen Mechanismen, sozialen Prozessen und Strukturen. Menschliches Handeln prägt diese Strukturen und wird von ihnen geprägt, was manchmal zu Verzerrungen führt, bei denen Überzeugungen dazu dienen, unnötige und überflüssige kausale Prozesse und damit verbundene Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten.

Die erklärende Kritik deckt diese Verzerrungen auf und zeigt nicht nur, dass bestimmte Überzeugungen falsch oder irreführend sind, sondern erklärt auch, warum sie fortbestehen (dieses Schema wurde ursprünglich in Bhaskar 1998, 73-77 entwickelt, 2009, Kapitel 2, erweitert und durch die normative politische Theorie in Patomäki 2002, Kapitel 6, neu formuliert). Allerdings findet jede Wahrheitsbewertung in Bezug auf ein kausales Erklärungsmodell in einem Kontext statt, der durch Relativismus, Pluralismus und Unsicherheit gekennzeichnet ist. Die Suche nach Wahrheit in den Sozialwissenschaften bleibt ethisch komplex, da Entscheidungen über Wahrheitsansprüche politische und moralische Verantwortung mit sich bringen. Jacques Derridas (1988, 112) Konzept der Unentscheidbarkeit unterstreicht dies und betont, dass die Suche nach Wahrheit ethisch achtsam und dialogisch sein muss und die Verstärkung von Bedeutungen, die Gewalt erzeugen oder aufrechterhalten können, vermieden werden muss.

Die Logik der erklärenden Emanzipation weitet diese Kritik auf politisches Handeln aus. Ein Glaubenssystem (BS) ist ideologisch, wenn (i) seine Behauptungen hinreichend falsch oder irreführend sind und wenn (ii) seine Falschheit durch seine Reproduktion durch bestimmte geohistorische kausale Prozesse, Strukturen und

Prozesse (P, S & M) erklärt werden kann. Wenn eine überlegene Theorie mehr als BS erklärt und die P, S & M hinter falschen oder irreführenden Auffassungen aufdeckt, dann sollten wir (iii) die P, S & M, die sie stützen, kritisch bewerten und (iv) eine politische Transformation anstreben. In der Konzeption des kritischen Realismus besteht Emanzipation in der Transformation von einer unnötigen, unerwünschten und nicht benötigten zu einer gewünschten und benötigten Quelle kausaler Bestimmung (Bhaskar 2009, 115). Im Kontext des Sicherheitsdilemmas kann dies beispielsweise bedeuten, Illusionen und Mystifizierungen über die Natur des Selbst („Mensch“), des Anderen und des Prozesses, der das Potenzial hat, zu einem Sicherheitsparadoxon zu führen, oder bereits zu einem solchen geführt hat, zu kritisieren. Dazu gehört auch, jene P, S & M zu kritisieren und vielleicht zu ändern, die zur Entstehung oder Aufrechterhaltung solcher falscher oder irreführender Überzeugungen (Reifizierungen, Illusionen, Mystifizierungen usw.) beitragen.

Der kritische Realismus lässt die Möglichkeit zu, dass eine Person, die gegen alle ihre Zeitgenossen ist, in Fragen der Wahrheit Recht haben könnte. Eine Erkenntnistheorie, die sich auf intersubjektive Urteile und Kriterien stützt, muss jedoch Rationalität im Dialog anstreben (hier konvergieren der kritische Realismus und die kritische Theorie von Habermas). Rationalität bedeutet gute Gründe und Lernen und impliziert Offenheit gegenüber Kritik aus jeder Quelle. Ohne Offenheit gäbe es keine Grundlage für Lernen oder für die Behauptung, dass die Beweiskraft aller relevanten Beweise berücksichtigt wurde. In normativer Hinsicht können diese Anforderungen als moralische Verpflichtung verstanden werden, strategisches politisches Handeln auf solche Modi zu beschränken, die der Erhaltung oder dem Aufbau einer Sphäre für öffentliche Politik förderlich sind. Im Kontext eines Sicherheitsdilemmas oder verschachtelter Sicherheitsdilemmata beinhaltet dies auch eine *prima facie*-Pflicht, mit dem anderen in einen Dialog zu treten oder, je nach Positionierung, eine kritische reflexive Haltung außerhalb des Konflikts und Dilemmas einzunehmen und nach Wegen zu suchen, einen solchen Dialog zu ermöglichen. Dies ist Teil einer umfassenderen Bemühung, Teufelskreise umzukehren und Strukturen und Mechanismen zu verändern.

Solche erkenntnistheoretischen Überlegungen implizieren ein nicht-absolutistisches Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit (und zur Minimierung von Gewalt durch den positiven Kreislauf der Gewaltlosigkeit; Patomäki 2023, 165-170). Dissidenz und transformatives Handeln können für Außenstehende und in Kontexten, in denen echte soziale Bedingungen für Redefreiheit und freies ethisch-politisches Handeln gewährleistet sind, relativ einfach sein. Aber auch in prekären oder sogar gefährlichen politischen Situationen kann ein solcher Ansatz für emanzipatorische Veränderungen praktikabler sein, als es den Anschein hat. Perioden relativ stabiler und weit verbreiteter Verdinglichungen und Mystifizierungen, die Feindbilder und die Dämonisierung anderer beinhalten können und im Kontext bestimmter Prozesse,

Strukturen und Mechanismen (P, S & M) auftreten, können uns die Erkenntnisse der Theorie des gewaltfreien politischen Handelns vergessen lassen. Macht ist „fragil, ihre Stärke und Existenz hängen immer von der Wiederauffüllung ihrer Quellen durch die Zusammenarbeit einer Vielzahl von Institutionen und Menschen ab – eine Zusammenarbeit, die fortgesetzt werden kann oder auch nicht“ (Sharp 1984, 8).

Abschließende Überlegungen: Wie kann das Sicherheitsdilemma in den 2020er und 2030er Jahren und darüber hinaus gemildert und überwunden werden?

Aus einer kritisch-realistischen Perspektive ist es im Prinzip möglich zu erklären, warum bestimmte Narrative und damit verbundene Identitäten und Interessen vorherrschen. Ähnlich wie die Versichertheitlichung, die als Mechanismus verstanden werden kann (Guzzini 2011), kann das Sicherheitsdilemma vernünftigerweise als ein Mechanismus angesehen werden, der in der Lage ist, einen Prozess (mit-)zu erzeugen, der zu einem Sicherheitsparadoxon führt (es liefert eine Erklärung für die Dynamik der Interaktion; vgl. Jervis 1976, 81). In Zeiten akuter Unsicherheit erzählen die Akteure Geschichten über die Ursachen der Situation, in denen der Gegner oft als aggressive Bedrohung angesehen wird und in denen das Wesen des anderen als Manifestation des Bösen (Manichäismus) oder als eine aus irgendeinem Grund unvermeidliche Feindschaft mystifiziert werden kann (Schmittsche politische Theorie oder eine ähnliche Theorie). In einer solchen Situation ist das Sicherheitsdilemma als Mechanismus ein wesentlicher Bestandteil der kausalen Erklärung der Dynamik, die zu dem Kontext geführt hat, in dem die Unsicherheit akut ist. Die vorherrschenden Wahrnehmungen auf beiden Seiten (obwohl die Situation nicht symmetrisch sein muss) neigen dazu, die Situation und ihre Ursachen falsch zu interpretieren. Dies ist ein Beispiel für sozialwissenschaftliches Wissen (SSK), das sich von dem in der Praxis verbreiteten Wissen (KoCiP) unterscheidet und – basierend auf Argumenten und Beweisen – wahrer ist. Eine emanzipatorische Erklärung impliziert den Versuch, diejenigen relationalen Komponenten des Kausalkomplexes zu ändern, die in erheblichem Maße für die Entstehung der unnötigen, überflüssigen und unerwünschten Situation (mit-)verantwortlich sind.

Versuche, die vorherrschenden Geschichten innerhalb der kollektiven Identität zu ändern, können mühsam, riskant oder sogar gefährlich sein, da diese Geschichten in vorherrschenden Identitäten, Interessen, Machtverhältnissen und Mechanismen verankert sind. Darüber hinaus können Erzählungen aus der Sicht der Einheit der politischen Gemeinschaft funktional sein oder mit Interessen verflochten sein, die sich als Folge eines Konflikts entwickelt haben. Die Situation ist besonders problematisch, wenn es nicht so sehr darauf ankommt, was der andere (Alter) tut, sondern was der andere ist, und was der andere ist, wird sozial durch Erzählungen konstituiert,

die sich in gewissem Sinne auch auf das beziehen, was das Selbst (Ego) ist (vgl. Booth und Wheeler 2008, 121). Ein kritischer Forscher, dessen erklärende Arbeit auf dem Ideal der Wahrheit und einem emanzipatorischen kognitiven Interesse basiert, muss die Möglichkeit einbeziehen, dass ein bestimmter, auf diese Weise entstandener Identitäts-Interessen-Nexus aggressive Handlungen und politische Maßnahmen hervorruft – was wiederum dem Selbst/dem Anderen einen Beweis für die Natur des Anderen/des Selbst liefern kann. Dominante Illusionen entstehen aus realen Prozessen und Interaktionen.

Der Wert des Konzepts des Sicherheitsdilemmas liegt in seinem kritischen Potenzial, die Situation entweder zu entschärfen oder das Sicherheitsdilemma im Laufe der Zeit sogar vollständig zu überwinden. Die Wahrheit über den Prozess und wie er zur Eskalation von Konflikten und zur Entstehung eines Sicherheitsparadoxes geführt hat (und führen könnte) wirkt den vorherrschenden Verdinglichungen, Illusionen und Mystifizierungen entgegen. Wenn es um den unmittelbaren Kontext von Staatsoberhäuptern geht, hängt viel von der Sensibilität für das Sicherheitsdilemma (SDS) ab. Nicholas Wheeler und Marcus Holmes (2020) unterscheiden zwischen internem und externem Sicherheitsdilemma. Internes Sicherheitsdilemma bezieht sich auf die Sensibilität für die Möglichkeit, dass die andere Seite aus einer Position der Angst und Unsicherheit heraus handelt, während externes Sicherheitsdilemma sich auf das Ausmaß bezieht, in dem das Ego glaubt, dass die andere Seite eine solche Sensibilität hat oder dazu fähig ist.

Das Selbst und der Andere können sich in einer Situation anders verhalten, in der die Sicherheit jedes Selbst (Ego) davon abhängt, was der Andere (Alter) tut. Bei jeder Gruppenidentität, egal wie klein oder groß, ist die erste und wichtigste Frage daher, ob „wir“ – das Selbst (Ego) – die Dinge anders machen können. „Unsere“ Handlungen und Richtlinien sind etwas, das „wir“ entscheiden können, wer auch immer wir sind. In dem Maße, in dem wir die Handlungen und Richtlinien anderer gestalten können, können wir dies nur indirekt tun, über unsere eigenen Handlungen und Richtlinien. Unsicherheit reicht für die Möglichkeit eines Dialogs aus. Jeder Akteur kann sich auch von einem bestimmten Identitäts-Interessen-Nexus distanzieren. In Bezug auf einen bestimmten Konflikt oder ein Sicherheitsdilemma können Akteure die Rolle eines Außenstehenden übernehmen (es gibt viele Rollen, wie z.B. Neutralität, Vermittlung, Transzendenz usw. auf der einen Seite und kritische Sozialwissenschaftler, Friedensforscher, Friedensaktivisten usw. auf der anderen Seite).

Wie sollte man sich rational verhalten, wenn ein Sicherheitsdilemma vorherrscht, wenn die Ungewissheit über die Absichten der anderen Seite groß ist und wenn es Beweise für aggressive Handlungen der anderen Seite gibt? Ein politischer Realist könnte argumentieren, dass in einer solchen Situation jede „Beschwichtigung“ ein großer Fehler wäre und die einzige rationale Option darin besteht, sich auf das Schlimmste vorzubereiten (Abschreckung). Die Befürchtung ist, dass der eigene Wunsch nach

besseren Beziehungen vom Gegner ausgenutzt werden könnte. Rationalität ist jedoch das Gegenteil davon, die eigene Interpretation des Gegners festzulegen; es geht um gute Gründe und Lernen. Rationalität bedeutet, Interpretationen und Erklärungen auf Beweise zu stützen (z. B. in Bezug auf die Auswirkungen des Sicherheitsdilemmas) und offen für Kritik aus jeder Quelle zu sein. Darüber hinaus müssen die Sozialwissenschaften für die Belange der Menschen relevant sein, und diese Aufgabe beinhaltet die Untersuchung und Förderung des menschlichen Wohlergehens. Wir können Lehren aus der Vergangenheit oder der Zeitgeschichte ziehen, Hypothesen über neue Möglichkeiten aufstellen (abduktives Denken), kontrafaktisches Denken über die möglichen Auswirkungen eines veränderten Kontextes anwenden und Gedankenexperimente über die Folgen der veränderten Praktiken und Systeme durchführen, und schließlich können wir Experimente in der realen Welt durchführen und daraus Lehren ziehen – die Geschichte ist der letzte Schiedsrichter.

Hier konvergiert der kritische Realismus mit dem Pragmatismus, wie er von Denkern wie John Dewey und William James entwickelt wurde, indem er betont, dass Wissen und Wahrheit nicht feststehen, sondern sich durch Erfahrung und praktische Anwendung weiterentwickeln. Richtlinien sollten nicht als absolute Wahrheiten betrachtet werden, sondern als Arbeitshypothesen, die auf der Grundlage ihrer Folgen in den derzeit vorherrschenden, sich jedoch verändernden geohistorischen Kontexten überarbeitet werden können. Dies steht im Einklang mit vielen bekannten Versuchen, das Sicherheitsdilemma im Kontext zwischenstaatlicher Beziehungen zu mildern. Defensiver Realismus beinhaltet Versuche, den anderen von den eigenen gutartigen Absichten zu überzeugen. Wenn das Sicherheitsdilemma groß ist und die Absichten des anderen höchst ungewiss sind, kann dies zunächst sehr vorsichtig geschehen. Die konstruktivistische Hoffnung besteht darin, dass solche Experimente und die daraus resultierenden Interaktionen zumindest in einigen Kontexten und im Laufe der Zeit die vorherrschenden Geschichten und damit die vorherrschenden Identitäts-Interessen-Verflechtungen verändern können. (Booth und Wheeler 2008, 104-106). Experimentalismus kann den Aufbau von Kooperationssystemen zur Milderung des Sicherheitsdilemmas beinhalten, beispielsweise durch Normen der Rüstungsbegrenzung, Abrüstung oder radikale Abrüstung, aber auch durch funktionale Zusammenarbeit in vielen Themenbereichen, insbesondere in Wirtschaft und Ökologie (ebd., Kap. 5-6). Der nächste Schritt besteht darin, Sicherheit als gemeinsam neu zu definieren (für eine Diskussion des Konzepts im Kontext des OSZE-Prozesses siehe Patomäki 2024, 137-141), und dies kann als ein Schritt in Richtung der letztendlichen Entstehung einer Sicherheitsgemeinschaft angesehen werden.

Der Beitrag des kritischen Realismus liegt in der Betonung der Bedeutung des ontologischen Realismus und der Kausalität sowie der Idee der erklärenden Emanzipation. Die Vorstellung, dass Emanzipation aus der Umwandlung von einer unnötigen, unerwünschten und nicht benötigten zu einer gewünschten und benötigten

Quelle kausaler Bestimmung besteht, betrifft die sozialen und Machtverhältnisse (Strukturen), die dem Prozess von Interaktionen zugrunde liegen, die zu gegenseitiger Unsicherheit geführt haben – oder führen können. Erklärende Emanzipation ist auch dann von entscheidender Bedeutung, wenn die Ursachen der Versicherheitlichung und die Entstehung und Entwicklung eines Sicherheitsdilemmas in erheblichem Maße in der Dynamik der politischen Ökonomie liegen. In vielen Kontexten haben Prozesse der politischen Ökonomie, wie z.B. wirtschaftliche Wachstumsmuster, Beschäftigungsbedingungen, Einkommensverteilung und Marktkommodifizierung, eine Versicherheitlichung ausgelöst oder verstärkt, indem sie Erfahrungen und Wahrnehmungen von Verwundbarkeit und Unsicherheit geprägt haben. Im 20. und 21. Jahrhundert haben wachsende politisch-ökonomische Unsicherheiten und Ungleichheiten oft zu einer Eskalation sozialer und politischer Spannungen geführt, was zu Sicherheitsdilemmata führte, in denen Gruppen oder Staaten Bedrohungen wahrnehmen und entsprechend reagieren, wodurch Konflikte weiter verschärft und eskaliert werden. Auf globaler Ebene bedeutet dies, dass ohne angemessene globale Institutionen zur Steuerung der politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Dynamik viele miteinander verwobene globale und lokale Prozesse dazu neigen, Versicherheitlichung zu erzeugen und zu verschärfen, wodurch Konfrontationen und das Risiko eines Krieges großen Ausmaßes angeheizt werden.

Anhang: Eine von KI generierte kontrafaktische Geschichte über das Ende des Kalten Krieges, die auf einem emanzipatorischen Verständnis des Sicherheitsdilemmas basiert

In seinem Vorwort zu Booth und Wheelers Buch aus dem Jahr 2008 beklagte Herz die verpasste Gelegenheit am Ende des Kalten Krieges. Im Vorwort ging er nur ein paar Sätze auf das Thema ein und in einem kurzen, etwas früher veröffentlichten Aufsatz nur ein paar Seiten (Herz 2003, 414f.). Um die Bedeutung des Konzepts des emanzipatorischen Sicherheitsdilemmas zu konkretisieren, habe ich künstliche Intelligenz (ChatGPT 4.0) trainiert, indem ich ihr die Artikel von Herz (1950) und Ashley (1981) eingegeben und sie gebeten habe, die Frage zu beantworten: Wie hätte eine emanzipatorische Alternative in den 1990er Jahren und darüber hinaus ausgesehen? Nach der Präsentation der Antwort gebe ich einige Kommentare und Beobachtungen zum Inhalt und zur Kohärenz der recht aufschlussreichen Antwort der KI ab.

Mein Prompt: „Was kann getan werden, um das von John Herz entwickelte Sicherheitsdilemma (siehe sein Papier von 1950) zu überwinden, insbesondere im Hinblick auf das emanzipatorische kognitive Interesse, wie es von Richard Ashley (siehe sein Papier von 1981) dargelegt wurde? Insbesondere: Wie hätte ein solcher emanzipatorischer Begriff des Sicherheitsdilemmas zum Zeitpunkt des Endes des Kalten Krieges angewendet werden können?“

ChatGPT (9. März 2025):

„Die Anwendung eines emanzipatorischen Ansatzes auf das Sicherheitsdilemma am Ende des Kalten Krieges (Ende der 1980er bis Anfang der 1990er Jahre) hätte bedeutet, Sicherheit auf eine Weise neu zu denken, die über das traditionelle militärische Kräfteverhältnis hinausgeht und stattdessen versucht, die zugrunde liegenden Strukturen der Unsicherheit zu transformieren. Dieser Ansatz würde mit Richard Ashleys Betonung des emanzipatorischen kognitiven Interesses übereinstimmen, das Selbstreflexion und strukturelle Veränderungen fordert, anstatt das Sicherheitsdilemma nur durch Machtausgleich zu bewältigen. Im Folgenden werden die wichtigsten Möglichkeiten aufgezeigt, wie dies hätte umgesetzt werden können:

1. Über die militärische Rivalität hinaus: Dekonstruktion der Erzählung des Kalten Krieges

Der Kalte Krieg wurde als strukturelle Anarchie dargestellt, in der jede Seite die andere als Bedrohung wahrnahm, was das Sicherheitsdilemma verstärkte. Ein emanzipatorischer Ansatz würde dies in Frage stellen, indem er von der Bedrohungswahrnehmung zur gegenseitigen Sicherheit übergeht:

- Sowohl die USA als auch die UdSSR [HP: seit 1992 Russland] hätten ermutigt werden sollen, ihre eigenen Fehler einzugestehen anstatt aufzurüsten.
- Neudefinition von Sicherheit als Interdependenz: Anstatt sich auf Abschreckung zu konzentrieren, würde Sicherheit im Sinne von gegenseitigem Wohlergehen, wirtschaftlicher Stabilität und Umweltbelangen definiert werden.

Beispiel: Gorbatschows Politik des „Neuen Denkens“ deutete bereits darauf hin, indem sie gemeinsame menschliche Interessen über Blockrivalitäten stellte, aber ein emanzipatorischer Ansatz hätte dieses Denken über die Elitediplomatie hinaus auf gesellschaftliche Transformation ausgedehnt.

2. Entmilitarisierung und institutioneller Wandel

Realistische Ansätze, darunter Herz' Realistischer Liberalismus, könnten Rüstungskontrollabkommen zur Bewältigung von Unsicherheit vorschlagen. Ein emanzipatorischer Ansatz würde jedoch weiter gehen und die Institutionen selbst transformieren:

- Auflösung der NATO und des Warschauer Pakts: Anstatt die NATO lediglich zu erweitern, hätte eine emanzipatorische Vision die Militärbündnisse aus der Zeit des Kalten Krieges durch einen neuen kooperativen Sicherheitsrahmen ersetzt.
- Stärkung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa): Anstatt ein zweitrangiger Akteur zu sein, hätte die OSZE zu einer ech-

ten Sicherheitsorganisation nach dem Kalten Krieg ausgebaut werden können, die den Schwerpunkt auf Friedenskonsolidierung statt auf Abschreckung legt.
Beispiel: Anstatt der Osterweiterung der NATO (die Russland später als Verrat empfand) hätte ein neutrales, inklusives europäisches Sicherheitssystem entstehen können.

3. Wirtschaftliche und politische Integration als Sicherheit

Anstatt sich auf militärische Stabilität zu konzentrieren, würde ein emanzipatorischer Ansatz Sicherheit in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht neu definieren:

- Ein „Marshall-Plan“ für Russland und Osteuropa: Anstelle der abrupten „Schocktherapie“ der wirtschaftlichen Liberalisierung, die die postsowjetischen Staaten destabilisierte, hätte ein schrittweiser, kooperativer wirtschaftlicher Übergang den wirtschaftlichen Zusammenbruch und den politischen Rückschlag Russlands verhindern können.
- Globale Abrüstung finanziert wirtschaftliche Entwicklung: Die Reduzierung der Militärausgaben sowohl in den USA als auch in der UdSSR [HP: seit 1992 Russland] und die Umverteilung der Ressourcen auf soziale und wirtschaftliche Bedürfnisse hätte einen Rahmen für die menschliche Sicherheit geschaffen.

Beispiel: Das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) hätte eine gleichberechtigte, multilaterale Initiative sein können und nicht ein Sprungbrett für die NATO-Erweiterung, wodurch die russischen Ängste vor einer Einkreisung verringert worden wären.

4. Umgang mit ideologischer und identitätsbezogener Unsicherheit

Der Kalte Krieg war nicht nur eine militärische Pattsituation, sondern auch ein ideologischer Kampf. Ein emanzipatorischer Ansatz würde:

- die psychologischen Dimensionen der Sicherheit anerkennen: Nationen und Gesellschaften fühlen sich nicht nur durch militärische Macht bedroht, sondern auch durch Identitätsverlust und ideologische Marginalisierung.
- Versöhnung und kollektives Gedächtnis fördern: Wahrheitskommissionen oder gemeinsame historische Dialoge zwischen ehemaligen Gegnern des Kalten Krieges hätten revanchistischen Nationalismus in postsowjetischen Staaten und Russland verhindern können.

Beispiel: Anstelle einer triumphalistischen Rhetorik über das „Ende der Geschichte“ hätte ein emanzipatorischer Ansatz den Übergang nach dem Kalten Krieg als eine gemeinsame globale Transformation und nicht als einen westlichen „Sieg“ dargestellt.

5. Die UNO als globaler Sicherheitsrahmen

Anstatt eine unipolare Welt zu stärken, in der die USA die Regeln festlegen, hätte ein emanzipatorischer Ansatz

- Reformierung des UN-Sicherheitsrats, um aufstrebende Mächte und die ehemalige UdSSR in einen ausgewogeneren Entscheidungsprozess einzubeziehen.
- Ausweitung der Friedenssicherung und der präventiven Diplomatie als primäre Sicherheitsmechanismen, anstatt sich auf NATO-geführte Interventionen zu verlassen.

Beispiel: Der Golfkrieg (1991) hat gezeigt, dass die globale Sicherheit multilateral verwaltet werden kann. Anstatt zum Unilateralismus zurückzukehren, hätte ein emanzipatorischer Ansatz die von den Vereinten Nationen geleiteten Sicherheitsbemühungen vertieft.

Schlussfolgerung: Eine verpasste Chance?

Die Welt nach dem Kalten Krieg hätte sich zu einem wirklich neuen Sicherheitsparadigma entwickeln können, das auf gegenseitiger Sicherheit, wirtschaftlicher Integration und ideologischer Versöhnung beruht. Stattdessen führten die Fortsetzung der NATO-Erweiterung, der wirtschaftliche Neoliberalismus und die Machtpolitik zu neuen Sicherheitsdilemmata, insbesondere zwischen Russland und dem Westen. Ein emanzipatorischer Ansatz hätte Selbstreflexion, Dialog und institutionellen Wandel in den Vordergrund gerückt und möglicherweise spätere Konflikte wie die Spannungen zwischen der NATO und Russland, die Ukraine-Krise und das Wiederaufleben nationalistischer Politik vermieden.“

Die KI denkt nicht, und sie kann „trainiert“ werden, um viele Arten von Antworten zu geben, doch diese Antwort fasst mehrere wichtige Punkte zusammen, darunter die negativen Auswirkungen der „Schocktherapie“ der 1990er Jahre und wie man ihr hätte entgegenwirken können (es ist auch erwähnenswert, dass Herz 2003, 414, den „Krieg gegen den Terrorismus“ wie folgt kommentierte: „Der Krieg gegen den Terrorismus wird niemals enden, wenn man seine Ursachen nicht bekämpft. Diese liegen im Fall der islamischen Fundamentalisten im Elend und in der Ausbeutung der Massen in den Megastädten der Länder der Dritten Welt, wo die Fundamentalisten selbst für Selbstmordattentate willige Helfer finden. Aber die Armut in der Dritten Welt kann nur durch groß angelegte Entwicklungspläne seitens der reichen Nationen der Welt bekämpft werden.“)

Auch die Antwort der KI ist größtenteils schlüssig, mit einer wichtigen Ausnahme: Die Vorstellung, dass das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) eine gleichberechtigte multilaterale Initiative und kein Sprungbrett für die NATO-Erweiterung hätte sein können, wodurch die russischen Einkreisungsängste reduziert worden wären, setzt voraus, dass die NATO in den 1990er Jahren und darüber hinaus

weiterbestanden hätte. Dies ist nicht mit der Auflösung sowohl der NATO als auch des Warschauer Pakts vereinbar. Natürlich kann eine kontrafaktische Geschichte im Prinzip bewusst mehrdeutig sein, indem sie mehrere parallele Möglichkeiten einschließt, die in die gleiche Richtung gehen.

Die KI-Antwort stimmt in hohem Maße mit den Erklärungen und Kontrafaktiken überein, die in meinem Teil von *Debating the War in Ukraine. Kontrafaktische Geschichten und zukünftige Möglichkeiten* (Forsberg und Patomäki 2023). Der Punkt, dass anstelle einer triumphalistischen Rhetorik über das „Ende der Geschichte“ ein emanzipatorischer Ansatz den Übergang nach dem Kalten Krieg als eine gemeinsame globale Transformation und nicht als einen westlichen „Sieg“ dargestellt hätte, entspricht dem, was viele von uns bereits in den frühen 1990er Jahren gesagt haben. Richard Ned Lebow und Janice Stein (1994) fassten dies als „wir alle haben den Kalten Krieg verloren“ zusammen – dem Michail Gorbatschow auf der Rückseite des Buches hinzufügte: „Wir alle haben gewonnen, indem wir ihn beendet haben.“

Obwohl sich die Antwort von KI auf vorhandene Quellen stützt, scheint sie eine neue Idee zu enthalten. Dies ist der Vorschlag, dass Wahrheitskommissionen auf beiden Seiten des Konflikts eingesetzt werden sollten, zusammen mit der Organisation gemeinsamer historischer Dialoge zwischen ehemaligen Gegnern des Kalten Krieges. Im Westen wird oft beklagt, dass Russland die Gräueltaten seiner sowjetischen Vergangenheit nie aufgearbeitet hat. Der Vorschlag von KI ist viel konstruktiver, was die Überwindung des Sicherheitsdialogs betrifft. Die Diskussion darüber, wessen Gräueltaten oder Missverständnisse die schlimmsten waren, geht am wichtigsten Punkt vorbei: Der Kalte Krieg war auf beiden Seiten von zahlreichen Missverständnissen, Täuschungen und Missbrauch geprägt – und brachte die Gefahr der Zerstörung unserer industriellen Zivilisation und eines Großteils der Ökosphäre des Planeten Erde mit sich.

Quellen

- Adler, Emanuel and Barnett, Michael (eds.) (1998) *Security Communities*. Cambridge University Press.
- Archer, Margaret (ed.) (2015) *Generative Mechanisms Transforming the Social Order*. Cham: Springer.
- Ashley, Richard (1981) „Political Realism and Human Interests“. *International Studies Quarterly*, 25 (2), pp. 204-236.
- (1987) „The Geopolitics of Geopolitical Space: Toward a Critical Social Theory of International Politics“. *Alternatives: Global, Local, Political*, 12 (4), pp. 403-434. DOI: 10.1177/030437548701200401.
- Becker, Joachim (2017) „In the Yugoslav Mirror: The EU Disintegration Crisis“. *Globalizations*, 14 (6), pp. 840-850; DOI: 10.1080/14747731.2017.1330984.

- Bhaskar, Roy (1998) *The Possibility of Naturalism: A Philosophical Critique of Contemporary Human Sciences*. 3rd edition. London & New York: Routledge [originally published 1979].
- (2008) *Dialectic. The Pulse of Freedom*. With a new introduction. Abingdon & New York: Routledge [originally published 1993].
- (2009) *Scientific Realism and Human Emancipation*. Abingdon & New York: Routledge [originally published 1986].
- Boduszynski, Mieczysław (2010) *Regime Change in the Yugoslav Successor States. Divergent Paths to a New Europe*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Booth, Ken and Wheeler, Nick (2008) *The Security Dilemma. Fear, Cooperation and Trust in World Politics*. Houndmills, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Butterfield, Herbert (1951) *History and Human Relations*. London: Collins.
- Buzan, Barry (1991) *People, States and Fear: An Agenda for International Security Studies in the Post-Cold War Era*. Second edition. New York: Harvester Wheatsheaf.
- Caballero-Anthony, Mely (2020) „Security Governance and ASEAN’s Political Security Community: Fragmented but Inclusive Security Communities?“. *Fudan Journal of the Humanities and Social Sciences*, 13, 151-167.
- Chang, J. Y. (2016) „Essence of Security Communities: Explaining ASEAN“. *International Relations of the Asia-Pacific*, 16 (3), 335-369.
- Derrida, Jacques (1988) *Limited Inc*. Various translators. Evanston, IL: Northwestern University Press.
- Forsberg, Tuomas and Patomäki, Heikki (2023) *Debating the War in Ukraine. Counterfactual Histories and Future Possibilities*. Abingdon and New York: Routledge. Open access at <https://www.routledge.com/Disintegrative-Tendencies-in-Global-Political-Economy-Exits-and-Conflicts/Patomaki/p/book/9780367357573>.
- Galtung, Johan (1977a) „Science as Invariance-Seeking and Invariance-Breaking Activity“. Pp. 72-95 in J. Galtung *Methodology and Ideology*. Copenhagen: Ejlers.
- (1977b) „Positivism and Dialectics: A Comparison“. Pp. 214-229 in J. Galtung *Methodology and Ideology*. Copenhagen: Ejlers.
- Guzzini, Stefano (2011) „Securitization as a Causal Mechanism“. *Security Dialogue*, 42 (4-5), pp. 329-341, DOI: <https://doi.org/10.1177/0967010611419000>.
- (2013) „The Ends of International Relations Theory: Stages of Reflexivity and Modes of Theorizing“. *European Journal of International Relations*, 19 (3), pp. 521-541.
- Habermas, Jürgen (1971) *Knowledge and Human Interests*. Transl. J. Shapiro. Boston: Beacon Press.
- Harré, Rom (1993) *Social Being*. Third edition. Oxford: Blackwell.
- Herz, John (1950) „Idealist Internationalism and the Security Dilemma“. *World Politics*, 2 (2), pp. 157-180.
- (2003) „The Security Dilemma in International Relations: Background and Present Problems“. *International Relations*, 17 (4), pp. 411-416.
- (2008) „Foreword“. Pp. viii-ix in K. Booth and N. Wheeler *The Security Dilemma. Fear, Cooperation and Trust in World Politics*. Houndmills, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Jervis, Robert (1976) *Perception and Misperception in International Politics*. Princeton, NJ: Princeton University Press.

- (1978) „Cooperation Under the Security Dilemma“. *World Politics*, 30 (2), pp. 167-214.
- Khong, Y. F. (1992) *Analogies at War. Korea, Munich, Dien Bien Phu and the Vietnam Decisions of 1965*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Käihkö, Ilmari (2018) „A Nation-in-the-Making, in Arms: Control of Force, Strategy and the Ukrainian Volunteer Battalions“. *Defence Studies*, 18 (2), pp. 147–166, DOI: <https://doi.org/10.1080/14702436.2018.1461013>.
- Lawson, Tony (1997) *Economics & Reality*. London & New York: Routledge.
- Lebow, Richard Ned and Stein, Janice (1994) *We All Lost the Cold War*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Morgenthau, Hans (1948) *Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace*. New York: Alfred A. Knopf.
- Næss, Petter (2019) „Demi-regs’, Probabilism and Partly Closed Systems“. *Journal of Critical Realism*, 18 (5), pp. 475-86.
- Patomäki, Heikki (2001) „The Challenge of Critical Theories: Peace Research at the Start of the New Century“. *Journal of Peace Research*, 38 (6), pp.723-737.
- (2002) *After International Relations. Critical Realism and the (Re)Construction of World Politics*. London & New York: Routledge.
- (2008) *The Political Economy of Global Security. War, Future Crises and Changes in Global Governance*. London and New York: Routledge.
- (2016) „International Political Economy and Security“. Pp 32-42 in T. Balzacq & M. Dunn Cavely (eds.) *The Routledge Handbook of Security Studies*. Second edition. London and New York: Routledge.
- (2018) *Disintegrative Tendencies in Global Political Economy: Exits and Conflicts*, London and New York: Routledge; open access <https://www.routledge.com/Disintegrative-Tendencies-in-Global-Political-Economy-Exits-and-Conflicts/Patomaki/p/book/9780367357573>.
- (2019) „The Promises of Critical Realism in the 2020s and beyond“, *Teoria Polityki*, (3), 2019, pp.189-200, available at <https://www.ejournals.eu/TP/2019/Nr-3/art/14197/>.
- (2020) „On the Historicity of Social Ontology“. *Journal for the Theory of Social Behaviour*, 50 (4), pp. 439-461, DOI: <https://doi.org/10.1111/jtsb.12254>.
- (2022) *The Three Fields of Global Political Economy*. Abingdon and New York: Routledge.
- (2023) *World Statehood: The Future of World Politics*. Cham: Springer.
- (2024) „The Relevance of the Helsinki Process and the Charter of Paris for Future Security Policies and Institutions“, *Ritsumeikan International Studies*, 36 (4), pp. 133-53.
- (2025) „Introduction: Critical Reflections on Learning about the Dynamics of World History“. Pp. 1-17 in H. Patomäki *Globalizations. The Shape of Things to Come*. Abingdon and New York: Routledge.
- Patomäki, Heikki and Wight, Colin (2000) „After Post-Positivism? The Promises of Critical Realism“. *International Studies Quarterly*, 44 (2), pp. 213-237.
- Posen, Barry (1993) „The Security Dilemma and Ethnic Conflict“, *Survival*, 35 (1), pp. 27-47.
- Rescher, Nicholas (1993) *Pluralism. Against the Demand for Consensus*. Oxford: Clarendon Press.

- Sayer, Andrew (2010) *Method in Social Science. A Realist Approach*. Revised second edition. Abingdon & New York: Routledge.
- Sharp, Gene (1984) *The Politics of Nonviolent Action. Part One: Power and Struggle*. Boston: Porter Sage Publishers.
- Wheeler, Nicholas and Holmes, Marcus (2020) „Overcoming the Four Horsemen of Reassurance Diplomacy: Explaining Variation in Face-to-Face Engagement“. *Journal of Global Security Studies*, 7 (3), pp. 1-21, DOI: <https://doi.org/10.1093/jogs/ogac015>.

Oliver P. Richmond

Was ist ein emanzipativer Frieden?¹

In der kritischen Literatur zur Friedens- und Konfliktforschung im Bereich der Internationalen Beziehungen wird häufig auf das Konzept des emanzipatorischen Friedens Bezug genommen, wobei vieles davon ziemlich naiv ist.

Es hat sich ein eigenes Ökosystem innerhalb der Friedensdebatten entwickelt, ohne sich auf umfassendere disziplinäre Debatten zu beziehen.

Begriffe wie „Emanzipation“ und ihr Verwandter, „soziale Gerechtigkeit“ sind in der kritischen theoretischen Literatur und waren in früheren ideologischen Epochen weit verbreitet. Es war klar, was solche Begriffe im Kontext des Feudalismus, Sklaverei, Imperialismus, Diskriminierung, Klassensystem, Atomwaffen und Rassismus in den vergangenen zwei Jahrhunderten bedeuteten. Heute ist es im Kontext der sich wandelnden Friedenspraxis weniger klar.

Dieser Aufsatz gibt zunächst einen Überblick über die Art und Weise, in der das Konzept der Emanzipation in verschiedenen Disziplinen verwendet wurde, um eine gewisse Naivität in Bezug auf seine Verwendung im spezifischen Kontext der Friedenspraxis zu vermeiden. Dies ist notwendig, um in den folgenden Abschnitten klarere Leitlinien für kritische Wissenschaftler:innen zu entwickeln, die versuchen, negative Formen der Friedensschaffung in Frage zu stellen, die oft eher mit nationalen oder hegemonialen Interessen als mit alltäglichen und subjektiven politischen Ansprüchen verbunden sind. Hiernach werden die Implikationen der Entwicklung einer emanzipatorischen Theorie für die Friedensarbeit zusammengefasst und auf die Spannungen im Zusammenhang mit der Ächtung von Gewalt hingewiesen (Laclau, 2006).

Konzeptioneller Hintergrund

Begriffe wie „Emanzipation“ und ihr Verwandter, die „soziale Gerechtigkeit“, sind in der kritischen und postkolonialen theoretischen Literatur weit verbreitet und waren

1 Dieser Beitrag ist im Juni 2022 auf Englisch erschienen und wurde von Klaus Moegling und Josef Mühlbauer mit der Erlaubnis des Autors ins Deutsche übersetzt, siehe Richmond, Oliver (2021): What is an emancipatory peace? In: Journal of International Political Theory, Volume 18(2), June 2022, pp. 124-147, <https://doi.org/10.1177/17550882211036560>.

in früheren politischen Epochen in den beiden vorangegangenen Jahrhunderten gängiger Sprachgebrauch (Marx, 1963). Nach Ruperts Lesart von Marx bedeutet

‘politische Emanzipation’ die Gleichstellung des einzelnen Bürgers gegenüber dem Staat, die Gleichheit vor dem Gesetz, unabhängig von Religion, Eigentum oder anderen ‘privaten’ Merkmalen der einzelnen Personen. (...) Die politische Emanzipation stellt einen wirklichen, historischen Fortschritt dar (Marx, 1963: 54).

Der Staat wurde als notwendig erachtet, um das Individuum aus einer Position in einer festen Hierarchie (wie im Feudalismus) zu befreien. In liberalen Versionen wird auch argumentiert, dass die Zivilgesellschaft notwendig ist, um das Individuum in die Lage zu versetzen, Selbstbestimmung in Bezug auf, aber auch angesichts der Macht des Staates zu erlangen. Die Konzepte der Autonomie und der Handlungsfähigkeit fügen der Emanzipationsdebatte eine weitere Ebene hinzu, und zwar in Bezug auf die Frage, wie viel das emanzipierte Subjekt allein erreichen kann, oder ob es der Befreiung von Unterdrückung bedarf, etwa durch eine demokratische Revolution oder eine liberale Intervention. Eines ihrer größten Probleme, nach Definitionsproblemen und den Schwächen kleiner, nichtstaatlicher Akteure, ist die Verbindung zwischen politischer Emanzipation und Gewalt. Das Aufbrechen unterdrückerischer Machtstrukturen, insbesondere im Namen der politischen Ansprüche schwacher oder subalternen Akteure, erfordert ein starkes Handeln. Es ist unwahrscheinlich, dass zivilgesellschaftliche Gruppen eine solche Handlungsfähigkeit erlangen könnten, aber der Staat hat sie automatisch, und nur internationale Akteure und Koalitionen könnten in der Lage sein, das Gleichgewicht zwischen ihnen zu verändern. Daher wurde das Konzept häufig mit Formen der Intervention, der Avantgarde und des sozialen oder sogar revolutionären Widerstands in Verbindung gebracht. Die Geschichte der Kriege im Zusammenhang mit Imperialismus, extraktivem Kapital, Sklaverei, Rassismus, Identität, Wahlrecht und Menschenrechten ist ein gutes Beispiel dafür. Interventionen werden in der Regel von Akteuren und Organisationen mit eigenen Interessen vorangetrieben, denen es an lokalem Wissen, Rechenschaftspflicht und Sensibilität mangelt, was neue ethische Risiken sowie neue Möglichkeiten der Beherrschung schafft. Sozialer Widerstand kann ohne internationale Verbündete an Einfluss verlieren oder relativ unwirksam sein, wenn er auf Gewalt verzichtet (aufständisch, revolutionär oder demonstrativ), weil er sich unweigerlich mit großen Machtstrukturen auf staatlicher und internationaler Ebene konfrontiert sieht. Mit anderen Worten: Emanzipation, Gewalt und ihre Ächtung und Intervention hängen zusammen, genau wie bei der Friedenschaffung. Imperialismus, Etatismus, Internationalismus und Globalisierung sind Zeugen dieser Zwänge und Phänomene, und die hegemoniale Macht ist geschickt darin, Druck zu erzeugen, um die soziale Emanzipation aufzugeben, insbesondere in einer zunehmend „posthumanen“ Welt (Chandler, 2018: 21). In der Vergangenheit war klar, was Emanzipation als Antwort auf und im Kontext von Feudalismus, Sklaverei, Imperialismus, Diskriminierung,

Patriarchat, Klassensystem, Atomwaffen und Rassismus bedeutet. Ihre radikale Legitimität wurde durch ihre Verbindung mit revolutionärer Gewalt untergraben, aber sie bleibt konzeptionell bedeutsam, weil sie Gewalt und Machtstrukturen, die direkte, strukturelle und kulturelle Gewalt unterstützen, ständig infrage stellt (Laclau, 2006). Heute ist jedoch unklar, was ein emanzipatorischer Frieden im Kontext von Krieg und Konflikt in zeitgenössischen International Relations (IR) bedeuten würde. Seitdem Literatur und Ansätze, die den Kapitalismus und sogar den Imperialismus kritisieren, vom Mainstream-Denken sanktioniert werden (Anievas et al., 2015), sind Debatten über die Möglichkeit der Emanzipation aus dem Blickfeld verschwunden (Laclau und Mouffe, 1985). Das Konzept wurde durch postkoloniale Ansätze für souveräne Autonomie, liberale Vorstellungen von Rechten, wirtschaftlicher Entwicklung und liberaler Gouvernementalität oder neoliberale Vorstellungen von Selbsthilfe und Resilienz verdrängt (Chandler, 2014).

In der Friedens- und Konfliktforschung wird das Konzept eines emanzipatorischen Friedens nur oberflächlich und oft auf dünner normativer Grundlage behandelt (Behr und Shani, 2021; Richmond, 2008). Soziale Formen der Legitimität, die mit Friedensregelungen nach Kriegen verbunden sind, sind dadurch in den Hintergrund getreten. Dennoch erfasst das Konzept elementare Dynamiken der Politik in Frieden und Krieg, wobei insbesondere die Ansprüche, die Handlungsfähigkeit, die Rechte und die gesellschaftlichen Interessen der Subalternen (= der Beherrschten/Unterdrückten) in den Vordergrund rücken, die traditionell Gegenstand von Machtbeziehungen sind (Crenshaw, 1989; Spivak, 1988). Es stellt sich die Frage, inwieweit Friedensprozesse die Machtverhältnisse infrage stellen und reformieren und inwieweit der Frieden von der Ächtung der Gewalt abhängt, vornehmlich wenn die Emanzipation in ihrer historischen Perspektive dies nicht tut.

Wissenschaftler beziehen sich oft auf Emanzipation, als wäre sie sowohl für Liberale als auch für Marxisten im Norden oder Süden selbsterklärend. Historisch gesehen umfasste die Emanzipation Themen wie Krieg im 19. Jahrhundert, Sklaverei, Eigentumsrechte, unterdrückende Arbeitsformen im Zuge der industriellen Revolution, die Ausweitung des Wahlrechts, die damit verbundene Forderung nach Gleichstellung der Geschlechter und die damit verbundene Umgestaltung des Staates hin zu einem befähigenden Wohlfahrtsstaat. Er hat auch die Entkolonialisierung und die Beendigung des Wettrüstens impliziert (Domingues, 2017), obwohl er im Zusammenhang mit den verschiedenen Kriegen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion weniger häufig verwendet wurde. Doch das Konzept des Friedens hinkte hinterher und implizierte lediglich das Gleichgewicht der Kräfte und eine negative Form, die bis weit ins 20. Jahrhundert hinein Bestand hatte.

In der Praxis und in der liberalen Mainstream-Theorie bezieht sich Emanzipation in der Regel auf die Fähigkeit des Einzelnen, sich aus der Sklaverei oder aus unterdrückerischen politischen Systemen zu befreien, und auf die Fähigkeit der Führung,

das soziale, wirtschaftliche und politische Verhalten zur Unterstützung einer unterdrückten Gruppe zu gestalten und zu verbessern. Der Begriff hatte religiöse und ideologische Untertöne und wurde auch mit revolutionären Aktionen in Verbindung gebracht. Es kann ein avantgardistisches Konzept sein, das von Akteuren mit direkter, normativer und institutioneller Macht abhängt, die die Schwachen durch Ideen oder Gewalt von Armut, Ungerechtigkeit, Krieg, Sklaverei oder Diskriminierung befreien. Dies steht jedoch häufig im Widerspruch zu der zugrunde liegenden agonistischen Auffassung, dass die Emanzipation der Schwachen gemäß den Forderungen und Erwartungen der Unterdrückten erfolgen muss (Fossen, 2008; Sawyer und Novak, 2013). In avantgardistischen Begriffen, ob liberal oder marxistisch, erfolgt die Emanzipation gemäß den Präferenzen, Normen oder der Ideologie der Starken, die auf einem aufklärerischen Ideal des Fortschritts beruhen. In der realistischen Sichtweise entsteht sie als Nebeneffekt und Angleichung von Macht und Interessen (Roy, 2016). Im liberalen Verständnis entsteht sie durch individuelles Handeln, das Institutionen formt (Fossen, 2008). Im marxistischen Verständnis ist kollektives Handeln revolutionär und richtet sich gegen die internationale politische Ökonomie (Booth, 1991: 391). Mit anderen Worten: Emanzipation hängt davon ab, dass die Machtlosen einigen der mächtigsten Instrumente der internationalen Beziehungen sowie geopolitischen oder geoökonomischen strukturellen Bedingungen entgegen-treten: zum Beispiel räuberischen Eliten und Staaten, extraktivem und mobilem globalem Kapital, Geografie und Ressourcenverteilung (Booth, 1991: 319, 323).

So setzen viele kritische Wissenschaftler:innen Emanzipation konzeptionell mit der oft gewalttätigen Geschichte der marxistischen oder liberalen Epistemologie der Aufklärung sowie der westlichen Hegemonie gleich (Spivak, 1988). Die Begriffe Emanzipation und soziale Gerechtigkeit wurden häufig verwendet, um Gewalt und Herrschaft konzeptionell zu verschleiern, anstatt das Verständnis von Rechten und Gleichheit aus einer Perspektive der Unterdrückten zu erweitern (Aradau, 2004: 16). Rawls hat dies mit seiner Arbeit über Gerechtigkeit und Ungleichheit bis zu einem gewissen Grad erkannt (Rawls, 1985), und Richard Cox und Richard Ashley haben dies für die IR explizit gemacht (Ashley, 1983; Cox, 1981). Viele der gleichen Debatten haben in jüngster Zeit auch um das Konzept des Friedens in der IR stattgefunden, vom Gleichgewicht der Mächte und der Diplomatie bis hin zu Mediation, Friedenssicherung, Friedenskonsolidierung und humanitärer Intervention. Dies spiegelt die jüngste Entwicklung in diesem Bereich wider, die von einem negativen zu einem positiven, hybriden und alltäglichen Friedenskonzept führte, das jedoch erst viel später entstand und politisch weniger anspruchsvoll war als die Entwicklung des Emanzipationskonzepts. Der zeitgenössische Kontext wirft die Frage auf, wie die Unterdrückten Emanzipation und soziale Gerechtigkeit unter den heutigen, vernetzten, skalaren und zunehmend „digitalen“ Bedingungen von Krieg und Frieden beschreiben würden? (Chandler, 2018: 159; Richmond, 2020). Dies hängt auch mit

dem Problem zusammen, dass zeitgenössische sozio-ökonomische Daten, vom Human Development Index bis zum GINI-Index, die Tatsache unterstreichen, dass ein Drittel der Weltbevölkerung immer noch extrem unsicher ist, sowohl in Bezug auf die menschliche Sicherheit als auch in geopolitischer Hinsicht. Viele Friedensprozesse scheitern, eingefrorene Konflikte und autoritäre Ergebnisse sind zur Norm geworden (insbesondere seit 9/11). Das bedeutet, dass es angesichts jahrzehntelanger liberaler und neoliberaler Friedens-, Entwicklungs- und Stabilisierungsprojekte unwahrscheinlich ist, dass soziale und lokale Akteure die bestehenden Praktiken weiterhin legitimieren können. Dies zeigt, dass die Verbindung zwischen Emanzipation und Frieden überdacht werden muss.

Emanzipativer Frieden ist immer auch Frieden aus der Sicht der Unterdrückten

[...] ein Durchbruch kann zu einer Falle werden, wenn er unkritisch, wiederholt und grenzenlos genutzt wird.
(Said, 1983: 239)

Für einen emanzipatorischen Frieden müssen die folgenden Dimensionen – mit all ihren Widersprüchen und Einschränkungen, die sich schichtweise übereinander aufgebaut haben – berücksichtigt werden. Für Realisten erfordert dies ein stabiles, alles bestimmendes Kräfteverhältnis zwischen den Nationalstaaten. Für Marxisten bedeutet dies die Lösung von Klassenkonflikten. Dies erfordert eine Demontage der Struktur der nationalen und globalen politischen Ökonomie, die von den Mächtigen so gestaltet wurde, dass sie ansonsten die Überreste der Hegemonie bewahrt. Für Liberale bedeutet dies, dass Menschenrechte, ein Gesellschaftsvertrag und Freihandel die in der Gesellschaft, im Staat und auf den Märkten vorhandenen Mächte kontrollieren und ausbalancieren müssen, wobei anerkannt wird, dass Rechte, Handel und Eigentum innerhalb eines befähigenden Staates und einer befähigenden Wirtschaft die Hauptdeterminanten der Emanzipation sind. Für Konstruktivist:innen bezieht sich Emanzipation darauf, wie das Zusammenspiel von Identität zur Bildung von Institutionen führt, die darauf ausgelegt sind, mit politischen Forderungen gegen unterdrückende oder ungerechte Formen der Macht umzugehen, und folgt damit einer ähnlichen Linie wie das liberale Denken. Neben kritischen Theoretiker:innen weisen auch liberale und konstruktivistische Denker:innen darauf hin, wie eine internationale Architektur von Institutionen, Gesetzen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Instrumenten genutzt werden kann, um auf solche Forderungen zu reagieren, wenn sie die Idee einer kosmopolitischen Weltgemeinschaft untergraben. Aus diesem Grund werden liberale Emanzipationsbegriffe letztlich zu Top-Down-Konstruktionen (die Weltregierung, internationale Institutionen oder globale Regierungsführung umfassen). Für kritische Theoretiker:innen zielt dies auf

die Schaffung einer kosmopolitischen Weltgemeinschaft ab, die auf funktionalen oder ideell konstruierten gemeinsamen Zielen basiert, oder alternativ auf die globale Vermittlung von zeitlichen und räumlichen Unterschieden in einen egalitäreren materiellen politischen Rahmen (Devetak, 1995). Für den Postkolonialismus bedeutet Emanzipation die Beseitigung direkter und versteckter Formen der externen Herrschaft im Zusammenhang mit historischen Praktiken des Kolonialismus und die Erlangung von Autonomie (Roberts, 2017). Für Poststrukturalist:innen bezieht sich Emanzipation auf die Beseitigung von Grenzen und Binaritäten, die das Individuum daran hindern, sein eigenes Selbst jederzeit frei und innerhalb eines Ethos des Egalitarismus und vielleicht des Kosmopolitismus zu bestimmen (Devetak, 1995: 41). Für Poststrukturalist:innen und Feminist:innen erfordert Emanzipation darüber hinaus ein Verständnis der subtilen und tiefgreifenden Verschiebungen in den Machtverhältnissen, die Ungleichheit und Ungerechtigkeit aufrechterhalten, und viele radikale Bewegungen weisen auf historische, verteilungspolitische und ökologische Formen der Gerechtigkeit als wesentliche Bestandteile des emanzipatorischen Denkens hin. Der Feminismus fügt diesem Verständnis ein empathisches Element hinzu (Sylvester, 2002). Dies deutet auf einen weitaus relationalen Rahmen hin, zwischen Menschen und Gemeinschaften, aber auch zwischen Themen, Generationen und Umgebungen, und hebt beispielsweise soziale und technologische Verknüpfungen mit der Umwelt sowie der Wirtschaft mit sozialer Gleichheit hervor (Qin, 2016). Für Umweltschützer:innen bedeutet Emanzipation Maßnahmen zur nachhaltigen Nutzung von Ressourcen (Dryzek und Pickering, 2019).

Der Versuch, ein solches konzeptionelles Spektrum zu entwirren und eine Konvergenz zu suchen, deutet vielleicht auf ein neu definiertes Verständnis von Politik und internationalen Beziehungen hin. Anstatt sich auf die dünne Normativität (Behr und Shani, 2021) des vergangenen Konsenses zu verlassen, der oft nicht umgesetzt wurde (und in der Tat möglicherweise unbeabsichtigt eine Plattform für mehrere Gegenkräfte in vielen zeitgenössischen, festgefahrenen und eingefrorenen Friedensprozessen bot), besteht die Alternative für emanzipatorisches Denken darin, Frieden mit einem umfassenderen, komplexeren Verständnis von globaler Nachhaltigkeit und globaler Gerechtigkeit gleichzusetzen, anstatt mit Herrschaft, Sieg oder Treuhandschaft. Dies rekonfiguriert die Hauptelemente der Politik als einen ewigen Kampf gegen Blockaden von Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit im unvorhersehbaren Kontext des Anthropozän: Die Prävalenz von Blockaden deutet darauf hin, dass eine Konvergenz in der Praxis nicht möglich ist.

Kritische Positionen, die sich auf Marx, den Liberalismus und den Postkolonialismus stützen, würden Emanzipation mehr oder weniger im Sinne Balibars verstehen, ausgehend von einer subalternen Positionalität um Rechte, materielle Gleichheit, ökologische Nachhaltigkeit, Identität, Kultur und Normen durch sozialen und transversalen Konsens, Recht, Institutionen, Staat, regionale und internationale

Institutionen (z. B. „*equa-liberty*“ (= „Gleichheits-Freiheit“) (Balibar, 2014). Dies hat Auswirkungen auf tiefgreifende, strukturelle Reformen und bestätigt bzw. erweitert im Grunde die Positionen in der Literatur zur globalen Gerechtigkeit (Della Porta et al., 2007). Dies würde Friedenspraxen erfordern, die einen kontinuierlichen Vorstoß gegen Blockaden ermöglichen, wie Grenzen, zentralisierte Macht, Ungerechtigkeit und Ungleichheit, die um einen multilateralen, transnationalen, multivertikalen und skalaren Schirm herum organisiert sind, der selbst auf der bestehenden internationalen Ordnung aufbaut.

Es deutet auf einen hybriden Frieden hin: pluriversale Gegenwelten, die aus kritischer Handlungsfähigkeit und Zivilgesellschaften hervorgehen, aber unweigerlich auf den geopolitischen, autoritären und liberalen Plattformen aufbauen, die sie zu verdrängen suchen (Foucault, 1967/1984).

Diese möglichen Interpretationen weisen eindeutig Widersprüche auf. Die Demontage bestehender Machtstrukturen durch Friedensabkommen, die globale/planetarische Gerechtigkeit fördern, stellt die erkenntnistheoretischen und methodischen Ziele eines emanzipatorischen Friedens aus kritischer Perspektive dar, während aus liberaler oder neoliberaler Perspektive Frieden die Aufrechterhaltung und Erweiterung von Kern- und Elitestrukturen erfordert, die notwendig sind, um einen Trickle-down- oder Normkaskadeneffekt zu erzeugen (Finnemore und Sikkink, 1998; Sunstein, 1996).

Die liberale Sichtweise kann mit dem begründet werden, was kurz- bis mittelfristig möglich und zweckmäßig ist, während der kritische Ansatz mit dem längerfristigen Verständnis der Bedingungen eines nachhaltigen Friedens begründet wird.

Diese Entwicklung, die sich nur sehr langsam vollzieht und ständig umstritten ist, wird nun zu einem empirischen und intellektuellen Schema, das eine schwankende Allianz zwischen diskursiver und struktureller Macht gefährdet. Dies ist wahrscheinlich der Grund, warum Erzählungen über die Emanzipation in der Geschichte dazu neigen, subalterne politische Forderungen in den Vordergrund zu stellen, aber die Interpretation von Eliten (z. B. „Whig-Geschichte“, Religion, Adel, Staat und Reich, Kapital und Sicherheitsakteure) zu bevorzugen. Dennoch waren subalterne Akteure wahrscheinlich am dominantesten in den diskursiven und materiellen Kämpfen und Widerständen, die für die Herbeiführung von Reformen notwendig waren.

Letztendlich bietet dies die verlockende Möglichkeit, dass Emanzipation nur von den lokalen oder vernetzten Subalternen (= Unterdrückten/Beherrschten) ausgesprochen werden kann, trotz ihrer Position und Schwäche (und eigentlich gerade deswegen). Sobald sie ausgesprochen wird, wird sie oft ausgelöscht. Daher können mächtige Eliten emanzipatorische Reden relativ leicht ignorieren, da sie normalerweise nur schwach gegen sie gerichtet sind, oder sie können sie kooptieren, weil sie als insbesondere nach einem strukturellen Versagen wie einem großen Krieg, als von der Bevölkerung legitimiert angesehen wird. Die Definition und Umsetzung eines

emanzipatorischen Diskurses erfordert eine unplausible Angleichung von Subalternem und Macht, die beide nicht statisch sind.

Eine diskursive Methode zur Auseinandersetzung mit diesem Problem besteht darin, zumindest eine intellektuelle Auseinandersetzung anzubieten.

Zunächst identifizieren subalterne Positionen die Probleme, Machtverhältnisse und Strukturen und verbinden den Widerstand oft mit dem Alltag und dem Internationalen. Anschließend bietet lokales Wissen eine alternative Perspektive auf die Frage, was in einem kosmopolitischen Rahmen dagegen unternommen werden könnte. Darüber hinaus haben Mikrosolidaritäten und transversale, skalare Netzwerke neue Wege geschaffen, um solche Ziele in einer Zeit zunehmender sozialer Mobilisierung und Kapazitäten auf sozialer und transnationaler Ebene zu erreichen. Darüber hinaus konzentriert sich die Logik der Allmende tendenziell auf Inklusivität, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit, über Zeit und Raum hinweg (Reid und Taylor, 2010).

Wenn solche Ansprüche jedoch sozialisiert, ökologisiert, empathisiert, pluralisiert und in einer generationenübergreifenden Perspektive (Shahen et al., 2021) gleichgestellt würden, wäre es möglich, das Konzept der Emanzipation für den allgemeinen zeitgenössischen Gebrauch im globalen Kontext der Aufrechterhaltung der Ordnung, zu der die Friedenspraxis beiträgt, aufzufrischen.

Das Aufkommen der digitalen Gouvernamentalität als Teil eines umfassenderen digitalen Wandels in den internationalen Beziehungen (Taylor, 2015) bedeutet jedoch, dass Emanzipation einen neuen Widerspruch angenommen hat. Dieser besteht zwischen den befreienden Aspekten neuer Technologien, Netzwerke, Kommunikation, Transport, Mobilität und Wissen (Lipschutz, 2005) und der Fähigkeit solcher Technologien, zur Rettung älterer Machtstrukturen eingesetzt zu werden, die mit Nationalismus, Geopolitik oder Geoökonomie (oder „Überwachungskapitalismus“) in Verbindung stehen (Zuboff, 2019: 9). Die digitale Gouvernamentalität ist eng mit kolonialen und industriellen Machtstrukturen des Friedens verbunden, ebenso wie mit denen, die im Rahmen des Liberalismus und der Globalisierung im Anthropozän eingeführt wurden.

Emanzipation ist mit der Identifizierung von Herrschaftssystemen durch diejenigen verbunden, die sie unterdrücken, und mit deren Abbau und Ersetzung entweder durch ihre revolutionären Untertanen oder durch externe Intervention. Die Friedenspraxis erfüllt diese Rolle im internationalen und staatlichen System und in den kommunalen Beziehungen. Dies erfordert zwei Positionen, die zusammenarbeiten: die Subalternen und die Avantgarde, die die Machtverhältnisse zwischen den Interventionen, den Machtstrukturen und den Subalternen gestalten, die zwangsläufig auf Vertrauen und Kommunikation unter schwierigen Umständen basieren müssen. Die Streitenden müssen sich einigen, damit dieser Prozess in jedem Friedensabkommen oder jeder neuen verfassungsmäßigen Ordnung konsolidiert werden kann. Problematischer ist, dass Gegner, die von bestehenden Machtverhältnissen profitieren

und durch ein Friedensabkommen verlieren würden, ebenfalls zustimmen müssen, was bedeutet, dass auch gegen den Frieden gerichtete Dynamiken Teil dieses sehr undurchsichtigen Bildes sind.

In früheren Iterationen spiegelte das Konzept der Emanzipation die wissenschaftlichen und philosophischen Fortschritte der jeweiligen Epoche wider, die in staatliches und internationales Recht und Politik umgesetzt wurden und auch für widersprüchliche ideologische Programme mit Gewaltanwendung verwendet wurden. Es war jedoch auch maßgeblich an Debatten über die Identifizierung und Mobilisierung von Akteursnetzwerken auf verschiedenen Ebenen gegen direkte und strukturelle Gewalt beteiligt und hat eine potenzielle politische Angleichung zwischen subalternen Skripten von unten nach oben und dem Top-Down-Design von Frieden (in staatlicher und internationaler Form) in den Vordergrund gerückt. Es ist diese Gestalt, die sich in Friedens- und Konfliktstudien als nützlich erwiesen hat.

Ein weiterer intellektueller Impuls weist auf die potenzielle Beziehung zwischen emanzipatorischem Frieden und globaler Gerechtigkeit hin. Dieser Weg folgt denselben wissenschaftlichen Forschungsagenden und politischen Übersetzungen, die zu den jüngsten Agenden der Vereinten Nationen zur Friedenssicherung (United Nations, 2018a) geführt haben.

Diese neue emanzipatorische Agenda spiegelt die Entstehung komplexer historischer, verteilungspolitischer, identitätsbezogener, geschlechtsspezifischer und umweltbezogener Belange wider, die in jedem System berücksichtigt werden müssen, das nach einem Krieg Sicherheit, Frieden und politische Ordnung wiederherstellt.

Wissenschaftliche und disziplinäre Beiträge implizieren daher tendenziell eine Verbindung von Frieden mit globaler Gerechtigkeit, die kürzlich dahingehend modifiziert wurde, dass sie digitale, postkoloniale, umweltbezogene und geschlechtsspezifische Darstellungen dieser Allianz von Konzepten einschließt.

Die Verwendung des Konzepts des emanzipatorischen Friedens in der Forschung zu Frieden, Krieg und Konflikten spiegelt das Zusammentreffen einer politischen Friedensethik, von Ansichten der Beherrschten bzw. der Unterdrückten (der Subalternen) von Gewalt und Wegen aus ihr heraus im Kontext von Relationalität und umfassender Nachhaltigkeit sowie das uralte Problem des Umgangs mit unterdrückerischen Machtverhältnissen wider.

Quellen

- Anievas A, Manchanda N and Shilliam R (eds) (2015): *Race and Racism in International Relations: Confronting the Global Colour Line*. London: Routledge.
- Aradau C (2004): Security and the democratic scene: Desecuritization and emancipation. *Journal of International Relations and Development* 7: 388-413.
- Ashley RK (1983): Three modes of economism. *International Studies Quarterly* 27(4): 463-496.

- Balibar É (2014): *Equaliberty: Political Essays*. Translated by J Ingram. Durham, NC: Duke University Press.
- Behr H and Shani G (2021): Rethinking emancipation in a critical IR: Normativity, cosmology, and pluriversal dialogue. *Millennium*. Epub ahead of print 8 September 2021. DOI: 10.1177/03058298211031983.
- Booth K (1991): Security and emancipation. *Review of International Studies* 17(4): 313-326.
- Chandler D (2014): *Resilience: The Governance of Complexity*. London: Routledge.
- (2018): *Ontopolitics in the Anthropocene*. London: Routledge.
- Cox M, Guelke A and Stephen F (2006): *A farewell to Arms? Beyond the Good Friday Agreement*. Manchester: Manchester University Press.
- Crenshaw K (1989): Demarginalizing the intersection of race and sex: A black feminist critique of antidiscrimination doctrine, feminist theory and antiracist politics. *The University of Chicago Legal Forum* 1(8): 138-167.
- Della Porta D, Andretta M, Calle A, et al. (2007): *Global Justice Movements: Cross-National and Transnational Perspectives*. London: Routledge.
- Devetak R (1995): The project of modernity and international relations theory. *Millennium: Journal of International Studies* 24(1): 27-51.
- Domingues JM (2017): *Emancipation and History*. Leiden, The Netherlands: Brill.
- Doyle MW (1986): Liberalism and world politics. *American Political Science Review* 80(4): 1151-1169.
- Dryzek JS and Pickering J (2019): *The Politics of the Anthropocene*. Oxford: Oxford University Press, p. 67.
- Finnemore M and Sikkink K (1998): International norm dynamics and political change. *International Organization* 52(4): 887-917.
- Fossen T (2008): Agonistic critiques of liberalism: Perfection and emancipation. *Contemporary Political Theory* 7: 376-394.
- Foucault M (1967/1984): *Of other spaces, heterotopias*. In: *Architecture/Mouvement/Continuité*. Translated by Jay Miskowicz, pp. 46-49.
- Laclau E (1996): *Emancipation(s)*. London: Verso.
- Laclau E and Mouffe C (1985): *Hegemony and Socialist Strategy*. London: Verso.
- Lipschutz RD (2005): Power, politics and global civil society. *Millennium: Journal of International Studies* 33(3): 747-769.
- Marx K (1963): On the Jewish question. In: Bottomore T (ed.) *Early Writings*. London: McGraw-Hill, pp.211-242.
- Qin Y (2016): A relational theory of world politics. *International Studies Review* 18(1): 33-47.
- Rancière J (2009): *The Emancipated Spectator*. Translated by G Elliott. London: Verso.
- Rawls J (1985): Justice as fairness: Political not metaphysical. *Philosophy & Public Affairs* 14(Summer): 223-251.
- Reid H and Taylor B (2010) *Recovering the Commons: Democracy, Place, and Global Justice*. Chicago, IL: University of Illinois Press.
- Richmond O (2008): *Peace in International Relations*. London: Routledge.
- (2020): Interventionary order and its methodologies: The relationship between peace and intervention. *Third World Quarterly* 41(2): 207-227.

- Roberts WC (2017): The idea of emancipation after postcolonial theory. *Interventions* 19(6): 747-763.
- Roy I (2016): Emancipation as social equality: Subaltern politics in contemporary India. *Focaal* 76: 15-30.
- Said E (1983): *Traveling Theory in: The World, the Text, and the Critic*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Sawyer S and Novak WJ (2013): Emancipation and the creation of modern liberal states in America and France. *The Journal of the Civil War Era* 3(4): 467-500.
- Shahen MA, Kotani K and Saijo T (2021): Intergenerational sustainability is enhanced by taking the perspective of future generations. *Scientific Reports* 11: 2437.
- Spivak GC (1988): Can the subaltern speak? In: Nelson C and Grossberg L (eds) *Marxism and the Interpretation of Culture*. Urbana, IL: University of Illinois Press, pp. 271-313.
- Sunstein CR (1996): Social Norms and social roles. *Columbia Law Review* 96(4): 903-968.
- Sylvester C (2002): *Feminist International Relations: An Unfinished Journey*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Taylor O (2015): *Disruptive Power: The Crisis of the State in the Digital Age*. Oxford: Oxford University Press.
- United Nations (2018): Report of the secretary-general, „peacebuilding and sustaining peace,“ A/72/707–S/2018/43, 18 January. 24 *Journal of International Political Theory* 00(0).
- Zuboff S (2019): *The Age of Surveillance Capitalism*. London: Profile.

Kapitel 2:
Militarisierung, Sicherheitslogiken
und Kriegsursachen

Die globalisierte Welt des 21. Jahrhunderts ist geprägt von einer paradoxen Dynamik: Während die Gesellschaften aufgrund von Wirtschaftsbeziehungen, Telekommunikationstechnologien und aufgrund von internationalen Institutionen vernetzter sind denn je und dadurch Wege der Konfliktprävention geschaffen wurden, erleben wir gleichzeitig eine Rückkehr des Krieges als Mittel der Politik. Von der russischen Invasion in der Ukraine, über Massenmorde im Sudan und geopolitische Spannungen im Indopazifik bis hin zu Stellvertreterkonflikten im Nahen Osten – militärische Gewalt und Autoritarismus sind keineswegs Relikte aus einer längst vergangenen Epoche.

Wie lassen sich diese beunruhigenden Tendenzen analytisch erfassen und erklären? In welchem Zusammenhang stehen die derzeitige weltweite Militarisierung und die Dominanz sicherheitspolitischer Logiken? Dieses Kapitel untersucht den Ursprung und die Bedeutung von Militärbündnissen, militärischen Logiken und die Gefahren eines 3. Weltkriegs. Das Kapitel versucht, die Prozesse der Militarisierung und die damit zusammenhängende Ausweitung der militärischen Denkweise in zivilen Bereichen zu verstehen. Welche Sicherheitsnarrative und Bedrohungsszenarien gehen dieser Militarisierung voraus? Welche kritischen Perspektiven auf Sicherheit liefert die kritische Friedensforschung? Welche Pfadabhängigkeiten und Verwobenheiten aus Militär, Industrie/Wirtschaft, Ideologie und Medien können beobachtet werden? Welche historischen Kontinuitäten, insbesondere mit Blick auf die Thucydides-Falle, können wir heute feststellen? Welche Regelungsmöglichkeiten und Lernpotenziale ergeben sich daraus für die kritische Friedensforschung? Diese Fragen durchdringen wie ein roter Faden dieses Kapitel.

Heinz Gärtner

Ursprung und Bedeutung von Militärbündnissen¹

Einleitung

Die Frage, ob Bündnisse Kriege provozieren oder verhindern, ist Gegenstand intensiver Forschung moderner Sozialwissenschaften. Vertreter der realistischen und die der liberalen Schule kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Realisten tendieren dazu, Bündnisse als Teil des Mächtegleichgewichts zur Aufrechterhaltung von Frieden zu sehen. Liberale hingegen, die in der Tradition von Thomas Paine, Emmanuel Kant und Woodrow Wilson stehen, sehen in Militärbündnissen eine Bedrohung des Friedens und eine Eskalationsstufe zum Krieg.

Die empirische Kriegsursachenforschung hat Bündnisse immer wieder unter den folgenden Fragestellungen untersucht: das Verhältnis zwischen Bündnisbildung und Kriegsbeginn, Motivationen für Bündnisbildung und die Dauerhaftigkeit und Verlässlichkeit von Bündnissen. Die Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen Krieg und Bündnissen gibt, wurde in vielen Arbeiten mit einem „eindeutigen Ja“ beantwortet.² Andere Studien belegen, dass je stärker und häufiger die Bündnisverpflichtungen eines Staates sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass dieser Staat in Kriege verwickelt wird.³ Für kleinere Staaten gilt zudem, dass sie

-
- 1 Dieser Artikel ist eine stark gekürzte Fassung einer Studie über die „Vergangenheit und Zukunft von Militärbündnissen“, Eine Bilanz der Friedensforschung (Band 1), 2. Auflage, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006, 335-356. Die Übersetzungen der englischen Originalzitate stammen vom Autor.
 - 2 Zeev Maoz, *Alliances: The Street Gangs of World Politics – Their Origins, Management, and Consequences, 1816–1986*, in: John Vasquez (Ed.), *What Do We Know About War?* Lanham/MA, 2000, 137. Douglas Gibling, *Alliances: Why Some Cause War and Why Others Cause Peace*, in: John Vasquez (Ed.), *What Do We Know About War?* Lanham/MA, 2000, 162. John Vasquez, *The War Puzzle*, New York, 1993, 163.
 - 3 J. David Singer/Melvin Small, *National Alliance Commitments and War Involvement, 1815–1945*. Peace Research Society (International) Papers 5, 1966, 109-140. Daniel S. Geller and J. David Singer, *Nations at War, A Scientific Study of International Conflict*, Cambridge, 1998, 62-64, 15-25.

durch ihre Mitgliedschaft in Bündnissen ihre diplomatische Flexibilität verlieren, außenpolitische Krisen ohne Eskalation zu Krieg zu bewältigen.⁴

Realisten wie Liberale vertreten jeweils eine Wahrheit, die für bestimmte historische Perioden zutreffen mag. Der Ost-West-Konflikt mit seiner Mächtepolarität ist nicht zum heißen Krieg geworden. Realisten führen das auf das Gleichgewicht der Kräfte und auf die nukleare Abschreckung zurück. Liberale haben immer auf die Eskalationsgefahr der Polarität der beiden Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt hingewiesen.⁵

Bündnisse waren in der Geschichte immer mit Bedrohung verknüpft. Als Fallbeispiele werden hier der Peloponnesische Krieg, weil er auf dramatische Weise das Bündnis- und damit das Sicherheitsdilemma demonstriert, die Bündnispolitik vor den beiden Weltkriegen und die Entstehung des Nordatlantikvertrages.

Was ist ein Militärbündnis?

Die empirische Kriegsursachenforschung⁶ definiert Bündnis folgendermaßen: „Ein Bündnis ist eine schriftliche, meist freiwillige, formale Übereinkunft, ein Vertrag oder eine Konvention zwischen Staaten, die sich verpflichten, ihr Verhalten und ihre Politik im Falle eines militärischen Konflikts zu koordinieren. Je aggressiver ein externer Feind oder je ernster die Bedrohung ist, desto fester hält ein formales Bündnis.“ Im Unterschied zu Bünden (*alignment*) oder Koalitionen beschäftigen sich Bündnisse primär mit Angelegenheiten militärischer Sicherheit. Ziel von Bündnissen sind gegenseitige Beistandsverpflichtungen im Falle eines Angriffes von außen auf

4 J. David Singer/Volker Krause, *Minor Powers, Alliances, And Armed Conflict: Some Preliminary Patterns*, in: Heinz Gärtner/Erich Reiter, *Small States and Alliances*, Heidelberg/New York, 2001, 15-25.

5 Henry Kissinger hat in einer Person beide Wahrheiten vertreten. Im Zusammenhang mit der Errichtung eines Raketenabwehrsystems argumentiert er, dass das System der Androhung gegenseitiger Zerstörung auf der historisch irigen Annahme beruhe, dass Verwundbarkeit zu Friede, Unverwundbarkeit dagegen zum Kriegsrisiko beitragen würde. Kissinger hatte aber auch selbst die Abschreckungstheorie mit geformt und implementiert, und argumentiert, dass „Atomwaffen zur längsten Friedensperiode der Geschichte“ geführt haben. Kissinger hat nicht seine Meinung geändert. Er hatte schon in der Administration Nixon die Strategie gegenseitiger Vernichtung kritisiert, wie seinen Memoiren zu entnehmen ist. Kissinger hat zwei sich theoretisch ausschließende Alternativen vertreten, die aber wahrscheinlich beide zutreffen und wahr sind. – Henry Kissinger, *Does America Need a Foreign Policy? Toward a Diplomacy for the 21st Century*, Simon & Schuster, New York 2001, 65-66.

6 J. David Singer/Volker Krause, *Minor Powers, Alliances, And Armed Conflict: Some Preliminary Patterns*, in: Heinz Gärtner/Erich Reiter, *Small States and Alliances*, Heidelberg/New York, 2001, 15-25.

der Basis kollektiver Verteidigung, Bedrohung und Bündnisse sind untrennbar. In der Geschichte gab es kein Bündnis ohne Bedrohung.

Für Hans Morgenthau sind Bündnisse der „wichtigste Ausdruck des Mächtegleichgewichts.“⁷ Sie sind auch von begrenzter Dauer. Bündnisse und Mächtegleichgewicht sind zwei Seiten einer Medaille. Für Morgenthau braucht ein typisches Bündnis einen gemeinsamen Feind und „ist gegen eine spezifische Nation oder Gruppen von Nationen gerichtet.“⁸ Mit Bündnisbildung versuchen Staaten, die Macht des Stärkeren und größeren auszugleichen oder zu festigen. Tatsächlich handelt es sich aber um den für sie bedrohlichsten, gegen die sich Staaten durch Bündnisse schützen wollen, galt doch etwa für viele Staaten die USA während des Kalten Krieges als stärkste Macht der Welt als attraktiver Bündnispartner. Deswegen hat Stephen Walt das Konzept des Mächtegleichgewichts modifiziert; er spricht von einem „Bedrohungsleichgewicht.“⁹

Stephan Walt definiert Bündnis als „formale oder informelle Übereinkunft zur Sicherheitskooperation zwischen zwei oder mehreren Staaten.“¹⁰ Walts Definition ist ziemlich weich, da eine Übereinkunft zur „Kooperation“ keine militärische Beistandsverpflichtung bedeutet. Für Glenn Snyder¹¹ sind „Bündnisse formale Vereinigungen von Staaten, die in spezifischen Umständen gegen Nicht-Mitgliedstaaten Gewalt anwenden (oder nicht anwenden).“ Snyders Definition enthält wiederum keine explizite *Verpflichtung*, militärische Mittel einzusetzen. Für Stephan Bergsmann¹² ist „[e]ine Allianz ... eine explizite Abmachung zwischen Staaten im Bereich der nationalen Sicherheit, die für eine bestimmte Eventualität in der Zukunft (Bündnisfall), deren Eintreten aber ungewiss ist, einen gegenseitigen Beistand der Partner verspricht.“ Bergsmanns Definition enthält zwar die Beistandsverpflichtung, unterlässt aber den Hinweis auf die *militärische* Komponente.

In diesem Beitrag werden Bündnisse als „formale Vereinigungen von Staaten, die sich verpflichten, die territoriale Integrität von Mitgliedstaaten gegen Nicht-Mitgliedstaaten mit militärischen Mitteln zu verteidigen“ definiert.

7 Hans Morgenthau, *Politics among Nations: The Struggle for Power and Peace* 6th ed., Revised by Kenneth W. Thompson, New York, 1985, 205-206.

8 Hans Morgenthau, *Alliances in Theory and Practice*, in: Arnold Wolfers (Ed.), *Alliance Polity in the Cold War*, Baltimor 1959.

9 Stephen M. Walt, *The Origins of Alliances*, Ithaca, NY, 1987.

10 Stephen M. Walt, *The Origins of Alliances*, Ithaca, NY, 1987, 12.

11 Glenn H. Snyder, *Alliance Politics*, Ithaca/London, 1997, 4.

12 Stefan Bergsmann, *Warum entstehen Bündnisse?* Sinzheim 1996, 18.

Die Vergangenheit von Militärbündnissen

Die Tatsache, dass Kriege stattfinden und ihre Häufigkeit sind laut den meisten empirischen Ergebnissen der Kriegsursachenforschung unabhängig von der Existenz von Bündnissen. Ist aber einmal ein Krieg ausgebrochen, sehen Geller und Singer einen klaren Zusammenhang zwischen der Ausbreitung, der Dauer und der Intensität von Kriegen und dem Vorhandensein von Bündnissen. Bündnisse sind der maßgebliche Mechanismus, der kleine Kriege in große verwandelt. Der Krieg breitet sich durch Bündnisse aus. Je größer die Polarisierung durch Bündnisse, desto größer Verbreitung, Dauer und Intensität des Krieges.¹³ Eine andere Studie sieht ebenfalls keinen direkten Zusammenhang zwischen Bündnisbildung und Kriegsbeginn. Sind Bündnisse aber gegen einen spezifischen Rivalen gerichtet, verfehlen sie nicht nur ihre Abschreckungswirkung, sondern Krieg zwischen diesen Rivalen wird wahrscheinlich (50-75 %).¹⁴ Die Vorgeschichte des Peloponnesischen Krieges und des Ersten Weltkrieges bestätigen diese Ergebnisse eindrücklich.

Bündnisse und Peloponnesischer Krieg

Es war der Athener General Thukydides, der in seiner Beschreibung des Peloponnesischen Krieges¹⁵ ein Zeugnis über den Zusammenhang von Krieg, Bündnissen, Furcht, Ehre, Hegemonie und Machtpolitik lieferte. Die stetige Vergrößerung der Macht Athens und die Furcht Spartas machten den Krieg für ihn unvermeidbar. Athens Stärke resultierte aus den Siegen in den Kriegen gegen Persien, woraus auch der delisch-attische Bund hervorging. Sparta hingegen dominierte den Peloponnesischen Bund. Es war dies eine Situation, die in der internationalen Politik als „Sicherheitsdilemma“ bekannt ist.

Schon die Vorgeschichte des Peloponnesischen Krieges, der 431 v. Chr. begann, war gekennzeichnet durch eine Reihe von Maßnahmen, die Bündnistreue von Mitgliedern zu festigen und umgekehrt durch Drohungen von Mitgliedern, das Bündnis zu verlassen.¹⁶ 465 v. Chr. führte Athen eine Bestrafungsaktion gegen die Insel Thasos durch, die den delischen Bund verlassen wollte, und riskierte damit einen Gegenangriff Spartas auf Attica, der nur deswegen nicht zustande kam, weil

13 Daniel S Geller and J. David Singer, *Nations at War, A Scientific Study of International Conflict*, Cambridge, 1998, 117-120.

14 Thomas C. Walker, *Hitting the Target, Specific Threats, and the Spiral to War* (Paper presented at the Annual Meeting of the International Studies Association, Chicago/Illinois, February 21-24, 2001).

15 Thucydides, *The Peloponnesian War*, New York, 1951.

16 Thucydides, *The Peloponnesian War*, New York, 1951. Charles W. Kegley, Jr./Gregory A Raymond, *How Nations make Peace*, New York, 1999, 43-70.

Sparta wegen eines Aufstandes in Messina engagiert war. Dann unterstützte Athen Megara im Konflikt mit Corinth, weil es Athen versprochen hatte, den Peloponnesischen Bund zu verlassen, ein Versprechen, das Megara letztlich nicht einhielt. Auf der anderen Seite bot Mytilene Sparta an, sich Rebellionen im Delischen Bund auf Samos und in Byzantium anzuschließen, wenn es dafür Unterstützung bekäme; Sparta hielt sich aber noch an die Einflussphären. Corcyra, das keinem der Bünde angehörte, suchte im Konflikt über Epidamus mit Corinth, einem Mitglied des Peloponnesischen Bundes, Athens Hilfe, die im beschränkten Ausmaß gewährt wurde. Megara, das sich auf die Seite Corinths stellte, wurde von Athen mit Wirtschaftssanktionen belegt. Gegen die Insel Melos führte Athen schließlich 416 v. Chr. eine grausame und brutale Bestrafungsaktion durch (alle Männer wurden getötet und die Frauen und Kinder in die Sklaverei verkauft), nur weil es im Kriege neutral bleiben wollte. Mit dieser Aktion trieb Athen andere Neutrale in die Arme Spartas. Nach der endgültigen Niederlage Athens ließ Sparta den Peloponnesischen Bund fallen, da er ohne Bedrohung keinen Wert mehr hatte.

Die Bündnisse vor den Weltkriegen

In den Neunzigerjahren des 19. Jahrhunderts waren die meisten zwischenstaatlichen Kriege dyadisch, d.h. sie fanden zwischen Einzelstaaten statt (der chinesisch-japanische Krieg, der griechisch-türkische Krieg, der spanisch-amerikanische Krieg usw.). Mit Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts wurde klar, dass durch die Allianzbildungen der Großmächte der nächste Krieg einer zwischen Bündnissen sein werde.

Die Theorie des Mächtegleichgewichts hätte Ende der Sechzigerjahre ein Bündnis Österreichs mit Frankreich gegen Preußen vorhergesagt, da die preußische Armee bedeutend stärker war als die französische. Der Versuch, ein österreichisch-französisches Bündnis 1867–1869 zu bilden, war gescheitert, weil Frankreich zwar Beistand gegen Preußen wollte aber kein Interesse an einer Verwicklung in Österreichs Abenteuer auf dem Balkan hatte oder in einen Krieg Österreichs gegen Russland hineingezogen werden wollte.¹⁷ Österreich hingegen wollte zwar auch Unterstützung gegen Preußen, nicht jedoch in einen Krieg zwischen Paris und Berlin verwickelt werden.¹⁸ 1879 schloss Bismarck den Zweibund mit Österreich-Ungarn, um eine russische

17 Der Grund waren diese rationalen Überlegungen und nicht weil Österreich und Frankreich das Kräfteverhältnis falsch einschätzten, wie Mearsheimer annimmt. John J. Mearsheimer, *The Tragedy of Great Power Politics*, New York/London 2001, 296. Mearsheimer hat aber recht, dass sich Frankreich und Österreich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre die Last eines potentiellen Krieges mit Preußen gegenseitig zuschoben, was Bismarck ermöglichte, beide in Folge zu besiegen (S. 292).

18 Stefan Bergsmann, *Warum entstehen Bündnisse?* Sinzheim 1996, insbes. 101-110.

Invasion auf dem Balkan abzuschrecken und Frankreich zu isolieren. Es war in erster Linie ein militärisches Bündnis.¹⁹ In Frankreich und Russland wurde der Verdacht genährt, dass Deutschland ein Bündnis für den Krieg vorbereite. Gleichzeitig band sich Deutschland damit langfristig, Österreich-Ungarn im Falle eines russischen Angriffs zu Hilfe zu kommen.²⁰ „Der Bestand Österreich-Ungarns als Großmacht wurde zur Frage der Sicherheit und Zukunft Deutschlands.“²¹ Deutschland und Österreich-Ungarn waren aus unterschiedlichen Gründen voneinander abhängig. Österreich-Ungarn mangelte es an militärischen Kapazitäten und hatte Angst, bei einem Konflikt mit Russland auf dem Balkan allein gelassen zu werden. Deutschland hatte den Konflikt mit Frankreich über Alsace-Lorraine, gleichzeitig lag es in Deutschlands strategischem Interesse, Österreich-Ungarns Ressourcen nicht in die Hände Russlands fallen zu lassen. Berücksichtigt man Österreich-Ungarns Schwäche, hatte Deutschland keine andere Wahl, als Österreich zu Hilfe zu kommen. Dass einer der beiden Partner das Bündnis verlassen würde (*abandonment*), war nicht mehr glaubwürdig. Je höher aber die gegenseitige Abhängigkeit, desto höher ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass einer in militärische Konflikte des anderen hineingezogen würde (*entrapment*). Das Bündnisdilemma, das sich aus *abandonment* und *entrapment* ergibt, wurde letztlich zur Bündnisfalle des Ersten Weltkrieges. Gleichzeitig wurde das Sicherheitsdilemma dadurch verschärft, dass die Partner gleiche sowie unterschiedliche Gegner hatten, mit denen sie auch unterschiedliche Konflikte hatten.²²

1894 wurde der Zweibund durch das französisch-russische Bündnis ausgeglichen. Durch dieses ungefähre Gleichgewicht wurde ein Großmachtkonflikt unkalkulierbarer und daher vorerst weniger wahrscheinlich.²³ Frankreich, Russland und Deutschland konzentrierten sich mehr auf koloniale Expansion, wodurch sie dem britischen Empire in die Quere kamen. 1902 formten England und Japan eine Allianz. Als 1904 der Krieg zwischen Japan und Russland ausbrach, konnten die jeweiligen

19 Manfred Rauchensteiner, Die K.U.K. Armee im Zweibund, in: Helmut Rumpler und Jan Paul Niederkorn (Hrsg.), Der „Zweibund“ 1879, Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis und die europäische Diplomatie, Wien 1996, 244-260, hier 245.

20 Paul Kennedy, The Rise and Fall of the Great Powers: Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000, New York 1987, 249.

21 Helmut Rumpler, Mythos und Realität der deutsch-österreichischen „Schicksalsgemeinschaft“ im Vorfeld des Ersten Weltkrieges, in: Helmut Rumpler und Jan Paul Niederkorn (Hrsg.), Der „Zweibund“ 1879, Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis und die europäische Diplomatie, Wien 1996, VII-XI, hier IX.

22 Glenn H. Snyder, Alliance Politics, Ithaca/London, 1997, hier insbes. 164-260. Siehe auch Stefan Bergsmann, Warum entstehen Bündnisse? Sinzheim, 1996, insbes. 119-130.

23 Paul Kennedy, The Rise and Fall of the Great Powers: Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000, New York, 1987, 250.

Bündnispartner, Großbritannien und Frankreich, nur mit größten Schwierigkeiten verhindern, nicht in den Konflikt hineingezogen zu werden. Der Zweibund, die aufkommende Furcht vor Deutschland und der russisch-japanische Krieg führten 1904 schließlich zur britisch-französischen Entente, was wiederum in Deutschland Umkreisungsängste entstehen ließ. Als schließlich Österreich-Ungarn während der Balkankrise 1908/1909 formal Bosnien-Herzegowina annektierte, begegnete Deutschland der russischen Opposition mit einem Ultimatum, dass Russland das *fait accompli* akzeptiere oder die Konsequenzen tragen müsse. Russland reagierte mit Aufrüstung und einer Annäherung an Großbritannien und Frankreich. 1911 intervenierte Großbritannien auf der Seite Frankreichs gegen Deutschland in der Marokkokrise. Die Polarisierung der Großmachtbündnisse war abgeschlossen. Es bedurfte nur mehr der Ermordung des österreichischen Thronfolgers, um den Ersten Weltkrieg auszulösen. Die Entscheidung zum Krieg wurde 1914 in Wien getroffen, Deutschland bot dazu aber nicht nur die Hand, sondern war die treibende Kraft.²⁴ Das polarisierte Bündnissystem löste nicht den Krieg aus, es produzierte aber seine Ausdehnung, Dauer und Intensität und damit dessen zerstörerische Konsequenzen.

Die Bündnisbildungen vor dem Ersten Weltkrieg hatten einen stark eskalierenden Effekt. Das österreichische und das deutsche Kaiserreich unterstützten einander gegen das serbische Königreich und das zaristische Russland. Deutschland mobilisierte gleichzeitig gegen die Mitglieder der französisch-russischen Allianz. Schon 1905 hatte Frankreich größte Schwierigkeiten gehabt, sich als Bündnispartner Russlands aus dem japanisch-russischen Krieg herauszuhalten. Der Weltkrieg wäre möglicherweise verhindert worden, wenn der österreichische Kaiser Franz-Josef dem Rat des britischen Königs Edward VII. 1907 gefolgt wäre, die Allianz mit Deutschland aufzugeben, und gemeinsam mit anderen friedlichen Staaten eine Neutralitätspolitik zu verfolgen. Der österreichische Kaiser hatte sich bekanntlich anders entschieden.

Die Folgen dieser polarisierten Bündnisbildung veranlassten den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson im Januar 1917 vor dem Senat zu fordern, künftig solche Bündniskonstellationen zu vermeiden: „I am proposing that all nations henceforth avoid entangling alliances which would draw them into competitions of power, catch them in a net of intrigue and selfish rivalry, and disturb their own affairs with influences intruded from without.“²⁵

24 Helmut Rumpler, Mythos und Realität der deutsch-österreichischen „Schicksalsgemeinschaft“ im Vorfeld des Ersten Weltkrieges, in: Helmut Rumpler und Jan Paul Niederkorn (Hrsg.), Der „Zweibund“ 1879, Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis und die europäische Diplomatie, Wien 1996, VII–XI, hier IX.

25 President Woodrow Wilson's Plan for a Lasting Peace, Address to the U.S. Senate January 22, 1917; abgedruckt in: Charles W. Kegley, Jr./Gregory A Raymond, How Nations make Peace, New York, 1999, 153.

Am 2. April 1917 trat dann Präsident Woodrow Wilson vor eine gemeinsame Sitzung des Kongresses, um eine Kriegserklärung gegen Deutschland zu beantragen, damit die Welt „für die Demokratie sicher gemacht wird“.

Nach dem Krieg machte für Wilson jedes System von „offensiven und defensiven Bündnissen Friedensbemühungen unmöglich.“²⁶ Konsequenterweise schlug Wilson vor, das Mächtegleichgewicht und die kollektive Verteidigung der Bündnisse durch das System der kollektiven Sicherheit des Völkerbundes zu ersetzen. Die amerikanische Skepsis wurde fortgesetzt in den „State of the Union“-Reden der US-Präsidenten Harding, 1921: „Unser Amerika darf nicht an einem ständigen Militärbündnis teilnehmen“, Coolidge, 1924: „Letztlich dürfen Nationen wie Individuen nicht voneinander abhängig sein, sondern nur auf sich selbst verlassen“ und Franklin D. Roosevelt, 1934: „Die Vereinigten Staaten dürfen nicht an politischen Übereinkünften in Europa teilnehmen.“²⁷

Ganz im Geiste von Woodrow Wilson wies James Bryce auf das Sicherheitsdilemma von Bündnissen hin: „Alliances between strong Powers excite and prolong jealousies, rivalries, and suspicions among other States. Though they may purport to be purely defensive, no one can tell what secret provisions ... they may contain. They are apt to breed an aggressive spirit.“²⁸

Hans Morgenthau erklärt das Scheitern dieser Absicht in der Periode nach dem Ersten Weltkrieg damit, dass das Prinzip der kollektiven Sicherheit diskreditiert worden sei, indem es dem Mächtegleichgewicht durch die Bildung von Bündnissen und Gegenbündnissen untergeordnet wurde.²⁹ Die Periode der Zwanziger- und Dreißigerjahre hat Walter Consuello Langsam wegen der Häufigkeit und Geschwindigkeit, mit der in dieser Zeit formale Bündnisse geschlossen wurden, als „Ära der Pakte“³⁰ bezeichnet. Frankreich etwa schloss Bündnisse mit Belgien, Polen und der Kleinen Entente, die aus Jugoslawien, Rumänien und der Tschechoslowakei bestand, und sich gegen ungarische Revisionsansprüche handelte. Die Tschechoslowakei schloss 1935 weiters einen Beistandspakt mit der UdSSR ab. Großbritannien gab Polen Sicherheitsgarantien. England fühle sich verpflichtet, sagte Premierminister Chamberlain im Unterhaus am 31. März 1939 „für den Fall irgendeiner Aktion, die die polnische Unabhängigkeit bedrohe ... der polnischen Regierung alle in ihrer

26 Zitiert in Inis L. Jr. Claude, *Power and International Relations*, New York, 1966, 82.

27 Fred L. Israel (Hrsg.), *The State of the Union Messages of the Presidents, 1790–1966*, New York, Chelsea House, 1966. Siehe auch Jeffrey W. Legro, *Whence American Internationalism*, in: *International Organization* 54, No. 2 (Spring 2000), 253–289, hier 262.

28 James Bryce, *International Relations*, Port Washington, New York, 1966 (1922), 237.

29 Hans Morgenthau, *Politics among Nations: The Struggle for Power and Peace* 6th ed., Revised by Kenneth W. Thompson, New York, 1985, 212.

30 Walter Consuello Langsam, *The World since 1919*, New York, 1954, 79.

Macht stehende Hilfe sofort zu gewähren.“³¹ Dieses ganze System von Bündnissen und Sicherheitsgarantien konnte den Einmarsch deutscher Truppen in der Tschechoslowakei und in Polen nicht verhindern.

Nach dem Angriff Japans auf Pearl Harbour 1941 erklärte dann F.D. Roosevelt Japan den Krieg:³² „I ask that the Congress declare that since the unprovoked and dastardly attack by Japan on Sunday, December 7, 1941, a state of war has existed between the United States and the Japanese Empire.“

Der Weg zum Nordatlantikvertrag (NATO)

Die NATO wäre nicht ein explizites Militärbündnis geworden, wäre sie nicht unter den Bedingungen des Kalten Krieges entstanden. Es gibt eine Reihe von Gründen anzunehmen, dass ohne die Ereignisse des beginnenden Kalten Krieges, die Krisen in der Tschechoslowakei, Berlin-Blockade und Korea-Krieg, die NATO etwas geworden wäre, das der heutigen „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) ähnelt.

Die Vorgeschichte des Nordatlantikvertrages, der am 4. April 1949 in Washington D.C. unterzeichnet wurde, war gekennzeichnet durch große Unsicherheit über Amerikas Politik gegenüber Europa. In der unmittelbaren Nachkriegszeit versuchten die Vereinigten Staaten eine umfassende Strategie der unverbindlichen Sicherheitskooperation und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus zu verfolgen. Die USA hatten vorerst auch keinerlei Absicht, ihre Truppen in Europa zu belassen. Der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt hatte Stalin in Jalta im Februar 1945 noch mitgeteilt, dass er annehme, dass die amerikanischen Truppen innerhalb von zwei Jahren Europa verlassen werden.³³ Obwohl die Truman-Doktrin vom März 1947 von der Sorge um die Stabilität im östlichen Mittelmeerraum und in Westeuropa getragen war, galt vorerst Deutschland und nicht die Sowjetunion als größter Unsicherheitsfaktor, wie auch die Debatte über den Marshallplan zeigte. Konkrete Pläne über ein Sicherheitsarrangement zwischen den USA und Europa waren noch nicht vorhanden. Die Wende kam während der Sechsmächtekonferenz über Deutschland, die am 19. Februar 1948 begann, zeitgleich mit der Machtübernahme der Kommunisten in Prag am 24. Februar. Dieses Ereignis ließ die Konzentration auf Deutschland in den Hintergrund treten. In den Vordergrund trat das Bewusstsein von einer zuneh-

31 Premierminister Arthur Neville Chamberlain, Rede im englischen Unterhaus am 31. März 1939, abgedruckt in: Janusz Pielkalkiewicz, *Der Zweite Weltkrieg*, Düsseldorf, 1985, 39.

32 Speech by Franklin D. Roosevelt, New York (Transcript), Library of Congress.
https://www.loc.gov/resource/afc1986022.afc1986022_ms2201/?st=text&r=-0.001,-0.132,1.002,0.939,0

33 Ulam, *Expansion and Coexistence*, 369-370, 410; zitiert in John J Mearsheimer, *The Tragedy of Great Power Politics*, New York/London 2001, 322.

menden Bedrohung durch die Sowjetunion. Am 11. März wurde bekannt, dass Jan Masaryk, Außenminister der Tschechoslowakei und Sohn des früheren Staatspräsidenten, unter mysteriösen Umständen den Tod gefunden hatte. Masaryk war als Freund des Westens bekannt gewesen. 1948 gab es also eine entscheidende Wende in der westlichen Bündnispolitik. Der frühere Bündnispartner, die Sowjetunion, wurde zunehmend zum Gegner; der frühere Gegner, Deutschland, immer mehr zum Bündnispartner.³⁴ Die Bedrohungslage und auch das Bedrohungsempfinden hatten sich geändert. George Orwell hat diese plötzliche Umorientierung in seiner in diesem Jahr geschriebenen Novelle *1984* porträtiert: Das Bündnis zwischen Ozeanien und Ostasien gegen Eurasien wurde zum Bündnis Ozeanien und Eurasien gegen Ostasien.

Am 17. März 1948 bekannte sich Präsident Truman in einer Rede vor dem Kongress zur Unterstützung der europäischen Verteidigung durch die USA, wobei sich die USA „in irgendeiner Form“ mit den Unterzeichnern des Brüsseler Vertrages verbinden wollten, der am selben Tag unterzeichnet wurde und gegen ein starkes Deutschland gerichtet war. Seine Ausführungen waren bewusst unverbindlich gehalten:

The tragic death of the Republic of Czechoslovakia has sent a shock throughout the civilized world. ... At the very moment I am addressing you, five nations of the European community, in Brussels, are signing a 50-year agreement for economic cooperation and common defense against aggression. ... This development deserves our full support. I am confident that the United States will, by appropriate means, extend to the free nations the support which the situation requires. I am sure that the determination of the free countries of Europe to protect themselves will be matched by an equal determination on our part to help them to protect themselves.³⁵

Es waren „geeignete Maßnahmen“ für die Hilfe zur Selbsthilfe, die Truman den Europäern in Aussicht stellte und nicht eine militärische Beistandsgarantie. Truman war gegen Verpflichtungen, die eine Kriegsbeteiligung impliziert hätten. Die USA waren nicht bereit, solche Verbindlichkeiten einzugehen. Damit begann man sich in Europa und den USA öffentlich Gedanken darüber zu machen. Einflussreiche Kreise der Truman-Administration waren immer noch für eine lockere unilaterale Erklärung des Präsidenten im Sinne der *Monroe Doktrin*, wonach sich keine äußere Macht in europäische Angelegenheiten einmischen sollte. Unter ihnen waren George Kennan, der mit seinem in *Foreign Affairs* im Juli 1947³⁶ unter dem Pseudonym „Mr. X“ erschienenen Artikel als Architekt der Eindämmungspolitik gilt, und der

34 James Kurth, *The American Way of Victory, A Twentieth-Century Trilogy*, in: *The National Interest*, Summer 2000, 10-12.

35 Harry S. Truman, *Memoirs, Years of Trial and Hope 1946–1952, Volume Two*, (Doubleday & Company, Inc.) Garden City, N.Y., 1956, 242.

36 „Mr. X“, *The Sources of Soviet Conduct, Foreign Affairs*, 25, July 1947, 566-582.

Policy Planning Staff. Kennan glaubte nicht, dass irgendwelche militärische Verpflichtungen der USA gegenüber Europa notwendig wären. In seinen Memoiren schreibt er:

Vor allem konnte ich in diesem Stadium des Verfahrens keinen Bedarf für ein ausgewachsenes militärisches Bündnis auf der Grundlage der Gegenseitigkeit erkennen. ... Zweitens setzte ich allgemein wenig Vertrauen in den Wert schriftlicher Bündnisverträge. Ich kannte zu viele Beispiele dafür, dass sie vergessen, missachtet, für unerheblich befunden oder zu bestimmten Zwecken verdreht worden waren, wenn es zum Schwur kam. ... Was wirklich not tat, war meiner Meinung nach eine realistische Erkenntnis der eigenen lebenswichtigen Interessen. Wenn die gegeben war, würde die Verteidigungspolitik von sich aus richtig laufen – auch ohne juristische Verpflichtungen oder Vorschriften.³⁷

Kennan glaubte, dass der Schwerpunkt nicht auf militärische Bindungen, sondern auf wirtschaftliche Erholung und politische Stabilität gelegt werden sollte. Senator Robert A. Taft aus Ohio drückte ähnliche Besorgnisse aus. Er sprach sich gegen die Idee aus, Verpflichtungen in einem Bündnis einzugehen, die die USA binden würden, die nächsten zwanzig Jahre einem Land zu Hilfe zu kommen, gleichgültig, von wem es angegriffen werde.³⁸

Die Resolution des Senators Arthur Jr. Vandenberg vom 11. Juni 1948 forderte hingegen eine stärkere Bindung (*association*) der USA an Europa, ohne jedoch eine Verpflichtung zu einem automatischen Kriegseintritt der USA zu beinhalten.³⁹

Die USA befürworteten schließlich eine Formulierung für einen Vertrag, wie sie in Artikel 3 des am 2. September 1947 unterzeichneten Inter-Amerikanische Vertrages (Rio-Pakt) über gegenseitigen Beistand enthalten war:

An armed attack by any State against a Party shall be considered as an attack against all the Parties and, consequently, each Party undertakes to assist in meeting the attack in the exercise of the inherent right of individual or collective self-defense recognized by Art. 51 of the Charter.

Darin war keinerlei automatische Beistandsgarantie enthalten. Artikel 2 des Rio-Paktes ließ offen, welche Maßnahmen die einzelnen Parteien ergreifen würden: „(E)ach of the Contracting Parties may determine the immediate measures which it may individually take ... in accordance with the principle of continental solidarity.“ Militärische Maßnahmen wurden nicht gefordert, auch wurde kein Unterschied zwischen Angriffen von Parteien des Vertrages und anderen Staaten gemacht. Es war also keineswegs ein Militärbündnis impliziert, das militärische Beistandsgarantien gegen Angreifer von außen vorsieht.

37 George F. Kennan: Memoiren eines Diplomaten, Band 2, München, 1971, 408.

38 Zitiert in: John Gerard Ruggie, „The Past as Prologue? Interests, Identity, and American Foreign Policy,“ in: *International Security*, 21, No. 4 (Spring 1997), 104.

39 George F. Kennan: Memoiren eines Diplomaten, Band 2, München, 1971, 406.

Am 24. Juni 1948 verhängte die Sowjetunion die Blockade über Berlin, die das Gefühl der sowjetischen Bedrohung noch unmittelbarer nach Europa brachte. Mit Prag und Berlin als Argument drängte vor allem Frankreich auf eine bindendere Sprache in einem Vertrag. Es orientiert sich an Artikel 4 des Brüsseler Vertrages, der von den Vertragspartnern verlangte, einem angegriffenen Mitglied „all the military and other aid and assistance in their power“ zu gewähren.

Ein kanadischer Kompromissvorschlag sah vor, dass jede Vertragspartei einen Angriff auf eine andere Partei so betrachtet wird wie einen Angriff auf sich selbst. Aber anstelle einer militärischen Beistandsverpflichtung sollten die Mitglieder „in accordance with its constitutional process“ über die zu gewährende Hilfe entscheiden.⁴⁰

Am 16. Februar 1949 legte das State Department dem Präsidenten vier verschiedene Versionen des Artikels 5 vor. Am 18. Februar präsentierte Außenminister Dean Acheson dem Foreign Relations Committee des Senates die Fassung des Artikels 5, die letztlich Eingang in den Nordatlantikvertrag fand: Die Parteien „agree that an armed attack against one or more of them in Europe or North America shall be considered an attack against them all. Und jeder Mitgliedstaat würde „assist the party or parties so attacked by taking ... such action, including the use of armed force, as it deems necessary to restore and maintain the security of the North Atlantic area.“⁴¹ Der Begriff „constitutional processes“ war darin nicht mehr enthalten, fand aber Eingang in Artikel 11 des Nordatlantikvertrages. Die Formulierung „such action ... as it deems necessary“ ermöglichte einen gewissen Freiraum der Entscheidungen für die einzelnen Mitgliedstaaten. Die Europäer schienen mit der Formulierung „including the use of armed force“ zufriedengestellt.

Unmittelbar nach der Berlin-Blockade forderte Frankreich ein Militärhilfeprogramm für Europa. Jetzt nachdem der Wortlaut des Artikels 5 relativ schwach ausgefallen war, konzentrierten sich die Europäer, insbesondere die Franzosen, auf die Vorkehrungen im Artikel 3, der „durch ständige und wirksame Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützung“ die eigenen und die gemeinsamen Streitkräfte erhalten

40 Henrike Hohenecker, Die Gründungsphase der NATO 1945–1955: Wie wurde die NATO ein Militärbündnis? Unveröffentlichte Diplomarbeit, Wien, 2000.

41 Die endgültige Fassung des Artikel 5 des Nordatlantikvertrages lautet: „Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen ... der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen ...“

und fortentwickeln will. Die Europäer stellten sich vor, dass dadurch die USA zunehmend an der europäischen Sicherheit beteiligt werden würden.⁴²

Die Zuweisung amerikanischer Truppen zur NATO und die Schaffung einer integrierten Kommandostruktur erfolgte auf der Basis von Artikel 3 des Nordatlantikvertrages. Dadurch entstand die ständige Einbindung der USA in Europa. Der Vertrag selbst sah weder eine militärische Organisation noch eine integrierte Kommandostruktur vor. Bei den Senatsanhörungen bestand US-Außenminister Acheson noch darauf, dass es nicht notwendig wäre, eine große Anzahl von Truppen in Europa zu stationieren. Die Transformation von einem politischen Vertrag zu einem Militärbündnis war das Resultat des Korea-Krieges 1950 bis 1953. Die amerikanischen Truppen in Europa und die eigenen Verteidigungsanstrengungen wurden verstärkt. Der Korea-Krieg erhöhte die Angst vor sowjetischer Bedrohung in Europa. Er führte zur Schaffung der NATO-Struktur, um einen sowjetischen Angriff mit amerikanischer Hilfe abwehren zu können.⁴³

Es waren die Krise in der Tschechoslowakei, die Berlin-Blockade und der Korea-Krieg, die die NATO zu einem Militärbündnis formten. Das Bündnis wurde nach der empfundenen Bedrohungssituation ausgerichtet. Vor diesen drei Ereignissen war das Sicherheitsarrangement zwischen den USA und Europa anders angelegt gewesen. Es hätte ein Netz von bilateralen und/oder multilateralen Kooperationsformen gegeben. Einzelnen direkt bedrohten Staaten wären Sicherheitsgarantien gewährt worden. Schwerpunkt wäre auf den Aufbau und die Sicherung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen, Rüstungskooperation, Transparenz bei Rüstungsprogrammen und gegenseitiger Informationsaustausch, und insbesondere auf gemeinsame Konsultationen – regelmäßig und im Krisenfall (wie es später in Artikel 4 des Nordatlantikvertrages und in Artikel VIII des PfP-Rahmendokuments formuliert wurde) gelegt worden. Ergänzt worden wäre dieses System durch verschiedene Wirtschaftskooperationsprogramme. Ein Militärbündnis mit gegenseitiger Beistandspflicht wäre ohne direkte Bedrohung jedenfalls nicht entstanden.

Während der Fünfzigerjahre versuchte der amerikanische Präsident Dwight Eisenhower immer wieder die amerikanischen Truppen heimzubringen und die Europäer dazu zu bewegen, sich selbst zu verteidigen.⁴⁴ „Bring the Boys home!“ war sein Slogan. In den Sechziger- und frühen Siebzigerjahren gab es im US-Senat eine

42 Timothy P. Ireland, *Creating the Entangling Alliance, The Origins of the North Atlantic Treaty Organization*, Westport/Connecticut, 1981.

43 Timothy P. Ireland, *Creating the Entangling Alliance, The Origins of the North Atlantic Treaty Organization*, Westport/Connecticut, 1981, 152-228.

44 Marc Trachtenberg bemerkt, dass in frühen Fünfzigerjahren, jeder die amerikanische Präsenz in Europa erhalten wollte – außer den Amerikanern selbst. Marc Trachtenberg, *History and Strategy*, Princeton 1991, 167.

starke Strömung, die amerikanischen Verpflichtungen in Europa stark zu reduzieren, wenn nicht überhaupt aufzugeben.

Schlussbetrachtung

Insgesamt ist der Erfolg von Bündnissen beschränkt. Bündnisse sind trotz gewisser Abschreckungswirkung einerseits keine Garantie gegen Aggression, andererseits bergen sie die Gefahr in sich, Kriege auszuweiten. Bündnisse sind nicht die Ursache von Kriegen, sie können aber zu deren Verbreitung, Verlängerung und Intensivierung beitragen. Sie können kleine in große Kriege verwandeln. Bündnisse sind auch nicht ein Akt von Solidarität, sondern Verträge, die aus Bedrohung und gegenseitiger Abhängigkeit (Bündnisfalle) entstehen. Bündnisbildung erfolgt immer in einer Situation der Polarität und Konfrontation.

Furcht, Bedrohung, Machtpolitik und Ehre führten zur Bündnisbildung vor dem Peloponnesischen Krieg. Eifersüchtig wurde die Bündnistreue der Mitgliedstaaten überwacht. Diese wiederum versuchten, die Führungsmächte, Athen und Sparta, gegeneinander auszuspielen. Alles zusammen führte zur unvermeidlichen kriegerischen Auseinandersetzung.

Die Bündnisbildung gegen Ende des 19. Jahrhunderts machte klar, dass der nächste Krieg nicht mehr isoliert zwischen Einzelstaaten geführt werden würde. Der Zweibund zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn wurde nicht aus gegenseitiger Solidarität, sondern gegenseitiger Abhängigkeit gebildet. Russland sollte vom Balkan ferngehalten, Österreich-Ungarn gegen Russland nicht allein gelassen und Frankreich isoliert werden. Österreich-Ungarn wiederum mangelte es an militärischer Kapazität. Beide Partner hatten Angst davor, dass einer das Bündnis verließ (*abandonment*), gleichzeitig entstand die Gefahr, in den Konflikt des anderen hineingezogen zu werden (*entrapment*) (Bündnisdilemma). Die Furcht vor Deutschland und der Zweibund wiederum provozierten das französisch-russische Bündnis und zusammen mit dem russisch-japanischen Krieg die britisch-französische Entente. Lokale Konflikte und Aufrüstungsprozesse endeten schließlich im Ersten Weltkrieg. Ein neutrales Verhalten Österreich-Ungarns hätte den Ersten Weltkrieg verhindern können, da unwahrscheinlich ist, dass Deutschland alleine einen Zweifrontenkrieg gegen Russland und Frankreich begonnen hätte.

Trotz Warnungen u.a. des amerikanischen Präsidenten Wilson folgte nach dem Ersten Weltkrieg eine Reihe von Bündnis- und Beistandsversprechungen, die letztlich wie ein Kartenhaus zusammenbrachen. Sie waren kein Schutz gegen die deutsche Aggression.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges hätte die NATO einen anderen Weg genommen, wenn sie der aufkommende Kalte Krieg nicht zu einem Militärbündnis geformt hätte. Sie wäre ein Organ der bi- und multilateralen Kooperation, Konsul-

tation und kollektiver Sicherheit geworden. Die Beistandsverpflichtungen wurden in stark abgeschwächter Form gegen heftigen Widerstand der USA und nach den Elementarereignissen in Prag und Berlin in den Nordatlantikvertrag aufgenommen. Die Struktur der NATO folgte letztlich aus den Erfahrungen des Korea-Krieges.

Johannes M. Becker¹

Konflikte und ihre Regelungsmöglichkeiten

Vorbemerkungen

Die Welt ist von Ungleichheit geprägt. Sie ist von raschen, sich zunehmend beschleunigenden Entwicklungen im kulturellen, sicherheitspolitischen und ökologischen Bereich gekennzeichnet. Daraus ergeben sich Konflikte. Diese standen (und stehen) im Zentrum meines beruflichen und persönlichen Lebens.

Die Ungleichheit der Menschheit zeigt sich am ehesten in der Frage der Verfügung über Ressourcen, über Bildung, über Zukunftsentwürfe insgesamt. Der Kolonialismus hat wesentliche Gräben aufgeworfen zwischen verschiedenen Kontinenten, Ländern und Bevölkerungsteilen. Bestehende soziale Systeme auf den Kontinenten Nord- und Südamerika, Afrika, Asien und Australien wurden über Jahrhunderte angegriffen und teilweise zerstört.

Maßgeblich die heutigen neokolonialen Strukturen verhindern nach wie vor die Entwicklung zur Eigenständigkeit der Mehrzahl der Staaten der Erde; allein 44 (von 193) Staaten der Erde werden aktuell der Gruppe der Least Developed Countries (LDC) zugerechnet. Die meisten finden sich auf dem afrikanischen Kontinent, wenige auch in Asien. In vielen – auch ärmsten – Staaten finden sich wertvolle Rohstoffe (u.a. „Seltene Erden“), die vor allem für die technologische Entwicklung wie auch für die Rüstung von großem Interesse sind.

Vornehmlich die reichen Staaten der Erde, die sogenannten „entwickelten“ Länder, wenden unvorstellbare Summen für Rüstung auf: etwa 2.500 Milliarden Euro fließen jährlich in Rüstung und Aufrüstung – Tendenz steigend. Die Aufwendungen für Entwicklungshilfe haben 200 Milliarden Euro nie überschritten (von denen überdies etwa drei Viertel für Unternehmen der Geberländer aufgewandt werden). Die aktuelle Politik der US-Regierung verheißt weitere Kürzungen. Auch die neue deutsche Bundesregierung deutete Kürzungen an.

Eine der wichtigen Indizes der aktuellen Ungleichheit auf der Erde:

- Von akuter Hungersnot bedroht sind aktuell etwa zehn Prozent der Erdbevölkerung (von einer Gesamtbevölkerung der Erde mit 8,3 Milliarden Menschen). Schwerpunkt der Hungersnot: Afrika.

1 Friedens- und Konfliktforscher, Politikwissenschaftler, ehem. Militär (Major der Reserve).

- Etwa 120 Millionen Menschen sind aktuell auf der Flucht, vor Kriegen, ökologischen Katastrophen, Diktaturen – das Gros flüchtet innerhalb der Krisengebiete, nur etwa ein Fünftel der Flüchtenden erreicht andere Kontinente; Schwerpunkte der Flucht: Afrika, Asien.
- Die Säuglings- und Kindersterblichkeit ist ebenso wie die Lebenserwartung auf der Erde von großer Ungleichheit gekennzeichnet. Auch hier liegen die Krisenschwerpunkte in Afrika und Asien.

Aus diesen wenigen Fakten resultieren neben den Fluchtbewegungen permanente gewalttätige Auseinandersetzungen bis hin zu Kriegen. Von diesen nehmen die Medien in den reichen Ländern nur sehr selektiv Kenntnis. Aktuell sind in den (reichen) Ländern des Nordens und Westens die Kriege in Palästina und der Ukraine von besonderem Interesse. Andere Konflikte, vergleichbar gewalttätig (zum Beispiel in Sudan, Kongo, Syrien) werden vernachlässigt.

Auch im Inneren der wohlhabenden Länder (meist) des „Nordens“ und „Westens“ sind die Ungleichheiten ungeheuer: Wenige Prozent der Bevölkerung verfügen über unvergleichlich höhere Anteile am Reichtum, an den Medien u.v.m. Diese Minderheiten verursachen indes allein schon durch ihr Konsumverhalten ungeheure Schäden – ökologisch, aber auch sozial und politisch.

Thesen

1. Konflikte begleiten individuelles und soziales Handeln auf vielfältige Weise. Mit Militär werden keine politischen oder sozialen Probleme gelöst; Militär schafft in aller Regel nur neue. Die UN-Charta und unsere Verfassungen verbieten und ächten den Krieg. Wo der Einsatz von Militär letztlich (z.B. zur Trennung von Konfliktparteien) unumgänglich notwendig erscheint, schaue man immer in die Vorgeschichte des Konflikts: Wäre er vermeidbar gewesen? Hätte es Alternativen im politischen Handeln gegeben? Auch nehme man immer die Perspektive aller am Konflikt beteiligter Parteien ein, schaue man auf die späteren Strukturen von Staaten, die von Militär befreit worden sind.
2. Es ist eine Illusion, gerade mit waffenstarrtem Militär Frieden „stiften“ zu wollen oder Frieden zu „erhalten“. Der gegenteilige Effekt wird in aller Regel erreicht. Auch hat militärische Ausbildung andere Ziele. Das Völkerrecht macht eine bedenkenswerte Ausnahme für den Fall, dass ein Land angegriffen wird (oder für den Fall, dass der UN-Sicherheitsrat den Weltfrieden in Gefahr sieht).
3. Auch Angriffskriege, dies klingt zynisch, werden heute nicht mehr gewonnen – die letzten fünf sind kläglich gescheitert: Jugoslawien 1999, Afghanistan 2001 ff., Irak 2003 ff., Libyen 2011 ff. (im Gefolge Mali), Syrien 2011 ff., Ukraine 2022. Zudem haben die genannten Kriege zu enormen volkswirtschaftlichen, physischen wie psychischen Schäden geführt und haben große Fluchtbewegun-

- gen ausgelöst, mit weiterem ungeahntem Leid. Die großen Fluchtbewegungen unserer Zeit (ca. 120 Millionen Menschen) sind von ihren Ursachen her zu analysieren: Der reiche „Norden“ und „Westen“ sind hier oft verantwortlich.
4. Es gilt grundsätzlich immer wieder zu fragen: Was schafft, was produziert ein Panzer im Vergleich mit einer Schule, einem Kindergarten, einem Radweg oder einer Begegnungsstätte? Was produziert ein/e Soldat/in im Vergleich zu einem/r Lehrer/in? Ein Blick auf die Rüstungsausgaben (SIPRI: 2.400 Mrd. US-\$ in 2023) zeigt ein katastrophales Ungleichgewicht zur weltweiten Entwicklungshilfe (180 Mrd. US-\$). Die USA (916 Mrd.) wenden mit ihren 4 Prozent der Erdbevölkerung hiervon etwa 40 Prozent auf, die 29 NATO-Staaten insgesamt über 60 Prozent. Die VR China wandte 296, Russland 120 Mrd. US-\$. Deutschland 67 Prozent. Das 2(-5 ?)-Prozent-Aufrüstungsvorhaben der NATO, das aktuelle „Kriegstüchtigkeits“-Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung ist volkswirtschaftlich, vom Völkerrecht zu schweigen, Irrsinn. Man stelle sich vor: 5 Prozent für die gewaltfreie Konfliktarbeit! Die aktuelle Aufrüstungspolitik wird nicht nur die deutsche Wirtschaft ruinieren – sie wird die künftigen Generationen mit dem gigantischen Schuldenberg belasten. Die Infrastruktur hingegen leidet an vielen Stellen.
 5. Deutschland, die EU wie auch alle hoch industrialisierten Staaten sind militärisch nicht zu verteidigen, nicht gegen „Terror“ („9/11“), nicht gegen militärische Angriffe (diese Staaten sind allein ihrer AKW, der gesamten Computer- und Transistoren- und Hightech-Infrastruktur wegen u.v.m. hoch verwundbar). In Deutschland muss der Artikel 87a des Grundgesetzes (Aufgaben und Einsatzmöglichkeiten der Streitkräfte in Deutschland) neu diskutiert werden. Die Sicherheitsinteressen Russlands sind – wie die aller anderen Staaten – zu berücksichtigen, die Osterweiterung der NATO muss gestoppt werden.
 6. Die hoch industrialisierten Staaten sind zuvörderst gewaltfrei, zivil und sozial zu verteidigen – dies im weitesten Sinne des Wortes: Die EU-Länder müssen auch innerhalb ihrer eigenen Grenzen sozialen Ausgleich schaffen – derzeit läuft der Trend in die entgegengesetzte Richtung.²
 7. Ein Blick auf Ökologie und Klimaschutz: Militär und seine Manöver, von Kriegen zu schweigen, gehören schon im Frieden (!) zu den größten Umweltsündern. Ein Nuklearkrieg würde die Erde unbewohnbar machen, schon ein begrenzter Nuklearkrieg würde Millionen in Krankheiten und in den Hungertod treiben.
 8. Das Gewaltmonopol auf der Erde muss auf die UNO konzentriert, d.h. nationalen oder Bündnisinteressen entzogen werden. Freilich muss die UNO demokratisiert werden – sie wird heute dominiert von den Atomwaffenstaaten, die zudem ökonomisch mächtig und die größten Rüstungs- und Rüstungsexportmächte sind.

2 Siehe weiterführend: <https://www.soziale-verteidigung.de/>

Der UN-Vollversammlung und den NGOs muss mehr Kompetenz übertragen werden. Ständige Sitze für bspw. Japan oder Deutschland im Sicherheitsrat sind hingegen kontraproduktiv. Die OSZE muss reaktiviert werden.

9. Zum Argument der angeblich erhaltenswerten Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie: Ein Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie kostet den Steuerzahler ca. 150.000 € im Jahr, von denen etwa ein Drittel als Bruttolohnsumme in den Konsum geht; ein Arbeitsplatz einer Lehrerin hingegen kostet 100.000 €, von denen etwa 60.000 € in den Konsum gehen. (Die Rüstungsindustrie eingeschlossen den -export macht übrigens weniger als 1 Prozent des BIP Deutschlands aus, der Export 0,2 Prozent vom Export unseres Landes.) Dies sind allerdings Zahlen aus der Zeit vor der aktuellen riesigen Aufrüstungswelle.
10. Aus dem hier Genannten ergeben sich für die ökonomisch und politisch einflussreiche EU der 440 Millionen besondere Chancen, auch besondere Verantwortungen. Die Aufrüstung der EU (Friedensnobelpreis 2012!) ist dabei kontraproduktiv, der falsche Weg.
11. Die Frage, ob diese meine Erwägungen im Rahmen des bestehenden kapitalistischen Systems Realisierungschancen haben, ist nur zu berechtigt. Meine Zweifel hieran wachsen immer mehr. Grundsätzlich gilt für mich allerdings nach wie vor die Feststellung Heinrich Heines: „La force des grands n'est que dans la tête des petits.“ – Die Macht der Großen existiert nur in den Köpfen der Kleinen.

Axel Gehring

Deutsche Militarisierung und die Suche nach Sicherheit

Dieser Beitrag kontextualisiert überblicksartig die als „Zeitenwende“ beschriebenen Tendenzen deutscher Militärpolitik vor dem Hintergrund des Wandels der Weltordnung nach 1990, der Erosion transatlantischer Sicherheitsversprechen und dem Ukrainekrieg. Er debattiert kurz, welche Herausforderungen sich daraus für antimilitaristische Politik ergeben.

Auf den Schultern der transatlantischen Ordnung – deutsche Außen- und Militärpolitik vor 2022

Nach Dekaden gesellschaftlicher Debatten war 2011 die Wehrpflicht unter einer CDU/CSU und FDP-geführten Regierungskoalition im Zuge der Neuausrichtung der Bundeswehr ausgesetzt worden. Zugleich wurde aber ein kleiner und leicht bewaffneter Heimatschutz geführt, der wesentlich auf Reservist*innen und dort freiwillig Wehrdienstleistenden basierte. Doch die Abschaffung der Wehrpflicht war nicht etwa der Macht einer antimilitaristischen Bewegung entsprungen, sondern folgte wesentlich dem vorangegangenen Wandel der herrschenden Außenpolitik und der mit ihr verbundenen militärischen Doktrin. In der wirtschaftlich globalisierten und seit 1990 (geo-)politisch unipolaren Welt fanden, hatten die Streitkräfte westlicher Staaten, wie der Bundesrepublik, die primäre Rolle als Nachhut der globalen Führungsmacht USA verbliebene innerstaatliche Konflikte in den vermeintlich toten Winkeln des kapitalistischen Empires befrieden. Verfassungsrichterlich bestätigte Neuinterpretationen des Grundgesetzes, hatten seit Mitte der Neunzigerjahre der Bundeswehr ermöglicht, selbst an solchen Auslandseinsätzen teilzunehmen. Die gesellschaftliche Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr fiel von Einsatz zu Einsatz und Dauer desselben unterschiedlich aus. Ihnen allen war jedoch gemein, dass sie nicht zu Ereignissen avancierten, die längerfristig die gesellschaftlichen Debatten prägten. Typisch für diese Zeit war aber vielmehr die relativ geringe Präsenz des Militärischen in der Gesellschaft. Allerdings musste die Bundeswehr als Berufarmee um Nachwuchs werben. Dabei bediente sie sich der üblichen Methoden des kommerziellen Marketings, die die Truppe als attraktiven Arbeitgeber bewarben, zuweilen versprach sie gar Action und Abenteuer. Auch Jugendoffiziere besuchten, im unterschiedlichen Ausmaße, Schulklassen und dies stieß durchaus auf politische Kritik.

Doch insgesamt kamen Fragen des Militärischen im konkreten, persönlichen Alltag der breiten Bevölkerung kaum vor. Die Professionalisierung des Militärs ging mit der Verdrängung des Krieges aus dem Alltag einher – eine Voraussetzung für die passive gesellschaftliche Billigung von Auslandseinsätzen. Inwieweit die gesamte Führung der Bundeswehr damit zufrieden war, ist eine andere Frage, denn seit Aussetzung der Wehrpflicht verfehlte die Bundeswehr regelmäßig ihre Rekrutierungsziele. Die damaligen Ambitionen, die Europäische Union zu einer stärker eigenständig im globalen Raum agierenden Akteurin auszubauen, wurden in der EU in einem unterschiedlichen Maße vertreten. Deutschland bewegte sich dabei zwischen atlantisch ausgerichteten Staaten, wie Großbritannien und Polen sowie wie dem stärker auf Unabhängigkeit bedachten Frankreich. Insgesamt gingen die (gemeinsamen) europäischen Ziele effektiv nicht über den kleinsten gemeinsamen Nenner einer Komplementarität zu US-Interessen hinaus. Stillschweigend basierten auch sie auf den Strukturen der US-Hegemonie, die Verwicklungen in militärische Auseinandersetzungen mit ebenbürtigen Gegnern mehr als unwahrscheinlich machten. Nur deshalb konnte angesichts von Militärbudgets europäischer Staaten unter oder um 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) überhaupt die Frage einer stärker global agierenden EU diskutiert werden. In der Bundesrepublik pendelte der Anteil der Militärausgaben derweil um 1,2 Prozent des BIP herum (SIPRI, 2022 und 2024).

Auch die Außenpolitik insgesamt war lebensweltlich von der breiten Bevölkerung größtenteils separiert. Die deutsche Bevölkerung lebte in einem Staat des kapitalistischen Zentrums, weswegen die Krisen und selbst die Machtverschiebungen der Weltordnung sich nicht unmittelbar, sondern in der Regel indirekt und mediiert durch die Privilegien der eigenen Position im Weltsystem auf ihren Alltag wirkten. Sogar die mit dem deutschen Exportmodell verbundene Krise der Europäischen Währungsunion konnte „erfolgreich“ auf die europäischen Südländer begrenzt beziehungsweise dorthin externalisiert werden. Dennoch brachte die Wahl der ersten Trump-Regierung 2016 bereits erste, deutliche Sorgen in den Elitendiskurs: Mit „Westernlessness“ wurden zum Beispiel auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2020 die Sorgen über eine mögliche Desintegration der NATO und der transatlantischen Ordnung umschrieben. Die Lockerung ihres Sicherheitsversprechens verband die Hegemonialmacht USA zugleich mit einer Forderung nach stärkeren europäischen Rüstungsbemühungen und eines stärkeren Eintretens in die indopazifische Konkurrenz. Der Sieg des Demokraten Joseph Biden bei den Präsidentschaftswahlen 2020 schien zunächst eine Rückkehr zur alten Ordnung zu bringen, wobei die Forderung nach vermehrten europäischen Rüstungsanstrengungen (NATO-2-Prozent-Ziel) nicht zurückgenommen wurde.

Zeitenwende 2022

Nicht selten werden die NATO-Osterweiterung und eine kommende Westbindung der Ukraine als Vorgeschichte der russischen Invasion der Ukraine im Februar 2022 dargestellt und damit implizit als Kriegsursachen ausgemacht. Doch Russlands nukleare Zweitschlagskapazitäten sind zu Land und zur See hochmobil und wurden von der NATO-Osterweiterung nicht tangiert. Zentral für Russlands militärischen Griff nach der Ukraine war das Bestreben es ökonomisch tief in die Eurasische Union einzubinden, was nicht mit einer ukrainischen EU-Mitgliedschaft vereinbar war. Dies ist als ein offen imperialistischer Akt zu begreifen und als Rückkehr des konventionellen (linearen) Staatenkriegs nach Europa. So wurde die Invasion zum Startpunkt für eine forcierte Um- und Aufrüstung der Bundeswehr und anderer europäischer Armeen hin zum Paradigma des konventionellen Staatenkrieges – der Zeitenwende: Die Möglichkeit von Krieg zwischen mehr oder minder ebenbürtigen Staaten beziehungsweise Staatenbündnissen prägte bis zum Ende des Kalten Krieges das militärische Denken in den meisten europäischen Staaten. Es setzte auf die Verbindung zwischen Massenkrieg und Hochtechnologie sowie dem Zugriff auf sämtliche gesellschaftliche Ressourcen.

Der Begriff der Zeitenwende wurde durch den damaligen Bundeskanzler Olaf Scholz geprägt, der damit die Einrichtung eines 100 Milliarden Euro Sondervermögens für die Bundeswehr begründete. Nach der russischen Invasion der Ukraine sollte die Bundesrepublik möglichst schnell und trotz Schuldenbremse das geforderte NATO-Ziel von mindestens 2 Prozent des BIP für militärisch relevante Ausgaben erreichen. Die Bundeswehr sollte nunmehr befähigt werden wieder konventionelle Staatenkriege führen zu können – das heißt „kriegsfähig“ zu werden. Schnell avancierte der Begriff der Zeitenwende zu weit mehr als einer Begründung für eine Etatserhöhung. Er verselbstständigte sich über die Regierungserklärung des Kanzlers hinaus zu einer Art Zeitdiagnose. Damit verbunden ist die Erwartungshaltung an die Bevölkerung ihre außenpolitische Mentalität zu ändern und zu begreifen, in welcher Unsicherheit sie lebt. Materiell bedeutete die Einführung des Sondervermögens einen Anstieg der Militärausgaben von 50,3 Milliarden Euro (2021) auf 72 Milliarden in 2024. Davon 2021 Rüstungsgüter im Wert von 7,83 Milliarden beschafft und in 2024 wurden dafür 20 Milliarden Euro veranschlagt (BMVG 2024). Hatte Deutschland nach SIPRI 2021 noch 1,2 Prozent seines Budgets für Rüstung ausgegeben, so war dieser Anteil in 2023 1,5 Prozent gestiegen. Doch angesichts des Rüstungswettlaufs blieb Deutschland im gleichen Zeitraum weiterhin auf Platz sieben der größten Militäretats. Allerdings hat sich der deutsche Anteil an den weltweiten Militärausgaben von 1,3 auf 2,7 Prozent mehr als verdoppelt (SIPRI, 2022 und 2024). Insgesamt blieb die Geschwindigkeit der Aufrüstung hinter der Rhetorik der Zeitenwende zurück. Deshalb bestand im

herrschenden Diskurs eine erhebliche Unzufriedenheit mit der Umsetzung der Zeitenwenden in puncto Rüstung und der Rüstungsbeschaffung. Nicht genügend von dem Geld käme in Form von konkreten Beschaffungen bei der Bundeswehr an, hieß es aus vielen Richtungen. Das verkennt jedoch grundlegende Charakteristika militärischer Rüstungsentscheidungen: Sie sind von langfristiger Natur, denn die Anpassung der Militärdoktrin an die außenpolitische Lagebeurteilung ist fachlich wie politisch umkämpft. Ähnliches gilt für die Umsetzung der Militärdoktrin in konkrete Rüstungsprojekte. Doch hier ging es nicht um Analyse, sondern um Intensivierung der Zeitenwende. Zudem übte die bis dato politisch eher schwache deutsche Rüstungsindustrie erfolgreich Druck aus. Den politischen Forderungen nach der Ausweitung der Produktionskapazitäten von Rüstungsgütern, insbesondere Munition, entgegnete die Industrie abschlägig: Auf Basis des Sondervermögens sei mittel- und langfristig die Abnahme von Rüstungsgütern nicht garantiert und ihre Profitabilität in Gefahr. Nur bei langfristiger Abnahmegarantie könnten Kapazitäten in der Produktion ausgeweitet werden.

2025 Ungeliebte Prekarität transatlantischer Sicherheitsversprechen und die Fortsetzung der Zeitenwende

Die neue Runde in der Rüstung wurde schließlich durch den erneuten Sieg des Donald Trumps bei den US-Präsidentschaftswahlen 2024 angestoßen: Der Beginn bilateraler Verhandlungen zwischen den USA und Russland über die Grundzüge eines Friedensabkommens im Ukrainekrieg machte die Legalisierung durch Krieg verschobener Grenzen wahrscheinlich. Dieses Versprechen auf Frieden ging also zugleich mit einer Destabilisierung des Souveränitätsprinzips und des Angriffsverbots der UN-Charta einher. Zugleich wurden sowohl die Ukraine als auch die europäischen Staaten an den Verhandlungen nur indirekt und in untergeordneter Rolle insofern beteiligt, als das ihnen die konkrete Implementierung des anvisierten Abkommens obliegen sollte. Diese Perspektive auf Frieden ohne tragfähige Friedensordnung bei einer zugleich deutlich abgeschwächten US-amerikanischen Schutzzusage für Europa markierte schließlich den Beginn der neuesten Rüstungsrunde in der EU.

Die Anstrengungen finden EU-weit statt und sind nicht zuletzt mit einer Lockerung der Schuldenkriterien des Vertrages von Maastricht verbunden. Auch die im März 2025 verabschiedeten Änderungen des deutschen Grundgesetzes lassen Militärausgaben, die 1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes übersteigen, nicht mehr unter die nationale Schuldenbremse fallen. Damit hat sich die Bundesrepublik nunmehr von der Politik verabschiedet die Vergrößerung des Militäretats weiterhin auf dem Wege von Sondervermögen zu realisieren. Neue komplexe Rüstungsprojekte müssen nicht mehr zwingend in Auftrag gegeben werden, solange das Geld noch da ist, sondern die Haushaltsmittel können bereitgestellt werden, wenn die Projekte konzipiert sind.

Die Abnahme von Rüstungsgütern kann nun im Prinzip über längere Zeiträume garantiert werden. Die Finanzierung der Aufrüstung ist verstetigt.

Sind damit die Grundlagen für eine Abkehr von den USA final gestellt? Insbesondere transatlantisch ausgerichtete Kräfte, wie die CDU, streben weiterhin keine weitreichende geopolitische Loslösung von den USA an. Zugleich aber sind sie mit der Tatsache konfrontiert, dass das transatlantische Sicherheitsversprechen lange nicht mehr so glaubwürdig ist, wie vor dem Antritt der Trump-Administration. Sie wünschen es sich zurück. Doch selbst, wenn sich der Trumpismus nicht hegemonial etabliert: Die Strukturen der US-Außenpolitik sind materiell über Jahrzehnte gewachsen, gerade auch ihre militärischen. Sie verschwinden nicht über Nacht, wo sie aber ausgehöhlt werden, sind sie auch nicht über Nacht zurück. Eine Hegemonialmacht kann die Grundlinien ihrer Außenpolitik nicht alle vier Jahre zur Disposition stellen, ohne auch Erosionseffekte in ihren materiellen Strukturen zu riskieren. Diese Annahme prägt nicht zuletzt den Charakter der deutschen Reaktion auf Trump an der Macht: Aufbau einer Rückfallposition für den Fall der Radikalisierung des Trumpismus oder einer länger währenden Prekarisierung des außenpolitischen Grundkonsenses in den USA.

Deutschland und die anderen Staaten der EU sollen nunmehr selbst für ihre Sicherheit sorgen können, wenn die USA den Beistand verweigern. Insofern der konventionelle (lineare) Krieg zwischen Staaten wieder das militärische Denken prägt, folgt daraus eine Armee, die in Lage ist einen großskaligen, lang andauernden Verteidigungskrieg führen zu können. Er würde als Massenkrieg im Drohnenzeitalter geführt werden – zumindest der Ukrainekrieg legt das nahe.

Dies erfordert umfassendere Muster gesellschaftlicher Mobilisierung als jene zur Zeit der Auslandseinsätze. An die Stelle eines passiv-permissiven Konsenses hat letztlich ein aktiver zu treten. Die ideellen Voraussetzungen haben sich gleichwohl dafür in den Jahren seit 2022 konstituiert. Und fast alle Parteien werben inzwischen damit, dass sie Rüstungsausgaben ausweiten und damit dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach Sicherheit dienen wollen.

Herausforderungen antimilitaristischer Politik

Antimilitaristische Politik steht hier vor der Herausforderung, einerseits glaubwürdige Antworten auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse nach Sicherheit zu finden, erst dann kann sie der Militarisierung etwas Wirksames entgegensetzen. Denn die leidliche mehrheitliche Zustimmung zu dieser speist sich wesentlich daraus, dass erhebliche Teile der Bevölkerung ihre Bedürfnisse nach Sicherheit nicht erfüllt sehen. Zugleich aber hat sie zu benennen, dass die machtpolitischen Potenziale, die sich die Bundesrepublik und andere europäische Staaten derzeit zulegen eben nicht per se auf das Motiv der Verteidigung reduzieren lassen. Aus der Zeitenwende werden Armeen

hervorgehen, die für das gesamte Spektrum der Kriegführung befähigt und womöglich Gesellschaften, die kriegsfähig sind. Das ist insbesondere vor dem Hintergrund des europaweiten Rechtsrucks ein Problem von eigener Qualität. Wird die eigene Sicherheit militärisch aufgefasst, so kann sie immer zur Unsicherheit der Anderen werden. Zugleich bedeuten Rechtsruck und globale machtpolitische Konkurrenz immer auch die Gefahr selbst angegriffen zu werden – daher das gesellschaftliche Bedürfnis nach Sicherheit. Emanzipatorische Außenpolitik sollte die Probleme zusammen denken und einen politischen Ausgleich jenseits von Blockkonfrontation anstreben. Dann kann sie sich glaubhaft einer Politik der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit verschreiben. Die Kritik am Charakter der Zeitenwende würde um einiges konkreter, wenn sie benennt, wie Streitkräfte aussehen, die verteidigungsfähig, aber nicht angriffsfähig sind. Dafür sind Streitkräfte so zu organisieren, dass sie im Sinne des Artikels 51 der Charta der Vereinten Nationen fähig sind, bewaffnete Angriffe abzuwehren, sie aber nicht selbst erfolgreich durchführen können. Das erfordert immer auch den Dialog mit der Gegenseite. Zu diesem kann schon jetzt die Einladung ausgesprochen werden.

Quellen

Bundesministerium der Verteidigung 2024: 18. Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung Teil 1; <https://www.bmvg.de/resource/blob/5732214/3f8c7f23d3f69757aeab2de445901275/18-ruestungsbericht-data.pdf>.

SIPRI Fact Sheet April 2024: Trends in World Military Expenditure, 2023.

– 2022: Trends in World Military Expenditure, 2021.

Klaus Moegling

Taumelnd in den 3. Weltkrieg?

Über die Möglichkeit aus dem historischen Kontext des Kriegs in der Ukraine friedenspolitisch zu lernen

Um den historischen Kontext des Kriegs in der Ukraine für mögliche Konfliktlösungen zu berücksichtigen, ist es notwendig, den zu wählenden Zugang zur historischen Entwicklung und Zuspitzung dieses Konflikts und die dahinter stehenden Systemstrukturen und Interessen Kategorien orientiert offenzulegen. Anschließend werden Vorschläge unterbreitet, wie ein Hineingleiten in einen globalen Krieg über international gesteuerte Interventionen und die Betonung der positiven Chancen einer Kriegsbeendigung für die beteiligten Staaten verhindert werden könnte.

Mein Verständnis kritischer Friedensforschung geht in Richtung auf eine inter-, trans- bzw. crossdisziplinäre Erforschung von Wegen, die aus Kriegen herausführen bzw. Kriegen vorbeugen und zu Friedenslösungen in einem umfassenden Sinne führen können. Hierbei wendet sich die kritische Perspektive jeweils auf alle Beteiligten an einem Konflikt und versucht, möglichst in der eigenen Analyse herrschaftsbesetzter Strukturen unabhängig und unnachgiebig zu bleiben – Strukturen, in die sich illegitime Macht in vielen Systemen eingenistet hat, und die für die Störung von Frieden und die Erzeugung von Krieg im ökonomischen und politischen Eigeninteresse der beteiligten Akteure verantwortlich sind.

So sollte eine kritische Friedensforschung versuchen möglichst unabhängig und unvoreingenommen den analytischen Blick auf die historische Genese von Friedensstörungen und Kriegshandlungen zu richten. Hierbei müssen auch sich eröffnende Chancen einer Konfliktregulation und einer Deeskalation rekonstruiert werden. Hierzu gehören auch die von den beteiligten Akteuren ausgelassenen Chancen zu Diplomatie und Verhandlungen. Aus einer derartigen historischen Analyse lassen sich dann möglicherweise friedenspolitische Perspektiven zur Konfliktprävention und zur Wiederherstellung von Frieden gewinnen, wenn wichtigen Interessen der an dem Konflikt beteiligten Akteure entsprochen werden kann.

In diesem Sinne verbinden sich Ansätze historischer Forschung mit den Methoden einer an analytischen Kategorien orientierten Politikwissenschaft zu einer kritischen Rekonstruktion des Geschehenen mit dem Blick auf zukünftige Möglichkeiten einer gerechten Konfliktlösung.

Die Entwicklung des Verhältnisses Russlands zur NATO und zum Westen

Im Jahr 1990 verständigten sich die KSZE-Staaten in der Charta von Paris auf eine neue europäische Sicherheitsordnung, welche Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie eine gemeinsame Sicherheitszusammenarbeit vorsah. Ende 1991 erhob Jelzin den Beitritt Russlands zur NATO zum langfristigen Ziel (Schmid 2021). Daher wurde auch später die Aktivierung des Artikel 5 des NATO-Vertrags im Zuge der militärischen Antwort der NATO auf den terroristischen Anschlag von 9/11/2001 von der russischen Regierung unterstützt, indem der Nordkorridor zu Afghanistan für die Truppenlogistik der NATO durch Russland freigehalten wurde.

Putin startete im Jahr 2000 sogar im Gespräch mit dem damaligen NATO-Generalsekretär George Robertson eine informelle Anfrage zum NATO-Beitritt, die allerdings keine Zusage von Seiten der NATO auslöste (Arends 2021). Wladimir Putin zeigte sich in seiner Rede 2001 vor dem Deutschen Bundestag durchaus offen für eine Ausweitung der transatlantischen Kooperation, einer europäischen Sicherheitsstruktur und für eine intensivere Zusammenarbeit mit dem NATO-Westen. Über den Ansatz 'Wandel durch Handel' versuchte die Bundesregierung, demokratische Tendenzen in Russland und die Zusammenarbeit zu stärken. Die Bundeswehr wurde in Erwartung einer 'Friedensdividende', also auch mit einem ökonomischen Interessenshintergrund, weiterhin abgebaut und transformiert.

Es wurde 2002 ein NATO-Russland-Rat eingerichtet, im Rahmen dessen einander über wichtige Entwicklungen informiert wurde. Diese Institution setzte die „besondere Zusammenarbeit“ vor dem Hintergrund der NATO-Russland-Akte fort, die seit 1997 bestand und setzte sich u.a. Rüstungskontrolle und gemeinsame Friedensoperationen zum Ziel.

Ebenfalls wurde vonseiten der russischen Regierung der Vorschlag einer europäischen Sicherheitsordnung vorgebracht, der eine intensive Zusammenarbeit zwischen dem Westen und Russland vorsah. Auch die Regierung von Bill Clinton hätte möglicherweise die mittelfristige Aufnahme Russlands in die NATO unterstützt, wenn Russland sich weiter hin zu einer marktwirtschaftlichen Demokratie entwickeln hätte (Kornelius 2014). 2001 hielt dann Putin eine mit viel Zwischenapplaus und Standing Ovations bedachte Rede vor dem Deutschen Bundestag, wo er die sicherheitspolitische Zusammenarbeit, den europäischen Humanismus, den russischen Kampf für Freiheit und Demokratie und die Gemeinsamkeiten des Westens mit Russland hervorhob. Insgesamt standen die Zeichen also auf Zusammenarbeit und Entspannung zwischen Russland und dem Westen. Dies entsprach bis dahin auch der gegenseitigen Interessenlage im Sinne einer geopolitischen und ökonomischen Win-win-Situation.

Auch eine erste Irritation nach der NATO-Bombardierung Serbiens und der militärischen Kosovo-Intervention im Jahr 1999 konnte dieses Verhältnis noch

nicht entscheidend trüben. Dies änderte sich erst maßgeblich mit dem Angriff der USA unter US-Präsident George W.W. Bush mit einer 'Koalition der Willigen' 2003 auf den Irak ohne einen entsprechend völkerrechtskonformen Beschluss des UN-Sicherheitsrats, wo u.a. mit gefälschten Dokumenten zu unterirdischen Raketenabschussanlagen und einer Existenz von Massenvernichtungswaffen die Notwendigkeit eines Angriffs auf den Irak begründet wurde. Diese Situation markierte die Wende im Verhältnis Russlands zur USA und zur NATO, aber auch die tendenzielle Abkehr der USA von den Regeln des Völkerrechts und der Vereinten Nationen, die von Seiten der USA zunehmend als Hindernis für ihre geopolitische Dominanz angesehen wurde – so Masala (2022):

Die endgültige Abkehr der USA von den Vereinten Nationen im Bereich der Friedenssicherung vollzog sich 1999, als die NATO, ohne dass es ein Mandat des Sicherheitsrates gegeben hätte, im Kosovo intervenierte und sich in ihrem im April 1999 veröffentlichten strategischen Konzept auch noch das Recht zur Selbstmandatierung zusprach. Auch wenn die Kosovo-Intervention politisch legitim gewesen sein mag, so war sie doch völkerrechtlich illegal. Dass im Jahre 2003 die Irak-Invasion ohne die Einbeziehung der Vereinten Nationen erfolgte, stellte den radikalen Höhepunkt dieser unilateralen Wende amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik dar. (Masala 2022: 50f.)

Der Verweis auf die Abkehr der US-Außenpolitik von einer legitimen völkerrechtlichen Grundlage ist kritisch zu analysieren, kann aber keine Legitimation für ähnlich geartete Kriegshandlungen der Russischen Föderation sein.

Putins Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz machte 2007 dann seinen Gesinnungswandel gegenüber dem Westen deutlich und kritisierte den übermäßigen Machtanspruch der USA und die Osterweiterung der NATO. Als in diesem Zusammenhang dann auch noch die NATO-Erweiterung um die Ukraine und Georgien 2008, maßgeblich veranlasst durch den US-Präsidenten George W. Bush, ins Gespräch gebracht wurde, kippte das Verhältnis zwischen NATO und Russland zunehmend.

Ebenfalls der völkerrechtlich umstrittene Angriff (Merkel 2012) einer von den USA angeführten 'Koalition der Willigen' auf Libyen im Jahr 2011, an der 12 NATO-Staaten teilnahmen, trug zu einer mehr und mehr feindseligen Haltung Russlands gegenüber einem kollektiven Westen bei. Putin und Medwedew beschuldigten dann NATO-Mitgliedsstaaten, den Maidan-Aufstand in Kiew, insbesondere über ihre Geheimdienste, betrieben zu haben, der letztendlich zum Sturz und der Flucht des demokratisch gewählten Wiktor Janukowitsch und zum Regimewechsel geführt habe. Sie bezeichneten den Maidan-Aufstand und den Sturz von Janukowitsch als vom Westen gelenkten Putsch (Esch/Heuser 2024).

Hinzu kam 2014 im Anschluss an die hierauf folgende völkerrechtswidrige Besetzung der Krim durch Russland die verhängnisvolle Einschätzung, vonseiten der USA, in der Person des damaligen US-Präsidenten Obama, der Russland zuneh-

mend als Macht zweiter Klasse bzw. als „Regionalmacht“ bezeichnete. Johannes Varwick (2018: 207) ahnte bereits, zu welchen Verwerfungen es zwischen NATO und Russland kommen würde, und forderte auch angesichts des Atomwaffenarsenals Russlands ein Einlenken:

Nicht nur, aber auch wegen dieser nuklearen Dimension im Verhältnis zu Russland sollten legitime Interessen Russlands identifiziert und ernst genommen werden. Auch aus diesen Gründen sollte intensiver darüber nachgedacht werden, wie es gelingen kann, Russland wieder aus dessen anti-westlichem Kurs herauszuführen. Es müssen insbesondere Themen identifiziert werden, an denen beide Seiten gleichermaßen Interesse haben – die Syrien-Frage, die Terrorbekämpfung und die Vermeidung von unbeabsichtigter Eskalation sind trotz aller Schwierigkeiten Beispiele dafür.

Parallel hierzu waren aber auch russische Stimmen, u.a. Putins völkische und imperialistische Ausführungen, nicht zu überhören, die zunehmend von der 'Russischen Welt' (Russki Mir), die nicht an Staatsgrenzen gebunden sei, und der Unterlegenheit und Abartigkeit des westlichen Lebens schwadronierten. Dies ging einher mit einem verstärkt aufkommenden Nationalchauvinismus in russischen Medien, wachsender innerer Repression und Verfolgung Andersdenkender sowie mit revanchistischen Interessen der Russischen Föderation (RF), ihren Machtbereich wieder zu erweitern.

Zumindest war das westliche geopolitische Verhalten eher geeignet, diese Denk- und Verhaltensweisen zu stärken als abzuschwächen. Hier kann man fragen, ob die USA und auch die NATO nicht auch an der Verschlechterung des Verhältnisses zwischen dem Westen und der Russischen Föderation beteiligt waren.

Zusammenfassend stellt sich also die Frage, ob die NATO und westliche Staaten sich nicht kooperativer hinsichtlich Russlands Interesse an einer Integration in das westliche Bündnis und an der Aufnahme von Verhandlungen hätten zeigen sollen, solange dieses Interesse noch vorhanden war. Daher sieht Funke (2023) auch eine Mitverantwortung des Westens für die Abwendung des russischen Machtblocks vom Westen:

Die von Russland verantwortete Politik hatte sich von einem halbwegs liberalen Anfang in eine autoritär-autokratische Richtung entwickelt. Gegenüber der anfänglichen auf Kooperation und gegenseitige Sicherheit gerichteten Verabredungen liegt allerdings für die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Ost und West ein gerüttelt Maß an Verantwortung im Westen, naheliegender Weise in der westlichen Vormacht, den Vereinigten Staaten und ihrem 1. Partner, Großbritannien, aber doch auch in Europa, nicht zuletzt in Deutschland. Der Westen war desinteressiert, in der Sicht der neokonservativ bestimmten Außenpolitik der Vereinigten Staaten war es eine ganz und gar ungetriebene Arroganz, das historisch ungeheure Angebot einer neuen friedlichen ökonomischen und politischen Zusammenarbeit des neuen Russland Gorbatschows mit einer Politik selbstverständlicher ökonomischer, politischer und kultureller Dominanz der einzigen Weltmacht zu beantworten. (Funke 2023: 90f.)

Die NATO-Osterweiterung und das Wecken von Hoffnungen für die Ukraine und Georgien

Die ab 1998 schrittweise ratifizierte NATO-Osterweiterung um osteuropäische Staaten und die baltischen Länder wurde von Putin nachträglich mehrfach als Ausdruck gebrochener vertraglicher Vereinbarungen bezeichnet. Zusagen, dies nicht vorzunehmen, gab es jedoch im 2-plus-4-Vertrag nicht, nur im Vorfeld nicht-legitimierte mündliche Zusagen (Baker, Genscher), die wieder auf Druck des US-Präsidenten George H. W. Bush 1990 zurückgenommen wurden. Putin bezieht sich, die Geschichte verfälschend, bewusst auf diese Anfangsphase der Gespräche und lässt das eigentlich gültige Ergebnis, die schriftlich fixierten Festlegungen des 2-plus-4-Vertrags, aus, den die damalige Sowjetunion mit unterschrieben hatte.

Ein souveräner Staat besitzt die Freiheit, sich sein Sicherheitsbündnis selbst auszusuchen. Dies könnte also aus einer völkerrechtlichen Perspektive auch überhaupt keine Verhandlungsmasse sein. Gorbatschow akzeptierte hingegen Zahlungen von Milliarden DM von Seiten der Bundesrepublik für die hoch verschuldete UDSSR und verzichtete im Gegenzug auf begrenzende Festlegungen des 2-plus-4-Vertrags hinsichtlich einer NATO-Osterweiterung.

Hierbei übte die NATO dann in den folgenden Jahren keinerlei Druck auf die osteuropäischen Staaten aus, der NATO beizutreten. Das NATO-Bündnis war für die einstigen Staaten unter sowjetischer Herrschaft wichtig, da sie sich hiervon den Schutz vor einer erneuten russischen Besetzung und Herrschaft versprochen.

Daher ist auch zu fragen: Was hätte es bedeutet, wenn osteuropäische Staaten und die baltischen Länder nicht in die NATO (und die EU) aufgenommen worden wären? Wären insbesondere Litauen, Estland und Lettland jetzt noch souveräne Staaten oder wären sie bereits von den Truppen der Russischen Föderation überrannt worden und per Parlamentsentscheid und Verfassungsänderung in die Russische Föderation eingegliedert?

Ein historischer Fehler war es m.E. dennoch vom damaligen US-Präsidenten George W. Bush 2008 zusätzlich noch der Ukraine und Georgien eine NATO-Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen. Frankreich und Deutschland versuchten ein NATO-Beitrittsversprechen zu verhindern. US-amerikanische Analysten, aber auch russische Spitzenpolitiker, z.B. Putin, hatten mehrfach deutlich gemacht, dass hiermit eine 'rote Linie' überschritten werden würde. Putin hat dementsprechend auch mehrfach angekündigt, dass ein weiteres Heranrücken der NATO die Russische Föderation zu Maßnahmen zwingen würde (vgl. Marcetic 2023). Hätte man vonseiten der NATO die Drohungen des russischen Präsidenten – auch wenn sie völkerrechtlich nicht legitimiert sind – ernster nehmen und die Konsequenzen in Verhandlungen mit Russland ausloten müssen? Wie viel ernsthafte Verhandlungsansätze und –versuche der NATO mit der Russischen Föderation gab es hingegen,

um die Verschlechterungen der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen wieder umzukehren?

Alternativen zur militärischen Eskalation in der Ukraine

Eine weitere Eskalation bestand dann in der völkerrechtswidrigen russischen Besetzung der Krim im Jahr 2014 und in der einsetzenden Sanktionspolitik des Westens.

2014/15 gelang es noch, mit den Verträgen Minsk I und Minsk II vertragliche Regelungen zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation zu schaffen, die u.a. eine größere Autonomie von Luhansk und Donezk vorsahen, was allerdings von Seiten der Ukraine nicht umgesetzt wurde (Funke 2023: 41ff.). Hier hätten die Westmächte und die NATO verstärkt darauf Wert legen müssen, dass die Minsker-Verträge eingehalten werden. Die Minsker-Verträge hinterher auch noch als bewusstes Täuschungsmanöver zu bezeichnen (Merkel, Hollande), um der Ukraine Zeit für die militärische Aufrüstung zu verschaffen, ist nicht nur politische Dummheit, sondern belegt ebenfalls eine völkerrechtlich bedenkliche Haltung.

Der jahrelange wechselseitige Artilleriebeschuss zwischen ukrainischem Militär und russisch unterstützten ostukrainischen Sezessionisten und u.a. ukrainische Regelungen zur Verdrängung der russischen Sprache gaben der russischen Regierung dann den Vorwand für aggressive militärische Maßnahmen. Hierbei war zu beobachten, dass die Russische Föderation zunehmend revanchistisch in Bezug auf die verlorenen Gebiete der einstigen UdSSR wurde. Für derartige geostrategische Interessen wurde dann auch Europa als Ganzes im Sinne eines 'dekadenten Westens' abgewertet und durch Putin 2021 von der 'Dreieinigkeit' Russlands, der Ukraine und Belarus gesprochen. Hier zeichnete sich bereits der im Februar 2022 bevorstehende Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine ab, der u.a. mit Sicherheitsinteressen gegenüber einer sich erweiternden NATO, insbesondere der Annäherung der Ukraine an die NATO, und gebrochenen Versprechen vonseiten des Westens begründet wurden.

Als Alternative wäre es für die Ukraine – aus der nachträglichen Sicht – wahrscheinlich besser gewesen, sich auf den EU-Beitritt zu konzentrieren und in dieser historischen Situation ab 2008 einen neutralen Status verbunden mit Schutzabkommen anzustreben. Für den Donbass wäre dann – im Sinne der Minsker Verträge – eine teilautonome Verwaltung innerhalb ukrainischer Landesgrenzen (ähnlich Südtirol) anzustreben gewesen.

Möglicherweise wäre der Ukraine der Angriff der Russischen Föderation im Februar 2022 erspart geblieben. Gesichert ist dies allerdings nicht, betrachtet man die Vertragssituation. Die Ukraine hatte 1994 im Budapester Memorandum im Rahmen einer KSZE-Konferenz auf der Grundlage der Schlussakte von Helsinki und der UN-Charta mit Russland in einem völkerrechtlich gültigen Vertrag ver-

einbart, dass Russland die in der Ukraine stationierten Nuklearwaffen erhalte und im Gegenzug die Unverletzlichkeit der ukrainischen Grenzen garantiere und die ukrainische Souveränität anerkenne. Auch hier gab es mächtige Schutzmächte, u.a. USA und Frankreich. Trotz dieser eindeutigen vertraglichen Festlegungen hat dies die Russische Föderation nicht davon abgehalten, 2014 die Krim völkerrechtswidrig zu besetzen und im Februar 2022 die Ukraine als Ganzes anzugreifen.

Der russische Entwurf für ein Sicherheitsabkommen im Dezember 2021 am Vorabend vor dem russischen Angriff, der u.a. den Rückzug der NATO aus Osteuropa auf die Linie vor der Osterweiterung, also auf den Stand von 1997, forderte, war nicht akzeptabel für die NATO und die NATO-Staaten. Allerdings hätten Putins Forderungen zur Aufnahme von ernst zu nehmenden Verhandlungen führen können, wenn man sich überhaupt ansetzend am russischen Dokument kurz vor dem Krieg hierauf eingelassen hätte.

Es existiert des Weiteren die Einschätzung, der britische Premier Boris Johnson hätte im Auftrag der NATO und des Westens im Frühjahr 2022 einen bereits weitgehend zwischen Russland und der Ukraine ausgehandelten Friedensvertrag verhindert und auf eine militärische Auseinandersetzung mit westlicher Unterstützung gedrängt. Dieses Narrativ ist aber ungeklärt, da erstens die Johnson-Intervention in dieser Tragweite nicht zweifelsfrei nachgewiesen ist und zweitens überhaupt kein Vorschlag für einen Friedensvertrag als Verhandlungsergebnis vorlag. Insbesondere die zentrale Frage nach der ukrainischen Territorialität bzw. nach Zurückgabe der von der RF besetzten ukrainischen Gebiete war keineswegs geregelt (vgl. Müller 2023). Genehmigungen eines Verhandlungsergebnisses vonseiten der beteiligten Regierungen standen aus. Auch relativierte der ehemalige israelische Premier Naftali Bennett, der als Verhandlungsführer zwischen einer russischen und ukrainischen Delegation fungierte, die von interessierten Kreisen behaupteten Verhandlungsergebnisse, die angeblich durch westliche Intervention verhindert worden wären: „Es ist unklar, ob es überhaupt einen Deal gab, der gemacht werden konnte. Zu der Zeit habe ich dem Ganzen eine 50-prozentige Chance gegeben. Die US-Amerikaner schätzten die Chance deutlich geringer ein. Schwer zu sagen, wer recht hatte.“ (Siggelkow 2023)

Es stellt sich allerdings die Frage, ob die im Frühjahr 2022 in Istanbul vorgenommenen Verhandlungen zwischen Vertretern der Ukraine und der RF von westlicher Seite nicht deutlich hätten unterstützt werden sollen und erste Verhandlungsergebnisse als Ansatzpunkt für eine diplomatische Lösung hätten betrachtet werden müssen. Selbst das von Putin im Frühsommer 2024 vorgebrachte Verhandlungsangebot, das als 'vergifteter Vorschlag' bezeichnet werden kann, da es u.a. die Annexion weiterer Gebiete in den bereits in die russische Verfassung integrierten vier Oblasten vorsah, hätte dennoch als Chance für die Aufnahme von Verhandlungen genutzt werden können. Das Auslassen derartiger Ansatzpunkte für ernsthafte Verhandlungen wird dann auch als Ausdruck der Arroganz westlicher Führungspolitiker und auch der

NATO-Führung kritisiert. Möglicherweise hat der Autor und Dramaturg Fabian Scheidler zumindest teilweise recht, wenn er vorwurfsvoll gegenüber dem Westen seine Kritik zusammenfasst:

Die Unfähigkeit, den Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung zu verstehen, die Maßlosigkeit der Reaktionen, die pompös-narzisstische Selbstinszenierung als Vertreter des Guten, die Denunzierung und Unterdrückung von Kritik, das Fehlen von Empathie gegenüber den Opfern und die Unfähigkeit, auch nur ein Minimum an Komplexität zu erfassen, sind Zeichen einer beängstigenden geistigen Regression in den politischen Eliten der westlichen Welt. Tatsächlich erinnert diese Regression auf beunruhigende Weise an die 'Schlafwandler' am Vorabend des Ersten Weltkrieges. (Scheidler 2024)

Die Frage ist allerdings, ob es sich bei den Entscheidungsträgern tatsächlich vorwiegend um „Schlafwandler“ handelt. Hinter den wahrgenommenen Optionen standen und stehen politische und ökonomische Interessen. Hierbei handelt es sich um einen Konkurrenzkampf unterschiedlicher kapitalistischer Gesellschaftssysteme, die in der Ukraine um geopolitische Vorherrschaft, um Bodenschätze und Landnutzung sowie ökonomische Verwertungssituationen und Märkte kämpfen. Dies beinhaltet auch immer systeminterne Auseinandersetzungen um die prioritär zu verfolgenden Interessen. So stehen ökonomische Interessen, die an einem reibungslosen Welthandel interessiert sind, Interessen des industriell-militärischen Komplexes gegenüber, der sowohl in der RF als auch den USA einen bedeutenden Einfluss auf Regierungsentscheidungen hat. Während die Diskussion in den USA (noch) recht offen geführt werden kann, ist das RF-System wesentlich repressiver und unterdrückt oppositionelle Stellungnahmen massiv mit Strafverfolgung, unmäßig langen Haftstrafen bis hin zur Ermordung Oppositioneller.

Dies bedeutet, dass es einerseits durchaus Entscheidungsträger geben kann, denen die Konsequenz ihrer Entscheidungen – das Taumeln in einen Dritten Weltkrieg – nicht bewusst ist. Andererseits bedeutet es aber vor allem, dass in den Staaten der beiden Hauptakteure des Stellvertreterkriegs in der Ukraine Herrschaftsstrukturen existieren, die eine Militarisierung der eigenen Gesellschaft mit militärischen außenpolitischen Erfolgen zu verbinden suchen. Dies sind Akteure, die bewusst so lange eskalieren und Friedensprozesse boykottieren, bis die Kriegssituation dann tatsächlich eintritt. Allerdings kann es dann sein, dass sie tatsächlich schlafwandelnd in einen Nuklearkrieg hinein taumeln, der nicht nur die handelnden Entscheidungsträger, die gesamten militärischen Strukturen, sondern auch die Systeme als solche zerstören wird.

Die nukleare Bedrohung kommt näher

Das russische Militär greift im ersten Halbjahr 2024 verstärkt die zweitgrößte ukrainische Stadt Charkiw an und bombardiert zivile Infrastruktur. Die NATO

befürwortet inzwischen den aus ihrer Sicht völkerrechtlich legitimen Einsatz westlicher Waffen von der Ukraine aus auf bestimmte militärische Ziele im russischen Gebiet, um u.a. die Angriffe auf Charkiw präventiv zu verhindern. Der französische Präsident spricht sich für den Einsatz westlicher Militärs in der Ukraine aus. Die Ukraine zerstört einen Teil des nuklearen Frühwarnsystems der RF. Putin kontert erneut mit der mit äußerstem Ernst vorgetragenen Drohung, taktische Atomwaffen nicht nur gegen die Ukraine, sondern auch gegen den Westen einzusetzen. Der ehemalige russische Präsident und Ministerpräsident Medwedew drohen mit einem russischen Raketenangriff auf westliche Hauptstädte und einem Dritten Weltkrieg. Die RF führte dementsprechend ein Atomwaffenmanöver durch, um den Einsatz von taktischen Nuklearwaffen zu erproben. Die NATO und Deutschland kündigen auf dem NATO-Jubiläum im Juli 2024 in New York u.a. die Stationierung neuer nuklear bestückbarer Mittelstreckenraketen vom Typ Tomahawk in Deutschland an. Damit werden erstmals seit dem Abzug der atomaren Mittelstreckenraketen im Jahr 1991 im Zuge des INF-Abkommens wieder Raketen auf deutschem Boden stationiert. Daher fordert die IPPNW (2024), die internationale Ärzteorganisation zur Verhinderung eines Nuklearkrieges, „als ersten Schritt eine Risikominderung: Die drei westlichen Atommächte USA, Großbritannien und Frankreich sollten gemeinsam mit China auf Russland zuzugehen und eine Doktrin des Verzichts auf einen Ersteinsatz von Atomwaffen erklären.“

Auch nuklear bestückbare Hyperschallraketen sollen bis 2026 auf deutschem Gebiet stationiert werden und stehen dann den bereits sich in Kaliningrad befindlichen russischen Hyperschallraketen gegenüber. Die RF greift des Weiteren bereits mit Hyperschallraketen mit konventionellen Sprengköpfen in der Ukraine an. Eine russische Mittelstreckenrakete („Oreschnik“) mit konventionellen Mehrfachsprengköpfen mit Hyperschallgeschwindigkeit und Möglichkeit nuklearer Bewaffnung wird im November 2024 weltweit erstmals in einem Krieg gegen die ukrainische Stadt Dnipro eingesetzt. Putin begründet dies als Warnsignal und als Reaktion auf die Freigabe westlicher Raketen in Bezug auf das russische Landesinnere. Äußerst aktuell ist daher der Aufruf kritischer Politikwissenschaftler und für Verhandlungen plädierender Politiker_innen auf change.org (2023), der zum Widerstand gegen Hyperschallraketen in Ost und West aufruft, die in wenigen Minuten mit ihren konventionellen oder nuklearen Sprengköpfen die Hauptstädte der beteiligten Staaten erreichen können. Die Gefahr des Nuklearkrieges ist so nahe wie allenfalls während der Kuba-Krise im Jahr 1962. Jedoch werden Persönlichkeiten und Politikwissenschaftler, die eine nukleare Reaktion nicht ausschließen wollen, als schwache Persönlichkeiten, die auf Putins Drohkulissen hereinfliegen, öffentlich in westlichen Medien stigmatisiert. Drohungen nuklearer Raketenangriffe werden als Angstmacherei und Einschüchterungsversuche herabgestuft. Dennoch: Müssen sich führende westliche Politiker aufgrund ihrer Verantwortlichkeit für die Menschen, die sie repräsentieren, nicht

fragen, ob man eine nukleare Reaktion Russlands tatsächlich ausschließen kann? Wäre es nicht sinnvoller, jetzt endlich eine entschiedene Verhandlungsoffensive zu beginnen, bevor es zu spät ist?

Günter Verheugen und Petra Erler (2024: 14) warnen in ihrem Buch *Der lange Weg zum Krieg* – trotz ihrer Kritik an Russlands völkerrechtswidrigen Angriff – dementsprechend:

Ein Zerstörungswille, der sich auf Russland richtet, zerstört auch uns. Er führt zwingend in die nukleare Katastrophe, denn das ist der einzige Fall, bei dem die nukleare Doktrin Russlands greift: Steht die Existenz des Landes auf dem Spiel, ist der Atomwaffeneinsatz erlaubt. Was in der Welt wäre es wert, herausfinden zu wollen, ob das nur eine leere Drohgebärde ist?

Herfried Münklers Position hingegen, dass es eine EU-Atombombe geben müsse, trägt wenig zu einer diplomatischen Offensive und zur Deeskalation bei:

Die Briten haben zwar Atom-U-Boote, Frankreich die Bombe, aber werden sie die wirklich einsetzen, um Litauen oder Polen zu schützen? Das darf man aus Sicht des Kreml bezweifeln. Wir brauchen einen gemeinsamen Koffer mit rotem Knopf, der zwischen großen EU-Ländern wandert. (Münkler 2023)

Münkler plädiert in diesem Zusammenhang für eine massive Aufrüstung europäischer Staaten und der EU, um Russland abzuschrecken. Diese Überlegungen greift die europäische SPD-Spitzenkandidatin Katharina Barley auf und fordert ebenfalls ein Nachdenken über eine europäische Atombombe, insbesondere angesichts der zukünftig zu erwartenden Unzuverlässigkeit der USA (Wangerin 2024).

Eine derart massive Hochrüstung im konventionellen und nuklearen Bereich aufseiten der Russischen Föderation und des Westens verbunden mit einer sich zuspitzenden Drohkulisse und einer militärischen Eskalation in der Ukraine ist jedoch kontraproduktiv und äußerst gefährlich. Es besteht die Gefahr des 'Point of no Return' und einer nicht zu stoppenden Eskalationsdynamik, wie es Jürgen Habermas (2023) in der Süddeutschen Zeitung formulierte. Irgendwann kann ein Kipppunkt erreicht sein, der die Ereignisse unkontrolliert und chaotisch auf die Welt einstürzen lässt. Wie weit sind wir jetzt von diesem Kipppunkt noch entfernt?

Die Vereinten Nationen konnten hinsichtlich des Kriegs in der Ukraine ihre in der UN-Charta verankerten friedensstiftenden Zielsetzungen bisher nicht umsetzen. Inwieweit es nun im Jahr 2025 den Regierungen der USA und der Russischen Föderation gelingen sollte, einen Waffenstillstand zu erreichen, ist zum Zeitpunkt der Manuskriptabfassung (April 2025) noch nicht geklärt. Es zeichnet sich eher ein ökoimperialistischer Ansatz ab, im Rahmen dessen die erheblichen Bodenschätze der Ukraine untereinander aufgeteilt werden (vgl. Mühlbauer, Koch, Bader, Trautvetter, Moegling (2025 a und b)).

Was lässt sich nun aus der vorliegenden Sichtweise der historischen Entwicklung und Eskalation des Kriegs in der Ukraine friedenspolitisch lernen? Welche friedenspolitischen Konsequenzen müssten daraus gezogen werden?

Derzeit existieren vor allem sieben große Konfliktzonen, die sich jederzeit zu einem militärischen Flächenbrand entwickeln können: Der Krieg in der Ukraine, der Krieg zwischen Israel und der Hamas sowie der Hisbollah – letztendlich gegen den Iran – der von externen Mächten gestützte Bürgerkrieg im Sudan, die sich ausweitenden dschihadistischen Angriffe auf das syrische Regime, die massiven Angriffe der Türkei auf das kurdische Rojava, der drohende Krieg um Taiwan, die militärische Eskalation zwischen den beiden Nuklearmächten Indien und Pakistan. Bei fast allen diesen Kriegen kämpfen nicht nur einheimische bzw. regionale Kräfte gegeneinander, sondern sind jeweils auch maßgeblich externe Mächte involviert, die mit militärischen Mitteln ihre geostrategischen und ökonomischen Interessen durchzusetzen suchen. Es handelt sich daher jeweils um Kriege, die eine Mischform aus zwischenstaatlichen Konflikten, asymmetrischen Kriegen und Stellvertreterkriegen sind.

Hier soll sich nun auf die Frage fokussiert werden, wie noch eine Eskalation des Krieges in der Ukraine zu einem 3. Weltkrieg verhindert werden kann.

Steffen Vogel (2024) entwickelt eine pessimistische Sichtweise gegenüber Verhandlungsansätzen und setzt auf die militärische Abschreckung durch europäische Aufrüstung, wenn sich auf die NATO, im Zuge der Wiederwahl von Trump als US-Präsident, nicht mehr verlassen werden kann:

Wenig spricht jedenfalls dafür, dass sich die Beziehungen zwischen der EU und Russland in den nächsten Jahren entspannen werden. Dafür ist die Verfeindung zu stark und der europäische Vertrauensverlust in die Moskauer Führung zu massiv. Sollte der Ukrainekrieg zudem – was derzeit wahrscheinlich ist – nicht mit einem klaren Sieg für eine Seite enden, sondern mit einem Einfrieren des Konflikts und einem De-facto-Grenzverlauf entlang der Frontlinie, so müsste ein Wiederaufflammen jederzeit befürchtet werden. Glaubhafte Abschreckung bleibt daher für die EU auf absehbare Zeit eine bittere Notwendigkeit – zumindest solange der Frieden in Europa nicht mit, sondern nur gegen Russland gesichert werden kann.

Der Konflikt zwischen der Russischen Föderation, ihren Verbündeten, wie der VR China, Nordkorea und dem Iran, und der Ukraine bzw. dem NATO-Westen ist jedoch in eine neue Eskalationsstufe eingetreten. Der Westen ermöglicht der Ukraine, mit westlichen Waffensystemen auf russischem Gebiet anzugreifen. Dies ist zeitnah mit der ukrainischen Offensive in der russischen Oblast Kursk geschehen. Ukrainische Truppen hatten ein etwa 1000 km² großes Gebiet auf russischem Boden okkupiert (das inzwischen wieder weitgehend verloren wurde). Gleichzeitig werden zunehmend Ziele der Energieversorgung, Schiffe und Flugplätze im russischen Inland angegriffen. Dies wird sicherlich eine russische eskalierende Antwort zur Folge haben – so Putin am 12.8.2024 vor russischen Spitzenbeamten: „Der Feind wird

mit Sicherheit die Antwort bekommen, die er verdient, und alle unsere Ziele werden ohne Zweifel erreicht.“ (Völkner: 2024). Inzwischen hat die Russische Föderation die gesetzliche Grundlage ihrer Nukleardoktrin geändert und hält es für legitim, einen nuklearen Erstschlag auch gegen westliche Atomstaaten zu starten, wenn diese Angriffe mit konventionellen Mitteln im russischen Inland vornehmen.

Die historische Entwicklung ausgelassener Friedensverhandlungen und die damit verbundene fortschreitende Eskalation des immer gefährlicheren Waffeneinsatzes lässt – hieraus lernend – nur eine Schlussfolgerung zu:

Um diese Entwicklung zu stoppen, ist es für die Verantwortlichen in der internationalen Politik m.E. notwendig, endlich aus der Kriegslogik auszusteigen und in eine Friedenslogik einzusteigen. Eine weitere gegenseitige Aufrüstung, die Lieferung immer gefährlicher Waffen in das Spannungsgebiet und die Verschärfung der gegenseitigen Kriegsrhetorik werden unweigerlich zu einer nicht mehr beherrschbaren militärischen Eskalation führen.

Eine Befriedung der Situation würde allerdings mit einer gut organisierten und auf weite Kreise der jeweiligen Bevölkerungen basierenden zivilgesellschaftlichen Friedensbewegung in sich demokratisierenden Systemstrukturen auf beiden Seiten begünstigt werden. Dies scheint allerdings weder für die Russische Föderation, nach dem Ausgang der US-Wahlen noch für die USA sowie auch nicht für die sich unter dem Kriegsdruck immer repressiver entwickelnde Ukraine der Fall zu sein. Auch die unterstützenden Systeme der VR China und insbesondere Nordkorea, die Militärtechnik und Soldaten an die RF liefern, sowie der Iran, weisen keine demokratischen Systemstrukturen auf.

Die Herrschaftsstrukturen der beteiligten Systeme entwickeln sich unter dem Kriegsdruck und der systemischen Ausrichtung ihrer Bevölkerungen immer mehr in eine repressive Richtung, die mithilfe einer Verbindung aus Repression, Manipulation und Stigmatisierung versuchen, innere Proteste zivilgesellschaftlicher Akteure gegen die Militarisierung der Gesellschaften und gegen militärische Lösungen des Kriegs zu unterdrücken.

Daher müsste sich die internationale Gemeinschaft, die Vereinten Nationen, als einzige legitime transnationale Organisation, innerhalb derer alle verfeindeten Akteure noch aufeinander treffen können, hier stärker steuernd eingreifen.

Ein Vorschlag, hier effektiv gegenzusteuern, wäre die Bildung einer wirkmächtigen und hoch legitimierten Verhandlungskommission, die vom UN-Generalsekretär zu leiten ist. Diese Verhandlungskommission müsste aus hochrangigen Vertretern der BRICS- und der NATO-Staaten sowie der Ukraine und der Russischen Föderation bestehen. Hierbei wären die Verhinderung eines Nuklearkriegs und auch des GAU eines ukrainischen oder russischen Atomkraftwerks das oberste Ziel dieser Verhandlungen. Dies kann nur über einen international überwachten Waffenstillstand als Ausgangspunkt für Friedensverhandlungen realisiert werden. Friedensverhandlungen

gen haben die Grenzen zu definieren, dort einen entmilitarisierten Schutzkorridor einzurichten und die Frage der Kontrolle und Sicherung dieses Gebiets durch die Vereinten Nationen zu klären.

Allerdings behindern die Vereinten Nationen sich selbst aufgrund einer undemokratischen Entscheidungsstruktur dieses Systems. Wenn ein Staat, wie die RF, im Falle des eigenen völkerrechtswidrigen militärischen Überschreitens der Grenzen des Nachbarstaates und des Führens eines brutalen Angriffskriegs auf dessen Infrastruktur und auf Zivilpersonen, durch das Vetorecht im UN-Sicherheitsrat sich einen völkerrechtlichen Freifahrtschein ausstellen kann, dann ist zwingend diese Struktur zu verändern, sodass sich völkerrechtlich legitime Interessen in diesem System durchsetzen können.

Relevant könnte auch der chinesisch-brasilianische 6-Punkte-Plan vom Mai 2024 sein, der im September 2024 noch von einem Kommuniqué ergänzt wurde, das den Bezug zum internationalen Völkerrecht, konkret den Festlegungen der UNO-Charta, ergänzte und von zwölf BRICS-Staaten sowie dann auch der Schweiz unterstützt wurde. Dieser Vorschlag enthält sechs Punkte, die auf ein Einfrieren des Kriegs in der Ukraine entlang der Frontlinien, auf Maßnahmen der Deeskalation und der Verhinderung einer nuklearen Eskalation hinauslaufen. Der vor allem von einflussreichen BRICS-Staaten getragene friedenspolitische Vorstoß fordert zu Waffenstillstandsverhandlungen und zur Einhaltung des Völkerrechts auf.

Bezeichnenderweise wurde dieser Vorschlag im Westen weitgehend still geschwiegen. Beispielsweise interessierten sich in Deutschland nur das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) sowie einige Friedensinitiativen für den chinesisch-brasilianischen Friedensvorschlag. Dennoch liegt hier eine Initiative vor, die ernsthaft auch von westlichen Regierungen sowie auch der Europäischen Union untersucht und durchdacht werden sollte. Gerade der erhebliche geopolitische Einfluss der VR China und Brasiliens auf die Regierung der RF könnte hier erhebliche Chancen für die direkte Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen als Voraussetzung von Friedensverhandlungen bieten (Moegling 2024 a und b).

Auch hier ist zu fordern, dass nicht schon wieder Chancen für Diplomatie und Verhandlungen, wie bereits mehrfach in der historischen Analyse des Ukraine-Kriegs dargestellt, ungenutzt bleiben.

Der Vorteil einer Vermittlung über die UNO läge in einer völkerrechtlich legitimen Verhandlungsinstanz, der dann auch die auf Ausbeutung ausgerichteten ökonomischen und geostrategischen Interessen der beteiligten Großmächte (USA und Russland) entschärfen und über die UN-Generalversammlung auch andere Sichtweisen einbringen könnte, die den völkerrechtlich legitimen Interessen der angegriffenen Ukraine entsprechen.

Die Vorteile eines Kriegsendes müssen im Vordergrund stehen

Wenn eine Umsteuerung von der militärischen Eskalation zur friedenspolitischen Verständigung erfolgen soll, dürfte sich angesichts der strukturellen Problematik bzw. der Ausübung illegitimer Herrschaft in den beteiligten Gesellschaftssystemen im Sinne eines Verhandlungserfolgs vor allem die Frage stellen, welche Vorteile die Kriegsparteien hiervon hätten (Moegling/Funke 2024). Systeme, denen vor allem an der Stabilisierung ihres Herrschaftsanspruchs gelegen ist, müssen vor allem hinsichtlich der positiven Auswirkungen einer Kriegsbeendigung angesprochen werden.

Zunächst einmal sind hier an erster Stelle die Beendigung des gegenseitigen Tötens, der Vernichtung menschlichen Glücks und ihrer sozialen Existenzen und die Zerstörung von Umwelt und Infrastruktur sowie die Reparatur massiver ökonomischer Schäden zu nennen. Allein dies müsste als Motivation für einen ernsthaften Verhandlungsbeginn ausreichen, ist aber möglicherweise für beide Seiten nicht ausschlaggebend.

Die Vorteile für die Russische Föderation und Belarus wären unter einer ökonomischen Perspektive ebenfalls offenkundig: Aufhebung der westlichen Sanktionen, verstärkte Wirtschaftsbeziehungen, Wiedereingliederung in westlich orientierte transnationale Wirtschaftsinstitutionen.

Die Ukraine hätte den ökonomischen Vorteil einer internationalen Unterstützung im Wiederaufbau der ukrainischen Wirtschaft, den möglichen mittelfristigen Beitritt zur EU und dem damit verbundenen Sicherheitsversprechen sowie die Milliarden-Subventionen, insbesondere für ihre Landwirtschaft.

Unter einer sicherheitspolitischen Perspektive könnte der Verzicht der Ukraine auf einen NATO-Beitritt (zugunsten einer späteren EU-Aufnahme der Ukraine) für die Russische Föderation aus ihrer Sicht ein entscheidender Kriegsgrund sein, der damit wegfallen dürfte.

Für beide Staaten böte sich der Vorteil einer Transformation von Ressourcen extraktiven und auf Kriegswirtschaft umgestellten Staaten auf eine nachhaltige Entwicklung im Einklang mit den 17 SDGs der UN. Hiermit verbunden wären international abgestimmte Abrüstungsmaßnahmen, um über die hier entstehende Friedensdividende umfassende Ressourcen für sozialstaatliche und ökologische Maßnahmen frei werden zu lassen.

Für Russland und Belarus würde der Weg in der Nachkriegszeit weg vom aus der Sicht des Westens gesehenen Image als eines Paria-Staats hin zur Wiederaufnahme in die internationale Staatengemeinschaft führen, die über die Anerkennung in den BRICS- und den OSC-Staaten hinausgeht. Zunächst könnte hier die Zusammenarbeit in der OSZE und dem NATO-Russland-Rat wieder aktiviert werden und könnte Russland wieder zur Gruppe der G8 hinzugenommen werden.

Dennoch dürfen Hunderttausende Tote und Schwerverletzte, massenhafte Kriegsverbrechen und die Zerstörung auf allen Ebenen dann nach einem Friedensschluss aus Opportunitätsgründen nicht verdrängt werden. Es muss daher nach einem Friedensvertrag und einer stabilisierten Situation eine strafrechtliche Verfolgung von dokumentierten Kriegsverbrechen vorgenommen werden. Aber es sollten auch Konfliktkommissionen ähnlich den von Nelson Mandela initiierten südafrikanischen Wahrheits- bzw. Versöhnungskommissionen nach dem Ende der Apartheid gebildet werden, wo eine Konfrontation von Tätern und Opfern und Familien getöteter Zivilisten und Soldaten erfolgen müsste. Dies wird das geschehene Unrecht und das entstandene menschliche Leid nicht wieder ausgleichen können, wird aber dabei helfen, die traumatischen Ereignisse so verarbeiten zu können, dass ein Weiterleben mit dem Erlebten möglich wird.

Eine gemeinsame Aufarbeitung der traumatischen Kriegssituationen im Zuge sich – im günstigsten Fall – demokratisierender Gesellschaftssysteme wäre die Voraussetzung für einen echten Frieden, einem positiven Frieden im Sinne Johan Galtungs (1998).

Ohne eine gemeinsame Bearbeitung der entstandenen Traumata, ohne die rechtsstaatliche Verfolgung der Kriegsverbrecher auf beiden Seiten und ohne den Abbau struktureller Gewalt in den beteiligten Systemen, wird es allenfalls zu einem Waffenstillstand und dann möglicherweise wieder zur Auslösung von Kriegshandlungen kommen. Auch eine imperialistisch orientierte Vereinbarung zwischen der US-Regierung und der russischen Regierung allein auf Kosten der Ukraine kann nicht als friedenspolitische Lösung angesehen werden. Ein Trump-Putin-Deal würde die legitimen Interessen der Ukraine übergehen und stellt die Voraussetzung für weitere militärische Konflikte dar. Es bleibt abzuwarten, ob sich das in der UN-Charta festgelegte Völkerrecht durchsetzen wird oder sich die Profitinteressen sowie geopolitischen Ambitionen derjenigen Eliten durchsetzen werden, die sich die politische Herrschaft in den militärisch mächtigsten Staaten bisher sichern konnten.

Quellen

- Arends, Johannes (2021): Ex-NATO-Chef: „Putin wollte zu Beginn seiner Amtszeit beitreten“. In: Kurier, <https://kurier.at/politik/ausland/ex-nato-chef-putin-wollte-zu-beginn-seiner-amtszeit-beitreten/401794270>, 4.11.2021.
- change.org (2023): Gegen die atomare Bedrohung, Aufruf gestartet von Bernhard Trautvetter. In: <https://www.change.org/p/gegen-die-atomare-bedrohung>. 15.12.2023
- Esch, Christian/Heuser, Olaf (2024): Hat Putins Krieg gegen die Ukraine auf dem Maidan begonnen? In: <https://www.spiegel.de/ausland/hat-putins-krieg-gegen-die-ukraine-auf-dem-maidan-begonnen-a-b15b611e-31b6-406d-bb5c-f3680c30e1e8>, 24.2.2024.
- Funke, Hajo (2023): Verhandeln ist der einzige Weg zum Frieden. Berlin: Die Buchmacherei.
- Galtung, Johan (1998): Frieden mit friedlichen Mitteln. Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur. Opladen: Leske&Budrich.

- Gschoßmann, Christoph (2024): Ex-Nato-Befehlshaber rät zu weiteren Mitgliedern – und nennt konkrete Länder. In: Frankfurter Rundschau, <https://www.fr.de/politik/nato-mitglieder-japan-australien-neuseeland-suedkorea-china-zr-92999086.html>, 11.4.2024.
- Habermas, Jürgen (2023): Ein Plädoyer für Verhandlungen. In: Süddeutsche Zeitung, <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/juergen-habermas-ukraine-sz-verhandlungen-e159105/?reduced=true>, 14.2.2023.
- IPPNW (2024): Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine. Eine Sammlung bestehender Vorschläge und möglicher Schritte, den Krieg in der Ukraine durch Diplomatie statt durch Waffen zu beenden. In: IPPNW, https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Waffenstillstand_und_Frieden_Ukrainekonflikt.pdf, 6. Aufl. 2/2024.
- Kornelius, Stefan (2014): Szenen einer Ehe. In: Süddeutsche Zeitung, <https://www.sueddeutsche.de/politik/nato-und-russland-szenen-einer-ehe-1.2116164>, 6.9.2014.
- Marcetic, Branko (2023): Der „unprovozierte Krieg“: Wenn Stoltenberg & Co. die Wahrheit über die NATO-Erweiterung sagen. In: Telepolis, <https://www.telepolis.de/features/Der-unprovozierte-Krieg-Wenn-Stoltenberg-und-Co-die-Wahrheit-ueber-die-Nato-Erweiterung-sagen-9314024.html?seite=all>, 23.9.2023.
- Masala, Carlo (2022): Weltunordnung. Die globalen Krisen und die Illusionen des Westens. 5. Auflage. München: C.H. Beck, <https://doi.org/10.17104/9783406793271>.
- Merkel, Reinhard (2012): Die NATO-Intervention gegen das Gaddafi-Regime war illegitim. In: Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/140315/meinung-die-nato-intervention-gegen-das-gaddafi-regime-war-illegitim/>, 11.7.2012.
- Moegling, Klaus (2024a): Chinas und Brasiliens Friedensplan für die Ukraine: Die Schweiz unterstützt ihn schon. In: der Freitag, <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/ukraine-die-schweiz-unterstuetzt-den-chinesisch-brasilianischen-friedensplan>, 11.10.2024.
- (2024b): Welche Chancen bietet Chinas und Brasiliens Friedensplan? In: Frankfurter Rundschau, <https://www.fr.de/politik/welche-chancen-bietet-chinas-und-brasiliens-friedensplan-93375387.html>, 25.10.2024, 3.11.2024.
- Moegling, Klaus/Funke, Hajo (2024): Wie können Friedensverhandlungen gelingen? In: Frankfurter Rundschau, <https://www.fr.de/politik/wie-koennen-friedensverhandlungen-gelingen-93285926.html>, 6.9.2024.
- Mühlbauer, Josef/Koch, Karl-Wilhelm/Bader, Rolf/Trautvetter, Bernhard/Moegling, Klaus (2025a): Öko-Imperialismus: Der neue Kampf um die Bodenschätze in der Ukraine. Teil I. In: Telepolis, <https://www.telepolis.de/features/Oeko-Imperialismus-Der-neue-Kampf-um-die-Bodenschaetze-der-Ukraine-10311845.html>, 11.3.2025.
- (2025b): Von der Ukraine zum Atomkrieg? 91 Milliarden US-Dollar für das Ende der Menschheit. Teil II. In: Telepolis, <https://www.telepolis.de/features/Von-der-Ukraine-zum-Atomkrieg-91-Milliarden-US-Dollar-fuer-das-Ende-der-Menschheit-10313340.html>, 12.3.2025.
- Münkler, Herfried (2023): Interview mit Medick, Veit/Rosenkranz, Jan: „Politologe Herfried Münkler: Europa muss atomare Fähigkeiten aufbauen.“ In: <https://www.stern.de/politik/ausland/herfried-muenkler---europa-muss-atomare-faehigkeiten-aufbauen--34238700.html>, 29.11.2023.

- Schäfer, Paul (2023): Die Johnson-Legende, oder: Wie der Westen den Frieden verhinderte. In: https://europa.blog/de/die-johnson-legende-oder-wie-der-westen-den-frieden-verhinderte/?fbclid=IwAR0QkJiw1A9_0L0CF-quVUYjnvDjDgBCwDm-1SEyU-o2s9KKKhQnJAUG6_4ZI, 23.2.2023.
- Scheidt, Fabian (2024): Nahostkonflikt, Ukraine-Krieg: Militarisierung und Aufrüstung machen den Westen noch unsicherer. In 'Berliner Zeitung': <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/nahostkonflikt-ukraine-krieg-militarisierung-und-aufruestung-machen-den-westen-noch-unsicherer-li.2211702,4.5.2024>.
- Schmid, Ulrich (2021): Vom Beitrittswunsch zur Bedrohung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), <https://www.faz.net/aktuell/politik/politische-buecher/nato-und-russland-vom-beitrittswunsch-zur-bedrohung-17345639.html>, 25.5.2021.
- Siggelkow, Pascal (2023): Westen hat Waffenstillstand nicht verhindert. In: <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/ukraine-russland-frieden-101.html>, 17.2.2023.
- Varwick, Johannes (2018): Die Zukunft der NATO. In: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik (GWP), 67. Jg., H.2/2018, 201-210, <https://doi.org/10.3224/gwp.v67i2.05>.
- (2022): Der Ukraine-Krieg muss eingefroren werden. In: Der Freitag, <https://www.freitag.de/autoren/johannes-varwick/warum-der-ukraine-krieg-eingefroren-werden-muss>, Ausgabe 30/2022.
- Verheugen, Günter/Erler, Petra (2024): Der lange Weg zum Krieg. Russland, die Ukraine und der Westen: Eskalation statt Entspannung. München: Wilhelm Heyne Verlag.
- Vogel, Steffen (2024): Den großen Krieg verhindern. Der ukrainische Überlebenskampf und die Verantwortung Europas. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, <https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/februar/den-grossen-krieg-verhindern>, 'Blätter' 2/2024, 67-75.
- Völkner, Paula (2024): Putin wütet wegen Kursk-Angriff gegen Westen – Kiew rechnet mit „gigantischer Antwort“. In: Frankfurter Rundschau, <https://www.fr.de/politik/kursk-offensive-2024-ukraine-krieg-putin-kiew-angriff-region-russland-zr-93239719.html>, 13.8.2024.
- Wangerin, Claudia (2024): EU-Atomwaffen: Lernt die SPD die Bombe lieben? In Telepolis: <https://www.telepolis.de/features/EU-Atomwaffen-Lernt-die-SPD-die-Bombe-zu-lieben-9627538.html>, 14.2.2024.

Kapitel 3:
Diskurse, Öffentlichkeit, Medien &
Wissenschaftsethik

In einer Welt von beschleunigten Informationsflüssen, in einer Zeit von Deepfake, Fake News (Mühlbauer et al. 2024a), Echokammern, Clickbaiting, Shadow-Banning und kognitiver Kriegsführung (Tögel 2023) ist die kritische Friedensforschung vor zentralen Herausforderungen gestellt: Wie entstehen neue Feindbilder? Welche Diskurse werden zur öffentlichen Meinung, welche werden mystifiziert oder diffamiert? Wie tragen gesellschaftliche Narrative und Erzählungen dazu bei, Gewalt oder gar Kriege zu legitimieren? Welche Macht haben Wörter und Bilder? Dieses dritte Kapitel widmet sich diesen Fragen und untersucht, wie Diskurse in den Medien und in der Wissenschaft friedenspolitische Debatten mitgestalten, bzw. unterbinden. Die vorausgehende Annahme ist, dass Frieden nicht nur ein bloßes Ergebnis politischer Verhandlungen und die bloße Abwesenheit von Krieg ist, sondern insbesondere ein stark umkämpftes narratives Feld darstellt.

Die Rolle von Wissenschaftler:innen und Medien ist eine historisch ambivalente. Einerseits sind sie Autoritäten der Aufklärung und Emanzipation, andererseits dienen sie auch zur Reproduktion von bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Wie können Wissenschaft und Medien ihre eigene Rolle im System und somit ihre eigene Positionalität kritisch reflektieren, ohne dabei in Relativismus oder Selbstzensur zu verfallen? Eine transdisziplinäre Verbindung von kritischer Medienkompetenz (Mühlbauer et al. 2024b) und Friedensforschung hilft, die diskursiven Machtgefüge kritisch zu hinterfragen und Propaganda zu dekonstruieren. Die Beiträge des folgenden Kapitels sind somit nicht nur als wichtige Analysen zu betrachten, sondern auch als Appell an die Friedensforschung, sich mit der medialen und diskursiven Einbettung in Macht- und Herrschaftsverhältnissen auseinanderzusetzen. Insofern öffnet sich der Blick darauf, dass Medien und Wissenschaft sowohl Teil des Problems, als auch Teil der Lösung sein können.

Quellen

- Josef Mühlbauer et al. (2024a): Gegen Falschinformationen immunisieren? Potenziale und Grenzen von Prebunking. In: Magazin Erwachsenenbildung. Ausg. 52.
- (2024b): Kritische Medienkompetenz in der Erwachsenenbildung als aufgeklärte Medienpädagogik? In: Medienimpulse, Jg. 62 (1), 21 Seiten.
- Tögel, Jonas (2023): Kognitive Kriegsführung. Neueste Manipulationstechniken als Waffengattung der NATO. Westend Verlag.

Gertrud Brücher

Pax oder Eirene – Zweierlei Maß – Zur Logik der Diplomatie

Einleitung: Semantische Konfusionen um die Begriffe Krieg und Frieden

Der Krieg in der Ukraine ist Titel und Stichwortgeber für ein Thema, das den Auftakt für eine neue systemtheoretisch inspirierte Diskussion liefern sollte. Was diese kennzeichnet, ist ein methodischer Fokus reflexiven Beobachtens: Das unmittelbare affekt- und diskursgetriebene Werten und Bewerten aktueller Ereignisse wird gewissermaßen unterschritten, indem weniger Ereignisse, Handlungen oder Personen mit Hilfe bestimmter Unterscheidungen kategorisiert werden. Vielmehr konzentriert sich die Analyse auf die Beobachtung zugrundeliegender Beobachtungsweisen, auf die verwendeten Schemata. Ein solcherart nüchterner Blick mochte unter dem unmittelbaren Eindruck der militärischen Intervention Russlands und deren medialer Resonanz schwerfallen.¹ Im historischen Abstand und weiteren gefährlich eskalierenden Kriegen im Nahen Osten lässt sich womöglich trotz fortlaufender Kämpfe Distanz gewinnen und das humane Reservoir der Kybernetik zweiter Ordnung weiter ausschöpfen. So zielt der vorliegende Beitrag darauf ab, die beiden konzentrisch angeordneten Kreise internationaler und innerstaatlicher Dynamiken des Kriegsgeschehens auf jene sehr grundsätzliche Unterscheidung von Krieg und Frieden hin zu durchbrechen. Ein solches Vorgehen treibt das reflexive Beobachten ins Extrem und fokussiert auf das Zentrum der beiden Kreise, den Begriff Krieg. Warum 'Krieg' oder sogar 'Angriffskrieg' und nicht 'Spezialoperation', 'Humanitäre Intervention', 'Demokratieexport', 'Out of Area Einsatz'? Diese Frage ist falsch gestellt, wenn bloß die Perspektive der Gegner und Feinde beleuchtet wird. Sie ist in angemessener Weise gestellt, wenn statt die Seiten zu wechseln, das Faktum der Differenz als Kern der Friedensproblematik erkannt ist.

Bedeutet *reflexives Beobachten* im Falle militärischer Konflikte insofern bloß eine Zusammenschau von Perspektiven? Wenn ja, wie sollte dies möglich sein, wenn es sich um inkompatible Sichtweisen handelt? Infolge dieser kaum lösaren Problematik bietet es sich nicht zuvörderst an, nach Anhaltspunkten für das reziproke und konsensuale Urteil zu suchen. Die Überzeugung, dass alle gutwilligen

1 Siehe die Beiträge in Barbara Kuchler (2023).

und wohlmeinenden Akteure sich für eine bestimmte Lesart und eine bestimmte Situationsdefinition gewinnen lassen, wenn nur hinreichend rationale Argumente beschafft werden können, mochte zwar für den Beginn des Ukrainekrieges aussichtsreich erscheinen. Die Vereinten Nationen verurteilten mehrheitlich die russische Intervention als Verletzung des Artikels 5/4 der UN-Charta und gestanden der Ukraine ein Recht auf Selbstverteidigung zu. Da selbiges aber unlösbar an das Gebot der Aufnahme simultaner Friedensverhandlungen gebunden und der Präsident der Ukraine Wolodymyr Selenskyj schließlich sogar Verhandlungen mit Russland per Dekret verboten hat, brach die Weltgesellschaft wieder auseinander.² Die Beurteilung von inkompatiblen Perspektiven wird auch dadurch erschwert, dass sie die Kenntnis postkolonialer Kritik der internationalen Beziehungen voraussetzt. Diese wirft ein Licht auf die hegemoniale Völkerrechtspolitik des Westens (Simon 2023: 292-294). So kam es zu weltweiter Empörung, als ein bereits im Monat nach dem russischen Angriff auf die Ukraine in Istanbul ausgehandeltes Friedensabkommen am britisch-amerikanischen Widerstand scheiterte. Dieses Dokument hatte den Verzicht auf NATO-Mitgliedschaft und die Umsetzung der Minsker Verträge in Aussicht gestellt und als Vorleistung den Abzug russischer Truppen aus Kiew bewirkt (Diesen 2024). Selbst innerhalb der USA wurde vor einer Politik gewarnt, die mit dem Festhalten an der NATO-Erweiterung auf das Gebiet der Ukraine eine rote Linie Russlands bewusst ignoriert (Mearsheimer 2024).³ Nicht nur scheint es dieser Lesart gemäß gefährlich, eine Atommacht herauszufordern, vollends unverständlich wird dieser Schritt angesichts der eigenen mit der Monroe-Doktrin zementierten roten Linien. Die Kuba-Krise von 1962 zeigt die Reaktion der USA auf den Versuch einer fremden Macht, mit ihrem Sicherheitssystem in den eigenen politischen Vorhof eindringen zu wollen.

Inzwischen gilt der Ukrainekrieg außerhalb des globalen Westens als Versuch, die seit dem Ende des Ost-West-Konflikts etablierte unipolare Weltordnung mit allen Mitteln zu verteidigen und jegliche Konkurrenz auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet aus dem Feld zu schlagen. Diese Interpretation reiht den Krieg in die lange Tradition von Regime-Change-Operationen ein (O'Rourke 2023). Die andere am Führungszentrum der Vereinigten Staaten orientierte Welt sieht im Ukrainekrieg das demokratisch-freiheitlich-rechtsstaatliche Prinzip im Kampf gegen die autokratisch-totalitäre Herausforderung. (Applebaum 2024).

Von diesen unvereinbaren Kontextualisierungen hängen nicht nur Solidarität und begründungs-ideologisch-militärtechnische Unterstützungsleistungen ab, sondern im

2 Siehe dazu den Bericht im Tagesspiegel vom 5.10.2022

3 Hinzu kommt seit 2002 die National Security Strategie (NSS), bekannt als Bush-Doktrin oder Wolfowitz-Doktrin. Ziel: Erhalt und Ausweitung der US-Hegemonie mittels Führen von Präventivkriegen. Siehe dazu Seldon S. Wolin (2022).

Vorfeld gewählte Terminologie und semantische Diktion. Wollte man hier anschließen, so müssten die Positionen einander gegenübergestellt und in ihrer Plausibilität überprüft werden. Diese Vorgehensweise ist mit dem Problem der *petitio principii* behaftet: Theoretisch-praktische Konsenssuche setzt die Existenz dessen voraus, wonach sie sucht, nämlich die allgemein geteilte Wirklichkeitskonstruktion und eine daraus fließende übereinstimmende Rationalität.

Das im sicherheitspolitischen Dementi reziproker kognitiver und moralischer Bemessungsgrundlagen fundierte gesellschaftliche Klima hatte Niklas Luhmann (1984: 148-190) dazu bewogen, statt von Reziprozität von Asymmetrien auszugehen und die krampfhaft stets enttäuschende Konsenssuche durch Umweltorientierung zu ersetzen. Damit ist die im Titel gestellte Frage, ob es geboten oder verboten ist, mit zweierlei Maß zu messen, auf eine spezifische Weise beantwortet: Es ist insofern geboten, als es schlechterdings unmöglich ist, die Kampfhandlungen nicht im Kontext von Vorentscheidungen einzuordnen. Im Kontext der Annahme, dass der Angriff Russlands auf die Ukraine den Beginn einer groß angelegten imperialen Landnahme ist, sind die Staaten des Westens durchaus zu richterlichem Urteil und zu Strafaktionen befugt (Brunk/Hakimi 2022). Denn die eigenen Militärinterventionen sind im Narrativ der Verhinderung eines neuen Auschwitz (Jugoslawien), der Terrorismusbekämpfung (Afghanistan), der Umgehung des Proliferationsverbots (Irak), der Schutzverantwortung (Libyen) oder dem Kampf gegen einen Autokraten (Syrien) wohlbegründet.

Zugleich ist das Messen mit zweierlei Maß verboten, da moralische unweigerlich symmetrische Kommunikation ist: Die Maxime des Gewaltverbots der UN-Charta bindet beide Seiten. Dies Symmetriegebot taucht bei Luhmann (2008: 270-347) nicht als normative Moral- oder Rechtsformel auf, sondern als kognitiver Befund: Es ist nicht möglich zu verhindern, dass die eigenen Handlungen an den Maßstäben gemessen werden, die man an das Verhalten anderer anlegt. Diese auf Symmetrie gebaute Logik moralischer Kommunikation hatte auf Betreiben des globalen Südens mit dem Vertrag von Kampala (Uganda) im Jahre 2010 schließlich Eingang ins kodifizierte Recht gefunden. All jene vom Westen ausgehenden als humanitär gerechtfertigten Militärinterventionen sollten nunmehr als Straftatbestand der Aggression geahndet werden.⁴

Der fremde Blick erklärt die Asymmetrie nicht aus Unterschieden in der moralischen Dignität von Begründungen, sondern aus dem falschen Spiel verbrämter Interessen: Der Separatismus der Kosovo-Albaner galt dem Westen 1999 nur deshalb

4 Thorsten Bonacker (2019) beleuchtet die nicht-westlichen Perspektiven des Human-Security Ansatzes mit der Frage „Wann werden die Vereinten Nationen Truppen nach Kalifornien senden?“ Zu den Anwendungsproblemen dieser Norm vgl. Kai Ambos (2010, 655).

als gut und der militärischen Unterstützung würdig, weil hiermit ein Teil Serbiens dem Einflussbereich Russlands entzogen werden konnte. Der Separatismus der Ost-Ukraine gilt ihm nun als böse und militärisch zu unterbinden, weil hiermit ein Teil der Ukraine in den russischen Einflussbereich integriert wird. Auf das Völkerrecht können sich indes beide Positionen berufen, da mit dem *Selbstbestimmungsrecht* separatistische Bestrebungen zugelassen und mit der garantierten *Integrität und Souveränität eines Staates*, dessen Kampf um Einheit Unterstützung findet.⁵

Damit ist die unvermeidliche Kontext-Hypothese jeglicher Autorität beraubt. Das Völkerrecht zwingt zur Entparadoxierung inkompatibler Gebote und insofern zur Diplomatie. Es ist gleichgültig, ob die NATO-Staaten oder ob Israel die eigenen Militäroperationen selbst als wohlbegründet ansehen. Die gegenläufige Hypothese der in ihrer Mitgliederzahl ständig wachsenden BRICS-Staaten ordnen westliche sicherheitspolitische Vorstöße in den Kontext paternalistisch-imperialistischer Übergriffigkeit. Für die Beobachtung dieser unüberbrückbaren Nichtkoinzidenz kognitiven und moralischen Urteils bietet Luhmann (1981: 67-80) das Schema Erleben-Handeln an: Wir erleben unsere Militärinterventionen als alternativlose Reaktion auf den internationalen Terrorismus, auf autokratische die eigene Bevölkerung terrorisierende Regime oder auf Völkerrechtsbruch, während die Aggressionen der Anderen grundsätzlich als Handeln verbucht und somit als „schwere Missachtung etablierter Rechtsnormen“ oder sogar als „genozidale Kriegführung“ (Simon 2023: 281) einem verbrecherischen Naturell zugerechnet werden.

Diese paradoxe Ausgangslage untergräbt die allgemeingültige und einheitliche Unterscheidung von Krieg von Frieden. Nicht nur die Sprache, sondern mehr noch die Verhältnisse selbst sind janusköpfig. Aber bedeutet dies, dass Prämissen und infolgedessen auch kognitive und moralische Konklusionen genuin parteiisch sind? In diesem Fall wäre der Beobachter⁶ als jener Akteur, der eine Unterscheidung macht, auch Initiator verfeindender *Frames*. Und es wäre aussichtslos, über Krieg und Frieden außerhalb konsolidierter *Thinktanks* zu reflektieren. Wer sich an Kommunikation beteiligt, ist immer mitten im Geschehen und somit mitten in gerade aktuellen Zuschreibungen. Dies gilt für alle Konflikte und Streitfragen. Was also ist Krieg, wenn der Begriff nur für die tödlichen Operationen der Feinde reserviert wird, während wir im Verbund mit unseren Freunden militärisch nur *'engagiert'* sind? Hierbei geht es dem eigenen Vernehmen nach um Friedensmissionen im weitesten Sinne selbst dort, wo das Völkerrecht gebrochen und militärische Operationen auf

5 Zum Grundproblem siehe am Fall des Kosovokrieges die Beiträge in Merkel (2005)

6 „Der Beobachter“ ist im Rahmen formlogisch-systemtheoretischen Begrifflichkeit ebenso wie „der Akteur“ ein Topos der Zurechnung. Er kann sich auf Institutionen, Staaten, Personen oder Organisationen beziehen und darf deshalb nicht in personenbezogene Gendersprache übersetzt werden.

eine außergesetzliche *Koalition der Willigen* gegründet werden. Dies ist in einer Welt globaler digitaler Vernetzung keine semantische Petitesse, sondern berührt den Kern minimaler Voraussetzungen von Kommunikation und Kooperation.⁷

Das Symmetriegebot der Moral greift auf die Kognition über und setzt alle an Kommunikation beteiligten Akteure unter Zugzwang: Es lässt sich nicht vermeiden, dass öffentliche Verlautbarungen und Stellungnahmen von allen Nutzern des World Wide Web überprüft werden. Offensichtlich verliert das adäquate Urteil seine soziale Bodenhaftung, seinen Ort in homogenen Welten der Verständigung und Vorverständigung. Krieg ist Frieden und Frieden ist Krieg, weil die diskursive Basis dieser oder jener Zuordnung zu rasch mutiert. Damit ändert sich viel. Denn verliert parteiisches Werten an Plausibilität, so wird Freund-Feind-Denken auf eine spezifische gesellschaftsstrukturell bedingte Weise anachronistisch. Mit wenigen Klicks lässt die Recherche im Internet den Wahrheitsanspruch testen, und zwar in seiner trilogischen Struktur, wie sie Jan Assmann (2015: 389f.) herausgearbeitet hat. Am wenigsten sind Zweifel angebracht, wenn die bereits einen Monat nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs in Istanbul weit vorangetriebenen Friedensverhandlungen als historische Wahrheit überprüft werden. Zweifel schleichen sich ein, wenn dies Ereignis als narrative Wahrheit in Verbindung mit dessen massenmedialer Verbreitung gebracht wird. Jeglicher Realitätsgrundlage beraubt wird der Friedensentwurf jedoch im Lichte seiner performativen Wahrheit, die Dementi oder Ignoranz zur Grundlage politisch-militärischen Handelns macht.

Ein Set von Anachronismen tritt im Anschluss an diese Beobachtung zutage. Zum einen verdrängt die digitalisierte globale Öffentlichkeit das funktionale auf Autorität und Expertentum gegründete Differenzierungsprinzip und verunsichert bezüglich der Zurechnung von Entscheidungen auf Erleben (*‘humanitäre Intervention’*) oder Handeln (*‘Aggression’*). Das Frieden-Krieg-Schema geht seiner klärenden Zweitcodierung durch die Unterscheidung von Freund und Feind verlustig. Unweigerlich zieht die Entkoppelung der fest gefügten Codestruktur auch jene überkommene Friedenssemantik in Mitleidenschaft, die an das machtgestützte Monopol legitimer Gewaltsamkeit geknüpft ist. Und Weltgesellschaft tritt als Letzthorizont jeder Kommunikationsofferte auf den Plan.

7 Vor diesem Hintergrund und der notwendigen Selektivität von wissenschaftlichen Ansätzen kann das allgemeine Urteil, Krieg sei aus historischen, biologischen, anthropologischen, psychologischen und ökonomischen Gründen „normal“ (Overy 2024), nur als Stütze des militärischen gegenüber dem diplomatischen Mittel gelesen werden. Zum umgekehrten Urteil, Krieg sei im Gegensatz zum langweiligen Frieden die aufregende Ausnahme, kommt Michael Mann (2024).

Vor diesem Hintergrund verschmilzt ein zum „Gegenangstbegriff“ (Luhmann 1984: 453) gesteigerter Friede mit seinem Gegenteil.⁸ Er kann sich nicht länger als einzig richtiges Gesellschaftsmodell und global gültiges Weltordnungsprinzip behaupten. Was einen als Schutz vor Gewalt, vor Not und Ungerechtigkeit verstandenen Frieden konturiert, sind all jene Fälle, in denen die Abwesenheit eines Schutzes und somit Gewalt registriert wird. Das Monopol legitimer Gewaltsamkeit verflüchtigt sich in die Verbreitungsmedien und damit ins globale Netz. Dieses skandalisiert diese eine Gewalt und lässt jene andere unter den Tisch fallen, aber nur für den Moment. Im nächsten Augenblick richtet sich der Fokus auf ganz andere Gräueltaten und fordern Teile der Weltöffentlichkeit heraus. Krieg wird jetzt ubiquitär, da sich die Druckpunkte vervielfältigen, die auf die entsprechenden Militärapparate ausgeübt werden.

Lokale Krisenherde weiten sich zu globalen. Denn wer wollte ein allgemein übereinstimmendes Kategoriengerüst diktieren und wer sollte den Regierungen vorschreiben, wie sie sich gegen die aktuelle und potenzielle Gewalt ihrer Widersacher in der Ukraine, in Russland, in Israel, in Gaza, im Libanon oder im Iran zur Wehr zu setzen haben?⁹ Der Kampf gegen Gewalt und dies in den personellen, strukturellen und kulturellen Dimensionen wird zur *Friedensfazilität* ganz im Sinne des lateinischen Begriffes *facilitate*, der erleichtern bedeutet.¹⁰ Lange bevor dieser Begriff eine Umkehrlogik zementieren konnte, hatte er einen auf immer neue Feinde zu richtenden abstrakten Kampfeswillen geformt. Dieser bezieht alle Waffengattungen ein, die kommunikativ-verbalen und die industriell-technischen: An die Stelle der Landesverteidigung treten mobile Eingreiftruppen, die in beliebigen Konfliktherden der Welt jederzeit global einsatzbereit sind. Dieses offensive Konzept *Gerechten Friedens* verlangt zivil-militärische Operationen weltweiter Implementierung.¹¹

Die allgemeinen Konfusionen beschränken sich jedoch keineswegs auf verfeindende Sprachverwirrung, sondern tangieren tief verankerte gedankliche Muster. Im Zuge sich selbst überlebender Semantiken verliert die klassische abendländische ‘Entweder-Oder’-Logik an Boden und ersetzt sie durch eine transklassische mehr-

8 Innerhalb der IB-Forschung wird dieses Problem als Differenz von sicherheitspolitischer (Selbstschutz) und friedenspolitischer (gemeinsamer Schutz) Logiken und damit als intentionale Stoßrichtung von Semantiken behandelt. Kritisch dazu Lothar Brock (2024).

9 Zur Paradoxie des Nahost-Konflikts siehe jetzt Michael Lüders (2024).

10 Neben den soziologischen und psychologischen suchen systemtheoretische Zugänge auch die Dislokationen, die subtilen Sinnverschiebungen des Phänomens zu erfassen. Siehe dazu die Beiträge in Körner/Kron/Staller (2022).

11 Eine breite Auseinandersetzung mit dem Konzept Gerechten Friedens als globales zivil-militärisches Projekt westlichen Interventionismus’ findet sich in der 24 bändigen Reihe Gerechter Friede (Werkner/Jäger 2018-2020); Werkner (2021).

wertige Logik. Denn die andere Sicht ist nur noch einen Mausklick von der eigenen entfernt. Das mehrwertige Kalkül, das die Perspektive der Perspektivendifferenz an die Stelle der kognitiv-moralischen Dignität der eigenen Perspektive rückt, korreliert einem transklassischen Begriffsverständnis. Es bleibt daher ein vorrangiges Anliegen, die von Luhmann begonnenen Bemühungen um eine gesellschaftsstrukturell kompatible Semantik am Krieg-Frieden-Schema fortzuführen.

Dabei bleibt zu berücksichtigen, dass Luhmann die moderne funktional differenzierte Gesellschaft nur als Übergangsgesellschaft denken lässt und damit in gewisser Weise als Experiment der Gesellschaft mit der Negation aller vorangegangenen hierarchischen Formen von Vergesellschaftung. Dies Experiment endet mit der nachholenden Entwicklung des Politischen hin zu einem global zuständigen reinen Funktionssystem, das kein anderes nationalstaatlich begrenztes Gewaltmonopol neben sich dulden kann. In diesem Entwicklungsstadium, das mit dem Begriff der globalen Netzgesellschaft umschrieben wird, realisiert sich die Orwell'sche (1994) Umkehrlogik '*Krieg ist Frieden*'.

In drei Schritten gilt es die nachholende Entwicklung des Politischen hin zu einem global agierenden Funktionssystem und mithin die Vollendung der Moderne in ihren Konsequenzen für Krieg und Frieden auszuloten. Diese Schritte bestehen im Wechsel vom Funktions- zum Moralcode, vom Moralcode zur Logik und von der Logik zur Logistik. Letzterer Begriff überträgt die Technik von Transport und Verkehr auf das Feld der Semantik, die nach logischen Chiffren für den Wechsel von inkompatiblen Perspektiven suchen lässt. Es ist dieser letzte Schritt, der einen der globalen Netzgesellschaft angemessenen Friedensbegriff erkennen lässt. Denn hier ist die egozentrische monokontexturale Perspektive durch die reflexiv-polykontexturale Perspektive der Perspektivendifferenz ersetzt.

Zugleich nimmt dieser letzte Schritt von der Logik zur Logistik Fühlung auf mit dem vor-aristotelischen Begriff der *Eirene*, der im Gegensatz zur Ausscheidungskämpfe assoziierenden *Pax* die Diplomatie in den Vordergrund rückt. Die Technik bringt sich folglich in einer besonderen Weise ins Spiel und zwar im Sinne jenes transklassischen Algorithmus, wie ihn Gotthard Günther als Codex für komplexe Handlungsvollzüge angeboten hat (Klagenfurt 2016: 82). Hier anzuknüpfen scheint eine Möglichkeit zu bieten, der Konfusion um die Krieg-Frieden-Differenz beizukommen und damit der viel geforderten Praxisrelevanz der Wissenschaften gerecht zu werden.¹²

Zunächst ist zu beobachten, wie sich im Zuge der digitalen Transformation der Moralcode wieder vollends vor den Funktionscode schiebt und den Typus des Eiferers gegenüber dem des nüchternen Analysten prämiert: Achtungskommunikation verdrängt den fachlichen Respekt und fördert Betroffenheitskult statt echtem

12 Ausführlich dazu Brücher (2023).

Mitgefühl. Die Allgegenwart der moralischen Kommunikation wird jedoch durch digitaltechnologische Entwicklungen wieder unterlaufen, die das *Messen mit zweierlei Maß* als Oxymoron offenbaren: Das Symmetriegebot der Moral ist nicht moralisch, sondern logisch begründet; im Netz gibt sich der Eiferer als Lügner zu erkennen.¹³ Denn er muss die trilogische Struktur der Wahrheit ignorieren, um den eigenen Standpunkt zu behaupten. Folglich lässt sich in einem zweiten Schritt beobachten, wie jede im Netz veröffentlichte Haltung mit dem Problem der Zweiseitenform konfrontiert wird. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit zeigt sich der Moralcode in seiner Reflexivität und nimmt die Gewissheit, dass die eigene Art und Weise, *Gute* von *Bösen* zu unterscheiden, ihrerseits gut ist. Die Absorption des Funktionscodes durch den Moralcode sieht sich jetzt hintertrieben und die Logik schiebt sich vor die Moral.

Aber auch dieser Schritt wird wieder durch eine weitere Reflexionsstufe relativiert. Denn es kann im Horizont der Weltgesellschaft nicht mehr von dem ausgegangen werden, was sich im westlich-abendländischen Kulturkreis als aristotelische Logik herausgebildet hat. In seinem spezifischen Verständnis von Moderne deutet der Westen den aristotelischen auf Erfahrung gegründeten Wahrheitsbegriff als Empirie und prämiert Methoden empirischer Forschung. Im künstlich intelligenten digital-technisch erweiterten Format zeigen sich Visionen einer zusammenwachsenden Welt als Einlösung des von Immanuel Kant (1996) imaginierten *Ewigen Friedens*.¹⁴ Die Gemeinschaften außerhalb des Westens sperren sich jedoch mehr und mehr gegen sozialkonstruktivistisch-technokratische Weltanschauungen, welche sich anschicken, eigene und fremde Traditionen zu zerstören. Insbesondere der Nahe Osten hält die Erinnerung an gemeinsame Anfänge in der hellenistischen Kultur gegenwärtig. Erfahrungsgesättigtes Wissen steht jetzt in Verbindung mit der Tradition und Erfahrungswerte werden bis zu den eigenen Hochkulturen zurückgerechnet. Auch in der asiatischen, der afrikanischen und seit dem Ende der Sowjetunion auch der russischen Identitätssuche gräbt sich die Erinnerungskultur tief ins historische Gedächtnis. Dementsprechend driften die Vorstellungen davon auseinander, was Frieden ist und wie dieser herbeizuführen sei.¹⁵

Wenn gravierende weltgesellschaftlich-kulturelle Unterschiede ernst genommen werden sollen, so schlägt sich dies im Begriff der Logik nieder. Denn angesichts der Tatsache, dass die Unterscheidung von richtig und falsch, von wahr und unwahr

13 Nico Krisch (2022) zeigt an der Reaktion des Westens auf den russischen Ukraine Angriff die Selbstdemontage doppelter Standards und reklamierter Sonderrechte auch als völkerrechtsimmanente Logik

14 Zur aktuellen Rezeption und Kritik der Kantischen Friedenstheorie siehe Hajo Schmidt (2017).

15 Zu den friedentheoretischen Diskursen in jüdischen, islamischen, hinduistischen und buddhistischen Traditionen siehe die Beiträge in Werkner/Ebelin (2017), 565 – 634

kontextbezogen bleibt, gibt es Logik nur im Plural. Hier greift die mehrwertige Logik, die polykontexturale Bezüge auch der Differenz von Krieg und Frieden herstellt. Nicht nur lassen sich mit dieser Öffnung für Entwicklungen im Bereich einer nacharistotelischen Logik neue Zugänge zu außerwestlichen Kulturräumen finden. Auch führen Ansätze zu einer technischen Erweiterung des Logikkalküls über das hinaus, was sich bislang im Anschluss an das Konstrukt einer *technologischen Zivilisation* (Bammé/Baumgartner/Berger/Kotzmann 1988) hatte herausbilden können. Da ein objektiver Maßstab fehlt, der es erlauben würde, die eine Kultur als erfolgreicher einzuschätzen als eine andere, liegt der Akzent auf dem Nebeneinander des Verschiedenen (Klagenfurt 2016: 102).

Was im friedenswissenschaftlichen Zusammenhang zu fehlen scheint, ist die Erforschung jener Techniken der Kalkülisierung, die mit dem Phänomen der Perspektivendifferenz, der Mehrwertigkeit und Polykontexturalität umgehen lassen. Einzig auf diesen Punkt zielen unsere Überlegungen, nämlich auf die bei Gotthard Günther (1980: 73-94) skizzierten Konturen einer trans-klassischen Logik und den hier ansetzenden Kalkültechniken der Vermittlung von Inkommensurablem. Besonders prägnant kommt dies im Begriff der *transjunktionalen Operationen* (Günther 2018) zum Ausdruck, da sich hier Ansatzpunkte für ein friedentheoretisches Gegenmodell zur gewaltmonopolistischen *Pax* finden lassen. Dies zeigt sich als sinnfällige Konklusion der beiden vorausgegangenen Transformationsschritte: vom Funktionscode zur Moral, vom Moralcode zur Logik, von der Logik zur Logistik. Wir beginnen mit dem ersten Schritt.

Die Vollendung der Moderne als Rückkehr zur Vormoderne

Sobald sich das Politische als *Policy*, als reines Funktionssystem realisiert und damit vom Territorialprinzip löst, gerät ein weltweit für alle Sicherheitsfragen zuständiges politisches Selbstverständnis in Konflikt mit dem Gewaltmonopol fremder Staaten. Andererseits, und dies ist die Krux, sieht sich das politische System gezwungen, diese Grenze zu ignorieren, sofern es die eigene Modernität qua Fortschrittlichkeit behaupten will. Es ist dieser Wechsel vom hierarchischen zum funktionalen Selbstverständnis, wie es durch die soziologischen Klassiker von Émile Durkheim über Max Weber bis hin zu Niklas Luhmann beschrieben worden ist. An den Erfolgen im Abbau von Hierarchien bemessen sich die gewünschten Qualitäten, modern und fortschrittlich zu sein.

Politik entkommt diesem ins Modell eingebauten Widerspruch jedoch nicht, wenn sie die Grundlage rechtsstaatlich eingetragter Gewaltmittel ignoriert und ihre Funktion der Sicherheitsvorsorge grenzüberschreitend auszuüben beansprucht. Denn jetzt befindet sie sich auf der schiefen Ebene eines globalen Ausscheidungskampfes, der sich selbst nur als Kampf der Guten gegen die Bösen zu legitimieren vermag

(Bröckers/Schreyer 2019). Damit verwandelt sich das moderne funktional differenzierte Gesellschaftssystem modelllogisch wieder in ein vormodernes, nämlich hierarchisch geordnetes globales Weltmachtssystem zurück, in dem auch wirtschaftliche, wissenschaftliche, rechtliche, kulturelle, pädagogische, medizinische oder religiöse Betätigungen *top-down* geregelt sein müssen.¹⁶ Bestehen die Funktionssysteme der Wissenschaft, des Rechts, der Wirtschaft, der Religion, der Medien, der Medizin, der Bildung und Erziehung auf ihrer eigenständigen Selbstreproduktion, so werden sie zu subversiven Kräften. Das Stichwort lautet *Delegitimierung des Staates*, wenn wichtige Funktionen der *Adressabilität* beschädigt werden. Die Menschen wissen dann nicht mehr, an wen sie sich mit ihrer Unzufriedenheit wenden können, wenn das politische Institutionengefüge an Autorität verliert. Unweigerlich mobilisiert und radikalisiert dies wiederum Gegenkräfte im inner- und im zwischenstaatlichen Raum.¹⁷

Wenn nun aber davon ausgegangen werden kann, dass es Gestaltungsspielräume nur im Vorfeld von Eskalationsprozessen gibt, dann erhebt sich die Frage, ob die politische Kultur der westlich codierten Moderne mit dem ihr eigenen Friedensverständnis überhaupt in der Lage sein kann, dieses Vorfeld politisch zu kultivieren. Denn das von Thomas Hobbes im Anschluss an den Dreißigjährigen Krieg erneuerte Denken in den Kategorien altrömischer *Pax* lässt jede Hoffnung auf Frieden mit der erfolgreichen Etablierung eines staatlichen Gewaltmonopols beginnen. Erst wenn diese absolute Bedingung erfüllt ist, machen sich weitergehende Erfordernisse einer gerechten und freiheitlichen Ordnung bemerkbar (Wassermann 2017). Diese Fixierung lässt den zwischenstaatlichen Frieden für den Fall scheiternder Gleichgewichtsmodelle entweder als freiwillige Preisgabe von Souveränitätsrechten denken oder als Produkt weltweiter Ausscheidungskämpfe, an deren Ende eine siegreiche Macht die Funktionen weltbeherrschender *Pax* übernimmt.¹⁸ Weder für die erste noch für die zweite Problemlösungsvariante zeigen sich realistische Anhaltspunkte möglicher Umsetzbarkeit. Alle Zeichen der Zeit deuten auf das genaue Gegenteil, einen zunehmend verbissen geführten blutigen Kampf um Eskalationsdominanz. Diese lässt sich überhaupt nur als militärisch-technisch-ökonomisch-kulturelle Suprematie denken. Und insbesondere auf diesem letzteren Feld der *Soft Power*, der

16 Nach Adrian Daub (2021), versteht sich heute die kleine Gruppe der Milliardäre als revolutionäres Subjekt, das durch Disruption und Reframing die Welt neu konzipiert.

17 In ihrer Funktion des Einschließens der ausgeschlossenen Gewalt könnte „Die Politik der Gesellschaft“ (Luhmann 2000, 69-139) nur dann auf polizeiliche und militärische Gewalt verzichten, wenn ihre Macht auf Akzeptanz auch für den Fall eines fehlenden globalen Konsenses beruhen würde.

18 Zu wichtigen Stimmen der US-amerikanischen Selbstpositionierung als einzige Weltmacht siehe Brzezinski (2017); Friedman (2009); Kissinger (2016)

weltanschaulich legierten Interpretation globaler Desiderate sieht sich der globale Westen durch konkurrierende Modelle herausgefordert.

Innerhalb des Westens wird eine um ihre Kontur besorgte Moderne allenfalls im Rahmen des Konzepts der Spätmoderne diskutiert, die einer neuen Form der Verlustverarbeitung – Gewalteskalation, Klimawandel, alternde Gesellschaft, Erosion der Demokratie – mithilfe Strategien gesellschaftlicher Resilienz das Wort redet (Reckwitz 2024). Daneben stehen die Konzepte der *Postmoderne* oder *Metamoderne*, die einmal die *Relativität* und dann die *Komplexität* von Weltanschauungen betonen. Letztere strebt nach der Zusammenschau von indigenen, vormodernen, modernen und postmodernen kulturellen Elementen und folgt dabei der Prämisse progredienter Komplexitätssteigerung (Götz 2021). Allerdings werden zivilisations-theoretische Vorannahmen, die westlich-abendländische Überlegenheit insinuieren, durch die Realität hintertrieben. Denn andere Kulturräume dringen mit ihrerseits komplexen und je eigenen Vorstellungen von Krieg und Frieden, von Natur und Kultur, von Naturschutz und Klimaschutz, von Gesundheit und Krankheit, von Sex und Gender, von Vergangenheit und Zukunft in den Medienapparat und beeinflussen die algorithmische Vorsortierung globaler Meinungspools. Zwar werden nicht anders als in der letzten medienrevolutionären Phase einer durch die Druckerpresse herausgeforderten Welt alle Hoffnungen erneut in wirksame Methoden der Zensur gesetzt. Dass es eine globale Kontrolle digitaler Medien geben könne, scheint indes noch weitaus unwahrscheinlicher als in den von Bücherverbrennungen gekennzeichneten Jahrhunderten. Sollte die globale digitale Vernetzung eine Welt verabschiedet haben, in der sich Kulturräume dauerhaft gegeneinander abgeschotten, so müsste das Friedensverständnis genau diesen Tatbestand reflektieren. Denn hier treten die globalen Bruchlinien deutlich hervor und das westlich-abendländische Kolorit der Moderne verblasst.

Zwei Traditionen: Eirene und Pax

Nun ist die an René Descartes und Thomas Hobbes anschließende und mit dem Begriff der Moderne verklammerte Denktradition, die den altrömischen Friedensbegriff universaler *Pax* fortentwickelt hat, auch im globalen Westen immer schon durch jene andere Tradition der altgriechischen *Eirene* herausgefordert worden. Und angesichts der Tatsache, dass diese Tradition der Sache nach bis in die Gegenwart hinein immer wieder aufgegriffen und in ihren Grundzügen erneuert worden ist, kann schlechterdings nicht von vormodernen oder sogar rückständigen Tendenzen gesprochen werden.¹⁹ Aber angesichts der Tatsache, dass sich das hier tradierte

19 Zu vielfältigen transklassischen vor- und nacharistotelischen Ansatzpunkten eines Denkens der Krieg-Frieden-Differenz von Ramon Lull bis Gotthard Günther siehe Brücher (2023)

Friedensverständnis nicht zur Rückversicherung machtpolitischer Interessen eignet, wurde es in den Wissenschaften wenig beachtet. Schließlich schien es vom Neologismus der *Irenik* endgültig abgelöst, der sich bis heute ausschließlich als Konfliktlösungsmodell für den Kampf zwischen Protestantismus und Katholizismus versteht. Dieses gipfelt im kirchenpolitischen Konzept der Ökumene, das nach synthetischen Formen gemeinsamer Religiosität suchen lässt.

Mit dieser begrifflichen Verengung und Fokussierung auf interne Probleme eines einzigen Funktionssystems, nämlich der Religion, war die grandiose Sprengkraft der modelllogischen Aussage politisch entschärft. Das dualistisch-hegemoniale Denken in den Kategorien einer weltbeherrschenden *Pax* hatte seinen schärfsten gesellschaftstheoretischen Widersacher aus dem Feld geschlagen. Was also charakterisiert die *Eirene* als widerständige Kraft, die Sand ins Getriebe aller Weltherrschaftsideen streut?

Pax und *Eirene* werden in der klassischen Antike als Friedensgöttinnen verstanden, die diametrale Formen des Umgangs mit Unterscheidungen symbolisieren. Auf Kunstobjekten sind beide Göttinnen gewissermaßen idealtypisch mit der Tür zwischen *Hüben* und *Drüben*, zwischen dem Diesseits und dem Jenseits der Grenze, zwischen Innen und Außen, zwischen Freund und Feind verschmolzen. Aber die Symbolismen unterscheiden sich in einem wesentlichen Punkt. Während die bewaffnete *Pax* die Relation der beiden Seiten der Unterscheidung als ein Verhältnis der Verteidigung gegen aktuelle und der Vorverteidigung gegen potentielle Angreifer versteht und damit im unmittelbar politischen Interpretationskontext verbleibt, symbolisiert *Eirene* die kosmologische oder formlogische Beziehung als Differenz des Diesseits zum Jenseits der Tür und zugleich als Einheit wechselseitiger Bedingtheit (Simon 1988). Damit kommt es zu diametralen handlungsleitenden Aussagen: Kampf auf der einen und Diplomatie als Vermittlung von schwer Vermittelbarem auf der anderen Seite.²⁰ In der Regel wird der altgriechische Friedensbegriff als Leerstelle für einen Idealtypus behandelt, auf den hin alle Kriegshandlungen zielen (Ricken 2017). Das Zukunftsweisende der *Eirene* aber verbirgt sich in einer digitalisierten und somit global kommunizierenden Welt weniger im strebensethischen Profil und mehr im Fokus der Vermittlung von Heterogenem.

Diese ideengeschichtliche Tradition ist im Hinblick auf die heutige Weltlage hochaktuell. Denn es ist jener zentrale Wechsel von der Logik zur Logistik, der eine mit homizidalen Waffen ausgerüstete Welt noch von ihrer Selbsterstörung abhalten könnte. Der theoretisch und praktisch zentrale Schritt von der Logik zur Logistik nimmt Abstand von einer Beobachtungsweise, die sich der Unterscheidung von Richtig und Falsch bedient, um sich einem Denken in den Kategorien von Transportwegen

20 Zum Zusammenhang mit der Paradoxie des Friedens vgl. Brücher (2023, 33-90).

zuzuwenden. Sofern eben dies nicht neu ist, sondern bis in die Antike zurückreicht, ist diachronem und synchronem Überlegenheitsbewusstsein der Boden entzogen.

Die idealtypischen Symbolismen der *Pax* und *Eirene* markieren friedentheoretische Grundlinien, welche in ihrem Einfluss auf politische Kulturen nicht unterschätzt werden dürfen. Dabei spielt die Wahl des Geschlechts eine besondere und ins Erkenntnistheoretische bis Metaphysische reichende Rolle. In der römischen Modifikation des griechischen Ursymbols tritt das Gefahren abwehrende Prinzip in Gestalt einer weiblichen Gottheit und somit als zugleich gebärende und tötende Kraft in Erscheinung. Die Aussage ist eindeutig: Menschen können wissen, was wahr und richtig ist; sie haben einen unmittelbaren Zugang zum *Nuos* oder *Logos*, zum Gerechten und Vernünftigen. Sie erhalten den Auftrag zu gebären und zu töten und mithin, das Werden und Vergehen ganz dem eigenen Willen zu unterwerfen. Das römische Selbstverständnis mochte sich weniger in Bezug auf seine Ethik, sehr wohl aber im Hinblick auf sein Friedensdenken von den Skrupeln emanzipiert haben, die in Griechenland nach dem ruinösen Peloponnesischen Krieg in die politische Philosophie Einzug gehalten hatten.

Die griechische Philosophie hat ihren Ursprung in der Katastrophe des Zusammenbruchs staatlicher Ordnung, der im Bürgerkrieg seine brutalste Ausprägung gefunden hatte. Aber diese Art der Vergangenheitsbewältigung äußert sich nicht in erster Linie als Kampfaufruf gegen all jene Kräfte, die als Wiedergänger schuldig gewordener Akteure identifiziert werden. Das Schuldprinzip wird gewissermaßen unterlaufen, indem Agierende und Reagierende in den Kontext einer komplexen Gemengelage gestellt, ihre prägnante Unterscheidbarkeit verlieren. Komplexität, in der Sprache Platons die *Weltseele*, differenziert sich in *Einzelseelen*, will heißen, Agierende und Reagierende sind in einem mit verbalen oder gegenständlichen Waffen ausgetragenen Gemetzel bloße Perspektive je nachdem, auf welcher Seite man steht. Obgleich sich Platon dieses Begriffs nicht bedient, scheint der perspektivische Blick doch entscheidend dafür, dass die Menschen mit sich selbst und mit Anderen nicht im Einklang leben. Der Zufall der Geburt entscheidet über die Zurechnung zu Tätern oder zu Opfern. So ist es gleichsam der Zweck der Gesetze, dem aus unvermeidlicher Perspektivendifferenz resultierenden *Krieg aller gegen alle* Einhalt zu gebieten. Platon lässt in den *Nomoi* das Gespräch zwischen einem Athener, einem Kreter und einem Spartaner mit der Behauptung beginnen, „im staatlichen wie im privaten Leben sind alle feind mit allen, ja sogar jeder Einzelne mit sich selbst.“ Da nämlich Gott (Zeus, Apollon) der eigentliche Urheber der Gesetze ist, bleiben die Menschen in ihrem Vermögen, die richtige und gerechte Ordnung erkennen zu können, eingeschränkt. Sie sind im Umgang miteinander und mit sich selbst in einem Denken von unter- und überlegen Sein befangen. Aus diesem Grund verlieren die Begriffe ihre Eindeutigkeit: „Denn was die meisten Menschen Frieden nennen, das – meinte er – sei ein leerer Name. In der Tat aber bestehe naturgemäß unauf-

hörlicher Krieg ohne förmliche Kriegserklärung aller Staaten gegen alle.“ (Platon 1988a *Gesetze* I.: 625-626).

Dieser allgemeine Kriegszustand ist folglich die negative Kehrseite einer komplexen Ausgangslage, die den Menschen in ihrer Gesamtheit verborgen bleibt. Nach Platon ist der Mensch als Tötender nur im eingeschränkten Sinne Teil der *Weltseele*. Nicht nur der Mord und damit das gegen eine Rechtsordnung verstoßende Töten wird den Menschen deshalb zum Verhängnis, weil diese im Gegensatz zu den anderen Lebewesen die eigene Gattung nicht schonen. Nach Theophrast (1973: 417), einem Schüler von Aristoteles, denkt Platon in den Kategorien einer „umgekehrten Deszendenzlehre“, d.h. einer dem späteren Darwinismus entgegengesetzten Abstammungslehre. Diese stellt Menschen, da sie einander töten, nicht über die Tiere.

Das Symbolkonstrukt der *Eirene* hält an der Unerkennbarkeit des *Nous* oder *Logos* fest und gesteht dem Menschen – in seiner Funktion des Lebenspendenden in der Frauengestalt festgehalten – als alleinige Friedensleistung lediglich den Perspektivwechsel zu, die Vermittlung des Diesseits mit dem Jenseits der Tür, des einen Kontextes mit einem anderen Kontext. Wenn Platon (1988a *Gesetze* IX.: 854e-855a) trotz dieser epistemologisch-metaphysischen Delegitimierung des Tötens für Tempelraub, Umsturz und Verrat die Todesstrafe vorsieht, so gilt dies ihm gleichsam als die logische Folge defizitärer Verfasstheit. Und dies Defizitäre bleibt der Rahmen, innerhalb derer Ordnungen möglich sind. Zumindest die europäischen Staaten haben sich von dieser radikalen Konklusion bislang distanziert. Dies gilt jedoch keineswegs für die Vereinigten Staaten von Amerika, deren Führungsrolle von einem sich selbst zur globalen Ordnungsmacht ermächtigenden Westens anerkannt ist. Es ist das reklamierte Recht auf außergesetzliche Tötungen im globalen Raum, welches die Innen/Außen-Grenze in ihrer Fluidität vor Augen führt.

Diese Zusammenhänge lassen einem vom Ordnungsgedanken her konstruierten Begriff Gerechten Friedens und damit einem sich selbst in der Tradition altrömischer Pax verstehenden Westens kritisch gegenüberstehen. Der Sinn der *Eirene* bleibt als bloße Vermittlung von schwer Vermittelbarem damit unbeschadet. Ordnung und Frieden separieren sich begrifflich in einer Weise, die modernem Denken fremd ist. Die Folge ist ein Primat der Diplomatie ohne pazifistische vom Einzelfall abstrahierende Selbstverpflichtung (Brücher 2008; Müller 2022). Demgegenüber findet das Recht zu Töten im Rahmen der Pax durchaus einen friedensbegrifflichen Platz. Es kontaminiert das Sprechen über Krieg und Frieden mit einem erkenntnistheoretisch-metaphysischen Hang zur Gewalt (Kapust 2004). Es könnte sein, dass semantische Reminiszenzen dieser Art heute nur noch als anachronistische Bürde einer kommunikations- und waffentechnisch vulnerablen Weltgesellschaft zu betrachten sind.

Spuren der Eirene in gegenwärtigen Theorieansätze

Die technokratisch verstandene Umstellung von der Zusammenschau narrativer, historischer und performativer Wahrheiten zum ‚großen Narrativ‘ (Schwab/Malleret 2022) versteht sich als Vorgriff auf eine Weltgesellschaft, in der die Ausscheidungskämpfe den globalen Westen in seiner Vormachtstellung bestätigt und gefestigt haben. Angesichts der militärisch-technisch-ökonomisch-kulturellen Bedeutung eines numerisch wachsenden BRICS-Staatensystems scheint dies hochgegriffen. Aussichtsreich und damit realitätstauglich mag in der gegenwärtigen Weltlage eher ein Begriffsverständnis sein, das die perspektivische Zwei-Seiten-Form von Krieg und Frieden nicht ignoriert: Hüben Kriegshandlungen, drüben friedensethisch begründete Spezialoperationen, hüben Terrorakte, drüben Widerstandskämpfe, hüben Verteidigung, drüben Genozid.

Diese Perspektive einer weder durch gezieltes *Nudging* noch durch Gewaltmittel zu überwindende Perspektivendifferenz lenkt den Blick auf interessante Ansätze. Jetzt lässt sich beobachten, dass es auch im globalen Westen nennenswerte Bemühungen um ein Abrücken von dualistischen Denktraditionen gibt. Aber diese haben es schwer, inmitten zwar überlebter, aber zählbarer kognitiver Schematisierungen Gehör zu finden. Ich möchte drei zentrale Begriffe nennen, die zu alternativen Konzeptionen eines zeitgemäßen Friedensdenkens im Sinnkontext der *Eirene* fortentwickelt worden sind: *Komplexität*, *Form* und *Polykontextualität*. Allen drei Begriffen, die ein diagnostisches Instrumentarium bereitstellen, sind jeweils spezifische Operationen zur Seite gestellt. Der Verweis auf *Komplexität* fordert zur Zusammenschau verschiedener Perspektiven auf. Der zur Konzeption verdichtete Begriff der *Form* regt zum Perspektivwechsel an. Und schließlich verlangt *Polykontextualität* nach einer Operation der *Transjunktion*. Letzterer Begriff zielt auf die Notwendigkeit, den Übergang von einer (weltanschaulich geprägten) Logik zu einer anderen (weltanschaulich geprägten) Logik zu modellieren.

„Komplexität“ und die operative Zusammenschau der Perspektive

Friedensrelevant ist zunächst der Begriff der *Komplexität*, wie ihn jetzt der 101jährige *Edgar Morin* (2023) im Anschluss an sein Hauptwerk *La Méthode* mit dem Titel *Von Krieg zu Krieg. Von 1940 bis zur Invasion der Ukraine* für eine Deutung unserer krisenhaften Gegenwart fruchtbar gemacht hat: Wer den Frieden wolle, müsse die Komplexität von Krieg und Frieden begreifen, heißt es hier. Es sei die Ausblendung der Komplexität auf beiden Seiten, auf Seiten der Ursachen und der Wirkungen, die zu Kriegshysterie, Kriegslügen, De-Humanisierung, Kriminalisierung des feindlichen Volkes und Radikalisierung von Konflikten führten. Es sei die „Vorherrschaft eines mechanistischen linearen Denkens, unfähig, die Komplexität der Phänomene zu

begreifen“, die eine Lösung der wirklich drängenden Probleme der Welt vereiteln. (Morin 2023: 70f.)

Es gibt weder Ursachen an sich, noch gibt es Wirkungen an sich. Immer handelt es sich um gezielte Selektionen im Rahmen eines je komplexen Insgesamt von Ursachen und Wirkungen. Diese gilt es möglichst umfassend in den Blick zu nehmen. Eine solche Erkenntnis hindert Edgar Morin nicht daran, den Angriff Russlands auf die Ukraine als völkerrechtswidrige Aggression zu verurteilen. Da jedoch jeder Krieg Verbrechen, Manichäismus, einseitige Propaganda, Spionage, Lügen, die Herstellung immer tödlicherer Waffen, Irrtümer und Illusionen, Unerwartetes und Überraschendes mit sich bringe, könne das moralische Urteil nicht die Art und Weise des vernünftigen Umgangs mit diesem tödlichen Konflikt bestimmen. Angesichts der Tatsache, dass der Krieg in der Ukraine der Logik eines jeden Krieges kaum entgehen könne, müsse es in erster Linie darum gehen, den historischen und geopolitischen Kontext zu begreifen und vernachlässigte Formen der diplomatischen Konfliktlösung zu neuem Leben zu erwecken. Angesichts dieser zentralen Bedeutung der Diplomatie liegt der Fokus auf der Methode. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass sie vom Gedanken der Selbstreferenz aus startet, um einen Primat der Selbstbeschreibung gegenüber jeglicher auf externe Zuschreibungen gegründeten Fremdbestimmung zu stützen. Das impliziert den respektvollen Umgang und die Achtung vor den Sicherheitsinteressen aller am Konflikt beteiligten Akteure. Die Radikalisierung dieses Gedankens mündet in eine Selbstrelativierung der Komplexität, die ihrerseits nur komplex zu denken sei. Verständlich wird die Stoßrichtung dieser selbstrelativierenden Reflexivität der Komplexität, wenn diesem Ansatz ein gegenwärtig diskutiertes Konzept ‘sozialer Komplexität’ gegenübergestellt wird. (Vertovec 2024). Komplexität fungiert hier als ontologische Metapher für einen postulierten Antiessentialismus, der alle Unterschiede zwischen den Menschen als soziale Konstruktion marginalisiert. Aus der Diversität, der Vielzahl von koexistierenden auf Selbstbeschreibung gegründeten kulturellen Identitäten wird eine auf Fremdbestimmung gegründete „Superdiversität“. Letztere akzeptiert nur sozialkonstruktivistische Formen der Selbstverständigung und schließt auf diese Weise naturrechtlich-humanistische, kulturelle und religiöse Selbstbeschreibungen aus. Damit ändert sich das Desiderat: Aus der Akzeptanz von Vielfalt wird ein durch Erziehung und Umerziehung erzielt *Komplexitätsdenken* qua einheitsstiftendes Narrativ. Komplexität ist damit nicht mehr komplex gedacht; es vermag als *Superdiversität* sich selbst nicht mehr zu relativieren.

„Form“ und die Operation des Wechsels der Perspektiven

Der zweite für die Revolutionierung der Friedenssemantik zentrale Begriff der *Form* wurde von George Spencer Brown (1997) mit den Mitteln der mathematischen Logik

entwickelt.²¹ Diesem gelingt es, den Akt des Unterscheidens mit dem Umgang einer durch die Unterscheidung neu konstruierten Wirklichkeit zusammenzudenken. Nur auf einer der beiden Seiten einer Unterscheidung lässt sich mit Bestimmungen anschließen. Aber erst die Operation des *cross*, des Wechsels der Seiten, rückt Phänomene ins rechte Licht. Damit gewinnt der Seitenwechsel keine erkenntnissichernde Funktion, denn das, worauf er seinen Blick richtet, hat keine ontologische Qualität. Er eröffnet kein spezifisches Sein, sondern bloß eine Perspektive. Aber ist der Blickwinkel beliebig? Diese Frage zu klären mag vorrangig sein, geht es doch um das *Machen* oder das *Setzen* der Unterscheidung von Krieg und Frieden als einer Operation, deren Paradoxie ins Auge sticht: Das eine setzt das andere voraus und unterminiert es in einem Zug.

Mit diesem Begriff der Paradoxie ist etwas bezeichnet, das sich selbst desavouiert: Krieg und Frieden müssen als *eine* Unterscheidung *beobachtbar* sein, um mit Hilfe einer *Operation* der Grenzziehung so in zwei Teile untergliedert werden zu können, dass es weitergehen kann, auf der Seite des Friedens oder des Krieges. Denn was heißt schon *Machen*, *Setzen* oder *Grenzziehung*, wenn bereits vor meiner Operation da ist, was ich zu konstituieren vermeine. An dieser Logik ändert sich mit der Substitution von Krieg durch den allgemeineren Begriff des Konflikts nichts, da der ursprüngliche Code in der jetzt notwendigen Subdifferenzierung von gewaltsamen und nichtgewaltsamen Konflikten wieder auftaucht. Weil es keine referenzlosen Zeichen gibt, ist auch die Art und Weise dieser grenzziehenden Operation nicht beliebig. Und dass Referenzen immer mit vergegenwärtigt sind, zeigt sich gemäß Luhmann (1993: 57) in dem Augenblick, in dem nach der Form des Zeichens als Bezeichnendem und Bezeichnetem gefragt wird: „... denn auch eine willkürliche Zuordnung von Bezeichnendem und Bezeichnetem ist nur in der Form von Zeichen möglich, die sich dann ihrerseits Verwendungsbeschränkungen aussetzt.“

Die Form *Pax* bezeichnet eine *hierarchische* Beziehung von Oben und Unten oder von Ganzem und Teil, während die Form *Eirene* eine *heterarchische* Beziehung von Hüben und Drüben oder von System und Umwelt wiedergibt. Obleich in ihrer Form verschieden, unterliegen beide Friedenssemantiken wesentlichen Beschränkungen. Es gibt unabweisbare Referenzen jeder der beiden Formvarianten, der Form *Pax* und der Form *Eirene*, nämlich die Unterscheidung von Leben und Tod. Die Willkür oder die konstruktivistische Freiheit des *Machens* oder *Setzens* einer Unterscheidung unterliegt hier geradezu extremen Verwendungsbeschränkungen. Und an dieser Stelle drängt sich die bereits oben gestellte Frage noch einmal auf,

21 Zur Einführung: Anwendung und Deutung vgl. Schönwälder/Wille/Hölscher (2004). Zum 'Kalkül' und den 'Problemen' der Form die Beiträge in Baecker (1993; 1993a). Zu Frieden als Form der Unterscheidung Säkularisierung/Fundamentalismus siehe Brücher (2002).

ob unsere westlich codierte und in den Traditionsschneisen der altrömischen *Pax* fortbewegende Moderne über solche internen Beschränkungen verfügt, die einer vulnerablen Weltgesellschaft angemessen sind.

Vergegenwärtigen wir uns die Symbolik: Das Friedensdenken der *Pax* rankt sich um die Leben schenkende und Leben nehmende weibliche Gottheit. Es gibt hier keine Verwendungsbeschränkungen des Schwertes *sui generis*, beispielsweise durch die Unerkennbarkeit des *Nues*. Das Friedensdenken der *Eirene* hingegen beschränkt sich eingedenk kriegerischer Katastrophen auf die Vermittlung des Diesseits mit dem Jenseits der Tür. Es ist die Tür selbst, die nicht referenzlos erscheint, sondern als sichtbare und spürbare Grenze zwischen Leben und Tod, zwischen dem Leben schenken – oder dem ‘Leben lassen’ – und dem Töten. Diese scharf überzeichnende und den Reichtum der Geistesgeschichte nahezu vergewaltigende Modellierung scheint angesichts der Leichtigkeit angebracht, mit der heute alles Leben auf der Welt vernichtet werden könnte und angesichts des Leichtsinns, mit dem die beiden Kriege in der Ukraine und in Gaza geradezu bedenkenlos eskaliert werden.

Das Muster präformiert den Fortgang der Ereignisse, wenn doch festzustehen scheint, dass Freiheit von Not und von Gewalt und mithin der *Gerechte Friede* unteilbar sind und aus diesem Grund nur mittels globalem Gewaltmonopol erreicht werden können. Diese geschichtsphilosophisch geerdete Siegesgewissheit eines auf die *Pax Americana* vertrauenden Westens sieht sich einem immer weiterwachsenden Block von Staaten gegenüber, die sich nicht unterordnen wollen. Die Differenzlinien treten unter einem formlogisch informierten Blickwinkel noch schärfer hervor. Denn im Rahmen dualistischen Denkens übernimmt der Gegenpol die Rolle der Leere, des *tabula rasa*. Der Reflexionscode genügt sich selbst, wenn er ein präzises Bestimmen der bevorzugten Seite leistet: Es ist ausreichend, die Perspektive der westlich orientierten Ukraine in allen Details auszuformulieren. Ins soziale Abseits gerät hingegen, wer die Entstehung des Konflikts einblendet und die Gründe zu verstehen sucht, die den russischsprachigen separatistischen Teil der Ost-Ukraine bewegen hat, Russland für die Verteidigung seiner Rechte auf Selbstbestimmung zu Hilfe zu rufen.²² Vom dualistischen Denken aus gesehen lassen sich nur die Seiten wechseln; jetzt aber zählt man nicht länger zu den Freunden. Damit ist die realitätstaugliche Einschätzung der feindlichen Seite als Grundvoraussetzung für kluge und vorausschauende Politik suspendiert.²³

Ein realistischer Blick richtet sich auf das Freund/Feind-Schema, sobald es als *Form* begriffen wird und mithin zugleich als Differenz und als Einheit. Dient das Schema als dominante Orientierungsfigur und bringt sich somit als Einheit ins Spiel,

22 Ausführlich zur Entstehung des Konflikts Verheugen/Erlor (2024).

23 So zeigt der ehemalige Brigadegeneral Eric Vad (2024), wie rigorose Feindfixierung die Sicherheit untergräbt.

so treibt dies den Beobachter zu maßloser Über- oder Unterschätzung der wahren Gefahren. Denn in der höheren gewaltmonopolistisch rückversicherten globalen *Just-Peace*-Einheit aufgehoben, sieht sich die manichäische Zweiteilung als Instrument einer besseren Welt. Anderes zeigt sich, wenn die beiden Seiten der Unterscheidung je für sich betrachtet werden: Weil das eine das andere konstituiert, Freundschaft nicht ohne Feindschaft auszukommen meint, ist der jeweilige Gegenbegriff leer. Und ein Hang zur Produktion von Sündenböcken macht sich immer wieder bemerkbar: „Wer seinen Feind verliert, wird dann eine eigentümliche Leere fühlen; ihm fehlen die Handlungsmotive, auf die er sich selbst verpflichtet hatte. Ihm werden Möglichkeiten fehlen, die vielen Okkasionalitäten zu einer Geschichte zusammenzufassen, wenn der Konflikt als eine relativ zeitbeständige Identifikationslinie ausfällt.“ (Luhmann 1984: 533).

Der globale Westen hat die existenzielle Krise, in die ihn die Auflösung des Sowjetregimes gestürzt hat, bis heute nicht überwunden. Die mitunter verzweifelte Suche nach funktional äquivalenten Konfigurationen signalisiert die Leere des Gegenbegriffs, die Auswechselbarkeit des Feindes. Vom formlogischen Standpunkt aus gesehen ist der Gegenbegriff jedoch nicht Objekt, nicht *tabula rasa* im cartesianischen Sinne eines genuin Wertlosen, das erst durch ein Subjekt und somit durch uns definitorisch gesetzt und anschließend gestaltet wird. Nur unter dieser Voraussetzung macht die Idee einer Aufhebung der ungunstigen Differenz in einer guten höheren Einheit Sinn.

Die Verklammerung der Feindschaft mit einer historischen Figur wird vom Subjekt-Objekt-Dualismus geradezu erzwungen. Ausschlaggebend ist das ernstzunehmende Subjekt, das die *Leere* mit Inhalt füllt. Die Abkehr vom Dualismus kann erst gelingen, wenn der Begriff der *Form* ernst genommen wird. Solange *Form* nämlich der bloße Gegensatz zum Inhalt ist, kommt es zum geschilderten Prozedere: Es wird in Aussicht gestellt, ein Übel überwinden zu können, wenn nur entschieden genug all diejenigen bekämpft werden, die in das Zurechnungskonstrukt der Schuldigen passen. Hierin liegt jedoch ein halbherziges Begriffsverständnis, weil nicht weiter gefragt wird nach der *Form* der Unterscheidung von Form (Freund-Feind-Schema) und Inhalt (Zurechnung/Leere). Das hört sich reichlich abstrakt an, zeigt sich aber als Kern politischer Praxis, wenn der vom globalen Süden erhobene Vorwurf ernstgenommen wird. Dieser richtet sich gegen ein cartesianisch-dualistisches Denken als niemals versiegende Quelle für die Legitimierung immer neuer Formen von Kolonialismus, Imperialismus und Interventionismus.²⁴

24 So behauptet die indische Atomphysikerin und Aktivistin Vandana Shiva (2021), dem globalen Süden sei insgesamt eine Denkweise fremd geblieben, die an die Stelle des Lebendigen und Beseelten einen Begriff der Leere setze.

Also: Was ist die Form von Schema und Leere, von Vorurteilen, Feindbildern und Stereotypen auf der einen und Zurechnungen auf der anderen Seite? Die Antwort auf die Frage, was diese Form sei, sieht sich in der gegenwärtigen Weltlage aus dem Blickwinkel des Westens in einer spezifischen Weise beantwortet: Schema (Freund/Feind) und Leere (konkretisiertes Objekt) verschmelzen dort zur Einheit, wo sich der globale Westen als konstituierendes Subjekt, als globale Führungsmacht bestätigt sieht. Schema und Leere zerfallen in die Differenz zweier Seiten, sobald sich der globale Süden/Osten zu Wort meldet und den Führungsanspruch zurückweist. Damit ist die Denkvoraussetzung beseitigt, die den größten Teil der Weltbevölkerung in der Rolle eines Objekts von Zivilisierung und Ressourcengewinnung gehalten hatte.

Sollte der globale Ausscheidungskampf auch als Kampf um Herzen und Gedanken geführt werden und damit als ein Kampf um die dominanten Narrative, dann erweist sich die Zählebigkeit dualistischer Denkweisen als Barriere globaler Verständigung. Cartesianismus ist ein Kürzel für die Gleichsetzung der *Form* mit dem Unterscheiden von Subjekt und Objekt. Ein Subjekt ist befugt, etwas zum Objekt zu machen, weil selbiges keinen genuinen Wert hat. Das Unmarkierte, der *unmarked state*, wie er in der Sprache Spencer-Browns heißt, kann im friedenssemantischen Kontext nicht zum Objekt gemacht werden, weil wir es hier nicht mit einer *Leere* zu tun haben, sondern mit genuin *Beseeltem*. Statt von *Beseeltem* lässt sich auch von *Selbstreferenz* oder *Autopoiesis* sprechen. Im *Phaidros* heißt es bei Platon (1988, 245c-e), jeder Körper, der seine Bewegung von außen erhält, sei seelenlos, aber einer, der sie von innen erhält, aus sich selbst, sei beseelt. Luhmann (1997: 65) definiert im Anschluss an Humberto Maturana: „Autopoietische Systeme sind Systeme, die nicht nur ihre Strukturen, sondern auch die Elemente, aus denen sie bestehen, im Netzwerk eben dieser Elemente selbst erzeugen.“

„Polykontextualität“ und transjunktionale Operation

Der Begriff der *Form* mündet dort in eine Friedenssemantik der *Eirene*, wo er konsequent zu Ende gedacht wird. Denn jetzt zeigt sich, dass Einheit und Differenz unterschiedliche Perspektiven sind. Auf eine kurze Formel gebracht, *Eirene* ist die Perspektive der Perspektivendifferenz und nicht, wie der Begriff der *Pax* insinuiert, was *Wir* unter Frieden verstehen wollen. Dieser Begriff der Perspektive erweist sich jedoch als schwach, weil er mehr auf unterschiedliche Kontexte verweist, auf differente Sichtweisen und Interessen. Er fordert dazu auf, die Sicherheitsinteressen des feindlichen Parts einer zwischenmenschlichen und zwischenstaatlichen Beziehung nicht außer Acht zu lassen. Die scharfe Zurückweisung cartesianischen Denkens durch den größten Teil der Weltbevölkerung zeigt jedoch, dass sich die Unterschiede auf kulturell bestimmte weltanschauliche Prägungen und mithin auf komplexe Logiksysteme beziehen. Und hierfür schlägt die mehrwertige Logik Gotthard

Günthers (2018) den Begriff der *Kontextur* vor. Gemeint ist damit ein zweiwertiger Strukturbereich, wie ihn das System der klassischen zweiwertigen Logik beschreibt (Klagenfurt 2016: 140). Es ist die unaufhebbare Vielfalt von Logiksystemen und somit *Polykontexturalität*, die einem als globale *Pax* verstandenen Weltfrieden die Grundlage entzieht.

Die Perspektive der Perspektivendifferenz lässt sich jetzt als zeitgemäßes Friedensverständnis weiter präzisieren und mit Instruktionen für strategische Fragen versehen. Denn sobald nicht nur verschiedene Kontexte (Werte und Interessen), sondern Kontexturen (in sich geschlossene selbstreproduzierende Sinnsysteme) ins Spiel kommen, reicht der Perspektivwechsel, der *cross* nicht mehr aus. Die Einsicht, dass wir es mit einer polykontexturalen Realität zu tun haben, verlangt gemäß Gotthard Günther nach einer Logik, die mehr als zwei Werte kennt. Da aber jede Kultur in den eigenen Dualismen festhängt und Sinnsysteme bloß variiert, ist die Berücksichtigung von vielerlei Logiksystemen wiederum nicht ausreichend. Der bloße Wille, auch andere Kulturen in ihrem Selbstverständnis und ihrem Eigenwert zu achten, liefert noch keine Anhaltspunkte für adäquate Umgangsweisen mit dem Anderen und Fremden. Dies wird insbesondere dann schmerzlich bewusst, wenn der globale Westen vom Tabula-rasa-Weltverständnis nicht meint abrücken zu können, ohne sein modernes Profil zu verlieren. Der Rede vom *Beseelten* scheint doch allzu sehr ein Geruch von Vormoderne anzuhaften.

Der Begriff der *Polykontexturalität* stellt mithin vor strategische Herausforderungen enormen Ausmaßes: Denn wie soll man vom einen zum anderen Sinnverständnis gelangen, wenn jede Gemeinschaft und jede Kultur das Eigene kaum zu transzendieren vermag? Gotthard Günther schlägt angesichts dieser Problematik einen geradezu genialen Schachzug vor, indem er dazu anregt, die humanitären und ethischen-moralischen Imperative von der Logik in die Logistik zu verlegen. Und dies bedeutet, von Fragen der Wahrheit und Moral auf ein Denken in den Kategorien von Transportwegen zu wechseln. Da Kulturen ohnehin in sich zirkulierende Sinnsysteme sind und insofern von außen schwerlich in ihrer Wahrheit erschlossen werden können, bleibt nur ein Ausweg: Die friedenförmigen Imperative sollten in der Logistik gesucht werden.

In diesem Begriff scheint sich all das bündeln zu lassen, was eine der globalen Netzgesellschaft angemessene Friedenssemantik benötigt. Denn hier sieht sich die zweiwertige genuin verfeindende Logik durch eine Kontextlogik verdrängt, die auf eine einzige Fragestellung gerichtet ist: Welche Vermittlungsrelationen stellt die Gesellschaft bereits in einer Prägnanz zur Verfügung, die lediglich thematisiert und in eine theoretisch konsistente Friedenssemantik überführt werden könnte? Es ist wichtig zu sehen, dass es sich bei dieser relationalen Größe nicht um einen ethisch-moralischen Imperativ handelt, nicht um ein weiteres Sollen, von dem eine vom Imperialismus gebeutelte Welt ohnehin nichts mehr hören möchte. Es geht

vielmehr um bereits bestehende Muster, um Erwartungshaltungen, die subkutan wirken und eine massenmedial produzierte feindliche Stimmung konterkarieren. Es ist die Rede von den Interaktionsmustern diplomatischer Kontakte. Diese scheinen dem Vergessen anheimgegeben; oder sie gelten von vornherein als unvereinbar mit den hehren Zielen des eigenen Wertekanons.

Die verschütteten Interaktionsmuster lassen sich nur dann wieder ins allgemeine Bewusstsein heben, wenn die sie tragenden Logiken transparent gemacht werden. In diesem Sinne präzisiert der Begriff der *Interkontextualität* den Sachverhalt sehr viel mehr als der allgemeine Begriff der Muster.²⁵ Denn nunmehr wird die Vermittlung zwischen den einzelnen Kontexturen zum Gegenstand gemacht. Wo es um Kontexturgrenzen geht, spricht die mehrwertige Logik hingegen von *Diskontextualität* (Klagenfurt 2016: 141). Vermittlung und Begrenzung sind in ihrem operativen Kern technisch und nicht wertethisch zu bestimmen, wenn unterschiedliche Kulturgemeinschaften miteinander auskommen sollen.

Mit der Fokussierung polykontexturaler Bezüge wird moderne Gesetzeslogik in den Kategorien von Ursache und Wirkung, von Subjekt und Objekt, von Grund und Folge oder von Täter und Opfer nicht verabschiedet. Im Innern einer Gemeinschaft, wo stabile Muster gemeinsamer Vorverständigungen ein sich Verstehen leichtmachen, lassen sich Übereinkünfte hinsichtlich wahrer und moralisch einwandfreier Aussagen finden. Da wir es aber nicht nur mit Logiken, sondern auch mit selbstbezüglichen Logiksystemen zu tun haben, geht der Vorschlag Günthers dahin, neben physikalischen Gesetzen noch einem weiteren Gesetzestypus Beachtung zu schenken: Für all jene Fälle, in denen wir es mit einem Gegenstand zu tun bekommen, der sich zu sich selbst verhält, greift nur eine kybernetische Gesetzeslogik. Damit nimmt Günther Bezug auf ein Konstrukt, das Heinz von Foerster im Rahmen einer erkenntnistheoretisch reflektierten Kybernetik 2. Ordnung entwickelt hat.²⁶

Angesichts der Tatsache, dass nunmehr Rückkoppelungsprozesse an die Stelle von Kausalitäten treten, verweist Gotthard Günther auf den von Immanuel Kant im Rahmen der Kritik der Urteilskraft entfalteten Gedanken: In der Konfrontation mit Gegenständen, die sich zu sich selbst verhalten, ist Urteilsenthaltung angezeigt. Jede Form von Management müsste davon ausgehend nicht nur eine Reihe von Un-

25 Die gesellschaftstheoretische Frage nach dem Beharrenden im Wandel vertraut auf die Entstehung immer wieder neuer Muster qua Verhaltens- und Erwartungswartungen (Nassehi 2019). Die friedentheoretische Präzisierung fokussiert auf die operative nichtbeliebige Seite der Herausbildung von Mustern.

26 Einflussreiche Modellierungen der Friedens- und Konfliktforschung bewegen sich innerhalb der physikalischen Gesetzeslogik, der Konjunktion ('Zivilisatorisches Hexagon') und der Disjunktion ('Abwesenheit von personeller, struktureller und kultureller Gewalt'). Zu den Argumenten für einen der kybernetischen Gesetzeslogik, der Transjunktion, angepassten Semantik (Eirene) siehe Brücher (2023, 217-248).

bekanntem ins Kalkül aufnehmen. Es gilt vielmehr, sich mit der Gestaltung und Umgestaltung von Transportwegen zu begnügen. Günther verwendet hierfür den Begriff der *Transjunktion* und spricht von *transjunktionalen Operationen*, wenn es um die Formung und Gestaltung solcher Wege geht.²⁷

Das bedeutet im Kontakt mit anderen Diskurskulturen und insbesondere im zwischenstaatlichen Verkehr, auf Diplomatie zu setzen und lange Zeit vernachlässigte Kommunikationsstrukturen zu neuem Leben zu erwecken.²⁸ Der diplomatische Stil unterscheidet sich vom Insistieren auf dem je eigenen interessenfixierten und in diesem Sinne wertegeleiteten Standpunkt darin, dass Begegnungen auf einem hohen Niveau in sich differenzierter Operationen stattfinden. Da es hier um Kontakte auf der Basis je komplexer Sinnsysteme oder Identitätskonstruktionen geht, müssen die Operationen der Kontaktaufnahme und Kontaktpflege auf eben diese Wirklichkeit differenter, mitunter unvereinbarer Kontexturen zugeschnitten sein.

Kybernetische zielen wie physikalische Gesetze auf Regelmäßigkeit und Erwartbarkeit. Während physikalisches Gesetzesdenken Erwartungen auf empirisch-statistisch nachgewiesene lineare Strukturen richtet, auf nachweisbare Ursächlichkeit und Täterschaft, suchen kybernetische Gesetze nach Spuren nichtlinearer Regelmäßigkeit. Aber was soll dies sein, wenn selbstreferenzielle Systeme doch gleich jedem anderen Selbstverhältnis opak sind? Ein Selbst muss zu einem anderen gemacht werden, um für Beeinflussung zugänglich zu sein.

Aus diesem Grund zielt die kybernetische nichtlineare Gesetzeslogik nicht auf das Urteil über ein spezifisches Sein; sie macht keine Aussage über Identitäten. Denn was mit sich identisch ist, entzieht sich den Augen Anderer. Diese Anderen sehen sich auf Zurechnungen, auf Zuweisungen und Unterstellungen verwiesen, die für den Fall einer freundschaftlichen Grundhaltung zugunsten, im Falle von Feindseligkeit aber zu Lasten des Anderen und Fremden ausfällt. Ausgehend von einer durch den selbstbezüglichen Gegenstand erzwungenen Urteilsenthaltung richtet sich das Augenmerk auf die Transportwege, die verschiedene Identitäten miteinander verbindet.

Zur transjunktionalen Operation der Begrenzung

Das erste Verbindungselement ist ein nicht ontologisch verstandener und das heißt nicht auf ein Sein bezogener Begriff der *Grenze*. Dieser sieht sich notwendig als relationale Größe, die Diskontextualität markiert. Denn sofern selbstbezügliche

27 „Die Transjunktion ist eine Operation zweier logischer Variablen in einem polykontexturalen System. Die Kontexturen sind bei dieser Operation nicht invariant, das heißt, eine Transjunktion überbrückt die Grenze zwischen zwei verschiedenen Kontexturen.“ (Klagenfurt 2016, 142)

28 So Gorm Harste (2013). Henry Kissinger (1994) hat als Machtpolitiker die Diplomatie als eine zu pflegende Kunst hochgeschätzt.

Sinnsysteme miteinander in Beziehung gesetzt werden, kann das trennende Moment nicht gegenständlicher Natur sein. Ideologische Differenzierungen zwischen nationalistischer und internationalistischer Grundhaltung treten jetzt in den Hintergrund, da selbige im Begriff der *Grenze* einen Wert ausmachen, den es zu akzeptieren oder abzulehnen gilt. Qua *transjunktionale Operation* werden *Begrenzungen* zum Charakteristika von Transportwegen, die sich als Kern dessen erweisen, was sowohl im Grundgesetzartikel (GG 2) der körperlichen Unversehrtheit als auch im völkerrechtlichen Artikel (UN-Charta Art. 5/4) der Garantie territorialer Integrität gemeint ist. Da sich beide Rechtsverhältnisse auf die fundierende Ebene eines nicht zu suspendierenden Rechts auf Rechte beziehen, gewissermaßen ein Recht auf Identität, sind sie unterhalb der Wertebene angesiedelt. Sie können folglich durch eine Verschiebung von Normalitätskriterien nicht suspendiert werden nach dem Motto: 'Gestern haben wir dieses Bestimmte wertgeschätzt und heute ist es eben etwas anderes.'

Die grundlegenden Versäumnisse eines Friedensverständnisses, in dem das Phänomen der *Grenze* im konjunkturabhängigen Auf- und Abwerten ganz aufgeht, werden zunehmend sichtbar. Die USA insistieren mit dem Argument auf ihrer globalen Führungsrolle, dass sie es waren, die den *Kalten Krieg* gewonnen haben und dass infolgedessen sie es sind, die die Regeln der neuen Weltordnung bestimmen dürfen. Und entsprechend vollzieht sich innerhalb der NATO-Staaten ein rhetorischer Wechsel vom waffengestützten Ziel der Verteidigungsfähigkeit zu *Kriegstüchtigkeit*. Es ist die unipolare Weltordnung, die es zu verteidigen gilt.²⁹ Da dies außerhalb der NATO-Staaten nicht so gesehen und an ursprünglich in der UN-Charta verankerter Rechtsgleichheit aller Staaten festgehalten wird, fehlt es an den Grundvoraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben.

Zur transjunktionalen Operation der programmatischen Profilierung

Aber wie schafft man solche Voraussetzungen globaler Koexistenz, wenn selbige nicht als moralischer Konsens vorstellbar ist, sondern nur als *transjunktionale Operation*? Wird damit nicht sogar die Werteordnung als ein über gute Absichten informierender Begriff suspekt? Weltanschauungen sind Identitätskonstrukte. Sie fallen als Objekte, die sich zu sich selbst verhalten, aus dem Bereich physikalischer Gesetzeslogik heraus. Nicht ich bin es, die die Konturen einer von mir favorisierten Gesellschaft zeichnet.

29 Dieser 'neue Kalte Krieg' unterscheidet sich vom alten nur in technischer Hinsicht, den Gefahren der hybriden Kriegführung, die nach Julia Berghofer (2023) die Grenze zwischen Krieg und Frieden grundsätzlich verwischen. Angesichts einer 'Welt in Aufruhr' setzt Herfried Münkler (2023) nicht auf Rückgewinnung des amerikanischen Imperiums, sondern auf eine Balance der fünf Großmächte USA, China, Russland, Indien, Europäische Union.

Es sind die anonymen Vielen, ein nicht namhafter Erwartungskontext, ein medial zementierter *Common Sense*, der die Grenzen des Sagbaren – das so genannte *Overton-Fenster* – bestimmt. Folglich entäußere ich mich jener im Selbstentwurf enthaltenen Identitätsstruktur in dem Augenblick, in dem ich mich zu äußern beginne und lande beispielsweise mit pazifistischen Einstellungen oder mit der Kritik an bestimmten Regierungen ungewollt und unbeeinflussbar auf der Seite der Radikalen und Bösen.

Nicht erst die Unerreichbarkeit fremder und feindlicher Kontexturen zwingt dazu, den logischen Status von Ideologemen zu überdenken. Diskurskulturen sind in sich brüchig und permanent in Gefahr, im Zurechnungskarussell auf die Seite des feindlichen Lagers zu geraten. Als Gegenstände, die ein Selbstverhältnis aufweisen, fallen Identitätskonstrukte aus der physikalischen Gesetzeslogik heraus. Es gibt hier kein Richtig und Falsch, folglich fehlen plausible Gründe des Auf- und Abwertens.³⁰ Die hieran anschließende Form der Selbstverständigung, in der Identitätskonstrukte als Gegenstand kybernetischer Gesetzmäßigkeit anerkannt sind, entzieht moralischen Hyperventilierungen jede Grundlage. Denn sie lässt erkennen, dass weder die eigenen Ideologeme noch die der Anderen frei verfügbar sind. Wenn aber Identitätskonstrukte nichts Ureigenes, Identisches zum Ausdruck bringen und damit keinen unverletzlichen Wert, dann erhalten sie den Rang eines Programms,³¹ mit dem sich Individuen und Gemeinschaften profilieren. Diese profilieren sich folglich mit etwas, das nicht physikalischen Gesetzen gehorcht, sondern kybernetischen.

Als *programmatische Profilierungen* verstanden treten Weltanschauungen oder Identitätskonstrukte bescheiden auf. Denn sie nehmen für sich nur in Anspruch, zur Regelung von informellen Transportwegen beizutragen, nicht aber eine Aussage über Werturteile treffen zu können: So mögen wir uns noch so entschieden mit bestimmten Ideologemen profilieren und in den Äußerungen Anderer Kritikwürdiges erkennen. Letztlich können wir niemals sicher sein, ob wir von Anderen nicht selbst nach diesem Beziehungsmuster beurteilt werden.³² Eine dementsprechende Äußerung weiß um ihren logischen Status. Sie weiß sich selbst als Teil einer kyber-

30 Solange Identitätsstrukturen innerhalb der sozialen Sinndimension und somit der Moral abgehandelt bleiben, lässt sich nur vor ihnen warnen. So jetzt wieder Yascha Mounk (2024).

31 „Programme lassen sich als Strategien bezeichnen, wenn und soweit vorgesehen ist, dass sie im Laufe des Vollzugs aus gegebenem Anlass geändert werden können. Der Vorteil der festen Vorwegselektion wird dann ersetzt durch eine Spezifikation der Informationen, die Anlass geben können, das Programm in bestimmten Hinsichten zu ändern.“ (Luhmann (1984, 432, FN 112))

32 Diese Logik wird im Diskurs über die Unzulässigkeit der Kulturellen Aneignung (Distelhorst 2021) bewusst, die unter den Rassismus-Vorwurf fällt, da kulturelle Ausdrucksformen zur bloßen Mode degradiert werden und das eigene Wertesystem des Konsumismus über andere gestellt ist.

netischen Gesetzmäßigkeit, deren Rückkoppelungsmechanik dafür sorgt, dass die Bekennenden selbst früher oder später an den Maßstäben gemessen werden, die sie an das Verhalten Anderer anlegen. Dies Wissen um das Nichtwissen möglicher Bumerang Effekte zwingt zum Verzicht auf die Selbstpositionierung auf der Seite der Guten und Rechtschaffenden.

Es sind aber im Bereich der Krieg-Frieden-Thematik nicht nur die genannten Verbindungselemente herauszuarbeiten, nämlich die transjunktionale Operation der *Begrenzung* und der *programmatischen Profilierung*. Ein drittes Element betrifft die Dynamik der Selbstreproduktion und Selbstverstärkung von Identitätsstrukturen, die sich von einem nicht Dazugehörigen absondern. Wo Muster reflexiv werden und sich so weit verfestigen, dass der Unterschied zwischen Welt und Weltbild, zwischen Mensch und Menschenbild ganz schwindet, dort nehmen personale und soziale Systeme pathologische Züge an. Auf Konflikte bezogen wird jetzt der Begriff der *Autopoiesis* zu jener dritten *transjunktionale Operation*, die das Rückkopplungsgehehen in seiner gefährlichsten Dimension sichtbar werden lässt.

Zur transjunktionale Operation der Autopoiesis

Autopoiesis, so hatten wir oben gesagt, tritt zunächst als ein Äquivalent für den alten Begriff des Beseelten in Erscheinung. Nach Platon ist beseelt, was sich aus eigener Kraft bewegt und unbeseelt, was von außen bewegt wird. Im Bereich der Konflikte ist es jedoch geradezu lebenswichtig dafür zu sorgen, dass die Verhältnisse nicht entgleisen. Diese Gefahr potenziert sich noch einmal im Falle von Waffensystemen, die sich selbst steuern und damit vollends der Verfügbarkeit entziehen. Niklas Luhmann hatte den zunächst im Bereich der Biologie von Humberto Maturana entwickelten Begriff der *Autopoiesis* für die Deutung psychischer und sozialer Reaktionsweisen fruchtbar zu machen gesucht. Im ersten Grundlagenwerk *Soziale Systeme* wird die generative Logik sich selbst fortschreibender Mustererkennung begrifflich entfaltet, um Konflikte als Alltagserscheinungen widersprüchlicher Positionen und Interessen von gefährlichen Eskalationsdynamiken unterscheiden zu können.

Autopoietische Konflikte verselbständigen sich von den taktisch und strategisch kalkulierenden Akteuren durch ein Reflexivwerden schädigender Operation. „Als soziale Systeme sind Konflikte autopoietische, sich selbst reproduzierende Einheiten. Einmal etabliert, ist ihre Fortsetzung zu erwarten und nicht ihre Beendigung.“ (Luhmann 1984: 537). Das konfliktive Anschlussgeschehen gerät in eine sich zunehmend beschleunigende Gewaltspirale, die alle Operationen zu einem einzigen Reaktor verschmilzt.³³ Die Ereignisse überschlagen sich und lassen keinen Raum mehr für etwas anderes als reine Reaktion. Sobald jede Seite nur noch reagiert und

33 Ausführlich zu Erklärungsansätzen u.a. bei Carl von Clausewitz, Georg Simmel, Walter Benjamin und Niklas Luhmann siehe Brücher (2011).

infolgedessen Unterscheidungen ins Leere laufen, dort lässt sich auch nichts mehr bezeichnen und zurück bleibt eine einzige Paranoia, die blindwütig um sich schlägt.

Heute befinden wir uns an einer historischen Weggabelung, an der sich entscheiden wird, ob diplomatische Methoden des Austarierens von Interessen noch greifen, oder ob eine auf den Dritten Weltkrieg zusteuernde Gesamtstimmungslage dominant wird. Im Falle gefährlicher Gewaltspiralen, in denen jede Seite ihre destruktiven Kräfte zu steigern sucht, tritt die kybernetische Gesetzeslogik gebündelt auf. Denn im Stadium der Eskalation sucht man vergebens nach klar erkennbaren Unterschieden zwischen Aktion und Reaktion, zwischen Subjekt und Objekt, zwischen Ursache und Wirkung und somit selbst zwischen Tätern und Opfern. Dieser unbeeinflussbare zur Eskalation neigende Furor markiert den Endpunkt aller Gestaltungsmöglichkeiten. Und genau dies Wissen dringt im Rahmen einer polykontexturalen Orientierung in die Erwartungsstruktur und kristallisiert sich auf diese Weise zu einem dritten Faktor, der die Transportwege von *Hüben* zu *Drüben* informiert.

Die hohe Schule der Diplomatie fußt auf Jahrhunderte alten Erfahrungen und versucht in allen Verhandlungsrunden gewalteskalierenden Prozessen vorzubeugen. Da ein um sein modern-cartesianisches Profil besorgter globaler Westen mehr an disruptiven Prozessen und kreativer Zerstörung interessiert ist und weniger am Auffrischen von Traditionen, sieht sich das Friedensdenken auf die Logistik verwiesen. Anders als Emile Durkheim für moderne arbeitsteilige Gesellschaften diagnostiziert hatte, können moralisierende Gut-Böse-Schematisierungen in einer globalen Netzgesellschaft nicht länger gemeinschaftsstiftende Funktionen übernehmen.³⁴ Die Frage der Koexistenz wandert als Frage nach einer gesellschaftsstrukturell kompatiblen Semantik von Krieg und Frieden in die Logistik. Und von hier aus gilt es einen wirklich zeitgemäßen weil über alle Kulturräume hinaus tragfähigen transklassischen Codex für friedensrelevante Handlungsvollzüge zu erarbeiten.

Quellen

Ambos, Kai (2010): *Das Verbrechen der Aggression nach Kampala*. In: Zeitschrift für international Strafrechtsdogmatik, 649-669.

Applebaum, Anne (2024): *Autocracy. Inc: The Dictators Who Want to Run the World*, Allen Lane: Pinguin Books.

Assmann, Jan (2015): *Exodus: Die Revolution der Alten Welt*, München: C.H. Beck.

Baecker, Dirk (Hrsg.) (1993): *Kalkül der Form*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

– (Hrsg.): (1993a): *Probleme der Form*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Bammé, Arno/Baumgartner, Peter/Berger, Wilhelm/Kotzmann, Ernst (Hrsg.) (1988): *Tech-*

34 Dies betrifft die Begriffskette Gesellschaft – Kollektivbewusstsein – Solidarität – Moral – Recht (siehe Luhmann (2008, 7-24, hier 12)).

- nologische Zivilisation. Transformation des Wissens.* Technik- und Wissenschaftsforschung Band 5, München: Profil.
- Berghofer, Julia (2023): *Der neue Kalte Krieg. Atomwaffen, Cyberattacken, hybride Gefahren. Wie der Westen der neuen Bedrohung begegnen muss*, Berlin, Quadriga Verlag.
- Bernays, Eduard (2023) *Propaganda. Die Kunst der Public Relations*, Berlin: orange-press.
- Bonacker, Thorsten (2019): Wann werden die Vereinten Nationen Truppen nach Kalifornien senden? *Human Security* aus nicht-westlichen Perspektiven. In: I.J. Werkner, B. Oberndörfer (Hrsg.): *Menschliche Sicherheit und gerechter Frieden. Politisch-ethische Herausforderungen*, Band 4, 49 – 76.
- Brock, Lothar (2024): Hintergrundleuchten und kritischer Begriff. Der Friede in den internationalen Beziehungen. Eine Replik. In: *Friedenstheorie im Zeichen immer neuer Kriege. Lothar Brock zum 85. Geburtstag*. Mit Beiträgen von M. Albert/H. Simon/S. Jaberg/B. Jahn/C. Weller/T. Bonacker/M. Salehi/I. Brock, ZIB Forum 1/24.
- Bröckers, Mathias/Schreyer, Paul (2019): *Wir sind immer die Guten. Ansichten eines Putin-verstehers oder wie der Kalte Krieg neu entfacht wird*, Frankfurt a.M.: Westend Verlag.
- Brücher, Gertrud (2002): *Frieden als Form. Zwischen Säkularisierung und Fundamentalismus*, Opladen: Leske + Budrich.
- (2011): *Gewaltspiralen. Zur Theorie der Eskalation*, Wiesbaden: VS Verlag.
- (2023): Konfusion. Krieg und Frieden in der Netzgesellschaft, Königshausen & Neumann,
- Brzezinski, Zbigniew (2017): *Die Einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, Rottenburg: Kopp Verlag.
- Brunk, Ingrid (Wuerth)/Hakimi, Monika (2022): *Russia, Ukraine, and the Future World Order*. American journal of International Law 116, 687 – 697.
- Daub, Adrian (2021): *Was das Vallay denken nennt*, Berlin: Suhrkamp.
- Diesen, Glenn (2024): *The Ukraine War & the Eurasien World Order*, Atlanta, Georgia: Clarity Press.
- Distelhorst, Lars (2021): *Kulturelle Aneignung*, Hamburg: Edition Nautilus.
- Friedman, George (2009): *Die nächsten hundert Jahre. Die Wende der Zukunft*. Übersetzung von Jürgen Neubauer, Frankfurt a.M.: Campus.
- Götz, Daniel (2021): *Dispatches from a Time between Worlds: Crisis and emergence in Metamodernity*, hg. Jonathan Rowson. Perspektiva Press, London.
- Günther, Gotthard (1980): *Beiträge zur Grundlegung einer operationsfähigen Dialektik*. Band 3, Hamburg: Felix Meiner-Verlag.
- (2018): *Cybernetic Ontology and Transjunctional Operations*, in: www.vordenker.de – Deutsche Übersetzung (Sommer Edition 2018, J. Paul, Hg.) – URL: http://ggphilosophy/gg_ontology_en-ger.pdf
- Harste, Gorm (2013): *The Peace System – As a Self-referential Communication System*. Nordicum – Mediterraneum 8 (3). DOI:10.3312/nm.8.3.3.)
- Kapust, Antje (2004): *Der Krieg als Ausfall der Sprache*, München: Wilhelm Fink Verlag.
- Kant, Immanuel (1996): *Zum ewigen Frieden. Grundlagen, Aktualität und Aussichten einer Idee von Immanuel Kant*. Herausgegeben von Reinhard Merkel und Roland Wittmann, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kissinger, Henry A. (1994): *Diplomacy*, New York-London-Toronto-Sydney: Simon &

- Schuster.
- (2016): *Weltordnung*, München: Pantheon Verlag.
- Klagenfurt, Kurt (2016): *Technologische Zivilisation und transklassische Logik. Eine Einführung in die Technikphilosophie Gotthard Günthers*, Marburg: Metropolis-Verlag.
- Körner, Swen/Kron, Thomas/Staller, Mario S. (2022): *Systemtheorie und Gewalt*. Soziale Systeme. Zeitschrift für soziologische Theorie, vol. 27.
- Krisch, Nico (2022): *Zweierlei Maß? Der Angriff auf die Ukraine und die Rolle des Westens*. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.03.2022, Nr. 70, 7.
- Kuchler, Barbara (2023): *Der Krieg in der Ukraine*, Soziale Systeme 28(2).
- Lüders, Michael (2024): *Krieg ohne Ende? Warum der Frieden im Nahen Osten unsere Haltung zu Israel ändern müssen*, München, Goldmann.
- Luhmann, Niklas (1981): *Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft*. Band 2, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- (1984): *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- (1993): *Zeichen als Form*, in: Dirk Baecker (Hrsg.): *Probleme der Form*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 45 – 69.
- (1997) *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- (2000): *Die Politik der Gesellschaft*. Herausgegeben von André Kieserling, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- (2008): *Die Moral der Gesellschaft*. Hg. von D. Horster, Frankfurt a.M.
- Mann, Michael (2024): *Über Kriege*. Aus dem Englischen von Laura Su, Michael und Ulrike Bischoff, Hamburg: Hamburger Edition.
- Merkel, Reinhard (2005): *Der Kosovo-Krieg und das Völkerrecht*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Morin, Edgar (2023) *Von Krieg zu Krieg. Von 1940 bis zur Invasion der Ukraine*. Herausgegeben und aus dem Französischen übersetzt von Werner Wintersteiner und Wilfried Graf, Wien – Berlin: Turia + Kant.
- Mounk, Yascha (2024). „Im Zeitalter der Identität.“ *Der Aufstieg einer gefährlichen Idee*, Stuttgart: Klett-Cotta Verlag.
- Müller, Olav (2022): *Pazifismus. Eine Verteidigung*, Ditzingen: Reclam.
- Münkler, Herfried (2023): *Welt im Aufruhr. Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert*, Berlin: Rowohlt Verlag.
- Nassehi, Arnim (2019): *Muster. Theorie der digitalen Gesellschaft*, München: C.H. Beck.
- O’Rourke, Lindsey A. (2023): *Covert Regime Change. America’s Secret Cold War*, Cornell University Press.
- Orwell, George (1994): *1984*. Der dystopische Klassiker mit einem Nachwort von Daniel Kehlmann, Berlin: Ullstein Taschenbuch.
- Overy, Richard (2024): *Warum Krieg?* Aus dem Englischen von Henning Thies, Berlin: Rowohlt.
- Platon (1988): *Sämtliche Dialoge*, Hamburg: Felix Meiner-Verlag. Bd. II.
- (1988a) *Gesammelte Werke*, Hamburg: Felix Meiner-Verlag, Buch I *Gesetze*
- Reckwitz, Andreas (2024): *Verlust. Ein Grundproblem der Moderne*, Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Ricken, Friedo (2017): *Krieg und Frieden in der griechischen Antike: Platon und Aristoteles*,

- in: Ines-Jacqueline Werkner/Klaus Ebelin (Hrsg.): *Handbuch Friedensethik*, Wiesbaden: Springer VS, 203-212.
- Schönwälder, Tanja/Wille, Katrin/Hölscher, Thomas (2004): *George Spencer Brown. Eine Einführung in die „Laws of Form“*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Schmidt, Hajo (2017): „*Rezeption und Kritik der Kantschen Friedenstheorie*“. In: Ines-Jacqueline Werkner/Klaus Ebelin (Hrsg.): *Handbuch Friedensethik*, Wiesbaden: Springer VS, 501 – 516.
- Schwab, Klaus/Malleret, Thierry (2022); *Das Große Narrativ. Für eine bessere Zukunft. Weltwirtschaftsform*, Genf: Forum Publishing.
- Shiva, Vandana (2021): *Eine Erde für alle! Einssein versus das 1%. Aufstehen gegen die Monokultur von Wirtschaft und Weltsicht*, aus dem Englischen von Lara Spies, Saarbrücken: Neue Erde.
- Simon, Erika (1988): *Eirene und Pax. Friedensgöttinnen in der Antike*, Wiesbaden: Franz Steiner Verlag.
- Simon, Hendrik (2023): *Können wir dem Völkerrecht (noch) trauen? Die russische Aggression gegen die Ukraine und die diskursive Autorität internationaler Normen*. In: *Soziale Systeme*, 28(2): 279-299.
- Spencer-Brown, George (1997): *Laws of Form. Gesetze der Form*. Übersetzung T. Wolff, Lübeck: Bohmeier Verlag.
- Theophrast (1973): *Theophrasts Ethik. Griechische Denker*. Dreiundvierzigstes Kapitel: Straton von Lampsakos, de Gruyter. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783110876635.3.419>
- Vad, Erich (2024): *Abschreckend oder erschreckend? Europa ohne Sicherheit*, Frankfurt am Main: Westend.
- Verheugen, Günter/Erlor, Petra (2024): *Der lange Weg zum Krieg, die Ukraine und der Westen, Eskalation statt Entspannung*, München: Heyne Verlag.
- Vertovec, Steven (2024): *Superdiversität. Migration und soziale Komplexität*. Aus dem Englischen von Alexandra Berlina, Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Wassermann, Felix (2017): *Krieg und Frieden bei Thomas Hobbes*. In: Ines-Jacqueline Werkner/Klaus Ebelin (Hrsg.): *Handbuch Friedensethik*, Wiesbaden: Springer VS, 469-484.
- Werkner, Ines-Jacqueline (2021): *Gerechter Frieden: Im Spannungsfeld zwischen ziviler Konfliktbearbeitung und rechterhaltender Gewalt*, Wiesbaden: Springer.
- Wolin, Sheldon S. (2022): *Umgekehrter Totalitarismus. Faktische Machtverhältnisse und ihre zerstörerischen Auswirkungen auf die Demokratie*. Mit einer Einführung von Rainer Mausfeld, Frankfurt a.M.: Westend.

Klaus Moegling / Josef Mühlbauer / Bernhard Trautvetter / Karl-W. Koch

Friedenspolitische Diskursverengungen

Ein Essay

Der derzeitige öffentliche Umgang in Deutschland mit Diskussionen, die sich mit Krieg und Frieden beschäftigen, ist hochproblematisch und für einen Staat, der einen durch das Grundgesetz garantierten Eigenanspruch auf Demokratie und Meinungsfreiheit vertritt, unwürdig und destruktiv. Demokratie lebt von einer liberalen gesellschaftlichen Öffentlichkeit, einem freien Meinungs austausch unterschiedlicher, auch kontroverser Positionen zu gesellschaftlichen Problemfeldern und von einer heterogenen Medienlandschaft.

Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemeinen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit zur Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt. (Artikel 5 (1) Grundgesetz)

Diskurse müssen in einer Demokratie möglich sein

Eine Gesellschaft mit einem demokratischen Eigenanspruch ist auf eine politische Öffentlichkeit angewiesen, in der gesellschaftliche Probleme und deren Lösungen möglichst frei und ohne Repression diskutiert werden können. Vom herrschenden Mainstream abweichende Positionen müssen öffentlich formulierbar sein, ohne dass die sich äussernden Personen persönlich diskreditiert, angegriffen oder öffentlich vernichtet werden. Eine politische Ambiguitätstoleranz¹ ist unbedingt notwendig, da ansonsten durch eine erzwungene Einengung des Meinungskorridors einerseits die Freiheitsrechte der Bürger:innen und andererseits Problemlösungen verhindert werden, die das Resultat einer notwendigen Abwägung kontroverser Sichtweisen sind. Einschränkungen in der öffentlichen Meinungsfreiheit darf es nur bei strafrechtlichen Tatbeständen geben, wie z.B. Volksverhetzung, Aufforderungen zur Gewalt und massiven Beleidigungen. Der Begriff des 'Diskurses' stammt von dem lateinischen Verb 'discurrere' (= ausbreiten, mitteilen, erörtern). Ein Diskurs ist nach Jürgen Habermas

1 Fähigkeit, mehrdeutige Situationen und widersprüchliche Handlungsweisen sowie von der eigenen Position abweichende Haltungen zu ertragen.

(1981/1995)² eine Sprechaktsituation, in der Menschen versuchen sich miteinander mit nachvollziehbaren, überprüfbar und kritisierbaren Argumenten zu verständigen und eine konsensuale Lösung zu finden – so Habermas (1981/1995, Band. I: 114): „Der Begriff der Verständigung verweist auf ein unter Beteiligten erzielt rational motiviertes Einverständnis, das sich an kritisierbaren Geltungsansprüchen bemisst.“ Wenn Menschen erfolgreich miteinander kommunizieren wollen, dann sind sie darauf angewiesen, folgende Kriterien kommunikativen Handelns umzusetzen:

- Gleiche Sprechchancen bei Gesprächsinitiiierung und -durchführung.
- Keine Täuschung der anderen Diskursteilnehmer:innen über die eigenen Sprechintentionen.
- Chancengleichheit bei den Möglichkeiten, Argumente einzubringen und zu deuten.
- Kein Versuch, die Gesprächsteilnehmer zu beherrschen bzw. auch Druck von außen aufzubauen.³

In einem Diskurs muss sich das bessere Argument durchsetzen und Anerkennung finden können. Kommunikatives Handeln in diesem Sinne ist für die Identität von Personen, für kulturellen Transfer und kultureller Innovation sowie für die gesellschaftliche Integration wichtig:

Unter dem funktionalen Aspekt der Verständigung dient kommunikatives Handeln der Tradition und der Erneuerung kulturellen Wissens; unter dem Aspekt der Handlungskoordination dient es der sozialen Integration und der Herstellung von Solidarität; unter dem Aspekt der Sozialisation schließlich dient kommunikatives Handeln der Ausbildung von personalen Identitäten. (Habermas 1981/1995, Band. II: 208)

Jürgen Habermas hat prioritär eine Kommunikationstheorie im Sinne einer kommunikativen Rationalität, die über eine instrumentelle Verengung hinausgeht, entworfen.⁴ Er zeigt vor allem analytisch auf, wie Menschen handeln können, wenn ihre Kommunikation gelingen soll und welche Einflüsse dies behindern bzw. verhindern können.⁵ Der Anspruch an einen herrschaftsfreien Diskurs ist – auch im Sinne von

2 Habermas, Jürgen (1981/1995): Theorie des kommunikativen Handelns. Band I und II. Berlin: Suhrkamp.

3 Vgl. die zusammenfassende Rezeption der Diskurskriterien bei <https://www.getabstract.com/de/zusammenfassung/theorie-des-kommunikativen-handelns/6692>, o.D., abgerufen am 16.1.2025.

4 Vgl. zur Übersicht über die Kritik der Theorie kommunikativen Handelns nach Habermas: Joas, Hans/Honneth, Axel (2017): Kommunikatives Handeln. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Taschenbuch Verlag, In: https://medien.umbreitkatalog.de/pdfzentrale/978/351/828/Leseprobe_1_9783518282250.pdf, o.D., abgerufen am 18.1.2024.

5 Vgl. Biskamp, Floris (2019): Ideologiekritik als Kritik systematisch verzerrter Kommunikationsbedingungen. Zum ideologiekritischen Potenzial der Habermas'schen

Habermas – eine Maximalforderung, die es nur schwer einzulösen gelingt. Dennoch sollte man sich in Kommunikationssituationen diesem Anspruch so weit wie möglich annähern. Seine Überlegungen sollen im vorliegenden Beitrag daher normativ verwendet werden und als Notwendigkeit für eine möglichst weitgehende Annäherung an politische Diskurse zur Problemlösung in einer demokratischen Öffentlichkeit eingefordert werden. Symmetrische Kommunikation, gegenseitige Anerkennung, Wahrhaftigkeit, Erfolgchancen des besseren Arguments und freie Sprechchancen für Teilnehmer:innen im öffentlichen Austausch in Medien, Parteien oder Bürgerinitiativen sollten auch konstitutive Kennzeichen für den kommunikativen Austausch in einer Gesellschaft mit einem demokratischen Anspruch sein. In diesem Sinne würde es sich dann in einer Demokratie um die Bedeutung von weitgehend anzustrebenden idealtypischen Sprechsituationen in der politischen Kommunikation handeln, die vor repressiven Geltungsansprüchen zu schützen wären. Hierbei ist anzumerken, das es natürlich auch andere Formen der Kommunikation geben sollte – vor allem, wenn unter Zeitdruck in gesellschaftlichen Krisensituationen strategisch gehandelt werden muss. Rechtzeitig vorausgegangene Diskurse können aber die demokratische Qualität derartiger Entscheidungen erhöhen.

Für eine gelungene Kommunikationssituation sind des Weiteren aus der Sicht des Soziologen Lothar Krappmann (1971)⁶ vor allem folgende Qualifikationen der Interaktionsteilnehmer:innen nötig:

- Identitätsdarstellung: Es geht also darum, sich in einer Gesprächssituation zu zeigen und eigene Meinungen zu formulieren;
- Rollendistanz: Gesprächsteilnehmer:innen sollen in der Lage sein, zu sich selbst in Distanz zu treten als Voraussetzung zur Empathie;
- Empathie: Hier geht es darum, sich gedanklich und emotional in den anderen Gesprächspartner hinein zu versetzen, um dessen Perspektive auf den thematisierten Sachverhalt zu verstehen;
- Ambiguitätstoleranz: Um empathisch zu sein, ist es notwendig, auch andere, von der eigenen Meinung abweichende Haltungen und Gesprächspositionen auszuhalten.

Eine kritische Friedenswissenschaft (Mühlbauer/Lakitsch 2024)⁷ sollte den diskursiven Anspruch aber zunächst an sich selbst und dann auch an die Gesellschaft

Theorie. In: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:15-qucosa2-362079>, 19.11.2029, S. 74.

6 Vgl. Krappmann, Lothar (1971): Neuere Rollenkonzepte als Erklärungsmöglichkeit für Sozialisationsprozesse. In: b : e Redaktion: Familienerziehung, Sozialschicht und Schulerfolg. Weinheim und Basel, 161-183.

7 Mühlbauer, Josef/Lakitsch, Maximilian (Hrsg.) (2024): Kritische Friedensforschung. Konzepte, Analysen & Diagnosen. Wien: Mandelbaum Verlag.

herantragen. Gleichzeitig könnte es ihre Aufgabe sein, sozioökonomische und geostrategische Interessen hinter den friedenspolitischen Diskursverengungen aufzudecken.

Diskursfreiheit in einer kapitalistischen Demokratie?

Deutschland kann als kapitalistische Demokratie aufgefasst werden. Dies bedeutet, dass sich zwei z.T. im Gegensatz zueinander befindliche systemische Gestaltungsprinzipien gegenüber stehen, was zu gesellschaftlichen Widersprüchen und Brüchen führt. Die Demokratie ist durch die Herrschaft bzw. Regierung des Volkes, also der Mehrheit, durch das Volk und für das Volk gekennzeichnet (Abraham Lincoln, 1863). Hingegen beinhaltet der Kapitalismus eine Ökonomie, die primär an den Interessen einer reichen und besitzenden Minderheit orientiert ist. Hier geht es um Besitzstandserweiterung und Profitmaximierung, um Finanzspekulation und eine immer größer werdende Schere zwischen an Einfluss gewinnenden Superreichen und sich vermehrender globaler Armut. Marx/Engels gehen im 'Kommunistischen Manifest' davon aus, dass im Kapitalismus die Ideen der Herrschenden die herrschenden Ideen sind. Hierauf aufbauend entwickelt Antonio Gramsci⁸ seine Überlegungen zur kulturellen Hegemonie im Kapitalismus. Die herrschenden Klassen schaffen es aus seiner Sicht, die Beherrschten über institutionell verankerte Medienmanipulation, Bildungsprozesse und subtile sowie offene Propaganda von ihren Ideen und Weltanschauungen zu überzeugen. Es infiltrieren die Ideen und die Ideologie der Herrschenden den Alltagsverstand der Menschen. Es kommt gewissermaßen zur Identifikation mit der Entfremdung, ohne dass dies den Betroffenen bewusst wird.

Allerdings werden Einstellungen auch repressiv erzeugt. Claudia Brunner (2020)⁹ spricht in diesem Zusammenhang von epistemischer Gewalt. Dies bedeutet, dass die Konstruktion von Wissen und Haltungen im historischen Prozess nicht nur durch Manipulation und Verinnerlichung erfolgt, sondern dann – wenn dies noch nicht gelingt – auch mit Gewaltmaßnahmen bis hin zur Vernichtung der Widerständigen durchgeführt wird. Die gewalttätige Christianisierung im Kolonialisierungsprozess sowie die Hexenverbrennungen sind hierfür historische Beispiele. Alle faschistischen Systeme arbeiten ebenfalls mit offener Repression.

8 Die Vorstellungen kultureller Hegemonie entwickelte Antonio Gramsci in seinen 'Gefängnisheften', die er in politischer Gefangenschaft durch den italienischen Faschismus schrieb. Die 32 Gefängnishefte wurden von 1929–1935 verfasst und sind u.a. in einer neu erschienenen Gesamtausgabe von 10 Bänden zusammengefasst: Bochmann, Wolfgang/Haug, Wolfgang Fritz (2024): Gramsci, Antonio: Gefängnishefte. Hamburg: Argument Verlag mit Ariadne.

9 Brunner, Claudia (2020): Epistemische Gewalt. Wissen und Herrschaft in der kolonialen Moderne. Bielefeld: Transcript Verlag.

Dennoch soll hier davon ausgegangen werden, dass in der kapitalistischen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland noch erhebliche Räume für eine freiere Meinungsäußerung vorhanden sind, die es zum einen zu verteidigen und zum anderen auszubauen gilt. Es kann unserer Meinung nicht davon ausgegangen werden, dass es sich bei dem bundesdeutschen Gesellschaftssystem um eine 'Fassadendemokratie' in Verbindung mit einem 'Tiefen Staat' handelt.¹⁰ Wenn man die vorhandenen Kommunikationsräume historisch und interkulturell vergleicht, dann lässt sich noch von einer öffentlichen Kommunikationssituation ausgehen, die zwar derzeit massiv unter Druck steht, aber immer noch im Wesentlichen im Sinne demokratisch Gestaltungsansprüche funktioniert – auch wenn die bundesdeutsche Demokratie deutlich ausbaufähiger wäre und das Demokratiedefizit in der Wirtschaft offenkundig ist. Allerdings kann festgestellt werden, dass eine Annäherung an die Qualität von Diskursen zunehmend schwieriger wird oder sogar grundsätzlich bedroht ist. Insbesondere in den öffentlich-rechtlichen und den privatwirtschaftlich organisierten Medien sowie in den sogenannten 'sozialen Netzwerken', aber auch in den politischen Parteien stehen die Diskussionsräume zunehmend unter Druck. Insbesondere in den am weitesten verbreiteten sog. 'sozialen Medien', wie z.B. 'X' oder 'Meta' wird beleidigt, diskreditiert und gepöbelt. Dies wird durch die dort programmierten Algorithmen gefördert und ist kontraproduktiv zu der Qualität von Kommunikation, die im vorliegenden Beitrag gefordert wird. Öffentliche und private Diskursräume sind aber einerseits für die grundgesetzlich verbrieften Freiheitsrechte der Bürger:innen und andererseits für die notwendige Perspektivenoffenheit zur gesellschaftlichen Problemlösung notwendig.

Beispiel: Krieg in der Ukraine

Vorbemerkung: Das Überschreiten der Staatsgrenzen der Ukraine und andauernde Angriffe u.a. auf zivilgesellschaftliche Einrichtungen und Zivilbevölkerung sind völkerrechtswidrig und menschenfeindlich. Und dies gilt unabhängig vom historischen Kontext. Der Krieg hätte möglicherweise vermieden werden können, wenn russische Sicherheitsinteressen in Verhandlungen im Vorfeld des russischen Überfalls auf die Ukraine zur Sprache gekommen wären. Doch entsprechende Verhandlungsangebote wurden von der NATO ausgeschlagen¹¹ – wobei natürlich unklar ist, ob

10 Vgl. hierzu: Moegling, Klaus (2020): Befinden wir uns in einer 'Fassadendemokratie' mit einem 'Tiefen Staat'? <https://www.heise.de/tp/features/Befinden-wir-uns-in-einer-Fassadendemokratie-und-einem-Tiefen-Staat-4871655.html?seite=all>, 16.8.20.

11 Vgl. Moegling, Klaus: Ist die Ukraine-Politik der NATO alternativlos? In: GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 4-2024, S. 417-422. <https://doi.org/10.3224/gwp.v73i4.02>; in gedruckter Form sowie im open Access: <https://www.budrich-journals.de/index.php/gwp/article/view/45135>, 10.12.2024.

diese Verhandlungen und die russischen Forderungen in Bezug auf einen Rückzug der NATO und der Neutralität der Ukraine zu diplomatischen Lösungen geführt hätten. Dennoch: Die Ablehnung der russischen Verhandlungsintentionen ist keine Legitimation für den russischen menschenverachtenden Angriffskrieg.

Allerdings stellt die Eskalation militärischer Maßnahmen keine Lösung dar, da dieser Krieg nicht militärisch zugunsten der Ukraine entschieden werden, sondern – der Kriegsverlauf zeigt es – nur auf dem Verhandlungswege beendet werden kann. Die deutsche Sektion der Internationalen Ärzt:innen zur Verhinderung des Atomkriegs (IPPNW) hat hierfür die entsprechenden internationalen Vorschläge zu einer diplomatischen Lösung an Stelle einer militärischen Eskalation u.a. für jeden politischen Entscheider nachvollziehbar dokumentiert.¹²

Experten:innen jedoch, die sich für Verhandlungslösungen und u.a. auch das Einfrieren entlang der Frontlinien als Voraussetzung für Waffenstillstandsgespräche und Friedensverhandlungen sowie einem zeitweiligen Verzicht auf ukrainische Ostgebiete aussprachen, um einen europäischen Krieg oder sogar einen globalen Krieg zu vermeiden, wurden medial diskreditiert.

Dem medial bekannten Militärexperten und sicherheitspolitischen Ex-Merkel-Berater Erich Vad sowie dem renommierten Politikwissenschaftler Johannes Varwick, die solche friedenspolitischen Forderungen vertraten, wurden beispielsweise die Kontakte und auch die Präsenz in den öffentlich-rechtlichen Medien deutlich beschnitten, als sie das Einfrieren der Kriegshandlungen entlang der Frontlinien forderten.¹³

So kritisiert Mamedov (2024):

Es ist ein bekanntes Muster im Westen, dass angesehene Akademiker, die das Dilemma, in dem sich die Ukraine und der Westen befinden, richtig vorhergesagt haben, als Sprachrohre des Kremls diffamiert und delegitimiert werden und Schikanen, Marginalisierung und Ausgrenzung ausgesetzt sind.

Hierüber hinaus werden Persönlichkeiten, die im Falle einer für die Russische Föderation bedrohlich werdenden militärischen Eskalation vor dem Einsatz von Nuklearwaffen warnen, lächerlich gemacht und insbesondere in den Kommentaren in den sogenannten sozialen Netzwerken gern als 'Feiglinge' diffamiert. Hingegen

12 https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Waffenstillstand_und_Frieden_Ukrainekonflikt.pdf, 11/2024.

13 Vgl. Mamedov, Elmar (2024): Ukraine-Krieg – Wenn kritische Stimmen verstummen müssen. In: Telepolis, <https://www.telepolis.de/features/Ukraine-Krieg-Wenn-kritische-Stimmen-verstummen-muessen-10197094.html?seite=all>, 13.12.2024. Sowie Erich Vad: „Deutschland riskiert einen Krieg mit Russland, hat aber nicht mal Schutzräume“. In: der Freitag; <https://www.freitag.de/autoren/sabine-kebir/erich-vad-mehr-realismus-statt-moralismus-kann-einen-grossen-krieg-verhindern>, 20.11.2024.

ist eine kommunikative Verständigung über Lösungen im Ukraine-Krieg ohne die Thematisierung der Gefahr eines Nuklearkrieges ausgesprochen fahrlässig und unverantwortlich.¹⁴

Dies alles passiert in einer Gesellschaft mit einem demokratischen Anspruch. Dies muss hier noch einmal betont werden. In autoritären Staaten hingegen, wie z.B. der Russischen Föderation oder in Nordkorea, existieren sicherlich noch ganz andere gesellschaftliche Mechanismen der Ausgrenzung bzw. existenziellen Vernichtung. Auch dies sollte nicht verschwiegen werden.

Beispiel: Derzeitige Regierung Israels gegen einen Teil der muslimischen Welt

Mit dem Blick auf die deutsche Vergangenheit und die schrecklichen Geschehnisse des Holocaust muss sehr vorsichtig mit pauschalen Aussagen gegenüber dem Staat Israel umgegangen werden. Allerdings kann eine bedingungslose 'Staatsräson' gegenüber Israel als Versuch gesehen werden, Kritik an der z.T. rechtsextremen israelischen Regierung zu verhindern. Dies stellt eine unzulässige Verengung des Meinungskorridors dar. Der Hamas-Angriff auf israelische Bürger war terroristisch, bedeutete einen Massenmord und ist zu verabscheuen und zu verurteilen. Gleichzeitig stellt es eine unverhältnismäßige Reaktion der israelischen Regierung dar, in der Verfolgung der Mörder über 60.000 tote Palästinenser:innen in Kauf zu nehmen, über die Hälfte sind Frauen und Kinder gewesen. Wenn man dies kritisierte, die sofortige Beendigung der Bombardements der palästinensischen Zivilbevölkerung und tragfähige Verhandlungslösungen einforderte, lief man in Gefahr, als Antisemit eingestuft und diskreditiert zu werden. Veranstaltungen, die das israelische Vorgehen kritisch diskutieren wollten, wurden im Vorfeld boykottiert und teilweise per Dekret abgesagt. Selbst an den Universitäten, die doch eigentlich ein geeigneter Ort für eine Annäherung an gesellschaftliche Diskurse sein sollten, hielt eine derartige 'Cancel Culture' auf Betreiben von Organisationen, die der gegenwärtigen israelischen Regierung nahe standen, Einzug.

Beispiel: Diskursverengungen auch in der Friedensbewegung

Ein deutliches Beispiel für Diskursverengungen und einer Einengung von Meinungskorridoren in der Friedensbewegung ist am Umgang mit dem SPD-Politiker Ralf Stegner auf der Friedensdemonstration in Berlin zu sehen. Als er in seiner Rede die russische Aggression gegen die Ukraine auf der bisher größten Anti-Kriegs-Demonstration in Berlin Anfang Oktober 2024 kritisierte, versuchten Kundgebungs-

14 Vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/lawrow-drohung-atomdoktrin-100.html>, 19.11.2024.

teilnehmer ihn am weiteren Reden zu hindern. Sie schrien lautstark mit kollektiven Buhrufen in seine Rede hinein.¹⁵ Laut waren auch Stimmen zu vernehmen, die „Hau ab!“ und „Abführen!“ riefen. Die Moderatorin musste Stegners Rede unterbrechen und darum bitten, die Buh-Rufe zu unterlassen.

Derartige Versuche, die Meinungsfreiheit innerhalb der Friedensbewegung intolerant einzuengen, stellen ein kommunikatives Fiasko dar. Stegners Einschätzung eines russischen Angriffskriegs sowie die detaillierte Schilderungen seines Aufenthalts in der Ukraine hinsichtlich der dort gesehenen Zerstörungen und des Wahrnehmens menschlichen Leids nicht hören und massiv stören zu wollen, ist ein intoleranter Vorgang, der einer Friedensbewegung nicht würdig ist.

Hierbei muss allerdings auch festgestellt werden, dass nach Stegners Rede von einem größeren Anteil der Zuhörerschaft demonstrativer Beifall gesendet wurde. Auch Sahra Wagenknecht distanzierte sich in ihrer Rede im Anschluss hieran von den Störversuchen.

Beispiel: Diskursverengungen auch in der Parteipolitik Bündnis90/DIE GRÜNEN

Gerade in den letzten Jahren seit Beginn des Ukrainekrieges, aber auch schon deutlich in den Vorjahren, hat eine erkennbare Verschiebung wesentlicher Positionen in den Parteien stattgefunden. Am deutlichsten sichtbar ist dies bei der Partei Bündnis90/DIE GRÜNEN. Die vier grundlegenden Säulen grüner Programmatik wurden im 1980 verabschiedeten ersten Bundesprogramm mit den Adjektiven „ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei“ umschrieben. Noch im neuen Grundsatzprogramm wurde 2020 formuliert und beschlossen:

Der Beitritt Deutschlands zum VN-Atomwaffenverbotsvertrag und die Stärkung des nuklearen Nichtverbreitungsvertrags gehören dazu. Dafür muss gemeinsam mit den internationalen und europäischen Partnern am Ziel eines atomwaffenfreien Europas gearbeitet werden. Dazu braucht es ein Deutschland frei von Atomwaffen und damit ein zügiges Ende der nuklearen Teilhabe.¹⁶

Im aktuellen Wahlprogrammwurf liest sich das anders:

Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen und dem damit verbundenen notwendigen Ausbau unserer Fähigkeiten. Dafür braucht es verlässliche Finanzierung

15 Vorreyer, Thomas (2024): Er sagt nur „Angriffskrieg“ – und plötzlich wird Ralf Stegner ausgebuht. In: Stern, <https://www.stern.de/politik/deutschland/ralf-stegner---buh--rufe-auf-der-friedensdemonstration-35114374.html>, 3.10.2024.

16 Bündnis 90/DIE GRÜNEN (2020): Grundsatzprogramm. https://cms.gruene.de/uploads/assets/20200125_Grundsatzprogramm.pdf, o.D., abgerufen am 19.1.2025, S. 105, (389).

mit einem Verteidigungsetat, der dauerhaft die in der NATO vereinbarten und auch national definierten Ziele und Bedarfe erfüllt und dafür dauerhaft deutlich mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit investiert.¹⁷

Selbst Forderungen nach Taurus-Lieferungen in die Ukraine wurden eingereicht.

Der damalige Kanzlerkandidat Habeck fordert darüber hinaus die Steigerung auf „3,5 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung“¹⁸, fernab jeglicher Beschlusslage der Partei. Selbst die Forderung nach einer EU-Atombewaffnung wird offen diskutiert.¹⁹

Innerparteiliche Gegner dieser Positionen werden als „ignorant“, „realitätsfern“ diskreditiert oder als Putinverstehere:innen diffamiert. Es gelingt zusehends, unliebsame Äußerungen etwa in Form von Anträgen auf Bundesparteitagen durch Basismitglieder mit Verfahrenstricks zu verhindern (Verschiebung von ordnungsgemäß gestellten Anträge auf den TOP „Verschiedenes“, wo – vorher festgelegt – nur 10 von 105 letztlich hierhin verschobenen Anträge behandelt oder andere Anträge gar nicht erst zugelassen werden). Bei Antragsverhandlungen wird zudem teilweise massiver Druck auf die Antragssteller:innen, oft Basismitglieder, nicht Funktionär:innen oder Mandatierte, ausgeübt, doch auf den Antrag „Zum Wohl der Partei, das könnte ja falsch verstanden werden ...“ zu verzichten oder zumindest einer ‚modÜ‘ (= modifizierte Übernahme) zuzustimmen, in der dann außer wenigen Worten vom ursprünglichen Text nichts mehr vom Gedanken des Antrags erhalten geblieben ist.

Letztlich führt dies zum Ergebnis, dass in der Regel die Wunschvorstellungen von Bundesvorstand, Minister:innen und Fraktion umgesetzt werden. Findet ein „widerspenstiger“ Basisbeschluss doch einmal eine Mehrheit (Ablehnung des Mercosurabkommens, Lieferkettengesetz-Unterstützung ...), berufen sich die zuständigen Minister auf ‚Beinfreiheit‘ und halten die Beschlusslage nicht ein. Wer das dann wiederum als einfaches Mitglied kritisiert, wird als Störer:in des Parteifriedens hin-

17 Bündnis 90/DIE GRÜNEN (2025): Zusammen Wachsen. Regierungsprogramm 2025. Entwurf des Bundesvorstands. https://cms.gruene.de/uploads/assets/20241216_BTW25_Programmentwurf_DINA4_digital.pdf, o.D., abgerufen am 19.1.2025. S. 64.

18 Zeit online (2025): Robert Habeck will Verteidigungsausgaben fast verdoppeln. In: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-01/robert-habeck-verteidigungsausgaben-verdoppeln-russland>, 3.1.2025.

19 Joschka Fischer fordert neue Atomwaffen in Europa. In: <https://www.spiegel.de/politik/joschka-fischer-fordert-neue-atomwaffen-in-europa-a-d99f081d-b281-43c5-a167-a2c9ef2d1d83>, 3.12.2023.

gestellt und für die schlechten Umfragen und im worst case auch für die schlechten Wahlergebnisse verantwortlich gemacht.²⁰

Interessen hinter den Diskursverengungen und der Einschränkung der Meinungsfreiheit

Hinter dem Versuch, Meinungskorridore zu verengen, sowieso öffentliche friedenspolitische Diskurse nicht zuzulassen, stehen sowohl im Krieg in der Ukraine als auch im Krieg im Nahen Osten sicherheitspolitische, geopolitische und ökonomische Interessen der verschiedenen Akteure.

Zunächst ist das Interesse des militärisch-industriellen Komplexes zu benennen, dessen Geschäft in der Produktion von Waren für den Krieg und in der Maximierung von Renditen über Waffenverkäufe besteht. Aktienkurse, Dividenden und Managerboni steigen in der Kriegssituation überdurchschnittlich an. Ohne Kriege läuft das Geschäft schlecht. Kriege führen aufgrund der medial verstärkten und dadurch vorherrschenden Abschreckungslogik zu Umsatzsteigerungen und größeren Renditen der Rüstungsindustrie.

Auch das Interesse an globaler Hegemonie der USA, falsch verstandene Sicherheitsinteressen Europas und auch Russlands führen zur gefährlichen militärischen Eskalation: Nicht Aufrüstung ins Unendliche und militärische Eskalation bieten Sicherheit, sondern nur eine Sicherheitsarchitektur des Friedens. Doch eine derartige Sicherheitsarchitektur des Friedens entspricht nicht dem Interesse von Staaten, die meinen, dass sie ihre hegemonialen Expansionswünsche sowie die damit verbundenen ökonomischen und geopolitischen Erwartungen militärisch durchsetzen können. Zu fordern ist hingegen ein öffentlicher Diskussionsraum und eine möglichst diskursive Kommunikationskultur, wo beispielsweise die Demokratisierung und Stärkung der Vereinten Nationen, die Rolle der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als Verhandlungsraum und Verständigungsforum sowie die Revitalisierung und Aktualisierung der internationalen Abrüstungsverträge als friedenspolitische Alternativen zu den Strategien militärischer Eskalation thematisiert, begründet und miteinander vor dem Hintergrund unterschiedlicher Auffassungen reflektiert werden können.

20 Diese kritische Einschätzung resultiert aus Erfahrungen, die engagierte Grünen-Parteimitglieder zum Teil mit den herrschenden Kreisen in der Partei 'Bündnis 90/Die GRÜNEN' gemacht haben; Referenz: Karl-W. Koch, grünes Mitglied seit 1993.

Fazit

Demokratie benötigt eine freie öffentliche Kommunikation und darf nicht zum Raum kognitiver und emotional wirkender Kriegsführung werden. Eine Verengung von öffentlichen Diskursräumen über die propagandistische Beeinflussung in Medien bei gleichzeitiger persönlicher und professioneller Diskreditierung von Persönlichkeiten, die sich außerhalb des Meinungskorridors der Mainstream-Medien bewegen, ist gegen die Demokratie gerichtet. Hierhinter stecken benennbare Interessensgruppen, die sich über eine antidemokratische Verengung von Diskussions- und Diskursräumen durchzusetzen versuchen. Dies gilt es öffentlich bewusst zu machen.

Quellen

Varna Peace Institute (VIPR) (2025): Zu dem vorliegenden Artikel gibt es ebenfalls den Mitschnitt einer Live-Diskussion auf YouTube vom 7.1.25: <https://www.youtube.com/watch?v=Wd5wpG7tHOQ>.

Wissenschaftsfreiheit als Prämisse von Friedens- und Konfliktforschung¹

Grundrechtliche Verankerung

Egal ob Forschung *über* oder *für* den Frieden: Wie jede andere Wissenschaft ist auch die Qualität und Relevanz von Friedens- und Konfliktforschung von ihren gesellschaftlichen und politischen Möglichkeitsbedingungen abhängig. Eine dieser Grundvoraussetzungen ist die in internationalem Recht ebenso wie in nationalen Verfassungen (Deutschland, Österreich, Schweiz) grundrechtlich verankerte Freiheit der Wissenschaft in Forschung und Lehre.² Als Errungenschaft der bürgerlichen Revolutionen des 19. Jahrhunderts ist sie in erster Linie als *Abwehrrecht* gegenüber Eingriffen des Staates zu verstehen. In einer demokratischen Wissensgesellschaft hingegen muss Wissenschaftsfreiheit auch als *Teilhaberecht* gelebt werden, um sich ihren normativen Idealen anzunähern.³

Beide Dimensionen stehen durch historische und gegenwärtige Verstrickungen der Wissenschaften in Macht-, Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse zugleich stets zur Disposition. Diskussions- und Handlungsräume werden derzeit auch in der Friedens- und Konfliktforschung sowie in der Friedens(bildungs-)arbeit massiv eingeschränkt, indem sowohl in Wissenschaft als auch in der Politik bestimmte gegenhegemoniale Sichtweisen unter Generalverdacht gestellt und aus dem Spektrum respektabler Positionierungen ausgegrenzt werden.

-
- 1 Dieser Text wurde im Arbeitskreis Herrschaftskritische Friedensforschung der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. (AFK) im Januar/Februar 2025 partizipativ erarbeitet und im Rahmen der AFK-Mitgliederversammlung am 20. März 2025 diskutiert. Es handelt sich NICHT um eine Stellungnahme der AFK insgesamt.
 - 2 Deutsche UNESCO-Kommission (2017): Wissenschaftsfreiheit weltweit, <https://www.unesco.de/dokumente-und-hintergruende/dokumente/dokumente-der-deutschen-unesco-kommission/wissenschaftsfreiheit-weltweit/> [30.1.2025].
 - 3 Bund demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen (2024): Vorwort der Redaktion zum Thema des Hefts „Umkämpfte Wissenschaftsfreiheit“, BdWi Studienheft 14, 4-6.

Umkämpftes Terrain

Angriffe auf unliebsame Intellektuelle, Wissenschaft und Kunst bilden einst wie heute ein wesentliches Element autoritärer Wenden. Bereits seit einigen Jahren erleben insbesondere Vertreter*innen kritischer Wissenschaftstraditionen massive Be- und Verhinderungen ihrer Arbeit, wie etliche Beispiele in Feldern wie der Kritischen Migrationsforschung, den *Gender Studies* und den *Post- bzw. Decolonial Studies* verdeutlichen. Verschärft werden diese Entwicklungen im deutschsprachigen Raum insbesondere im Kontext der hochumstrittenen Kriege im Gaza und der Westbank, aber auch rund um den Krieg in der Ukraine sowie jenen der Türkei in Nordsyrien und im Nordirak: Das belegen unzählige Absagen von Veranstaltungen, Ausladungen von Vortragenden, Eingriffe in Lehrveranstaltungen, Verbote von Versammlungen, hochschulinterne und -externe Reglementierungsversuche gegenüber Lehrenden sowie Streichungen von Förderungen wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Aktivitäten in erschreckendem Ausmaß.

Hinzu kommt ein besorgniserregender Abschreckungseffekt,⁴ der sich in einem hochgradig prekarierten professionellen Umfeld als Selbstzensur besonders wirksam entfaltet. Nicht zuletzt die im deutschen *Bundesministerium für Bildung und Forschung* erwogene Prüfung strafrechtlicher wie förderrechtlicher Schritte gegen die Unterzeichner:innen eines offenen Briefes zur Wahrung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit anlässlich der Räumung eines Protestcamps im Mai 2024 setzt hier ein fatales Signal.⁵ Auch die Arbeit zivilgesellschaftlicher (Friedens-)Organisationen wird durch öffentliche Diffamierung diskreditiert oder gar kriminalisiert sowie durch den Entzug von Fördermitteln (wie jüngst für Kooperationen der deutschen Bildungs- und Begegnungsstätte *Kurve Wustrow* mit den in Israel tätigen NGOs *Zochrot* und *New Profile*) behindert.⁶

Instrumentalisierung von Antisemitismus

Völkerrechtliche, politische, gesellschaftliche und auch akademische Kontroversen werden in Bezug auf die jüngsten Entwicklungen in Israel/Palästina international

4 Naomi Klein (2025): 'The Exceptions Have Become the Rule.' Naomi Klein on Trump, Gaza and the End of the 'Liberal Order', Interview mit Omid Memarian, <https://dawn-mena.org/the-exceptions-have-become-the-rule-naomi-klein-on-trump-gaza-and-the-end-of-the-liberal-order/> [30.1.2025].

5 AStA FU Berlin (2024): Ausführliche Stellungnahme zur polizeilichen Räumung des Protestcamps an der FU am 7.5.2024, <https://astafu.de/node/603> [30.1.2025].

6 Kurve Wustrow (2025): Friedensorganisationen in Israel Unterstützung unterzogen, <https://www.kurvewustrow.org/aktuelles/bundesregierung-friedensorganisationen-israel-unterstuetzung-entzogen> [30.1.2025].

deutlich weniger obsessiv und restriktiv geführt als im deutschsprachigen Raum, wo es offenkundig nicht nur um die Opfer politischer Gewalt, sondern oft auch um die Befindlichkeit der Mehrheitsgesellschaft geht.⁷ Zahlreiche internationale Kolleg:innen bezeichnen die in Deutschland, Österreich und der Schweiz verstärkt zu beobachtende Instrumentalisierung von Antisemitismus als nicht nur problematisch, sondern als provinziell. Diese leiste, so die Argumentation, einer zunehmend autoritären Weltordnung Vorschub, die weit über den aktuellen Krieg in Israel/Palästina hinausgeht.

Nicht zuletzt mit der Beschwörung der sogenannten Staatsräson – einem Konzept aus der Zeit des Absolutismus,⁸ das einem demokratischen Politikverständnis diametral entgegensteht und zugleich die autoritäre Wende nach innen flankiert – wird nicht nur gegen demokratisch-liberale Prinzipien wie Wissenschafts- und Versammlungsfreiheit, sondern etwa mit Waffenlieferungen auch gegen Völkerrecht wie z.B. den *Arms Trade Treaty* verstoßen.

Antisemitismus-, Holocaust- und Genozidforscher*innen, darunter auch zahlreiche jüdische Intellektuelle, weisen darauf hin, dass die verstärkten Interventionen der deutschen, schweizerischen und österreichischen Bundesregierungen, aber auch etlicher Leitungsgremien von Universitäten, Hochschulen, Schulen und anderer Bildungseinrichtungen in krassem Gegensatz zu internationalem Recht und zur von unseren Vorgänger*innen hart erkämpften Freiheit der Wissenschaft in Forschung und Lehre stehen. Die forcierte Repression stellt ein wirksames Mittel gegenüber kritischer Forschung, Bildung und Öffentlichkeit dar. Sogar die eher konservative Hochschulrektorenkonferenz (HRK) in Deutschland sorgt sich mit Blick auf die Resolution des Bundestags zu Antisemitismus an Schulen und Hochschulen um Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit.⁹

Im deutschsprachigen Raum wurden bislang überwiegend in anderen disziplinären Feldern als der Friedens- und Konfliktforschung Stellungnahmen gegen repressionsfördernde Instrumente wie die beiden deutschen Bundestagsresolutionen „Nie wieder ist jetzt: jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“¹⁰ bzw. „Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen

7 Allianz für Kritische und Solidarische Wissenschaft (2025): Aktivitäten, <https://krisol-wissenschaft.org/>

8 European Center for Constitutional and Human Rights (2025): Staatsräson gegen Grundrechte, <https://loa.ecchr.eu/podcasts/staatsrason-gegen-grundrechte/> [30.1.2025].

9 N.N. (2024): HRK kritisiert Antisemitismus-Resolution für Hochschulen, <https://www.forschung-und-lehre.de/politik/hrk-kritisiert-antisemitismus-resolution-spezial-fuer-hochschulen-6772> [30.1.2025].

10 Deutscher Bundestag (2024): Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP: Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben in Deutschland

entschlossen entgegnetreten sowie den freien Diskursraum sichern“¹¹ erarbeitet. Gerade für die Friedens- und Konfliktforschung und kritische Bildungsarbeit ist es selbstverständlich, Antisemitismus ebenso wie jeder anderen Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unmissverständlich entgegenzutreten. Doch beide genannten Resolutionen basieren auf der unbestimmten und missbrauchsanfälligen Definition von Antisemitismus der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA).¹² Mit ihrer Hilfe lassen sich jegliche Kritik an der Politik Israels und sogar bestimmte Fachbegriffe bzw. Theorieperspektiven leicht als antisemitisch brandmarken, – eine Anschuldigung, die Organisationen und Projekte ihre Förderwürdigkeit, Menschen ihre berufliche Existenz kosten kann.

Ein anderes Beispiel für die Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit in Forschung und Lehre im Zuge der autoritären Wende ist das „Positionspapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Forschungssicherheit im Lichte der Zeitenwende“¹³ sowie das „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr“¹⁴ insbesondere an Bildungseinrichtungen. Beide wurden in der zivilgesellschaftlichen und studentischen Initiative der Zivilklauselbewegung offensiv kritisiert. Auch wenn sie in keinem direkten Zusammenhang mit der Debatte um Staatsräson und Erinnerungskultur stehen, ist die zunehmende Indienstnahme von Bildung und Wissenschaft für eine breit eingeforderte neue „Kriegstüchtigkeit“ darin deutlich erkennbar.

schützen, bewahren und stärken, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/136/2013627.pdf>; Bundespressekonferenz e.V. (2024): Kritik an Antisemitismusresolution, <https://youtu.be/TkM4-g5bKr8?si=uz81m0BmNkBTBnq2> [30.1.2025].

- 11 Deutscher Bundestag (2025): Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP: Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschlossen entgegnetreten sowie den freien Diskursraum sichern, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/147/2014703.pdf>; Allianz für kritische und solidarische Wissenschaft (2025): Stärken statt Regulieren: Stellungnahme zum Resolutionsantrag „Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen“ <https://krisol-wissenschaft.org/wp-content/uploads/2025/01/StellungnahmeStaerkenstattRegulieren.pdf> [30.1.2025].
- 12 Verfassungsblog (2025): Die Implementation der IHRA-Arbeitsdefinition Antisemitismus ins deutsche Recht, <https://verfassungsblog.de/die-implementation-der-ihra-arbeitsdefinition-antisemitismus-ins-deutsche-recht-eine-rechtliche-beurteilung/>; Dis:Orient (2024): Das Problem mit der IHRA-Arbeitsdefinition, <https://www.disorient.de/magazin/ihra-arbeitsdefinition-antisemitismus-berlin-kultur> [30.1.2025].
- 13 BMBF (2024): Positionspapier Forschungssicherheit, <https://www.bmbf.de/SharedDocs/Downloads/DE/2024/positionspapier-forschungssicherheit.html>
- 14 Zivilklausel.de (2025): Initiative gegen das Gesetz zur Förderung der Bundeswehr insbesondere in Bayern, <http://zivilklausel.de/> [30.1.2025].

Verantwortung der Friedens- und Konfliktforschung

Ungeachtet unterschiedlicher theoretischer Perspektiven und konkreter Forschungsschwerpunkte geht es uns als Friedens- und Konfliktforscher:innen um die Wahrung und demokratische Weiterentwicklung der Freiheit der Wissenschaften in Forschung und Lehre. Autoritative Eingriffe der Politik zur Entscheidung wissenschaftlicher Kontroversen, wie im Falle der Antisemitismus-Definition geschehen, sind mit diesem Ziel unvereinbar. Dasselbe gilt für die Forderung nach verstärkter Zuarbeit zu Krieg und Militarismus in (Hoch-)Schulen, Universitäten und Zivilgesellschaft.

In diesem Sinne fordern wir politische Entscheidungsträger*innen auf, weitere Restriktionen in Wissenschaft und Bildung zu unterlassen und bisher erfolgte Vorstöße zurückzunehmen. Vielmehr gilt es, Universitäten, Hochschulen und Bildungseinrichtungen als lebendige Diskursräume zu gestalten und nicht zuletzt auch damit Frieden zu fördern. Wir ermutigen einander und unsere Kolleg*innen in Institutionen von Wissenschaft und Bildung, Einschränkungen der Freiheit von Wissenschaft in Forschung und Lehre etwa auf Basis der Instrumentalisierung von Antisemitismus genauso entschieden entgegenzutreten wie Antisemitismus und anderen Formen von Diskriminierung, aber auch der zunehmenden Indienstnahme der Hochschulen und Universitäten für militärische Zwecke und einer innergesellschaftlich verstärkten Repression gegenüber Meinungs-, Versammlungs- und Wissenschaftsfreiheit.

Als Friedens- und Konfliktforscher*innen treten wir dafür ein, von Einschüchterung, Repression, fördermittelrechtlicher Sanktionierung oder gar strafrechtlicher Verfolgung betroffene Kolleg:innen insbesondere in prekären Arbeitsverhältnissen, die oftmals auch an aufenthaltsrechtliche Restriktionen gebunden sind, im Feld von Wissenschaft und Bildung sowie in der zivilgesellschaftlichen Friedensarbeit solidarisch zu unterstützen.

Nicht zuletzt stehen wir dafür ein, uns aktiv der zunehmenden Zensur und Selbstzensur zu widersetzen, wenn es darum geht, politische Konflikte, Kriege und Gewalt in all ihren Formen zu analysieren, zu theoretisieren, zu diskutieren und auch zu kritisieren.

Über den Schutz der Wissenschaftsfreiheit in Forschung und Lehre hinausgehend fordern wir unsere Regierungen und Parlamente zudem dazu auf, sich wieder verstärkt auf verfassungsrechtliche Verpflichtungen zum Frieden zu besinnen. Denn wie bereits der ehemalige Bundespräsident der BRD Gustav Heinemann 1969 feststellte: „Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr.“¹⁵ Deshalb galt ihm nicht der Krieg, sondern der Frieden als „Ernstfall“. Es heißt also nicht weniger, sondern mehr Frieden wagen – in Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik.

15 Heinemann, Gustav (1969): Der Frieden ist der Ernstfall, <https://ghdi.ghi-dc.org/pdf/deu/Chapter12Doc2NEW1.pdf> [30.1.2025].

Jörg Becker

Der Umgang der Massenmedien mit Krieg – Strukturelle Produktionsbedingungen

Contentismus

„Das Bild des Afghanistan-Krieges in der FAZ“, „Der Georgien-Krieg im französischen Fernsehen“, „Der Ukraine-Krieg im US-am. Fernsehkanal CNN“ usw. Solche akademischen Arbeiten gibt es leider im Übermaß. Leider deswegen, weil solche Arbeiten zu kurz springen. Denn es ist in der Kommunikationsforschung eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung, über den Inhalt eines Mediums nachzudenken, will man zu sinnvollen Aussagen zur sozialen Relevanz medialer Kommunikation kommen.

1. Das theoretisch gut begründete Diktum von der politisch wichtigen Bedeutung des Unpolitischen heißt für weitere Arbeiten über das Bild des Krieges in den Massenmedien, sich nicht länger auf die manifesten, sondern auf die latenten, indirekten und quasi unpolitischen Inhalte einzulassen.
2. Es ist in der empirischen Sozialforschung völlig offen, ob in einem sozialen Wirkungsprozess der Massenmedien der Inhalt, also der Content, die wichtigste Wirkungsvariable ist. So könnte z.B. die ritualisierte alltägliche Nutzung ein und desselben Mediums in einem solchen Wirkungszusammenhang viel wichtiger sein als ihr Content.
3. In den letzten 40 Jahren gab es in der Sozialwissenschaft und damit auch in der Kommunikations- und in der Friedensforschung einen linguistic resp. cultural turn. Kurz gesagt: Ein idealistischer Ansatz der politischen Kultur verdrängte erfolgreich den materialistischen Ansatz einer Politökonomie. Das hatte mehrfache und höchst fatale Konsequenzen. In den methodischen Debatten über das, was eine Inhaltsanalyse ist und was sie leisten kann, führte dieser Wechsel weg von der Methode der Ideologiekritik hin zur Diskursanalyse. Ohne die wissenschaftstheoretischen Implikationen beim Wechsel von Kritischer Theorie zur Theorie der Postmoderne richtig zu begreifen, ist heutzutage sehr schnell von framing und Diskurs die Rede. Doch bei diesem Wechsel bleiben genuin politikwissenschaftliche Kategorien wie Macht, Herrschaft, System und Struktur auf der Strecke.¹

1 In dem folgenden Essay kann Axel Honneth schlüssig nachweisen, dass Foucaults Gesellschaftsanalyse weitaus weniger kritisch ist als die von Adorno. Vgl. Honneth, Axel:

4. In der Germanistik verwandelte die Postmoderne die Kommunikationswissenschaft in eine neue Art von Medienwissenschaft. Bar irgendeiner Diskussion über die materiellen Bedingungen von Textproduktion feiert diese Medienwissenschaft eine Renaissance von werkimmanenter Literaturinterpretation, wie sie durch Soziolinguistik, Trivilliteraturforschung, Wirkungs- und Rezeptionsästhetik, ideologiekritische Textarbeit usw. nach 1968ff. eigentlich abgeschafft worden war. Es geht hier nun um ein subjektiv assoziatives Glasperlenspiel mit Texten: nett, aber völlig beliebig und völlig unpolitisch. Anders formuliert: Wer lediglich Texte interpretiert, ohne den gesellschaftlichen Konstitutionsprozess dieses Textes mit zu berücksichtigen, verdoppelt Ideologie, selbst da, wo sich der Interpret inhaltlich vom Textangebot distanziert. Nochmals und mit anderen Worten: Der Bildzeitungsleser ist bei weitem schlauer als das noch so ideologisch spießbürgerliche und schlimme Angebot dieser Zeitung.²
5. Daraus folgt, dass bei zukünftigen Beschäftigungen mit dem Zusammenspiel von Massenmedien und Krieg sehr eindeutig das, was man mit deutlich negativer Konnotation Contentismus nennen kann, verlassen werden muss. Notwendigerweise muss man sich den gesellschaftlichen Bedingungen von Medienproduktion und Mediennutzung, -rezeption und -wirkung zuwenden.

Historisch-systematischer Bedingungs-zusammenhang: Medien des Krieges/Medien im Krieg

Im Krimkrieg (1853–1856) kamen parallel zu- und miteinander die Medien Schlachtemgemälde, Taubenpost, Unterwasserkabel und Zeitungsberichte zum Einsatz, der Erste Weltkrieg (1914–1918) verhalf den Medien Presse, Karikaturen, Plakate, Postkarten, Fotografie, Film und Telefonie zum Durchbruch, der Spanische Bürgerkrieg (1936–1939) gab der zwar alten literarisch-journalistischen Gattung der engagierten Sozialreportage einen völlig neuen Glanz, und der Zweite Golfkrieg (1990–1991) war die Sternstunde der Satellitentelefonie und damit der Echtzeitübertragung vom Kriegsgeschehen. Aus diesem nur kursorischen Überblick lassen sich eine Vielfalt von Schlussfolgerungen ziehen.

1. Die Produktionsmittel sowohl der Medien- als auch der Kriegstechnologie sind einem dauernden historischen Wandel unterworfen, und oft genug sind sie

Foucault und Adorno. Zwei Formen einer Kritik der Moderne, in: Kemper, Peter (Hrsg.): „Postmoderne“ oder der Kampf um die Zukunft, Frankfurt: Fischer Taschenbuch Verlag 1988, S. 127-144.

2 Vgl. Enzensberger, Hans Magnus: Die geschrumpfte Welt auf Zeitungspapier. Das verlegerische Projekt, die Norweger in Idioten zu verwandeln, ist gescheitert. Ein Streifzug durch die Presse des Landes, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. März 2002.



Abb. 1: Afghanischer Kriegsteppich aus Westafghanistan, Maße 90 x 150 cm, Sammlung Till Passow: Attacke auf Stellungen der Taliban in Bagram im Oktober und November 2001 (siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Afghanischer_Kriegsteppich)

Ausdruck ein und desselben Wandels. Das verleiht ein und demselben Medium in unterschiedlichen Kriegen eine unterschiedliche soziale Relevanz.

2. Technisch-eindimensionaler Fortschrittsoptimismus ist hier jedoch (wie auch generell) fehl am Platz: Im High-Tech-Vietnamkrieg nutzte der Vietcong zur Informationsübertragung erfolgreich große Kriegstrommeln und Osama bin Laden arbeitete sehr effektiv mit elektronisch nicht erfassbaren Stafettenläufern und setzte erfolgreich alt-arabische Poesie in seiner Kriegspropaganda ein, die Jugendliche als T-Shirt im gesamten Nahen Osten trugen und liebten.

Der hier abgebildete Kriegsteppich³ aus Afghanistan verdeutlicht recht gut Formen der asynchronen Kommunikation zwischen Feudalismus und Moderne. Während des russischen Krieges gegen Afghanistan (1979–1989) „sprechen“ solche Teppiche die „Sprache“ einer feudalen und oralen Nomadenkultur, während der fremde Besatzer aus Russland mit „Helikoptern“ und „T54 Panzern“ die „Sprache“ der modernen Zivilisation spricht. In der Intention der Teppichknüpfer sollten solche Kriegsteppiche die Kriegsgefahr dadurch bannen, dass man die Wappen der Invasoren abbildete. Zwar verlor Afghanistan mehr als eine Million Menschen in

3 Vgl. Frembgen, Jürgen Wasim und Mohm, Hans Werner: Lebensbaum und Kalaschnikow. Krieg und Frieden im Spiegel afghanischer Bildteppiche, Blieskastel: Gollenstein 2000, S. 63.

diesem Krieg, doch der Truppenabzug der sowjetischen Truppen im Februar 1989 kann auch so gedeutet werden, dass sich der altmodische Bann der Teppiche als erfolgreich erwiesen hat.

3. In allen Epochen unterliegt das Zusammenspiel von Krieg und Medien folgenden strukturellen Problemen: Geheimhaltung versus Transparenz, staatliche Propaganda versus realistische Kriegsdarstellung, Feindbildproduktion versus differenzierte Wahrnehmung usw. Ob diese Gegensatzpaare freilich eher ähnlich oder eher different zu analysieren sind, muss jeweils konkret und neu entschieden werden.

4. Auch bei diesen sozialen Konflikten ist ein evolutionär-historischer Fortschrittsoptimismus fehl am Platz. Dass z. B. die Intensität von Feindbildern auf einer historischen Fortschrittsachse von Diktatur zu Demokratie abnehme, mag bei genauem Hinsehen ein verhängnisvoller Mythos sein und möglicherweise weisen Feindbilder einen größeren Grad an Verzerrung und Rigidität auf als Feindbilder.

5. Das altehrwürdige akademische Fach Publizistik war unter diesem Namen nur in Deutschland zu finden bis es in den 80er und 90er Jahren seinen Namen in Kommunikationswissenschaft änderte. Doch dieser Modernismus kam mit höchst ideologischen Versatzstücken daher. Signalisierte der Begriff Publizistik, dass man es mit öffentlicher Kommunikation zu tun habe, inkorporierte die neue Kommunikationswissenschaft auch Lehrstühle für Public Relations, also Geheimkommunikation, in der der Adressat oft genug den Sender nicht wissen darf. Inzwischen werden in der Kommunikationswissenschaft in Deutschland mehr PR-Spezialisten als Journalisten ausgebildet. Und seit langem verkaufen akademisch ausgebildete PR-Spezialisten der Öffentlichkeit auch Ideen, warum es gut ist Krieg zu führen. Empirisch lässt sich ein erstes War-Branding für den Biafra-Krieg 1967 nachweisen. Häufig vermarkten US-am. PR-Firmen Kriege für fremde Regierungen, doch gelten ihre PR-Botschaften oft eher einer inneramerikanischen Wahlkampföffentlichkeit als einer internationalen Medienöffentlichkeit. Die israelische Regierung gibt pro Kopf der Bevölkerung mehr finanzielle Mittel für Propaganda aus als die meisten Länder der Welt. Beim Aufbau ihrer Propagandaarbeit wurde die israelische Regierung Ende der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts durch die US-am. PR-Firma Backer and Spielvogel beraten.⁴ Im Kontext solcher Regierungspropaganda wird – wie allgemein üblich – auch auf israelischer Seite mit Lügen und Fake News gearbeitet.

In den USA gilt seit 1938 der Foreign Agents Registration Act (FARA). Nach diesem Gesetz muss jede US-am. Firma, die für eine ausländische Regierung arbeitet, ihre dementsprechenden Aktivitäten dem Justizministerium melden, dokumentieren, den Vertrag und die Finanzen offenlegen und angeben, inwieweit sie den Vertrag vertragsgerecht erfüllt hat. Dieses Gesetz gilt bis auf den heutigen Tag auch für alle US-am. PR-Agenturen. Auf der Grundlage dieses Gesetzes haben Mira Beham und

4 Vgl. To Help Israel Improve Public Relations, in: New York Times, 6. Juni 1986

Tab. 1: War Branding: Ausgewählte Aktivitäten von PR-Agenturen in Kriegen

Jahr	Auftraggeber	Aktivität	Ausführende PR-Agentur
1967	Provinzregierung von Biafra	Kampagne zur Unterstützung der Unabhängigkeit Biafras	Ruder Finn (USA) und Markpress (Schweiz)
1990	Regierung von Kuwait	Kampagne gegen den Irak (inkl. Brutkasten-lüge)	Hill & Knowlton (USA)
1992	Regierung von Bosnien-Herzegowina	Auschwitzkampagne gegen Serbien	Ruder Finn (USA)
1998–2003	Zoran Djindjić, serbischer Ministerpräsident	Serbien-Informationskampagne	Moritz Hunzinger (BRD)
2008	Regierung von Georgien	Anti-russische Propaganda im Kaukasuskrieg	Aspect (Belgien)
2008	Regierung von Russland	Anti-georgische Propaganda im Kaukasuskrieg	GPlus (Belgien)
2022	Regierung der Ukraine	Unterstützung des Krieges gegen Russland	Lynn Global (Großbritannien)
2022	Regierung der Ukraine	Unterstützung des Krieges gegen Russland	25 PR-Agenturen (USA)
2022	Regierung der Ukraine	Unterstützung des Krieges gegen Russland	WPP Holding (Großbritannien)

Jörg Becker mit Mitteln der Deutschen Stiftung Friedensforschung in Osnabrück sämtliche Verträge US-am. PR-Firmen mit Regierungen während der Balkankriege untersucht (vgl. Fußnote 5). Sie analysierten insgesamt 160 Verträge von 40 PR-Firmen mit allen Regierungen auf dem Balkan mit einem finanziellen Volumen von 12 Mio. US-Dollar.

Auch noch heute kann man mit dem FARA-Gesetz die Ukraine-Aktivitäten aller US-PR-Agenturen detailliert erfassen und analysieren. Warum sind die Kommunikationswissenschaft und der Journalismus so behäbig und desinteressiert geworden, dass sich niemand dieser Möglichkeit von Aufklärung unterzieht? Oder besteht die Kommunikationswissenschaft nur noch aus PR-Wissenschaft, die verständlicher Weise kein Interesse daran hat, kritisch über sich selbst nachzudenken? Und eine zweite Forschungsaufgabe bezüglich einer einzelnen PR-Agentur müsste angegangen werden. Kurz nach Beginn des Ukrainekrieges wurde Daniel Holefleisch, Ehemann von Außenministerin Annalena Baerbock, Partner bei der PR-Agentur MSL Germany in Berlin. Diese Agentur gehört der französischen Publicis Group, mit 77.000 Mitarbeitern einer der weltweit größten Werbekonzerne. MSL Germany arbeitet bereits für die Regierung von Saudi-Arabien oder den Bundesverband der Deutschen

Tab. 2: Medienarbeit von Militär und Geheimdiensten

Deutsche Welle (DW)	1962: Rekrutierung von Journalisten für die Osteuropa-Redaktion über den BND, die schon im 2. Weltkrieg gegen Moskau gearbeitet hatten.* 2016: Geplante Budgetsteigerung um 12 Mio. Euro. Intendant Peter Limbourg will damit russischen Medien „Paroli bieten“. 1990–1966 war Limbourg NATO-Korrespondent der Deutschen Fernschnachrichtagentur (DFA).
Zentrum Operative Kommunikation der Bundeswehr (ZOpKomBw) in Mayen	1993: Radio Andernach 2010: Bundeswehr TV ZOpKomBw: 900 Mitarbeiter
Government Communications Headquarters (GCHQ) britischer Geheimdienst	2011: „Hochladen von überzeugenden YouTube-Videos, um zu diskreditieren und zu zersetzen: Inszenieren und Etablieren von Facebook-Gruppen, Foren, Blogs und Twitter-Accounts, um die Diskussion zu manipulieren.“**
77th Brigade of the British Army	2015: 500 Mitarbeiter für psychologische Kriegsführung gegen Russland
Pentagon	2015: Im Krieg können nach dem „Department of Defence Law of War Manual“ Journalisten auch Terroristen sein (unprivileged belligerents).

* Vgl. Schmidt-Eenboom, Erich: Geheimdienst: Politik und Medien, Berlin: Kai Homilius Verlag 2004, S. 303ff.

** Zit. nach Kompa, Markus: Top Secret. Die Lizenz zum Täuschen, in: Telepolis, 23. Juni 2015; <https://www.telepolis.de/news/Top-Secret-Die-Lizenz-zum-Taeuschen-2722418.html> (Abruf am 26.12.2023).

Industrie (BDI), um die angeblichen Vorteile des Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Ländern in die Köpfe der Bundestagsabgeordneten hinein zu bringen. In einer Pressemitteilung von MSL-Germany hieß es im Mai 2022 über Daniel Holfleisch: „Eine Ansprache der Leitungsebene des Auswärtigen Amtes oder der Außenministerin Annalena Baerbock im Rahmen seiner Tätigkeit bei MSL ist vertraglich ausgeschlossen.“⁵ Welcher kritische Wissenschaftler untersucht, ob das zutrifft? Und wie sieht es mit Kontakten zwischen MSL und dem Auswärtigen Amt unterhalb der Leitungsebene aus?

6. Seit sehr langer Zeit akzeptiert eine unmündig gewordene und gemachte Öffentlichkeit die Mär, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk staatsunabhängig sei und arbeite. Die aus Art. 5 GG abgeleitete Presse- und Rundfunkfreiheit und die wiederum daraus vom Verfassungsgericht abgeleitete Wächterfunktion der Medien

5 Zit. nach dpa: Holfleisch wird Lobbyist, in: Süddeutsche Zeitung, 1. Mai 2022.

als eine Art Vierte Gewalt sind jedoch perdue. Schon 1992 hatte das Bundesverfassungsgericht die Rundfunkfreiheit als eine „dienende Freiheit“ definiert, also eine Freiheit, die weder der Profitabsicht einer privaten Rundfunkanstalt noch der Angestelltenhierarchie eines ARD-Intendanten untergeordnet werden darf. Beim Thema Staatsferne ist der wichtigste Sündenfall die der ARD angeschlossene Deutsche Welle, die aus dem Bundeshaushalt finanziert wird und damit unmittelbar der politischen Gestaltungskraft der Bundesregierung unterworfen ist. Doch viele in der wissenschaftlichen Fachliteratur und im kritischen Journalismus festgehaltene Beispiele demonstrieren, wie stark Regierungen und deren Geheimdienste und Militärs die Inhalte von Massenmedien (inkl. ARD und ZDF) seit langem formen und prägen, gerade und besonders in Kriegszeiten.

7. Die gegenwärtige Kriegsführung kennt sehr unterschiedliche Spielarten des Cyberwar: Militär- und Industriespionage, staatlich gelenkte elektronische Massenangriffe auf gegnerische Server, Netze, Computer und homepages, Zerstörung der Steuersysteme automatisierter Industrieanlagen und militärischer Waffensysteme, Zerstörung gegnerischer elektronischer Infrastrukturen usw. In solchen Cyberkriegen geht es sehr viel mehr als bisher um die Formensprache und weniger um die Inhalte von Medien. Im Syrienkrieg versuchten z. B. Anti-Assad-Kräfte das syrische Staatsfernsehen durch ein komplett anderes (westliches) Fernsehen von außen auszuschalten und zu ersetzen. Der gegenwärtig im Journalismus bereits erfolgte Einsatz von KI wird in Kriegszeiten auf ein nicht mehr unterscheidbares Medienangebot von Freund und Feind hinauslaufen. Im Übrigen fordert die Bergpredigt nicht eine Nächsten- sondern eine Feindesliebe. Die Bedeutung von KI zeigt sich im Übrigen gegenwärtig im Einsatz der software Lavender im Kampf der israelischen Armee gegen die Hamas. Diese KI agiert autonom (also ohne Moral), nimmt bei Hamas-Kämpfern mit niedrigem Rang 15-20 zivile Opfer und bei hohen Hamas-Offizieren 100 zivile Opfer in Kauf.

8. Unter einem neoliberalen Wirtschaftssystem von Deregulierung, Privatisierung, Kommerzialisierung und Globalisierung wird das öffentliche Gut Journalismus durch ein privatwirtschaftliches System kommerziell arbeitender Public Relations-Agenturen ersetzt. Sowohl Kriegsmarketing⁶ als auch der soziale Protest gegen Krieg (Astroturf⁷) werden marktgerecht angeboten und an den Meistbietenden verkauft. Auch wegen dieser strukturellen Veränderungen muss sich das analytische Gewicht

6 Vgl. Becker, Jörg und Beham, Mira: Operation Balkan: Werbung für Krieg und Tod. Vorwort von Norman Paech. 2. Aufl., Baden-Baden: Nomos-Verlag 2008 und Becker, Jörg: Medien im Krieg – Krieg in den Medien. 2. Aufl., Wiesbaden: Springer VS 2024.

7 Vgl. Irmisch, Anna: Astroturf. Eine neue Lobbyingstrategie in Deutschland?, Wiesbaden: VS Verlag 2011.

Tab. 3: Der Männlich-Militärisch-Industriell-Kommunikative Komplex (MMIK)

Geschlecht Chronologie/ Geschichte	Staat (Militär) Gewalt- monopol	Kapital Sozialstaat/ Neoliberalismus	Kommunikation/ Information/IT-Technik Industriegesellschaft/ Informationsökonomie
Männlich	Bundeswehr	Rüstungsindustrie	Militarisierung des Alltags (Sprache, Mode)
	NATO	Sicherheitsindustrie	Presse, TV, social media
Geheimdienste	Privatarmeen	Hollywood	
militarisierte EU	Think Tanks	embedded journalism	
			PR-Agenturen
Messen für Waffen und Rüstungsgüter			
Werbung für das Militär			
Elektronisches Kriegsspielzeug für Kinder			
militärische Spionagesatelliten			
cyber hacking			
Drohnen			
vollautomatisierte letale Waffensysteme (z.B. KI unterstützte software Lavender der israelischen Armee)			

weg vom Contentismus und hin zu einer Analyse der Akteure und ihrer politisch-ökonomischen Interessen verlagern.

9. Eine Mediatisierung des Krieges korrespondiert mit einer Martialisierung der Medien. Dieser Doppelgedanke führt zu einer Struktur, die man dann den Männlich-Militärisch-Industriell-Kommunikativen Komplex (MIKK) nennen muss. Der durch den US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower populär gewordene Begriff des Militärisch-Industriellen-Komplexes (MIK) trifft seit langem nicht mehr zu, er bedarf einer Erweiterung um die beiden Komponenten „männlich“ und „kommunikativ“. Die erste Erweiterung ist aus guten Gründen der Geschlechterforschung geschuldet und bedarf keiner weiteren Erörterung. Die zweite Erweiterung ist aus komplexeren Gründen nötig. Eine kritische Linke hat in ihren ökonomischen Analysen des Kapitalismus stets die ihn tragende Rolle von Werbung und Medien ausgeblendet. Eine

Ausnahme bildet der trotzkistische Ökonom Ernest Mandel, der in seinem Klassiker „Monopolkapital“ schon 1966 analysiert hat⁸, warum es bei dem sich entwickelnden Kapitalismus seit Ende des 19. Jahrhunderts Werbung geben muss. Werbung gibt es nicht, weil Kinder zum unkritischen Konsum verführt werden sollen, wie so viele Lehrer moralistisch meinen, sondern weil die notwendigerweise Überproduktion von Gütern im Zeitalter der Monopole durch neue Güter abgelöst werden muss und zwar immer mehr und immer schneller (auch wenn empirische Messungen über die Wirkung von Werbung schwierig sind und bleiben). Der kanadische Ökonom Dallas W. Smythe hat mit seinem epochalen Aufsatz über Kommunikation und Massenmedien als Blindstelle einer marxistischen Gesellschaftsanalyse⁹ Paul Sweezys Analyse aufgegriffen und dazu aufgerufen, in den Massenmedien nicht nur einen ideologischen Stützpfeiler des Kapitalismus zu sehen, sondern eine ihn ökonomisch tragende Säule. Diese Säule gilt es nicht nur in Friedens- sondern auch in Kriegszeiten zu sehen.

8 Vgl. Baran, Paul A. und Sweezy, Paul: Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1973, S. 114ff.

9 Vgl. Smythe, Dallas W.: Communications: Blindspot of Western Marxism, in: Canadian Journal of Political and Social Theory, Heft 3/1977, S. 1-27.

Fabian Goldmann

Stell dir vor, es ist Genozid und keiner berichtet darüber

Vielleicht werden irgendwann wieder Kinder kopfschüttelnd über dem Geschichtsbuch sitzen und fragen, wie wir das damals haben zulassen können. Seit anderthalb Jahren führt Israel gegen seine Nachbarn einen Krieg, der längst zu den schrecklichsten in der jüngeren Geschichte dieses Planeten zählt. Zehntausende Menschen wurden seit dem 7. Oktober 2023 getötet, Millionen vertrieben, ganze Städte in Trümmern gelegt.

Das Wort „Gaza“ steht mittlerweile für immer neue Superlative, die vor zwei Jahren noch kaum jemand für möglich gehalten hätte. In Gaza kamen mehr Ärzte, Pfleger und Rettungskräfte, mehr Mitarbeiter von NGOs und internationalen Organisationen ums Leben als in jedem anderen Krieg nach 1945 (vgl. Abdulrahim 2024; UN Report 2024). Schon im ersten halben Jahr kostete der Krieg in Gaza mehr Kindern das Leben als alle anderen Kriege der Welt zusammengerechnet in den vier Jahren zuvor. In einem Landstrich von der Fläche Bremens verloren in einem Jahr mehr Journalisten ihr Leben als in den Kriegen in Afghanistan, Jugoslawien, Vietnam und den beiden Weltkriegen zusammen. An keinem Ort in der Welt und wahrscheinlich zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte war der Anteil von Kindern mit amputierten Gliedmaßen so hoch wie 2025 im Gazastreifen. Innerhalb von einem Jahr sank die Lebenserwartung in Gaza von 75,5 Jahren auf 40,6 Jahre – ein Absturz, der in jüngerer Geschichte nur beim Völkermord in Ruanda erreicht wurde. Der Gazastreifen ist heute in einem Maß zerstört, wie es die Welt seit 1948 nicht mehr gesehen hat. (vgl. Forensic Architecture Report 2024)

Das alles ist gründlich und umfassend dokumentiert, durch internationale Organisationen, NGOs, Reporter und Juristinnen. „Der am besten dokumentierte Genozid der Geschichte“ – so der UN-Botschafter Riyad Mansour beim UN-Sicherheitsrat (Mansour 2024). Nicht weniger gut dokumentiert ist die deutsche Unterstützung des Krieges. Die Bundesrepublik ist nach den USA Israels größter Waffenlieferant (vgl. Deutscher Bundestag Bericht 2024). Unter dem Schlagwort der „Staatsräson“ bekennen Politiker von Grüne bis CSU regelmäßig ihre bedingungslose Solidarität mit einem mörderischen und in Teilen offen rechtsradikalen Regime. Also zurück zur Frage: Warum lassen wir das zu? Warum gehen nicht jeden Tag tausende Deutsche auf die Straße und fordern von ihrer Regierung auf, nicht länger den Bruch von Völker- und Menschenrecht im Nahen Osten zu unterstützen? Warum waren die Verbrechen, die tagtäglich auch mit deutschen Waffen begangen werden, bei der

letzten Bundestagswahl nicht einmal ein Thema, geschweige denn wahlentscheidend? Warum schaut ein Großteil der deutschen Öffentlichkeit dem Morden tatenlos zu oder begrüßt es sogar?

Eine von vielen Antworten: Es hat auch etwas damit zu tun, wie Medien über diesen Krieg berichten – oder es eben nicht tun. Der Großteil des Leides, das Israel seit dem 7. Oktober 2023 angerichtet hat, findet auf deutschen Zeitungsseiten und Fernsch Bildschirmen nicht statt. Und wenn doch, wird es oftmals relativiert oder gerechtfertigt. Wer in Deutschland in den vergangenen 18 Monaten die Zeitungen aufschlug oder den Fernseher einschaltete, um sich über den Krieg in Nahost zu informieren, der stieß mit großer Wahrscheinlichkeit auf kritiklos übernommene Statements der israelischen Armee (IDF). Auf Verbrechen, deren Täter sich hinter Passivkonstruktionen verbergen. Auf Euphemismen über „gezielte Gegenschläge“ und „begrenzte Bodeneinsätze“. Auf Floskeln über „Gewaltspiralen“ und „Flächenbrände“. Auf Auslassungen, Einseitigkeiten und Fake News.

Der Abgrund deutscher Nahost-Berichterstattung öffnete sich in vielen Nachrichtensendungen und den Seiten der meisten Tageszeitungen: ob öffentlich-rechtlich oder privat, Boulevard oder seriös, links oder bürgerlich. Und er umfasst alle Aspekte journalistischen Handwerks. Von der Wahl von Themen und Perspektiven, über den Umgang mit Quellen, Fakten und Meinungen bis zur Entscheidung über die richtigen Worte, Bilder und Kontexte.

Faktenreue: Es begann mit einer Lüge – und dann noch einer und noch einer

1.154 Menschen, darunter 782 Zivilisten, starben als Kämpfer der Hamas und anderer palästinensischer Gruppen am 7. Oktober 2023 die Grenzanlagen zu Israel überwand und die israelischen Militärbasen und Kibbuzime angriffen. 251 Menschen wurden in den Gazastreifen verschleppt, auch unter ihnen befanden sich viele Zivilisten. Daran, dass palästinensische Kämpfer am 7. Oktober 2023 Kriegsverbrechen begangen haben, besteht kein Zweifel. Zu Recht haben Medien darüber umfassend berichtet. Doch in den Tagen und Wochen nach dem 7. Oktober 2023 bestimmten in vielen Medien nicht die realen Verbrechen palästinensischer Gruppen die Schlagzeilen, sondern Verbrechen, die es nie gegeben hatte.

„Babys mit abgeschnittenen Köpfen“¹, schrieb die BILD am 11. Oktober 2023 groß auf ihrer Titelseite. „Haben Terroristen ein Baby im Ofen verbrannt?“², lau-

1 <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/israel-reporterin-ueber-massaker-babies-mit-abgeschnittenen-koepfen-85702662.bild.html>.

2 <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/horror-bericht-aus-israel-haben-terroristen-ein-baby-im-ofen-verbrannt-85946786.bild.html>.

tete die Schlagzeile am 1. November 2023. Am 18. November 2023 schrieb die Redaktion: „*Hamis-Barbaren vergewaltigten sogar Leichen.*“³ Das Problem daran: Keines dieser Ereignisse hat es je gegeben. Diese und andere zweifelsfrei bewiesene Fake News⁴ fanden den Weg in die Medien vieler westlicher Länder. Aber nur in Deutschland verbreiteten sie sich über das ganze mediale Spektrum: von der linken *taz* bis zur rechten *Welt*, vom Politik-Krawall-Magazin *Focus* bis zum seriösen *ZDF*. Richtiggestellt wurden solche Falschmeldungen nie, teilweise werden sie bis heute verbreitet. Die Wirkung, die sie hinterließen, ist ohnehin nicht zurückzunehmen: die totale Entmenschlichung des „Gegners“.

In den aufgeregten Wochen nach dem 7. Oktober galten Palästinenser in vielen Medien als die neuen Nazis, gegen die jedes Mittel recht sei. „Free Palestine ist das neue Heil Hitler“, titelte Springers *Die Welt*⁵. Das Massaker an den 40 Babys sei „nicht weniger als ein Zivilisationsbruch“, schrieb die *Bild*⁶ und nutzte damit einen Begriff der vom deutsch-israelischen Historikers Dan Diner einmal geprägt wurde, um den Holocaust zu beschreiben. Viele andere Medien taten es ihr gleich.⁷ Angesichts des Schreckens des 7. Oktobers – und dem, was viele Medien daraus machten, schien nun alles möglich und alles erlaubt. Für Israels Armee, die die Region bis heute mit einem für unvorstellbar gehaltenen Maß an Gewalt überzieht. Aber auch für jene, die darüber berichteten.

„Die Zivilisten in Gaza sind nicht unschuldig“, schrieb Tobias Huch in der staatlich finanzierten Jüdischen Allgemeinen.⁸ „Manchmal ist es notwendig zu töten, um das Morden zu verhindern“⁹, titelte *Der Spiegel* noch zu einem Zeitpunkt, als bereits über 10.000 Menschen getötet worden waren.

3 <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/massaker-in-israel-hamas-terroristen-vergewaltigten-sogar-leichen-86121752.bild.html>.

4 https://www.lemonde.fr/en/les-decodeurs/article/2024/04/03/40-beheaded-babies-the-itinerary-of-a-rumor-at-the-heart-of-the-information-battle-between-israel-and-hamas_6667274_8.html. Vgl. auch <https://www.france24.com/en/tv-shows/truth-or-fake/20241007-israel-hamas-a-summary-of-one-year-of-misinformation>. Vgl. <https://www.theguardian.com/commentisfree/article/2024/may/30/biden-palestinian-beheaded-israeli-babies>.

5 <https://plus.rtl.de/podcast/welt-talks-nlxfm3927yot/neue-folge>.

6 Das Massaker von Kfar Azza ist nicht weniger als ein Zivilisationsbruch, eine Zäsur. <https://www.bild.de/politik/kolumnen/politik-ausland/kommentar-zum-massaker-in-kfar-azza-eine-neue-dimension-des-grauens-85704150.bild.html>.

7 Siehe auch <https://www.wienerzeitung.at/a/beatrice-frasl-was-gesagt-werden-muss>.

8 <https://www.juedische-allgemeine.de/meinung/die-menschen-in-gaza/>.

9 <https://www.spiegel.de/politik/israel-und-gaza-spitzengespraech-mit-michael-wolffsohn-und-duezen-tekkal-manchmal-ist-es-notwendig-zu-toeten-um-das-morden-zu-verhindern-a-98f06125-2733-42c7-8ae1-98e23b8fd8ca>.

Perspektiven: 136 Vertreter Israels vs. 4 Palästinas

Keine Unwahrheiten verbreiten, nichts Wesentliches weglassen, alle relevanten Seiten zu Wort kommen lassen. Das sind einige Basics journalistischen Handwerks. Doch in der Realität deutscher Nahost-Berichterstattung bekommt das Publikum seit dem 7. Oktober 2023 fast nur noch Stimmen der israelischen Seite zu hören. Der weitgehende Ausschluss palästinensischer Stimmen zeigt sich in fast allen Medien und journalistischen Formaten. Am folgenreichsten ist er wahrscheinlich in den Abendnachrichten der Tagesschau. Das Aushängeschild des deutschen Nachrichtenjournalismus ist für die deutsche Öffentlichkeit immer noch das wichtigste Fenster zur Welt – ein Fenster, durch das man vor allem die israelische Sicht der Dinge sieht. 470-mal sendete die Tagesschau ihre 20-Uhr-Nachrichten zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 18. Januar 2025, dem letzten Kriegstag der später wieder gebrochenen Waffenruhe. 136-mal kamen Personen aus Israels Politik und Militär in dieser Zeit in der Sendung zu Wort. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erhielt mit 63 Statements besonders häufig das Wort. Den 136 Auftritten israelischer Militärs und Politiker standen in 16 Monaten Nahost-Berichterstattung der Tagesschau gerade einmal 4 Auftritte palästinensischer Politiker gegenüber. Auf genauso viele Statements brachte es Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu allein in den ersten acht Tagen des Krieges. Palästinensische Repräsentanten und ihre Perspektive auf den Krieg in Nahost bekamen in der Tagesschau damit ähnlich viel Raum wie jene Luxemburgs (3 Auftritte) und Spaniens (5 Auftritte). Als einzige Konfliktpartei gibt die Tagesschau Israel bis heute regelmäßig die Gelegenheit, die eigenen Kriegsziele zu erläutern, zu Anschuldigungen Stellung zu nehmen oder ihre Deutung aktueller militärischer Angriffe zu präsentieren. Dabei scheint es unerheblich, von wem Anschuldigungen und Aggressionen ausgehen. Egal ob aus Gaza Israel angegriffen wird oder Israel Gaza angreift, die UN Israel kritisiert oder Israel die UN, Iran Raketen auf Israel schießt oder vice versa, oft präsentiert die Tagesschau dazu die Einschätzung eines israelischen Regierungspolitikers oder Armeesprechers. Häufig ist diese sogar die einzige. Offizielle palästinensische Stimmen sind in der Tagesschau hingegen kaum zu hören. Das gilt für Repräsentanten aus dem Gazastreifen genauso wie für jene aus dem Westjordanland, für Vertreter der Hamas ebenso wie für jene von Fatah, der Palästinensischen Autonomiebehörde, der PLO und aller anderen palästinensischen Gruppierungen und Institutionen.

Quellen: Wenn Journalisten Krankenhäuser sturmreif schreiben

Die Allgegenwärtigkeit israelischer Armeesprecher und Regierungsvertreter bei gleichzeitigem Ausschluss palästinensischer Stimmen ist nur die Spitze des Eisberges, der die Glaubwürdigkeit des deutschen Nahost-Journalismus im letzten Jahr zum

Sinken brachte. „Sagen, was ist.“ Aus dem alten Spiegel-Slogan wurde mit dem 7. Oktober für viele Medien: „Sagen, was die israelische Armee behauptet.“ Statt aus eigener Recherche oder zumindest aus dem Überprüfen der Angaben von Kriegsparteien auf Plausibilität besteht deutsche Nahost-Berichterstattung zum großen Teil aus der Wiedergabe von Behauptungen der israelischen Armee (IDF). In vielen Fällen sind Meldungen deutscher Medien von den Pressemitteilungen der israelischen Armee nur noch durch Anführungszeichen und Konjunktive zu unterscheiden. Häufig fehlen selbst diese. Ein Beispiel von vielen: Die (fehlende und irreführende) Berichterstattung über die Zerstörung von Gazas Gesundheitssystem. „Israel greift die Terrorinfrastruktur der Hamas an“, meldete die Tagesschau am 28. Oktober 2023.¹⁰ Vom „Kampf um die Hamas-Zentrale“ berichtete ZDF¹¹. Und die FAZ titelte: „Einmarsch in die Terrorbasis“¹². Gemeint war der Angriff der israelischen Armee auf Gazas größtes Krankenhaus, die Al-Schifa-Klinik. Ähnliche Meldungen fanden sich auch in Medien anderer westlicher Länder. Aber anders als in deutschen Medien fanden sich dort auch Journalist:innen, die die Angaben der israelischen Armee überprüften. Unter anderem Reporter von BBC, The Guardian, The Intercept und Washington Post sprachen mit Augenzeugen, werteten Fotos, Videos, Dokumente und andere Daten aus und prüften israelische Angaben auf ihre Konsistenz und Plausibilität. Das Ergebnis der Faktenchecks und investigativen Recherchen: Keine der Vorwürfe der israelischen Armee rund um das Al-Schifa-Krankenhaus ließ sich bestätigen.¹³ Auch Amnesty International und eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen können später keinen einzigen glaubhaften Beleg für Israels Vorwürfe ausmachen.¹⁴ Ein paar schlechte 3D-Animationen und arrangierte Fotos von Schutzwesten und Kalaschnikows hatten ausgereicht, damit Journalisten ein Krankenhaus sturmreif schreiben.¹⁵ Seitdem Medien über die vermeintliche „Hamas-Zentrale“ unter der Al-Schifa-Klinik berichteten, hat die israelische Armee jedes einzelne Krankenhaus im Gazastreifen angegriffen, gestürmt, bombardiert und teilweise oder ganz zerstört. Fast immer gingen den Angriffen Propaganda-Kampagnen der

10 <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-gaza-angriffe-106.html>.

11 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/angriff-hamas-zentrale-klinik-krankenhaus-gaza-israel-nahost-100.html>.

12 <https://www.faz.net/aktuell/politik/israels-einmarsch-in-die-terrorbasis-der-hamas-19316315.html>.

13 <https://www.france24.com/en/tv-shows/truth-or-fake/20231115-video-of-nurse-denouncing-amas-occupation-of-al-shifa-hospital-in-gaza-is-fake>.

14 <https://www.theguardian.com/world/2023/nov/15/idf-entered-gaza-al-shifa-hospital-raid-targeted-operation-amas>. Vgl. auch <https://www.washingtonpost.com/world/2023/12/21/al-shifa-hospital-gaza-amas-israel/>.

15 <https://www.thenation.com/article/world/israel-gaza-propaganda-biden/>.

israelischen Armee voraus: über „ Hamas-Waffenlager“, „ Hamas-Tunnel“, „ Hamas-Abschussrampen“ oder „ Hamas-Kommandozentralen“. Immer wieder übernahmen viele deutsche Medien diese Meldungen. In der Regel haben sich Israels Vorwürfe nicht unabhängig bestätigen lassen.

Sprache: Hamas massakriert, Israel reagiert

Die Realität des Kriegs in Nahost wird in deutschen Medien auf vielen Ebenen verschleiert: über die Auswahl von Bildern, Themen und Geschichten genauso wie über die Sprache. In der deutschen Nahost-Berichterstattung haben sich völlig unterschiedliche Begrifflichkeiten etabliert. Deren Auswahl hängt oft allein davon ab, wer im Nahen Osten gerade Opfer und wer Täter ist. Im Fall von israelischer Gewalt übernehmen Journalisten häufig die Euphemismen der israelischen Armee. Im Fall von Gewalt gegen Israel findet man dieses Phänomen nicht. Stattdessen wirkt die Sprache hier häufig dramatisch.

„Israel beginnt lokal begrenzte Bodenoffensive“, vermeldete die Tagesschau zum Beispiel den Einmarsch israelischer Bodentruppen in den Libanon am Abend des 30. September 2024.¹⁶ Als am Tag darauf Iran Israel mit Raketen Angriff war von einem „Großangriff“ und einer „ Eskalation in Nahost“ die Rede – und das obwohl das tatsächlich Maß der Gewalt und die Zahl der Opfer weit geringer war als bei Israels „begrenzter Bodenoffensive“ am Tag zuvor. Solche sprachlichen doppelten Standards fanden sich an diesen beiden Tagen in allen größeren deutschen Medien, die über die Angriffe berichteten. Manchmal begegnet man solchen doppelten Standards sogar in einer einzelnen Überschrift. „Raketenterror über Tel Aviv. Luftangriffe auf Hisbollah-Ziele.“¹⁷ Diese Schlagzeile erschien am 25. September 2024 in *Der Spiegel*. Mit der dramatisierenden Formulierung „Raketenterror auf Tel Aviv“ gemeint, war eine einzelne Rakete der Hisbollah, die nahe Tel Aviv abgefangen wurde und durch die glücklicherweise niemand zu Schaden kam. Mit „Luftangriffe auf Hisbollah-Ziele“ bezeichnete das Nachrichtenmagazin hingegen den Abschuss und Abwurf hunderter Raketen und Bomben durch die israelische Armee, durch die in den Tagen zuvor hunderte Menschen getötet, Tausende verletzt und Zehntausende vertrieben wurden. Die Formulierung war nicht nur euphemistisch, sondern auch faktisch falsch. Denn getroffen hatte die israelische Armee nicht nur „Hisbollah-Ziele“, sondern zahlreiche zivile Gebäude wie Wohn- und Krankenhäuser. Getötet hatte sie

16 <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-bodeneinsatz-libanon-100.html>.

17 Der Spiegel (YouTube vom 27.9.2024), URL: <https://www.youtube.com/watch?v=8HSIotVbOO4>. Siehe auch: <https://www.spiegel.de/ausland/libanon-hisbollah-feuert-langstreckenrakete-auf-israel-ab-raketenterror-auf-tel-aviv-a-438a82fd-966f-48c6-81ea-fc1dfb75de20>.

dabei nach Angaben libanesischer Behörden vor allem Zivilisten. „Reaktion“ ist ein weiterer Begriff, den Medien in aller Regel für israelische Gewalttaten vorbehalten sind. In den 20-Uhr-Sendungen der Tagesschau zwischen dem 7. Oktober 2023 (Angriff der Hamas auf Israel) und dem 18. Januar 2025 (Beginn der „Waffenruhe“) stößt man auf ihn 111-mal, in 77 Fällen (69 Prozent) sind damit israelische Gewalttaten gemeint. Gewalttaten der Hamas oder anderer palästinensischer Gruppen hat die Tagesschau in 470 Sendungen seit dem 7. Oktober 2023 in keinem einzigen Fall als „Reaktion“ auf vorangegangene israelische Angriffe bezeichnet. Während palästinensische Angriffe ohne jeden Kontext oder Vorgeschichte scheinbar einfach so passieren, stellt die Tagesschau israelische Angriffe damit als Konsequenz vorangegangener palästinensischer Gewalt dar. Für palästinensische Gewalt hingegen hält die Tagesschau einen anderen Begriff vor: Massaker. 10-mal macht sich die Redaktion in den Abendnachrichten den Begriff zu eigen (ohne Zitate). Immer sind palästinensische Gewalttaten gemeint. Noch auffälliger ist dieses Phänomen im Nahost-Blog der Tagesschau: Insgesamt 196-mal machte sich die Redaktion dort den Begriff „Massaker“ zu eigen (ohne Zitate). Gemeint war ausschließlich der Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023 mit 1.139 Toten, darunter 639 Zivilisten. Die unzähligen von der israelischen Armee begangenen Massaker mit zehntausenden zivilen Toten bezeichnete die Tagesschau kein einziges Mal als solche.

Betroffene: Schicksale vs. Statistiken

Am deutlichsten wird die Schiefelage deutscher Nahost-Berichterstattung, geht es um die Opfer des Krieges. Jeder Journalist lernt in seiner Ausbildung: Gute Berichterstattung braucht Namen, Bilder und Geschichten. In der deutschen Nahost-Berichterstattung heißt das vor allem: israelische Namen, israelische Bilder und israelische Geschichten. Reportagen, Porträts und Interviews über und mit Opfern und Angehörigen des Hamas-Angriffs vom 7. Oktober 2023 finden sich in allen großen deutschen Medien und erscheinen bis heute immer noch mehrmals wöchentlich. Eine auch nur annähernd vergleichbare Berichterstattung zu den palästinensischen, libanesischen, syrischen oder jemenitischen Opfern israelischer Angriffe gibt es nicht. Ein Beispiel von vielen: Die Berichterstattung über Shani Louk. Die Deutsch-Israelin besuchte am 7. Oktober 2023 das von Kämpfern der Hamas und anderer militanter palästinensischer Gruppen überfallene Supernova-Festival und galt lange als verschollen. Am 17. Mai 2024 meldete die israelische Armee, Louks Leiche in einem Tunnel im Gazastreifen gefunden zu haben. Bis heute ist die junge Frau Gegenstand riesiger medialer Aufmerksamkeit. Allein über Shani Louk und ihre Familie erschienen in deutschen Medien bis heute mehr Porträts und Reportagen als über alle palästinensischen Todesopfer zusammen. Man mag argumentieren, dass Shani Louks deutsche Herkunft sie für deutsche Medien besonders interessant macht.

Das stimmt. Aber müsste das dann in ähnlicher Weise nicht auch für die Familie Abujadallah gelten? Die sechsköpfige Familie aus Dortmund befand sich zu einem Familienbesuch in Gaza als eine Bombe der israelischen Armee in ihr Wohnhaus einschlug und Mann, Frau und die vier Kinder tötete. Sowohl Shani Louk als auch die Abujadallahs hatten deutsche Pässe. Dennoch könnte die mediale Aufmerksamkeit unterschiedlicher nicht sein: In den zehn auflagenstärksten deutschen Zeitungen wurde die deutsch-israelische Shani Louk zwischen dem 7. Oktober 2023 und 7. Oktober 2024 in über 200 Beiträgen erwähnt. Der deutsch-palästinensischen Familie Abujadallah widmeten dieselben Zeitungen insgesamt drei Beiträge, alle gingen auf eine einzelne Redakteurin der Süddeutschen Zeitung zurück. Die beiden Fälle sind nicht die Ausnahme, sie sind die Regel: In allen größeren deutschen Medien entscheidet vor allem die Nationalität darüber, ob über ein Opfer berichtet wird oder nicht. Das zeigt sich auch daran, dass ein Großteil der Verbrechen, der sich tagtäglich im Gazastreifen abspielt, in deutschen Medien gar nicht mehr stattfindet. Vom „größten Massaker an Kindern in der Geschichte Israels“ schrieb die israelische Tageszeitung Haaretz, nachdem Israel Mitte März die Waffenruhe mit der Hamas brach und innerhalb von drei Tagen über 700 Menschen tötete, darunter über 200 Kinder. Den meisten deutschen Medien war dieses und viele weitere Massaker kaum eine Schlagzeile wert.

Das größte Versagen deutscher Nahost-Berichterstattung besteht nicht in den einseitigen, irreführenden oder falschen Berichten. Es besteht in den Berichten, die nie geschrieben und Beiträgen, die nie gesendet wurden. Ein Großteil des Schreckens, der sich jeden Tag im Nahen Osten abspielt, versteckt sich bestenfalls in kleinen Agenturmeldungen oder den hinteren Zeitungsseiten. Immer häufiger nicht einmal das.

Kontexte: Es begann nicht am 7. Oktober

„Context is everything.“ Diesen Satz hat wahrscheinlich jeder Journalist unzählige Male in Studium oder Volontariat gehört. Nimmt man ihn ernst, würde das bedeuten: Der Großteil der deutschen Nahost-Berichterstattung ist nichts. Schon vor dem 7. Oktober 2023 kamen Begriffe wie „Besatzung“, „Belagerung“ oder „Vertreibung“ auffällig selten in Berichten zu aktuellen Ereignissen in Israel und Palästina vor. Dabei sind aktuelle Ereignisse ohne ein Mindestmaß an Einordnungen zu Geschichte und Politik der Region nicht zu verstehen. Einordnungen zur seit fast 18 Jahren andauernden Belagerung des Gazastreifens, der seit 58 Jahren andauernden israelischen Besatzung, den seit bald acht Jahrzehnten andauernden Vertreibungen und Entrechtungen finden sich nur in wenigen Beiträgen deutscher Medien. Schon etwas von Geschichtsklitterung hat die chronische Weigerung vieler deutscher Redaktionen, sich der politischen und historischen Realität im Nahen Osten abseits offizieller israelischer Verlautbarungen auseinanderzusetzen. Mehr noch: Viele Journalisten

machen die eigene Ignoranz gegenüber der Gewalt, Besatzung und Entrechtung, die die Region bis zum 6. Oktober 2023 prägte, zu einer Art politischem Statement. In vielen Medien scheint die Überzeugung zu herrschen: Nichts rechtfertigt den 7. Oktober, der 7. Oktober rechtfertigt alles. Die Folge ist nicht nur schlechter Journalismus. Indem sie die Realität der von Israel verursachten Verbrechen und des Leides verschweigen, relativieren oder rechtfertigen machen sich deutsche Medien mitschuldig an einem Krieg, den alle großen Menschenrechtsorganisationen und viele der renommiertesten Forscher auf diesem Gebiet längst als Genozid bezeichnen.

Quellen

- Abdulrahim, Raja (2024): Gaza Is World's Deadliest Place for Aid Workers, U.N. Says. New York Times, June 17, 2024. URL: <https://www.nytimes.com/2024/06/17/world/middleeast/gaza-aid-workers-un.html>. [5.4.2025].
- Deutscher Bundestag Bericht (2024): Deutsche Rüstungsexporte nach Israel. WD 5 – 3000 – 004/24. URL: <https://www.bundestag.de/resource/blob/992664/3b8ffc5891cf570ba0404a444567f0fe/WD-5-004-24-pdf.pdf>. [5.4.2025].
- Forensic Architecture Report (2024): A Spatial Analysis of the Israeli Military's Conduct in Gaza since October 2023. URL: https://content.forensic-architecture.org/wp-content/uploads/2024/10/FA_A-Spatial-Analysis-of-the-Israeli-militarys-conduct-in-Gaza-since-October-2023.pdf. [5.4.2025].
- Mansour, Riyad (2024): Gaza is 'most documented genocide in history,' says Palestinian UN rep. AlJazeera 17 Juli 2024. URL: <https://www.aljazeera.com/program/news-feed/2024/7/17/gaza-is-most-documented-genocide-in-history-says-palestinian-un-rep>. [5.4.2025].
- UN Report (2024): 2024 deadliest year ever for aid workers, UN humanitarian office reports. URL: <https://news.un.org/en/story/2024/11/1157371>. [5.4.2025].

Jannis Julien Grimm / Thaddäa Sixta

Fehlende Worte und gewaltvolle Sprache im Kontext von Gaza: Die Friedens- und Konfliktforschung zwischen Bekenntniszwang und historischer Verantwortung

Einleitung

Worte existieren nur im Rückblick; die Zeit fließt über sie hinweg und um sie herum wie Wasser über den Grund eines Canyons. In dem Jahr oder so, das zwischen dem Schreiben dieser Zeilen und ihrer Veröffentlichung liegt, könnten so viele Unschuldige getötet, so viele Massengräber entdeckt worden sein, dass es vielleicht nicht länger als kontrovers gilt, offen auszusprechen, was längst offenkundig ist. Doch im Moment streiten wir – in jenem Teil der Welt, der noch nicht in Trümmern liegt – darüber, wie Worte uns fühlen lassen. Es ist eine Art Zeitvertreib. (El Akkad 2025, 24)

Die von unmenschlicher Gewalt geprägte Eskalation des Gegenwärtigen erschwert zunehmend die Diskussion und Analyse von Gewalt. Am 7. Oktober 2023 verübten palästinensische Milizen, angeführt von der Hamas und dem Palästinensischen Islamischen Jihad ein Massaker an Israelis in den Grenzgebieten zu Gaza. Dieses Massaker repräsentiert innerhalb eines ohnehin von jahrzehntelanger struktureller und physischer Gewalt geprägten Konfliktes in Israel und Palästina, eine gesellschaftliche Katastrophe, der – ebenso wie die darauffolgende israelische Militäroperation „Eisernes Schwert“ – vielfach als genozidal beschrieben wurde (Shaw 2024; Bartov 2024; Segal 2024; Goldberg 2024; Goldman 2024; Lemkin Institute for Genocide Prevention 2024). Der 7. Oktober markiert gleichzeitig aber auch den Start eines gewaltsamen Eskalationsprozesses, der in der Region seinesgleichen sucht. Eine Katalyse also, die weitere Extremformen von Gewalt freisetzte, welche bis heute andauern. Eine Gewalt, für die es kaum noch Worte gibt, weil sie einerseits so schwer zu begreifen ist – aber auch weil Verstehen immer häufiger mit Verständnis und Rechtfertigung gleichgesetzt werden (Grimm 2024b; Grimm und Mauthofer 2025). Wie also über das *Warum* von Gewalt sprechen? Wie über Formen der extremen Gewalt sprechen,

wenn Kontextualisierung mit Legitimierung oder dem Absprechen oder Aufwiegen von Leiderfahrungen assoziiert wird?

Dieser Beitrag beleuchtet am Beispiel des Genozids in Gaza das gegenwärtige Scheitern der kritischen Konfliktforschung, hieraus eine stichhaltige Antwort zu liefern. Im Spannungsfeld zwischen der Verpflichtung zu klarer Benennung von Gewaltdynamiken und ihren Ursachen und der Reflexion historischer Verantwortung der Friedens- und Konfliktforschung werden insbesondere im deutschen Kontext Herausforderungen sichtbar, die mit gewaltvoller Sprache und fehlenden Begriffen einhergehen. Der Krieg in Gaza wirkt für diese Herausforderungen wie ein Brennglas, indem er Diskursverengung vorantreibt und immer mehr analytische Konzepte moralisch auflädt. In Konsequenz mangelt es zunehmend an einer „neutralen“ Sprache zur Beschreibung der Leiderfahrungen der palästinensischen Zivilbevölkerung, aber auch über den Kontext von Gewaltkonflikten in Westasien hinaus. Der Beitrag wirft vor diesem Hintergrund die Frage auf, inwiefern ein vermeintlicher „Bekennniszwang“ im Kontext von Gewaltkonflikten wissenschaftliche Integrität untergraben oder notwendige ethische Positionierungen stärken kann. Der Text plädiert für eine kritische Auseinandersetzung mit sprachlichen und historischen Kontexten in der Disziplin und bedingungslose Integrität bei der Benennung von Gewalterfahrungen. Dieses Plädoyer nimmt indes nicht nur Bezug auf die öffentliche Debatte, sondern adressiert auch die Disziplin selbst: Wenn Texte im Namen der „kritischen Friedenswissenschaft“ Kritik Diskursverengungen diagnostizieren und Differenz einfordern, zugleich aber selbst mit stark vereinfachenden und moralisierenden Gegenüberstellungen arbeiten oder protestförmige Gegenrede pauschal als Zensur rahmen, dann wird der Anspruch auf Kritik zur Geste. Die Folge ist ein performativer Widerspruch: Ausgerechnet dort, wo Ambiguitätstoleranz eingefordert wird, wird die angeprangerte friedenspolitische Diskursverengung reproduziert.¹

1 Das gilt auch für Interventionen, die sich ausdrücklich als Essay ausweisen, wie etwa der Beitrag von Moegling, Mühlbauer, Trautvetter und Koch in diesem Sammelband. Dieser kritisiert einerseits Anfeindungen und „Cancel Culture“, reproduziert diese Zuschreibungen aber zugleich in der eigenen Rhetorik durch suggestive und moralisierende Formulierungen und dramatische Alarmismen. Die so entstehende Freund-Feind-Semantik steht in einem performativen Widerspruch zu den zuvor eingeforderten Qualitäten von Ambiguitätstoleranz und rationaler Auseinandersetzung. Diese problematische Tendenz zu vereinfachenden Dichotomien, Superlativen und Totalisierungen offenbart sich auch in der Behandlung des Israel/Palästina-Konflikts (wie auch im Beitrag von Goldmann im selben Kapitel). So trägt bei Moegling et al. etwa die Zwischenüberschrift „Derzeitige Regierung Israels gegen einen Teil der muslimischen Welt“ zur Blockbildung bei, die Palästinenser:innen als politische Akteur:innen rhetorisch in einer „muslimischen Welt“ auflöst. Bei Goldmann lassen wiederum pauschalisierende Kollektivurteile die Medien – „ob öffentlich-rechtlich oder privat, Boulevard oder seriös, links oder bürgerlich“ – als homogenen Block erscheinen, der am Genozid in Gaza eine „Mitschuld“

Wider historischen Determinismus – Eskalation kontextualisieren

Gewalt, egal in welcher Form, hat einen Ursprung und Faktoren, welche Gewalt begünstigen und erklären. Im Kontext politischer Konflikte ist Gewalt selten zufällig oder irrational (Kalyvas 2006). Auch wenn wir die der Gewalt zugrunde liegende Logik nicht teilen mögen, so ist diese doch vorhanden und für viele Gewaltproduzent:innen handlungsleitend. Eine Rationalisierung und Kontextualisierung gewaltsamer Phänomene sind daher nicht nur wichtig, sondern zwingend notwendig, um zu verstehen, worin diese begründet sind. Die Massaker vom 7. Oktober sind in diesem Zusammenhang also nicht zu trennen von einer bereits bestehenden und ihrerseits gewaltvollen Umgebung, die durch Jahrzehnte anhaltenden Besatzung, Vertreibung, Entrechtung, und Siedlergewalt charakterisiert ist (Abdo 2024).

Die Eskalation sozialer Mobilisierung zu gewaltsamem Widerstand ist keineswegs eine zwangsläufige Folge repressiver Bedingungen, sondern vielmehr maßgeblich im Kontext strategischer Entscheidungsprozesse zu verstehen. In vielen historischen Kontexten sind gewaltfreie Kampagnen schlichtweg leichter zu organisieren und haben sich auch häufiger als erfolgreich herausgestellt (Chenoweth und Stephan 2011). Zudem bevorzugen viele Menschen aus Prinzip eine gewaltfreie Auseinandersetzung, basierend auf moralischen Werturteilen zur Anwendung physischer Gewalt – oder handeln qua ihres Wesens gewalt-avers (Collins 2008; Jackson 2020).

Radikalisierungsforschende wie Alimi et al. widerlegen anhand umfangreicher empirischer Forschung die weitverbreitete Annahme, dass die Eskalation von Gewalt und Radikalisierung deterministisch oder ideologisch vorbestimmt sind (Alimi et al. 2012: 8). Sie betonen vielmehr, dass sich Eskalation vor allem interaktiv und kontextbezogen verhält – eingebettet im Verhältnis zu Zeit und Räumlichkeit. Gleichzeitig wird Eskalation nicht nur durch externe Faktoren, sondern auch durch interne Dynamiken bedingt, was Alimi et al. als „arenas of interaction“ kontextualisieren (Alimi, Bosi/Demetriou 2012: 8). Kirssa Cline Ryckman befasst sich in ihrer Arbeit tiefer mit diesen internen Dynamiken (Ryckman 2020). Sie fokussiert dabei insbesondere die Balance zwischen gewaltaffinen und gewaltaversen Elementen innerhalb politischer Bewegungen. Gewalt wird nach Ryckman oft erst dann in das Handlungsrepertoire sozialer Bewegungen integriert, wenn gewaltfreie Strategien als aussichtslos gelten und das Vertrauen in deren Wirksamkeit schwindet. Ein Anstieg von gewalttätigen Aktionen, wie etwa das Werfen von Flaschen oder das Zünden von Handfeuerwaffen, zeige daher oftmals weniger, wie ein ideologischer Kern einer

trägt. Diese argumentativen Engführungen werden durch einen stark polemischen Stil verstärkt, der sich durch beide Texte zieht. Gerade im Lichte des Anspruchs „kritischer Friedenswissenschaft“ wäre hingegen eine stärkere Selbstreflexivität nötig, die nicht nur „die Anderen“ als hegemonialen Block homogenisiert, sondern auch die eigene Situiertheit reflektiert.

Bewegung zu Tage tritt, sondern vielmehr den Zerfall von gewaltfreier Disziplin infolge wiederholter Erfahrungen des Scheiterns (Ryckman 2020).

Moss (2014) und Grimm (2022) argumentieren ähnlich, dass sowohl der Misserfolg einer Bewegung und das Nichterreichen von Zielen, sowie unverhältnismäßige Repressionen eine zentrale Rolle in der Eskalation hin zu Gewalt spielen. Sie verstehen Widerstandsbewegungen als heterogene kollektive Akteure, die unterschiedliche Taktiken und Ziele vereinen. Gewaltbereite Fraktionen innerhalb einer ursprünglich gewaltfreien Bewegung können die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation erhöhen, wenn sie über die nötigen Ressourcen und das strategische Verständnis für Gewaltanwendung verfügen. Wenn gewaltfreie Bewegungen nicht auf die geforderten Zugeständnisse stoßen, können sie in Gewalt übergehen, um ihre Ziele zu sichern. Demgegenüber sinkt die Wahrscheinlichkeit gewaltsamer Eskalation bei Zugeständnissen. Ryckman hebt dies besonders hervor: Eskalation ist interaktiv. Fortschritte einer Bewegung verringern Gewaltpotenziale und umgekehrt. Nada Matta und René Rojas erläutern dies am Beispiel von einer Analyse von Selbstmordattentaten während der Zweiten Intifada. Sie beschreiben das Verhältnis zwischen Israel und den Palästinenser*innen seit der Nakba 1948 als ein asymmetrisches, welches sich auch seit jeher in den asymmetrischen Mitteln der Gewalt widerspiegelt. Die Etablierung von Taktiken und extremen Formen von Gewalt im begrenzten Repertoire des palästinensischen bewaffneten Widerstandes erklären sie indes auch als eine Spiegelung der fortgesetzten gewaltvollen Besetzung (Matta und Rojas, 2016: 65f.). Demnach setzten sowohl Besatzungsstaaten als auch nichtstaatliche Gruppen gezielten Terror gegen Zivilist:innen ein, um militärische Abschreckungseffekte zu erzielen, legitimierten sich dadurch aber gleichzeitig gegenseitig im Einsatz dieser Taktiken.

Diese Erkenntnisse sind sowohl für die Forschung als auch für politische Entscheidungen von Bedeutung – sollte man meinen – da sie Handreichungen bieten, um Konflikteskalationen, wie jene in Gaza, besser zu verstehen und ggf. in der Zukunft zu entschärfen. Dennoch ist der Diskurs zum 7. Oktober weiterhin geprägt von essentialisierenden Narrativen, welche die Massaker primär als Produkt einer spezifischen antisemitischen Ideologie beschreiben und damit jegliche Versuche, ein tieferes Verständnis dieses Gewaltausbruchs zu erlangen, effektiv verhindern – oder es gar implizit als Legitimation eben jener antisemitischen Motive werten.

Dabei bedeuten Verstehen, Anerkennen und Erklären noch lange nicht, die Folgen zu rechtfertigen. Es bedeutet auch nicht, Gräueltaten zu verteidigen oder zu beschönigen. Im Gegenteil, um die Reichweite des aktuellen Moments zu erfassen, müssen wir die ihm zugrunde liegenden und teils gut erforschten Konfliktdynamiken und Gewaltlogiken benennen. Es gilt dabei die Spezifik der Exzesse vom 7. Oktober zu analysieren, ebenso wie die spezifische Dimension der Gewalt, der die Menschen in Gaza ausgesetzt sind. Gleichzeitig müssen wir diese aber auch mit Erkenntnissen aus anderen Gewaltkonflikten in Beziehung setzen, sie gewissermaßen vergleichbar

made. Der Vergleich schließt die Einzigartigkeit des aktuellen Geschehens in seiner historischen Dimension nicht aus. Vielmehr verdeutlicht er, dass viele der derzeitigen Entwicklungen keineswegs außergewöhnlich oder unverständlich sind. Im Gegenteil: Es ist häufig zu beobachten, dass radikale Ideologien gerade unter Bedingungen von Unterdrückung und Ausgrenzung entstehen, dass Besatzung und systematische Entrechtung gewaltbereite Gruppen hervorbringen, die sich durch asymmetrische Kampfstrategien charakterisieren. Es ist ebenfalls nicht ungewöhnlich, dass solche Gruppen durch spektakuläre Gewaltakte heftige Reaktionen provozieren wollen, auch wenn das bedeutet, ihrer eigenen Bevölkerung gegebenenfalls großes Leid zuzumuten, solange dies ihren Zielen dient.

Palästinensische Mobilisierung und der 7. Oktober

Obschon das Paradigma Ryckmans nicht direkt auf den spezifischen Kontext von Gewalt in Palästina/Israel übertragbar ist, hilft es dennoch, die Dynamiken zu verstehen, die zu Extremformen der Gewalt, wie das Massaker vom 7. Oktober beitragen. In ihrem Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit wählten Palästinenser:innen in den vergangenen Jahrzehnten, entgegen der weit verbreiteten Wahrnehmung, überwiegend gewaltfreie Formen des Widerstands (Dana 2018: 529; Joronen u. a. 2021: 280; Jabali 2022). Auch in jüngster Vergangenheit gab es in Gaza und der West Bank diverse Versuche der gewaltfreien Mobilisierung, wie beispielsweise der *Great March of Return* (Obermaier 2024: 28; Dana 2018). Wöchentlich demonstrierten Palästinenser:innen dabei zwischen März 2018 und Oktober 2019 gegen die israelische Blockade des Gazastreifens und ein Recht auf Rückkehr. Den Protesten begegnete das israelische Militär dennoch von Beginn an mit enormer Gewalt. Bis Ende 2019 wurden dabei über 200 Palästinenser:innen getötet und über 30.000 verletzt (Obermaier 2024: 28). Ein weiteres Beispiel für gewaltfreien Protests war das im Mai 2017 errichtete *Sumud Freedom Camp*. Bei diesem kamen Hunderte palästinensische, israelische und internationale Aktivist:innen in der West Bank zusammen, um einen Raum für gewaltfreien zivilen Widerstand und ein Fundament für Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Freiheit zu schaffen (de Jong 2020: 112). Dieses Camp wurde unmittelbar nach Errichtung gewaltvoll vom Israelischen Militär aufgelöst (de Jong 2020: 113). Und auch die globale Boykott-, Divestitions- und Sanktionen-Bewegung (BDS) versteht sich letztlich in der Tradition des gewaltfreien zivilen Widerstands der afrikanischen Anti-Apartheid-Bewegung (Barghouti 2021). Die BDS-Bewegung hat ihre Wurzeln in einer langen Geschichte des Volkswiderstands und entstand als Aufruf zur Beendigung der militärischen Besetzung Israels, zur Abschaffung seines Apartheidsystems und zur Wahrung des Rückkehrrechts für die seit der Nakba vertriebenen Palästinenser:innen (ebd.). Nicht zuletzt zeichneten auch in Israel vielfältige Versuche gewaltfreier Mobilisierung das

Bild von Protest im vergangenen Jahr. Hunderttausende protestierten 2023 gegen die Regierung und ihre geplante Justizreform. Und auch aktuell gehen Tausende in Tel Aviv gegen die Gewalt in Gaza auf die Straßen (Fink u. a. 2025).

Jedoch blieben all diese Beispiele letztlich erfolglos. Diese Misserfolge in der Logik der aktivistischen Ökologie lassen sich zumindest teilweise als Erklärung dafür heranziehen, warum palästinensische Milizen, nach einer Phase relativer Ruhe, mit den Ereignissen des 7. Oktobers eine Rückkehr zu gewaltfreien Taktiken letztlich unmöglich machten. So kann angenommen werden, dass Frustration über ausbleibende Fortschritte, die Präsenz radikaler Fraktionen wie der Hamas und des PIJ innerhalb der breiteren palästinensischen Widerstandsbewegung, sowie vergeblichen Versuche gewaltfreien Protests in Gaza und der West Bank ohne nennenswerte Zugeständnisse den Zuspruch für gewaltvollere Mittel und das Wiedererstarken militanter Gruppen beförderten. Es wird also strategisch zu Gewalt gegriffen, auch wenn sich uns diese Strategie nicht vollumfänglich erschließt.

Dies zu benennen war indes selten so schwierig.

Bekennniszwang und die Vermengung analytischer und normativer Argumente

Es besteht kein Zweifel, dass der 7. Oktober und seine Folgen eine kritische Wegmarke darstellen, die den Horizont des Denkbaren und Möglichen verändert hat – auch in der Wissenschaft. In der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation hat sich das Sprechen über Palästina zu einem repressiven sozialen Feld entwickelt, das durch vielfältige Formen der Gewalt strukturiert ist. Diese Gewalten manifestieren sich in unterschiedlichen Dimensionen und greifen ineinander, wodurch sowohl individuelle als auch kollektive Handlungsräume systematisch eingeschränkt werden. Die Repression äußert sich dabei in verschiedenen Gewaltformen, die im Folgenden differenziert betrachtet werden:

Eine der unmittelbarsten Formen der Repression besteht in *physischer Gewalt*, die sich in der Anwendung direkter Zwangsmaßnahmen durch Sicherheitskräfte zeigt. Polizeigewalt, der Einsatz von Schlagstöcken und Schmerzgriffen gegen Demonstrierende und das aggressive Durchgreifen bei Protesten verdeutlichen die physische Dimension dieser Gewaltform. Darüber hinaus wird das Feld des politischen Aktivismus durch rechtliche Gewalt reguliert und diszipliniert. Dies geschieht unter anderem durch Protestverbote, strafrechtliche Verfolgung sowie eine juristische Grauzone, in der insbesondere Studierende sich wiederfinden. Der Entzug rechtlicher Sicherheit wirkt abschreckend und trägt zur Kriminalisierung von Protestpraktiken bei, wodurch politischer Dissens zunehmend delegitimiert wird.

Neben direkten repressiven Maßnahmen wirkt auch *strukturelle Gewalt* als ein tief verankerter Mechanismus der gesellschaftlichen Kontrolle. Sie äußert sich in Bedro-

hungen der materiellen Existenz und der sozialen Stellung von Studierenden, die sich für palästinensische Belange einsetzen (Mauthofer/Grimm 2025). Der Ausschluss von Förderprogrammen, Disziplinarmaßnahmen an Universitäten oder Sanktionen am Arbeitsplatz sind Ausdruck dieser strukturellen Disziplinierung. Darüber hinaus lässt sich die Repression in der Reproduktion systemischer Diskriminierung verorten: Rassismus und Antisemitismus prägen institutionelle Praktiken und Diskurse, wobei Solidaritätsbekundungen mit Palästina als inhärent verdächtig und illegitim markiert werden. Begleitet wird dies von einer allgegenwärtigen Praxis des „Cancelns“ und der Zensur, die kritische Stimmen aus dem akademischen und öffentlichen Raum zu verdrängen sucht.

Die Repression artikuliert sich ferner in *symbolischer Gewalt*, indem bestimmte kulturelle und politische Ausdrucksformen gezielt delegitimiert werden. So sind Symbole der palästinensischen Identität, wie die *Kufiya*, zunehmend von Verboten betroffen. Ihre Sichtbarkeit wird als Bedrohung konstruiert, wodurch eine Deutungshoheit etabliert wird, die palästinensische Perspektiven als inhärent problematisch oder gewaltbereit klassifiziert. Gleichzeitig werden Akteur:innen, die sich für ein Ende der Gewalt gegen die Menschen in Gaza einsetzen, moralisch abgewertet und stigmatisiert. Ihnen wird vorgeworfen, eine einseitige oder gar extremistische Position zu vertreten, während ihre Forderung nach Menschenrechten und Gerechtigkeit systematisch delegitimiert wird.

Eine weitere Form der Repression zeigt sich in *epistemischer Gewalt*, die sich in der strukturellen Unsichtbarmachung palästinensischer Narrative und Wissensbestände manifestiert (dazu Younes/Al-TaHER 2024; Gould 2023). Insbesondere im akademischen Kontext führt die selektive Gestaltung von Lehrplänen dazu, dass die historische Entwicklung des Konflikts um Palästina/Israel nur fragmentiert oder gar nicht thematisiert wird. Diese Leerstelle trägt dazu bei, hegemoniale Narrative zu stabilisieren, während alternative Wissensformen und Perspektiven systematisch ausgegrenzt werden. Die epistemische Gewalt sorgt somit dafür, dass kritische Auseinandersetzungen mit Kolonialgeschichte, Vertreibung und Besatzung erschwert oder gar verunmöglicht werden.

Schließlich äußert sich die Repression in einer Form von *slow violence* (Nixon 2013), also einer schleichenden Gewalt der organisierten Vernachlässigung. Studierende, die Empathie mit den Opfern der Gewalt sowohl in Gaza als auch in Israel zeigen, werden nicht ernst genommen, sondern funktionalisiert. Anstatt ihre Trauer, Wut und ihr Mitgefühl als genuine Ausdrucksformen menschlicher Solidarität anzuerkennen, werden sie in die Dynamiken deutscher Identitätspolitik eingebunden und für politische Zwecke instrumentalisiert. Diese Form der Gewalt führt dazu, dass Empathie nicht als gemeinschaftsstiftende Praxis verstanden wird, sondern selbst zur Kampfzone wird. Dabei gilt: Weder Krieg noch Empathie sind Nullsummenspiele. In konfliktiven Situationen existieren multiple Trauer- und

Leidensgemeinschaften gleichzeitig. Derzeit jedoch werden weder diese vielfältigen Erfahrungen noch der Diskursraum, den sie benötigen, in ausreichendem Maße anerkannt oder gewährleistet.

Wie während der Corona-Pandemie ist die Wissenschaft vor allem wegen ihrer vermittelnden Funktion dieser Gewalterscheinungen ins Visier geraten. Dementsprechend ist die Sprache, die Akademiker zur Beschreibung der Gewalt in Gaza verwenden, ebenso wie jene zur Beschreibung zunehmender transnationaler Repression im Kontext von Solidaritätsbekundungen mit Gaza, zu einem sekundären Schlachtfeld geworden. Auf diesem werden mitunter auch lange etablierte und bis dato wenig umstrittene analytische Konzepte der Friedens- und Konfliktforschung ihres Wertes als Beschreibungswerkzeuge spezifischer Dimensionen von Gewalt beraubt und auf Marker von Identität und moralischem Status reduziert werden. Dies gilt sogar für rein analytische Projekte. Während empirische Entscheidungen im Wesentlichen keine politische Position zum Konflikt in Gaza beinhalten, haben sie in den Debatten über Gaza die Funktion eines Glaubens- und Loyalitätsbekenntnisses zu einer der beiden Kriegsparteien angenommen. Forschende, die Theorien des bewaffneten Widerstands verwenden, um die Hamas-Terrorangriffe zu beschreiben, werden allein durch die analytische Nutzung des Widerstandskonzepts beschuldigt, die Massaker vom 7. Oktober zu relativieren. Umgekehrt werden diejenigen, die Gaza durch die Linse des „Kriegs“ analysieren, leidenschaftlich als ahistorisch und als Apologeten der IDF-Operationen angegriffen. Verschiedene empirische Schwerpunkte werden somit fälschlicherweise als Loyalitätserklärungen zu einer der Kriegsparteien gewertet, und Kontextualisierung sowie historische Einordnung werden mit einer normativen Wertung gleichgesetzt.

Peter Lintl hat diese normative Konnotation beschrieben, die auf einzelne analytische Begriffe projiziert wird. Er schreibt, dass diese Begriffe „einen klaren moralischen und politischen Imperativ einprägen, der auch Außenstehende zwingt, den jeweiligen Täter zu verurteilen und sich mit dem Opfer zu solidarisieren. Kurz gesagt: Die Begriffe formulieren eine neue Erzählung des israelisch-palästinensischen Konflikts, weitgehend frei von Komplexitäten und Nuancen: Es gibt zwei Seiten, und eine ist legitim, während die andere es nicht ist.“ (Lintl 2024) Mit anderen Worten, Forschende und Analyst:innen werden zunehmend zu Projektionsflächen für Feindbilder – ihre Sprache wird zum Emblem dieses Feindbildes (dazu auch Pfeifer/Weipert-Fenner 2023).

Dokumentierte Konsequenzen reichen von Vergeltungsentlassungen über die Aussetzung von Fördermitteln bis hin zur Absage von Veranstaltungen und der De-Plattformierung kritischer Stimmen. Am prominentesten ist die Max-Planck-Gesellschaft, die ihren Vertrag mit dem renommierten Anthropologen Ghassan Hage wegen eines kontroversen Gedichts, das er in sozialen Medien veröffentlicht hatte, kündigte. Andere Beispiele sind die Absage von Filmvorführungen in Solidarität

mit Palästinensern, die Verschiebung von Veranstaltungen mit thematischem oder geografischem Bezug zu Westasien und Nordafrika, die Ausladung von Rednern und #Fördergate (Grimm 2024a).

Auch kulturelle Institutionen, traditionelle Gastgeber akademischer Veranstaltungen, und Medien haben De-Plattformierungen unterstützt – wenn auch nur, um zu vermeiden, Teil eines Machtkampfes zu werden, für den sie weder die Ausdauer noch die Expertise besitzen. Doch in ihren Bemühungen, Debatten über Gaza zu vermeiden, überschreiten viele von ihnen das Ziel: In den vergangenen Monaten wurde es schwierig, Veranstaltungsorte für Veranstaltungen zu finden, die etwas mit dem Nahen Osten zu tun haben (einschließlich Themen, die völlig unabhängig von Palästina oder Israel sind).

Ebenso war es nie schwieriger für Konfliktforscher:innen, die von Medien umworben wurden, wenn es um Artikel zu Ukraine oder Syrien ging, ihre Expertise zu einem laufenden Krieg zu veröffentlichen. Gatekeeping hat eine ehrliche Diskussion über Deutschlands direkte Beteiligung an den Kriegsanstrengungen Israels – und Kriegsverbrechen – durch diplomatische Unterstützung und Waffenlieferungen erschwert. Es hat aber auch Sekundäranalysen der Schäden verhindert, die Deutschlands Glaubwürdigkeit durch seine bedingungslose Haltung zu Israel und seine Ablehnung eines Waffenstillstands erlitten hat. Viele Wissenschaftler:innen haben sich vor diesem Hintergrund in gegenhegemoniale und subalterne Räume außerhalb der öffentlichen Aufmerksamkeit zurückgezogen, um ohne Angst vor Repressalien argumentieren zu können. Dadurch wurden die wenigen, die dies noch öffentlich tun, noch exponierter und einem höheren Risiko ausgesetzt, Ziel von Diffamierung und Kritik zu werden.

Was wir erlebt haben, ist ein starker Druck, uns öffentlich zu positionieren, wenn auch mit unterschiedlichen Konsequenzen: Für einen der Autor:innen dieses Beitrags mag der Positionierungsdruck und die Verzerrung von analytischen Positionen als Legitimationsversuche lediglich den Weg zur Professur noch steiniger zu machen – der anderen Autorin droht allein durch ihre Mitarbeit an Projekten mit thematischem Bezug zu Gaza schon direkt zu Beginn ihrer Laufbahn als Nachwuchswissenschaftlerin das Ende der „Karriere“.

Viele akademische Institutionen haben vor diesem Hintergrund intern ihr Unbehagen mit einseitigen Solidaritätserklärungen kommuniziert, ebenso wie mit offensiven Forderungen an Wissenschaftler:innen, auch bei einem dünnen fachlichen Bezug zum Thema Nahostkonflikt möglichst deutlich Stellung zu beziehen. Öffentlich jedoch gaben sie diesen Forderungen nach, um nicht in einer öffentlichen Debatte hervorgehoben zu werden, die die Weigerung, Stellung zu beziehen, mit stiller Opposition gegen Israel gleichsetzt. Damit haben sie nicht nur eine problematische binäre Darstellung des Konflikts in Gaza als einen zwischen zwei Seiten verfestigt, die dessen empirische und moralische Komplexität reduziert.

Leerstellen in der Konfliktforschung

Der Terror der Hamas am 7. Oktober, die israelische Kriegsführung in Gaza und die Gewalteskalation im Libanon werfen somit ein scharfes Licht auf zentrale Herausforderungen der Friedens- und Konfliktforschung, insbesondere hinsichtlich der Anerkennung der Gleichzeitigkeit- und Gleichwertigkeit der Leid- und Gewalterfahrungen von Kriegsbetroffenen. Diese Anerkennung ist nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern bildet auch die Grundlage für wissenschaftliche Differenz und analytische Tiefe. Zugegeben, die angemessene Beschreibung einer schwer durchschaubaren gewaltvollen Realität in Gaza – eines sich progressiv wandelnden Genozids, ist nicht banal. Omar El Akkad drückt es in seinen jüngsten Memoiren „One Day, Everyone Will Always Have Been Against This“ treffend aus:

Sprache reicht nie aus. Sie vermag kein wahrhaftiges Spiegelbild des gelebten Lebens zu formen – es fehlt ihr an Substanz, an Tiefe, an Gänze. Die tröstliche oder verstörende Wirkung unserer Erzählungen liegt daher nicht in der präzisen Wahl der Worte, sondern in der Nähe, die wir zu jenen Worten gewinnen, die vielleicht die richtigen wären. (El Akkad 2025: 68)

Gleichzeitig ist das Zurückschrecken davor, das Grauen in Worte zu fassen, aber selbst auch ein Ausdruck von Macht. Auch das beschreibt El Akkad: „Das Vorrecht, etwas nur vage, bruchstückhaft oder gar unehrlich zu benennen, ist untrennbar verknüpft mit dem Privileg, den Blick abzuwenden.“ (El Akkad 2025, 68). Die Unfähigkeit oder der Unwille weiter Teile der akademischen Disziplin, das gleichzeitige Leid verschiedener Gewaltbetroffener in Israel und Palästina zu sehen, die unmissverständliche Intention und Wirkung brutalster Gewaltauswüchse – nicht nur am 7. Oktober, sondern seitdem auch täglich in Gaza – zu benennen und produktive Anknüpfungspunkte an breit rezipierte und anerkannte Forschung zu Gewaltdynamiken im Kontext des Gaza-Kriegs zu thematisieren, lässt vor diesem Hintergrund tiefblicken.

Es hat zwangsläufig aber auch zu einer verzerrten Wahrnehmung der Konfliktrealitäten im Nahen Osten geführt – in der Öffentlichkeit wie in der Forschung. In Deutschland hat die stark eingeschränkte Öffentlichkeit dazu geführt, dass sich die Debatten über Gaza auf Fragen der Legitimität und Diskussionen über internationale Normen und Bestimmungen für legitime Kriegsführung konzentrieren, während diejenigen marginalisiert werden, die tatsächlich über die empirische Realität der Kriegsführung in Gaza sprechen.

Ein zentrales Problem ist dabei die Behandlung der Kriege in Palästina/Israel und Libanon als Nullsummenspiele. Diese Sichtweise reduziert komplexe Konfliktkonstellationen auf Dichotomien, in denen das Leid einer Bevölkerung und ihre berechtigten Ansprüche auf Sicherheit die einer anderen negieren. Dies manifestiert sich insbesondere in der selektiven (De)Legitimation von Handlungen der Konfliktparteien. So soll das Völkerrecht, im Sinne des *ius ad bellum*, mal die

israelische Militärkampagne in Gaza als legitimen Akt der Selbstverteidigung gegen Terror rechtfertigen, wird dann aber ignoriert, wenn es um das *ius in bello* geht, also die Frage, wie diese Kampagne dann konkret geführt wird—oder wenn es um Israels Besetzung palästinensischer, libanesischer und syrischer Gebiete oder die staatliche Orchestrierung der brutalen und völkerrechtswidrigen Pager-Anschläge im Libanon geht.

Ebenso beunruhigend ist die selektive Rezeption wissenschaftlicher Erkenntnisse, die je nach politischer Opportunität herangezogen oder ignoriert werden. So wurden Gewaltforschende, die die genozidale Dimension des Massakers der Hamas am 7. Oktober hervorhoben, zu Recht stark rezipiert. Die Einordnung der Rechtsbrüche der israelischen Armee in Gaza als Völkermord durch dieselben Forschenden erfährt hierzulande dagegen kaum Aufmerksamkeit oder wird aktiv ausgeblendet (Bartov 2024). Diese selektive Rezeption wissenschaftlicher und völkerrechtlicher Positionen riskiert, die Glaubwürdigkeit der Konfliktforschung zu untergraben.

Dass die Konfliktforschung ihrem zentralen Auftrag, Gewalt in all ihren Formen zu benennen und zu analysieren, derzeit nicht gerecht wird, gibt Anlass zur Sorge. Statt Verständnis für die Gleichzeitigkeit und Gleichwertigkeit und Kontextualisierung von menschlichem Leid zu fördern, verstrickt sie sich in politischen Konflikten und abstrakten Diskussionen über die angemessene analytische Sprache zur Beschreibung der Ereignisse in Israel und Palästina. Die Disziplin verharrt so in einer Art normativem Stillstand, während die realen Konfliktodynamiken unvermindert weitergehen. Die Proteste von Studierenden an vielen deutschen Universitäten, von diversen Protestkoalitionen auf deutschen Straßen, die Abkehr von Parteien, die Umfragen zum Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien im Kontext Gaza reagieren nicht zuletzt auf das Schweigen zu den Kriegsverbrechen in Gaza, an dem sich eben auch die etablierte deutsche Friedensforschung beteiligt – eine Friedensforschung, die zu einem der bestimmenden Konflikte unserer Zeit schweigt.

Zuhören und die präzise Beschreibung von Gegebenheiten als essenzielles Element professioneller Integrität

In Anbetracht dieser Entwicklungen bedarf es einer tiefgreifenden Selbstreflexion und Kurskorrektur. Denn diese Dynamik hat Konsequenzen – für das gesellschaftliche Klima, das zunehmend von Polarisierungslogiken bestimmt wird, die den Zusammenhalt untergraben.

Anstatt bestimmten Interventionen schnell eine spezifische normative Position zuzuschreiben, um sie in einem Stellungskrieg über die hegemoniale Erzählung des Gaza-Kriegs abzuwerten, sollten wir erkennen, dass diese Perspektiven – ebenso wie unsere eigenen – aus bestimmten Kontexten hervorgehen. Sie stellen die Realität auf eine bestimmte Weise dar, fast wie ein Gemälde, das in einer spezifischen Farbe gemalt

wird. Wenn wir darauf abzielen, vereinfachte Diskussionen über den 7. Oktober, über Gaza, über Palästina und über Israel in dichotomen Kategorien von Schwarz und Weiß zu überwinden, sollten wir zunächst verstehen, aus welchen Kontexten diese unterschiedlichen Farbpaletten hervorgehen.

Im Kern bedeutet dies, einer Hierarchisierung von Perspektiven, Erfahrungen und Subjekten, die unserer Empathie und unseres Verständnisses unwürdig sind, entgegenzutreten – nicht nur im globalen Kontext, sondern auch in den Mikrokosmen unserer Institutionen und alltäglichen Interaktionen. Das gilt auch für die Weise, wie wir Diskursverengung selbst beschreiben und für die Form, in der die kritische Friedenswissenschaft in öffentliche Debatten interveniert. Wo Diagnosen mit zivilisatorisch codierten Gegenüberstellungen arbeiten, heterogene Akteursfelder zu Blöcken verdichten oder Kritik und Protest analytisch mit Zensur verwechseln, werden Perspektiven nicht geöffnet, sondern erneut hierarchisiert. Dann wird Sprache nicht zum Instrument des Verstehens, sondern zum Marker moralischer Zugehörigkeit. Gerade in einem Feld, das sich als kritisch versteht, muss diese Selbstprüfung Teil der eigenen Integrität sein. Eine empathische und verstehende Konfliktforschung bedeutet vielmehr, die Tendenz zu bekämpfen, bestimmte Perspektiven zu privilegieren und andere abzuwerten. Es geht darum, die Erfahrungen aller Betroffenen zu validieren und keine Narrative und Emotionen zu marginalisieren. Spannungen und Konflikte bieten dabei Möglichkeiten, Annahmen zu hinterfragen und komplexere Ansätze zu entwickeln. Konflikte gilt es produktiv zu nutzen, um gegenseitiges Lernen und Wachstum zu fördern. Diplomatie verlangt den Mut, Spannungen auszuhalten und Räume für echten Dialog zu schaffen – auch angesichts von Widerständen. Universitäten müssen diesen Mut vorleben, um ihrer Rolle als Orte des Dialogs gerecht zu werden.

Im Kontext der Solidaritätsproteste für Gaza hat die Rolle kritischer Konfliktforschender als Mediator:innen auf dem Campus gezeigt, wie wichtig Diplomatie ist – nicht als passiver Aufruf zur Neutralität, sondern als aktiver Prozess, der Dialog, Empathie und Verständnis inmitten intensiver Polarisierung fördert. Mediation in solchen Situationen bedeutet nicht, einen Konsens zu erzwingen oder Unterschiede aufzulösen. Es geht darum, einen Raum zu schaffen, in dem unterschiedliche Stimmen ohne Angst vor Unterdrückung oder Repressalien gehört werden können. In den Spannungen der Solidaritätsproteste zeigte sich die transformative Kraft des Zuhörens. Tiefes Zuhören – sowohl gegenüber israelischen als auch palästinensischen Studierenden – offenbarte die Menschlichkeit hinter ihren Sorgen und Ängsten. Solche Momente des Erkennens fördern Verbindungen und brechen Vorurteile auf. Vielen geht es zunächst darum, überhaupt einen Ort zu haben, wo sie gehört werden. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass das aktuell häufig die Gerichtssäle sind. Kritische Konfliktforschung zu stärken bedeutet in diesem Zusammenhang, sich für einen Ansatz zu engagieren, der Verständnis über Urteil, Dialog über Dominanz und Empathie über Ausschluss stellt.

Quellen

- Alimi, Eitan Y., Lorenzo Bosi, und Charles Demetriou. 2012. „Relational Dynamics and Processes of Radicalization: A Comparative Framework“. *Mobilization* 17 (1): 7-26. <https://doi.org/10.17813/maiq.17.1.u7rw348t8200174h>.
- Bartov, Omer. 2024. „As a Former IDF Soldier and Historian of Genocide, I am Deeply Disturbed by My Recent Visit to Israel“. *The Guardian*, 13. August 2024, Abschn. World news. <https://www.theguardian.com/world/article/2024/aug/13/israel-gaza-historian-omer-bartov>.
- Chenoweth, Erica, und Maria J. Stephan. 2011. *Why Civil Resistance Works: The Strategic Logic of Nonviolent Conflict*. Columbia University Press.
- Collins, Randall. 2008. *Violence: A Micro-Sociological Theory*. Princeton: Princeton University Press.
- Dana, Karam. 2018. „Confronting Injustice beyond Borders: Palestinian Identity and Non-violent Resistance“. *Politics, Groups, and Identities* 6 (4): 529-552. <https://doi.org/10.1080/21565503.2016.1229625>.
- El Akkad, Omar. 2025. *One Day, Everyone Will Have Always Been against This*. New York: Random House Large Print.
- Fink, Rachel, Linda Dayan, Bar Peleg, Adi Hashmonai, und Eden Solomon. 2025. „Netanyahu Is Killing the Hostages and Destroying Democracy: Tens of Thousands Protest Across Israel“. *Haaretz*, 22. März 2025. <https://www.haaretz.com/israel-news/2025-03-22/ty-article/premium/tens-of-thousands-of-israelis-protest-netanyahu-government-demand-hostage-deal/00000195-bed9-df25-a9d7-fef9164e0000>.
- Goldberg, Amos. 2024. „The Problematic Return of Intent“. *Journal of Genocide Research* 0 (0): 1-10. <https://doi.org/10.1080/14623528.2024.2413175>.
- Goldman, Amos. 2024. „Yes, It Is Genocide“. *The Palestine Project* (blog). 18. April 2024. <https://thepalestineproject.medium.com/yes-it-is-genocide-634a07ea27d4>.
- Gould, Rebecca Ruth. 2023. *Erasing Palestine: Free Speech and Palestinian Freedom*. Verso.
- Grimm, Jannis Julien. 2022. *Contested Legitimacies: Repression and Revolt in Post-Revolutionary Egypt*. Amsterdam University Press. <https://doi.org/10.2307/j.ctv2b07tmr>.
- . 2024a. „Mehr Dialog wagen: Lehren aus einem Jahr Palästina-Solidarität an Hochschulen“. Table.Spezial: Hochschulen zwischen Palästina-Solidarität und Staatsräson 205. Research.Table. Table Media.
- . 2024b. „On Academic Integrity and Historic Responsibility: Shrinking Spaces for Critical Debate in Germany after October 7“. In *The War on Gaza and Middle East Political Science*, 51: 25-31. POMEPS Studies. Washington, DC: Project on Middle East Political Science. https://pomeps.org/wp-content/uploads/2024/04/POMEPS_Studies_51_Web-1.pdf.
- Grimm, Jannis Julien, und Lilian Mauthofer. 2025. „Multi-Perspectivity and Ethical Representation in the Context of Gaza and October 7: Addressing the Semantic Void“. *Daedalus* 154 (2).
- Jabali, Oqab. 2022. „Popular Resistance against Israeli Territorial Expropriation: Beita as a Model“. *Middle East Policy* 29 (4): 91-106. <https://doi.org/10.1111/mepo.12656>.
- Jackson, Richard. 2020. „A Defense of Revolutionary Nonviolence“. In *Revolutionary Non-violence: Concepts, Cases and Controversies*, herausgegeben von Richard Jackson, Joseph Lewellyn, Griffin Manawaroa Leonard, Aidan Gnoth, und Tonga Karena, 18-40.

- London, UK: Bloomsbury Academic. <http://www.bloomsburycollections.com/book/revolutionary-nonviolence-concepts-cases-and-controversies>.
- Jong, Anne de. 2020. „Violence in nonviolent action: Power relations in joint activism in Israel and Palestine.“ *Journal of Resistance Studies* 6 (2).
- Joronen, Mikko, Helga Tawil-Souri, Merav Amir, und Mark Griffiths. 2021. „Palestinian futures: anticipation, imagination, embodiments. Introduction to special issue.“ *Geografiska Annaler: Series B, Human Geography* 103 (4): 277-282.
<https://doi.org/10.1080/04353684.2021.2004196>.
- Kalyvas, Stathis N. 2006. *The Logic of Violence in Civil War*. Cambridge University Press.
- Lemkin Institute for Genocide Prevention. 2024. „Israel Is Committing Genocide in Gaza“. Tweet. *Twitter*. <https://t.co/KTZrbACgyW>.
- Lintl, Peter. 2024. „The Conflict ver (Rewriting) the Conflict: Apartheid and aAtisemitism as Prisms“. Konferenzbeitrag, HSFK, Frankfurt a.M., DE.
- Mauthofer, Lilian, und Jannis Julien Grimm. 2025. „Zwischen Wissenschaftsfreiheit und Palästina-Solidarität: Deutsche Hochschulen als umkämpfte Räume.“ *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 38 (1): 150-168. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2025-2016>.
- Moss, Dana M. 2014. „Repression, Response, and Contained Escalation under ‘Liberalized’ Authoritarianism in Jordan“. *Mobilization* 19 (3): 261-86.
<https://doi.org/10.17813/maiq.19.3.q508v72264766u92>.
- Nixon, Rob. 2013. *Slow Violence and the Environmentalism of the Poor*: Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Obermaier, Lena. 2024. „Disabling Palestine: The Case of Gaza’s Great March of Return“. *Race & Class* 65 (3): 27-46. <https://doi.org/10.1177/03063968231203485>.
- Pfeifer, Hanna, und Irene Weipert-Fenner. 2023. „Israel – Gaza: Ein deutscher Kriegsdiskurs“. *PRIF BLOG* (blog). 21. November 2023.
<https://blog.prif.org/2023/11/21/israel-gaza-ein-deutscher-kriegsdiskurs/>.
- Ryckman, Kirssa Cline. 2020. „A Turn to Violence: The Escalation of Nonviolent Movements“. *Journal of Conflict Resolution* 64 (2-3): 318-343.
<https://doi.org/10.1177/0022002719861707>.
- Segal, Raz. 2024. „A Textbook Case of Genocide“. *Jewish Currents*. 9. März 2024.
<https://jewishcurrents.org/a-textbook-case-of-genocide>.
- Shaw, Martin. 2024. „Inescapably Genocidal“. *Journal of Genocide Research* 0 (0): 1-5.
<https://doi.org/10.1080/14623528.2023.2300555>.
- Younes, Anna, und Hanna Al-Taher. 2024. „Erasing Palestine in Germany’s Educational System: The Racial Frontiers of Liberal Freedom“. *Middle East Critique* 0 (0): 1-21.
<https://doi.org/10.1080/19436149.2024.2383444>.

Kapitel 4:
Dekoloniale, feministisch-intersektionale &
ökologische Ansätze

Ansätze des liberalen Peacebuildings, die einseitige Fokussierung auf Wirtschaftswachstum und staatliche Akteure geraten zunehmend in die Kritik (Chandler 2004). Technokratische Konfliktlösungen und eurozentrische und universalistische Vorstellungen von „Sicherheit“, „Prosperität“ und „Freiheit“, vernachlässigen jene marginalisierte Perspektiven und Sichtweisen, die unter kolonialer, patriarchaler und rassistischer Herrschaft gelitten haben. Insbesondere dieses Kapitel ist untrennbar verbunden mit Vorstellungen von lokalen Friedensansätzen, mit internationaler Solidarität und Gerechtigkeit und nicht zuletzt mit der Überwindung epistemischer Gewaltformen. Die kritische Friedensforschung gewinnt durch diese drei Ansätze an analytischer Breite. Dekoloniale Theorien erweitern den Blick der Friedensforschung um die Perspektive der fortwährenden Auswirkung des Kolonialismus auf globale Machtverhältnisse und auf die Wissensproduktion. Feministische Ansätze betonen die Bedeutung geschlechterspezifischer Dimensionen von Gewalt und die zentrale Bedeutung von weiblich gelesenen Akteuren in Friedensprozessen bzw. Friedensverhandlungen. Der innovative Ansatz der Intersektionalität hingegen öffnet das Spektrum verschiedener Formen der Diskriminierung und Marginalisierung entlang von race, class, gender (etc.), als auch deren Verschränkungen. Erst diese Ansätze und Theoriestränge ermöglichen einen umfassenden Blick auf die strukturellen, epistemologischen und symbolischen/kulturellen Formen von Gewalt. Insbesondere Autor:innen des Globalen Südens bzw. der dekolonialen Studien haben hier bahnbrechende Studien und Werke vorgelegt (exemplarisch: Hinton/Shani/Alberg 2019; Shani/Sato/Pasha 2007; Sabaratnam 2020), die die Friedensforschung analytisch bereichern.

Quellen

- Chandler, Michael (2004): The Responsibility to Protect? Imposing the 'Liberal Peace'. In: *International Peacekeeping*. Vol.11(1). pp.59-81.
- Sabaratnam, Meera (2020): Is IR Theory White? Racialised Subject-Positioning in Three Canonical Texts. *Millennium*, 49(1), 3-31.
- Shani, Giorgio/Sato, Makoto & Pasha, Mustapha, Kamal (2007): *Protecting Human Security in a Post 9/11 World: Critical and Global Insights*. Palgrave Macmillan.
- Shani, Giorgio/Hinton, Alexander & Alberg, Jeremiah (2019): *Rethinking Peace: Discourse, Memory, Translation, and Dialogue*. Rowman & Littlefield Publishers.

Christina Pauls / Mahdis Azarmandi

Kolonialität des Friedens

Dekoloniale Theorien sind in zeitgenössischen herrschaftskritischen Kontexten nicht mehr wegzudenken und daher auch für eine an aktuellen Debatten ausgerichtete Friedens- und Konfliktforschung (FuK) von entscheidender Relevanz. Sie betonen die anhaltende Wirkmächtigkeit kolonialer Verhältnisse in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, welche oftmals durch eine Kombination von diskursanalytischen und materialistischen Analysen identifiziert und problematisiert werden. Aus dekolonialen Theoriezugängen lassen sich daher auch wichtige Erkenntnisse für die Friedens- und Konfliktforschung ableiten, welche sich mit Gewalt, Macht und Konflikten beschäftigt, und zugleich von einer dezidiert normativen Orientierung an Frieden geleitet ist.

Der vorliegende Beitrag konturiert das Kritikverständnis dekolonialer Theorien in Abgrenzung zu kritischen Theorien in der Friedens- und Konfliktforschung und führt in die Kolonialität des Friedens ein, welche dekoloniale Kritik an dominanten Friedensdiskursen und -verständnissen subsumiert. Dazu greifen wir auf Strategien der Historisierung und der Repolitisierung zurück, um die historischen und geopolitischen Ursprünge von dominanten Friedensdiskursen zu verorten, Frieden damit zu ent-universalisieren und die Kolonialität des Friedens zu identifizieren. Anschließend problematisieren wir die Kolonialität des Friedens entlang dekolonialer Analyse kategorien der Macht, des Wissens und des Seins und öffnen theoretische Möglichkeitsräume zu ihrer Destabilisierung.

Dekoloniale Theorien können als Intervention in den wissenschaftlichen Alltagsbetrieb verstanden werden, wenn auch ihre Existenz als widerständige Praxis auf antikolonialen Widerstand gegen den europäischen Kolonialismus als solchen zurückführbar ist – und damit eine Genealogie von über 500 Jahren hat (Walsh, 2018, S. 16). Aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte und ihres normativen Horizontes der Dekolonisierung – also dem Streben nach der Überwindung kolonialer Verhältnisse und Strukturen – unterscheidet sich das Kritikverständnis dekolonialer Theorien von Kritischen Theorien, wie sie etwa der Kritischen Friedensforschung zugrunde liegen. Die Kritische Friedensforschung begann in den 60er-/70er-Jahren in Anlehnung an marxistisch geprägte Ansätze der Kritischen Theorie (Horkheimer, 1937) strukturelle Bedingungen von Frieden und Gewalt in den Blick zu nehmen. Dabei legt sie im Gegensatz zur 'traditionellen' Friedensforschung einen weiten Gewaltbegriff an, der

neben direkter Gewalt auch strukturelle und kulturelle Gewalt umfasst. Daneben stellt auch die kritische Auseinandersetzung mit dem „problemorientierten Ansatz“ (Cox, 1981, S. 128 f.) der traditionellen Friedensforschung einen wichtigen Pfeiler der Kritischen Friedensforschung dar (siehe auch Jackson, 2015). Sie stellt depolitisierte Verständnisse von Friedensforschung und Konfliktbearbeitung in Frage, die einerseits Machtverhältnisse ausblenden und dadurch für die Analyse und Bearbeitung unzugänglich machen, und andererseits zu einer Status-quo-Orientierung der Friedensforschung führen (Senghaas, 1971, S. 9). Bis heute zeichnet sich die Kritische Friedensforschung durch einen besonderen Fokus auf Gewalt- und Herrschaftskritik aus und teilt mit dem in diesem Beitrag entfaltenen dekolonialen Zugang die Strategie der Repolitisierung von Friedenswissen (Exo, 2017, S. 13).

Dekoloniale Theorien als akademische Intervention entstanden aus dem Bedürfnis heraus, die Welt von alternativen geo- und körperpolitischen Positionen, insbesondere von subalternen, marginalisierten Perspektiven ausgehend, zu begreifen. Der „epistemische dekoloniale turn“ (Grosfoguel, 2007) beschreibt einen veränderten Umgang mit Subalternität, der nicht mehr nur durch – von dekolonialen Denker*innen als eurozentrisch ausgewiesene – postmoderne Kritik geprägt sein sollte, sondern durch dekoloniale Kritik, die subalternisierte, marginalisierte Wissensformen anerkennt und den westlichen Wissenskanon zu überwinden sucht, indem sie sich bemüht, die Perspektiven kritischer Denker*innen aus dem Globalen Süden ernst zu nehmen und ausgehend von ihnen zu denken (Grosfoguel, 2007, S. 212).

Damit knüpfen dekoloniale Theorien an die bereits seit den 1980er-Jahren artikulierten Überlegungen von Schwarzen und queeren Feminist*innen über die Standortgebundenheit von Wissen an (Haraway, 1995, S. 73-97). Diese gründet auf der Einsicht, dass Wissenssubjekte auf spezifische Weisen – etwa sozial, historisch, kulturell, ökonomisch – unterschiedlich verortet, sowie auf unterschiedliche intersektionale Weisen von Unterdrückungssystemen betroffen sind und auf der Basis auch zu unterschiedlichen Erkenntnissen kommen. Dekoloniale Theorien betonen daher die geo- und körperpolitische Verortung von Wissenden (Grosfoguel, 2007, S. 215) und formulieren emanzipatorische Strategien wie beispielsweise das Grenzdenken (Anzaldúa, 1987) oder epistemischen Ungehorsam (Mignolo, 2008). Die Dimension des Wissens wird dabei stets in ihrem Zusammenspiel mit Macht betrachtet (Quijano, 2000, S. 547), etwa entlang der materiellen Struktur von Wissensproduktion und darin zutage tretenden Verschränkungen von Wissensinhalten und Machtstrukturen. Einige Stränge dekolonialer Theoriebildung beschäftigen sich stärker mit den Auswirkungen eurozentrischer Denkweisen auf Seins- und Lebensweisen. So betont etwa Cash Ahenakew in Anlehnung an Vanessa Andreotti, wie epistemische Strukturierungen wie etwa Logozentrismus, Universalismus und Anthropozentrismus nicht nur unser Weltverständnis, sondern auch unsere Lebensweise, einschließlich unserer grundlegenden Bedürfnisse und Wünsche geprägt haben (Ahenakew, 2016).

Dekoloniale Theorien liefern eine wichtige Perspektive für die Kritik an der Kritischen Friedensforschung, da sie die Kategorie des Wissens als standortgebunden verorten, repolitisieren und aufzeigen, wie koloniale Gewalt und Herrschaft durch Wissen, seine Genese, Produktion und Rezeption reproduziert werden (Brunner 2020). Um koloniale Kontinuitäten und Logiken aufzudecken, greifen dekoloniale Theorien insbesondere auf kritische Historisierungen zurück, indem sie koloniale Archive einerseits 'gegen den Strich' lesen, um auf Auslassungen hinzuweisen und andererseits alternative Archive schaffen, die marginalisierte Perspektiven und Erfahrungen dokumentieren (Wayah, 2017, S. 15).

In ihrer Kritik an der Frankfurter Schule argumentiert Gurminder Bhambra (2021), dass deren Vernachlässigung von Kolonialismus und Versklavung ihre kritischen Kategorien und zugrunde liegenden normativen Annahmen erheblich beeinflusst hat. Sie behauptet, in jenen kritischen Theoretisierungen:

[wird] die koloniale Konstitution der Moderne [...] aus der Betrachtung verdrängt, und diejenigen, die in den Prozessen, die das etablierten, was als „europäische Moderne“ verstanden wird, enteignet und untergeordnet wurden, haben keinen Platz, von dem aus sie an der Entwicklung der Freiheit aus eigenem Recht teilnehmen können. (Bhambra, 2021, S. 74)

Dies deutet auf eine grundlegende epistemische Ungerechtigkeit hin, bei der die Perspektiven derjenigen, die durch koloniale und imperiale Prozesse marginalisiert wurden, systematisch von der Wissensproduktion und der Gestaltung emanzipatorischer Projekte – wie etwa Frieden – ausgeschlossen werden. Die damit verbundene Vernachlässigung historischer Zusammenhänge und vor allem der historischen Erfahrungen subalternen und marginalisierter Personen(gruppen) stellt einen wichtigen Kritikpunkt dekolonialer Theorien dar, der sie von der Kritischen Friedensforschung unterscheidet. Es ist dezidiertes Anliegen dekolonialer Theorien, etablierte eurozentrische Imaginationen und Mythologisierungen durch Historisierungen und historische Kontextualisierungen zu destabilisieren.

Zentraler Dreh- und Angelpunkt dekolonialer Theorien ist daher das Konzept von Modernität/Kolonialität (z.B. Quijano, 2007, S. 176), mit dem sichtbar gemacht wird, dass die vermeintlichen Errungenschaften der eurozentrischen Moderne wie etwa Aufklärung, Industrialisierung und Reformation, nur aufgrund von der europäischen Kolonisierung der Welt und dem transatlantischen Versklavungshandel möglich waren. Neben der Sichtbarmachung marginalisierter Perspektiven umfasst diese Analytik auch die Korrektur einer verzerrten eurozentrischen und homogenisierenden Selbsterzählung. Dabei hinterfragen dekoloniale Theoretiker*innen die Vorstellung, dass der Kolonialismus der Vergangenheit angehöre, und verweisen auf die Präsenz von Kolonialität, also anhaltenden kolonialen Strukturen und Logiken, in allen Lebensbereichen (Maldonado-Torres, 2007, S. 243). Sie führen die Ursprünge der heutigen Weltordnung auf die frühe europäische Eroberung nach 'Amerika' (Abya

Yala) zurück und betonen die untrennbare Wechselwirkung zwischen Kolonialismus und Moderne. Der historische europäische Kolonialismus stützte sich auf Prozesse der rassifizierenden Markierung, Differenzierung und Hierarchisierung, um Machtdynamiken zu etablieren und aufrechtzuerhalten. So entstanden auf systemischen Ungleichheiten basierende gesellschaftliche Strukturen, die bis heute, etwa als struktureller Rassismus, fortbestehen. Das Konzept der Kolonialität unterstreicht zudem den allgegenwärtigen Einfluss kolonialer Kontinuitäten (nicht bloß als 'koloniales Erbe') auf verschiedene Aspekte der Gesellschaft, darunter Kultur, Arbeitsbeziehungen, persönliche Interaktionen und Wissensproduktion. Kolonialität prägt die Lebenserfahrung 'moderner' Subjekte (Maldonado-Torres, 2007, S. 243), denn sie durchdringt akademische Standards, kulturelle Normen und sogar individuelle Wünsche. Entsprechend lässt sich Kolonialität auch in Friedensverständnissen und damit verbundenen Konfliktbearbeitungspraktiken identifizieren.

Definition und konzeptioneller Rahmen: Die Kolonialität des Friedens stellt eine analytische Perspektive und ein umfassendes Vokabular zur Verfügung, um aufzuzeigen und nachzuvollziehen, wie Friedenswissen und -diskurse koloniale Herrschaftsstrukturen aufrechterhalten und sich Dekolonialität widersetzen. Durch Historisierung – im Sinne eines eurozentrismuskritischen 'Gegen-den-Strich-Lesens' – und Repolitisierung von dominanten Friedensdiskursen werden diese historisch und geopolitisch verortet (ent-universalisiert), sowie ihre rassistische Untermauerung und ihre modern-liberale Einbettung offengelegt. So verlieren auch universalistische Ansprüche von Frieden an Strahlkraft, und stattdessen wird der Weg für ein pluriversales Verständnis von Frieden gebnet, in dem Frieden *otherwise* gedacht werden kann.

In diesem Beitrag gehen wir in drei analytischen Schritten vor, die darauf abzielen, die Kolonialität des Friedens systematisch zu identifizieren, zu problematisieren und zu destabilisieren. Während jeder dieser Schritte bedeutsam ist, liegt unser Schwerpunkt auf ihrer Problematisierung, die wir entlang der zentralen analytischen Kategorien dekolonialer Theorien vollziehen.

Die Kolonialität des Friedens identifizieren

Frieden ist ein etablierter Begriff im rhetorischen Repertoire der Moderne, der mit Gewaltlosigkeit, Liberalismus, Sicherheit und Nationalstaatlichkeit assoziiert wird. In wissenschaftlichen Debatten wurde der in politischen und akademischen Diskursen dominante Frieden daher als liberaler Frieden identifiziert (Richmond & MacGinty, 2015). Seine koloniale Unterseite bleibt jedoch oft im Verborgenen, weshalb wir analytische Instrumente benötigen, um die Kolonialität des Friedens zu erkennen. Die Kolonialität des Friedens kann identifiziert werden, indem seine Genealogie in der Moderne aufgezeigt und die politischen Dynamiken berücksichtigt werden, die diesen historischen Entwicklungen zugrunde liegen. Dazu betrachten

wir im Folgenden punktuell a) ausgewählte Verflechtungen von Friedensdiskursen mit europäischem Kolonialismus und transatlantischem Versklavungshandel und b) historische Elemente in der Entwicklung der FuK als wissenschaftliche Disziplin. Dabei verweisen wir auf die Auswirkungen dieser Geschichten auf die Erkenntnisfähigkeit einer solchen Perspektive hinsichtlich der Gewalt- beziehungsweise Unterdrückungsformen, die diesen Frieden innewohnen.

Frieden und europäischer Kolonialismus

Der europäische Kolonialismus, der transatlantische Versklavungshandel und der sogenannte „Wettlauf um Afrika“, der übrigens in der in Berlin ausgerichteten Kongokonferenz 1884/85 kulminierte, haben die moderne Weltordnung grundlegend geprägt (Acharya, 2022). Dabei spielten Rassifizierungsprozesse und zivilisatorische Legitimationsmuster, mit denen die europäische Höherwertigkeit sowie die Minderwertigkeit kolonisierter und zu kolonisierender Menschengruppen konstruiert wurden, eine zentrale Rolle. Aus der Generalakte der Kongokonferenz geht etwa hervor, dass die imperiale Aufteilung des afrikanischen Kontinentes – neben der wirtschaftlichen Ausbeutung – mit einer zivilisatorischen Absicht erfolgte, indem festgehalten wurde, dass die unterzeichnenden Vertreter europäischer Kolonialmächte „auf Mittel zur Hebung der sittlichen und materiellen Wohlfahrt der eingeborenen Völkerschaften bedacht“ (Generalakte, 1885) gewesen seien.

Die Genese moderner Friedensverständnisse ist eng mit dem Zivilisations- und Zivilisierungsbegriff verbunden. Neben Theorien von Frieden als Zivilisierungsprojekt, wie etwa dem zivilisatorischen Hexagon (Senghaas, 2004), lassen sich Zusammenhänge von Frieden und Zivilisation bis ins Konzept der zivilen Konfliktbearbeitung verfolgen (Gulowski & Weller 2017, S. 389 f.). Der Begriff „Frieden“ wurde allerdings auch explizit als Legitimationsmuster für Eroberung und Kolonisierung verwendet und wurde etwa in seiner kolonialen Konnotation als ‚Befriedung‘ – sowohl explizit in kolonialen Verträgen, während der Kreuzzüge aber teilweise auch noch heute unter dem Deckmantel humanitärer Interventionen – als zivilisatorisches Legitimationsmuster eingesetzt, um imperiale Interessen zu verschleiern und anti- oder dekolonialen Widerstand zu blockieren:

Das Beharren auf dem Begriff „Befriedung“ und seiner semantischen Familie (pacificar, paz, pacificador) wurde verwendet, um die Prozesse der Eroberung, der Kolonisierung und der Konfrontation zu erklären, und bildet einen entscheidenden Teil einer Kriegsrhetorik, die unversöhnliche Verbündete und Feinde hervorbrachte, und die durch ihre eigene Logik die „pacificadores“ auf die Seite des Guten, der Korrektheit und der Moral stellt. Diese unterschiedlichen Erscheinungsformen bilden einen metonymischen Faden, der die problematische Kontinuität der Kolonialität und die Art und Weise aufzeigt, wie der Sprachgebrauch ihr Fortbestehen vernährt

oder zum Schweigen bringt. (Rufer, 2019, Abs. 2, zit. n. Cruz, 2021, S. 276; Übers. d. Autorinnen)

‘Befriedung’ enthält dabei nicht bloß direkte Gewaltformen, sondern konstituiert eine ontologisch-existentielle Gewaltform, die soziale Beziehungen durch Zwang und Gewalt umstrukturiert (Baron/Havercroft/Kamola/Koomen/Murphy/Prichard 2019, S. 203). Sowohl in solch explizit kolonialen, wie auch in weniger expliziten Kontexten spielen Prozesse des Othering (Azarmandi, 2018; Pauls, 2022) eine zentrale Rolle. So weist das Selbstbild Europas als Friedensprojekt, das sich selbst für die Überwindung zweier Weltkriege und die Förderung der europäischen Integration feiert, Merkmale eines solchen Othering auf. Dies wurde besonders deutlich in den Äußerungen des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell bei der Einweihung der Europäischen Diplomatischen Akademie. Darin beschrieb er den Ukraine-Krieg als transformative Phase, durch die die Europäische Union neu definiert werde. In seiner Rede verglich er die EU mit einem „Garten der Ordnung, des Wohlstands und der Harmonie“, während er den Rest der Welt als „instabilen Dschungel“ charakterisierte (EEAS, 2022, eigene Übers.). Darin ist die Annahme enthalten, dass Gewalt und Rassismus in Europa weitgehend überwunden seien und wenn, dann zuvorderst im Globalen Süden und Osten stattfinden (Azarmandi, 2023). Diese Regionen werden als Zonen von Gewalt und Krieg dargestellt, die humanitäre Interventionen zum Schutz der Menschenrechte und zur Förderung des liberalen Friedens erfordern.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union im Jahr 2012 befördert das beschriebene Selbstverständnis, ohne jedoch die komplexen Machtverhältnisse und die anhaltenden Konflikte innerhalb und außerhalb Europas vollständig abzubilden, geschweige denn die historische Verantwortung europäischer Nationen für Kolonialismus und damit einhergehende Gewalt anzuerkennen. Doch auch die aktuellen europäischen Beiträge zu Gewalt und Krieg werden entweder moralisch gerechtfertigt oder gar verschleiert, sei es bezogen auf Europas Anteil am globalen Waffenhandel, auf die Gewalt an den EU-Außengrenzen oder auf direkte militärische Interventionen. Neda Atanasoskis Untersuchung in *Humanitarian Violence* (2013) verdeutlicht diesbezüglich, wie humanitäre Rhetorik instrumentalisiert wird, um geopolitische Interessen und imperialistische Ziele zu verschleiern. Folglich variieren sowohl die Wahrnehmung als auch Maßnahmen zur Bewahrung von Frieden, abhängig davon, wessen Gewalt anerkannt und wessen verschwiegen wird (Azarmandi, i.E. a).

Ursprünge der Friedens- und Konfliktforschung

Auch die Entwicklung der Friedens- und Konfliktforschung (FuK) ist eng mit den historischen Kontexten von Imperialismus und Kolonialismus verwoben, was ihre

Zugänge und Methoden tiefgreifend prägt. Die Gründung der sogenannten Internationalen Beziehungen (IB), mit denen die Friedens- und Konfliktforschung gemeinsame Wurzeln teilt (Weller, 2024, S. 641 ff.), ist als Reaktion auf die europäischen Weltkriege erfolgt und steht daher auch im Kontext der jeweiligen geopolitischen Dynamiken und Machtverhältnisse, darunter der „imperiale Internationalismus“ (Mazower, 2009, S. 28) europäischer Kolonialmächte, die Kämpfe um die Entkolonialisierung und die Ära des Kalten Krieges (Goedde, 2019). Die IB entstanden allerdings nicht bloß aufgrund des Bedürfnisses, Krieg zu verstehen, sondern auch – wie Robert Vitalis gezeigt hat – aus der Sorge um die globalen „race relations“ (Vitalis, 2015, S. 1), wobei einige der ersten Wissenschaftler*innen sich mit der Aufrechterhaltung der weißen Hegemonie und ihrer Bedrohung durch Dekolonisierungs- und Befreiungsbewegungen beschäftigten. Ähnliches gilt für die Ursprünge der Area Studies sowie für Institutionen wie die SOAS (School of African Studies an der Universität London), die 1916 mit dem Ziel gegründet wurde, Kolonialbeamte in afrikanischen, asiatischen und nahöstlichen Sprachen und Geschichte auszubilden. Während sich sowohl die IB als auch die FuK mit den Ursachen und Bedingungen von Krieg befassen, unterscheidet sich die FuK durch ihr dezidiert normatives Engagement für den Frieden und betrachtet den Krieg als ein dringendes Problem, das vollständig beseitigt werden muss (Webel & Galtung, 2007; Lawler, 2008). Dabei traten einige Wissenschaftler*innen für Gewaltlosigkeit und die Abschaffung des Krieges ein, während andere sich auf die Untersuchung globaler Konflikte konzentrierten, ohne notwendigerweise eine normative Haltung einzunehmen.

Trotz – oder gerade aufgrund – des ursprünglichen Ziels, die Wurzeln europäischer Weltkriege zu verstehen und zu bekämpfen und ihre Gewaltpotenziale zu mindern, ist die FuK in eurozentrischen Rahmungen gefangen geblieben. So wurden beispielsweise die wichtigen analytischen Beiträge von W. E. B. du Bois zur Einordnung des Ersten Weltkrieges weitgehend übersehen. Er schrieb im Jahr 1915 in der Zeitschrift *Crisis*:

Die verschiedenen Friedensbemühungen zeigen mit einzigartiger Einmütigkeit entweder die völlige Unfähigkeit oder die entschlossene Weigerung der Friedensbefürworter, Rassismus als Hauptursache des gegenwärtigen Weltkrieges zu betrachten. Die am 8. Oktober gegründete holländische Friedensbewegung nennt zehn Punkte, in denen eine Übereinkunft zur Beendigung des Krieges vorgeschlagen wird. Zu diesen Punkten gehören eine engere Zusammenarbeit zwischen „europäischen“ Mächten, ein Schiedsverfahren zwischen „zivilisierten“ Staaten und die Unterdrückung von Feindseligkeiten zwischen „Nationen“. Aber kein Wort über den Rassismus und die Herrschaft über die Kolonien zum Nutzen Europas. (Du Bois, 1915, S. 28, eigene Übers.)

Diese Einordnung verweist auf die Problematik des Ausblendens von Rassismus und Kolonialismus in der Analyse und Praxis des Ersten Weltkrieges, etwa durch europäischen Friedensbewegungen, und der damit einhergehenden Appelle an eine

‘zivilisierte’ Konfliktbearbeitung, wie sie bis heute dem Globalen Norden zugeschrieben und angerufen werden. Dies zeigt auch, wie die Expertise von Friedenswissen, also sowohl Forschung als auch Lösungsansätze, bis heute überwiegend im Globalen Norden verortet wird, während Krieg und Gewalt primär als Probleme des Globalen Südens konstruiert werden (Azarmandi, 2018; 2023). Obwohl es Versuche gab, Fallstudien aus dem Globalen Süden in Auftrag zu geben, wird die Politikgestaltung in der FuK weiterhin stark von Akademiker*innen aus dem Globalen Norden beeinflusst (MacGinty, 2019; UNESCO, 2018). Dadurch tritt die Untersuchung von Friedens- und Konfliktodynamiken in euro-amerikanischen Kontexten, in denen Frieden und Gewaltlosigkeit als ‘etabliert’ gelten, in den Hintergrund.

In den 1950er- und 1960er-Jahren wurden das Friedensforschungsinstitut Oslo (PRIO) und das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) gegründet, was die Entstehung der Disziplin der Friedens- und Konfliktforschung nun auch materialisierte. Diese Zeit markierte einen Wandel hin zu einem akademischen Verständnis von Konfliktodynamiken und Friedensförderung sowie zu einem wachsenden Interesse an humanitären Interventionen und der Vermittlung bei Konflikten. Nach dem Ende des Kalten Krieges konzentrierte sich die FuK auf humanitäre Interventionen, Konfliktlösung und den Wiederaufbau nach gewaltsam ausgetragenen Konflikten, während zugleich das Friedensnarrativ häufig von westlichen Mächten politisiert wurde, was anti-koloniale Bewegungen und globale Solidaritätsbemühungen in den Hintergrund drängte (Atanasoski, 2013). Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion politisierten das Konzept des Friedens während des Kalten Krieges und nutzten es strategisch zur Förderung ihrer ideologischen Ziele. Der Westen betonte Freiheit, der Osten propagierte Frieden – eine Gegenüberstellung, die in der Praxis kaum konsequent umgesetzt wurde. Die Sowjetunion stellte Frieden ins Zentrum ihrer Außenpolitik, kontrollierte jedoch im Inland Friedensbemühungen streng und unterdrückte abweichende Stimmen. Gleichzeitig verknüpften die USA Frieden mit Stärke und Sicherheit, während sie repressive Regime unterstützten und Friedensaktivist*innen verfolgten. Beide Mächte nutzten Kongresse und Konferenzen, um Frieden als Mittel zur Stärkung ihres globalen Einflusses zu rahmen (Goedde, 2019, S. 12-31). Zudem nahm insbesondere nach dem Ende des Kalten Krieges das Interesse an menschlicher Sicherheit und der Rolle von externen Dritten in Friedensprozessen zu.

Diese Entwicklungen waren jedoch von anhaltenden Herausforderungen begleitet, die mit dem Eurozentrismus und den damit einhergehenden begrenzten Perspektiven auf Gewalt und Frieden verbunden sind. Insbesondere die Neigung der FuK, Forschungsagenden aus dem Globalen Norden zu priorisieren, fördert Narrative, die strukturelle Gewalt und Rassismus innerhalb westlicher Gesellschaften ausblenden, während Gewalt überwiegend als Phänomen des Globalen Südens dargestellt wird. Diese eurozentrische und koloniale Sichtweise verstärkt ungleiche Machtverhält-

nisse und marginalisiert weiterhin Stimmen aus bereits historisch marginalisierten Gemeinschaften (Byrne/Clarke/Rahman, 2018; Cunliffe, 2015). Gleichzeitig stellen sich neue Formen von Friedensaktivismus und Widerstandsbewegungen gegen traditionelle Vorstellungen von Gewalt und Gewaltfreiheit, insbesondere im Kontext anti-kolonialer Kämpfe und Bewegungen für racial justice. Zeitgenössische soziale Bewegungen wie Black Lives Matter und von Indigenen geführte Landverteidigungskämpfe fordern neben materiellen und politischen Veränderungen vor allem epistemische Gerechtigkeit ein, also die Anerkennung von historisch marginalisierten Wissen. Radikaler Friedensaktivismus betont daher die Verflechtung verschiedener Formen von Gewalt und Unterdrückung und hinterfragt einfache Dichotomien hinsichtlich der Verortung von Gewalt und Frieden.

Die Kolonialität des Friedens problematisieren

Die Kolonialität des Friedens zu problematisieren bedeutet, die komplexen Dimensionen der Unterdrückung sichtbar zu machen, die durch Friedensdiskurse und -praktiken verstärkt werden. Durch das Hinterfragen einiger der ontologischen, epistemischen und symbolischen Dimensionen von Kolonialität entlang der drei Kernkonzepte dekolonialer Theorien, lässt sich die darin zutage tretende Komplexität von Macht und Widerstand entschlüsseln.

Kolonialität der Macht: Das dominante Verständnis von Frieden ist eng und historisch mit dem modernen Nationalstaat verbunden, wodurch er die Kolonialität der Macht (Quijano, 2000, S. 557) innerhalb der internationalen und intra-nationalen Ordnung aufrechterhält. Aufgrund seines Anspruchs auf das Gewaltmonopol ist der Nationalstaat das zentrale Durchsetzungsinstrument für modern-liberale Frieden. Er kontrolliert die Verteilung und Durchsetzung von Recht und Ordnung durch staatliche Institutionen wie Polizei, Justiz und Gefängnisse, um nur einige zu nennen (Maldonado-Torres, 2020). Er kontrolliert die Einteilung der Menschen in Subjekte durch die An- und Aberkennung ihrer Staatsbürgerschaft, aber auch ihren unterschiedlichen Status entsprechend der Rassifizierung und anderer Subjektivierungsdynamiken. Der Nationalstaat definiert somit die Zonen des Seins und Nicht-Seins innerhalb seines Territoriums, wirkt aber auch auf „Bevölkerungen außerhalb ihrer selbst definierten Parameter, zu denen es keine Beziehung der Gleichheit gibt, sondern nur der Beherrschung“ (Bhambra, 2018, S. 203, eigene Übersetzung). Über Bildungseinrichtungen wie Schulen und Universitäten, Massenmedien und das kollektive Gedächtnis kontrolliert sie auch einen Großteil der dominanten Wissensproduktion. Die enge Verbindung zwischen modern-liberalen Frieden und dem Nationalstaat spiegelt sich zudem in der internationalen Friedenskonsolidierung wider, die oft mit modern-liberaler Staatsbildung konvergiert (Sabaratnam, 2017; Guerra, 2019).

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Frieden ist sowohl materiell als auch inhaltlich eurozentrisch, weiß und männlich geprägt (Pesch & Mucha, 2020), mit der Folge, dass alternative Wissensbestände und Erfahrungen systematisch übersehen oder abgewertet werden. Der Ausschluss indigener Perspektiven aus den dominanten Diskursen zur Friedensförderung verdeckt etwa jahrhundertelange Geschichten des indigenen Widerstands und der gelebten Resilienz und festigt koloniale Hierarchien der Wissensproduktion und -verbreitung weiter. Dies konstituiert epistemische Gewalt, die beschreibt, wie spezifisches Wissen, seine Produktion und Dissemination einen „Beitrag zu gewaltförmigen gesellschaftlichen Verhältnissen“ (Brunner, 2020, S. 274) leistet.

Ein Element epistemischer Gewalt ist der epistemische Extraktivismus (Grosfoguel, 2016b), in dessen Kontext Theorieproduktion oftmals dargestellt wird, als sei sie originär im Globalen Norden verortet, während Bevölkerungen des Globalen Südens lediglich als Impulsgebende von empirischen „Rohmaterial“ betrachtet werden. Ihre Erfahrungen und Wissensbestände werden entkontextualisiert, ihrer Urheber*innenschaft beraubt und im Globalen Norden als vermeintlich eigenständige progressive Theorie neu verpackt und verkauft – ein Prozess, der koloniale Wissenshierarchien nicht nur reproduziert, sondern aktiv stabilisiert. So wird beispielsweise oft vernachlässigt, wie der Föderalismus der Haudenosaunee auf Turtle Island das föderale demokratische politische System des weißen US-Siedlerstaates inspirierte (Young, 2007, S. 19). In der Friedensforschung wird dies deutlich, wenn die Arbeiten von prominenten Wissenschaftler*innen kritisch betrachtet werden. Zum Beispiel wird Johan Galtung oftmals die Grundlegung eines positiven Friedensbegriffes zugeschrieben, obwohl bereits der US-amerikanische Bürgerrechtler Martin Luther King Jr. (1956; 1963) eine Differenzierung zwischen positiven und negativen Friedensbegriffen in Verbindung mit der sozialen Positionierung von weißen Liberalen formuliert hatte. In seinem Letter from a Birmingham Jail stellt er fest, dass weiße Liberale aufgrund ihres Festhaltens an Stabilität und einem damit assoziierten negativen Frieden die zentrale Herausforderung für die Schwarze Bürgerrechtsbewegung darstellen (King, 1963). Während King Rassismus als zentrales Fundament systemischer Unterdrückung analysiert, reduziert Galtung ihn – ebenso wie Kolonialität – auf eine Ausdrucksform struktureller Gewalt. Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie die Beiträge Schwarzer Aktivist*innen und Theoretiker*innen, wie auch ihre explizit rassismuskritische Grundlegung, vielfach übergangen werden, was emblematisch für Kolonialität und epistemische Gewalt ist (Azarmandi, 2021, S. 3). Wenn indigenes und historisch marginalisiertes Wissen in modern-liberale Wissensformen 'einbezogen' wird, wird es neben dem epistemischen Extraktivismus oft nach eurozentrischen Bedürfnissen und Logiken angeeignet und modelliert (Ahenakew, 2016). Bei den Bemühungen um eine epistemische Pluralisierung der FuK ist es deshalb wichtig zu berücksichtigen, wie die Beschäftigung mit indigenem Wissen stattfindet.

Daher erscheint die von Grosfoguel aufgeworfene Frage, wie es möglich ist, dass die sozialwissenschaftliche Wissensproduktion auf dem Wissen einiger weniger (Männer) aus westeuropäischen Ländern beruht (Grosfoguel, 2013, S. 74), auch für die FuK von Bedeutung. Obwohl Friedensforscher*innen aus dem Globalen Norden zweifellos wertvolle Erkenntnisse aus ihren Interaktionen mit Gemeinschaften im Globalen Süden gewonnen und für die Friedensforschung nutzbar gemacht haben, lässt sich ihrer Rezeption ein Muster erkennen: Zumeist werden „ethnische/rassische Perspektiven aus der Region übersehen oder unterschätzt, während westlichen Denker*innen Vorrang eingeräumt wird“ (Grosfoguel, 2007, S. 211, eigene Übers.). Dies ist relevant für die Friedens- und Konfliktforschung, die in einem besonderen Maße auf die Kenntnis lokaler Wissens- und Beziehungsformen, Machtverhältnisse, und Deutungssysteme angewiesen ist, um komplexe Konfliktkonstellationen angemessen begreifen zu können.

Nicht nur die Bedingungen der Wissensproduktion über Frieden, sondern auch die Inhalte von Friedensvorstellungen weisen koloniale Strukturen auf. Wie Victoria Fontan darlegt, beruht die epistemische Struktur des vorherrschenden liberalen Friedensparadigmas auf einem kartesischen Denkmuster, das Frieden und Krieg als „zwei Pole eines aristotelischen dualistischen Modells“ konzeptualisiert (Fontan, 2012, S. 64, eigene Übers.). Dieses binäre und lineare Verständnis – Frieden auf der einen, Krieg auf der anderen Seite, ohne Raum für Zwischenformen – entspricht einer transzendenten Vorstellung von Frieden (Fontan, 2012, S. 63). Frieden wird dabei nicht als komplexer sozialer Prozess begriffen, sondern als Zustand, der mithilfe liberaler Werte und moderner Strukturen aktiv herbeigeführt werden muss. Auf der anderen Seite entspringt auch das Konzept des Krieges den provinziellen europäischen Erfahrungen mit der Bildung von Nationalstaaten (Barkawi, 2016) und wird als universalisierte Schablone angelegt, anhand derer Zeiten und Zonen des Krieges identifiziert und bewertet werden. Die inhaltliche Beschäftigung mit Frieden und Krieg nimmt also europäische Erfahrungen zum Ausgangspunkt einer entsprechenden Theoretisierung und leitet daraus universalisierte Theorien ab, die für Kontexte jenseits Europa angewendet werden sollen. Zugleich ist aus dekolonialer Sicht der Annahme zu begegnen, dass sogenannte liberale Werte, die dem liberalen Frieden zugrunde liegen, rein europäischer Provenienz seien. Vielmehr lassen sich – anknüpfend an Ina Kerners Beschreibung der Kolonialität der liberalen Demokratie (Kerner, 2021, S. 185) – die nicht-europäischen Wurzeln von Frieden aufspüren, die etwa durch epistemischen Extraktivismus Eingang in modern-liberale Praktiken und Theoretisierungen von Frieden genommen haben. Dadurch werden die kolonialen Denkstrukturen deutlich, die den Inhalten von Frieden und Krieg eingeschrieben sind. Zugleich öffnet sich die Möglichkeit einer vertieften Auseinandersetzung mit alternativen Wissensbeständen und Erfahrungshorizonten als Grundlage für dekoloniale Frieden.

Ein wirksames Instrument zur Aufrechterhaltung der Kolonialität des Friedens ist die Kontrolle über historische Narrative, die der Legitimation gegenwärtiger und zukünftiger sozialer Verhältnisse dienen (Wayah, 2017, S. 14). So wie die Moderne selbst auf dem Vergessen des europäischen Kolonialismus und den anhaltenden Zustand der Kolonialität beruht (Vázquez, 2009), sind modern-liberale Friedenstendenziell von einer Zukunftsorientierung gekennzeichnet, wodurch die anhaltende koloniale Wunde (Mignolo & Vázquez, 2013) sowie historische und anhaltende koloniale Gewalt und Traumata, wie auch die Bedeutung von Heilung, auf dem Weg zum Frieden vernachlässigt werden. Obwohl sich dies in den letzten Jahrzehnten durch Ansätze wie Transitional Justice und die Ausdehnung der Zeitrahmen von Friedensförderungs-Modellen in Richtung Vergangenheitsbewältigung zunehmend geändert hat (Lederach, 2005, S. 131-149; Sawatsky, 2005), bleibt der selektive Ahistorizismus modern-liberaler Ansätze weitgehend intakt, da er in ein lineares und allochronisches Zeitverständnis eingebettet ist. In der Aberkennung der kolonialen Erfahrungen und Verwundungen eines Großteiles der Welt liegt zudem eine fortwährende epistemische Ungerechtigkeit, die nicht nur die Würde der Betroffenen verletzt, sondern auch dazu beiträgt, Herrschaftsverhältnisse auf epistemischer Ebene zu verfestigen (Altanian, 2024, S. 1).

Dies wird in aktuellen Kämpfen um historische Gerechtigkeit sichtbar, beispielsweise an den Forderungen nach der Rückgabe kolonialen Raubgutes und menschlicher Überreste (human remains), die während der Kolonialzeit geplündert wurden und noch immer in Institutionen des Globalen Nordens gelagert werden. Auch der Denkmalsturz und die 'Vandalisierung' von Statuen meist weißer, männlicher historischer Persönlichkeiten, die am Kolonialismus beteiligt waren, veranschaulicht die Frustration der vielen, die sich nach Gerechtigkeit und Heilung sehnen. Die Heroisierung und Monumentalisierung weißer, männlicher Individuen, stellt eine einseitige historische Erzählung von modernem nationalem Ruhm dar, ohne ihre Beteiligung an Gewalt und Unterdrückung zu beleuchten. Daher ist die Infragestellung der nationalen Geschichte und des öffentlichen Gedächtnisses zu einem entscheidenden Austragungsort post- und dekolonialen Widerstands geworden.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die FuK in koloniale Wissensstrukturen eingebettet ist, die durch epistemische Gewalt, Extraktivismus und Ungerechtigkeit aufrechterhalten werden. Der modern-liberale Frieden und seine epistemischen Grundlagen enthalten eine Vorstellung von universellem Fortschritt, die koloniale Gewaltverhältnisse ausblendet und durch einen selektiven Ahistorizismus historisch gewachsene Unterdrückungssysteme naturalisiert. Ein dekolonialer Beitrag zur FuK zielt daher auf die Kultivierung ihrer epistemischen und theoretischen Pluralität, die Dekolonisierung der Wissensproduktion und die Reduktion epistemischer Gewalt. Dies beinhaltet nicht bloß die Einbeziehung marginalisierter Stimmen, sondern auch die kritische Auseinandersetzung mit dominantem Wissen.

Kolonialität des Seins

Der europäische Kolonialismus hat nicht bloß Machtverhältnisse und Wissensordnungen geprägt, sondern auch tiefgreifend das Verständnis von Menschsein und der Beziehungen zur Welt beeinflusst. Diese koloniale Prägung wirkt bis heute in Identitätskonstruktionen fort und bestimmt, wer als vollständig menschlich gilt – und wer nicht.

Die Perspektive der Kolonialität des Seins (Maldonado-Torres, 2007) zeigt auf, wie im Zuge kolonialer Herrschaft bestimmte Subjektivitäten als ‘friedlich’ und ‘unfriedlich’ konstruiert (Rodríguez Iglesias, 2018, S. 210 f.) und mit unterschiedlicher Handlungsmacht im Streben nach Frieden ausgestattet werden. Damit einher gehen Annahmen darüber, wo Frieden zu verorten ist und wer Expertise über Frieden besitzt. Die Kolonialität des Wissens trägt dazu bei, indem den kolonial ‘Anderen’ (bzw. Ver-Anderten) eine imaginierte Vernunftlosigkeit zugeschrieben, ihnen die Denkfähigkeit aberkannt (Maldonado-Torres, 2007, S. 252) und damit auch ihr Subjektstatus und ihre Menschlichkeit abgesprochen wird. Die rassifizierte Dimension des Seins führt zu einem hierarchischen Verständnis von Menschsein und verzerrt ethische Grundsätze und Prinzipien, wie beispielsweise die Menschenrechte.

Damit einher geht die Entstehung der *damné* (‘Verdammten’) – ein von Fanon geprägter Begriff, mit dem er die entmenschlichten kolonialen Subjekte benennt. Die Verdammten dieser Erde (Fanon, 1963), unter die Schwelle der definierten Menschlichkeit gestellt, verkörpern die systematische Verweigerung der menschlichen Würde für die Mehrheit der Weltbevölkerung. Julia Suárez-Krabbe betont in diesem Zusammenhang, dass Rassismus als Affirmation der eigenen (weißen) Existenz verstanden werden kann, die auf Kosten der Anderen stattfindet – eine Praxis, die tief in soziale, politische und legale Strukturen eingeschrieben ist (Suárez-Krabbe, 2013, S. 81 f.).

Die beschriebenen Machtdynamiken und rassistischen Konstruktionen, die aus der Zeit des europäischen Kolonialismus stammen, aber noch bis heute wirksam sind, sind integraler Bestandteil der globalen Ordnung. Dieses wird deshalb bis heute aufrechterhalten, weil die europäische Kolonisierung historisch gesehen auf einer solchen Abwertung derjenigen beruht, deren Land, Ressourcen und Epistemologien sie ausgebeutet und extrahiert hat (Azarmandi, 2023). Kolonisierung und Rassifizierung stellen demnach mehr dar, als ein bloß historisches Ereignis oder gar eine Struktur; sie konstituieren die ‘Unterseite’ der Moderne, die „dunkle Seite des Seins“ (Maldonado-Torres, 2007, S. 260, eigene Übers.).

Mit Fanon können wir – auch in Bezug auf Frieden – zwischen Zonen des Seins und Zonen des Nicht-Seins differenzieren (Fanon, 1952, S. 2). Diese sind mit einer An- oder Aberkennung des Menschseins verbunden. Dabei stellen Zonen des Seins meist weiße, westliche Kontexte dar, in denen Rechtsstaatlichkeit und gewaltfreie Konfliktbearbeitung dominieren, und Zonen des Nicht-Seins solche, in denen Ge-

walt zur Norm wird und Menschenleben als entbehrlich gelten (Grosfoguel, 2016a). Diese symbolischen Zonen werden durch eine „abyssale Linie“ (Santos, 2014, S. 189 ff.) konstituiert, durch welche die sogenannte ontologische koloniale Differenz in Erscheinung tritt.

Die Konstruktion unterschiedlicher Subjektivitäten und ihre symbolische Verortung in einer der beiden Zonen führt dazu, dass Frieden und entsprechende Praktiken darin unterschiedlich angewendet werden. Maziki Thame (2011) beschreibt die Zone des Nicht-Seins als einen Raum, in dem die (ehemals) Kolonisierten als minderwertige Wesen konstruiert werden, deren Menschlichkeit und Personsein beständig infrage gestellt werden. In diesem Kontext kommt es auch zur Stigmatisierung der von Armut betroffenen Schwarzen, deren Leben und Existenz mit Werten der Nichtigkeit belegt werden. Die Zone des Nicht-Seins repräsentiert einen höllischen und grenzwertigen Zustand (Fanon, 1952, S. 2), der die von Armut betroffenen Schwarzen „entbehrlich“ und „unsichtbar“, vor allem angesichts des Staates, den Eliten, aber auch für sie selbst macht (Thame, 2011, S. 77).

In den Zonen des Seins, insbesondere zwischen den europäischen Nationen, herrscht (formal) Rechtsstaatlichkeit, und Konflikte werden üblicherweise durch Regulierung und gewaltfreie Mittel bearbeitet (Grosfoguel, 2016a, S. 13). Die Zonen des Seins beherbergen Weiß-Sein, das zum unsichtbar gemachten Marker dafür wird, anhand dessen verschiedene Grade von Menschsein definiert werden. Weißsein steht nicht nur für Rationalität und Vernunft, sondern auch für ‚Zivilisiertheit‘, während diejenigen, die nicht als weiß gelten, tendenziell als gewalttätig und barbarisch imaginiert werden. Frieden wird dann zum „weißen Privileg“, das für weiße Europäer*innen und ihre Nachkommen gilt, nicht aber für People of Color (Diallo, 2017, S. 329). Die beschriebene ‚abyssale Linie‘ definiert, wessen Leben zählen und wessen nicht, und setzt so auch Grenzen der Betrauerbarkeit, indem Bevölkerungsgruppen in betrauerbare und nicht betrauerbare Leben eingeteilt werden: „Ein unbetrauerbares Leben kann nicht betrauert werden, da es nie als Leben gezählt hat. Diese Unterteilung zeigt sich in Konflikten, in denen bestimmte Leben auf Kosten anderer verteidigt werden“ (Butler, 2009, S. 38, eigene Übers.).

In den Zonen des Nicht-Seins hingegen wird die Logik von Frieden umgekehrt: Gewalt stellt die Regel dar, und die Rechtsstaatlichkeit, einschließlich des Völkerrechts, werden tendenziell außer Kraft gesetzt, wie etwa im aktuellen Krieg in Gaza (Azarmandi, i.E.b). Wie Tatour feststellt, hat sich Kolonialismus historisch gesehen immer auf race gestützt, um die eigene Vorherrschaft zu rechtfertigen. Dies führt zu Spaltungen zwischen Siedler*innen und Einheimischen – eine Taktik, wie sie sich auch im Zionismus wiederfindet (Tatour, 2016, S. 31). Während der terroristische Angriff auf Israel am 7. Oktober 2023 die westliche Welt in Schrecken versetzte, wird die Gewalt, die Israel im Anschluss an Palästinenser*innen in Gaza verübt, als deren eigenes Verschulden dargestellt. Trotz der globalen Aufrufe zu Waffenstillstand und

Frieden wird Gewalt, und insbesondere das, was in letzter Zeit von Expert*innen als Völkermord an den Bewohner*innen des Gazastreifens bezeichnet wird, auf internationaler Ebene wegrationalisiert oder toleriert. Die derzeitige Situation in Gaza stellt daher vereinfachende Unterscheidungen grundlegend in Frage und sollte Anlass dafür sein, die komplexen Dynamiken und Zusammenhänge zwischen Frieden, Dekolonisierung und Gewalt genauer zu betrachten.

Die anhaltenden kolonialen Subjektivierungen und die Zuschreibung bzw. Abkennung von Menschlichkeit verdeutlichen, dass Frieden weniger eine universelle Norm als vielmehr ein machtpolitisch reguliertes Konzept darstellt. Sowohl die epistemische Konstruktion als auch die praktische Anwendung von Frieden folgen kolonialen Logiken, die Annahmen über die Friedensfähigkeit und Schutzwürdigkeit von Menschen machen. Die Kolonialität des Seins zeigt daher, dass die koloniale Moderne nicht bloß auf historisch gewachsenen Ungleichheiten beruht, sondern auf einer tief verankerten Hierarchie des Menschseins, innerhalb derer Frieden, Gerechtigkeit, sowie Lebens- und Partizipationschancen ungleich verteilt werden.

Die Identifizierung und Problematisierung der Kolonialität des Friedens leistet einen Beitrag, den Friedensbegriff historisch, geographisch und politisch zu verorten, sowie in seinem Universalitätsanspruch und vom Gehalt her zu hinterfragen. Dies ermöglicht es, die Pluralität anderer möglicher Friedensbegriffe anzuerkennen. Im Gegensatz zu einem transzendenten Friedensverständnis, bei dem ein 'Alles-oder-Nichts' Ansatz dominiert und ein hegemonialer Frieden 'von oben' etabliert wird, erfordert eine Destabilisierung oder 'Beunruhigung' (Ahmed, 2010; Azarmandi, 2023) der Kolonialität des Friedens auch einen Paradigmenwechsel hin zur 'Immanenz' (Fontan, 2012, S. 59). Das bedeutet, dass „Frieden nicht einfach den Menschen widerfährt, sondern in ihr Alltagsleben eingebettet und entsprechend spürbar ist“ (Suffla/Malherbe/Seedat, 2020, S. 344, eigene Übers.).

Entsprechend der Pluralität menschlicher Erfahrungen, die sich beispielsweise nach kulturellen, sozialen, vergeschlechtlichten und historischen Kontexten unterscheiden, sollte auch hier die potenzielle Pluralität von Frieden anerkannt werden. Diese Anerkennung stellt westliche Universalismen in Frage und ermöglicht die Beschäftigung mit vielfältigen, kontextspezifischen Frieden im Plural (Guzmán, 2000; Guzmán & Ali, 2008). Während sie zwar noch immer einen hegemonialen Status innehaben, werden modern-liberale Frieden als provinzielle Perspektiven mit einer genuin kolonialen 'Unterseite' entlarvt (Pauls, 2022; Krohn & Pauls, 2023a).

Ein dekolonialer Zugang zu Friedensverständnissen unterscheidet sich daher von dem der Kritischen Friedensforschung insofern, als dass die letztere den Friedensbegriff eher am zugrunde gelegten Gewaltverständnis gemessen hat, aber bislang die eigene Verortung in bestimmten Wissens- und Wertesystemen und damit einhergehende Implikationen kaum reflektiert hat. Während die Kritische Friedensforschung in den letzten Jahren eine Pluralisierung von Friedensverständnissen angestoßen

hat, wie etwa aus den Debatten zum liberalen Frieden oder der Ausrichtung an prozessorientierten Friedensverständnissen hervorgeht, richtete sich ihr analytischer Fokus bislang kaum auf die kolonialen Dynamiken, die sich in modern-liberale Friedensverständnisse eingeschrieben haben.

Stattdessen schlagen wir vor, Frieden anhand mindestens zweier Dimensionen zu definieren (Krohn & Pauls, 2023a; 2023b): als a) normativen Bezugsrahmen für die Reduzierung von Gewalt, und b) eingebettet in spezifische Wertesysteme und Wissensökologien. Hinsichtlich der Gewaltreduktion können Frieden insofern unterschiedlich aussehen, als dass ihre Enge oder Breite vom zugrunde gelegten Gewaltverständnis beeinflusst werden. Liegt der Schwerpunkt etwa auf einer Verringerung direkter Formen von Gewalt, werden tendenziell weniger sichtbare Formen von Gewalt – wie etwa strukturelle, epistemische und ontologische Gewalt, oder auch die Gewalt der ‘Befriedung’ – in den Hintergrund gerückt, oder gar übersehen und möglicherweise reproduziert.

Die Werte und Wissenssysteme, die Friedensverständnissen zugrunde liegen, sollten deshalb als solche benannt werden, weil sie wiederum Einfluss darauf haben, wie Beziehungen gestaltet werden und mit Konflikt und Gewalt umgegangen wird (Maldonado-Torres, 2008, S. 3 ; Pauls & Rungius, 2022). Aus diesen Gründen bezeichnen wir dominierende Friedenskonzepte als modern-liberal, sie beruhen auf liberalen Prämissen wie Individualismus, Nationalstaatlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, Konstitutionalismus, und der befriedenden Macht des Marktes. Daher sind Appelle an solche Arten von Frieden auch funktional für Modernität/Kolonialität. Während nämlich der Liberalismus die Moderne voranbringen soll, dient er auch dazu, die koloniale Unterseite der Moderne, also Kolonialität, voranzutreiben (Maldonado-Torres, 2016, S. 5; Maldonado-Torres/Bañales/Lee-Oliver/Niyogi, S., Ponce, A., & Radebe, 2023).

Auf der anderen Seite wurzeln die unzähligen anderen Friedensvorstellungen in alternativen Wissens- und Wertesystemen. Beispiele aus indigenen Bewegungen (Hussak, i.E.) und basispolitischen Initiativen (Exo, 2017) zeigen alternative Formen von Frieden auf, die nicht selten gemeinschaftliche Autonomie und Solidarität einen Vorrang vor eurozentrischen Fortschrittsfantasien einräumen (Suffla/Malherbe/Seedat, 2020, S. 344). Begriffe wie ‘indigene Frieden’, ‘dekoloniale Frieden’ und ‘feministische Frieden’ haben in der FuK zunehmende Aufmerksamkeit erhalten und werden verstärkt rezipiert (Lazic & Stavrevska, 2024). Wie oben bereits angedeutet, reicht es aber nicht aus, eine Vielzahl alternativer Friedens- und Wissensverständnisse in den FuK-Kanon mit aufzunehmen, weil:

[d]ie Einbeziehung vielfältiger Wissensformen (übertragen auf die gleiche hegemoniale ontologische Basis, die selbst nicht geprüft wird) durch Strategien der Gleichberechtigung, des Zugangs, der Sprecher*innenposition, der Anerkennung, der Repräsentation oder Umverteilung, verändert nichts an der ontologischen Dominanz. (Andreotti/Stein/Ahenakew/Hunt, 2015, S. 27)

Die Kolonialität des Friedens stellt eine solche ontologische Dominanz dar, denn, wie Cruz es formuliert, „der koloniale Apparat, der das [modern-liberale, Anm. d.A.] Friedenskonzept – wie es vom Globalen Norden aus verstanden wird – mobilisiert, drängt sich als Machtmittel über lokale Friedensverständnisse auf“ (Cruz, 2021, S. 1, eigene Übersetzung). Deshalb betonen wir die Notwendigkeit, nicht bloß den Frieden zu pluralisieren, sondern auch unser Verständnis der Kolonialität des Friedens zu schärfen, indem wir sie identifizieren, problematisieren und dekonstruieren, um so zur Verringerung ihrer (ontologischen) Dominanz beizutragen.

Dekoloniale Frieden stehen für alternative Wissens- und Seinsformen, und fordern zudem koloniale Paradigmen durch Unterbrechung und Aktion heraus, indem sie sich mit den materiellen Bedingungen von Gewalt befassen und Gerechtigkeit und Reparationen einfordern (Azarmandi, 2023; Krohn & Pauls, 2023b). Die Destabilisierung der Kolonialität des Friedens führt daher zu einer Pluriversalisierung, bei der sowohl die Pluralität der möglichen Frieden als auch die modern/kolonialen Machtasymmetrien berücksichtigt werden, die noch heute die Beziehungen zwischen den ersteren strukturieren (Krohn & Pauls, 2023b). Eine Fokussierung auf subalterne Perspektiven und auf einen pluriversalen Ansatz für Frieden eröffnet den Horizont für ‘Frieden otherwise’, in dem neue Rahmenkonzepte für peacebuilding entstehen können, die wiederum Kolonialität überwinden und die real bestehende Diversität verschiedener Weltanschauungen und Wissenssysteme als Erkenntnismehrwert verstehen.

Quellen

- Acharya, A. (2022). Race and racism in the founding of the modern world order. *International Affairs*, 98 (1), 23-43.
- Ahmed, S. (2010). *The Promise of Happiness*. Duke University Press.
- Ahenakew, C. (2016). Grafting Indigenous Ways of Knowing Onto Non-Indigenous Ways of Being: The (Underestimated) Challenges of a Decolonial Imagination. *International Review of Qualitative Research*, 9 (3), 323-340.
- Alimonda, H. (2019). The coloniality of nature. An approach to Latin American political ecology. *Alternautas* 6(1), 102-142.
- Altanian, M. (2024). *The Epistemic Injustice of Genocide Denialism*. New York; London: Routledge.
- Andreotti, V. de O., Stein, S., Ahenakew, C., & Hunt, D. (2015). Mapping interpretations of decolonization in the context of higher education. *Decolonization: Indigeneity, Education & Society*, 4 (1), 21-40.
- Anzaldúa, G. (1987). *Borderlands. La Frontera. The New Mestiza*. San Francisco: Aunt Lute Books.
- Atanasoski, N. (2013). *Humanitarian violence: The US deployment of diversity*. Minneapolis: University of Minnesota Press.

- Azarmandi, M., & Hernández, R. D. (2017). Colonial Redux: When Re-naming Silences – Antonio López y López and Nelson Mandela. *Borderlands E-journal*, 16(1), 1-27.
- Azarmandi, M. (2018). The racial silence within peace studies. *Peace Review*, 30(1), 69-77. <https://doi.org/10.1080/10402659.2017.1418659>
- (2021). Freedom from discrimination: on the coloniality of positive peace. In K. Standish; H. Devere; A. Suazo & R. Rafferty (Hrsg.), *The Palgrave handbook of positive peace* (S. 611-621). Singapore: Palgrave Macmillan.
- (2023). Disturbing a Discipline: Towards Pluriversal Peace and Conflict Studies. *Journal of Intervention and Statebuilding*, 1-15. <https://doi.org/10.1080/17502977.2023.2245952>
- (im Erscheinen, a). North-South dimensions of global peace studies: Contesting assumptions of ‘geographies’ of peace and violence. In M. C. Hallward, C. Mouly, T. Seidel & Z. Wai (Hrsg.), *SAGE Handbook of Peace and Conflict Studies*. SAGE Publishing.
- (im Erscheinen, b). Peace and (de)coloniality. In J. I. Fúnez-Flores, A. C. Díaz Beltrán, S. J. Ndlovu-Garsheni, S. Bakshi, A. Lao-Montes, & F. Rios (Hrsg.), *The SAGE handbook of decolonial theory*. SAGE Publishing.
- Azarmandi, M. & Pauls, C. (2024). Coloniality of peace. *Virtual Encyclopaedia – Rewriting Peace and Conflict*, 25.09.2024. Verfügbar unter: <https://rewritingpeaceandconflict.net/2024/09/24/coloniality-of-peace/>
- Barkawi, T. (2016). Decolonizing war. *European Journal of International Security*, 1 (2), 199-214. <https://doi.org/10.1017/eis.2016.7>
- Baron, I.Z., Havercroft, J., Kamola, I., Koomen, J., Murphy, J. & Prichard, A. (2019). Liberal Pacification and the Phenomenology of Violence. *International Studies Quarterly*, 63, 199-212.
- Batscheider, T. (1991). *Friedensforschung und Geschlechterverhältnis. Zur Begründung feministischer Fragestellungen in der kritischen Friedensforschung*. Marburg: BdWi-Verlag.
- Bhambra, G. K. (2018). The State: Postcolonial histories of the concept. In O. Rutazibwa & R. Shilliam (Hrsg.), *Routledge Handbook of Postcolonial Politics* (S. 200-209). New York: Routledge.
- (2021). Decolonizing Critical Theory? Epistemological Justice, Progress, Reparations. *Critical Times* 4, 73-89.
- Brand, U. & Wissen M. (2017): *Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im Globalen Kapitalismus*. München: Oekom Verlag.
- Brunner, C. (2020). *Epistemische Gewalt. Wissen und Herrschaft in der kolonialen Moderne*. Bielefeld: transcript.
- Butler, J. (2009). *Frames of War: When Life Is Grievable?* New York: Verso.
- Byrne, S., Clarke, M. A., & Rahman, A. (2018). Colonialism and peace and conflict studies. *Peace and Conflict Studies*, 25(1), Artikel 1.
- Cox, R.W. (1981): Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory. *Millennium – Journal of International Studies*, 10 (2), 126-155.
- Cruz, J. D. (2021). Colonial power and decolonial peace. *Peacebuilding*, 9(3), 274-288. <https://doi.org/10.1080/21647259.2021.1906516>
- Cunliffe, P. (2015). Still the spectre at the feast: Comparisons between peacekeeping and imperialism in peacekeeping studies today. In M. Turner & F. P. Kühn (Hrsg.), *The Politics of International Intervention* (S. 59-76). Abingdon: Routledge.

- Diallo, A. (2017). Frieden. In S. Arndt & N. Ofuately-Alazard (Hrsg.), *Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk* (S. 326-331). Münster: Unrast.
- Doward, J. (2019, March 10). The final indignity for 'El Negro', laid to rest in wrong country. *The Guardian*. Verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/world/2019/mar/10/final-indignity-for-man-stuffed-as-a-museum-exhibit-el-negro-botswana>
- Du Bois, W.E.B. (1915). Peace, In *Crisis*, Vol. 10, No. 1.
- EEAS European External Action Service (2022). *European Diplomatic Academy: Opening remarks by High Representative Josep Borrell at the inauguration of the pilot programme*. EEAS. Verfügbar unter: https://www.eeas.europa.eu/eeas/european-diplomatic-academy-opening-remarks-high-representative-josep-borrell-inauguration_en
- Exo, M. (2017). *Das übergangene Wissen. Eine dekoloniale Kritik des liberalen peacebuilding durch basispolitische Organisationen in Afghanistan*. Bielefeld: transcript.
- Fanon, F. (1952). *Black Skin, White Masks*. London: Pluto Press.
- (1963). *The Wretched of the Earth*. New York: Grove Press.
- Fontan, V. (2012). *Decolonizing peace*. Dörzbach: Dignity Press.
- Fricker, M. (2007). *Epistemic Injustice: Power and the Ethics of Knowing*. Oxford: Oxford University Press.
- Generalakte (1885). „General-Akte der Berliner Konferenz (Kongokonferenz)“, *Deutsches Reichsgesetzblatt* Band 1885 Nr. 23, S. 215-246. Verfügbar unter: [https://de.wikisource.org/wiki/General-Akte_der_Berliner_Konferenz_\(Kongokonferenz\)](https://de.wikisource.org/wiki/General-Akte_der_Berliner_Konferenz_(Kongokonferenz))
- Goedde, P. (2019). *The politics of peace: A global Cold War history*. Oxford: Oxford University Press.
- Grosfoguel, R. (2007). The epistemic decolonial turn: Beyond political-economy paradigms. *Cultural Studies*, 21 (2-3), 211-223. <https://doi.org/10.1080/09502380601162514>
- (2013). The Structure of Knowledge in Westernized Universities. *Epistemic Racism/Sexism and the Four Genocides/Epistemicides of the Long 16th Century*. *Human Architecture. Journal of the Sociology of Self-Knowledge* XI(1), 73-90.
- (2016a). What is racism? *Journal of World-System Research*, 22(1), 9-15. <https://doi.org/10.5195/jwsr.2016.609>
- (2016b). Del extractivismo economico al extractivismo epistemico y ontologico. *Revista Internacional de Comunicacion y Desarrollo*, 1 (4), 33-45. DOI:10.15304/ricd.1.4.3295.
- Guerra, L. (2019). The 'Coloniality of Peace': searching for (decolonizing) methods in the study of peace processes – the case of MINUSTAH. Conference Paper 'Workshop Studying Humanitarian Interventions'.
- Gulowski, R. & Weller, C. (2017). *Zivile Konfliktbearbeitung. Kritik, Konzept und theoretische Fundierung*. *Peripherie* 148: 37, 368-411.
- Guzmán, V. M. (2000). Saber hacer las paces. *Epistemologías de los estudios para la paz*. *Convergencia Revista de Ciencias Sociales*, 23, 49-96.
- Guzmán, V. M., & Ali, F. A. (2008). Education for human right to peace from a perspective of philosophy for making peace(s). *Cuadernos Constitucionales de la Cátedra Fadrique Furió Ceriol*, 62, 197-201.

- Haraway, D. (1995). *Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive*. In: C. Hammer & I. Stiess (Hrsg.), *Die Neuerfindung der Natur: Primaten, Cyborgs und Frauen* (S. 73-97). Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Heeb, B., & Kabwete, C. M. (2022): *Human Remains from the Former German Colony of East Africa. Recontextualization and Approaches for Restitution*. Köln: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Horkheimer, M. (1988b). Nachtrag [1937], In A. Schmidt (Hrsg.), *Gesammelte Schriften* 4 (S. 217-225). Frankfurt a.M.: Fischer.
- Jackson, R. (2015). *How Resistance Can Save Peace Studies*. *Journal of Resistance Studies* Issue 1, Volume 1/2015, 18-49
- Kerner, I. (2021). *Zur Kolonialität der liberalen Demokratie*. *ZPTh – Zeitschrift für Politische Theorie*, Jg. 12, Heft 2/2021, 182–199.
- King, M. L. (1956). *When Peace Becomes Obnoxious*. Sermon in Montgomery. Verfügbar unter: <https://kinginstitute.stanford.edu/king-papers/documents/when-peace-becomes-obnoxious>
- (1963). *Letter from a Birmingham Jail*. Verfügbar unter: https://www.africa.upenn.edu/Articles_Gen/Letter_Birmingham.html
- Krohn, J., & Pauls, C. (2023a). *Modern/koloniale Frieden – eine dekoloniale Perspektive auf Friedensforschung und -bildung*. *Friedensakademie Rheinland-Pfalz Blog*. Verfügbar unter: <https://rptu.de/friedensakademie/blog/alle-beitraege/modern/koloniale-frieden-eine-dekoloniale-perspektive-auf-friedensforschung-und-bildung>.
- (2023b). *Friedensbildung otherwise? Überlegungen zu einer dekolonial informierten Friedensbildung*. *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung*. <https://doi.org/10.1007/s42597-023-00105-y>
- Lawler, P. (2008). *Peace studies*. In P. D. Willimans, & M. McDonald (Hrsg.), *Security Studies: An Introduction* (S. 97-112). Routledge.
- Lazic, S., & Stavrevska, E. B. (2024). *Peace in Plural: Towards Decolonial and Feminist Approaches to Peace*. *Journal of Intervention and Statebuilding*, 18(4), 367-385. <https://doi.org/10.1080/17502977.2024.2365121>
- Lederach, J. P. (2005): *The Moral Imagination. The Art and Soul of Building Peace*. Oxford: Oxford University Press.
- Lugones, M. (2008): *The coloniality of gender*. *Worlds & Knowledges Otherwise*, 1-17.
- MacGinty, R., & Richmond, O. P. (2013). *The Local Turn in Peace Building: a critical agenda for peace*. *Third World Quarterly*, 34 (5), 763-783. <https://doi.org/10.1080/01436597.2013.800750>
- MacGinty, R. (2019). *Complementarity and Interdisciplinarity in Peace and Conflict Studies*. *Journal of Global Security Studies*, 4(2), 267-272.
- Maldonado-Torres, N. (2007). *On the coloniality of being: Contributions to the development of a concept*. *Cultural Studies*, 21 (2-3), 240-270.
- (2008). *Against war: Views from the underside of modernity*. Duke University Press.
- (2016). *Outline of ten theses on coloniality and decoloniality*. *Fondation Frantz Fanon*. Verfügbar unter: http://fondation-frantzfanon.com/wp-content/uploads/2018/10/maldonado-torres_outline_of_ten_theses-10.23.16.pdf

- (2020). Notes on the coloniality of peace. Fondation Frantz Fanon. Verfügbar unter: <https://fondation-frantzfanon.com/notes-on-the-coloniality-of-peace/>
- Maldonado-Torres, N., Bañales, X., Lee-Oliver, L., Niyogi, S., Ponce, A., & Radebe, Z. (2023). Decolonial Pedagogy Against the Coloniality of Justice. *Educational Theory*, 73(4), 530-550.
- Mazower, M. (2009). *No enchanted palace: the end of empire and the ideological origins of the united nations*. Princeton: Princeton University Press.
- Mignolo, W. D. (2002). Rethinking the Colonial Model. In L. Hutcheon & M. Valdez (Hrsg.), *Rethinking Literary History* (S. 153-193). Oxford University Press.
- Mignolo, W. D. (2008). Epistemic Disobedience and the Decolonial Option: A Manifesto, *Subaltern Studies: An Interdisciplinary Study of Media and Communication*, 2 February. <http://subalternstudies.com/?p=193>.
- Mignolo, W. D., Vázquez, R. (2013). *Decolonial AestheSis: Colonial Wounds/Decolonial Healings*. *Decolonial AestheSis*. Verfügbar unter: https://socialtextjournal.org/periscope_article/decolonial-aestheSis-colonial-woundsdecolonial-healings/
- Pauls, C. (2022). Neokolonialer Frieden?! Die koloniale Unterseite modern-liberaler Friedensvorstellungen. *Wissenschaft und Frieden*, 2, 42-45.
- Pauls, C. & Rungius, C. (2022). Reflexivität als methodologischer Imperativ: Herausforderungen und Grenzen für die Friedens- und Konfliktforschung. In R. Gulowski, & M. Zöhrer (Hrsg.) *Forschungen für Frieden. Perspektiven sozialwissenschaftlicher Konfliktforschung* (S. 89-111). Nomos.
- Pesch, C., Mucha, W. (2020). Wer sind wir? Eine Analyse der Autor*innen der Friedens- und Konfliktforschung. *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 9, 189-202. <https://doi.org/10.1007/s42597-020-00024-2>
- Quijano, A. (2000). Coloniality of power and Eurocentrism in Latin America. *International Sociology*, 15(2), 215-232.
- (2007). Coloniality and Modernity/Rationality. *Cultural Studies* 21 (2), 168-178.
- Richmond, O. & MacGinty R. (2015). Where now for the critique of the liberal peace? *Cooperation and Conflict* 2015, Vol. 50 (2), 171-189. DOI: 10.1177/0010836714545691
- Rodriguez Iglesias, A. I. (2019). A decolonial critique of the liberal peace: Insights from peace practices of ethnic people in Colombia. *Revista de Paz y Conflictos*, 12:2, 199-223. <http://dx.doi.org/10.30827/revpaz.v12i2.9379>
- Sabaratnam, M. (2017). *Decolonising intervention: International statebuilding in Mozambique*. Rowman & Littlefield.
- Santos, B. d. S. (2014). *Epistemologies of the South: Justice against Epistemicide*. Paradigm Publishers.
- Sawatsky, J. (2005). Extending the Peacebuilding Timeframe: Revising Lederach's Integrative Framework. *Peace Research*, 37(1), 123-130.
- Senghaas, D. (1971). Editorisches Vorwort. In D. Senghaas (Hrsg.): *Kritische Friedensforschung* (S. 7-22). Frankfurt a.M.
- (2004). *Zum irdischen Frieden. Erkenntnisse und Vermutungen*. Frankfurt a.M.
- Stahl, D. (2024). 'Weapons misused by barbarous races': Disarmament, imperialism and race in the interwar period. In T.W. Bottelier & J. Stöckmann (Hrsg.), *Instruments of international order* (S. 104-126). Manchester University Press.

- Suárez-Krabbe, J. (2013). Race, Social Struggles, and „Human“ Rights: Contributions from the Global South. *Journal of Critical Globalisation Studies*, 1(6), 78-102.
- Suffla, S., Malherbe, N., & Seedat, M. (2020). Recovering the Everyday Within and for Decolonial Peacebuilding Through Politico-Affective Space. In Y. G. Acar, S. M. Moss, & Ö. M. Uluç (Hrsg.), *Researching Peace, Conflict, and Power in the Field* (S. 343-364). Springer.
- Tatour, L. (2016). *Domination and resistance in liberal settler colonialism: Palestinians in Israel between the homeland and the transnational*. Doctoral dissertation, University of Warwick.
- Thame, M. (2011). Reading Violence and Postcolonial Decolonization through Fanon: The Case of Jamaica. *Journal of Pan-African Studies*, 4(7), 75-93.
- UNESCO (2018). *Long walk of peace: Towards a culture of prevention*. UNESCO.
- Vázquez, R. (2009). Modernity Coloniality and Visibility: The Politics of Time. *Sociological Research Online*, 14(4), 7.
- Vitalis, R. (2015). *White world order, black power politics: The birth of American international relations*. Cornell University Press.
- Walsh, C. (2018). The decolonial for. In W.D. Mignolo & C. Walsh (Hrsg.), *Decoloniality in/as Praxis* (S. 15-32). Duke University Press.
- Wayah, I. (2017). Wir schreiben Geschichte: Alternative Archive als dekoloniale Praxis. In glocal e.V. (Hrsg.), *Connecting the dots: Lernen aus Geschichte(n) von Unterdrückung und Widerstand* (S. 10-17).
- Webel, C., & Galtung, J. (Hrsg.) (2007). *Handbook of Peace and Conflict Studies* (Vol. 7). Routledge.
- Weller, C. (2024). Friedens- und Konfliktforschung – Herausforderung für die Internationalen Beziehungen. In F. Sauer, L. von Hauff & C. Masala (Hrsg.), *Handbuch Internationale Beziehungen* (S. 639-660). Springer.
- Young, I. M. (2007). *Global Challenges: War, Self-Determination and Responsibility for Justice*. Polity.

Juliana Krohn

Zwischen den Wänden – Herrschaftskritische Friedensforschung inmitten institutioneller Gewalt¹

We need to pierce that which destroyed or constrained women's voices (...) Although women are reticent to talk about their own suffering, it is important to highlight the abuse of women, to explore these issues openly, to lift the veil of silence. Only by speaking out have women begun the healing process.
(Graybill 2001: 6)

Dynamiken des (Ver)Schweigens

In einem Artikel über die Aussagen von Frauen über Menschenrechtsverletzungen während der Apartheid im Rahmen der südafrikanischen Truth and Reconciliation Commission beschreibt Fiona Ross (2020) folgendes Phänomen. Während sich die Aussagen der Frauen zwar in vielerlei Hinsicht unterscheiden, gleichen sie sich in einem Punkt: „Women testified primarily about violations committed against their sons, husbands, and brothers, while men described their own experiences of abuse.“ (ebd. 254) In den ersten fünf Wochen der öffentlichen Anhörungen sagten mit

1 Dieser Text basiert auf gemeinsamem Denken-Fühlen-Schreiben mit Viktorija Ratković (vgl. etwa Krohn und Ratković 2025) und anderen mutigen und integren Kolleg:innen und Freund:innen, die oft, wie die Autorin selbst, zur Gruppe von Überlebenden oder Betroffenen (je nach Selbstbezeichnung) von Gewalt im universitären Kontext zählen. Aufgrund eigener Erfahrung und Expertise fokussiert sich dieser Text in der Auseinandersetzung mit institutioneller Gewalt an Universitäten und Hochschulen auf den Umgang mit sexualisierter Gewalt. Dem vorangestellt sei jedoch, dass es viele weitere Gewaltformen gibt von denen zumeist marginalisierte Menschen betroffen sind und dass es insbesondere auch mehrfache Betroffenheiten gibt, wenn unterschiedliche Diskriminierungsformen *intersektional* zusammenwirken (vgl. Crenshaw 1989). Wie von Crenshaw im Kontext des Rechtssystems beschrieben, ist das Zusammenwirken von Rassismus und Sexismus auch im Bereich der Wissenschaft stark ausgeprägt und verwehrt Frauen of Colour den Zugang oder das Weiterkommen (vgl. Turner, González, Wong Lau 2011). In diesem Sinne schließt sich dieser Text dem geforderten Paradigmenwechsel im Umgang mit Gewalt an: „Im Zweifel für unbekannte Betroffene!“ (Specht, Kassirer, Walter 2024).

58 Prozent also mehrheitlich Frauen über Menschenrechtsverletzungen aus, aber nur 13 Prozent der berichteten Fälle bezogen sich auf direkt gegen Frauen gerichtete Gewalt (ebd. 253). Das Schweigen der Frauen in den öffentlichen Anhörungen zeugt jedoch nicht von der Abwesenheit dieser Gewalt, im Gegenteil, es verweist auf individuelle, gesellschaftliche, politische und rechtliche Dynamiken des (Ver)Schweigens. Berichte wie jener zu „Gender and the Truth and Reconciliation Commission“ etwa, die der Kommission von Wissenschaftler:innen vorgelegt wurden, bezeugen das Ausmaß der gegen Frauen verübten sexualisierten Gewalt und analysieren zugleich die Gründe für ihr (Ver-)Schweigen (Goldblatt und Meintjes 1996).

Laut des letzten Berichts des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu konfliktbezogener sexualisierter Gewalt, stieg die Zahl der dokumentierten Fälle dieser Gewalt im Jahr 2023 an (U.N. Secretary-General 2024). Von dieser Form der Gewalt sind mehrheitlich Frauen und Mädchen betroffen, gleichzeitig spielen Frauen in Gremien, die sich mit Friedens- oder Sicherheitsagenden beschäftigen, nach wie vor kaum eine Rolle. Laut Zahlen der Vereinten Nationen (VN) betrafen 95 Prozent der 1186 von den VN im Jahr 2023 verifizierten Fälle Frauen und Mädchen, 4 Prozent Männer und Jungen und 21 der verifizierten Fälle LGBTQI* (lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, queere, inter, *) Personen (ebd.). Die Datenlagen zu konfliktbezogener sexualisierter Gewalt gegen LGBTQI* Personen ist allerdings noch unzureichender, da die spezifischen Ausformungen dieser Gewalt gegen sie oft verkannt und so unter anderen Gewaltformen subsumiert werden (Tejero 2023).

Wie auch aus dem diesem Text vorangestellten Zitat von Lyn Graybill (2001: 6) hervorgeht, ist Schweigen über geschlechtsbasierte, insbesondere sexualisierte Gewalt aufgrund des gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Umgangs damit nicht nur im Kontext von Kriegen und Konflikten nach wie vor weit verbreitet. Betroffene leiden zumeist im Stillen (vgl. Mdletshe und Makhaye 2025). So wurde etwa sexualisierte Gewalt als Kriegstaktik, wenngleich ein altes und omnipräsentes Problem, erst 2008 aufgrund des systematischen Einsatzes von sexualisierter Gewalt gegen Tutsi Frauen von Hutus während des Genozids in Rwanda und der systematischen Vergewaltigungen bosniakischer Frauen überwiegend durch bosnisch-serbische Truppen im Bosnienkrieg durch die Resolution 1820 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (SRVN) als Kriegstaktik anerkannt (ICTR 1998; Askin 1999; Hansen 2001; Ryken 2015; UN SR Res. 1820). Darin hält der SRVN fest, „rape and other forms of sexual violence can constitute a war crime, a crime against humanity, or a constitutive act with respect to genocide“ (UN SR Res. 1820). Bis heute gibt es jedoch weder ausreichende Kapazitäten, um konfliktbezogene sexualisierte Gewalt zu dokumentieren und zu erforschen, noch ausreichende nationale oder internationale Strukturen und Instrumente für einen adäquaten Umgang mit oder die Prävention von konfliktbezogener sexualisierter Gewalt. Entsprechend wird von einer sehr hohen Dunkelziffer ausgegangen.

Durch diese erheblichen Leerstellen wird nach wie vor – je nach Kontexten – den Betroffenen die Schuld an der erlebten Gewalt gegeben, ihnen wird nicht geglaubt, nicht zugehört, oder die Fälle gar nicht weiter beachtet, ausgeblendet, ignoriert. Wie Neitzel und Welzer (2012) auf Basis der Analyse von über 150.000 Seiten Abhörprotokollen von in Kriegsgefangenschaft befindlichen Wehrmachtssoldaten im Kontext des Zweiten Weltkriegs argumentieren, war diese Gewalt so alltäglich, so normalisiert – schlicht der *modus operandi* von Soldaten – dass ihr etwa in den Nürnberger Prozessen keinerlei Aufmerksamkeit geschenkt wurde (Skjelsbæk 2015). Die geschlechtsspezifische Gewalt, die an Millionen von Frauen und Kindern während und in Folge des Zweiten Weltkriegs verübt wurde, wurde also weder untersucht noch aufgearbeitet und ist daher bis heute kaum bekannt. Dies hat sich zwar mit der SRVN-Resolution 1820 insofern geändert, als dass der rechtliche Rahmen für diese Form der Gewalt konkretisiert wurde. Sie ist aber immer noch weit verbreitet und der vorherrschende gesellschaftliche wie institutionelle Umgang mit Betroffenen in den allermeisten Kontexten nach wie vor von Stereotypen, Vorurteilen und Dynamiken wie der Täter-Opfer-Umkehr geprägt, die notwendigerweise auch in Wechselwirkung mit den politischen, juristischen, oder wissenschaftlichen Auseinandersetzungen damit stehen (Krahé 2016).

Der Umgang und die Beschäftigung mit geschlechtsspezifischer und insbesondere sexualisierter Gewalt allgemein, aber auch im Kontext von Bemühungen um Frieden und die Transformation von Konflikten sind von historisch gewachsenen Macht-, Gewalt- und Herrschaftsstrukturen geprägt, die gleichzeitig immer noch den strukturellen Rahmen vorgeben, in dem Individuen und Institutionen handeln. Diese patriarchalen Strukturen und die damit einhergehende Geschlechterungleichheit prägen daher auch Universitäten und Disziplinen wie die Friedens- und Konfliktforschung, in denen sich Menschen mit dem Phänomen konfliktbezogener sexualisierter Gewalt wissenschaftlich auseinandersetzen. So weisen bereits schlichte Alltagsbeobachtungen auf diesbezügliche Leerstellen hin, wenn beispielsweise Vorhandensein und Ausmaß sexualisierter Gewalt an Universitäten auf Konferenzen der deutschsprachigen Friedens- und Konfliktforschung von Professoren unter Zuhilfenahme des Einzelfall-Mythos abgetan wird. Die wissenschaftliche Datenlage, die hier ignoriert wird, zeigt hingegen: sexualisierte Gewalt ist auch an Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen ein strukturelles Problem (vgl. für den europäischen Kontext etwa Lipinsky et al. 2022).

Zwar wenden sich viele Betroffene oder Überlebende nicht an offizielle Stellen, sofern diese überhaupt vorhanden und bekannt sind, weswegen stets zusätzlich von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden muss. Oft reden sie aber untereinander, treffen sich zwischen Wänden auf Fluren und vor Türen von Institutionen, sie kommunizieren über „whisper networks“ – auch wegen der empirisch begründbaren Angst, dass ihnen nicht geglaubt oder sie selbst zum Problem gemacht

werden (Brunner und Partlow-Lefevre 2020: 4). Diejenigen, die von diesen Flüster-Netzwerken keine Kenntnis haben, reagieren oft überrascht, beunruhigt, oder gar abwehrend, sobald Bestehen und Ausmaß der bezeugten Gewalt etwa im Zuge von #MeToo öffentlich werden (vgl. ebd. 14).

Erfahrungen sexualisierter Gewalt abzuwehren, zu ignorieren, als Einzelfall abzutun, oder zu verschweigen ist eine Strategie, die dazu dient, strukturelle Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten und persönliche wie institutionelle Verantwortung abzuwehren. Universitäten sind aufgrund von Hierarchien, Betreuungs- und Abhängigkeitsverhältnissen und strukturellem Machtungleichgewicht besonders anfällig für Machtmissbrauch. Gleichzeitig wird an Universitäten zu Macht(missbrauch), sexualisierter Gewalt und deren Folgen für Betroffene und Überlebende sowie zu den Zusammenhängen mit anderen Formen von Gewalt und Diskriminierung geforscht. Ein adäquater Umgang damit, wenn Gewalt in den eigenen Reihen passiert, fehlt aber in der überwiegenden Zahl der Fälle (vgl. Mdletshe und Makhaye 2025; Fethi et al. 2023; Pantelmann und Blackmore. 2023; Pritchard und Edwards 2023; Lipinsky et al. 2022; Pantelmann und Wälty 2022; Ahmed 2021). Gerade im Kontext der Friedens- und Konfliktforschung, die sich auch mit konfliktbezogener sexualisierter Gewalt befasst, tritt also ein weiteres Phänomen besonders deutlich hervor: eine erhebliche Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis. Wo Ausmaß und Systematik sexualisierter Gewalt erforscht werden, wird sie gleichzeitig ermöglicht, verübt und verschwiegen.²

2 Theorie wird in diesem Text als das Erforschen, Erfassen und Entwickeln von Konzepten wie Frieden, Konflikt, oder Gewalt sowie ihrer Zusammenhänge verstanden – ebenso von Modellen zur deren Erklärung und davon abgeleiteten Ansätzen etwa zur Transformation von Konflikten, oder zum Umgang mit Gewalt. Praxis bezeichnet in diesem Zusammenhang das Umsetzen dieser Ansätze, also das Eingreifen in bestehende Verhältnisse. Aus diesem Handeln, dieser Praxis können wiederum Erkenntnisse gewonnen werden, die in die theoretische Arbeit einfließen. Mit Donna Haraway (1988) ist Wissen dabei immer situiert, das heißt bedingt durch das Zusammenwirken der eigenen körperlichen, geographischen, sozialen, politischen Verortung. Eine körperlose, transzendente, objektive Beobachter:innen-Position einzunehmen, ist daher nicht möglich. Gerade im Kontext von sexualisierter Gewalt tritt deutlich hervor, dass das Wissen über sie auch von der (Reflexion der) eigenen Situietheit abhängt. Ausgehend von einer Untrennbarkeit von Theorie und Praxis bedeutet Praxis daher auch Verantwortungsübernahme – also das individuelle wie institutionelle Einbinden und Umsetzen der gewonnenen Erkenntnisse in das eigene Handeln sowie das damit verbundene beständige, gemeinsame Hinterfragen und gegebenenfalls Verändern der eigenen Theorie und Praxis. Zudem lässt sich mit Sarah Ahmed Macht als ein für diese Diskrepanz bedeutsamer Faktor analysieren: „Power can be understood as the right to suspend what is binding for others.“ (Ahmed 2021: 48) Eine gesellschaftliche Machtposition innezuhaben, erleichtert es also, sich praktisch über theoretisch verbindliche Vereinbarungen des Zusammenlebens hinweg zu setzen.

Zum Theory-Praxis Gap eines theoretischen Friedens

Im Rahmen des UniSAFE-Forschungsprojekts zu geschlechtsspezifischer Gewalt in Forschungseinrichtungen, an dem Studierende und Beschäftigte von 46 Universitäten und Hochschulen in 15 EU-Staaten teilnahmen, wurden insgesamt 42.000 Fragebögen erhoben. Laut Auswertung haben zwei Drittel der Befragten mindestens eine Form geschlechtsspezifischer Gewalt erlebt. Dazu zählen körperliche, psychische und sexualisierte Gewalt, sexualisierte Belästigung sowie digitale Gewalt. Das Spektrum der ausgeübten und erlittenen Gewalt ist breit und reicht von verbaler Belästigung bis zu körperlichen Übergriffen. Besonders gefährdet sind behinderte und nicht-binäre Personen (Lipinsky et al. 2022). Die Ergebnisse des UniSAFE-Projekts quantifizieren somit, was an Universitäten lange ein offenes Geheimnis war (Krohn und Ratković 2025). Vor diesem Hintergrund lassen sich allgegenwärtige Narrative, Mythen und Behauptungen jener, die das Privileg haben, dies nicht zu bemerken, und die diese Erfahrungen als anekdotische Einzelfälle abtun, leicht entkräften.

Die Tatsache, dass es möglich ist, etwa sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe zu thematisieren, ohne zugleich an der Prävention und adäquaten Aufarbeitung solcher Fälle in der eigenen Institution zu arbeiten, wirft einige Fragen auf. Sind sexualisierte Gewalt und die davon betroffenen Menschen nur von der eigenen Realität losgelöste Forschungsobjekte ohne Handlungsmacht? Welche forschungsethischen Aspekte und Überlegungen zu persönlicher wie institutioneller Verantwortung finden (keine) Berücksichtigung? Bleibt es bei der von bell hooks (1990: 343) beschriebenen Reproduktion von Macht-, Gewalt- und Herrschaftsverhältnissen in der Wissenschaft, in denen schmerzhaft Erfahrungen marginalisierter Menschen immer wieder fetischisiert werden, in denen nur ihr Schmerz gehört wird, um ihnen anschließend in neuer Form erklärt zu werden? Und nicht zuletzt: Wie gehen wir mit der Gleichgültigkeit angesichts der Gewalt in unseren Kontexten um? Eine Gleichgültigkeit, die selbst gewaltförmig ist.

Um sich diesen Fragen zu nähern, eignet sich ein näherer Blick auf das Phänomen der Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis im Kontext der Beschäftigung mit Frieden. Ein universalisierter, utopischer Friedensbegriff, der Frieden als Ziel und nicht als von Widersprüchen geprägte, tägliche, gelebte Praxis begreift, die in globale Macht-, Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse eingebettet ist, ist im besonderen Maße dafür geeignet, die Diskrepanz zwischen theoretischer Auseinandersetzung und eigener Praxis aufrechtzuerhalten. Dies lässt sich exemplarisch anhand des folgenden, recht bekannten Protest für Frieden nachzeichnen. Dieser soll dabei nicht als allgemeingültiges Beispiel für Friedensaktivismus, oder die Beschäftigung mit Frieden allgemein verstanden werden. Schließlich gibt es hier vielfältige Ansätze, die sich durchaus auch kritisch mit einem universalisierten Friedensbegriff und der Trennung von Theorie und Praxis auseinandersetzen. Dieses Beispiel ist jedoch

illustrativ für vorherrschende Auseinandersetzungen mit und eines Eintretens für Frieden, in denen theoretische Erkenntnisse in symbolische Handlungen, weniger aber in transformative Praxis übersetzt werden.

Vom 26. Mai bis zum 2. Juni 1969 – auf dem Höhepunkt des Vietnamkriegs – veranstalteten John Lennon und Yoko Ono das zweite ihrer sogenannten „Bed-Ins for Peace“ im luxuriösen Fairmont Queen Elizabeth Hotel in Montreal, Kanada. Ihr Anliegen war, damit gewaltfrei gegen den Krieg zu protestieren, begleitet von der medialen Aufmerksamkeit, die ihrer Hochzeit im März desselben Jahres gefolgt war. Die bekannten Bilder dieser Aktion zeigen die beiden im Pyjama im Bett sitzend, manchmal umringt von Journalist:innen. Eines der etwas weniger bekannten Bilder zeigt Yoko Ono auf einem Stuhl sitzend und John Lennon zwischen ihr und einer Hotelangestellten stehend, während beide geduldig darauf warten, dass von der Hotelangestellten das Bett gemacht wird (Tapp 2019). Dieses Bild erlebt derzeit eine Renaissance in sozialen Medien, oft mit Bildunterschriften wie: John und Yoko warten darauf, dass das Zimmermädchen das Bett macht, damit sie weiter gegen das System protestieren können. Diese Kommentare machen auf pointierte Weise also auf ein Phänomen aufmerksam, das Menschen, die tagtäglich mit der Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit konfrontiert sind – wie in diesem Fall das Personal des Hotels – nur allzu bekannt ist.

Auch wenn sich nur auf Basis des Bildes nicht eindeutig sagen lässt, ob Lennon und Ono ihr Bett vor oder nach der Aufnahme selbst gemacht haben, zeigen Aufzeichnungen des Hotels, dass der Protest für den Frieden eine deutlich weniger friedliche und belastende Zeit für das Personal des Luxushotels bedeutete, das aufgrund von Sonderwünschen erheblich mehr Arbeit leisten musste – ein Umstand, der unsichtbar bleibt, bzw. unsichtbar gemacht wurde (Tapp 2019). Der Zweck (Frieden) heiligt also die Mittel (die Reproduktion ausbeuterischer Strukturen). Während sie im Bett liegen, propagieren John Lennon und Yoko Ono eine friedlichere Welt, ohne dies jedoch selbst in die Praxis umzusetzen, also den dafür notwendigen strukturellen Wandel zu initiieren oder mitzutragen.

Deutlich wird dabei auch eine weitere Ebene, nämlich eine Diskrepanz zwischen dem Erfahrungswissen derjenigen, die (strukturelle) Gewaltformen selbst erlebt haben und denjenigen, die davon nicht betroffen sind und sich damit nicht auseinandersetzen. In der überwiegenden Anzahl der Berichte und Artikel über das „Bed-In“ spielen die Perspektive und das Erleben der Hotelangestellten keine Rolle. Tupoka Ogette (2020) spricht in Bezug auf Rassismus davon, dass nicht-betroffene Menschen im so genannten „Happyland“, also einem Zustand der Nicht-Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Gewalt, verweilen können. Wie auch die Aufzeichnungen des Hotels belegen, ist diese Kluft zwischen Theorie und Praxis also insbesondere für diejenigen sichtbar und spürbar, die die Konsequenzen zu tragen haben und sie nicht einfach ignorieren können. Das anschauliche Beispiel des Bed-Ins zeigt somit, wie

leicht es ist, sich als Beitragende zu einer friedlicheren Welt zu inszenieren, während gleichzeitig die gleichen Strukturen reproduziert werden, die den gewaltvollen Status quo aufrechterhalten – und somit das in der Theorie Gesagte nicht auch praktisch umgesetzt wird.

Von Einzelfällen zu (noch) unbekanntem Betroffenen

Einige Jahre nach dem ersten Höhepunkt der von Tarana Burke initiierten #MeToo-Bewegung und ihren Pendanten in verschiedenen Ländern wie #YoTambien in spanischsprachigen Ländern, #KuToo in Japan, oder #BalanceTonPorc in Frankreich und trotz unzähliger unter #MeTooScience und #MeTooAcademia veröffentlichter Erfahrungen und damit Taten sexualisierter Belästigung und Gewalt, sind Machtmissbrauch und sexualisierte Belästigung und Gewalt an Universitäten – wie unter anderem das Forschungsprojekt UniSAFE zeigt – weiterhin an der Tagesordnung. Verstärkt wird dies durch den Umstand, dass im Kontext von #MeToo „trans, queere, be_hinderte und Schwarze Frauen/of Color ungehört blieben, obwohl Belästiger_innen genau diese Marginalisierung zu ihrem Vorteil ausnutzen.“ (Hassan und Sanchez-Lambert 2020: 8)

Diese Fälle bleiben, wie oben beschrieben, oft innerhalb der institutionellen Mauern verborgen, werden verschwiegen und unter Verschluss gehalten. Von Betroffenen hingegen werden sie auf dem Weg zur Kaffeepause besprochen, durch warnende Blicke weitergegeben, durch geteiltes Schweigen deutlich gemacht, oder über Nachrichten an Wänden kommuniziert, wenn – wie so oft – keine anderen Möglichkeiten mehr bleiben, weil niemand öffentlich spricht, wie es Lieselotte Viaene, Catarina Laranjeiro und Miye Nadya Tom (2023) in ihrem autoethnographischen Artikel „The walls spoke when no one else would. Autoethnographic notes on sexual-power gatekeeping within avant-garde academia“ beschreiben. Als sexualisierte Belästigung und Gewalt im Kontext von #MeToo durch die Vielzahl von Stimmen und Erfahrungsberichten öffentliche Aufmerksamkeit erhielt, stieß dies oft auf abwehrende Reaktionen: „Those not privy to the whisper-networks were unsettled by the chorus of voices that testified to widespread assault. Many doubted accusations.“ (Brunner und Partlow-Lefevre 2020: 14) Während Zweifel am Erlebten für Betroffene eine schmerzhafteste Form des Umgangs mit sexualisierter Gewalt sind, bleibt es oft nicht dabei. Nicht selten wird den Betroffenen mit rechtlichen Konsequenzen gedroht, um sie wieder zum Schweigen zu bringen. Dies erlebten auch die Autor:innen des oben genannten Artikels und der zur Taylor&Francis Gruppe gehörende Verlag Routledge. Nachdem der Verlag eine ganze Reihe an rechtlichen Drohungen erreichten, entschied er sich laut Pressemitteilung im September 2023 den von Erin Pritchard und Delyth Edwards (2023) herausgegebenen Sammelband „Sexual Misconduct in Academia“, in dem der Artikel erschienen war, aus dem Programm zu nehmen. Der

Verlag bot den Herausgeber:innen nach eigenen Angaben an, den Band ohne den Text von Viaene, Laranjeiro und Tom zu veröffentlichen, was diese ablehnten. Daraufhin wurde entschieden alle Rechte am Buch und den Texten an Herausgeber:innen und Autor:innen zurückzugeben (Taylor&Francis 2023).

Mit diesem Beispiel rückt auch die institutionelle wie juristische Dimension des Umgangs mit sexualisierter Belästigung und Gewalt in den Blick, da auch hier „Ausübung und Ahndung ganz maßgeblich von unseren gesellschaftlichen Vorstellungen von Geschlechterrollen im Zusammenhang mit Sexualität beeinflusst wird.“ (djb 2024: 1) Die Ahndung sexualisierter Belästigung und Gewalt wird also dem Ausmaß des Problems zumeist nicht zurecht, da die entsprechenden institutionellen und juristischen Rahmenbedingungen von patriarchalen, misogynen gesellschaftlichen Vorstellungen geprägt sind, von diversen Stereotypen und Mythen, die es Betroffenen erschweren sich überhaupt an Institutionen zu wenden, die eine Fürsorgepflicht haben oder als rechtlich vorgesehene Anlaufstellen fungieren.

Wie oben beschrieben, zentriert dieser Text aufgrund meiner Positioniertheit und über die Jahre erlangten Expertise sexualisierte Belästigung und Gewalt. Gleichzeitig haben mich meine Erfahrungen auch für andere Gewaltformen sensibilisiert. Vieles habe auch ich nicht wahrgenommen, nicht wahrnehmen wollen oder für nicht ausreichend wichtig befunden, bis ich mich mit meinen eigenen Erfahrungen und dadurch mit den Dynamiken, Strukturen und Vorstellungen, die Gewalt ermöglichen, beschäftigt habe. Gewalt war für mich lange tatsächlich etwas das „anderswo, anderswer und anderswas“ ist (Brunner 2016, 94). Damit einher ging die Überzeugung, dass ich selbst und die anderen Betroffenen, von denen ich wusste, zu den vielen (sic!) Einzelfällen gehören. Der Mythos des Einzelfalls selbst aber ist bedingt durch das Ausblenden historischer Kontinuitäten sowie der strukturellen Dimension von „Ver-Anderung“, Gewalt und Unterdrückung (Reuter 2015).

Basierend auf der zentralen Erkenntnis, dass „das Vorhandensein und das Ausmaß des Problems“ anerkannt werden muss, um ihm zu begegnen, sollen in diesem Text nun das Ausmaß und der Umgang mit sexualisierter Gewalt an Universitäten näher in den Blick genommen werden (Towl und Walker 2019: 101). Sich mit der Gewalt in den eigenen Reihen, der eigenen Verstrickung in Macht-, Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse und der damit erforderlichen Verantwortungsübernahme auseinanderzusetzen, ist für eine herrschaftskritische Friedensforschung, die den Anspruch hat, kritische theoretische Erkenntnisse auch in der eigenen Praxis umzusetzen, unabdingbar. Dies erfordert einen Paradigmenwechsel, der sich mit Specht, Kassin und Walter (2024) mit dem Leitbild „Im Zweifel für unbekannte Betroffene!“ auf den Punkt bringen lässt. Wie mit bekannt gewordenen Fällen umgegangen wird, hat schließlich einen erheblichen Einfluss auf alle weiteren (noch) unbekannteten Betroffenen und deren Vertrauen in Gesellschaft und Institutionen.

Die Praxis der institutionellen Gewalt

Universitäten kommt angesichts eines zunehmenden antifeministischen und autoritären Backlashs und aufgrund des eigenen gesellschaftsgestaltenden Anspruchs eine besondere Rolle zu. So ist etwa in § 1 des österreichischen Universitätsgesetzes nachzulesen: „Die Universitäten sind berufen, [...] auch verantwortlich zur Lösung der Probleme des Menschen sowie zur gedeihlichen Entwicklung der Gesellschaft und der natürlichen Umwelt beizutragen.“ Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis lässt sich eine solche Rolle nur dann glaubwürdig und verlässlich ausfüllen, wenn sie auch für und in der eigenen Institution gilt. Dabei reicht es nicht, dies in den eigenen Leitbildern zu verankern, ohne die strukturellen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, denn: „Es reicht eben nicht, sich feministisch zu labeln, ohne die tatsächliche Ungleichheit zu beseitigen. [...] Wenn der Staat misogynen Hatern und Gewalttätern das Terrain überlässt, formieren diese einen gewalttätigen Backlash gegen den Aufstieg von Minderheiten, insbesondere Frauen. Je sichtbarer Frauen werden, desto heftiger der Backlash.“ (Kaiser 2023) Zwar bezieht sich Kaiser hier auf staatliches Handeln, nicht zuletzt aufgrund der Fürsorgepflicht kommt aber auch Institutionen wie Universitäten Verantwortung zumindest gegenüber ihren eigenen Mitarbeiter:innen und Studierenden zu.

Kommen Universitäten dieser Fürsorgepflicht nicht nach, oder wenden sich gar gegen Betroffenen, handeln sie selbst gewaltvoll. Wie die Reaktionen auf die #MeToo-Bewegung zeigen, die viele Nichtbetroffene erschütterte, aber auch zweifelnd und abwehrend zurückließ (Brunner und Partlow-Lefevre 2020), mögen Konzepte wie das der institutionellen Gewalt überzogen wirken. Für mich – als Überlebende ohne das Privileg des Nicht-Bemerken-Müssens – sind sie abstrakte, aber sehr brauchbare Konzepte für konkrete, gelebte Erfahrungen. Indem sich der Beitrag auf Konzepte konzentriert, die institutionelles, individuelles und kollektives Versagen im Umgang mit Gewalt beschreiben, verweist er auf strukturelle Probleme und deren Reproduktion in hierarchischen Kontexten wie der Wissenschaft.

Machtmissbrauch tritt in hierarchisch strukturierten und damit von Machtungleichgewicht durchzogenen Institutionen in verschiedenen Formen auf, die Menschen unterschiedlich (be)treffen. Am häufigsten betroffen sind diejenigen, die in ihren institutionellen Kontexten über das geringste Machtpotenzial und die höchste Abhängigkeit verfügen – also vor allem Studierende und Nachwuchswissenschaftler:innen. Sie erleben am ehesten Gewalt und haben am wenigsten Aussicht auf eine erfolgreiche Beschwerde. In diesem Sinne lässt sich institutionelle Macht, die Machtmissbrauch ermöglicht, mit Sara Ahmed (2021, 48) folgendermaßen beschreiben: „Power can be understood as the right to suspend what is binding for others. That right, however, is never articulated as such; it appears as if procedures and policies are binding for everyone.“ Studien wie jene des UniSAFE-Projekts zeigen eindrucklich, dass das

nicht der Fall ist. Je mehr Macht, desto leichter lassen sich Verfahren und Richtlinien umgehen, ignorieren, oder aussetzen.

Das UniSAFE-Projekt definiert geschlechtsspezifische Gewalt als Gewalt, die sich gegen eine Person wegen ihres Geschlechts richtet oder eine Person eines bestimmten Geschlechts unverhältnismäßig betrifft. Diese Formen von Gewalt können „physisch, sexuell, psychisch oder ökonomisch“ sein. Zusätzlich untersucht wurden sexuelle Belästigung und Formen geschlechtsspezifischer Gewalt im digitalen Raum. (Lipinsky et al. 2022: 5) Neben direkter Gewalt umfassen die genannten Formen auch das, was Galtung (1969; 1990) als strukturelle und kulturelle Gewalt bezeichnete. Brunner (2020: 162) differenziert dies in Bezug auf feministische, intersektionale, de- und postkoloniale Diskurse weiter in „epistemische, symbolische, normative, diskursive, strukturelle und systemische“ Dimensionen von Gewalt, die „immer miteinander verflochten“ sind. Sie stehen in einer langen Tradition kolonialer, ökonomischer, rassistischer und sexistischer Ausbeutung (ebd.: 146ff.). Diese kolonialen Kontinuitäten in akademischen Institutionen werden zunehmend kritisiert, u.a. durch Bewegungen wie Rhodes Must Fall und Fees Must Fall in Südafrika. Diese Bewegungen und die daran anschließenden akademischen Debatten machen die Notwendigkeit deutlich, Universitäten (Gopal 2021; Bhambra, Gebrial, Nişancıoğlu 2018) sowie die eurozentrische Wissensproduktion in den Sozialwissenschaften allgemein (Bhambra und Holmwood 2021) sowie auch in der Friedens- und Konfliktforschung (Ketzmerick und Sydiq 2022) in Dekolonisierungsprozesse einzuschließen. Dies beinhaltet auch das Aufbrechen der „racial silence within Peace Studies“ (Azarmandi 2018) und den Aufruf zur Dekolonisierung des Friedens (Fontan 2012).

Im Kontext dekolonialer Debatten weist etwa Brunner (2022: 160f.) darauf hin, dass der deutschsprachige Teil des Forschungsfeldes zwar ein wachsendes Interesse an post- und dekolonialen Perspektiven in Bezug auf koloniale Kontinuitäten und Gewaltreproduktion zeigt, gleichzeitig aber gegenüber diesen Ansätzen skeptisch bleibt. Sie argumentiert, dass die noch relativ junge Disziplin der Friedens- und Konfliktforschung dennoch eine glaubwürdige kritische Perspektive auf globale Machtverhältnisse, Gewalt und Herrschaftsstrukturen entwickeln kann (ebd.: 154). Wie Gutiérrez-Rodríguez im Kontext postkolonialer Theorie betont, wird Kritik jedoch zur bloßen Rhetorik, wenn sie Ideen von der Praxis trennt – wenn ihr Ziel lediglich in der sprachlichen Umformulierung von Konzepten liegt, nicht aber in der Veränderung institutioneller Praxis (Gutiérrez-Rodríguez 2010). Daher kann Kritik, wie oben im Kontext der Theorie-Praxis-Diskrepanz ausgeführt, nur dann glaubwürdig sein, wenn wir nicht nur über unsere eigenen institutionellen Praktiken und Ethiken in Forschung, Lehre und Verwaltung reflektieren, sondern auch aktiv auf strukturelle Veränderungen und Transformation gewaltvoller Universitätskulturen hinarbeiten.

Universitäten als Orte von Machtasymmetrien und ausbeuterischen Strukturen, die Machtmissbrauch begünstigen, geraten also zwar zunehmend in den Fokus öf-

fentlicher und wissenschaftlicher Debatten, dennoch bleibt das Problem weitgehend „unsichtbar“ (Pantelmann und Wälty 2022: 210). Die fehlende Anerkennung des Problems, seines Umfangs und seiner strukturellen Dimension führt dazu, dass Verantwortliche wie Hochschulleitungen oder Mitarbeitende Missbrauch nicht präventiv begegnen, ihn nicht verhindern, unangemessen darauf reagieren oder ihn gar vertuschen – Strategien, die unter dem Begriff „institutional betrayal“ zusammengefasst werden können: „institutional failure to prevent sexual assault or respond supportively when it occurs“ (Smith und Freyd 2013: 119). Das Konzept des institutionellen Verrats beschreibt „individual experiences of violations of trust and dependency perpetrated against any member of an institution“ (Smith und Freyd 2014: 577). Psychologischer Forschung zu den Auswirkungen institutionellen Verrats verweist auf die schwerwiegenden Folgen, die dieser für Betroffene hat: „Consistent with betrayal trauma theory, sexually assaulted women who also experienced institutional betrayal experienced higher levels of several posttraumatic symptoms. This pattern of results may offer an explanation for the increased difficulties observed following abuse experienced in institutional settings.“ (Smith und Freyd 2013: 122) Besonders erhöht waren die Belastungswerte dabei in den Bereichen Trauma, Angst, sexuelle Dysfunktion und Dissoziation (Smith und Freyd 2013: 122). Wenn Betroffene also zusätzlich zur erlebten Gewalt von Institutionen im Stich gelassen werden, bedeutet das eine enorme zusätzliche gesundheitliche Belastung.

Das Konzept macht auf die strukturellen und systemischen Dimensionen von Machtmissbrauch in Form sexualisierter Belästigung und Gewalt sowie in Form von institutionellem Verrat aufmerksam und entlarvt damit den Mythos, es handle sich bei solchen Erlebnissen und unzureichenden institutionellen Reaktionen um individuelle Tragödien. Dieses Konzept verlagert also die Aufmerksamkeit vom individuellen Fall hin auf systemische und strukturelle Faktoren. Es ermöglicht damit die Analyse institutioneller Merkmale und jener Kontexte, in denen traumatische Ereignisse wahrscheinlicher sind – mit dem Ziel, institutionelle Politiken, Praktiken und Kulturen besser zu verstehen, die dazu beitragen, Trauma zu normalisieren oder zu verdecken (Smith und Freyd 2014: 580). Während gewaltvolles Handeln an Universitäten und damit auch in der Friedens- und Konfliktforschung meist einzelnen Täter:innen zugeschrieben werden kann, gibt es also gleichzeitig ermöglichende Gewaltformen, in die ganze wissenschaftliche Gemeinschaften verstrickt sind, sei es aktiv oder durch stilles Mittragen. Sie betrifft damit uns alle.

Institutioneller Verrat hat nicht nur gravierende Auswirkungen auf Betroffene, die sich trauen das Erlebte zu melden sowie auf (noch) unbekannte Betroffene – zum Beispiel durch die Verstärkung von Traumafolgen (Smith und Freyd 2013) – sondern beeinflusst zugleich die Rahmenbedingungen, innerhalb derer Gewalt an Institutionen adressiert werden kann. Jeder Fall institutionellen Verrats schafft einen Präzedenzfall und beeinflusst, ob und wie Personen in Zukunft über Machtmissbrauch

sprechen. Durch institutionellen Verrat bleibt Machtmissbrauch ein „Karriere-Tool“, indem Täter:innen unterstützt werden und Betroffene die beruflichen, persönlichen wie gesundheitlichen Konsequenzen der erlebten Gewalt zu tragen haben (Täuber und Mahmoudi 2022). Institutioneller Verrat kann mit Sara Ahmed daher als eine Form von Gewalt verstanden werden, als institutionelle Gewalt: „the violence of how institutions reproduce themselves, the violence of how institutions respond to violence“ (Ahmed 2021: 180). Dies umfasst nicht nur die Gewalterfahrung selbst, sondern auch die Art, wie Mitarbeiter:innen durch Schweigen, Vertuschung oder Druck auf Betroffene die Gewalt ermöglichen, mittragen, oder reproduzieren. Ahmed beschreibt zudem, wie Institutionen über Mitarbeiter:innen Druck auf Betroffene ausüben: „the resources of the institution are mobilized to increase the pressure on those who are trying to make complaints about harassment“ (Ahmed 2021: 125).

Dieses Thema in einem Buch über kritische Friedensforschung aufzuwerfen, ist für mich also zugleich auch eine (forschungs)ethische Entscheidung und eine wissenschaftliche Notwendigkeit, wenn wir unsere eigene Arbeit und Forschung zu Fragen von Frieden, Konflikt und Gewalt ernst nehmen. Es basiert auf der Einsicht, dass systemischer Wandel diejenigen braucht, die sich beschweren (Ahmed 2021), aber auch diejenigen, die zuhören, handeln und öffentliche Aufmerksamkeit, Unterstützung sowie Selbstreflexion innerhalb der Disziplin einfordern. Der Text basiert dabei mit Sara Ahmed auf einer zentralen Einsicht: „to complain about an abuse of power is to learn about power.“ Sara Ahmed (2021) beschreibt damit, wie institutionelle Gewalt in Beschwerdeverfahren an Universitäten sichtbar und erfahrbar wird – insbesondere dann, wenn sich die Beschwerde gegen Machtmissbrauch richtet und somit die Hierarchien, Strukturen und Personen infrage stellt, die diesen Missbrauch überhaupt erst ermöglichen.

Towl und Walker (2019) geben aus einer forensisch-psychologischen und kriminologischen Perspektive einen Überblick über Fälle sexualisierter Gewalt an Universitäten und analysieren mögliche strukturelle Veränderungen, um Fälle angemessen zu bearbeiten und präventive Maßnahmen umzusetzen. Sie kommen zu dem Schluss, dass – falls überhaupt Richtlinien vorhanden sind – diese sich an europäischen Universitäten meist nur auf Gewalt zwischen Studierenden beziehen, während Studierende, die von Gewalt durch Lehrpersonal betroffen sind, oder Mitarbeitende relativ ungeschützt bleiben (Towl und Walker 2019: 94). Die von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen – insbesondere bezogen auf Universitäten im Vereinigten Königreich – fokussieren sich auf Prävention, Mitarbeitendenschulungen, Unterstützung von Betroffenen, das Überarbeiten und Umsetzen von Richtlinien mit dem Ziel von Gewaltverhinderung, Sicherstellung der Einhaltung bestehender Regelungen, angemessener Fallbearbeitung und der Ermutigung zur Meldung sexualisierter Gewalt (Towl und Walker 2019). In Institutionen ohne entsprechende Regelungen ist der erste Schritt die oben genannte Erkenntnis, „dass das Problem

existiert und weitreichend ist“, denn „Universitätsgemeinschaften, die dies leugnen, sind Teil des Problems“ (Towl und Walker 2019: 101).

Offene Geheimnisse: Das versteckte Curriculum der modernen/kolonialen, neoliberalen Universität

An Universitäten wirken vielfältige Dynamiken, die bestehende Machtstrukturen erhalten und verstärken. Dazu gehören neben der Theorie-Praxis-Diskrepanz fehlende Selbstreflexion und Verantwortungsübernahme, das Nichtvorhandensein einer Fehlerkultur, die Delegitimierung oder Ausbeutung subalternen Positionen und das Fehlen unabhängiger Kontrollmechanismen. So sind Werte wie Diversität, Inklusion, Gewaltfreiheit oder Chancengleichheit zwar häufig Bestandteil offizieller Leitbilder und Curricula, ihre Umsetzung bleibt aber oft inkonsequent. Diese Dynamiken institutionellen Verrats und Gewalt werden einerseits durch die institutionelle Organisation, andererseits durch ein verstecktes Curriculum (Wozolek 2020) vermittelt. Dieses beschreibt jene Werte, Normen und Interaktionen, die dem sozialen Gefüge von Forschung und Lehre zugrunde liegen und so Exklusion und Ungleichheit aufrechterhalten. Es ist unter anderem in dem verankert, was dekoloniale Theoretiker:innen als Kolonialität bezeichnen – jene gewaltvollen Unterdrückungssysteme, die die Kehrseite der Moderne darstellen (Quijano 2007; Mignolo/Walsh 2018). Diese Kolonialität manifestiert sich etwa in Form epistemischer Gewalt (Brunner 2020) sowie in sexualisierter oder psychologischer Gewalt (Wozolek 2020). Somit ist es möglich, dass eine Institution sich als ethisch begreift und nach modernen Werten handelt, in ihrer Praxis jedoch die koloniale Gewaltseite fortschreibt. Institutioneller Verrat lässt sich daher sowohl als Norm des versteckten Curriculums als auch als Methode zu dessen Erhalt begreifen.

Verankert in neoliberalen Paradigmen, hegemonialem Weißsein (Gutiérrez-Rodríguez 2018), epistemischer Gewalt und einer ausgeprägten Theorie-Praxis-Diskrepanz legitimiert und verstärkt das versteckte Curriculum koloniale Gewaltstrukturen, die zur Ausgrenzung und Abwertung marginalisierter Gruppen wie BIPOC, queerer Personen, Frauen und anderer beitragen. Gewalt – aus einer intersektionalen Perspektive – ist dabei nie ein singuläres Phänomen, sondern Teil sogenannter Gewaltassemblagen (Wozolek 2021). Diese Assemblagen bestehen aus sozialen Normen, institutionellen Praktiken, anderen Gewaltformen und der Unterdrückung abweichender onto-epistemischer Perspektiven. Laut Boni Wozolek hat die #MeToo-Bewegung gezeigt, dass sexualisierte Gewalt eine allgegenwärtige Form der Gewalt ist, mit der wir alle, unabhängig von unseren eigenen Erfahrungen, in Beziehung stehen. Die Frage ist daher nicht, ob, sondern wie wir darauf reagieren. Es gibt keine Verortung jenseits dieser Gewalt. Das versteckte Curriculum der Gewalt hat sexualisierte Gewalt zur Normalität gemacht – sie ist „business as usual“

(Wozolek 2020: 274). Es ist daher unsere gemeinsame Verantwortung, zu definieren, was daraus gelernt wird – und wie die Normalisierung dieser Gewalt verweigert und transformiert werden kann.

Beobachtet man jedoch das wiederholte Nicht-Handeln angesichts von Machtmissbrauch an Hochschulen, so könnte man von institutionellem Fatalismus sprechen – einem Begriff, den Ahmed wie folgt beschreibt:

Institutional fatalism could be thought of as a useful tool for those who wish to assert their power within institutions: it is how certain kinds of behavior are deemed natural and inevitable, as being the nature of the game. A complainer becomes by fault and default the one who does not know the rules of the game. (Ahmed 2021: 76)

Dieses institutionelle So-ist-es-halt-Verhalten führt zu verschiedenen Formen von Machtmissbrauch. Ahmed schreibt weiter: „Power is also the ability to influence how we are received. When some people matter more, their feelings matter more (‘his distress was worth so much more than mine’)“ (Ahmed 2021: 169). Innerhalb der Universität zeigt sich dies besonders deutlich an der ritualisierten Verehrung und Unterstützung von Mitgliedern mit umfangreichem Publikations- und Drittmittelpportfolio. Prinzipien wie Loyalität und Kollegialität, die Teil mächtiger akademischer, zumeist männlicher, Netzwerke sind, führen oft dazu, dass Täter:innen geschützt und Betroffene diskreditiert werden: „Backing is often about defending a colleague against a complaint.“ (Ahmed 2021: 196) Damit einher geht eine weitere verbreitete Gewaltform, die der isolierenden Gewalt. Als isolierende Gewalt wird ein feindseliges Verhalten gegenüber jenen Personen, die Betroffene unterstützen, bezeichnet (Flecha et al. 2024; Vidu et al. 2021). Angriffe gegen diese Personen sollen dazu dienen, deren Unterstützung zu unterbinden, oder möglichst gering zu halten und Betroffene damit zu isolieren.

Institutionelle Gewalt und institutioneller Verrat funktionieren also durch das Zusammenspiel mindestens zweier Ebenen: jener der Personen mit Leitungsverantwortung und jener der Mitarbeitenden, Kolleg:innen, Kommiliton:innen. Die institutionelle Leitung trägt Verantwortung, Machtmissbrauch sowohl präventiv als auch durch Interventionen adäquat, also „im Zweifel für (noch) unbekannte Betroffene“ (Specht, Kassin, Walter 2024) zu adressieren – ebenso wie alle Mitglieder der akademischen Gemeinschaft (Ahmed 2021). Dabei ist es wichtig, die unterschiedlichen Grade an Privilegien entsprechend der institutionellen Position zu erkennen. Neben der akademischen Hierarchie (von der Professur bis zur Studierendenebene, vom wissenschaftlichen bis zum allgemeinen Personal) sollte auch eine intersektionale Perspektive (z. B. Geschlecht, Hautfarbe, soziale Herkunft) einbezogen werden, um zu bestimmen, wie viel Handlungsspielraum Einzelne haben. Die Frage darf dabei aber nie lauten, ob Menschen handeln, sondern wie – denn: „Oppressors are not extraterrestrial beings – they emerge from living societies.“ (Diamond 2007: 38) Täter:innen existieren nicht losgelöst von (wissenschaftlichen) Gemeinschaften, sie

werden von ihnen eingeladen, unterstützt, hervorgebracht. Prävention und Intervention von Gewalt sind also eine gemeinschaftliche Aufgabe.

Herrschaftskritische Friedensforschung inmitten institutioneller Gewalt

Friedensforschung ist selbst in Macht-, Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse verstrickt. Gleichzeitig ist es der Anspruch ihrer Vertreter:innen diesen Verhältnissen kritisch zu begegnen sowie sie möglichst nicht zu reproduzieren. Ein solcher theoretischer Anspruch trifft notwendigerweise auf komplexe, ambivalente institutionelle wie gesellschaftliche Realitäten. Der hierbei entstehenden Reibung gilt es Raum einzuräumen und mit Demut zu begegnen. Das Scheitern des eigenen Anspruchs angesichts der alltäglichen Gewalt kann ein produktiver Ausgangspunkt für gemeinsame Verantwortungsübernahme sein. Eine herrschaftskritische Haltung ersetzt keine oft deutlich komplizierteren (wissenschafts-)politischen Kämpfe für eine gewaltfreiere Gesellschaft. Vielmehr bedarf es einer tagtäglichen gelebten Praxis, die von Verantwortungsübernahme geprägt ist. Es ist nicht möglich, mit Gewalt einfach abzuschließen, ohne sie transformativ zu bearbeiten, wie es sogar in der Friedens- und Konfliktforschung angesichts von Vorwürfen von sexualisierter und psychischer Gewalt etwa an der Universität Innsbruck bisweilen suggeriert wird: „Das alles ist in der Vergangenheit passiert. [...]. Als neue Lehrstuhlinhaberin freue ich mich zu sehen, wo es für uns hingehen kann“, richtet Alluri im ORF-Interview den Blick in die Zukunft.“ (ORF 2023) Dass die eigentlich zentrale Erkenntnis der Friedens- und Konfliktforschung einer Unmöglichkeit Gewalterfahrungen einen Platz in der Vergangenheit zu verordnen, keinen Eingang in die eigene Praxis gefunden hat, ist gleichzeitig so erschreckend wie wenig überraschend. Gerade als Friedens- und Konfliktforscher:innen wissen wir aber, dass sich die Vergangenheit nicht einfach abschließen lässt, zumal wenn sie nicht angemessen bearbeitet wurde, wie *Dealing with the Past Frameworks* eindrücklich zeigen. Es braucht also dringend einen Paradigmenwechsel, der die Verstrickung in Gewaltverhältnisse anerkennt, Verantwortungsübernahme zentriert und dies alles nicht (nur) anlassbezogen vollzieht, sondern „im Zweifel für unbekannt Betroffene“ an struktureller Transformation ausgerichtet auch präventiv vorgeht (Specht, Kassın, Walter 2024).

Quellen

- Ahmed, Sarah (2021): *Complaint!* Durham: Duke University Press.
- Askin, Kelly (1999): *Sexual Violence in Decisions and Indictments of the Yugoslav and Rwandan Tribunals: Current Status*. In: *The American Journal of International Law* 93(1): 97-123. <https://doi.org/10.2307/2997957>

- Azarmandi, Mahdis. 2018. The racial silence within peace studies. In: *Peace Review* 30(1): 69-77.
- Bhambra, Gurminder K.; Gebrial, Dalia; Nişancıoğlu, Kerem (2018): *Decolonising the University*. London: Pluto Press.
- Bhambra, Gurminder K. und John Holmwood (2021): *Colonialism and Modern Social Theory*. Cambridge: polity press.
- Brunner, Claudia 2020. *Epistemische Gewalt. Wissen und Herrschaft in der kolonialen Moderne*. Bielefeld: transcript.
- (2016): *Gewalt weiter denken in der Kolonialität des Wissens*. In: Ziai, Arma (Hrsg.): *Postkoloniale Politikwissenschaft. Theoretische und empirische Zugänge*. Bielefeld: transcript, 91-108.
- Brunner, Elizabeth und Sarah Partlow-Lefevre (2020): *#MeToo as networked collective: examining consciousness-raising on wild public networks*. In: *Communication and Critical/Cultural Studies*, DOI: 10.1080/14791420.2020.1750043
- Crenshaw, Kimberle (1989): *Demarginalizing the Intersection of Race and Sex. A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics*. In: *University of Chicago Legal Forum* 1989(1): 139-167.
- Diamond, David (2007): *Theatre for Living. The Art and Science of Community-Based Dialogue*. Victoria: Trafford Publishing.
- Djb (2024): *Policy Paper: Sexualisierte Gewalt – Schutzlücken und Reformbedarfe*, st24-39, 18.11.2024.
- Fethi, Ihssane; Daigneault, Isabelle; Bergeron, Manon; Hébert, Martine und Francine Lavoie (2023): *Campus Sexual Violence: A Comparison of International and Domestic Students*. *Journal of International Students*, 13(1): 1-21.
<https://doi.org/10.32674/jis.v13i1.3685>.
- Flecha, Ramon; Puigvert, Lidia; Melgar, Patricia und Sandra Racionero-Plaza (2024): *Health Impacts of Isolating Gender Violence*. In: *SAGE Open*, 14(1): 1-10.
<https://doi.org/10.1177/21582440241227687>
- Fontan, Victoria (2012): *Decolonizing Peace*. Lake Oswego: Dignity Press.
- Freyd, Jennifer J. (1997): *Violations of power, adaptive blindness, and betrayal trauma theory*. *Feminism & Psychology*, 7: 22-32.
- Freyd, Jennifer J.; Smidt, Alec M (2019): *So you want to address sexual harassment and assault in your organization? Training is not enough; Education is necessary*. *Journal of Trauma & Dissociation*. 20(5): 489-494. <https://doi.org/10.1080/15299732.2019.1663475>.
- Galtung, Johan (1969): *Violence, peace and peace research*. *Journal of Peace Research* 6(3): 167-191.
- (1990): *Cultural Violence*. *Journal of Peace Research*. 27(3): 291-305.
<https://doi.org/10.1177/0022343390027003005>.
- Goldblatt, Beth und Sheila Meintjes (1996). *Gender and the Truth and Reconciliation Commission: a submission to the Truth and Reconciliation Commission*. Department of Political Studies and the Gender Research Project, Centre for Applied Legal Studies, University of the Witwatersrand, Johannesburg. <https://www.justice.gov.za/trc/hrvtrans/submit/gender.htm> (zuletzt aufgerufen am 01.06.2025)

- Graybill, Lyn (2001): The contribution of the truth and reconciliation commission toward the promotion of women's rights in South Africa. In: *Women's Studies International Forum* 24(1): 1-10. [https://doi.org/10.1016/S0277-5395\(00\)00160-6](https://doi.org/10.1016/S0277-5395(00)00160-6).
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2018): Institutioneller Rassismus und Migrationskontrolle in der neoliberalen Universität am Beispiel der Frauen- und Geschlechterforschung. In: Laufenberg, Mike; Erlemann, Martina; Norkus, Maria und Grit Petschick (Hrsg.): *Prekäre Gleichstellung. Geschlechtergerechtigkeit, soziale Ungleichheit und unsichere Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft* Wiesbaden: Springer VS, 101-128.
- (2010): Decolonizing postcolonial rhetoric. In: Gutiérrez Rodríguez, E.; Boatcă, M.; Costa, S. (Hrsg.): *Decolonizing European sociology. Transdisciplinary approaches*. Farnham: Ashgate, S. 49-67.
- Hansen, Lene (2001): Gender, Nation, Rape. Bosnia and the Construction of Security. In: *International Feminist Journal of Politics* 3(1): 55-75. DOI: 10.1080/14616740010019848
- Haraway, Donna (1988): Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective. In: *Feminist Studies* 14(3): 575-599
- Hassan, Sara; Sanchez-Lambert, Juliette (2020): Grauzonen gibt es nicht. Muster sexueller Belästigungen mit dem Red Flag System erkennen. Wien: ÖGB Verlag.
- hooks, bell (1990): marginality as site of resistance. In: Ferguson, R.; Gever, M; Minh-ha, T. und C. West (Hrsg.): *Out there: marginalization and contemporary cultures*. New York, MIT Press, 341-343.
- International Criminal Tribunal for Rwanda (ICTR) (1998): The Prosecutor v. Jean Kamukanda (Judgement and Sentence), ICTR 97-23-S, 4 September 1998.
- Kaiser, Susanne (2023): Das feministische Paradox. Der brutale Backlash gegen die Emanzipation. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5. https://www.blaetter.de/ausgabe/2023/mai/das-feministische-paradox?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE
- Ketzmerick, Maria und Tareq Sydiq (2022): Europa dezentralisieren als Strategie – Was bedeutet „nichtwestlich“ in der und für die Friedens- und Konfliktforschung? *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 11: 165-182. <https://doi.org/10.1007/s42597-023-00092-0>.
- Krahé, Barbara (2016): Societal responses to sexual violence against women: Rape myths and the „real rape“ stereotype. In: Kury, Helmut; Redo, Slawomir und Evelyn Shea (Hrsg.): *Women and children as victims and offenders: Background, prevention, reintegration: Suggestions for succeeding generations*. Heidelberg: Springer Nature, 671-700.
- Krohn, Juliana und Viktorija Ratković (2025): (Ver-)Schweigen von/als Gewalt. Für eine feministische Friedensforschung als Praxis der Fürsorge. In: Buchwald, Christine; Rinck, Patricia und Michaela Zöhrer (Hrsg.): *Feministische Friedensforschung. Impulse für Frieden*. Wissenschaft und Frieden, Dossier 99, 1/2025.
- Lipinsky, A.; Schredl, C.; Baumann, H.; Humbert, A.; Tanwar, J. (2022): Gender-based violence and its consequences in European Academia, Summary results from the UniSAFE survey. Report, November 2022. UniSAFE project no.101006261.
- Mdletshe, Cynthia L. und Mandisa Samukelisiwe Makhaye (2025): Suffering in Silence: Reasons Why Victims of Gender-Based Violence in Higher Education Institutions Choose Not to Report Their Victimization. In: *Social Sciences* 14(6):336, 1-23. <https://doi.org/10.3390/socsci14060336>

- Mignolo, Walter und Catherine Walsh (2018): *On decoloniality. Concepts, analytics, praxis*. Durham: Duke University Press.
- Neitzel, Sönke und Harald Welzer (2012): *Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Ogette, Tupoka (2020): *exit RACISM. rassismuskritisch denken lernen*. Münster: unrast.
- ORF (2023): *Neue Leiterin für Peace Studies in Innsbruck*.
<https://tirol.orf.at/stories/3191748/> (zuletzt abgerufen am 20.06.2025)
- Pantelmann, Heike und Sabine Blackmore (Hrsg.) (2023): *Sexualisierte Belästigung, Diskriminierung und Gewalt im Hochschulkontext. Herausforderungen, Umgangsweisen und Prävention*. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Pantelmann, Heike und Tanja Wälty (2022): *The Hidden Problem: Sexual Harassment and Violence in German Higher Education*. In: Striebing, C., Müller, J. and Schraudner, M. (Hrsg.): *Diversity and Discrimination in Research Organizations*. Bingley: Emerald Publishing Limited, 209-234. <https://doi.org/10.1108/978-1-80117-956-020221005>.
- Pritchard, Erin und Delyth Edwards (Hrsg.) (2023): *Sexual Misconduct in Academia: Informing an Ethics of Care in the University*. London: Routledge.
- Quijano, Anibal (2007). *Coloniality and Modernity/Rationality*. *Cultural Studies* 21(2): 168-178.
- Reuter, Julia (2015): *Ordnungen des Anderen. Zum Problem des Eigenen in der Soziologie des Fremden*. Bielefeld: transcript.
- Ross, Fiona C. (2001): *Speech and Silence: Women's Testimony in the First Five Weeks of Public Hearings of the South African Truth and Reconciliation Commission*. In: Das, Veena; Kleinman, Arthur; Lock, Margaret; Ramphele, Mamphela und Pamela Reynolds (Hrsg.): *Remaking a World. Violence, Social Suffering and Recovery*. Berkeley, Los Angeles, London: University of California Press, 250-279.
- Ryken, Katherine (2015): *The role of physicians in transitional justice: combatting the aftermath of mass rape in Bosnia-Herzegovina*. In: *Proceedings in Obstetrics and Gynecology* 5(3): 1-11.
- Skjelsbæk, Inger (2015): *The Military Perpetrator: A Narrative Analysis of Sentencing Judgments on Sexual Violence Offenders at the International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia (ICTY)*. In: *Journal of Social and Political Psychology* 3(1): 46-70.
- Smith, Carly und Jennifer Freyd (2014): *Institutional betrayal*. In: *American Psychologist* 69(6): 575-587. <https://doi.org/10.1037/a0037564>.
- (2013): *Dangerous Safe Havens: Institutional Betrayal Exacerbates Sexual Trauma*. In: *Journal of Traumatic Stress* 26(1):119-124. <https://doi.org/10.1002/jts.21778>
- Specht, Holger; Kassin, Elisa und Willibald Walter (2024): *Im Zweifel für unbekannte Betroffene! Ein Paradigmenwechsel im Umgang mit sexualisierter Belästigung und Gewalt*. In: *Konfliktdynamik* 11(2): 87-98.
- Tapp, Fiona (2019): *What it's like to stay in the Montreal hotel suite where John Lennon and Yoko Ono held their bed-in*. In: *The Independent*, 11.05.2019.
<https://www.independent.co.uk/travel/americas/john-lennon-bed-in-yoko-ono-hotel-montreal-fairmont-queen-elizabeth-beatles-a8905241.html> (zuletzt aufgerufen am 12.06.2025)

- Taylor & Francis (2023): Statement on „Sexual Misconduct in Academia“, <https://newsroom.taylorandfrancisgroup.com/statement-on-sexual-misconduct-in-academia/>, published 22nd September 2023 (zuletzt aufgerufen am 22.06.2025).
- Täuber, Susanne und Morteza Mahmoudi (2022): How bullying becomes a career tool. In: *Nat Hum Behav.* 6(4):475. DOI: 10.1038/s41562-022-01311-z
- Tejero, Patricia O. (2023): Long Overdue: Exploring sexual violence against LGBTI+ people in conflict. In: *Global Journal of Medicine and Public Health, Special Issue.*
- Turner, Caroline S.V.; González, Juan C. und Kathleen Wong (Lau) (2011): Faculty Women of Color: The Critical Nexus of Race and Gender. In: *Journal of Diversity in Higher Education* 4(4):199-211. <https://doi.org/10.1037/a0024630>
- Towl, Graham und Tammi Walker (2019): *Tackling Sexual Violence at Universities. An International Perspective.* London and New York: Routledge.
- U.N. Secretary-General (2024): Conflict-Related Sexual Violence, UN Doc S/2024/292, 4 April 2024.
- UN-Sicherheitsrat: Resolution 1820 (2008), S/RES/1820 (2008), 19. Juni 2008.
- Viaene, Lieselotte, Catarina Laranjeiro, and Miye Nadya Tom. 2023. The walls spoke when no one else would: autoethnographic notes on sexual-power gatekeeping within avant-garde academia. In: Pritchard, Erin und Delyth Edwards (Hrsg.) (2023): *Sexual Misconduct in Academia: Informing an Ethics of Care in the University.* London: Routledge, 208-225.
- Vidu, Ana; Puigvert, Lidia; Flecha, Ramon und Garazi López de Aguilera, (2021): The concept and the name of Isolating Gender Violence. In: *Multidisciplinary Journal of Gender Studies* 10(2): 176-200.
- Wozolek, Boni (2021): *Assemblages of Violence in Education. Everyday Trajectories of Oppression.* New York and Abingdon: Routledge.
- (2020): *Hidden Curriculum of Violence: Affect, Power, and Policing the Body.* In: *Educational Studies* 56(3): 269-285. <https://doi.org/10.1080/00131946.2020.1745808>

Rosa Logar

Widerstand gegen Kriegslogik und Förderung einer feministischen Friedenslogik

Am Beispiel der Entstehung von Women's International League for Peace and Freedom – WILPF

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich am Beispiel der ältesten, 1915 gegründeten Frauenfriedensorganisation WILPF¹ mit dem Thema des Widerstandes gegen Militarismus und Krieg und der Entwicklung einer feministischen Friedenslogik. Die Arbeit von WILPF hat zum Ziel unsere Gesellschaften, die aus einer langen Tradition von Krieg, Imperialismus und Kolonialismus kommen, zu gewaltfreien und auf Vertrauen und Kooperation basierenden Gesellschaften zu transformieren. Ein hehres und großes Ziel, das oft als „utopisch“ und „naiv“ bezeichnet wird. Konkurrenz und Kampf um Ressourcen und wirtschaftliche Macht begründen patriarchale Herrschaftssysteme, die die Welt dominieren und auf Ausbeutung von Menschen und Natur aufbauen. Die Gefahr, durch Menschen geschaffene Umweltzerstörung und durch Atomschläge weite Teile des Planeten Erde zu vernichten und unbewohnbar zu machen, ist nach Meinung vieler Fachleute so hoch wie nie. Atomwissenschaftler:innen sehen 2025 die Weltuntergangsuhr bei 87 Sekunden vor Mitternacht (Doomsday Clock 2025)².

„Für Pessimismus ist es zu spät“ lautet der Übertitel des Buches der Umweltforscherin Helga Kromb-Kolb (2023). In diesem Sinne und ergänzt durch den Spruch „Für Feminismus ist es nie zu spät“, ist es die Absicht dieses Beitrags, aufzuzeigen, dass Kriege nicht unausweichlich sind und nicht „passieren“, sondern dass sie gemacht und als (meist) männliches Herrschaftsinstrument praktiziert werden um Macht und Kontrolle auszuüben. Die Autorin Marlene Streeruwitz postuliert Krieg als pure Gewalt und das Gegenteil des Demokratischen; Krieg reduziert die Lebensberechtigung der Menschen auf den Zufall der Kriegslogik (Streeruwitz 2022: 11).

1 Women's International League for Peace and Freedom – Frauenliga für Frieden und Freiheit: <https://www.wilpf.org/>

2 Die Doomsday Clock, die Weltuntergangsuhr ist ein Instrument der zivilgesellschaftlichen Organisation Bulletin of the Atomic Scientists, das die geschätzte Wahrscheinlichkeit einer vom Menschen verursachten globalen Katastrophe darstellt.

WILPF kritisiert die Logik, die Krieg als unausweichlich darstellt und setzt sich für eine Friedenslogik ein, die bedeutet, Widerstand zu leisten und sich gegen Ausbeutung und hegemoniale Machtstrukturen zu stellen (Enloe 2023). Diese haben nicht das Gemeinwohl im Zentrum, sondern die Ausbeutung von Menschen und Natur zum Zwecke der Profitmaximierung und Anhäufung von Kapital und Besitz in den Händen weniger Menschen. Kriege werden zunehmend multidimensional geführt und beschränken sich nicht auf eine bestimmte Region, wie der spanische Sozialwissenschaftler Raúl Sánchez Cedillo ausführt; die Welt befindet sich in einer Periode entfesselter Gewalt in sozialen, politischen und diplomatischen Beziehungen und das System des ausbeuterischen Kapitalismus bringt keine Lösungen, sondern verstrickt sich in Widersprüche, die zu Krieg, Eroberung und Zerstörung des Ökosystems führen (2023: 126).

Feministische Alternativen bauen hingegen auf eine Friedenslogik auf, die davon ausgeht, dass die Herrschenden, nicht aber die Menschen das Ziel verfolgen, sich gegenseitig zum Feind zu machen und zu bekämpfen oder sogar zu vernichten. Die Friedenslogik betont das Gemeinsame der Menschen und ihren Willen zur Kooperation für ein gutes Leben für alle und die Erhaltung der Natur. Sie hat zum Ziel, mit aller Kraft, allem Wissen, feministischer Intelligenz und umfassenden zivilen und diplomatischen Mitteln überall auf der Welt für friedliche Konfliktlösungen zu arbeiten. Frieden gibt es nicht zum Nulltarif, doch wird kaum in diesen investiert, während weltweit Militärausgaben in beängstigende Höhen steigen: Im Jahr 2024 betragen diese laut Statistik des Friedensinstitutes Sipri 2718 Billionen US-Dollar, eine Steigerung von 9,4 % gegenüber dem Jahr davor (SIPRI 2025). Würden auch nur 10 % diese unvorstellbar hohe Summe für Friedensarbeit ausgegeben, hätten die Menschen eine sehr gute Chance den Weltfrieden herzustellen.

Es ist erschreckend, wie massiv derzeit auch auf politischer Ebenen in vielen Ländern und in der Europäischen Union der Weg der Militarisierung eingeschlagen wird.³ Es wird von „Kriegswirtschaft“ gesprochen, und von „Wirtschaftswachstum“, das durch die Rüstungsindustrie zu erreichen wäre um eine kränkelnde nach Profiten gierende und Menschen und Umwelt ausbeutende Wirtschaft zu „retten“. Wie tief sind wir Menschen gesunken oder wie sehr haben wir uns manipulieren lassen, wenn wir glauben durch Waffen und Bomben, die ganze Städte und Landstriche dem Erdboden gleich machen, Millionen Menschen töten und die Natur zerstören, Schutz und unser „Heil“ zu finden? Welche Zukunft von Krieg, Zerstörung, Schulden und Armut bereiten wir dadurch unseren Kindern und Enkelkindern? Aktivist:innen von WILPF haben von Beginn an erkannt, dass Krieg mit Imperialismus und ökonomischem Machterhalt zu tun hat. Sie haben sich organisiert und ihre Stimme erhoben.

3 <https://wirtschafts-nachrichten.at/artikel/ist-europa-auf-dem-weg-in-die-kriegswirtschaft/>

Doch sie wurden nicht gehört. Es gilt dringend die Weckrufe der feministischen⁴, Friedensbewegung ernst zu nehmen. Wir brauchen eine starke, feministische anti-rassistische und anti-kapitalistische Weltordnung, die auf Respekt für Menschen und Natur, auf Kooperation und gemeinsamen Wirtschaften zum Wohl aller abzielt. Es gilt eine starke Bewegung aufzubauen gegen Krieg, Patriarchat, Rassismus, Autoritarismus, Militarismus und die Profitlogik des Kapitalismus. Die folgende Darstellung der Entstehungsgeschichte von WILPF im Zuge des Ersten Weltkrieges zeigt, wie Mechanismen der Kriegslogik, die im beginnenden 20. Jahrhundert von Europa ausgehend zu zwei Weltkriegen und zu unvorstellbarem Leid und Zerstörung und der Teilung Europas geführt haben, wirken und wie sehr sie der heutigen Situation ähneln. Der Beitrag ist als geschichtlicher Weckruf gedacht, um aufzuzeigen, wie wichtig es ist, es nicht zu Kriegen kommen zu lassen.

Entlarvung der Kriegslogik – Der Frauenfriedenskongresse 1915 und die Gründung von WILPF

Internationale Zusammenarbeit in neu entstehenden politischen Parteien sowie in zivilgesellschaftlichen Organisationen bildeten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Europa das Gegengewicht zur Großmachtspolitik der „Imperien“ und hatten das Ziel der Befreiung von Gewaltherrschaften, die auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhten. ArbeiterInnenbewegungen und Frauenrechtsbewegungen waren zentrale Beispiele dafür. Im März 1915 fand unter der Leitung von Clara Zetkin die Internationale Konferenz sozialistischer Frauen gegen den Krieg in Bern statt. Allerdings war die Führung der Sozialdemokratischen Partei nicht gegen den Krieg und unterstützte die kriegsführende Regierung.⁵ Sozialistische Frauen setzten sich jedoch darüber hinweg und verabschiedeten ein Gegenmanifest, in dem sie sich gegen die Losung vom nationalen Verteidigungskrieg wandten und die sofortige Beendigung des Krieges forderten (Müller 2008: 7).⁶

-
- 4 Mit feministisch sind nicht Personen eines bestimmten Geschlechts gemeint, sondern Analysekatoren und Einstellungen, die alle Menschen anwenden und einnehmen können; das Ziel feministischer Politik ist die Gleichstellung aller Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter, Rasse, Klasse, Nationalität, Herkunft, sexueller Orientierung, Zugehörigkeit, Religion, oder anderen Merkmalen.
 - 5 In der Deutschen Sozialdemokratischen Partei waren es vor allem Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die vehement gegen den Krieg auftraten und diesen als imperialistisches Instrument des Kapitals entlarvten. Rosa Luxemburg konnte keine politische Funktion annehmen, da Frauen das Wahlrecht noch verwehrt war; Karl Liebknecht stimmte im Reichstag als einziger Abgeordneter der Sozialdemokratischen Partei gegen die Kriegskredite.
 - 6 Die deutsche Sozialdemokratische Partei war gegen die Abhaltung der Friedenskonferenz durch die Frauenorganisation; Rosa Luxemburg setzte sich ebenfalls vehement gegen den

Die erste parteiunabhängige Frauenbewegung für den Frieden formierte sich aus dem Zusammenschluss von pazifistisch gesinnten, internationalen Frauenwahlrechtskämpferinnen (Oesch 2014: 101). Die Frauen protestierten gegen den von den Kaiserreichen Österreich und Deutschland angezettelten Weltkrieg und organisierten im April 1915 einen internationalen Friedenskongress in Den Haag, an dem Frauenrechtsaktivistinnen aus zwölf zum Teil „verfeindeten“ Ländern teilnahmen. 1136 TeilnehmerInnen, darunter auch einige Männer, waren offiziell registriert (Buettner/Ebert/Hasselberg 2024: 29).

Aus dem Kongress 1915 ging das „International Committee of Women for Permanent Peace“ hervor, das dann 1919 den Namen „Women’s International League for Peace and Freedom“ – kurz WILPF erhielt (deutsch: Internationale Liga für Frieden und Freiheit (ILFF)). Auch österreichische Frauen nahmen am Friedenskongress in Den Haag teil (Oesch 2014: 105). Doch die Sektion wurde durch den Faschismus und die nationalsozialistische Machtübernahme zerstört und konnte erst im Jahr 2021 wieder aufgebaut werden (Logar 2025b, S.?)

Die Resolution des Kongresses in den Haag 1915 beginnt mit einem flammenden Appell:

We women, in International Congress assembled, protest against the madness and the horror of war, involving as it does a reckless sacrifice of human life and the destruction of so much that humanity has laboured through centuries to build up. (WILPF 1915: Paragraph 1)

Der Kongress 1915 forderte sofortige konkrete Schritte zu Friedensverhandlungen. Länder, die nicht in den Krieg involviert waren, wurden aufgefordert eine Konferenz der neutralen Staaten einzuberufen und einen fortlaufenden Mediationsprozess zu führen (WILPF 1915: Paragraph 4). Die TeilnehmerInnen argumentierten, dass die Masse der Menschen gegen Krieg seien, und dass auch die Menschen in den kriegsführenden Ländern glauben würden, dass sie nicht als Aggressoren kämpfen, sondern in Selbstverteidigung; daher sollte es keine unüberbrückbaren Gegensätze zwischen ihnen für eine Mediation geben, so der Tenor der Konferenz. Aufbauend auf der Überzeugung, dass Krieg das Gegenteil von Fortschritt, Entwicklung und Zivilisation ist, forderte der Frauenkongress alle Regierungen auf, Schritte und Maßnahmen für einen nachhaltigen Frieden und die Schaffung von Mechanismen für die Beilegung von Konflikten mit friedlichen Mitteln zu setzen. In der Resolution wurden weiter die wirtschaftlichen Ursachen von Kriegen angesprochen und umfassende Maßnahmen für einen permanenten Frieden gefordert, die ihrer Zeit weit voraus waren und bis heute aktuell sind. Zentrale Forderungen des Kongresses

Krieg ein und verbüßte mehrmals eine Gefängnisstrafe; Clara Zetkin wurde Ende Juli 1915 wegen der Verbreitung der Dokumente der Berner Konferenz Friedenskonferenz verhaftet und unter Anklage wegen Hoch- und Landesverrats gestellt.

für nachhaltigen Frieden auf der Welt waren das allgemeine Frauenwahlrecht, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, Demokratie, Abrüstung und Kontrolle des Waffenhandels. Vergewaltigungen im Krieg wurden als Kriegsmittel angeprangert. In einem eigenen Artikel wird auf die Wichtigkeit der Friedenserziehung für Kinder hingewiesen (Artikel 16). Im ökonomischen Bereich wurde eine neue, faire Weltwirtschaftsordnung gefordert. Im Bereich der Abrüstung setzt der Frauenkongress 1915 auf die Notwendigkeit universeller Abrüstung, die nur durch internationale Verträge und Vereinbarungen erreicht werden kann. Als wichtigen Schritt um dieses Ziel zu erreichen, forderte der Kongress, dass die Staaten die Erzeugung von Waffen und Munition übernehmen und den Waffenhandel kontrollieren müsse. Die privaten Profite der großen Waffenfirmen wurden als ein vorrangiges Hindernis für die Abschaffung von Kriegen gesehen. Ein weiterer Schwerpunkt der Resolution von 1915 ist die Betonung der Wichtigkeit der internationalen Zusammenarbeit zur Friedenssicherung. Der Kongress forderte die Einrichtung eines internationalen Gerichtshofs zur Beilegung von Konflikten sowie die Gründung einer internationalen Organisation aller Länder, einer „League of Nations“ für die Friedenssicherung. Das Ziel einer „League of Nations“, so die Frauen, müsse weit darüber hinausgehen, die Regeln der Kriegsführung festzulegen und zum Ziel haben, unter Einbeziehung der Frauen die friedliche Entwicklung und Kooperation aller Mitglieder zu fördern. Viele dieser Forderungen wurden 1945 mit der Gründung der Vereinten Nationen umgesetzt (siehe Logar 2025a). Die Teilnehmerinnen des Frauenkongresses 1915 forderten nicht nur die sofortige Beendigung des Krieges, sondern auch die Einberufung einer Konferenz für die Friedensverhandlungen; diese Konferenz sollte im Interesse eines nachhaltigen Friedens eine Resolution beschließen, die den Frauen in allen beteiligten Ländern das Wahlrecht garantiert. Ebenso wurde die Notwendigkeit betont, dass in die Friedensverhandlungen Vertreterinnen aller Völker einbezogen werden müssen, auch der Länder, die den Krieg verloren hatten. Des Weiteren forderte der Kongress, dass gleichzeitig mit den Friedensverhandlungen und am gleichen Ort eine internationale Frauenkonferenz stattfinden müsse. Auf die Forderungen der Frauen wurde nicht gehört.

Hohn und Spott bis hin zur Aggression schlug den Frauen entgegen, die 1915 gegen den Krieg protestierten und sich für internationale Prozesse für einen nachhaltigen Frieden einsetzten, eine Reaktion, die feministische PazifistInnen bis heute erleben. Yella Hertzka, eine der Gründerinnen von WILPF in Österreich, sagte beim WILPF Frauenkongress 1919 in Zürich, der zeitgleich mit den Pariser Verhandlungen der sogenannten Siegermächte des Ersten Weltkrieges stattfand:

Als oberstes Gesetz haben wir den Grundsatz aufzustellen, dass wir nicht auf gegenseitige Konkurrenz, sondern auf gegenseitige Hilfe hinzuarbeiten haben. Das ist der Grundsatz, der bei dem jetzt vorgeschlagenen Völkerbund ausgeschaltet ist. Sonst wollte ich Ihnen nichts Anderes sagen als: In diesem denkwürdigen Moment brauchen wir uns

gar nicht darum zu bekümmern, ob vielleicht in Paris irgendwann, irgendeiner von der Völkerbundskonferenz sagt: „Oh, diese Frauen sind lächerlich!“ Das braucht uns nicht zu bekümmern. Wir waren 1915 auch „lächerlich“. Wir in Österreich waren auch lächerlich, wenn wir von Verständigungsfrieden sprachen. Man lachte über uns, aber 1917 lachte man nicht mehr! (Oesch 2014: 106)

WILPF-Aktivistinnen setzten auch nach dem Ersten Weltkrieg ihre Arbeit für nachhaltigen Frieden fort. Beim WILPF-Kongress 1919 beschäftigten sie sich mit den Kriegsfolgen, der enormen Armut und dem Hunger in vielen Regionen Europas, und sie warnten die sogenannten Siegermächte vor den Folgen der ungerechten Friedensverhandlungen (WILPF 1919: 3f). WILPF ist damit eine der ersten Organisationen, die den Versailler Friedensvertrag kritisierten und die allgemeine Abrüstung, auch der Siegermächte, forderten. Sie warnten davor, dass die harschen Bedingungen für die Menschen in den betroffenen Ländern der Nährboden für weitere Gewalt und einen neuerlichen Krieg bedeuten könnten. Auch hier hatten die Frauen recht, Ausbeutung, Armut und Gewalt in der Nachkriegszeit führten zum Erstarren des Faschismus. Nur fünfzehn Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges kamen 1933 in Deutschland die Nationalsozialisten an die Macht und begannen mit der Entrechtung, Vertreibung, massenhaften Inhaftierung in Konzentrationslagern und der Ermordung jüdischer Menschen und anderer Gruppen von Menschen.

Was wäre geschehen, wenn auf die Frauen 1915 gehört worden wäre?

Wie, fragte die Schriftstellerin Doris Lessing, wie hätte Europa sich entwickelt, wenn es die beiden Weltkriege nicht gegeben hätte? Wie wäre die europäische Geschichte verlaufen, wenn auf die mehr als tausend Frauen und einige Männer der Friedenskonferenz von 1915 und andere friedensorientierte Gruppen gehört worden wäre? Der Erste Weltkrieg hätte kürzer gedauert, viel weniger Menschenleben gekostet und weniger Zerstörung angerichtet (Allerdings hätten dann all die neuen Kriegsgeräte, die damals zum Einsatz kamen und getestet wurden, nicht eingesetzt werden können: die Maschinengewehre, das Giftgas, die ersten Kampfflugzeuge und Bomben). Armut, Tod und Zerstörung wären nicht so groß gewesen, sodass die Menschen in Deutschland eine größere Chance gehabt hätten, soziale und demokratische Republiken aufzubauen, ohne dem Faschismus in die Hände zu fallen. Der Massenmord an jüdischen Menschen und anderen Gruppen von Menschen und der Zweite Weltkrieg mit Millionen von Toten, verletzten und versklavten Menschen, hätte dadurch vermutlich vermieden werden können (auf Kosten der Kriegsindustrie, die weiter neue Waffen produzierte, zum ersten Mal wurden flächendeckende Bombardierungen von Städten eingeführt und die fieberhafte Suche nach der „Wunderwaffe“ für den „Endsieg“ führte schließlich in den USA zur Erfindung und dann auch zur ersten

Anwendung der Atombomben in Hiroshima und Nagasaki). Eine Teilung Europas und die im Grunde gewaltsame Besetzung vieler osteuropäischer Länder durch Stalins gewalttätiges Regime wäre nicht die Folge gewesen. In Russland hätte, wenn es auch einen Marshallplan für den Osten Europas gegeben hätte, unter Umständen ein weniger diktatorischer Machthaber als Stalin die Chance gehabt, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen und in Kooperation mit demokratischen Regierungen in Europa eine ungeteilte Union aller Länder zu bilden, als regionalen europäischen Staatenbund und Teil der Vereinten Nationen.

Was nützen solche Gedankenspiele mit der Vergangenheit? Sie helfen uns zu reflektieren und zu erkennen, welche Weichen wir heute stellen und welche Wege wir einschlagen müssen, um der Kriegslogik zu entgehen und einen weiteren Weltkrieg, der nach Einschätzungen vieler ein atomarer Krieg sein würde, zu vermeiden, die Klimakatastrophe zu verhindern und nachhaltigen Frieden zu schaffen. Gewalt und Krieg, so wissen wir aus der Geschichte, hat immer mehr Gewalt zur Folge und zerstört unsere Gesellschaften. Unter der Traumatisierung, Massenvernichtung von Menschen und Zerstörung von Infrastruktur und Umwelt in Kriegen, leiden Generationen von Menschen und das behindert nachhaltigen Frieden. Auch die bestürzende massive Gewalt der Bevölkerung in Gaza, die als Auslöschung erlebt wird, ist als Folge vorangegangener Gewalt der Weltkriege und des Faschismus zu sehen. Es gilt also, die Spirale der Gewalt mit allen uns zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln zu durchbrechen.

Die Weichen stellen für eine Friedensarchitektur – Eine Rede an Europa

Wie dargestellt, sind die Weichen derzeit in Europa auf Militarisierung und den Ausbau der Kriegsindustrie gestellt. Ein gefährlicher und unter Umständen nicht rückgängig zu machender Weg, der dringend korrigiert werden muss. Ein Schreckgespenst, das in Europa umgeht und die enorme Aufrüstung zu rechtfertigen scheint, ist die Angst vor der militärischen Machtübernahme durch das Regime Putins. Auf dessen kriegesische Angriffe und Drohungen mit Atomwaffen wird in der EU mit massiver Aufrüstung reagiert, die Folge ist eine Rüstungsspirale und die Negierung und Blockierung aller Abrüstungsverpflichtungen.

Dem gilt es, sich zu widersetzen, denn damit folgen wir der Kriegslogik derjenigen Herrscher, deren Herrschaft auf Krieg und Zerstörung beruht. Wie, mit welchen Ideen und Mitteln, können wir die Weichen stellen für eine Friedenslogik? Wir, die EU, der Europarat könnten zum Beispiel folgende Rede an Europa und unsere NachbarInnen halten: Auch wenn ihr uns mit Waffen droht und uns unterwerfen wollt, weigern wir uns eure Kriegslogik anzunehmen. Wir werden nicht aufrüsten und Billionen von Euros in die Kriegswirtschaft investieren, um weiter Krieg zu

führen, der schon in den letzten Jahren hunderttausende Menschenleben gekostet und Tod und Zerstörung gebracht hat. Wir werden unsere Jugend nicht dem Krieg opfern, und unsere jungen Frauen in den Krieg zu schicken, hat nichts mit Emanzipation zu tun, sondern ist Vernichtung von Leben. Europäische imperiale Mächte haben im Laufe der Geschichte andere Länder und Völker besetzt und beherrscht. Wenn uns dieses Schicksal in Europa ereilen sollte, werden wir es überstehen und unsere Hoffnung und Kraft darin investieren, diesen Zustand wieder zu verändern, denn Herrscher kommen und gehen. Wir werden mit friedlichen Mitteln unseren Widerstand formulieren und uns der Gwalt Herrschaft widersetzen, bis diese ihre Kraft verlieren – wie es im Laufe der Geschichte mit allen hegemonialen Imperien erfolgt ist. Wir werden auch weiter, und phasenweise vielleicht im Untergrund für Demokratie, für Gleichstellung, allgemeine Frauen- und Menschenrechte, für Gesundheit und Bildung, für alle und den Erhalt der Natur arbeiten und dafür, hegemoniale Herrschaftsformen zu transformieren.

Wir wissen, dass Aufrüstung sehr schnell zur Eskalation von Gewalt und zum Krieg mit unabsehbaren Folgen führen kann. Das zeigt unsere Geschichte der beiden Weltkriege in Europa, deren schrecklichen Folgen wir heute zum Beispiel im Krieg in der Ukraine und in Palästina sehen. Wir wollen diese Fehler nicht wiederholen, wir sagen NEIN zu Aufrüstung, Militarisierung und Krieg! Wir strecken unsere Hände aus und reichen sie den Menschen in allen Ländern Europas, denn diese sind nicht unsere Feinde, sondern unsere Schwestern und Brüder. Wir lassen uns nicht gegeneinander aufhetzen und zu Feinden zu machen, um dem Mächtigen in ihrem Krieg gegeneinander zu dienen. Der weitaus überwiegende Teil der Menschen will Frieden und ist bereit, sich ohne Gewalt für diesen einzusetzen. Ein Europa, eine Welt ohne Krieg ist möglich und wir brauchen sie, denn nur so können wir die Zerstörung, die wir an Menschen und Natur angerichtet haben, stoppen und die Wunden heilen.

Quellen

- Buettner, A., Ebert, O. & Hasselberg, V. (Hrsg.).(2024): *Female Peace Palace. Schreiben, Widerstand und Pazifismus im Krieg*. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Doomsday Clock (2025): 2025 Doomsday Clock Statement. Verfügbar unter: <https://thebulletin.org/wp-content/uploads/2025/01/2025-Doomsday-Clock-Statement.pdf>
- Enloe, C. (2023): *Twelve Feminist Lessons of War*. London: Footnote Press Limited.
- Logar, R. (2025a): *Kriege abschaffen heißt das Patriarchat abschaffen. Ein Beitrag zur feministischen Friedenspolitik*. In W. Wintersteiner (Hrsg.). *Mehr Sicherheit ohne Waffen. Zur Aktualität von Hans Thirring's Friedensplan*. Wien: Promedia Verlag. S. 163-179.
- (2025b): *Ohne Frauen kein Frieden – über die älteste Frauenfriedensorganisation WILPF*. In B. Krondorfer & I. Voglmayr (Hrsg.), *Krieg und Friedensbewegung: Feministische Perspektiven*. S. 52. Wien: Mandelbaum Verlag.

- Müller, Eckhard (2008): *Clara Zetkin und die Internationale Frauenkonferenz im März 1915 in Bern*. In: Ulla Plener (Hrsg.): *Clara Zetkin in ihrer Zeit*. Neue Fakten, Erkenntnis se, Wertungen. Material des Kolloquiums anlässlich ihres 150. Geburtstages am 6. Juli 2007 in Berlin, Berlin. S. 54-71.
- Oesch, Corinna (2014): *Yella Hertzka (1873–1948). Vernetzung und Handlungsräume in der österreichischen und internationalen Frauenbewegung*. Innsbruck: Studienverlag.
- Sánchez Cedillo, R. (2023): *Dieser Krieg endet nicht in der Ukraine. Argumente für einen konstituierenden Frieden*. Wien, Linz. Berlin, London, Zürich: transversal texts. 2., korr. Auflage.
- SIPRI Stockholm International Peace Institute (2025): *Trends in World Military Expenditure 2024*. SIPRI Fact Sheet April 2024, Stockholm. Verfügbar unter: https://www.sipri.org/sites/default/files/2025-04/2504_fs_milex_2024.pdf
- Streeruwitz, M. (2024): *Handbuch gegen den Krieg*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- WILPF (1915): *WILPF Resolutions 1st Congress The Hague, Netherlands*. Genf. Verfügbar unter: https://www.wilpf.org/wp-content/uploads/2012/08/WILPF_triennial_congress_1915.pdf.
- WILPF (1919): *WILPF Congress Resolutions and Proposals 1919*. Reprinted in May 2019 on the occasion of the 100rd anniversary of the congress. 2nd edition, August 2019. Geneva. Verfügbar unter: https://www.wilpf.de/wp-content/uploads/2020/08/WILPF_1919-Congress.pdf.

Jürgen Scheffran

Nachhaltigen Frieden erhalten, entfalten, gestalten: Konflikttransformation und sozial-ökologische Transformation in der Klimakrise

Die Menschheit ist heute vielfältigen Krisen und Konflikten ausgesetzt, die sich zu einer Polykrise verdichten. Die Überschreitung planetarer Grenzen konfrontiert Gesellschaften weltweit mit existentiellen Herausforderungen und Risiken. Durch die koloniale Expansion geschaffene Verbindungen von Wachstum, Macht und Gewalt fördern die Ausbeutung von Mensch und Natur, die das Wechselspiel von Umweltzerstörung, Ungerechtigkeit und Konflikten verstärken, gerade auch bei Klimakonflikten. Gegen ungerechte Herrschaftsstrukturen und ihre Folgen richten sich globale und lokale Protestbewegungen und Widerstände. Zugleich wächst der Druck für eine sozial-ökologische Transformation, die positive Synergien von Nachhaltigkeit und Entwicklung, Frieden und Klimagerechtigkeit anstrebt. Um damit verbundene Konflikte zu bewältigen, müssen klimapolitische Strategien mit ziviler Konfliktbearbeitung zusammengedacht werden, braucht es neue Ansätze, die die Erhaltung und Entfaltung der Mensch-Natur-Beziehungen mit einer Gestaltung des nachhaltigen Friedens über Generationen hinweg ermöglichen, im Sinne einer „Gestaltung der erhaltenden Entfaltung“.

Um aus der vertrackten Polykrise herauszukommen, sind weitreichende Ansätze nötig, die einen Systemwechsel ohne destruktives Wachstum ebenso umfassen wie eine nachhaltige Transformation im Energie-, Ernährungs- und Verkehrssektor und eine friedensförderliche Konflikttransformation. Planetare Gesundheit und menschliches Wohlbefinden dienen der Stärkung gemeinsamer Werte und alternativer Wohlstandsindikatoren, unter Einbindung diskriminierter Gruppen, indigener Völker und junger Menschen. Hierbei können drei große Trends genutzt werden: die Transformation des fossilen Kapitalismus, Machtverschiebungen im Nord-Süd-Verhältnis und der Einfluss der Zivilgesellschaft auf Demokratien und Autokratien (Scheffran 2023a,b). Alle Trends werden durch wissenschaftlich-technologische Entwicklungen verstärkt und durch geopolitische Spannungen herausgefordert.

Anpassung und Resilienz gegen Krisen

Die vernetzten Krisen können nicht gelöst werden, indem die zugrunde liegenden Ursachen aufrechterhalten werden. Daher ist das alte System des fossilen Kapitalismus durch bessere Alternativen zu ersetzen, bevor es die Welt in eine Katastrophe stürzt. Neben einem Zusammenbruch könnte das globale System durch Verstärkerprozesse auch in eine positive Richtung kippen, die Widerstandsfähigkeit gegen Krisen stärkt und eine nachhaltige Transformation ermöglicht (Scheffran 2025; Scheffran & Froese 2016). Anstatt mehr Ressourcen für die Bekämpfung von Krisen zu verschwenden, wenn sie eingetreten sind – vom Klimawandel über Pandemien bis hin zu gewaltsamen Konflikten – ist ihre präventive Vermeidung hinsichtlich Kosten, Risiken und Effizienz sinnvoller und billiger als Gefahrenmanagement. Um zu verhindern, dass aus Krisen „normale Katastrophen“ werden, können Erfahrungen mit komplexen Systemen genutzt werden, die exponentielles Wachstum, negative Kippunkte und Kettenreaktionen vermeiden, Prozesse verlangsamen und von Risikoverstärkern entkoppeln.

Der Systemkollaps ist kein notwendiges Ergebnis der Polykrise, sondern kann durch eine sozial-ökologische Transformation unter Beachtung natürlicher Grenzen und sozialer Leitplanken vermieden werden. Um den Herausforderungen der komplexen Welt frühzeitig zu begegnen, die Risiken einzudämmen und zu einer nachhaltigen und friedlichen Welt zu kommen, muss die Menschheit enger zusammenarbeiten. Dringlich sind Schutzmaßnahmen gegen katastrophale Umwelt- und Klimaauswirkungen, präventive Schritte zur Verringerung der Anfälligkeit und des Risikos sowie eine Verbesserung der Anpassungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit. Globale Risikoverstärker müssen vermieden, entkoppelt und gebremst werden, und kritische Infrastrukturen für Energie, Wasser, Lebensmittel, Gesundheit usw. erhalten und gestärkt werden. Resilienz ist das Fortbestehen, die Widerstandsfähigkeit und die Erneuerung der Systemfunktionen und ermöglicht die Erhaltung der Systemgrenzen gegenüber externen Schocks. Angemessene menschliche Reaktionen und gesellschaftliche Eingriffe können Risiken verringern, die Anpassung und Widerstandsfähigkeit der Interaktionen zwischen Mensch und Natur verbessern und zur Koevolution, Nachhaltigkeitstransformation und Verbreitung sozialer Innovationen beitragen.

Statt einer Kontrolle der Natur im Anthropozän geht es um eine Einbettung menschlicher Entwicklung in die natürlichen Grenzen. Natürliche und soziale Systeme können sich an veränderte Umweltbedingungen anpassen. Einige dieser Wege können Probleme verschlimmern (Fehlanpassung), andere können dazu beitragen, Schäden zu verringern und neue Möglichkeiten zu entwickeln. Natürliche und menschliche Systeme haben Grenzen der Anpassungsfähigkeit und Stabilität und können auf Störungen reagieren, um ihre Lebensfähigkeit und ihr Überleben gegen Umweltveränderungen zu sichern. Das Überschreiten dieser Grenzen birgt das Risiko

der Destabilisierung und des Zusammenbruchs wichtiger Systemfunktionen. Die Frage ist, an welchen Grad des Klimawandels sich Gesellschaften anpassen können und wie effektiv und kreativ sie Strategien entwickeln, um mit der Geschwindigkeit, Komplexität und Intensität des globalen Wandels fertig zu werden.

Anstelle einer „Zeitenwende“ für militärische Gewalt und geopolitische Machtkämpfe zur Verteidigung der Weltordnung braucht es eine Zeitenwende für eine doppelte Transformation zu einer nachhaltigen und friedlichen Welt. Um die Allianz von Wachstum, Macht und Gewalt im fossil-nuklearen Zeitalter zu durchbrechen (Scheffran 1996), können positive Synergien von Nachhaltigkeit, Entwicklung und Frieden geschaffen werden, die ein „Klima des Friedens“ fördern (Rüttinger et al 2015). Die Versicherheitlichung und Militarisierung der Klimapolitik würde durch eine „Klimatisierung“ der Sicherheitspolitik ersetzt (Oels 2012). Dies könnte konstruktive Maßnahmen fördern: Abrüstung, Entmilitarisierung und Rüstungskonversion in produktive Bereiche der Gesellschaft (wie Umwelt und Gesundheit), kooperative Governance und Institutionen, Verringerung der Klima-Verwundbarkeit und Stärkung der Anpassungsfähigkeit, Resilienz und Verteilungsgerechtigkeit, Umwandlung von negativen in positive Kippunkte. Die Politik würde Synergien zwischen sozial-ökologischer Transformation und Konflikttransformation nutzen (Pastoors et al. 2022; Juhola et al. 2022), um von einer Gewaltspirale zum nachhaltigen Frieden zu kommen.

Die sozial-ökologische Transformation

Eine sozial-ökologische Transformation ist auf die Unterstützung der Gesellschaft, die Mobilisierung sozialer Netzwerke und kollektives Verhalten angewiesen, repräsentiert durch Reaktionen und Interaktionen relevanter Akteur*innen, auf der globalen Ebene vor allem Regierungen der Nationalstaaten oder Gruppierungen unter ihnen, auf der lokalen Ebene Bürger*innen. Der mehrstufige Prozess zwischen lokaler und globaler Entscheidungsfindung ist durch mehrere Aggregationsebenen miteinander verbunden, wobei jede Ebene ihre eigenen Entscheidungen, Ziele und Handlungen hat. Um Umweltstress und soziale Dilemmata zu bewältigen, müssen neue Regeln, Normen und Innovationen entwickelt werden, ebenso soziale Netzwerke, die lebensfähig, belastbar, kooperativ, friedlich und nachhaltig sind (Ostrom 2000).

Zu klären ist, wieweit die sozial-ökologische Transformation mit technischen Mitteln (erneuerbare Energien, Effizienz, kohlenstoffarme Technologien in der Landwirtschaft, im Transportwesen und anderen Sektoren) innerhalb des bestehenden Kapitalismus realisiert werden kann oder ob sie einen großen Systemwechsel erfordert.

Um damit verbundene Konflikte zu vermeiden, ist eine Konflikttransformation wichtig, die verschiedene Friedensvorstellungen als sozial-ökologische Transformationsprozesse versteht und versucht Klimagerechtigkeit mitzugestalten. Zur koope-

rativen Bewältigung von Umweltproblemen innerhalb der planetaren Grenzen ist es unabdingbar, Gewaltmittel durch Konfliktprävention, Rüstungskontrolle und Abrüstung zu kontrollieren und zu reduzieren. Dies verringert den ökologischen Fußabdruck und die Umweltauswirkungen des Militärs, fördert eine intakte Umwelt und eine nachhaltige Ressourcennutzung. Nachhaltiger Frieden zielt auf Solidarität, Kooperation und Konfliktlösung, Gerechtigkeit, Dialog und Partizipation und erfordert Institutionen, Verhandlungen und Governance-Strukturen (Brauch et al., 2016). Eine „Kultur des Friedens“ vermeidet Gewalt und befriedigt menschliche Grundbedürfnisse.

Nachhaltige Entwicklung und Bedürfnisbefriedigung

Nachhaltige Entwicklung strebt an, den Konflikt zwischen Natur und Gesellschaft zu entspannen und ein Gleichgewicht zwischen menschlichen Bedürfnissen und natürlichen Grenzen herzustellen. Unter lebenswerten Bedingungen können sich Menschen in begrenzten Umwelträumen entwickeln, entfalten und ihre Bedürfnisse gestalten, ohne diese Räume massiv zu beschädigen oder in gravierende Konflikte zu geraten. Die Herausforderung besteht darin, die Soziosphäre dauerhaft in den begrenzten Rahmen der Ökosphäre einzubetten. Die Definition des Brundtland-Berichts formuliert das Ziel, „die Bedürfnisse der heutigen Generationen zu befriedigen, ohne die Bedürfnisse künftiger Generationen zu gefährden“ (Brundtland, 1987). Die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse im Einklang mit dem Fortbestand des Lebens auf der Erde ist somit ein Maßstab für eine nachhaltige Entwicklung, die auf physiologischen (z.B. Wasser- und Nahrungsbedarf) und wertorientierten Ansprüchen (z.B. Eigentum und soziale Beziehungen) beruht. Der angestrebte Ausgleich zwischen den Bedürfnissen heutiger und künftiger Generationen erfordert die Erhaltung des Umweltraums. Um eine nachhaltige Balance zwischen menschlichen Bedürfnissen und natürlichen Möglichkeiten herzustellen, verknüpfen präventive und antizipative Ansätze mehrere Schlüsselstrategien (Scheffran, 2020): Umweltverträgliche Erhaltung und effiziente Nutzung natürlicher Ressourcen, Risikovermeidung und gerechte Ressourcenverteilung, partizipative Entscheidungsfindung und suffiziente Bedürfnisbefriedigung.

Diese Strategien nachhaltiger Entwicklung können miteinander kombiniert werden. Während sich wissenschaftliche und technische Maßnahmen auf Effizienz, Umweltschutz, Risikovermeidung und Katastrophenhilfe konzentrieren, zielen Gerechtigkeit, Suffizienz und Partizipation auf soziale Nachhaltigkeit. Eine Herausforderung besteht darin, die Strategien zu integrieren, um den Konflikt zwischen Natur und Gesellschaft zu entschärfen. Partizipative Ansätze in Mediation, Konfliktlösung und Kooperation tragen zur Umsetzung der anderen Strategien bei. Dabei muss das Konfliktpotenzial einer „großen Transformation“ vom fossilen Kapitalismus zu einer nachhaltigen Gesellschaft berücksichtigt werden. Risikominderung, Partizi-

pation und Gerechtigkeit berühren Interessen und Machtstrukturen. Widerstand ist von denjenigen zu erwarten, die von der Ausbeutung natürlicher Ressourcen und nicht-nachhaltiger Produktion und Konsumtion profitiert haben, ihre Macht zur Aufrechterhaltung bestehender Strukturen nutzen und damit Pfadabhängigkeiten verstärken. Auf der anderen Seite versuchen potenzielle Nutznießer einer Nachhaltigkeitswende, den Druck zu erhöhen, indem sie z.B. neue Interessenbündnisse zur Umsetzung der Vereinbarungen des Rio-Prozesses bilden.

Nachhaltige und anpassungsfähige Governance-Strategien zur Stabilisierung der Mensch-Natur Interaktion reichen von Klimaschutz und -anpassung oder dem Aufbau sozialer Netzwerke bis hin zu Fähigkeiten in Katastrophenmanagement, Krisenprävention, Konfliktlösung und ökologischer Friedensförderung. Innerhalb bestimmter Grenzen können sich die Ökosysteme an den Klimawandel anpassen, unterstützt durch nachhaltige Landnutzung, Einrichtung von Naturschutzgebieten, Erhaltung gefährdeter Arten und Schutz terrestrischer Kohlenstoffvorräte. Der Verbrauch natürlicher Ressourcen sollte ihre Tragfähigkeit nicht überschreiten, die durch ihre Regenerations- und Aufnahmefähigkeit begrenzt ist. Integratives und interdisziplinäres Wissen hilft, gefährliche Pfade zu vermeiden, kritische Entscheidungspunkte zu beeinflussen und kollektive Anpassungsstrategien für eine nachhaltigere, friedlichere und lebensfähigere Welt zu entwickeln.

Um die Bewohnbarkeit im gemeinsamen Haus der Erde zu gewährleisten, wird mit den 17 Sustainable Development Goals (SDGs) angestrebt, den verfügbaren Umweltraum für ein nachhaltiges Leben aller Bewohner zu nutzen. Neben einer effizienten und gerechten Ressourcennutzung sollen menschliche Bedürfnisse im Einklang mit der Natur stehen. Dies erfordert eine Umverteilung von Wohlstand und Konsum. Um Konflikte zu entschärfen, sind sechs Schlüsselmerkmale nachhaltiger Entwicklung zu berücksichtigen: Grenzen des Wachstums, Gerechtigkeit, Inklusion, Reflexivität, Partizipation und internationale Solidarität (Baker & Quinn, 2022). Globale Transformation und SDGs müssen planetare Grenzen, lokale Bedingungen und die Vielfalt der Gemeinschaften berücksichtigen.

Erhalten, Entfalten, Gestalten: Die Logik des nachhaltigen Friedens

Die Bewältigung der Umwelt- und Klimakrise kann auf den Erfahrungen mit Krieg und Frieden aufbauen. Frieden ist wie Nachhaltigkeit gegen destruktive Entwicklungen gerichtet. Um der zerstörerischen Logik des Krieges und seiner Gewalt-Eskalation zu entkommen, müssen Bedingungen für eine Logik des Friedens geschaffen werden, die ein ausgewogenes Verhältnis in oder zwischen Gemeinschaften schafft. Es gibt Parallelen, aber auch Unterschiede zwischen dem Konzept der Sicherheit, das sich „auf die Qualität eines bestehenden oder wahrgenommenen Zustands“ bezieht, und dem Konzept des Friedens, das sich „auf die Qualität einer Beziehung zwischen

verschiedenen Akteuren oder Gruppen von Akteuren“ bezieht (Gießmann 2011: 543). Frieden ist nicht nur ein Ziel, sondern ein Weg und Prozess, um Konflikte so zu transformieren, dass sie der Logik der Gewalt begegnen. Geht es beim „negativen Frieden“ um die Bewahrung der Existenz gegen physische Gewalt, ist „positiver Frieden“ die Abwesenheit von „struktureller Gewalt“, die Entwicklungsmöglichkeiten einschränkt (Galtung 1995; Senghaas 1995). Czempiel (1995:170) charakterisiert den Frieden durch „Bewahrung der Existenz des Individuums durch abnehmende Gewalt“ und „kontinuierliche Entfaltung der Existenz des Individuums durch gleiche Verteilung von Entwicklungschancen“.

Wie beim Frieden sind auch bei nachhaltiger Entwicklung die Erhaltung (der Natur) und die Entfaltung (des Individuums) zentrale Kategorien (Scheffran 1998). In beiden Fällen ermöglicht das Gleichgewicht der widerstreitenden Kräfte eine Befriedung durch Austausch, Verhandlung und Solidarität.

1. Die Erhaltung legt den Fokus auf die Einhaltung der planetaren Grenzen und die Bewahrung der natürlichen Existenzgrundlagen für das Leben auf der Erde gegenüber destruktiven Strukturen. Dabei sind menschliches Leben und Lebensweisen selbst Teil der ökologischen Systeme und zu erhalten (Kothari et al. 2014).
2. Neben dem Überleben und dem Schutz der vorhandenen Lebensgrundlagen geht es um die Entfaltung des Lebens, ohne die Erhaltung zu gefährden. Im Sinne eines „Guten Lebens für alle“ (Buen Vivir, Kothari et al. 2014) geht es um das Streben nach Freiheit und Gerechtigkeit. Menschliche Entfaltung fokussiert primär auf gesellschaftliche Systeme im Rahmen der Naturverhältnisse, die sich nicht voneinander trennen lassen (Drees et al. 2021). Beide zusammen verbinden sich in der „erhaltenden Entfaltung“ und der „entfaltenden Erhaltung“.
3. Die dritte Handlungsebene ist die Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation und damit verbundener Friedensprozesse. Eine konflikttransformative Gestaltung der erhaltenden Entfaltung kann kollektives Handeln initiieren, Dominanzstrukturen aufbrechen und Beziehungen gestalten sowie Räume für den Austausch und den Aufbau von Beziehungen zwischen Menschen mit verschiedenen Wissenssystemen öffnen helfen.

Von Transformationskonflikten zur Konflikttransformation

So wie die sozial-ökologische Transformation auch ein Friedensprojekt ist (Scheffran, 2022), können Frieden und Konfliktbewältigung den Übergang in eine nachhaltige Welt fördern (Pastoors et al., 2022). Eine Konflikttransformation zum nachhaltigen Frieden ist Teil gesellschaftlicher Aushandlungen, die hegemoniale Diskurse und reduktionistische Nachhaltigkeitskonzepte zur Diskussion stellen. Theoretische Ansätze verbinden die Friedens- und Konfliktforschung mit der Politischen Ökologie der Mensch-Natur-Beziehungen. Kritische Friedensforschung kann beitragen,

Zusammenhänge zwischen Umweltzerstörung und Gewalt zu verstehen und integrierte Konzepte und Synergien zu entwickeln, die das friedliche und nachhaltige Zusammenleben im gemeinsamen Haus der Erde denken, ermöglichen und sichern (Scheffran, 2023c). Zu den Bausteinen einer zukunftsfähigen Welt (Viable World) im gemeinsamen Haus der Erde gehören erneuerbare Energieträger, ein ökologischer Fußabdruck innerhalb planetarer Grenzen und sauberer Wohlstand für Alle. Friedliche Koexistenz und Kohabitation der Nationalstaaten im Rahmen einer Weltinnenpolitik kann Kriege vermeiden und Frieden im Rahmen kooperativer Sicherheit schaffen (Scheffran et al. 2024).

Eine bislang vernachlässigte Herausforderung der sozial-ökologischen Transformation ist die Bewältigung von Konflikten, die eine Durchsetzung erschweren. Da Umweltveränderungen und Transformationen mit Konflikten verbunden sind, gewinnen Ansätze zur Konfliktlösung und -transformation an Bedeutung. Indem nachhaltige Entwicklung einen gerechten Ausgleich von Bedürfnissen und verfügbaren Ressourcen zwischen verschiedenen Akteuren sucht, kann sie einen wesentlichen Beitrag zur kooperativen Konfliktvermeidung und -lösung leisten. Bei der Bewältigung von Konflikten geht es um Strategien zum Ausgleich von Interessen, Investitionen und Ressourcen. Eine wichtige Frage ist, ob etablierte Verfahren der Konfliktbewältigung ausreichen, um das Konfliktpotenzial zu verringern, oder ob neue erforderlich sind. Konstruktive Konfliktlösung entfaltet Fähigkeiten zur Problemlösung und nutzt Chancen zur Konfliktlösung, um ökologische Risiken und Ungerechtigkeiten in sozial-ökologischen Transformationen anzugehen (Pastoors et al. 2022). Die Konflikttransformation versucht, Machtungleichheiten kritisch aufzudecken und konstruktiv zu verändern, die Position von Betroffenen zu stärken und sozial-ökologische Beziehungen entfalten, in denen Menschen im Frieden mit sich selbst, mit anderen und mit der Natur sind (Pastoors et al. 2022). Entsprechend beklagt UN-Generalsekretär António Guterres den „Krieg der Menschheit gegen die Natur“ und fordert einen „Frieden mit der Natur“ (Guterres 2021; UNEP 2022), der auch einen „Frieden unter den Menschen“ braucht (Scheffran/Jathe 1997).

Um Transformationskonflikte und Machtungleichheiten zu bewältigen, werden gemeinsame Anstrengungen für die zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) bedeutsam (Pastoors et al. 2022). Ein erfolgreiches Beispiel ist die kommunale Konfliktberatung¹, die Städte und Gemeinden dabei unterstützt, Konfliktpotenziale zu entschärfen, Transformationsprozesse konstruktiv zu gestalten und die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Parteien zu fördern, auch im Hinblick auf das Klima. Beispiele im Ausland liefert der Zivile Friedensdienst². Die Instrumente der ZKB können im Gegensatz zu militärischer Intervention und technokratischem Management wichtige

1 <https://www.forumzfd.de/de/einfach-erklart-konfliktberatung-fuer-kommunen>

2 <https://www.ziviler-friedensdienst.org/de>

Beiträge zu nachhaltigem Frieden leisten, ergänzt um das zivile Konfliktmanagement. Sie können wichtige Beiträge zur zivilen Konflikttransformation leisten, durch Runde Tische und Dialogforen, Mediation und Schlichtung, z.B. zwischen Opfern und Tätern, aber auch andere Formen der Gewaltprävention und Diplomatie, der Friedensförderung und der zivilen Friedenssicherung, bis hin zur Bewältigung der Klimakrise und anderer Krisen der Mensch-Natur-Beziehungen, mit Verknüpfungen zwischen Klima- und Friedenspolitik; nachhaltigem Frieden und Klimagerechtigkeit, die Schaffung demokratisch-partizipativer Strukturen (Pastoors et al. 2022).

Ein Maßstab ist die Konfliktsensibilität, damit bestehende Konflikte nicht durch unbeabsichtigte Folgen angeheizt werden (Nadiruzzaman et al., 2022, Ide, 2020). Risikominderung und ökologische Zusammenarbeit wirken sich positiv auf nachhaltigen Frieden, menschliche Sicherheit und Gerechtigkeit aus (Brauch et al. 2016). Win-win-Lösungen sind positiv für die Gemeinschaft wie auch für Klima und Umwelt und sind damit konfliktmindernd (Pastoors et al., 2022). Die Schaffung einer nachhaltigen Friedensordnung kann positive Dominoeffekte, Triggerpunkte und Synergien von politischen Handlungsfeldern und Sicherheitskonzepten nutzen, von der gemeinsamen Sicherheit politischer Kontrahenten bis zur ökologischen Sicherheit gerechter Ressourcennutzung und friedensbildender Umweltkooperation (environmental peacebuilding) (Vinke et al. 2024; Froese et al. 2023). Qualitative Fallstudien untersuchen die lokalen und alltäglichen Erfahrungen von environmental peacebuilding in regionalen Kontexten (Ide et al., 2021).

Dabei kann Verständigung über Wissenssysteme hinweg helfen, Barrieren von Silodenken und Sektorhandeln zu überwinden und Probleme von verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten. Dies kann in dezentralen Räumen mit vielen kleinen Transformationen geschehen durch Aushandlung und Koproduktion, Dialog und Vernetzung gesellschaftlicher Akteursgruppen für den Austausch von Wissen und Ressourcen. Genossenschaften im Bereich erneuerbarer Energien sind ein gutes Beispiel, wie durch aktive Einbindung von „Prosumenten“ das Konfliktpotential beim Bau der Anlagen sinkt und die Akzeptanz steigt (Pastoors et al. 2022).

Koexistenz, gemeinsame Sicherheit und Nord-Süd-Kooperation

Anteil des Globalen Südens an der Weltbevölkerung nimmt zu und verstärkt Ansprüche auf gerechte Entwicklungschancen, um den Einfluss gegenüber dem Globalen Norden zu vergrößern. Herrschaftskritische Diskurse versuchen koloniale Machtstrukturen und expansive Entwicklungsmodelle aufzubrechen, um Machtverschiebungen zu ermöglichen, ohne Krisen zu verschärfen. Statt geopolitischer Machtkämpfe und sozialer Spannungen braucht es eine internationale Zusammenarbeit in einer multipolaren Weltordnung zur Schaffung globaler Strukturen gemeinsamer Sicherheit, die globale Probleme kooperativ angeht. Lokale Gemeinschaften sind zu

stärken bei der partizipativen Gestaltung gerechter und nachhaltiger Zukünfte, die traditionelles und indigenes Wissen einbeziehen.

Der Klimawandel ist ein internationales Gerechtigkeitsproblem, da Staaten im Globalen Süden am stärksten betroffen sind, während die Industrieländer des Nordens in der Vergangenheit die meisten Treibhausgase ausgestoßen haben und die Hauptverantwortung für die Folgen und deren Vermeidung tragen. Sie haben sich im Pariser Klimaabkommen zu einer deutlichen Reduzierung ihrer Treibhausgasemissionen verpflichtet. Nord-Süd-Zusammenarbeit ist unabdingbar, um eine Klimakatastrophe abzuwenden, bis hin zu Klimamigration und -konflikten (Scheffran & Froese 2016). Vulnerable Länder brauchen finanzielle und technologische Unterstützung bei der Umstrukturierung ihrer Wirtschaft, der Anpassung an veränderte klimatische Bedingungen, der Verringerung von Schäden und Verlusten und der Absicherung gegen künftige Klimarisiken. Hunderte von Milliarden Euro an Investitionen sind erforderlich, um Synergien durch gemeinsame Nord-Süd-Projekte und Innovationen für eine globale Energiewende und eine wirksame Klimaanpassung anzustoßen (Climate Matching).

Um den globalen Herausforderungen der Polykrise auf kooperative Weise zu begegnen, muss auf Hegemonialbestrebungen und geopolitische Konflikte verzichtet werden. Wie zu Zeiten des Kalten Krieges kann in einer multipolaren Welt eine friedliche Koexistenz hergestellt werden, auch zwischen Rivalen wie EU und Russland oder USA und China (Scheffran 2023b). Es geht um einen Systemwandel von einer destruktiven und kolonialen Wachstums- und Machtpolitik zu einer nachhaltigen, solidarischen, gerechten und friedlichen Wirtschafts- und Lebensweise. Transformative Governance kann dazu beitragen, das globale System in eine konstruktive Richtung zu lenken, Lösungskonzepte zu stärken und synergetisch zusammenzuführen. Das Pariser Klimaabkommen von 2015, das Montreal-Kunming Global Biodiversity Framework von 2022 (das Biodiversitäts-Pendant zum Pariser Abkommen) und der Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen von 2017 sind globale Bausteine einer nachhaltigen und friedlichen Welt, geprägt von Kooperation, Institutionen und Recht und getragen von einer Allianz aus Staaten und Zivilgesellschaft, mit aktiven Beiträgen des globalen Südens (Scheffran, 2023a). Verbunden über soziale Medien und Netzwerke meldet sich die Zivilgesellschaft weltweit zu Wort, beansprucht Partizipation, beeinflusst öffentliche Debatten und politische Entscheidungen gegen Armut und Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und Krieg, Diskriminierung und Ausbeutung, auch gegen staatliche Repression (Froese et al., 2023).

Wege zu einer kritischen Friedenswissenschaft und -politik

Die globale Expansion der Menschheit stößt auf planetare Grenzen des Wachstums, die zu vielfältigen Krisen und geopolitischen Konflikten im Anthropozän führen.

Zu den Herausforderungen und Chancen einer multipolaren Weltordnung gehören die Transformation des fossilen Kapitalismus, Nord-Süd-Machtverschiebungen und die Rolle der Zivilgesellschaft in der Demokratie. Statt das Dreigestirn aus Wachstum, Macht und Gewalt fortzusetzen, das die Erde in einen Teufelskreis aus Konflikten, Umweltzerstörung und Unterentwicklung treibt, ist es konstruktiver, einen positiven Nexus aus Nachhaltigkeit, Entwicklung und Frieden zu stärken. Die Nachhaltigkeitsziele lenken die menschliche Entwicklung in geordnete Bahnen, indem sie den verfügbaren Umweltraum klug nutzen und die Bewohnbarkeit für alle Bewohner im gemeinsamen Haus Erde sichern. Neben einer ausreichenden und gerechten Ressourcennutzung sollen die menschlichen Bedürfnisse an eine effiziente, ausreichende und gerechte Nutzung und Verteilung der Ressourcen angepasst werden. Die doppelte Transformation zu einer zukunftsfähigen Welt erfordert eine Vielzahl konkreter Maßnahmen für eine nachhaltige Friedenspolitik, darunter Kooperation, Abrüstung und gemeinsame Sicherheit sowie eine widerstandsfähige, konfliktarme und kohlenstoffarme Energieversorgung. Die Koexistenz und das Zusammenleben verschiedener Weltordnungen zur Bewältigung dieser Probleme ist vielversprechender als weitere geopolitische Machtkämpfe. Anstelle vereinfachender Freund-Feind-Konstruktionen setzt ein demokratischer Frieden auf Selbstkritik und die Fähigkeit zu lernen, sich anzupassen und vorausschauend zu handeln setzen, um die sozial-ökologische Transformation und die Konflikttransformation durch technische und soziale Innovationen zu verbinden. Die Welt schwankt zwischen negativen und positiven Kippunkten, zwischen Kriegslogik und Friedenslogik. Kritische Friedenswissenschaft und -politik werden gebraucht, um die Erhaltung, Entfaltung und Gestaltung des nachhaltigen Frieden zu ermöglichen.

Quellen

- Baker, S., Quinn, M. J. (2022) Populism, Austerity and Governance for Sustainable Development in Troubled Times. Introduction to Special Issue. *Sustainability*, 14,6: 14.
- Brauch, H. G., Oswald Spring, Ú., Grin, J.; Scheffran, J. (Eds.) (2016) *Handbook on Sustainability Transition and Sustainable Peace* (Cham: Springer International Publishing).
- Brundtland, G. H. (1987) *Our Common Future* (New York: Oxford University Press).
- Czempel, E.O. (1995) Der Friede – sein Begriff, seine Strategien. In: Senghaas, D. (Hrsg.) *Den Frieden denken*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 165-176.
- Drees, L.; Lütke-meier, R.; Kerber, H. (2021): Necessary or oversimplification? On the strengths and limitations of current assessments to integrate social dimensions in planetary boundaries. *Ecological Indicators* 22(129), 108009.
- Froese, R.; Scheffran, J.; Schilling, J. (2023) Transformation durch Eskalation? Klimaprotest zwischen Demokratie und Kriminalisierung. *Wissenschaft & Frieden*, 2023/3: 6-9.
- Froese, R., Hussak, M., Pastoors, D., Scheffran J (2023) Erhalten, Entfalten, Gestalten: Mitlet der Konflikttransformation für Wege aus der Klimakrise einsetzen. *W&F* 2023(4), S. 43-46.

- Galtung, J. (1995) Visionen einer friedlichen Welt. In: Senghaas, D. (1995), S. 385-418.
- Gießmann, J. (2011) Frieden und Sicherheit. In: Gießmann, Hans J. & Rinke, Bernhard (Hrsg.) (2011): Handbuch Frieden. VS Verlag. S. 541-557
- Guterres, A. (2021) We are losing our suicidal war against nature. United Nations, SG/SM/20959, 11.10.2021.
- Ide, T. (2020) The dark side of environmental peacebuilding, *World Development*, 127(C).
- Ide, T., Bruch, C., Carius, A., Conca, K., Dabelko, G. D., Matthew, R., & Weinthal, E. (2021) The Past and Future(s) of Environmental Peacebuilding. *International Affairs*, 97(1), 1-16.
- Juhola, S.; Filatova, T.; Hochrainer-Stigler, S.; Mechler, R.; Scheffran, J.; Schweizer, P.-J., (2022) Social Tipping Points and Adaptation Limits in the Context of Systemic Risk: Concepts, models and governance. *Frontiers in Climate*, 4:1009234.
- Kothari, A.; Demaria, F.; Acosta, A. (2014) Buen Vivir, Degrowth and Ecological Swaraj: Alternatives to sustainable development and the Green Economy. *Development* 57(3-4), S. 362-365.
- Nadiruzzaman M.; Scheffran, J.; Shewly, H.J.; Kley, S. (2022) Conflict-Sensitive Climate Change Adaptation: A Review“, in: *Sustainability* 2022, 14, 8060. <https://doi.org/10.3390/su14138060>
- Oels, A. (2012) From ‘Securitization’ of Climate Change to ‘Climatization’ of the Security Field. In: Scheffran, J.; Brzoska, M.; Brauch, H.G.; Link, P.; Schilling, J. (Eds.): *Climate Change, Human Security and Violent Conflict* (Berlin/Heidelberg: Springer): 185-205.
- Ostrom, E. (2000) Collective Action and the Evolution of Social Norms. *Journal of Economic Perspectives*, 14,3: 137-158.
- Pastoor, D.; Drees, L.; Fickel, T.; Scheffran, J. (2022) Frieden verbessert das Klima – Zivile Konfliktbearbeitung als Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 23 pp.
- Rüttinger, L.; Smith, D.; Stang, G.; Tänzler, D.; Vivekananda, J. (2015) A New Climate for Peace: Taking Action on Climate and Fragility Risks (Berlin: adelphi, et al.).
- Scheffran, J. (1996) Leben bewahren gegen Wachstum, Macht, Gewalt – Zur Verknüpfung von Frieden und nachhaltiger Entwicklung. *W&F*, 3/1996: 5-9.
- Scheffran, J.; Jathe, M. (1997) Kein Frieden mit der Natur ohne Frieden unter den Menschen. *W&F* 1/1997.
- Scheffran, J. (1998) Wege zu einer nachhaltigen Entwicklung des Friedens. In: Scheffran, J.; Vogt, W. R. (Hrsg.): Kampf um die Natur – Umwelterstörung und die Lösung ökologischer Konflikte. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 291-301.
- Scheffran, J.; Froese, R. (2016) Enabling Environments for Sustainable Energy Transitions: The Diffusion of Technology, Innovation and Investment in Low-Carbon Societies. In: Brauch, H.G, et al. (Eds.): *Handbook on Sustainability Transition and Sustainable Peace* (Cham: Springer International Publishing): 721-756.
- Scheffran, J. (2020) Das Anthropozän und seine Grenzen: Überlegungen zu Klimawandel, Nachhaltigkeit und Coronakrise. In: Adloff, F.; Neckel, S., (Eds.): *Gesellschaftstheorie im Anthropozän* (Frankfurt: Campus): 257-279.
- (2022) Klimaschutz für den Frieden: Der Ukraine-Krieg und die planetaren Grenzen. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 04: 113-120.

- (2023a) Welche Zeitenwende? Globale Risiken, Herausforderungen und Megatrends. In: Staack, M. (Ed.): Einführung in die Internationale Politik – Studienbuch (Berlin/Boston: Walter de Gruyter): 3-26.
 - (2023b) Limits to the Anthropocene: geopolitical conflict or cooperative governance? *Frontiers in Political Science* 5, 1190610.
 - (2023c) Vom andauernden Krieg zum nachhaltigen Frieden: Aufgaben einer kritischen Friedensforschung. In: Quo vadis Friedensforschung? (Dossier 96, *W&F* 2021/01: 21-24.
- Scheffran, J., Schürmann, E., Weber, R., Newfields, T. (2024) A Viable World in the Anthropocene: Living Together in the Common Home of Planet Earth. *Anthropocene Science* 3: 131-142.
- Scheffran, J. (2025) Wege aus der Polykrise: Wie wir den negativen Kipppunkten positive entgegensetzen können. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 70(3), S. 97-104.
- Senghaas, D. (Hrsg.) (1995) *Den Frieden denken*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- UNEP (2022) *Frieden schließen mit der Natur*. Report, United Nations Environment Program.
- Vinke, K. et al. (2024) *Zivile Krisenprävention durch Environmental Peacebuilding*, Berlin, 4.11.2024.

Kapitel 5:

Technologien, Überwachung und Kontrolle

Technologische Innovationen durchdringen nahezu alle Lebensbereiche und prägen das heutige Schlachtfeld. So wurde die Ukraine zum tragischen Testfeld und Labor für neue Waffensysteme. Der neue Krieg ist ein Krieg der Maschinen und autonomen Waffensysteme. Kamikaze-Drohnen (Shahed-136, Switchblade), Aufklärungsdrohnen (Bayraktar TB2, RQ-4 Global Hawk), KI-gelenkte Schwarmdrohnen und experimentelle bzw. autonome Kampfdrohnen wurden getestet und eingesetzt. Überwachungstechnologien, die z.T. von Privatkonzernen kontrolliert werden wie etwa Starlink (von Elon Musk) und Maxar liefern Echtzeitdaten, um Truppenbewegungen und Positionen u.a. der Artillerie zu verorten. Mithilfe von Geolokationen (geolocations) werden Fotos und Videos anhand der umliegenden Gebäude und Landschaft geortet und lokalisiert. Open Source Intelligence Communitys unterstützen die taktische Kriegsführung. Algorithmen und KI-gestützte Datenanalysen werten Daten aus, um Angriffe vorherzusagen. Elektronische Kriegsführung wie etwa die Störung von GPS-Signalen oder Drohnenverkehr sowie die Abhörung von Kommunikationskanälen wird ein immer wichtiger Teil der modernen Kriegsführung. Die russische Forschung im Bereich von Hyperschallraketen (Oreschnik, RS-28 Sarmat), die chinesische Forschung an Wasserstoffbomben bzw. thermonukleare Waffen und die US-Modernisierung der nuklearen Triade sind aus Perspektive der kritischen Friedensforschung keine Mittel der „Sicherheit und Abschreckung“ sondern ein Countdown zur menschlichen Katastrophe (vgl. die Rede von Mühlbauer in der UN Vienna 2025). Dieses fünfte Kapitel widmet sich dieser ambivalenten Rolle der Technologie und seiner Tech-Infrastruktur. Insbesondere dieses Kapitel zeigt auf die trans- und interdisziplinäre Verschränkung von Friedensforschung, Technikphilosophie, Ethik und Naturwissenschaften. Die vorausgehende Prämisse ist, dass die technologischen Entwicklungen keine neutralen Prozesse darstellen, sondern stets eingebettet sind in das Machtverhältnis, in dem sie entstanden sind.

Quellen

Mühlbauer, Josef (2025): Peace In A Fragmented World. Vienna International Center am 25. April 2025. URL: https://www.youtube.com/watch?v=KLO-iRQWg9s&lc=Ugy_gRJ19f5c8oJrl6h4AaABAq [4.5.2025].

Karl Hans Bläsius / Klaus Moegling

KI und Krieg: Wann entgleitet den Menschen die Kontrolle über die Waffensysteme?¹

Die meisten KI-Anwendungen sind positiv und haben zu einer Verbesserung der menschlichen Lebensqualität geführt. In Zusammenhang mit militärischen Anwendungen können aber erhebliche Gefahren entstehen, bis hin zu einem Kontrollverlust.

Die Welt entfernt sich zunehmend von Immanuel Kants Ideen

Immanuel Kant, der in diesem Jahr 2024 300 Jahre alt geworden wäre, formulierte 1795 in seiner Schrift „Zum Ewigen Frieden“ grundlegende Überlegungen zu einer internationalen Friedenspolitik, die in einem Gegensatz zu der heutigen Realität zunehmend militärisch ausgetragener Konflikte stehen. Kant forderte hingegen die Überwindung des kriegerischen Zustands der Menschheit zugunsten einer bewussten Friedensstiftung:

Der Friedenszustand unter Menschen, die neben einander leben, ist kein Naturstand (status naturalis), der vielmehr ein Zustand des Krieges ist, d.i. wenn gleich nicht immer ein Ausbruch der Feindseligkeiten, doch immerwährende Bedrohung mit denselben. Er muß also *gestiftet* werden [...]²

Kant vertrat die Auffassung, dass republikanisch strukturierte Staaten eher zu Frieden als zu Krieg neigen würden und forderte einen internationalen Friedensbund als Voraussetzung der Beendigung aller Kriege. Dann würde sich zeigen,

daß doch die Vernunft, vom Throne der höchsten moralisch gesetzgebenden Gewalt herab, den Krieg als Rechtsgang schlechterdings verdammt, den Friedenszustand dagegen zur unmittelbaren Pflicht macht, welcher doch, ohne einen Vertrag der Völker unter sich, nicht gestiftet oder gesichert werden kann: – so muß es einen Bund von besonderer Art geben, den man den *Friedensbund* (foedus pacificum) nennen kann, der vom

1 Eine etwas modifizierte Fassung dieses Artikels wurde in der Online-Zeitschrift ‘Telepolis’ in zwei Teilen veröffentlicht: <https://www.telepolis.de/features/KI-und-Krieg-Entgleitens-Menschen-die-Kontrolle-9638085.html>, 25.2.2024 & <https://www.telepolis.de/features/KI-und-Krieg-Nukleare-Risiken-und-politische-Forderungen-9638955.html>, 26.2.2024.

2 Kant, Immanuel: Werke in zwölf Bänden. Band 11, Frankfurt a.M. 1977, S. 203.

Friedensvertrag (pactum pacis) darin unterschieden sein würde, daß dieser bloß *einen* Krieg, jener aber alle Kriege auf immer zu endigen suchte.³

Was aber bedeutet diese legitime Anforderung an eine international zu organisierende und zu institutionalisierende Friedensstiftung in der aktuellen globalen Entwicklungssituation und unter dem Einfluss einer sich dynamisierenden Weiterentwicklung von KI im Internet? Algorithmen, Internet und Künstliche Intelligenz waren für Kant unbekannte und unvorstellbare Phänomene. Liegt der friedenspolitische Königsweg daher noch in Friedensverträgen und Friedensbünden? Welchen Einfluss müssten ggf. die Vereinten Nationen auf die KI-Entwicklung in den einzelnen Staaten nehmen?

Skizzierung weltweiter globaler Großkonflikte

Derzeit befinden sich viele Regionen und Staaten miteinander in einem mit militärischen Mitteln ausgetragenen Großkonflikt oder kurz vor einem Krieg. Militärische Interventionen verdrängen zunehmend diplomatische und zivile Konfliktlösungen. Insbesondere im Nahen Osten im Krieg zwischen Israel und der Hamas unterstützt vom Iran, im Krieg zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine bzw. dem westlichen Lager und insbesondere den USA, der bedrohlichen Lage zwischen der VR China und Taiwan/unterstützt von den USA und der Verwerfung diplomatischer Aktivitäten und der nuklearen Bedrohung im Konflikt zwischen Nord- und Südkorea ist bei weiterer Eskalation das Potenzial eines 3. Weltkriegs mit der Option eines Einsatzes von Atomwaffen angelegt. Bei allen genannten Krisensituationen sind Nuklearmächte beteiligt, die im Falle von Nordkorea und der Russischen Föderation sogar ganz offen mit dem Einsatz von Atomwaffen drohen.

Gleichzeitig befinden wir uns in einem Zustand der Vereinten Nationen, der durch eine gezielte Schwächung der UN gekennzeichnet ist. Die Struktur der UN, insbesondere das Veto-Recht der fünf ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat und die relative Machtlosigkeit der UN-Generalversammlung, führen zu einer institutionellen Hilflosigkeit der UN bei gegenwärtigen Konflikten.⁴

Inzwischen kommt allerdings eine die Gesamtsituation verschärfende Problematik hinzu, auf die weder die UN noch die EU oder die nationale Politik vorbereitet sind:

3 Kant, Immanuel: Werke in zwölf Bänden. Band 11, Frankfurt a.M. 1977, aus dem Kapitel „Das Völkerrecht soll auf einen Föderalismus freier Staaten gegründet sein.“, S. 210.

4 Vgl. hierzu ausführlicher u.a. Moegling: Neuordnung. 5. aktualisierte Auflage (2024), Kapitel 1.2: Politische Krisen: Krise der UN, Rückzug der Demokratien und Wiederkehr autoritärer Herrschaftsformen. Frei lesbar in: <https://www.klaus-moegling.de/aktuelle-auflage-neuordnung/>

Die Entwicklung und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Zusammenhang mit modernisierten Waffensystemen.

Folgen globaler Großkonflikte: ungebremster Rüstungswettlauf, auch bzgl. Software

Eine auf Konfrontation statt auf Zusammenarbeit ausgerichtete Politik zwischen den großen Industrienationen und Militärmächten wird einen ungebremsten Rüstungswettlauf befeuern. Dies gilt auch für softwarebasierte Waffen, wie Cyber- und autonome Waffen. Bei einem Konfrontationskurs der großen Nationen wird niemand das Risiko eingehen, in den technologisch wichtigen Bereichen Cyberraum und Künstliche Intelligenz (KI) den Konkurrenten hinterherzuhinken. Die Softwareentwicklung auf diesen Gebieten kann völlig unkontrolliert und im Verborgenen ablaufen. Keine der Nationen kann wissen, welche Fähigkeiten ein Gegner bereits hat und welche in kurzer Zeit erreichbar sein werden. Deshalb muss jede Seite allergrößte Anstrengungen aufnehmen, um mithalten zu können. Ein Rüstungswettlauf im Bereich KI könnte deutlich schneller als erwartet zu äußerst gefährlichen militärischen Produkten führen, die kaum noch beherrschbar sind. Die Wahrscheinlichkeit nimmt zu, dass der Zeitpunkt der Möglichkeit einer international koordinierten und verantwortlichen Kontrolle von KI in Waffensystemen im Zuge des Rüstungswettlaufs bereits überschritten ist oder kurz davor steht, überschritten zu werden.

Bei üblichen Waffensystemen sind Rüstungskontrolle und Verifikation möglich. Flugzeuge, Schiffe, Panzer und Atomwaffen können gezählt werden. Bei Cyberwaffen und KI-basierten Waffen geht es indessen um Software. Softwaresysteme haben spezielle Merkmale, für die eine Rüstungskontrolle und die Verifikation von Vereinbarungen kaum realisierbar sind. Ein Staat wird kaum zulassen, dass bzgl. Verifikation von Rüstungskontrollvereinbarungen Mitarbeiter eines gegnerischen Staates Einblick in die eigene Software erhalten. Das Risiko wäre zu hoch, dass damit der Gegner eine Kopie dieser Software erhalten könnte. Des Weiteren wäre eine Überprüfung der möglichen Funktionalitäten sehr aufwendig und könnte Jahre dauern, währenddessen die Software ohnehin weiterentwickelt würde.

Es ist völlig unkalkulierbar, was in Zukunft hinsichtlich softwarebasierter Waffen auf uns zukommt. Abrüstungsvereinbarungen bezogen auf Software werden kaum möglich sein. Bei Software sind beliebig viele Kopien in kurzer Zeit herstellbar und entsprechend beliebig oft anwendbar. Einmal entwickelte Software für autonome Waffen wird immer erhalten bleiben.

KI in Waffensystemen

Große Fortschritte im Gebiet „Künstliche Intelligenz“ haben auch zu entsprechenden Fortschritten in der Militärtechnik geführt. Insbesondere können selbständig agierende Roboter oder Drohnen auch für militärische Zwecke eingesetzt werden. Auf der Basis einer automatischen Bilderkennung mit guter Objektklassifikation können feindliche Ziele automatisch identifiziert und attackiert werden. Für Autonomie in Waffensystemen gibt es ein großes Anwendungsspektrum. Viele Arten von Waffen können mit immer mehr Autonomie versehen werden. Dies betrifft Roboter, Fahrzeuge, Flugobjekte und auch Schiffe oder U-Boote. In solchen Systemen können Menschen durch KI-Komponenten ersetzt werden. Dies kann ähnlich wie beim autonomen Fahren auch schrittweise erfolgen. Unsere modernen Autos enthalten schon viele autonome Funktionen bis hin zum völlig autonomen Fahren, wobei aus rechtlichen Gründen aber ein Mensch noch jederzeit eingreifen können muss. Denn im Straßenverkehr werden Unfälle von autonomen Fahrzeugen noch nicht toleriert. In Kriegssituationen kann das anders sein, Kollateralschäden werden eher in Kauf genommen. Auch weniger gut ausgereifte autonome Funktionen könnten hier zum Einsatz kommen. Damit steigt das Risiko, dass solche Systeme in Kriegszeiten auch eingesetzt werden. Bei der modernen Kriegsführung geht es nicht nur um Waffen, sondern auch um einen zunehmenden Einsatz von KI bei der Aufklärung, der Bestimmung von Lagebildern des Gegners und der eigenen Streitkräfte sowie bei der Planung von Aktionen. Auch im Ukraine-Krieg wird KI-basierte Software für diese Zwecke eingesetzt.⁵

Auch Entscheidungen, die die Auswahl von Zielen betreffen, werden zunehmend von Maschinen getroffen. Im Gaza-Krieg setzt Israel KI-Systeme ein, um Angriffsziele zu bestimmen. Diese Systeme liefern erheblich mehr Ziele mit genauen Ortsangaben von Mitgliedern der Hamas, als das durch Geheimdienstinformationen möglich wäre.⁶

In Waffensystemen der Zukunft wird die Angriffskette, die sogenannte „Kill-Chain“ zeitlich reduziert, eventuell auf wenige Sekunden. Diese Angriffskette beschreibt den Prozess von der Beobachtung, der Identifikation von Zielen, der Planung und Entscheidung bis zur Durchführung einer Aktion. In all diesen Phasen kann KI eingesetzt werden und damit den gesamten Entscheidungsprozess zeitlich so weit verkürzen, dass Menschen kaum noch eingreifen können. Auch wenn in der Politik

5 <https://www.heise.de/news/Palantir-wirbt-mit-KI-Plattform-zur-Kriegsfuehrung-8981871.html>

6 https://www.heise.de/news/100-pro-Tag-statt-50-pro-Jahr-KI-liefert-Ziele-fuer-israelische-Luftangriffe-9547241.html?wt_mc=nl.red.ho.ho-nl-newsticker.2023-12-05.link.link

immer wieder betont wird, dass letztendlich die Entscheidung über den tödlichen Einsatz einer Waffe bei einem Menschen bleiben muss („man in the loop“), wird dieses Prinzip teilweise bereits infrage gestellt. In Situationen, in denen eine Maschine erkennt, dass das Leben eines Soldaten bedroht ist, müsse diese auch selbständig über einen Waffeneinsatz entscheiden können, falls die Einbeziehung eines Menschen zu lange dauern würde.⁷

Lahl und Varwick argumentieren ähnlich:

Die formale Kompetenz ist das eine, die tatsächliche Eingriffschance das andere. Je komplexer ein kollektiver Verbund teilautonomer Waffensysteme ist, desto unmöglicher wird es dem kontrollierenden Menschen, die 'Black Box' zu durchschauen und Fehler oder Manipulation zu erkennen – also die von Algorithmen gelieferten Ergebnisse nachzuvollziehen, zu bewerten und notfalls auch zu korrigieren. In hochintensiven Lagen unter extremem Zeitdruck reduziert sich seine Rolle dann de facto auf eine Scheinkontrolle.⁸

Die Forderung, Menschen in der Entscheidungskette zu belassen mit der Möglichkeit gegebene Situationen mit hinreichender Sicherheit bewerten zu können („Meaningful Human Control“), wird in den meisten Fällen nicht realisierbar sein. Bei der Verwendung von Neuronalen Netzen sind Entscheidungen der Maschine eh nicht nachvollziehbar. Auch bei der Verwendung von symbolischer KI würden Entscheidungen der Maschine in der Regel nicht im Sinne von IF-THEN-ELSE-Verzweigungen in einem Entscheidungsbaum erfolgen, was eventuell relativ einfach nachvollziehbar wäre. Stattdessen basieren Entscheidungen auf Hunderten von Merkmalen, die unsicher und vage sind und mit irgendwelchen Formeln verrechnet werden. Eine einfache Kontrolle wird hierbei nicht möglich sein.

Atomkriegsrisiko steigt

Ein ungebremster Rüstungswettlauf von Atommächten auf Konfrontationskurs erhöht auch das Atomkriegsrisiko in erheblichem Umfang.⁹

In den letzten Jahren hat ein neues Wettrüsten in verschiedenen militärischen Dimensionen begonnen. Die meisten dieser Entwicklungen sind noch am Anfang und die Folgen kaum kalkulierbar. Dies gilt für neue Trägersysteme von Atomwaffen, wie etwa die Hyperschallraketen, die geplante Bewaffnung des Weltraums, Laserwaf-

7 Kirsten Bialdiga, Christina Kyriasoglou: Kommandosache KI, Manager Magazin, Februar 2024, Seite 40-46.

8 Kersten Lahl, Johannes Varwick: Sicherheitspolitik verstehen – Handlungsfelder, Kontroversen und Lösungsansätze. Wochenschauverlag, 2. Auflage, 2021, Seite 134.

9 Vgl. auch Müller, Bernd: KI würde im Krieg Atomwaffen rasch einsetzen. In: Telepolis, <https://www.telepolis.de/features/KI-wuerde-im-Krieg-rasch-Atomwaffen-einsetzen-9624831.html>

fen, den Ausbau von Cyberkriegskapazitäten und die zunehmende Anwendung von Systemen der Künstlichen Intelligenz bis hin zu autonomen Waffensystemen. Alle diese Aspekte haben auch Wechselwirkungen mit Frühwarnsystemen zur Erkennung von Angriffen mit Atomraketen und werden die Komplexität dieser Systeme deutlich erhöhen.

Die Weiterentwicklung von Waffensystemen mit höherer Treffsicherheit, verbesserter Lenkbarkeit und immer kürzeren Flugzeiten (Hyperschallraketen) wird zunehmend Techniken der Künstlichen Intelligenz (KI) erforderlich machen, um für gewisse Teilaufgaben Entscheidungen automatisch zu treffen. Es gibt im Zusammenhang mit Frühwarnsystemen bereits Forderungen, autonome KI-Systeme zu entwickeln, die vollautomatisch eine Alarmmeldung bewerten und gegebenenfalls einen Gegenschlag auslösen, da für menschliche Entscheidungen keine Zeit mehr bleibt. Die für eine Entscheidung verfügbaren Daten sind in der Regel jedoch vage, unsicher und unvollständig. Deshalb können auch KI-Systeme in solchen Situationen nicht zuverlässig entscheiden. In der kurzen verfügbaren Zeit wird es kaum möglich sein, Entscheidungen der Maschine zu überprüfen. Dem Menschen bleibt nur zu glauben, was die Maschine liefert. Aufgrund der unsicheren und unvollständigen Datengrundlage werden weder Menschen noch Maschinen in der Lage sein, Alarmmeldungen zuverlässig zu bewerten.

Nach einem Bericht der „National Security Commission on Artificial Intelligence“ der USA vom November 2019 besteht die Gefahr, dass KI-fähige Systeme bisher unverletzliche militärische Positionen verfolgen und angreifen und somit die globale strategische Stabilität und nukleare Abschreckung untergraben könnten. Staaten könnten dadurch zu einem aggressiveren Verhalten verleitet werden, was die Anreize für einen Erstschlag erhöhen könnte. In dem Bericht werden auch Vereinbarungen zwischen USA, Russland, China und anderen Nationen vorgeschlagen, um ein Verbot für einen durch KI-Systeme autorisierten oder ausgelösten Abschuss von Atomwaffen zu erwirken.¹⁰

Auch der SIPRI-Bericht über die Auswirkungen der KI auf die strategische Stabilität und die nuklearen Risiken warnt vor einem zunehmenden Einsatz von autonomen oder KI-basierten Entscheidungsunterstützungssystemen, die nur scheinbar ein klares Bild in kurzer Zeit liefern. Um ein gewisses Maß an Stabilität aufrechtzuerhalten,

10 Eric Schmidt, Robert O. Work, u.a.: National Security Commission on Artificial Intelligence – Interim Report, November 2019, <https://www.epic.org/foia/epic-v-ai-commission/AI-Commission-Interim-Report-Nov-2019.pdf>, Seite 11 und 46

sei ein Austausch zwischen Militärs über die jeweiligen KI-Fähigkeiten erforderlich, um das Prinzip der nuklearen Abschreckung aufrechterhalten zu können.¹¹

Unkalkulierbar sind auch potenzielle Cyberangriffe, wobei Komponenten oder Daten eines Frühwarnsystems manipuliert werden könnten, was auf vielfältige Art möglich sein kann.

KI – gesellschaftliche Entwicklungstendenzen

Bei zivilen KI-Anwendungen gab es in den letzten Jahren einige Überraschungen, wobei unerwartete Fähigkeiten erreicht wurden, wie zuletzt mit Systemen der generativen KI, wie z.B. ChatGPT. Weltweit führende KI-Wissenschaftler und auch Chefs von großen KI-Unternehmen haben in 2023 eindringlich vor den möglichen Risiken dieser Entwicklung gewarnt. Auch eine Superintelligenz, bei der das menschliche Intelligenzniveau weit überschritten wird, wird in den nächsten Jahren für möglich gehalten.¹²

Mithilfe von Techniken von „deepfake“ und Systemen der generativen KI können massenhaft Texte, Bilder und Videos erzeugt werden, die vermeintliche Tatsachen vermitteln. Mit solchen Desinformationen können Menschen manipuliert und Gesellschaften destabilisiert werden. Wenn immer mehr Medieninhalte automatisch erzeugt werden, ohne Möglichkeit den Wahrheitsgehalt zu prüfen, wird politisches Handeln in demokratischen Staaten immer schwieriger. Chaos mit sozialen Verwerfungen, Aufständen und eventuell Bürgerkriege könnten die Folge sein. Zunehmend schwieriges politisches Handeln verbunden mit immer gefährlicheren Waffensystemen, wie z.B. die Weiterentwicklung von Hyperschallraketen und die oben beschriebene Tendenz zu KI-basierten Waffen bilden eine Mischung, die für unsere politischen Systeme unbeherrschbar wird und auch durch Missverständnisse leicht zu einer globalen Katastrophe führen kann, z.B. in Form eines Atomkriegs aus Versehen.

Forderungen

Eine Politik, die einzig auf eine wechselseitige Konfrontation zwischen dem Westen und Russland oder China setzt, wird zur Folge haben, dass gefährliche Waffensysteme auf allen Seiten mit höchster Priorität weiterentwickelt werden, einschließlich der Einbeziehung von Techniken der KI. Die aktuellen Kriege bieten ein „ideales

11 Vincent Boulanin (ed.): The Impact of Artificial Intelligence on Strategic Stability and Nuclear Risk. Sipri Report, <https://www.sipri.org/sites/default/files/2019-05/sipri1905-ai-strategic-stability-nuclear-risk.pdf>, 2019, Seite 50-51

12 Siehe z.B. <https://Ki-folgen.de>

Testfeld“ zur Erprobung und Perfektionierung dieser militärischen Fähigkeiten. Um eine globale Katastrophe zu vermeiden, die zu einer Vernichtung der Menschheit führen könnte, muss dieser Prozess umgekehrt werden.

Die aktuellen Kriege müssen so schnell wie möglich beendet werden. Statt Waffenlieferungen in Kriegsgebiete sollte umfangreiche Diplomatie das Gebot der Stunde sein. An die Stelle eines gegenseitigen Konfrontationskurses müssen Vertrauen, Kooperationen und gute Kommunikationskanäle wieder aufgebaut und verbessert werden. Hierbei müssen ökonomische und geostrategische Interessen der verschiedenen Seiten in Verhandlungsprozessen berücksichtigt werden.

Statt neue Hyperschallraketen in Ost und West zu stationieren sind wirksame Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle, einschließlich nuklearer Abrüstung erforderlich. Auch weltweite Vereinbarungen zum Verbot autonomer Waffensysteme und einer Regulierung der KI werden dringend benötigt. Die Abhängigkeit von Internetdiensten sollte nicht weiter steigen. Stattdessen müssen wichtige Infrastruktursysteme, wie das Gesundheitswesen und die Stromversorgung auch ohne Internet fehlerfrei funktionieren. Auch muss sichergestellt werden, dass gefährliche Waffensysteme, wie Atomraketen, nicht über das Internet ansteuerbar sind.

Hier soll zudem die Auffassung vertreten werden, dass derartige international anzulegende Kontrollprozesse über eine Reform der UN unterstützt werden können – Reformprozesse, die sowohl ihre Struktur als auch den Rechtsstatus der über die UN vertretenen Menschen betreffen.¹³

Die UN sind zum einen in ihrer Wirkmächtigkeit und finanziellen Unabhängigkeit zu stärken, damit sie auch die Macht bekommen, über die notwendigen Zukunftsentscheidungen maßgeblich zu bestimmen. Gleichzeitig – und immer etwas vor der Erweiterung der Befugnisse – sind die Vereinten Nationen zu demokratisieren, um demokratische Wahlen der UN-Gremien zu gewährleisten und eine legitime und institutionell ausbalancierte Kontrolle über die Entscheidungsgremien zu bekommen.

Immanuel Kant verband seine Idee vom Frieden zudem mit einer Veränderung bzw. notwendigen Ergänzung im Staats- und Völkerrecht:

Da es nun mit der unter den Völkern der Erde einmal durchgängig überhand genommenen (engeren oder weiteren) Gemeinschaft so weit gekommen ist, daß die Rechtsverletzung an *einem* Platz der Erde an *allen* gefühlt wird: so ist die Idee eines Weltbürgerrechts keine phantastische und überspannte Vorstellungsart des Rechts, sondern eine notwendige Ergänzung des ungeschriebenen Kodex, sowohl des Staats- als Völkerrechts zum öffentlichen Menschenrechte (...) überhaupt, und so zum ewigen Frieden, zu dem

13 Vgl. hierzu u.a. Moegling, Klaus: Neuordnung. Kapitel 5: Neuordnung des Systems internationaler Beziehungen. 6., aktual. Auflage (2025), frei lesbar in: <https://www.klaus-moegling.de/aktuelle-auflage-neuordnung/>

man sich in der kontinuierlichen Annäherung zu befinden nur unter dieser Bedingung schmeicheln darf.¹⁴

Gegenwärtige Initiativen zur UN-Reform und zum Weltbürgerrecht¹⁵ müssten auch die Forderungen hinsichtlich der internationalen Kontrolle der KI in ihre Agenda aufnehmen.¹⁶ Dies wird dann die Chancen, die in der gesellschaftlichen Anwendung vorhanden sind, aber auch die Probleme klären müssen, die sich aus einer ungenügend kontrollierten KI-Entwicklung, insbesondere im Zusammenhang mit inter- und intragesellschaftlichen Großkonflikten, ergeben. Es ist zu erwarten, dass es bei mächtigen Akteuren, die in den Vereinten Nationen ihre Interessen ohne Verantwortung für das Ganze vertreten wollen, erhebliche Widerstände gegen eine UN-koordinierte Kontrolle der KI-Entwicklung geben wird. Doch hier geht es um zu viel, ohne zumindest den Einsatz dafür deutlich zu erhöhen, eine verantwortliche KI-Entwicklung für die weltbürgerliche Gemeinschaft zu erreichen.

14 Kant, Immanuel: Werke in zwölf Bänden. Band 11, Frankfurt a.M. 1977, aus dem Kapitel „Das Weltbürgerrecht soll auf Bedingungen der allgemeinen Hospitalität eingeschränkt sein“, S. 215.

15 Vgl. <https://www.democracywithoutborders.org/we-the-peoples/>

16 Bisherige Versuche der UN (UN-Beratungsgremium für künstliche Intelligenz) basieren nur auf unverbindlichen Empfehlungen, vgl. <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article249269132/UN-Gremium-Das-ist-noetig-um-die-KI-in-den-Griff-zu-bekommen.html>.

Jean Linis-Dinco

Vom Gedanken zur Bedrohung: KI, Überwachungsstaaten und die Unterdrückung der ideologischen Freiheit

In *Gnomon* erzählt Nick Harkaway (2017) die Geschichte von Diana Hunter, einer Frau, die das sogenannte „Scheherazade-Gambit“ (The combination to, Absatz 14) anwendet, indem sie ein kompliziertes Netz aus ausgeklügelten Identitäten knüpft, um den Zeugen zu überlisten – ein nahezu allwissendes Überwachungssystem, das für Hacking und Verfälschungen unverwundbar ist. Irgendwann in der Zukunft in Großbritannien angesiedelt, beobachtet und erfasst der „Zeuge“ mithilfe seiner „unparteiischen, selbstlernenden Algorithmen“ (Mein Geist auf dem Bildschirm, Abs. 23) alles. Die in *Gnomon* vorgestellten Themen wirken in der heutigen Realität unheimlich vertraut und spiegeln aktuelle Probleme im Zusammenhang mit den Auswirkungen von Überwachungssystemen wider, die von künstlicher Intelligenz (KI) gesteuert werden.

In diesem Kapitel wird die allgegenwärtige Integration von KI-Technologien in den Alltag analysiert, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Massenüberwachung im Hinblick auf die Terrorismusbekämpfung. Es bietet Einblicke in die komplexe Dynamik, in der die KI-gesteuerte Überwachung, die in Bezug auf Geschwindigkeit und Beobachtbarkeit fast im Quantenzustand arbeitet, die Definition von Überwachung, wie wir sie kennen, grundlegend verändert hat. KI-gesteuerte Überwachung geht über die traditionelle Überwachung hinaus, indem sie nicht nur überwacht, sondern auch zukünftige Verhaltensmuster auf der Grundlage wahrgenommener Bedrohungen vorwegnimmt und ihre wahrscheinlichen zukünftigen Handlungen mit vordefinierten Sicherheitsprotokollen abgleicht (Al Shamsi und Safei, 2023). Das ständige Bewusstsein, dass die eigenen Handlungen durch KI-gesteuerte Überwachung überwacht und bewertet werden, veranlasst die Menschen dazu, ihr Verhalten zu ändern oder bestimmte Rollen anzunehmen, die eher den Erwartungen des Überwachungsstaats entsprechen.

Da die Grenzen zwischen Vorhersage und Vorherbestimmung verschwimmen, stellt sich die kritische Frage nach der Erosion unserer Gedankenfreiheit. Die Auswirkungen sind enorm und vielfältig, einschließlich der Zementierung der Logik des Kapitalismus, bei der die herrschende Klasse – die Dreiteilung aus Großunternehmen, Staatsbürokraten und dem militärisch-industriellen Komplex – KI-gesteuerte Über-

wachungssysteme einsetzt, um ihre Dominanz aufrechtzuerhalten und zu reproduzieren (Keiber, 2015). Da KI-gesteuerte Überwachungssysteme immer allgegenwärtiger werden, ist es notwendig, die sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen, auf denen Überwachungstechnologien eingesetzt werden, zu überdenken.

„Fenster in die Seele“

Die rasante Verbreitung von KI-Technologien hat die Welt im Sturm erobert. Die Entwickler dieser Technologie stellen ihr Potenzial zur Umgestaltung der Gesellschaft zur Schau, von den alltäglichen Verbesserungen durch prädiktive Suchalgorithmen bis hin zu bedrohlicheren Anwendungen wie der KI-gesteuerten Überwachung. Die KI-gesteuerte Überwachung stellt einen großen Schritt in Richtung einer totalen Überwachung dar, die über die traditionelle Überwachung hinausgeht, die lediglich das überwacht, was Gary T. Marx (2016, S. 2) als „Fenster in die Seele“ bezeichnet. Überwachung ist kein neues Konzept und hat historische Wurzeln, die mit der Vorstellung eines allgegenwärtigen Gottes verbunden sind. Neu ist jedoch die Art und Weise, wie die Technologie die Praxis verändert hat. Marx (2016) behauptet, dass neue Technologien die Art und Weise verändert haben, wie wir als Gesellschaft Überwachung neu definiert haben. Anstatt auf verdächtige Personen angewendet zu werden, haben sich moderne Überwachungsgeräte auf Kontexte, Räume und Körper ausgeweitet, was es dem Staat ermöglichte, Menschen in starre Kategorien einzuteilen, die auf bestimmten Risiken und Erwünschtheit basieren.

Jüngste Fortschritte auf dem Gebiet des maschinellen Lernens (ML) haben es Überwachungssystemen ermöglicht, riesige Datenmengen zu analysieren, die aus einer Vielzahl von Quellen wie Video- und Audio-Feeds und Aktivitäten in sozialen Medien stammen (Shahbaz & Funk, 2019). Diese KI-gesteuerten Systeme erkennen effizient Muster und Anomalien in den Daten und ermöglichen so eine verbesserte Vorhersage und Überwachung individueller Handlungen und Verhaltensweisen (Priya et al., 2024). Feldstein (2019) nannte drei Hauptbeispiele für KI-gesteuerte Überwachungssysteme, die derzeit weltweit eingesetzt werden: intelligente/sichere Städte, Gesichtserkennungssysteme und intelligente Polizeiarbeit. Später fügte er in der Version 2022 des AI Global Surveillance Index (Feldstein, 2022) die Überwachung sozialer Medien hinzu.

Nam und Pardo (2011) beschrieben Smart Cities als eine weit gefasste Terminologie, die verschiedene intelligente Dienste im städtischen Raum umfasst. Der Begriff „smart“ bezieht sich auf Systeme oder Anwendungen, die fortschrittliche Technologien wie KI nutzen, um Aufgaben wie die Kriminalprävention zu automatisieren (O'Malley & Smith, 2020). Smart Cities integrieren Massendaten, die durch strategisch platzierte Sensoren und Kameras in städtischen Gebieten gesammelt werden (Ramirez-Moreno et al., 2021), und bilden das Rückgrat eines vernetzten,

KI-gesteuerten Überwachungsstaats. Unter diesen Systemen nehmen die Gesichtserkennungstechnologie und die vorausschauende Polizeiarbeit eine herausragende Rolle im Rahmen der Smart City ein. Die Gesichtserkennungstechnologie (FRT) ist tief in die Infrastruktur von Smart Cities eingebettet und gilt als „entscheidendes Instrument für die Sicherheit“ (Llaurado et al., 2023, Abs. 2). Die FRT funktioniert durch die Analyse von Gesichtsmerkmalen, die über stadtweite Kameranetze erfasst werden. Wie Gates (2011, S. 14) feststellt, funktionieren biometrische Identifikationstechnologien wie die Gesichtserkennung, indem sie „die Identität mit dem Körper verbinden, indem sie digitale Darstellungen einzigartiger Körperteile verwenden“. Das Büro des australischen Informationskommissars (2024) hat zwei Aufgaben identifiziert, zu deren Erfüllung die Gesichtserkennung beitragen kann: Verifizierung und Identifizierung. Die Gesichtsverifizierung umfasst einen Eins-zu-eins-Abgleich, bei dem die Technologie überprüft, ob ein bestimmtes Gesicht mit einer spezifischen, bereits vorhandenen biometrischen Vorlage übereinstimmt (Sullivan, 2021). Dieses Verfahren wird häufig bei persönlichen Geräten wie Smartphones und beim Einsteigen in ein Flugzeug eingesetzt. Im Gegensatz dazu umfasst die Gesichtsidentifizierung einen Eins-zu-viele-Abgleich. Diese Funktion bestimmt, ob ein Gesicht mit einer Person in einer größeren Datenbank übereinstimmt. Im Gegensatz zur Verifizierung, die oft einvernehmlich ist und sich auf die Überprüfung der Identität des Benutzers mit seinem eigenen Gerät oder Konto beschränkt, wird die Identifizierung oft von Strafverfolgungsbehörden eingesetzt, um unbekannte Personen zu identifizieren, unabhängig davon, ob es sich um Tatverdächtige handelt oder nicht. Dies wird noch komplizierter dadurch, dass einige Fälle von Eins-zu-Viele-Gesichtsabgleichssystemen Falsch-Positiv-Raten von bis zu 98 % aufweisen (Sharman, 2018). Die Identifizierung erfolgt oft auch ohne richterliche Anordnung (Smith & Miller, 2021). Personen, deren Fotos verarbeitet werden, können nicht zustimmen, vor allem weil die Identifizierung oft ohne ihr Wissen erfolgt.

Präventive Polizeiarbeit (Susser, 2021) ist ein weiterer wichtiger Aspekt der KI-gesteuerten Überwachung in Smart Cities, die die Überwachung einer großen Anzahl von Menschen ermöglicht. Sie nutzt Algorithmen, die auf Mustererkennung und natürlicher Sprachverarbeitung basieren, um zukünftige Straftaten auf der Grundlage bestimmter Risiken vorherzusagen (Miro-Linares, 2020). Diese Risiken werden anhand mehrerer Datenquellen gemessen, darunter ökologische und sozioökonomische Faktoren (Birks, Townsley & Hart, 2023). Präventive Polizeiarbeit wird weiter in zwei Hauptkategorien unterteilt: personenbezogene und ortsbezogene Polizeiarbeit. Bei ersterer wird Personen auf der Grundlage von Daten, einschließlich sozialer Kontakte, früherer Verhaftungen und früherer Beteiligung an Straftaten, selbst als Opfer, ein Risikowert zugewiesen (Ferguson, 2017). Aufgrund von Netzwerkanalysen, die Verbindungen abbilden, können selbst Personen, die noch nie mit der Polizei in Kontakt gekommen sind, als potenzielle Straftäter in

Datenbanken landen (Susser, 2021). In einigen Fällen nutzt die personenbezogene vorausschauende Polizeiarbeit auch die Überwachung sozialer Medien. Sie beruht auf der Annahme, dass die Erstellung von Profilen auf der Grundlage dieser Risikowerte von Personen von kriminellen Verhaltensmustern abschrecken würde (Ferguson, 2017).

Die ortsbezogene Polizeiarbeit hingegen nutzt die räumlich-zeitliche Analyse historischer Daten, um Kriminalitätsschwerpunkte zu ermitteln (Birks, Townsley & Hart, 2023). Dies führt zu überpolizeilich überwachten Stadtvierteln, in denen Identitäten, Räume und Körper unverhältnismäßig stark überwacht und ins Visier genommen werden. Die erhöhte Polizeipräsenz, die auf den Entscheidungen der Algorithmen basiert, führt natürlich zu mehr Festnahmen und Kriminalitätsmeldungen, die dann in den Datensatz zurückfließen und eine sich selbst erfüllende Prophezeiung schaffen (Lindenmuth, 2019). Sorell (2011) argumentiert, dass die Massenüberwachung, die ursprünglich zur Bekämpfung des Terrorismus konzipiert wurde, häufig auf normale gesetzestreue Bürger angewendet wird, in der Hoffnung, geringfügige Straftaten aufzudecken. Damit weicht dieser Ansatz erheblich von den beabsichtigten Sicherheitszielen ab. Präventive Polizeiarbeit ist nicht harmlos. Sie verstärkt die bestehenden sozialen Hierarchien und Machtstrukturen (Tretto & Moir, 2017). Marginalisierte Gemeinschaften haben bereits mit den Herausforderungen zu kämpfen, die sich aus systemischer Ungleichheit und wirtschaftlicher Benachteiligung ergeben, und werden hier zusätzlich durch den aufdringlichen Blick der herrschenden Klasse belastet, der sie in einen endlosen Kreislauf von Kriminalisierung und Inhaftierung bringt (Eubanks, 2017).

Eine weitere kritische Art der Überwachung, wie von Feldstein (2019) festgestellt, ist die Überwachung in den sozialen Medien. Bei dieser Methode werden Aktivitäten auf verschiedenen Social-Media-Plattformen überwacht und analysiert, um Einblicke in die öffentliche Stimmung, Trends und potenzielle Sicherheitsbedrohungen zu gewinnen. Die Entwicklung der App „This Is Your Digital Life“ durch Aleksandr Kogan war ein Wendepunkt, der dazu führte, dass die massive Datenerfassung und Überwachung von Social Media ins öffentliche Bewusstsein rückte, was zu dem führte, was seitdem als Cambridge-Analytica-Skandal bezeichnet wird (ur Rehman, 2019). Während der Cambridge-Analytica-Skandal die Medien beherrschte und in Nachrichtenredaktionen und akademischen Kreisen für Gesprächsstoff sorgte, waren seine Auswirkungen auf das Nutzerverhalten minimal. In ähnlicher Weise stellte Brown (2020) weiter fest, dass die Menschen inzwischen dazu übergegangen sind, Verletzungen der Privatsphäre als Status quo zu akzeptieren. Diese Akzeptanz hat eine deutliche Verschiebung im Overton-Fenster in Bezug auf die Massendatenerfassung und -überwachung gezeigt und veranschaulicht, wie das, was früher als inakzeptabel in Bezug auf Eingriffe in die Privatsphäre galt, heute normalisiert wurde (Mitsilegas und Vavoula, 2017).

Alle vier Beispiele für KI-gesteuerte Überwachung basieren auf einer umfangreichen Datenerfassung. Daten sind die grundlegende Komponente, die die Fähigkeiten von Überwachungssystemen zur Erkennung, Identifizierung, Klassifizierung und Kategorisierung von Menschen revolutioniert hat. Ericson und Haggerty (2000) argumentieren, dass diese Transformation ein Sinnbild für die überwachende Versammlung ist, bei der menschliche Körper aus ihren physischen und territorialen Kontexten in fragmentierte Datenströme abstrahiert werden. Aus diesen Datenpunkten werden menschliche Identitäten entpersonalisiert und zu einer Summe ihrer digitalen Spuren. Die Auswirkungen werden durch die Vernetzung der Überwachungsinstrumente, die Teil eines integrierten Systems sind, das ihre Funktionalität und Reichweite erhöht, noch verstärkt. Die Fähigkeit dieser KI-gesteuerten Überwachung, umfassende Profile von Personen zu erstellen, bedeutet eine erhebliche Zunahme der Macht sowohl des Staates als auch von Unternehmen. Überwachung wird dann zu einem Mechanismus zur Schaffung der „fügsamen Person“ (Marx, 2016, S. 41).

Big Tech und der Staat

Marx (2016) geht davon aus, dass das Konzept der Überwachung, das sie mit Spionage und staatlicher Aufsicht verbindet, nicht mehr mit der aktuellen Realität übereinstimmt. Er entfernt sich von der orwellschen Darstellung des Großen Bruders und betont die Notwendigkeit, sich mit der Rolle des Privatsektors in Überwachungspraktiken auseinanderzusetzen. Der Umfang der von Big-Tech-Unternehmen gesammelten Daten geht weit über das hinaus, was die Nutzer wissentlich zur Verfügung gestellt haben, und umfasst auch die ohne ausdrückliches Wissen gesammelten Daten (Chapman, 2024). Dies ist das Geschäftsmodell von Big Tech. Es macht persönliche Daten zu einer Ware, um das Verhalten in großem Maßstab zu manipulieren, was auf dem Konzept des Überwachungskapitalismus beruht (Zuboff, 2019). Während Big-Tech-Unternehmen ihre Fähigkeiten zur Erfassung und Analyse großer Datenmengen verfeinern, überschneiden sich ihre Tätigkeiten zunehmend mit den Interessen und Aktivitäten des Staates (Gonzalez, 2023).

Die Verbindung von staatlichen Interessen und Big Tech ermöglicht einen gemeinsamen Raum, in dem sich die Ziele der Sicherheit und der kommerziellen Gewinnerzielung überschneiden und gegenseitig verstärken. Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür ist die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten den Großteil ihrer Überwachung an private Unternehmen auslagern, die hauptsächlich im Silicon Valley ansässig sind (Leetaru, 2019). Durch die Zusammenarbeit mit großen Unternehmen hat die US-Regierung seither ein Überwachungsökosystem geschaffen, das Big Tech auf den Sockel hebt, wo sie nicht nur als Anbieter von Überwachungsinfrastrukturen fungieren, sondern auch von lukrativen Verträgen profitieren, die ihre Marktdominanz aufrechterhalten.

Ein Beispiel hierfür ist die rechtzeitige Streichung der Formulierung aus den Nutzungsrichtlinien von OpenAI, die die Nutzung seiner Technologie für militärische Zwecke verbietet (Biddle, 2024a). Diese Änderung kommt zu einem kritischen Zeitpunkt, da die anhaltende Besetzung des Gazastreifens den Einsatz von KI-Systemen wie „Lavender“ und „The Gospel“ verdeutlicht, die das Massenschlachten und die Zerstörung automatisiert haben (Fatafta & Leufer, 2024). Gleichzeitig machte das US-Afrika-Kommando (AFRICOM) Schlagzeilen, da es als erstes US-Kampfruppen-Kommando offiziell OpenAI-Produkte erwarb (Biddle, 2024c). Berichte von Shrivastava und Brester haben die jüngsten Engagements von OpenAI in Verteidigungsprojekten im Anschluss an die Partnerschaft mit Carahsoft, einem Auftragnehmer der Regierung, der kürzlich in Vorwürfe der Preisabsprache bei Verträgen mit dem Verteidigungsministerium verwickelt war, detailliert beschrieben. OpenAI gab auch seine Partnerschaft mit Anduril Industries bekannt, einem Startup-Unternehmen im Verteidigungsbereich, das Militärsoftware herstellt (Marcus, 2024).

Meta Platforms Inc. ging noch einen Schritt weiter und bot ihr sogenanntes Open-Source-KI-Modell Llama Militärunternehmen an, um „die globale Sicherheit zu fördern und die USA im globalen Wettlauf um die KI-Führungsrolle zu etablieren“ (Clegg, 2024). Auch Google hat seine Absichten vorangetrieben und Gemini aktiv für nationale Sicherheitsanwendungen in Israel beworben, ein Vorhaben, das von Haskins (2024) detailliert beschrieben wird. Bis 2025 plant Google, Gemini für militärische und nachrichtendienstliche Anwendungen in den USA anzupassen und seine Operationen in die militärischen Ziele des Staates zu integrieren (Kelley & DiMolfetta, 2024).

ChatGPT, Gemini und Llama sind spezifische Beispiele für große Sprachmodelle (LLM), die die neueste Iteration der aktuellen Entwicklung im Bereich ML darstellen. Diese Modelle sind zunehmend integraler Bestandteil verschiedener Anwendungen wie der Verarbeitung natürlicher Sprache und der prädiktiven Analyse. Aber LLMs sind nur die Spitze des Eisbergs, wenn es um den Einsatz von KI zur Überwachung geht. Die zugrunde liegende Technologie ist in der Lage, riesige Mengen unstrukturierter Daten zu interpretieren, was beispiellose Möglichkeiten bietet, die von Gesichtserkennungstechnologie, Objektverfolgung, Emotionserkennung bis hin zur Sprachklassifizierung reichen. Die Zusammenarbeit des israelischen Militärs mit Google und Amazon im Rahmen des Projekts Nimbus ist ein Beispiel für diese Schnittstelle (Baroud, 2022). Im Rahmen eines Vertrags über 1,2 Milliarden US-Dollar wurden Google Cloud Platform und Amazon Web Services ausgewählt, um israelischen Regierungsbehörden fortschrittliche Cloud-Computing-Dienste bereitzustellen, die KI-Funktionen wie Gesichtserkennung und Objektverfolgung umfassen (Biddle, 2024b).

Dieses Bestreben, KI über LLMs hinaus in die nationale Sicherheit zu integrieren, ist nicht nur in Israel zu beobachten. Im Jahr 2019 begann die US-amerikanische Zoll-

und Grenzschutzbehörde damit, die Google-Cloud-Technologie zur Verarbeitung von Bildmaterial aus ihrem umfangreichen Netzwerk von Grenzüberwachungstürmen zu nutzen (Bastone, 2019). Auch die australische Armee (2024) ist eine bedeutende Partnerschaft im Wert von 2 Milliarden US-Dollar mit Amazon eingegangen, um eine streng geheime Datenwolke zur Speicherung von geheimen Militär- und Geheimdienstinformationen zu schaffen. Nicht weit davon entfernt wurde festgestellt, dass die New Zealand Defence Force (NZDF) sich häufig mit Technologieunternehmen und Risikokapitalgebern getroffen hat, um über fortschrittliche Technologie und Spionagetechnologie zu diskutieren (Pennington, 2024). Im Juni 2023 investierte die britische Armee 4,6 Millionen Pfund in fortschrittliche Militärtechnologie, indem sie Hunderte von SMASH-Zielfernrohren für intelligente Waffen bestellte. Unter dem Motto „Ein Schuss, ein Treffer“ nutzt das System KI, um sich bewegende Ziele durch ausgeklügelte Bildverarbeitung effizient zu erkennen, zu verfolgen und anzugreifen (Saballa, 2023). Auf der anderen Seite des Atlantiks setzt die US-Armee KI-gestützte Waffen ein, um ihre Tötungsketten zu beschleunigen (Graham, 2023). Die USA überprüfen derzeit auch die Gesetzgebung, die die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Beschleunigung von KI-Experimenten, -Governance und -Implementierung in der gesamten Five-Eyes-Allianz vorsieht (Vincent, 2023). Die Allianz hat sich auch aktiv für die weltweite Abschaffung der Verschlüsselung eingesetzt und die Schaffung einer Hintertür gefordert (Office of Public Affairs, 2020). Die laufende Kampagne gegen Verschlüsselung, die als „rechtmäßiger Zugang“ und „verantwortungsvoll verwaltete Verschlüsselung“ (Federal Bureau of Investigation, n.d.) vermarktet wird, zielt darauf ab, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass die Einführung von Hintertüren ein Gleichgewicht zwischen Privatsphäre und Sicherheit schaffen kann.

Die Verbindung zwischen Staat und Kapital hat einen so genannten Techno-Überwachungsstaat hervorgebracht. Die wachsende Abhängigkeit der Regierungen von Technologien, die von der Big-Tech-Oligarchie bereitgestellt werden, hat dazu geführt, dass diese Unternehmen mehr Macht ausüben als Regierungen. Khanal, Zhang und Taeihagh (2024) haben veranschaulicht, wie Big Tech durch die Monopolisierung von Talenten, umfangreichen Trainingsdatensätzen und bedeutenden Rechenressourcen eine Kultur des Vertrauens gefördert hat. Und da Regierungen eifrig am KI-Wettbewerb teilnehmen, könnte die Einführung und Nutzung verschiedener generativer KI-Modelle, die sich im Besitz von Big Tech befinden, den Einfluss von Unternehmen weiter festigen.

Globale Ausbreitung der KI-gesteuerten Überwachung

Der Aufstieg des globalen Überwachungsstaats wird häufig mit China in Verbindung gebracht. Und in der Tat gibt es keinen Grund, zu beschönigen, wie die chinesische Regierung und ihre Unternehmen maßgeblich dazu beigetragen haben, Zensur- und Überwachungstechnologien in viele Länder der Welt zu exportieren. Aber es wäre heuchlerisch, den größeren und mächtigeren Elefanten im Raum nicht anzusprechen – den Hegemon USA. Die Ereignisse vom 11. September wurden von Haggerty & Gazso (2005) als eine opportunistische Expansion für den globalen Überwachungsstaat charakterisiert. In dieser Zeit wurde der Begriff des „amerikanischen Heimatlandes“ über die physischen Grenzen des Landes hinaus projiziert, wodurch die US-amerikanischen Überwachungs- und Sicherheitsmaßnahmen weit über das Territorium hinaus ausgeweitet wurden (Miller, 2019). Die Enthüllungen von Edward Snowden und Thomas Drake gaben nur einen kleinen Einblick in den Umfang dieses Apparats.

Die USA haben eine lange Geschichte und anhaltende Interessen in der asiatisch-pazifischen Region, die sie durch den Einsatz militärischer und wirtschaftlicher Strategien schützen (Torreli, 2013). Ein wesentlicher Bestandteil dieser Strategien ist der Aufbau militärischer Allianzen, um die Fähigkeit der USA zu verbessern, Bewegungen und Kommunikation in einer der am härtesten umkämpften Regionen der Welt zu überwachen. Die USA unterhalten Allianzen mit mehreren Nationen in der Region, darunter Thailand und die Philippinen (Miller, 2019; US-Außenministerium, n.d.). Im Jahr 2015 unterzeichneten Singapur und die USA das Enhanced Defense Cooperation Agreement, um die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen zu stärken (Außenministerium Singapur, n.d.).

Die von Snowden geleakten Dokumente enthüllten Singapurs Rolle bei der Bereitstellung von Informationen über Malaysia und Indonesien an die Five Eyes Alliance über das SEA-ME-WE-3-Kabel (Einhorn, 2013). SingTel, das sich mehrheitlich im Besitz von Temasek Holdings befindet, wurde beschuldigt, den Zugang zum Kabel ermöglicht zu haben (Hunter, 2013). Laut Dorling (2013) sind die Abhörmaßnahmen Teil eines globalen Netzwerks, das in einem Planungsdokument der National Security Agency als Wegbereiter für das „goldene Zeitalter“ der Signalaufklärung beschrieben wird, die „jeden, überall und jederzeit“ verfolgt. Die Enthüllungen über die Beteiligung Singapurs an der Bereitstellung von Informationen für die Five-Eyes-Allianz geben einen Einblick in die umfassenderen Überwachungsmöglichkeiten des Stadtstaates, die sich auch auf die Überwachung seiner eigenen Bürger erstrecken. Aus dem AIGS-Bericht von 2019 geht hervor, dass Militärausgaben ein guter Indikator dafür sind, dass eine Regierung ein KI-gesteuertes Überwachungssystem einsetzen würde.

Insbesondere Singapur, das mit 11 Milliarden US-Dollar die höchsten Verteidigungsausgaben in der ASEAN hat (Singh, 2023), ist auch führend bei der Einführung

dieser fortschrittlichen Überwachungsmöglichkeiten. Laut dem neuesten Bericht von Surfshark (2024) liegt Singapur weltweit auf Platz drei und in Asien auf Platz eins, was die Überwachung in den sozialen Medien betrifft. Diese Rangliste basiert auf der Anzahl der Benutzerkonten, die in Datenanfragen lokaler Behörden und Strafverfolgungsbehörden an Big-Tech-Unternehmen angegeben wurden, wobei in Singapur 607,1 Konten pro 100.000 Menschen ins Visier genommen wurden. Dies wird durch die Tatsache, dass der Inselstaat über mindestens 20.000 wireless@SG-Hotspots (Baharudin, 2014) verfügt, die inzwischen zu einer Plattform für eine umfassende Massenüberwachung geworden sind, noch brisanter. Singapore Internet Watch (flyingkai, 2022) berichtete, dass seit Inkrafttreten des Gesetzes zum Schutz vor Online-Falschmeldungen und -Manipulation im Oktober 2019 96 Anordnungen gegen Nachrichten-Websites, gemeinnützige Organisationen, Oppositionspolitiker und Social-Media-Nutzer erlassen wurden. Ein Bericht des US-Außenministeriums (2021) hob hervor, dass die singapurischen Strafverfolgungsbehörden, wie das Internal Security Department und das Corrupt Practices Investigation Bureau, über fortschrittliche Netzwerke zur Informationsbeschaffung und Überwachung verfügen, ohne dass gerichtliche Anordnungen erforderlich sind.

Die Überwachung in Singapur geht weit über den digitalen Bereich hinaus. Eine Studie von Comparitech (Bischoff, 2023) stuft das Land mit mindestens 109.072 Überwachungskameras als sechstmeistüberwachte Stadt der Welt außerhalb Chinas ein. Die Gesichtserkennungstechnologie wurde bereits 2018 im Rahmen der Initiative „Lamp-post-as-a-Platform (LaaP)“ getestet, an der über 100.000 Laternenmasten in ganz Singapur beteiligt waren, um den Behörden dabei zu helfen, Gesichter von Personen in der Öffentlichkeit zu identifizieren und zu erkennen (Aravindan & Geddie, 2018). Eine weitere Gesichtserkennungstechnologie soll ab 2024 im Bezirk Punggol eingeführt werden (Gov Tech Singapore, 2024). Bis 2020 war Singapur das erste Land, das Gesichtserkennungstechnologie in sein digitales ID-System integrierte, das den Bürgern den Zugang zu digitalen Behördendiensten ermöglicht (McDonald, 2020). Und da die Polizei von Singapur (SPF) plant, tragbare Technologien wie intelligente Brillen mit Gesichtserkennungstechnologie zu erforschen (Choi, 2019), schwindet die Grenze zwischen Sicherheitsüberwachung und Privatsphäre immer mehr.

Es ist nicht überraschend, dass die Einführung von Überwachungspraktiken in Singapur von der Öffentlichkeit allgemein gut aufgenommen wurde, da sie oft als notwendiges Mittel zur Aufrechterhaltung sauberer und sicherer Straßen dargestellt wird (Fukada, 2020). Diese Begründung ist zu einer gängigen Rechtfertigung geworden, die von der Regierung verwendet wird, um die Zustimmung der Öffentlichkeit zu erwirken. Auf dem Höhepunkt der COVID-Pandemie führte Singapur die App TraceTogether ein, um seine Gesundheitsfachkräfte zu schützen. Matthews, Tan und Suhaini (2020) stellten fest, dass eine deutliche Mehrheit derjenigen, die der

Meinung waren, dass Apps zur Kontaktverfolgung obligatorisch sein sollten, auch die Nachverfolgung ohne Zustimmung unterstützten, wobei 76,6 % zustimmten.

Die zunehmende Nutzung von Überwachung in Singapur spiegelt den allgemeinen Trend wider, dass Regierungen KI-gesteuerte Überwachung einsetzen, um ihre Macht weiter zu festigen. Singapur nutzt die Rhetorik der „nationalen Sicherheit“ als Instrument, um invasive Überwachungspraktiken im Alltag zu verschärfen. Diese Darstellung etabliert Überwachung als akzeptierte Norm und verankert sie im Gefüge der Gesellschaft unter der Prämisse, dass solche Maßnahmen das Sicherheitsgefühl tatsächlich erhöhen. Singapur wurde im Rahmen des RAMPART-A-Programms als Partner der dritten Ebene eingestuft. Im Rahmen dieser Vereinbarung lieferten die USA den Gastländern Werkzeuge und Geräte für die Datenverarbeitung und -analyse. Die Partnerländer können dann die NSA-Technologie nutzen, um Daten zu verarbeiten und zu analysieren, die über ihre Grenzen ein- und ausgehen (Gallagher, 2014). Dieser Trend zeigt die Realpolitik hinter der Bildung eines globalen Überwachungsstaates. Die Allianz, die die USA im asiatisch-pazifischen Raum aufbauen, ist ein Beispiel dafür, wie der Hegemon die Musik, die Kleidung und die Choreografie für alle darunter festlegt. Und durch diese Ordnung haben wir beobachtet, dass Staaten, die sich der etablierten Ordnung anschließen, tendenziell von der „ausgehandelten“ Harmonie profitieren (Keiber, 2015, S. 17). Diese Ausrichtung gewährt ihnen den Spielraum, ihre eigene Bevölkerung unter dem Deckmantel der Aufrechterhaltung von Ordnung und Stabilität zu überwachen und sich gleichzeitig der Kritik der sogenannten internationalen Gemeinschaft zu entziehen. Dies geschieht selbst dann, wenn sie Menschenrechtsverletzungen begehen, für die sich die liberale Ordnung angeblich einsetzt.

KI-gesteuerte Überwachung und Gedankenfreiheit

Die Enthüllungen von Snowden stammen aus der Zeit vor der Entwicklung proprietärer KI-Tools wie ChatGPT. Dennoch gaben sie einen Einblick in die Zukunft der Überwachung. Die vom NSA-Direktor Keith Alexander befürwortete „Collect it all“-Strategie (Nakashima & Warrick, 2013) verdeutlichte das Potenzial von KI bei der Verbesserung von Überwachungsmöglichkeiten. Die Verbreitung von KI-gesteuerten Überwachungstechnologien, wie wir sie heute sehen, und die Vertiefung der Partnerschaft zwischen Militär und Big Tech haben neue Bedrohungen für unsere Gedankenfreiheit geschaffen.

Um die Gedankenfreiheit wirklich zu verstehen, ist es unerlässlich, sich gründlich von dem liberalen Verständnis zu lösen, dass es einfach bedeutet, ohne unzulässige Beeinflussung denken zu können (Swaine, 2016). Diese Überzeugung misst der individuellen Autonomie einen hohen Wert bei, was sie von kollektiven sozialen Faktoren unterscheidet, die das Denken überwiegend behindern. Sie als bloße Abwesenheit

von Einmischung zu beschreiben, geht an den materiellen Bedingungen vorbei, die die intellektuelle Autonomie grundlegend einschränken. Die Trennung zwischen dem idealisierten Konzept der Menschenrechte und der Realität des Alltags im Kapitalismus zeigt die Widersprüche innerhalb des kapitalistischen Systems (Harvey, 2014). Gedanken werden durch die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen geformt. Das bedeutet, dass Gedanken zwar durch Überbauten von Ideologien wie Bildungseinrichtungen und Medien manifestiert werden (Parenti, 1993), die Entscheidungen darüber, welche Ideen und Gedanken als frei gelten sollten, jedoch auf der wirtschaftlichen Basis bleiben. Daher bestimmen diejenigen, die die Produktionsmittel und die Verteilung der Ressourcen definieren und besitzen, letztendlich die Obergrenze dessen, was in der Gesellschaft als akzeptables freies Denken gilt (Corrigan & Sayer, 1985).

Im Kern geht es bei der Gedankenfreiheit oder deren Fehlen um Macht, Herrschaft und Kontrolle (Shaw, 1989). Es handelt sich um einen dialektischen Prozess, der eng mit der Emanzipation der Menschheit von der Entfremdung verbunden ist, die das kapitalistische System mit sich bringt. Marx und Engels (2022) argumentierten, dass die Ideen einer bestimmten Zeit oder Periode von den Ideen der herrschenden Klasse geprägt sind, die dann ihre Interessen in das kollektive Bewusstsein einpflanzen. Damit eine solche Dominanz bestehen bleibt, sollte es Mechanismen geben, um die Einhaltung durch Zwang und passive Zustimmung sicherzustellen (Ikenberry, 2004). Dies ist die Grundlage von Gramscis (1975) Hegemoniekonzept, das sich damit befasst, wie Menschen einer Gehirnwäsche unterzogen werden, um ihrer eigenen Unterdrückung zuzustimmen, was wiederum die herrschenden Interessen in der Gesellschaft sichert und legitimiert. Wie Keiber (2015) feststellte, „[s]tammt die Überwachungshegemonie (...) von Ideen, die Überwachungspraktiken normalisieren, und von Institutionen, die sie konkretisieren.“

KI-gesteuerte Überwachungssysteme dienen als doppelte Kontrollinstrumente. Erstens fungieren sie als repressive Mechanismen, die Einzelpersonen überwachen und disziplinieren, um die Einhaltung des Kapitals durchzusetzen. Zweitens sind sie ideologische Apparate, die Überwachung als notwendige, ja sogar wohlwollende Reaktion normalisieren. Dazu gehört, dass Überwachung mit der paternalistischen Sprache der Fürsorge (Bielefeld, 2018) ummantelt wird, die als demokratischer Apparat verpackt ist, und als die einzig notwendige Antwort auf eine ständige Bedrohung verkauft wird. Was einst als vorübergehend galt, ist heute zu einem festen Bestandteil der staatlichen Regierungsführung geworden und stärkt die Rolle der KI-gesteuerten Überwachung bei der Verwaltung von Bevölkerungen. Diese Rechtfertigung knüpft an das an, was Agamben (2004) als Ausnahmezustand bezeichnet, in dem außergewöhnliche Maßnahmen legitimiert sind, um wahrgenommene existenzielle Bedrohungen zu bekämpfen. Innerhalb dieses Paradigmas wird die aktive Militarisierung städtischer Räume etabliert (Spanu, 2023). Der Ausnahmezustand verwandelt eine

Stadt, einen Ort der Kultur, der Gemeinschaft und des Handels, in Schauplätze der Kontrolle, Überwachung und Unterdrückung. Die Militarisierung des städtischen Raums ist eine bewusste Neukalibrierung der Funktionsweise von Städten und stellt eine räumliche Manifestation sozialer Spaltungen dar, die die Gemeinden der Arbeiterklasse unverhältnismäßig stark einer verstärkten Überwachung aussetzen. Die massenhafte Sammlung von Daten aus intelligenten Städten in sozialen Medien hat die Unschuldsvermutung auf den Kopf gestellt und behandelt jeden als schuldig, bis seine Unschuld bewiesen ist (Privacy International, 2020). Milaj und Bonnici (2014, S. 424) verglichen die massenhafte Sammlung von Daten mit einem „Fishing Expedition“, bei dem ein breites Fischernetz in die Gewässer geworfen wird, in der Hoffnung, dass „irgendwelche Beweise“ auftauchen.

Das breite Netz der Datenerfassung, das für die KI-gesteuerte Überwachung erforderlich ist, normalisiert nicht nur die Überwachung, sondern fördert auch eine neue Verhaltensweise bei den Überwachten. Aufgrund der Allgegenwart der KI-gesteuerten Überwachung neigen Einzelpersonen dazu, ihr Verhalten zu ändern, nicht weil sie wissen, dass sie beobachtet werden, sondern weil sie wissen, dass sie beobachtet werden könnten (Büchi, Festic & Latzer, 2022). Ähnlich wie Benthams (2011) Panoptikum erzeugt die Denkweise vor der Überwachung einen allgegenwärtigen, andauernden Zustand der Hyperangst und des Hyperbewusstseins, der das Urteil des Überwachungssystems erwartet und vorwegnimmt. Nacheinander verinnerlichen die Menschen die Logik der Überwachung und untergraben ihre eigene Gedankenfreiheit, wodurch ein falsches Bewusstsein entsteht, das Konformität zu einem Akt der Selbsterhaltung macht (Thompson, 2015).

Dies äußert sich in Selbstzensur, die die Fähigkeit zu träumen erstickt. Wenn man den Bezug zur Realität verliert, wird man Teil eines Systems, das Menschen in einem psychologischen Gefängnis gefangen halten will. Das Ziel, Menschen mit dem Überleben zu beschäftigen, was oft durch materielle Not angetrieben und durch das psychologische Gewicht der KI-gesteuerten Überwachung verstärkt wird, führt dazu, dass sie die Möglichkeit aus den Augen verlieren, tatsächlich über die mentalen Mauern hinauszuwachsen, die durch den Status quo errichtet wurden. Wenn dies lange genug geschieht, werden Generationen von unterwürfigen Menschen erzeugt, die weniger geneigt sind, die herrschenden Narrative in der Gesellschaft infrage zu stellen oder herauszufordern, die „sie daran hindern, ihre wirklichen Klasseninteressen zu verstehen“ (Pines, 1993, S. 51). So entsteht eine homogenisierte Kultur, in der kritisches Denken eingeschränkt wird.

Schlussfolgerung

Der Beginn der KI-gesteuerten Überwachung markiert den Tod des Selbst. Es ist die Erfüllung der Entfremdung des Menschen (Dainow, 2015), uns in bloße Körper ohne

Gedanken und Ausdruck zu verwandeln. KI-gesteuerte Überwachung entfremdet die Arbeiterklasse von unserer eigenen Menschlichkeit durch die Kommodifizierung von Identitäten, die uns als bloße Datenpunkte in einer riesigen Tabelle betrachtet. Die aus der KI-gesteuerten Überwachung gewonnenen Daten fließen in gezielte Werbung und politisches Profiling ein, wodurch eine Rückkopplungsschleife entsteht, in der die Interessen des Kapitals die Grenzen des akzeptablen Denkens diktieren. Von der Überwachung am Arbeitsplatz, die dazu führt, dass die Belegschaft aus Angst vor Repressalien nicht bereit ist, unterdrückerische Normen infrage zu stellen, bis hin zur Überwachung im öffentlichen Raum, die die Artikulation von Beschwerden unterdrückt, sehen wir die Stärkung von Kontrollsystemen, die die Einhaltung nicht durch offene Gewalt, sondern durch die subtile Manipulation von Entscheidungen und die Unterdrückung von Dissens sicherstellen. Die daraus resultierende Gesellschaft ist eine ruhigere, weniger lebendige Öffentlichkeit, in der der Puls des demokratischen Engagements unter den wachsamen Augen schwächer wird.

Ich habe dieses Kapitel mit einer Anspielung auf die Geschichte von Diana Hunter begonnen, die sich den Mächten der Maschine widersetzte, indem sie ein Netz von Identitäten aufbaute. Hunters Widerstand erweist sich als ein ergreifendes Zeugnis dafür, dass Überwachung niemals neutral ist. Es ist unmöglich, ein System zu reformieren, das auf Herrschaft, Ungleichheit, Marginalisierung und Kriminalisierung beruht. Bemühungen, ein solches System zu reformieren, werden nur dazu dienen, seine Stellung in der Gesellschaft zu stärken. Wie Monahan (2023, S. 14) treffend feststellt: „Die einzige ethische Überwachung ist keine Überwachung.“ Während die allgegenwärtige Normalisierung der KI-Überwachung eine Illusion der Unvermeidlichkeit und manchmal der Ohnmacht erzeugen kann, war Widerstand schon immer ein Eckpfeiler des menschlichen Fortschritts. Ursula K. Le Guin sagte in ihrer Dankesrede im Jahr 2014, dass „jeder menschlichen Macht von Menschen widerstanden und sie verändert werden kann“. Der Kampf gegen die KI-gesteuerte Überwachung ist ein Kampf um die Seele der Menschheit. Es ist ein Kampf um die Fähigkeit, sich eine Welt jenseits von Ausbeutung und Entfremdung vorzustellen. Das Ziel besteht jedoch nicht nur in der Abschaffung von Überwachungssystemen, sondern auch im Aufbau einer Gesellschaft, in der solche Systeme unnötig sind: einer Gesellschaft, in der Freiheit und Würde Grundprinzipien sind und keine Privilegien, die von der Gnade der Machthaber abhängen.

Quellen

- Agamben, G. (2004). *State of exception* (K. Attell, Trans.). University of Chicago Press.
- Al Shamsi, H. R. S., & Safei, S. A. (2023). Artificial Intelligence Adoption in Predictive Policing to Predict Crime Mitigation Performance. *International Journal of Sustainable Construction Engineering and Technology*, 14(3), 289-298.

- Aravindan, A., & Geddie, J. (2018, April 13). Singapore to test facial recognition on lampposts, stoking privacy fears. Reuters. <https://www.reuters.com/article/technology/singapore-to-test-facial-recognition-on-lampposts-stoking-privacy-fears-idUSKBN1HK0S6/>
- Baharudin, H. (2018, October 09). More than 20,000 Wireless@SG hot spots currently in Singapore: IMDA. The Straits Times. <https://web.archive.org/web/20240414115457/https://www.straitstimes.com/singapore/more-than-20000-wireless-hot-spots-now-in-singapore-imda>
- Baroud, R. (2022, March 26). The Billion Dollar Deal that Made Google and Amazon Partners in the Israeli Occupation of Palestine. Common Dreams. <https://www.commondreams.org/views/2022/03/26/billion-dollar-deal-made-google-and-amazon-partners-israeli-occupation-palestine>
- Bastone, N. (2019, August 22). Google pushed an exception through to allow US Customs and Border Protection to try a key cloud product for free, even as 1,300 Google employees protest any work with the agency. Business Insider. <https://www.businessinsider.in/google-pushed-an-exception-through-to-allow-us-customs-and-border-protection-to-try-a-key-cloud-product-for-free-even-as-1300-google-employees-protest-any-work-with-the-agency/articleshow/70795844.cms>
- Bentham, J. (2011). *The Panopticon writings*. (M. Božovic, Ed.). Verso.
- Biddle, S. (2024a, January 12). Israeli weapons firms required to buy cloud services from Google and Amazon. The Intercept. <https://theintercept.com/2024/05/01/google-amazon-nimbus-israel-weapons-arms-gaza/>
- (2024b, May 1). U.S. military makes first confirmed OpenAI purchase for war-fighting forces. The Intercept. <https://theintercept.com/2024/01/12/open-ai-military-ban-chatgpt/>
- (2024c, October 25). U.S. military makes first confirmed OpenAI purchase for war-fighting forces. The Intercept. <https://theintercept.com/2024/01/12/open-ai-military-ban-chatgpt/>
- Bielefeld, S. (2018). Cashless welfare transfers for 'vulnerable' welfare recipients: Law, ethics and vulnerability. *Feminist Legal Studies*, 26, 1-23.
- Birks, D., Townsley, M., & Hart, T. (2023). Predictive policing in an Australian context: Assessing viability and utility. *Trends and Issues in Crime and Criminal Justice*, (666), 1-22.
- Bischoff, P. (2023, May 23). Surveillance camera statistics: which are the most surveilled cities? Comparitech. <https://www.comparitech.com/vpn-privacy/the-worlds-most-surveilled-cities/>
- Brown, A. J. (2020). „Should I stay or should I leave?": Exploring (dis) continued Facebook use after the Cambridge Analytica scandal. *Social media+ society*, 6(1), 2056305120913884
- Büchi, M., Festic, N., & Latzer, M. (2022). The chilling effects of digital dataveillance: A theoretical model and an empirical research agenda. *Big Data & Society*, 9(1), 20539517211065368.
- Buzan, B., & Wæver, O. (2009). Macrosecuritisation and security constellations: reconsidering scale in securitisation theory. *Review of International Studies*, 35(2), 253-276.
- Chapman, S. (2024, October 21). Big-Tech Data Collection: What They Know & How to Protect Your Information Online in 2024. PrivacyJournal.net. <https://www.privacyjournal.net/big-tech-data-collection/>

- Choi, T. C. (2019, April 11). Singapore Police Force Exploring New Tech Like Smart Glasses With Facial Recognition. Mustshare News. <https://mustsharenews.com/singapore-police-force-tech/>
- Clegg, N. (2024, November 04). Open Source AI Can Help America Lead in AI and Strengthen Global Security [Press Release]. <https://about.fb.com/news/2024/11/open-source-ai-america-global-security/>
- Corrigan, P. R. D., & Sayer, D. (1985). *The great arch: English state formation as cultural revolution*. Blackwell Publishing.
- Dainow, B. (2016). Digital alienation as the foundation of online privacy concerns. *Acin Sigcas Computers and Society*, 45(3), 109-117.
- Defence Australia (2024, July 4). Australian Government partners with Amazon Web Services to bolster national defence and security [Press Release]. Australian Government. <https://www.minister.defence.gov.au/media-releases/2024-07-04/australian-government-partners-amazon-web-services-bolster-national-defence-and-security>
- Dorling, P. (2013, November 25). Singapore, South Korea revealed as Five Eyes spying partners. *The Sydney Morning Herald*. <https://www.smh.com.au/technology/singapore-south-korea-revealed-as-five-eyes-spying-partners-20131124-2y433.html>
- Einhorn, B. (2013, November 26). Singapore and Australia Hit by Latest Snowden Spying Leak. *Bloomberg*. <https://www.bloomberg.com/news/articles/2013-11-26/singapore-and-australia-hit-by-latest-snowden-spying-leak>
- Ericson, R. V., & Haggerty, K. D. (2000). The surveillant assemblage. *British Journal of Sociology*, 51(4), 605-622.
- Eubanks, V. (2018). *Automating inequality: How high-tech tools profile, police, and punish the poor*. St. Martin's Press.
- Fatafta, M., & Leufer, D. (2024, May 9). Artificial Genocidal Intelligence: how Israel is automating human rights abuses and war crimes. Access Now. <https://www.accessnow.org/publication/artificial-genocidal-intelligence-israel-gaza/>
- Federal Bureau of Investigation. (n.d.). Warrant-Proof Encryption and Lawful Access. <https://www.fbi.gov/about/mission/lawful-access>
- Feldstein, S. (2019). *The global expansion of AI surveillance*. Carnegie Endowment for International Peace.
- (2022). AI & Big Data Global Surveillance Index (Mendeley Data; Version 4) [Data set]. <https://data.mendeley.com/datasets/gjhf5y4xjp/4>
- Ferguson, A. G. (2017). *The rise of big data policing: Surveillance, race, and the future of law enforcement*. In *The Rise of Big Data Policing*. New York University Press.
- flyingkai. (n.d.). POFMA'ed dataset [Data set]. GitHub. Retrieved from <https://github.com/flyingkai/POFMAed/blob/master/POFMA\ed%20Dataset.xlsx>
- Fukada, A. (2020, February 4). Surveillance, 'Big Brother' government made Singapore 'perfect place to grow up'. *The Occidental*. <https://theoccidentalnews.com/opinions/2020/02/04/surveillance-big-brother-government-made-singapore-perfect-place-to-grow-up/2899867>
- Gallagher, R. (2014, June 19). How secret partners expand NSA's surveillance dragnet. *The Intercept*. <https://theintercept.com/2014/06/18/nsa-surveillance-secret-cable-partners-revealed-rampart-a/>

- Gates, K. A. (2011). *Our biometric future: Facial recognition technology and the culture of surveillance* (Vol. 2). NYU Press.
- Gonzales, R. (2023). Militarising big tech. the rise of silicon valley's digital defence industry. TNI, Available at: <https://www.tni.org/en/article/militarising-big-tech>, 1-12.
- GovTech Singapore. (2024, April 25). 3 smart city innovations in Singapore you may not know [Press Release]. <https://www.tech.gov.sg/media/technews/3-smart-city-innovations-in-singapore-you-may-not-know/>
- Graham, D. (2023, January 9). Army developing faster, improved data 'kill chain' for lethal and non-lethal fires. US Army. https://www.army.mil/article/263145/army_developing_faster_improved_data_kill_chain_for_lethal_and_non_lethal_fires
- Gramsci, A. (1975). *Prison Notebooks*. Columbia University Press.
- Haggerty, K. D., & Gazso, A. (2005). Seeing beyond the ruins: Surveillance as a response to terrorist threats. *Canadian Journal of Sociology/Cahiers canadiens de sociologie*, 169-187.
- Harkaway, N. (2017). *Gnomon*. Random House.
- Harvey, D. (2014). *Seventeen contradictions and the end of capitalism*. Oxford University Press.
- Haskins, C. (2024, September 27). Google Was Set to Host an Israeli Military Conference. When We Asked About It, the Event Disappeared. *The Intercept*. <https://theintercept.com/2024/09/27/google-israel-defense-tech-conference/>
- Hunter, M. (2013, December 13). Is Singapore Western intelligence's sixth eye in Asia?. *Independent Australia*. <https://independentaustralia.net/politics/politics-display/is-singapore-western-intelligences-sixth-eye-in-asia,5987>
- Ikenberry, G. J. (2004). Liberalism and empire: Logics of order in the American unipolar age. *Review of International Studies*, 30(4), 609-630.
- Keiber, J. (2015). Surveillance Hegemony. *Surveillance & Society*, 13(2), 168-181. <https://doi.org/10.24908/ss.v13i2.5299>
- (2015). Surveillance hegemony. *Surveillance & Society*, 13(2), 168-181.
- Kelley, A., & DiMolfetta, D. (2024, October 17). Google announces AI offering for classified environments. *Washington Technology*. <https://www.washingtontechnology.com/companies/2024/10/google-announces-ai-offering-classified-environments/400359/>
- Khanal, S., Zhang, H., & Taihagh, A. (2024). Why and how is the power of Big Tech increasing in the policy process? The case of generative AI. *Policy and Society*.
- Leetaru, K. (2019, June 18). Much Of Our Government Digital Surveillance Is Outsourced To Private Companies. *Forbes*. <https://www.forbes.com/sites/kalevleetaru/2019/06/18/much-of-our-government-digital-surveillance-is-outsourced-to-private-companies/>
- Le Guin, U. K. (2014, November 19). The National Book Foundation Medal for Distinguished Contribution to American Letters [Speech audio recording]. Ursula K. Le Guin. <https://www.ursulaklequin.com/nbf-medal>
- Lindenmuth, K. (2019). Prevention or self-fulfilling prophecy? Predictive policing's erosion of the presumption of innocence. *Law School Student Scholarship*, (1018)
- Llauradó, J. M., Pujol, F. A., Tomás, D., Visvizi, A., & Pujol, M. (2023). Study of image sensors for enhanced face recognition at a distance in the Smart City context. *Scientific Reports*, 13(1), 14713.

- McDonald, T. (2020, September 25). Singapore in world first for facial verification. BBC. <https://www.bbc.com/news/business-54266602>
- Marcus, J. (2024, December 05). OpenAI announces weapons company partnership to provide AI tech to military. Independent. <https://www.independent.co.uk/news/world/americas/openai-chatgpt-anduril-pentagon-elon-musk-b2659175.html>
- Marx, G. T. (2016). *Windows into the Soul: Surveillance and Society in an Age of High Technology*. University of Chicago Press.
- Marx, K., & Engels, F. (2022). *The German Ideology: A New Abridgement*. Watkins Media Limited.
- Mathews, M., Tan, A., & Suhaini, S. (2020). Attitudes towards the use of surveillance technologies in the fight against COVID-19. Institute of Policy Studies. <https://lkyspp.nus.edu.sg/docs/default-source/ips/ips-report-on-attitudes-towards-the-use-of-surveillance-technologies-in-the-fight-against-covid-19-240520.pdf>
- Milaj, J., & Bonnici, J. P. M. (2014). Unwitting subjects of surveillance and the presumption of innocence. *Computer Law & Security Review*, 30(4), 419-428.
- Miller, T. (2019). *Empire of Borders: The Expansion of the US Border around the World*. Verso Books.
- Ministry of Foreign Affairs Singapore. (n.d.). About Singapore-US Relations. Ministry of Foreign Affairs. <https://www.mfa.gov.sg/Overseas-Mission/Washington/About-Singapore-US-Relations>.
- Miro-Llinares, F. (2020). Predictive policing: utopia or dystopia? On attitudes towards the use of big data algorithms for law enforcement. *IDP: revista de Internet, derecho y política= revista d'Internet, dret i política*, (30), 5.
- Mitsilegas, V., & Vavoula, N. (2017). The Normalization of surveillance of movement in an era of reinforcing privacy standards. In *Handbook on Migration and Security* (pp. 232-251). Edward Elgar Publishing.
- Monahan, T. (2022). On the impossibility of ethical surveillance. *Handbook of Communication and Ethics*, 2nd ed. New York, NY: Routledge.
- Nakashima, E., & Warrick, J. (2013, July 14). For NSA chief, terrorist threat drives passion to 'collect it all'. *The Washington Post*. https://www.washingtonpost.com/world/national-security/for-nsa-chief-terrorist-threat-drives-passion-to-collect-it-all/2013/07/14/3d26ef80-ea49-11e2-a301-ea5a8116d211_story.html
- Nam, T., & Pardo, T. A. (2011, June). Conceptualizing smart city with dimensions of technology, people, and institutions. In *Proceedings of the 12th annual international digital government research conference: digital government innovation in challenging times* (pp. 282-291).
- Office of the Australian Information Commissioner. (2024, November 19). Facial recognition technology: a guide to assessing the privacy risks. <https://www.oaic.gov.au/privacy/privacy-guidance-for-organisations-and-government-agencies/organisations/facial-recognition-technology-a-guide-to-assessing-the-privacy-risks>
- Office of Public Affairs. (2020, October 11). International Statement: End-To-End Encryption and Public Safety [Press Release]. <https://www.justice.gov/opa/pr/international-statement-end-end-encryption-and-public-safety>

- O'Malley, P., & Smith, G. J. (2022). 'Smart' crime prevention? Digitization and racialized crime control in a Smart City. *Theoretical Criminology*, 26(1), 40-56.
- Parenti, M. (1987). *Inventing reality: The politics of the mass media*. St. Martin's Press.
- Pennington, P. (2024, November 25). Defence Force holds flurry of high-tech meetings with Western power trio. RNZ. <https://www.rnz.co.nz/news/national/534707/defence-force-holds-flurry-of-high-tech-meetings-with-western-power-trio>
- Pines, C. L. (1993). *Ideology and false consciousness: Marx and his historical progenitors*. SUNY Press.
- Privacy International. (2020, June 17). At the border, asylum seekers are „guilty until proven innocent“. <https://privacyinternational.org/long-read/3938/border-asylum-seekers-are-guilty-until-proven-innocent>
- Priya, D. D., Theam, L. J., Vinisha, J., Krishnan, K., Ayyasamy, R. K., & Subramaniam, S. (2024, April). Abnormal Events Detection in Surveillance Environments using Machine Learning. In 2024 International Conference on Science Technology Engineering and Management (ICSTEM) (pp. 1-6). IEEE.
- Ramírez-Moreno, M. A., Keshtkar, S., Padilla-Reyes, D. A., Ramos-López, E., García-Martínez, M., Hernández-Luna, M. C., ... & Lozoya-Santos, J. D. J. (2021). Sensors for sustainable smart cities: A review. *Applied Sciences*, 11(17), 8198.
- Saballa, J. (2023, June 28). British Army to Receive 'SMASH' Anti-Drone Weapon Sights. *The Defense Post*. <https://thedefensepost.com/2023/06/28/uk-army-smash-sights>
- Shahbaz, A., & Funk, A. (2019). *Social Media Surveillance*. Freedom House. <https://freedomhouse.org/report/freedom-on-the-net/2019/the-crisis-of-social-media/social-media-surveillance>
- Sharman, J. (2018, May 13). Metropolitan Police's facial recognition technology 98% inaccurate, figures show. *Independent*. <https://www.independent.co.uk/news/uk/home-news/met-police-facial-recognition-success-south-wales-trial-home-office-false-positive-a8345036.html>
- Shaw, W. H. (1989). Ruling ideas. *Canadian Journal of Philosophy Supplementary Volume*, 15, 425-448.
- Singh, G. (2023, August 23). Military expansion among ASEAN members. *Observer Research Foundation*. <https://www.orfonline.org/expert-speak/military-expansion-among-asean-members>
- Shrivastava, R. & Brewster, T. (2024, October 15). OpenAI Is Going After Defense Contracts. *Forbes*. <https://www.forbes.com/sites/rashishrivastava/2024/10/15/openai-is-going-after-defense-contracts/>
- Smith, M., & Miller, S. (2021). Facial recognition and privacy rights. *Biometric Identification, Law and Ethics*, 21-38.
- Sorell, T. (2011). Preventive policing, surveillance, and European counter-terrorism. *Criminal Justice Ethics*, 30(1), 1-22.
- Spanu, G. (2023). Urban military geographies: New directions in the (re) production of space, militarism, and the urban. *Geography Compass*, 17(12).
- Sullivan, E. (2021, September). Facial recognition technology. *Economic Affairs Interim Committee*, Montana State Legislature.

- Surfshark. (2024). Report on Government Requests for User Data. Surfshark. <https://surfshark.com/government-requests-for-user-data>
- Susser, D. (2021). Predictive policing and the ethics of preemption. *The ethics of policing: New perspectives on law enforcement*, 268-292.
- Swaine, L. (2018). Freedom of thought as a basic liberty. *Political Theory*, 46(3), 405-425.
- Thompson, M. J. (2015). False consciousness reconsidered: A theory of defective social cognition. *Critical Sociology*, 41(3), 449-461.
- Torelli, A. (2013). US Intelligence, Surveillance and Reconnaissance Challenges in the Asia Pacific. Air Power Development Centre.
- Tretto, C., & Moir, S. (2017, September 26). Automating the status quo: How machine learning algorithms get biased [PowerPoint presentation]. Splunk UBA. Presented in Washington, DC.
- ur Rehman, I. (2019). Facebook-Cambridge Analytica data harvesting: What you need to know. *Library Philosophy and Practice*, 1-11.
- US Department of State. (2021). Singapore 2021 Human Rights Report. US Department of State. https://www.state.gov/wp-content/uploads/2022/03/313615_SINGAPORE-2021-HUMAN-RIGHTS-REPORT.pdf
- . (n.d.). U.S. Collective Defense Agreements. Department of State. <https://2009-2017.state.gov/s/l/treaty/collectivedefense/>
- Vincent, B. (2023, June 15). Five Eyes alliance remains tight-lipped on how it's collaborating on uncovering UAPs. *Defensescoop*. <https://defensescoop.com/2023/06/15/five-eyes-alliance-remains-tight-lipped-on-how-its-collaborating-on-uncovering-uap/>
- Zuboff, S. (2019). The age of surveillance capitalism: The fight for a human future at the new frontier of power. *PublicAffairs*.

Kapitel 6: Friedensarbeit, Widerstände und zivile Initiativen

Die kritische Auseinandersetzung mit Friedensprozessen gewinnt zunehmend an Dringlichkeit. Während die Security Studies und klassische Ansätze der Konfliktforschung oft internationale Institutionen und staatliche Akteure ins Blickfeld nehmen, richtet sich dieses Kapitel auf die transformative Kraft zivilgesellschaftlicher Bewegungen, friedlicher Widerstände und der lokalen Friedensarbeit. Friedensarbeit wird hierbei nicht als ein linearer Prozess verstanden, sondern umfasst ein komplexes Gefüge aus friedlichem Engagement für die Umwelt, politische Beratung und Mediationsarbeit. Ob lokale Dialogformate, transnationale Kampagnen, basisdemokratische Proteste oder desertierende Soldaten, sie alle eint, wie Frieden und friedlicher Widerstand jenseits institutionalisierter Diplomatie aussehen könnten. Gerade weil ihre Handlungsspielräume oftmals begrenzt sind und ihre Erfolge historisch marginalisiert wurden, ist dieses Kapitel von essentieller Bedeutung für die kritische Friedensforschung. Gerade die bahnbrechende Studie von Erica Chenoweth und Maria Stephan (2011), die gewaltfreie Aufstände und Widerstände in 323 Konflikten im Zeitraum von 1900 bis 2006 analysierte, kam zu dem empirischen Ergebnis, dass der gewaltfreie Widerstand deutlich effektiver ist als gewaltsame bzw. militärische Methoden.

Sophia Stanger

Friedensarbeit für ökologische Gerechtigkeit?

Zum Ansatz des „Environmental Peacebuilding“ in Zeiten der planetaren Krisen

Einleitung

Was hat die Klima- und Umweltkrise mit Frieden und Konflikt zu tun? Dürren, die zu Migration, steigenden Lebensmittelpreisen und gewaltvollen Aufständen führen; Staaten, die Dämme an Flüssen bauen und damit mit Nachbarländern, die weniger Wasser zur Verfügung haben, in Konflikt geraten; Klimakleber*innen, die mit Autofahrer*innen über die Schwere und Maßnahmen der Klimakrise streiten; Kriege, die durch Waffeneinsatz und zerstörter Infrastruktur ökologische Katastrophen verursachen – die Liste an Beispielen, wie Klima, Umwelt, Frieden und Konflikt zusammenhängen ist lang und wird durch neue Forschung stetig verlängert. Doch wie entstehen diese Zusammenhänge genau? Wie können und sollen Friedensforscher*innen und -praktiker*innen sowie Entscheidungsträger*innen diese Zusammenhänge in ihre Arbeit mit einbeziehen? Wie gelingt es, einerseits ein besseres Verständnis von Konfliktursachen zu bekommen und andererseits wirksamer handeln können?

Der Ansatz des „Environmental Peacebuilding“ ist ein wissenschaftliches und praktisches Feld, das sich stetig weiterentwickelt. Ausgehend von einem Ansatz, der friedliche Kooperation und besseres Management von natürlichen Ressourcen ins Zentrum rückt, entwickelte er sich in den letzten Jahren – auch aufgrund wichtiger Kritiken – hin zu einem breiteren Feld. Einerseits kann „Environmental Peacebuilding“ einen analytischen Rahmen bieten, um die vielfältigen Zusammenhänge zwischen Klima, Ökologie, Frieden und Konflikten besser zu verstehen. Einerseits hat „Environmental Peacebuilding“ das Potential, durch Friedensarbeit zu mehr Klimagerechtigkeit und andererseits durch ökologische Regeneration zu einem friedlicheren und gerechteren Zusammenleben beizutragen. Dieser Artikel stellt somit eine Bestandsaufnahme auf die bisherige Entwicklung und das momentane Verständnis von Environmental Peacebuilding dar und wagt einen Blick auf mögliche Entwicklungspfade.

Wie Frieden, Umwelt und Klima zusammenhängen

Frieden, Umwelt und Klima hängen auf unterschiedliche Art und Weise zusammen. Die hier gewählte Aufteilung soll einen besseren Überblick geben, wobei je nach analytischer und praktischer Zielsetzung weitere Kategorisierungen sinnvoll sein können (siehe z.B. *Pathways of Climate Insecurity* von Mobjörk et al. 2022). Ihnen allen sei vorangestellt, dass ihre Wechselwirkung kontextspezifisch ist, und sie sich mit anderen Diskriminierungskategorien – wie Herkunft, Alter, Geschlecht, finanzielle Ressourcen – überschneiden und sich somit unterschiedlich auf Betroffene auswirken.

Klima- & Umweltkrisen als Konfliktverstärkerinnen?

Fragile und von Konflikt betroffene Staaten leiden bereits heute unter einem überdurchschnittlich hohen Temperaturanstieg und werden auch in Zukunft stärker von Klima- und Umweltkrisen betroffen sein (IMF 2023). Dies liegt u.a. an ihrer geografischen Lage, einer größeren und direkteren Abhängigkeit von Landwirtschaft, sowie weniger verfügbaren Ressourcen, um mit Klimaschocks umzugehen (ebd.: 1-2). Doch sind Klima, Umwelt wirklich Verstärker („threat multiplier“) für Konflikte, oder sind dies nur zwei parallele Phänomene? Wie interagieren unterschiedliche Konfliktfaktoren und wie stark treiben Klimakrise und Umweltfaktoren Konflikte tatsächlich an? Oft genannte Beispiele sind z.B. Konflikte zwischen sesshaften Landwirt*innen und umherziehenden Viehzüchter*innen in der Sahelregion rund um Landnutzung und Wasserzugänge, mit ausgelöst durch Dürren und Verwüstung (Climate Diplomacy 2015). Ähnliche Beispiele gibt es auch aus Uganda, wo die klimabedingte Reduktion von Rinderbeständen nicht nur eine Gefahr für Ernährungssicherheit darstellt, sondern auch kulturelle Identität und Männlichkeitsvorstellungen infrage stellt (Dwyer & Nuckhir 2023: 5). Wenn, u.a. klimabedingt, Geschlechterrollen schwerer zu erfüllen sind, kann dies Geschlechterungerechtigkeit verstärken – in diesem Beispiel steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ugandische Viehzüchter gewaltvollen und kriminellen Tätigkeiten (wie z.B. bewaffneten Raubüberfällen) nachgehen, was wiederum ein Sicherheitsrisiko für Frauen darstellt (Dwyer & Nuckhir 2023: 5-6).

Diese Zusammenhänge herzustellen birgt jedoch die Gefahr, die Klimakrise als gegebenen, externen Faktor zu entpolitisieren und tieferliegende Gründe für die Verletzlichkeit gegenüber von Klima- und Umweltfaktoren zu verbergen (Wehrey 2023). In Wissenschaft und Politik werden häufig menschliches Handeln und sozio-ökonomische Faktoren heruntergespielt, doch auch die Resilienz von Bevölkerungen wird unterschätzt (Brown & Nicoleccu-Altman 2022: 18). Ein Beispiel ist der Bürger*innenkrieg in Syrien, dessen Beginn mit 2011 markiert wird und dem eine fünfjährige Dürre vorangegangen war. Viele – von Politikern wie Obama (2015),

internationalen Think Tanks wie adelphi (2015b) bis hin zu Wissenschaftler*innen (u.a. Sadoff, C. W., Borgomeo, E., & De Waal, D. 2017: 34; Schaar 2019: 16) machen das Argument, die Dürre habe zu Migration, die Migration zu Konflikten mit der ansässigen Bevölkerung und damit zu den Aufständen gegen das syrische Regime unter Assad beigetragen. Selby et. al. (2017) zeigen jedoch, dass diese Zusammenhänge weniger kausaler Natur sind als angenommen und von der lokalen Bevölkerung und den Beteiligten z.B. das autoritäre Regime viel eher als Konfliktgrund genannt wurde als die Klimakrise. Auch in anderen Kontexten ist der Schluss von Klimakrise zu Konflikten als Automatismus voreilig. So zeigt eine Studie zu Konflikten zwischen Viehzüchter*innen und Landwirt*innen in Nigeria, dass die ansässige Bevölkerung einwandernde Viehzüchter*innen viel eher akzeptiert, wenn deren Migration als klimabedingt begründet wird (Efobi et. al. 2025). Hier trägt die Klimakrise zwar zur Migration bei, wird jedoch gleichzeitig auch ein abschwächender Faktor für einen möglichen Konflikt, wenn rhetorisch als Begründung eingesetzt. Migration kann also auch eine Adaptionsstrategie sein, nicht automatisch (nur) Konfliktgrund.

Auch hier spielen Macht- und Herrschaftsstrukturen eine wichtige Rolle und entscheiden darüber, wer fliehen kann/muss und unter welchen Bedingungen. Diese Beispiele dienen nicht der Verharmlosung der planetaren Krise als Konfliktfaktoren. Im Gegenteil: Derzeitige Prognosen legen nahe, dass die planetare Krise Ökosysteme und die Sicherheit von Gesellschaften wesentlich beeinflussen und verstärkt beeinflussen wird. Doch sie „passieren“ nicht einfach im a-politischen Raum. Politiken und menschliches Handeln haben diese Krisen mitverursacht und ebenso entscheiden sie mit, wie mit ihnen umgegangen wird.

Klima- und Umwelt(maßnahmen) als Konfliktfaktoren

Klimakrise und Umweltfaktoren können nicht nur Konflikte rund um Ressourcen verstärken, sondern auch auf eine direktere Art und Weise ideologische Konflikte auslösen. Wer hat die Klimakrise verursacht? Wer muss Maßnahmen ergreifen – und wer zahlt dafür? Rund um diese Fragen entstehen zwar meist keine bewaffneten Konflikte. Dennoch plädiert Ide (2025) für eine breite Definition von „Klimakonflikten“, die den Blick von häufiger besprochenen Ressourcenkonflikten in Ländern des Globalen Südens auch auf Konflikte im Globalen Norden lenkt. Natürlich ist der Blick auf jene Regionen, oft im Globalen Süden, wichtig, die unter Konflikten und der Klimakrise besonders leiden, während sie gleichzeitig wenig dazu beigetragen haben. Doch ein breites Verständnis von Klima- und Umweltkonflikten bricht mit dem Stereotyp des Globalen Südens als „gewaltvolle Region“ vs. den Globalen Norden als Ort entpolitisierter, technischer grüner Lösungen (Ide 2025: 2). Konflikte zeigen sich im Globalen Norden (und weltweit) z.B. rund um Klimamaßnahmen, wie Proteste oder ziviler Ungehorsam gegen zu wenig Klimaschutz, aber auch gegen

Maßnahmen der Grünen Transformation, wie z.B. Schließung von Kohleminen, gegen Abbau seltener Erden, oder Proteste gegen den Ausbau erneuerbarer Energien (z.B. Wasserkraft oder Windräder). Auch diese Konflikte haben unterschiedliche Dimensionen, wie unterschiedliche ideologische Ausrichtung der Beteiligten, ökonomische Faktoren (z.B. Jobverlust), oder bereits vorhandene Spannungen, die durch die Dringlichkeit von Klimaschutz neue Ausmaße erfahren (z.B. rund um Flächen die für Landwirtschaft, Erneuerbaren Energie Ausbau oder Renaturierung genutzt werden könnten), und können auf lokaler, nationaler und supranationaler Ebene entstehen (Radtke, Scherhauffer 2022: 2).

Auswirkungen von Konflikten auf Klima & Umwelt

Nicht nur die Ursache von Konflikten, auch deren Wirkung ist wichtig zu beachten, denn Konflikte haben massive Auswirkungen auf Umwelt und Klima. Zum einen werden Ökosysteme durch den Einsatz von Waffen, beschädigter Infrastruktur, auslaufenden Chemikalien etc. zerstört (siehe z.B. Ukrainekrieg UNEP 2022). Andererseits verursacht das Militär enorme Treibhausgase und befeuert die Klimakrise. Jährlich soll das Militär global für 5,5% an THG verantwortlich sein – eine grobe Schätzung, da Militärs von Emissionsberichten ausgenommen sind (Neimark et al. 2024). Dies ist ein bedeutender Mangel, bekannt als der Military Emission Gap (CEOBS & Concrete Impacts 2021). Und auch nach ihrer Beendigung verursachen Kriege massive Klimafolgen: so gibt es Berechnungen aus 2024, die für den Wiederaufbau von Gaza THG Emissionen mit dem Äquivalent der jährlichen Emissionen von 135 Ländern berechnen (Otu-Larbi et al. 2024: 20). Neben diesen direkten Folgen gibt es den indirekten Faktor, dass Konflikte Klima- und Umweltmaßnahmen verzögern. Angesichts tatsächlicher oder möglicher Konflikte setzen Regierungen ihre Prioritäten selten auf Klimaschutz. Langfristige Maßnahmen werden zu Gunsten unmittelbarer „Sicherheit“ verschoben, ohne die Auswirkungen der Klima- und Umweltkrisen im Sinne eines breiten Sicherheitsbegriffs miteinzubeziehen. Ebenso kann die Ausbeutung von Umweltressourcen zum Kriegstreiber werden: es gibt Berechnungen, dass Umweltkriminalität (z.B. Raubbau) die größte Einnahmequelle bewaffneter, nicht-staatlicher Akteur*innen sind (Rüttinger et al. 2021). Gleichzeitig ist es wahrscheinlicher, dass Gesellschaften in Konflikte zurückfallen, wenn Umweltkriminalität Teil der politischen Kriegsökonomie sind (ebd.).

„Environmental Violence“ – Umwelt & strukturelle Gewalt

Wenn wir über Klima, Umwelt, Frieden und Konflikte nachdenken, denken wir oft an Beispiele direkter Gewalt. Im Sinne eines weiten Gewaltbegriffs sollten Friedensforscher*innen und -praktiker*innen aber auch weitere Dimensionen von Gewalt miteinbeziehen, wie strukturelle Gewalt (vgl. Galtung 1969). Diese umfasst z.B. die tödlichen Folgen von Klima- und Umweltzerstörung. So ist Verschmutzung für 9 Millionen Todesfälle jährlich verantwortlich – global ist das einer von sechs jährlichen Todesfällen, 90% davon in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen (Fuller et al. 2022: 535). Aufbauend auf diesen schockierenden Zahlen haben Marcantonio, Lederach und Fuentes (2024) den Begriff „Environmental Violence“ eingeführt und definiert als „direct and indirect harm experienced by humans due to excess toxic and non-toxic pollutants put into a local – and concurrently the global – ecosystem through human activities and processes“ (ebd.: 4). Auch das ausbeuterische Verhältnis zwischen Globalen Norden und Globalen Süden, z.B. um Rohstoffe für die Grüne Transformation zu fördern (u.a. Brown & Nicoleccu-Altman 2022: 14) kann eine Gewaltdimension im Bereich Klima- und Umweltkonflikte darstellen. Ein solch breiter Gewaltbegriff verlangt auch nach Strategien des Environmental Peacebuildings, die strukturelle, historische und kulturelle Faktoren miteinbeziehen.

Zum Ansatz des Environmental Peacebuilding in Forschung und Praxis

In den letzten Jahrzehnten haben die beschriebenen Zusammenhänge immer mehr an Aufmerksamkeit erfahren. Wie für viele andere Teile der Umweltbewegung gilt auch hier die Stockholm Konferenz 1972 als wichtiger initialer Moment (Brown & Nicoleccu-Altman 2022: 10). 1987 nennt der Bericht der Vereinten Nationen „Our Common Future“ (Brundtland Report) Umweltfaktoren erstmals als Konfliktfaktoren. Während Wissenschaftler*innen in den 1980-90er Jahren vor allem auf die negativen Folgen von Ressourcenmangel (u.a. Homer-Dixon 1994) oder -überschuss (u.a. den „Resource Curse“, siehe Collier 2007) fokussierten, weitete sich dieser Blick in den 2000er Jahren auf nachhaltige Entwicklung, mit angestoßen durch die „Agenda for Peace“ (Boutros-Ghali, 1992). Zunehmend wurde der enge Blick auf Umwelt als Konfliktauslöser kritisiert (u.a. Hagmann 2005), und Umweltthemen als Anreize für Kooperation zwischen Konfliktparteien definiert (Maas et al 2013). Neben direkter Umweltkooperation gelten Umweltthemen auch als Einstieg für Vertrauensbildung und Kooperation auf anderen Ebenen (Sändig et al. 2024: 6). Dieses Denken ist geprägt von liberaler Theorie und Rational Choice Ansätzen (Dresse et al. 2019: 111), hat Environmental Peacebuilding mit geformt, und wird durchaus kritisch diskutiert (siehe unten).

Der Blick auf Kooperationspotentiale ist weniger präsent in Forschung und Policy-Entwicklung rund um den Klima-Sicherheit-Nexus, der vor allem seit den 2010er Jahren an Aufmerksamkeit gewann. Dabei werden Klimakrise und Umweltzerstörung als Sicherheitsproblem diskutiert und steigen durch diese „Versicherheitlichung“ höher auf der politischen Agenda (Sändig et al. 2024: 7). Im European Green Deal heißt es beispielsweise: „Die EU erkennt ferner an, dass die globalen Klima- und Umweltprobleme einen erheblichen Bedrohungsmultiplikator und eine Quelle für Instabilität darstellen (...) Die Auswirkungen der Klimapolitik sollten zu einem integralen Bestandteil der Überlegungen und Maßnahmen der EU in Bezug auf externe Angelegenheiten werden, auch im Kontext der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (Europäische Kommission 2019: 26). Im Risikobild des österreichischen Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV) wird Klima und Umwelt ebenso als Sicherheitsrisiko genannt (Vinke 2025), um nur eines vieler nationaler Beispiele zu nennen. Angesichts der multiplen planetaren Krisen und gleichzeitigen politischen und finanziellen Depriorisierung von Klima- und Umweltthemen ist dies ein berechtigtes und nachvollziehbares Vorgehen. Jedoch birgt dieser Ansatz auch die Gefahr von sicherheits- und verteidigungspolitischen – und damit militärischen – Lösungsstrategien. Diese werden jedoch der Komplexität der Krisen nicht gerecht und behandeln selten die Wurzeln des Problems (Luomi 2019: 10).

Im Gegensatz dazu geht Environmental Peacebuilding – wie der Begriff „Peacebuilding“ erahnen lässt – über die reine Analyse der Zusammenhänge von Klima, Umwelt, Konflikt und Frieden hinaus und beinhaltet aktive Friedensarbeit. So definiert die Environmental Peacebuilding Association (2025) Environmental Peacebuilding folgendermaßen: „Environmental peacebuilding integrates natural resource management in conflict prevention, mitigation, resolution, and recovery to build resilience in communities affected by conflict.“ Dresse et al. (2019) definieren Environmental Peacebuilding „as the process through which environmental challenges shared by the (former) parties to a violent conflict are turned into opportunities to build lasting cooperation and peace“. Beide Definitionen beinhalten technische Aspekte, wie gemeinsames Ressourcenmanagement, sowie Elemente von Gerechtigkeit und Wiedergutmachung, wenn historische Ungerechtigkeiten adressiert werden (Dresse et al. 2019: 109) und umfassen unterschiedliche Phasen von Konflikten und Friedensarbeit. Anhänger*innen des Ansatzes erwarten zudem positive spill-over Effekte auf andere politische Themen oder Ebenen. Dennoch gibt es keine einheitliche Definition von Environmental Peacebuilding und es bleibt ein vages, mehrdeutiges Konzept (Brown & Nicoletti-Altman 2022: 18). Auch eine einheitliche Übersetzung in andere Sprachen, u.a. ins Deutsche, ist ein unabgeschlossener Gegenstand von Debatten. Meist wird – wie auch an dieser Stelle – der englische Begriff verwendet.

Diese Uneindeutigkeit ist wenig verwunderlich, ist auch das Feld von Environmental Peacebuilding „work-in-progress“. Wichtig scheint vor allem, den engen Fokus

auf das reine „Managen“ von Ressourcen zu erweitern. Im Kontext von Klima- und Umweltkrisen ist es zunehmend unzureichend, vorhandene Ressourcen besser zu verteilen, wenn diese schrumpfen und an Qualität verlieren. Zudem birgt diese Perspektive die Gefahr, Umweltkonflikte und -kooperation zu entpolitisieren und als rein technisches Problem mit technischen Lösungen darzustellen. Dadurch werden bestehende Interessen und Machtverhältnisse nicht infrage gestellt (Lahn und Shapland 2022: 85). Auch wenn dieser technische Ansatz oft dabei hilft, Finanzierung für Projekte zu generieren, sind solche Ansätze wenig transformativ und es ist fraglich, ob sie langfristig wirklich zu mehr Klima- und Umweltgerechtigkeit beitragen können.

Dem Fokus auf das bessere Managen natürlicher Ressourcen liegt auch ein spezielles Verständnis von Umwelt und Natur zu Grunde, dass Natur als Kapital begreift. Der Wert von Natur entsteht in diesem Verständnis durch deren Nutzen für den Menschen (z.B. Ökosystem-Dienstleistungen, Einnahmequelle,...). Dekoloniale Perspektiven kritisieren diesen anthropozentrischen Ansatz und hinterfragen die, meist in westlicher Perspektive, vorkommende Trennung Mensch/Natur (Rodríguez & Inturias 2018). Im Gegensatz dazu sind in vielen indigenen Wissenssystemen und dekolonialen Ansätzen Mensch und Natur untrennbar verbunden. Eine Friedensarbeit in diesem Sinne stärkt die Beziehungen zwischen Menschen, nicht-menschlichen Teilen des Ökosystems, und der spirituellen Welt (Nardi et al. 2024: 41). Aus dieser Perspektive wird auch sichtbar, dass indigene Gruppen seit Jahrzehnten Environmental Peacebuilding praktizieren, wenn auch mit anderen Konzepten und Begriffen (Brown & Nicoleccu-Altman 2022: 11). Diese Perspektiven gilt es stärker ins Zentrum von Environmental Peacebuilding zu rücken. Gleichzeitig sollten indigene Ansätze nicht romantisiert werden, da auch sie nicht frei von Ausgrenzungsmechanismen und Machtungleichgewichten sind (Sändig et al. 2019: 11).

Neben der Kritik der „Zentrierung des Westens und der paternalistischen Retter-Mentalität“ in Environmental Peacebuilding (Brown & Nicoleccu-Altman 2022: 19) gibt es noch weitere Fallstricke in Forschung und Praxis. Ide (2023) nennt sechs Gefahren: (1) Entpolitisierung, wenn die zugrundeliegenden politisch-ökonomischen Fragen nicht angesprochen werden; (2) Vertreibung, wenn die lokale Bevölkerung z.B. aus Schutzgebieten vertrieben wird; (3) Diskriminierung bestimmter Gruppen, z.B. von Frauen oder indigenen Gruppen; (4) Ausbruch neuer Konflikte, z.B. wenn Akteur*innen bestimmte neue Umweltstandards nicht einhalten können; (5) Delegitimierung des Staates, z. B. wenn internationale NROs grundlegende soziale und ökologische Dienstleistungen wie sauberes Wasser bereitstellen; und (6) Verschlechterung der Umwelt, z.B. wenn Wasser (gemeinsam) übernutzt wird. Eine weitere Gefahr ist die sogenannte „Grüne Militarisierung“. Diese beschreibt den Einsatz von Waffen, z.B. um Nationalparks und Naturschutzgebiete zu schützen – oft auf Kosten der lokalen Bevölkerung (Dobelsky et al 2022). So gibt es Berichte, dass zwischen 2010 und 2015 südafrikanische Parkwächter*innen fast

500 Mosambikaner*innen getötet haben (Reuters 2015). Bei aller vager Definition, Kritik und bei allen Fallstricken stellt sich die Frage: Funktioniert Environmental Peacebuilding in der Praxis? So sehr die Konzeptualisierung von Environmental Peacebuilding „work in progress“ ist, so ist es auch die Praxis. Fakt ist: Environmental Peacebuilding wird angewandt. Es gibt Projekte, von interkulturellen Austausch und Engagement von Jugendlichen für Naturschutz und um gemeinsam Landkonflikte zu lösen in Kolumbien, zu Projekten die den Zugang zu Wasser, Frauenförderung und Mediation von Wasserkonflikten verbinden, grenzübergreifenden Dialogen zu Regeneration und Wasserknappheit in der Golfregion, bis zu gemeinsamen Entwicklung von Landnutzungsplänen zwischen unterschiedlichen Communitys in Myanmar. Allerdings bleibt die Wirkungsmessung anekdotisch, auch wenn es bereits erste gemeinsame Ansätze von Monitoring und Evaluierung gibt (siehe u.a. Bruch & Woome 2023). Dennoch: inmitten düsterer Prognosen zu Klima- und Umweltkrisen und bewaffneten Konflikten ist ein Environmental Peacebuilding ein Feld, das Aufbruchsstimmung verspricht.

Aktuelle Debatten und Ausblick

Environmental Peacebuilding ist ein Feld in Bewegung. So wie die ökosozialen Herausforderungen stetig im Wandel sind, so sind es auch die Praxisfelder und Versuche, einen praktischen Beitrag zu Frieden, resilienter Ökosysteme und Klimagerechtigkeit zu leisten. Als Person, die sich selbst als forschungsnahe, zivilgesellschaftliche Praktikerin versteht, sehe ich derzeit im Bereich Environmental Peacebuilding folgende Fragen und Herausforderungen:

Friedenskomponente in internationalen Klimadebatten stärken: Wie beschrieben sind Klima, Umwelt, Frieden und Sicherheit verschränkt und werden auch immer öfter verschränkt besprochen. Trotzdem sind Klima- und Umweltszene häufig getrennt – auf Aktivist*innenebene, unter Wissenschaftler*innen bis hin zu Entscheidungsträger*innen. Hier gilt es, beide Bereiche besser zu vernetzen. Ein Handlungsfeld dabei ist, Erfahrungen aus der Friedensarbeit auch in Klimadebatten einzubringen. Auf internationaler Policy Ebene scheint es momentan besonders wichtig zu sein, Ansätze wie Konfliktsensitivität und DoNoHarm in Klimafinanzierungen zu integrieren und die Anliegen von konfliktbetroffenen Personen in internationalen Klima- und Umweltverhandlungen zu stärken .

Netzwerke und Kooperationen inklusiver machen und ausweiten: Netzwerke wie die Environmental Peacebuilding Association (EnPax) oder die Community of Practice on Environment, Climate, Conflict, and Peace (ECCP) verzeichnen rege Zuläufe, bieten eine Plattform für Austausch und teilen Ressourcen. Diese Plattformen sind jedoch oft von weißen Forscher*innen und Praktiker*innen dominiert. Wer hat Zeit und Finanzierung, an internationalen Treffen teilzunehmen? Wer hat

die Möglichkeit zu reisen? Welche Organisationen werden gehört? Auch in diesem Feld stellt sich die Frage von Inklusion/Exklusion und Diskriminierung, während eine diverse Community mehr Möglichkeiten für vielfältige Kooperationen und gemeinsames Lernen schafft.

Environmental Peacebuilding in Zeiten von Aufrüstung diskutieren: Die Welt rüstet auf. Aus Sicht von Environmental Peacebuilding gilt es hierzu kritische Fragen zu stellen: Wie wirkt sich Militarisierung auf Klima und Umwelt aus? Welche alternativen Ansätze für mehr (menschliche) Sicherheit gibt es? Fragen rund um Sicherheit und Aufrüstung werden das Feld noch vor schwierige Debatten und Positionierungen stellen.

Umgang mit Versicherheitlichung von Frieden und Umwelt: Es scheint verführerisch, Klima und Umwelt zu Sicherheitsthemen zu machen, um ihnen die angemessene Priorität auf politischer und wirtschaftlicher Ebene einzuräumen. Dies hat allerdings auch Konsequenzen, wie enge, sicherheitspolitische bis hin zu militärischen Lösungen, die wenig Aussicht auf langfristige Lösungen bieten. Wie also Priorität generieren, ohne in die Falle eines engen Sicherheitsbegriffs zu tappen?

- Environmental Peacebuilding (auch) im Globalen Norden anwenden: Environmental Peacebuilding wurde und wird als Thema des Globalen Südens angesehen, vor allem im Bereich der Projektarbeit. Doch viele Länder des Globalen Nordens haben historisch und gegenwärtig viele Klima- und Umweltschäden verursacht. Und auch hier gibt es Klima- und Umweltkonflikte. Welche Ansätze von Environmental Peacebuilding lassen sich im Globalen Norden anwenden? Was können wir von langjährigen Erfahrungen aus der Friedensarbeit allgemein und aus Praktiken aus Ländern des Globalen Südens im Speziellen lernen?
- Neue Technologien kritisch nutzen: Datensammeln, Mapping von Katastrophen, Early Warning Systeme: all dies erleichtern neue Technologien. Gleichzeitig brauchen neue Technologien große Mengen an Energie und sind kein Allheilmittel gegen Krieg und Umweltzerstörung. Keine Scheu, Auseinandersetzung und Kritik scheinen notwendig, um sich auch dieser Herausforderung zu stellen.
- Recht und Gerechtigkeit mit einbeziehen: Es gibt viele neue Entwicklungen im rechtlichen Bereich, wie z.B. Klimaklagen oder den Tatbestand „Ökozid“, die die Arbeit von Environmental Peacebuilding prägen. Darüber hinaus gibt es grundlegende Fragen der Gerechtigkeit, z.B. im Bereich „loss and damage“ und Reparationszahlungen zwischen Klimakrisenverursachern und -betroffenen, aber auch Konzepte wie „Transitional Justice“, die es auf Klima- und Umweltthemen umgelegt werden können.
- Alternative Finanzierungsquellen finden: Weder Klima noch Frieden stehen hoch auf Budgetlisten vieler Staaten. Wie können Projekte finanziert werden? Und welche alternativen Finanzierungsquellen gibt es, wenn sich traditionelle Fördergeber wie Regierungen und internationale Organisationen zurückziehen?

- Reflexivität und Lernen priorisieren: Ein neues Feld hält viele Fallstricke bereit. Als Praktiker*innen und Forscher*innen im Bereich Environmental Peacebuilding ist dies eine Einladung, uns selbst und unsere Arbeit, unsere Haltungen und Ansätze immer wieder zu reflektieren und zu adaptieren, sowie über neue Herausforderungen und Ansätze zu lernen.

In der Friedensarbeit ist die Liste an Herausforderungen gewohnt lang – ebenso im Bereich Klima und Umwelt. Die Schnittmenge zwischen beiden Bereichen herzustellen und gleichzeitig durch eine Handlungskomponente einen sinnvollen Beitrag leisten zu wollen, macht diese Liste vielleicht sogar noch länger. Dennoch ist Environmental Peacebuilding ein Ansatz, der sich der Ohnmacht angesichts aller Probleme und Herausforderungen verwehrt. In aller Unzulänglichkeit und Verbesserungswürdigkeit kann Environmental Peacebuilding dabei helfen, im vorhandenen Chaos in Richtung Frieden, Klima- und ökologischer Gerechtigkeit zu navigieren.

Quellen

- Brown, O. & Nicoleccu-Altman, G. (2022). *The Future of Environmental Peacebuilding: Nurturing an Environment for Peace* [White Paper]. Geneva Peacebuilding Platform, PeaceNexus Foundation, Environmental Peacebuilding Association, Environmental Law Institute, and International Union for Conservation of Nature.
<https://www.ecosystemforpeace.org/whitepaper>
- Boutros-Ghali, B. (1992) *An agenda for peace : preventive diplomacy, peacemaking and peace-keeping: report of the Secretary-General pursuant to the statement adopted by the Summit Meeting of the Security Council on 31 January 1992*. United Nations.
<https://digitallibrary.un.org/record/145749?v=pdf>
- Bruch, C. & Woomer, A. (2023) *Toolkit on Monitoring and Evaluation of Environmental Peacebuilding*. Environmental Law Institute, Environmental Peacebuilding Association & United States Institute of Peace. <https://m-and-e.environmentalpeacebuilding.org/toolkit>
- CEOBS & Concrete Impacts (2021): *The Military Emissions Gap*.
<https://militaryemissions.org/about/>
- Collier, P. (2007). *The bottom billion: Why the poorest countries are failing and what can be done about it*. New York; Oxford: Oxford University Press.
- Dwyer, A. & Nuckhir, G. (2023). *Gender, Cultural Identity, Conflict and Climate Change. Understanding the Relationships. Conciliation Resources*. <https://rc-services-assets.s3.eu-west-1.amazonaws.com/s3fs-public/Gender%20Cultural%20Identity%20Conflict%20%26%20Climate%20Change%20Report.pdf>
- Climate Diplomacy (2015a) *Pastoralist and Farmer-Herder Conflicts in the Sahel*.
<https://climate-diplomacy.org/case-studies/pastoralist-and-farmer-herder-conflicts-sahel>
- (2015b) *Syrian Civil War: The Role of Climate Change*. https://climate-diplomacy.org/case-studies/syrian-civil-war-role-climate-change#fact_sheet_toc-conceptual-model
- Davis, K., Peters, L.; Van Den Hoek, J. & Cona, K. (2023) *Power in Environmental Peacebuilding*. *World Development Sustainability* (3).
<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2772655X23000654>

- Dobelsky, E; Zakour, C.; Saluck, E. & Gajathar, N. (2022): Militarized anti-poaching leads to human rights abuses and further marginalization and requires alternative approaches to address these issues. Ecosystem for Peace.
<https://www.ecosystemforpeace.org/compendium/the-problem-with-green-militarization-the-need-to-explore-peaceful-alternative-approaches-to-wildlife-conservation>
- Dresse, A., Fischhendler, I., Nielsen, J. Ø., & Zikos, D. (2019). Environmental peacebuilding: Towards a theoretical framework. *Cooperation and Conflict*, 54(1), 99-119.
<https://doi.org/10.1177/0010836718808331>
- Efobi, U., Adejumo, O., Kim, J. (2025). Climate change and the farmer-Pastoralist's violent conflict: Experimental evidence from Nigeria. *Ecological Economics*, 228 (2025), 108449, <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2024.108449>.
- Environmental Mediation Initiative (2023). A transformative approach to the mediation of environmental conflicts: from entry to exit points [Brochure].
<https://lechtalps.com/wp-content/uploads/2023/09/2-Ein-transformativer-Ansatz-zur-Mediation-von-Umweltkonflikten.pdf>
- Environmental Peacebuilding Association (2025). Welcome to Environmental Peacebuilding Knowledge Platform. <https://www.environmentalpeacebuilding.org/>
- Europäische Kommission (2019). Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Der europäische Grüne Deal. COM(2019) 640 final. https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:b828d165-1c22-11ea-8c1f-01aa75ed71a1.0021.02/DOC_1&format=PDF
- Fuller R., Landrigan PJ., Balakrishnan K., Bathan G., Bose-O'Reilly S., Brauer M, et al. (2022) Pollution and health: A progress update. *The Lancet Planetary Health*, 2022, e535-e547. [https://doi.org/10.1016/S2542-5196\(22\)00090-0](https://doi.org/10.1016/S2542-5196(22)00090-0)
- Galtung, J. (1969). Violence, Peace, and Peace Research. *Journal of Peace Research*, 6(3), 167-191. <http://www.jstor.org/stable/422690>
- Hagmann, T. (2005). Confronting the Concept of Environmentally Induced Conflict. *Peace, Conflict & Development*, 6, 1-22.
- Homer-Dixon, T. F (1994). Environmental Scarcities and Violent Conflict: Evidence from Cases. *International Security*, 19 (1), 5-40. <https://doi.org/10.2307/2539147>
- Ide, T. (2023). The Dark Side of Environmental Peacebuilding. *World Development*, 127. <https://doi.org/10.1016/j.worlddev.2019.104777>
- (2025) Rethinking climate conflicts: The role of climate action and inaction, *World Development* 186, 2025, 106845. <https://doi.org/10.1016/j.worlddev.2024.106845>
- Luomi, M. (2019). Environmental Security: Addressing Water and Climate Change Risks in the UAE. EDA Working Paper. https://www.agda.ac.ae/docs/default-source/Publications/eda-working-paper_environmental-security_en_final.pdf?sfvrsn=4
- Maas A., Carius A. & Wittich A. (2013). From conflict to cooperation: Environmental cooperation as a tool for peace-building. In: Floyd R and Matthew RA (eds) *Environmental Security: Approaches and issues* 102-120. Routledge.
- Marcantonio R.A., Lederach J.P., Fuentes A. (2024). Introducing This Collection. In: Marcantonio R.A., Lederach J.P., Fuentes A. (eds) *Exploring Environmental Violence: Perspectives, Experience, Expression, and Engagement*. Cambridge University Press.
<https://doi.org/10.1017/9781009417150.001>

- Nardi, M. A., T. Krause, & F. Zelli. (2024). Diverse understandings and values of nature at the peace–environment nexus: a critical analysis and policy implications towards decolonial peace. *Ecology and Society*, 29(4): 41. <https://doi.org/10.5751/ES-15198-290441>
- Neimark, B. et al. (2024) Confronting Military Greenhouse Gas Emissions. Interactive Policy Brief. Confronting-military-greenhouse-gas-emissions,-Neimark-et-el,-Interactive-policy-brief-(2024)-[Digital].pdf
- Obama, B. (2015, 20. Mai). Remarks by the President at the United States Coast Guard Academy Commencement, United States Coast Guard Academy, <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2015/05/20/remarks-president-united-states-coast-guard-academy-commencement>
- Otu-Larbi, F., Neimark, B., Bigger, P., Cottrell, L. & Larbi, R. (2024): A Multitemporal Snapshot of Greenhouse Gas Emissions from the Israel-Gaza Conflict. Queen Mary University of London. https://www.qmul.ac.uk/sbm/media/sbm/documents/Gaza_Carbon_Emissions.pdf
- Radtke, J. & Scherhauser, P. (2022) A social science perspective on conflicts in the energy transition: An introduction to the special issue. *Utilities Policy*. 78. <https://doi.org/10.1016/j.jup.2022.101396>
- Reuters (2015, September 21) Nearly 500 Mozambican poachers killed in S. Africa's Kruger since 2010- former leader, Reuters. <https://www.reuters.com/article/mozambique-poachers-idUSL5N11R2OP20150921>
- Rodríguez, I., & Inturias, M. L. (2018). Conflict transformation in Indigenous peoples' territories: doing environmental justice with a „decolonial turn.“ *Development Studies Research*, 5 (1): 90-105. <https://doi.org/10.1080/21665095.2018.1486220>
- Rüttinger, L.; Munayer, R. van Ackern, P. & Titze, F. (2021) The nature of conflict and peace. The links between environment, security and peace and their importance for the United Nations. WWF International, adelphi consult GmbH. <https://reliefweb.int/report/world/nature-conflict-and-peace-links-between-environment-security-and-peace-and-their-importance-united-nations>
- Sändig, J., Dalmer, N., Ide, T., & Vogler, A. (2024). From climate conflicts to environmental peacebuilding: Exploring local dimensions. *Environment and Security*, 2(1), 3-20. <https://doi.org/10.1177/27538796241231090>
- Mobjörk, M., Krampe, F. & Tarif, K. (2022) Pathways Of Climate Insecurity: Guidance For Policymakers. Sipri Policy Brief. https://www.sipri.org/sites/default/files/2020-11/pb_2011_pathways_2.pdf
- UNEP (2022): The Environmental Impact of the conflict in Ukraine: A Preliminary Review. <https://wedocs.unep.org/handle/20.500.11822/40746>
- Vinke, K. (2015). Krisen in Zeiten des Klimawandels. In: Bundeministerium Landesverteidigung: landesverteidigung.at Risikobild 2025 Gewählt! Demokratie und die freie Welt. 95-99.
- Wehrey, F. (2023, 6. Juli) Introduction. Climate Change and Vulnerability in the Middle East. Carnegie Endowment for International Peace. <https://carnegieendowment.org/posts/2023/07/climate-change-and-vulnerability-in-the-middle-east?lang=en#sa>

Gerhard Senft

Anarchisten – Deserteure – Meuterer Zur Gehorsamsverweigerung im Ersten Weltkrieg

Eine Granate war oben am Portal des Schlosses krepirt und hatte eine Wolke von Steinen und Sprengstücken in den Eingang geschleudert ... Ein angebundenes Pferd witterte die Gefahr eher als die Menschen, riss sich wenige Sekunden vorher los und galoppierte, ohne verletzt zu werden, in den Schlosshof.
(Ernst Jünger 1920/2014: 9)

Wohlauf Ich!
(Max Stirner [1844]1981: 238)

Zugegeben, nicht jeder Deserteur ist notwendigerweise ein bekennder Anarchist. Umgekehrt gilt, dass libertäres Denken nicht in direkter Weise in den antimilitaristischen Widerstand führt. Zweifelsohne jedoch ist davon auszugehen, dass dem Unwillen, sich an Kriegshandlungen zu beteiligen, ein erhebliches anarchistisches Moment innewohnt. In den folgenden Passagen sollen nun wesentliche Bezüge zwischen Anarchismus und militärischer Gehorsamsverweigerung, bezogen auf die Zeitspanne zwischen 1914 und 1918, herausgearbeitet werden. Im Zentrum stehen dabei nicht nur verschiedene staatskritische Positionen, wie sie im Rahmen historisch bedeutender Friedensinitiativen entwickelt wurden, sondern auch konkrete Beispiele für Verweigerungshaltungen. Bislang wenig erforscht ist die literarische Würdigung des einfachen soldatischen Aufbegehrens gegen das Kommandosystem, sodass auch in diesem Zusammenhang Neuland erschlossen werden kann.

Einige historische Koordinaten

Es ist weitgehend bekannt, dass der obrigkeitliche Zugriff auf die Untertanen mit der Durchsetzung effizienter Verwaltungsstrukturen innerhalb des frühneuzeitlichen Zentralstaates sprunghaft ausgeweitet wurde (Foucault 2006; Möhring 2006). Im Militärapparat kamen die bürokratischen Erfassungsmethoden und das disziplinierende Moment besonders zum Vorschein. Die moderne Armee mit ihren exakt

festgelegten Exerzierregeln lieferte ein wohlgeordnetes Erscheinungsbild und unterschied sich damit wesentlich vom früher bestehenden Haufen der Landsknechte (Jahr 1998: 31). Doch die Bereitschaft der einfachen Leute, sich einem Drill zu unterwerfen und sich widerstandslos als Kanonenfutter gebrauchen zu lassen, war enden wollend. Bereits im 18. Jahrhundert war in den europäischen Hauptstädten von einer „Deserteurseuche“ die Rede (Jahr 1998: 17).¹

In der Zeit der Napoleonischen Kriege trat das Bestreben in den Vordergrund, die erforderliche Loyalität durch das einigende Band des Nationalismus zu sichern. Doch im 19. Jahrhundert verbreiteten sich nicht nur nationalistische Ideologien, auch emanzipatorische Kräfte erlebten einen Aufschwung, was bestehende Abwehrhaltungen gegenüber Militarismus und Krieg verstärkte. Krieg wurde nun vermehrt als ein vermeidbares Unglück erkannt. Neue, immer verheerender wirkende Waffensysteme förderten jene Gruppen, die auf eine Zivilisierung von Konflikten drängten. Neben dem bürgerlichen Pazifismus entstand eine eigene Form eines proletarischen Antimilitarismus, der nicht nur der Kriegstreiberei der Herrschenden entgegenwirken wollte, sondern der das staatliche Heer auch als ein Unterdrückungsinstrument bekämpfte. Nur zu oft hatten sowohl die Landarbeiterschaft als auch das Industrieproletariat die Armee in der Rolle des brutalen Streikbrechers erlebt. Das Bewusstsein hinsichtlich einer „Klassengesellschaft im Krieg“ wurde frühzeitig durch Anarchistinnen und Anarchisten geschärft.

Avantgarde des Ungehorsams

Eine frühe Inspirationsquelle für die antimilitaristischen Strömungen bildete der gewaltfreie Anarchismus, der sich zunächst in den Vereinigten Staaten verbreitete. Das erste Periodikum aus dem Lager des Non-Violent Anarchism erschien 1833 und trug den Titel „The Peaceful Revolutionist“ (Rocker 1949: 61, 201). Als Herausgeber der Zeitschrift trat Josiah Warren auf. Er zeigte sich überzeugt, dass jeder Gewaltakt eine Spirale weiterer Gewalt in Gang setzt und dass jede Form von Despotismus in der Verfügung über Waffen gründet (Sprading 1913: 155 f.). Folgerichtig findet bei ihm auch das Gewaltmonopol des Staates entsprechende Ablehnung.

Benjamin R. Tucker, eine der wichtigsten Stimmen des US-amerikanischen Anarchismus, hebt hervor: „Anarchism may be described as the doctrine that all the affaires of men should be managed by individuals or voluntary associations, and the state should be abolished.“ (zitiert in: Sprading 1913: 335) Stephen Pearl Andrews erkennt in jeder Regierungstätigkeit den Versuch, Partei- bzw. Gruppeninteressen durchzusetzen. Die Vorstellung, dass eine straffe staatliche Lenkung der Gesellschaft

1 Interessanterweise taucht die Figur des Deserteurs relativ früh auch in der Literaturgeschichte auf: vgl. etwa Mercier 1770.

den öffentlichen Frieden und die soziale Harmonie dauerhaft herzustellen vermag, bewertet er als illusorisch (Rocker 1949: 73 f.). William Lloyd Garrison, von 1843 bis 1865 Vorsitzender der American Anti-Slavery-Society (AASS), stellt klar: „No person will rule over me with my consent. I will rule over no man.“ (zitiert in: Rocker 1949: 36). Der in seinem Wirken eng mit Henry David Thoreau (1854/2009) verbundene Ralph Waldo Emerson betont die wirtschaftsschädigende Wirkung des Krieges und die damit einhergehende Verschlechterung der Lebensverhältnisse der einfachen Leute (Emerson 1838/2013: 36). Die von einer Gesellschaft erreichte Kulturstufe, hält er fest, zeige sich anhand ihrer Befähigung, Konflikte friedlich zu regeln (Emerson 1838/2013: 42 f.).

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts begann sich antimilitaristisches Gedankengut auch in Europa stärker zu verbreiten. Auf dem ersten Kongress der Friedens- und Freiheitsliga in Genf 1867 trat der russische Anarchist Michail Bakunin auf, um eine seiner flammenden Reden zu halten. In seinem Vortrag zeigte er sich überzeugt, dass die Existenz zentralisierter Staaten einen allgemeinen Frieden verunmöglicht. Die durch Despotismus und Eroberung gekennzeichnete Staatenwelt müsse zersetzt werden, um so gewaltfreie, dem Bottom-up-Prinzip entsprechende autonome Einheiten zu schaffen. Auf längere Sicht betrachtet gelte es, aus freien Föderationen von Gemeinden größere Gebilde bis hin zu einem Vereinigten Europa zu entwickeln (Bakunin zitiert in: Langhard 1903: 5).

Angesichts des zunehmenden Säbelrasselns zwischen Frankreich und den von Preußen angeführten deutschen Ländern blieb das Friedensthema hochaktuell. Im Juni 1870 verabschiedete die Pariser Sektion der Internationale ein „Manifest gegen den Krieg“, dem sich in der Folge Teile der deutschen Arbeiterschaft angeschlossen. Auch wenn der Waffengang zwischen den Kerngebieten des Kontinents letztlich nicht zu verhindern war, verlich er dem Wachstum der Friedensbewegung doch eine erhebliche Schubkraft.

Mit seinen Aufrufen zur Gewaltlosigkeit gelang es insbesondere dem russischen Schriftsteller Leo Tolstoi, in weite Kreise hineinzuwirken. Der Tolstoianismus geht von dem Gedanken der Schädlichkeit und der Amoralität jeder Gewaltanwendung aus. Durch Kampf und Gewalt lasse sich ein friedvolles und glückbringendes Zusammenleben unmöglich erreichen. Tolstoi plädierte für einen sittlichen Individualismus, der mit einer Distanzierung von jeglicher Gewalt einhergeht. Durch Arbeit an der eigenen Persönlichkeit, durch die Vervollkommnung vieler Einzelner könnten Gewalt und Herrschaft reduziert, das Gemeinwohl am besten gesichert werden (Sprading 1913: 313 ff.). Mit seiner 1909 verfassten „Rede gegen den Krieg“ schuf Tolstoi eine wesentliche Grundlage des Anarcho-Pazifismus, zeigte er sich doch dahingehend zuversichtlich, „dass es den Menschen ... natürlicher ist, ihr Leben von Vernunft und Gewissen lenken zu lassen, als sich knechtisch denen zu unterwerfen, die das Töten anordnen.“ (Tolstoi 1909/1921: 6 f.).

Zur Jahrhundertwende kam mit der Verbreitung syndikalistischer Ideen eine weitere Dynamik ins Spiel. Ursprungsland der Verbindung von Anarchismus und Gewerkschaftsaktivismus war Frankreich. In seiner antikapitalistischen Ausrichtung formulierte der Anarcho-Syndikalismus das Ziel, aufkeimende Streikbewegungen zu einem revolutionären Generalstreik auszuweiten. Im Endeffekt sollten die Gewerkschaften zu Trägern von Produktion und Verteilung gemacht werden. Der Erfahrungshintergrund, dass Heeresverbände immer wieder zur Niederschlagung von Streikbewegungen in Einsatz kamen, ließ auch die Soldatenagitation zu einem wichtigen Betätigungsfeld werden. Auf Flugblättern und in verschiedenen Schriften wurde zu Desertion und Ungehorsam aufgerufen. So fand etwa das 1902 veröffentlichte „Manuel du Soldat“ erhebliche Verbreitung (Bröckling 1988a: 39-75. Bröckling 1988b: 16). Der Funke eines syndikalistisch ausgerichteten Antimilitarismus sprang sehr bald über auf andere Länder wie Italien, Belgien, Schweden und die Niederlande.

Im Deutschen Reich war es bereits vor 1900 vereinzelt zu Aktionen der Arbeiterschaft vor Kaserneneinrichtungen gekommen. Der antimilitaristischen Bewegung stand jedoch der „Kriegsmarxismus“ der Sozialdemokratie entgegen. Die Parteiführung strebte nach einem Ausgleich mit den Spitzen des Staates und bekämpfte all jene Elemente, die diesen Kurs ablehnten (Müller 1975). Als 1912 die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag der Ausweitung des Heeresbudgets zustimmte, war die Gruppe der Kritiker, die „Jungen“ um Gustav Landauer, bereits aus der Partei ausgeschlossen. Die „Jungen“ bemühten sich im Rahmen ihrer publizistischen Möglichkeiten weiterhin, die Loyalität der Soldaten zu unterminieren und die Militärmaschinerie so in ihrer Einsatzfähigkeit zu schwächen (Landauer 1912/1977).

„Das Gold im Schutt der Weltgeschichte ...“

In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg verschärfen sich die aus wirtschaftlichen Rivalitäten und Gebietsansprüchen resultierenden Konflikte weltweit drastisch. Der um sich greifenden Verunsicherung begegneten viele Staaten mit dem Ausbau des Rüstungssektors. Die nun strenger gehandhabten rechtlichen Regelungen wurden bald auch im Alltag der einfachen Leute spürbar. Ende Februar 1908 stand Rudolf Oestreich, angeklagt des Hochverrats, vor dem Reichsgericht in Leipzig. Als verantwortlichem Redakteur der syndikalistischen Wochenzeitung „Der freie Arbeiter“ wurde ihm staatsgefährdende Tätigkeit vorgeworfen. Im September des Jahres zuvor war in dem Blatt (Nr. 38) ein Artikel erschienen, in dem über einen anarchistischen Kongress in Amsterdam berichtet wurde, der kurz zuvor stattgefunden hatte. Oestreich war bereits mehrmals in Haft gewesen, da er im Zuge seiner Dienstverpflichtung im deutschen Heer den Fahneneid verweigert und seinen Vorgesetzten durch beständige „Subordination“ aufgefallen war. In dem Verfahren

erachtete das Gericht den Angeklagten für schuldig und verurteilte ihn zu drei Jahren Zuchthaus.

In seinem nach seiner Entlassung erschienenen Bericht schildert Oestreich eindringlich die bedrückenden Haftverhältnisse im Zuchthaus Brandenburg und die Abfolge körperlicher Misshandlungen, denen die Gefangenen häufig ausgesetzt waren. Am Tage seiner Entlassung bemühte sich die Führung der Anstalt, Oestreich durch einen Hinterausgang hinauszuschmuggeln, da sich vor dem Gefängnistor eine größere Menschenmenge als Empfangskomitee für ihn eingefunden hatte. Die unverhältnismäßig hohe Strafe, die als Einschüchterungsmaßnahme gedacht war, fruchtete bei Oestreich nur wenig: Den Geldbetrag, den er für seine Arbeit während der Haft erhalten hatte, setzte er ohne Verzögerung in den Druck antimilitaristischer Flugschriften um (Oestreich 1913: 52).

Mit dem Ausbruch des großen Krieges Mitte des Jahres 1914 war jede antimilitaristische Tätigkeit nahezu verunmöglicht. Prominente Pazifisten aus ganz Europa wie Romain Rolland oder Alfred Hermann Fried fanden in der Schweiz Schutz vor Verfolgung. Nicht alle schafften es rechtzeitig ins rettende Exil. Kaum war in Wien die allgemeine Mobilmachung verkündet worden, wurde Pierre Ramus (eigentlich Rudolf Großmann), der in Versammlungen mehrfach zur Wehrdienstverweigerung aufgerufen hatte, in Verwahrungshaft genommen. Zwar ging Ramus nach einigen Wochen wieder frei, doch nur, um zu Jahresbeginn 1915 erneut festgenommen zu werden, da er – so der Vorwurf – weiterhin antimilitaristische Schriften in Umlauf gebracht hatte. Zu diesem Zeitpunkt fand u. a. das von spanischen Anarchistinnen und Anarchisten angeregte Manifest gegen den Krieg internationale Verbreitung. Des Hochverrats angeklagt, erwartete Ramus nun ein längeres Verfahren vor dem Militärgericht. Nach seinem Gefängnisaufenthalt verbrachte er die Zeit bis zum Ende des Krieges unter ständiger polizeilicher Aufsicht (Ramus 1924).

Über Fälle von Fahnenflucht im österreichischen Heer wurde bereits frühzeitig berichtet. Anfang Dezember 1914 entfernte sich der dem k. u. k. Infanterieregiment Nr. 31 zugeteilte Peter Catoi unbemerkt von seiner Truppe, um sich in eine unwegsame Gebirgsgegend zurückzuziehen. Es gelang ihm, sich längere Zeit versteckt zu halten, wobei er die Nahrungsmittel aus der engeren Umgebung der Bergdörfer beschaffte (Akte Peter Catoi 1915). Zu ersten Truppenmeutereien kam es zur Jahreswende 1914/15 an der Westfront und im Karpatengebiet (Jürgs 2003). Leopold Wietrowsky war im August 1914 ebenfalls zur österreichischen Infanterie eingezogen worden. Länger als ein Jahr hielt es den jungen Mann nicht in der Armee, dann desertierte er und suchte in Wien Unterschlupf. Dort wurde er ausgeforscht, festgenommen und der örtlichen Landwehr übergeben. Nach einem erneuten Fluchtversuch fiel er wieder einer Streife in die Hände und landete schließlich im Räderwerk der Militärgerichtsbarkeit. Mit „zwei Jahren schweren Kerker“, vertagt in die Zeit nach dem Krieg, kam er vergleichsweise glimpflich davon, konnte doch für Vergehen dieser Art auch

die Todesstrafe verhängt werden. Bereits wenige Tage nach der Urteilsverkündung wurde Wietrowsky an die Ostfront beordert (Akte Leopold Wietrowsky 1916).

Die Motive der Männer, die zur Desertion neigten, waren durchaus unterschiedlich gelagert. Häufig waren es einfach nur Ärgernisse mit Vorgesetzten oder Kameraden, nicht selten Nachrichten über familiäre Probleme, oft aber auch der Versuch, einer Bestrafung nach einer militärischen Verfehlung zu entgehen. Wesentlich war sicher die Gefährdung von Leib und Leben im Schützengraben, stellte doch schon allein die industrielle Kriegsführung für sich hohe Anforderungen an die psychische Belastbarkeit der Soldaten (Prüll; Rauh 2014). Eine gegen „Kaiser und Vaterland“ gerichtete oppositionelle Haltung scheint in den Akten der Kriegsgerichtsbarkeit kaum auf. Ein dahingehend zu offenerziges Bekenntnis hätte enorme Strafverschärfung bedeuten können. Es ist jedoch anzunehmen, dass allein die durch Nationalitätenkonflikte hervorgerufenen Zentrifugalkräfte im Raum der Donaumonarchie eine Fahnenflucht zwischen 1914 und 1918 vielfach begünstigt haben.

Die genaue Faktenlage hinsichtlich der Zahl von Desertionen darzustellen ist schwierig, da zweifellos viele Fälle durch Kommandierende nicht gemeldet wurden, um den Eindruck unzureichender Autorität zu verschleiern. Auffällig oft werden in den Aufzeichnungen abhandengekommene Truppenteile als „versprengt“, nicht als fahnenflüchtig dokumentiert (Jahr 1998: 24 f.). In seiner umfangreichen Studie über „Gewöhnliche Soldaten?“ beschreibt Christoph Jahr die Desertion überwiegend als ein Randgruppen- bzw. Unterschichtenphänomen (Jahr 1998: 27). Er weist aber auch darauf hin, dass vor allem jüngere Jahrgänge das Wagnis eingingen, für eine unerlaubte Entfernung von der Truppe bestraft zu werden (Jahr 1998: 130). Nicht zuletzt ist feststellbar, dass die Neigung zu einem widerständigen Verhalten gegenüber militärisch Vorgesetzten „in der Arbeiterschaft höher war als in anderen Teilen der Bevölkerung“ (Jahr 1998: 132).

Gegen Ende des Krieges mehrten sich in den kriegsteilnehmenden Ländern auch die sozialen Konflikte im Hinterland. Was zunächst mit regionalen Hungerkrawallen begonnen hatte, wuchs sich in der Folgezeit zu großangelegten Streikbewegungen in den Industriezentren aus (Senft 2014b: 29, 34). Auf den Führungsetagen der Rüstungsunternehmen war man mit einer Zunahme innerbetrieblicher Sabotageakte konfrontiert, ein Umstand, in dem sich die Sehnsucht weiter Teile der Bevölkerung nach einem baldigen Kriegsende widerspiegelte.

1917 erreichten die Truppenmeutereien in der französischen Armee ein bis dahin nicht gekanntes Ausmaß. Auch in den Heeresverbänden der Mittelmächte begann es zu rumoren. Im Laufe des Jahres 1918 weigerten sich immer mehr Divisionen des deutschen Heeres, weiter an Kampfhandlungen teilzunehmen. Trotz aller Einschüchterungsversuche weiteten sich die Revolten aus (Bihl 2010: 270). Im Oktober 1918 begann die Erhebung des k. u. k. Infanterieregiments Nr. 79 in Fiume/Rijeka. Die Unruhen in der deutschen Kriegsflotte im November 1918 leiteten schließlich

das Ende des Kaiserreiches ein. Kurz darauf endete in Österreich die Herrschaft des Hauses Habsburg. Aus den anfänglich begrenzten Aktionen war ein revolutionärer Flächenbrand geworden.

Das literarische Echo

Das nur unzureichend vorhandene Wissen zum Thema Gehorsamsverweigerung im Militär zwischen 1914 und 1918 ist einer dürftigen Quellenlage zuzurechnen. Daher scheint es sinnvoll, zusätzlich literarisch verarbeitete Kriegserfahrungen heranzuziehen, die einen Eindruck über oppositionelle Haltungen im Soldatenmilieu vermitteln.

Bekannt sind die Schilderungen Jaroslav Hašek, der das kreative Vermögen Dienstverpflichteter beschreibt, sich dem Schlachtengetümmel mittels Simulation eines Leidens zu entziehen (Hašek 1926: 98-123). Bruno Vogel, wie Hašek ebenfalls Kriegsteilnehmer, geht u.a. auf die sogenannten Überläufer ein, die ihre Militärzeit vorzeitig beendeten, indem sie sich beim Gegner gezielt in Gefangenschaft begaben. So beschreibt er z.B. die Festsetzung einer deutschen Strafkompagnie auf polnischem Gebiet: „Die armen Kerle haben geweint wie die kleinen Kinder, vor Freude, dass sie in Kriegsgefangenschaft kamen.“ (Vogel 1929: 68). Der Autor Adam Scharrer, der dem Militärdienst anfänglich mittels einer gefälschten Bescheinigung entgehen konnte (Scharrer 1930/1970: 20), berichtet ebenfalls darüber, bei erstbestener Gelegenheit die Seite gewechselt zu haben. Als sich der Hauptcharakter seines Romans „Vaterlandslose Gesellen“ nach dem Verbleib eines Freundes erkundigt, erhält er als Antwort: „Der ist in Gefangenschaft. Zwei Tage war er in den Argonnen, dann war er drüben.“ Nachsatz: „Der hat’s am schlauesten angefangen.“ (Scharrer 1930/1970: 181). Mit der gedanklichen Innenwelt eines Deserteurs befasst sich Wilhelm Lehmann in seinem 1927 finalisierten Text „Der Überläufer“. Nachdem der Flüchtige sich durch Stacheldrahtverhau gearbeitet hatte und anschließend von Soldaten der gegnerischen Armee in Empfang genommen worden war, atmet er auf: „Er war frei.“ (Lehmann 1962/2014: 8).

In Juhani Aho’s Erzählung „Der Eremit des Friedens“ gelingt es einem Tolstoianer, sich von den patriotischen Aufwallungen seiner Zeitgenossen,² vom Kriegsgeschehen insgesamt fernzuhalten, indem er sich fernab aller Zivilisation in die Gebirgslandschaft Österreichs zurückzieht (Aho 1916/2024).

Die detailreiche Beschreibung einer Fahnenflucht findet sich in Milo Urbans Roman „Die lebende Peitsche“: „Als er das Blut und die Schweinerei bis zum Hals ... hatte und sich weder auf die Umstände noch auf das Schicksal verlassen wollte,

2 Mit der „Einsamkeit“ des Pazifisten am Beginn des Weltkrieges befasst sich eindrucksvoll Louis Guilloux in seinem Roman „Schwarzes Blut“ (Guilloux 1935/1970).

packte er sich zusammen und entwich in einer dunklen Nacht. Nicht nach vorn zu den 'Nachbarn', sondern nach hinten, dorthin, wo er sein gesundes, flachshaariges Söhnchen und sein Weib vermutete." (Urban 1927/1931: 193 f.). Auf seinem mühevollen Weg nach Hause ist der Flüchtige vor allem von der Angst besessen, aufzufallen und denunziert zu werden. Die Heeresbürokratie arbeitet tatsächlich sehr rasch. Noch bevor der Protagonist in dem Roman sein Dorf erreicht, weiß der örtliche Gendarm bereits Bescheid: „Wir haben einen Deserteur“, teilt er den Bewohnern mit (Urban 1927/1931: 203).

Von einer glücklichen Fügung konnte ausgegangen werden, wenn die dem Militärdienst entkommene Person auf organisierte Gruppen oder Netzwerke stieß, die Deserteure tatkräftig unterstützten. In John Dos Passos Werk „Drei Soldaten“ nutzt ein US-Rekrut eine günstige Gelegenheit, sich seinem in Paris stationierten Bataillon zu entziehen. Flüchtend versucht er, die Seine zu durchschwimmen, gerät dabei in Lebensgefahr und wird in letzter Minute von der Besatzung eines Bootes gerettet: „Eine starke, warme Hand ergriff seine Schultern von hinten, und er wurde hinauf und hinein gezogen ... 'verstehen sie mich, ich bin Deserteur', sagte er immer wieder und immer wieder auf Französisch.“ (Dos Passos 1929: 318). Wie sich herausstellt, handelt es sich bei dem Lebensretter um einen alten Anarchisten, der dem Fahnenflüchtigen durch seine zahlreichen Verbindungen weiterhelfen kann.

Welch schwieriges Unterfangen trotz Hilfestellung eine unerlaubte Entfernung von der Truppe darstellte, beschreibt Stefan Zweig in der Novelle „Episode am Genfer See“. In der Geschichte verschlägt es einen aus Osteuropa kommenden Deserteur in die Schweiz, wo er eine Gruppe von Menschen findet, die ihm aus seiner misslichen Lage heraushelfen will. Trotz des Wohlwollens, das ihm entgegengebracht wird, verzweifelt er und begeht schließlich Selbstmord (Zweig 1919/1986).

In den berühmten Kriegsromanen findet die Fahnenflucht erstaunlicherweise eine nur schwache Resonanz. Erich M. Remarque („Im Westen nichts Neues“) beschreibt den Deserteur als eine Person, die sich durch die Kriegsergebnisse „nicht habe abstumpfen“ lassen und die alles daransetze, dem Grauen zu entkommen. Er verweist auch auf die Sympathie, die die im Schützengraben Zurückgebliebenen dem Flüchtigen entgegenbringen, doch insgesamt gibt er dem Thema nur wenig Raum (Remarque 1929/2014: 240 f.). Ernst Jünger („In Stahlgewittern“) begnügt sich überhaupt nur mit Andeutungen. In einer Passage seines Kriegstagebuches berichtet er über die Zählung von Gefallenen und „vermisst“ Gemeldeten nach einem Einsatz, wobei er als möglichen Hintergrund für das „mysteriöse“ Verschwinden eines Kameraden „eine krankhafte Ängstlichkeit“ angibt (Jünger 1920/201: 156).

Es gibt aber auch ganz andere Wahrnehmungen durch Kriegsteilnehmer. Ludwig Renn etwa berichtet über einen Befehl zur Truppenverstärkung an einem Frontabschnitt der Deutschen nach verlustreichen Kämpfen. Als die neuen Mannschaften endlich eintreffen, muss die örtliche Militärführung feststellen: „Ein Drittel scheint

sich unterwegs verdrückt zu haben.“ (Renn 1929: 305). Der Großteil der Desertionen war in den Heeresorganisationen des Osmanischen Reiches und Österreich-Ungarns festzustellen. Die Dimensionen verdeutlicht der Militärhistoriker Manfred Rauchensteiner, der von Hunderttausenden spricht, die der k. u. k. Armee den Rücken kehrten (Rauchensteiner 2006: 7).

Gegen Kriegsende wuchs sich die Unwilligkeit zu Kämpfen zu umfassenden Meutereien aus, wobei es den Heeresführungen immer weniger gelang, den „von unten“ ausgerufenen Waffenstillständen etwas entgegenzusetzen (Biehl 2010: 270). Im k. u. k. Kriegshafen Cattaro, in dem die Kreuzerdivision sowie die Zerstörer- und Torpedoflotte stationiert waren, kam es im Februar 1918 zu einer großangelegten Matrosenrevolte. In der zweiten Jahreshälfte griffen die Unruhen auf Verbände des Deutschen Reiches über. Der Weigerung der Einheiten der Hochseeflotte in Wilhelmshaven auszulaufen folgte die Erhebung der Besatzungen der in Kiel vor Anker liegenden Schlachtschiffe.³

Aber auch im Hinterland machte sich die wachsende Unzufriedenheit bemerkbar. In den industriellen Ballungszentren legten Streiks die Produktion lahm, in den ländlichen Regionen kam es ebenfalls zu Unruhen. Als es dem Deserteur in Milo Urbans Roman endlich gelingt, seine Heimatgemeinde zu erreichen, tobt dort bereits der Aufruhr: „Die Herren zum Schweigen bringen!“ Riefen die Bauern in den Dörfern, rief das arbeitende Volk. ... das Dorf flammte vor Zorn ...“ (Urban 1927/1931: 331, 340).

Der Zusammenbruch der herrschenden Ordnung führte zu Nachschubproblemen und Versorgungsengpässen an der Front. Adam Scharrer schildert den Ausbruch einer Hungerrevolte in einer deutschen Einheit: „Antreten zum Essenempfang.“ Der lange Kellergang fasst verschiedene Batterien [Geschützeinheiten, G. S.], die da mit ihrem Napf warten. Das gefürchtete Wort ‘Hunger’ rollt leise von hinten her über die Köpfe. Die Unteroffiziere quetschen sich an der Seite vorbei. ‘Wer hat da geschrien?’ ‘Hunger!’ kommt es von einer anderen Ecke. Sie drehen sich empört um – da ist der Hunger schon wieder hinter ihnen, springt hin und her, wächst an zum Chor. ‘Hunger! Hunger!’ Es rollt durch alle Gewölbe. ‘Die Kerls müssen um jeden Preis in Räson gehalten werden!’ Ein Leutnant kommt mit. Doch was ist eine schmutzige Uniform gegen den Hunger?“ (Scharrer 1930/1970: 262). Dem sich anbahnenden Tumult können die kurz zuvor noch schneidig auftretenden Kommandeure nur mit knapper Not entkommen.

Die Selbstermächtigung einfacher Soldaten schlägt schließlich um in eine revolutionäre Situation. Der österreichische Anarchist Rudolf Geist hat entscheidende Momente festgehalten, indem er in seinem Roman „Der anonyme Krieg“ einen

3 Einen Eindruck hinsichtlich dieser Entwicklungen liefert Theodor Plievier in „Des Kaisers Kulis – Roman der deutschen Kriegsflotte“ (Plievier 1929: 331ff).

Befehlsverweigerer von Gefechtsstand zu Gefechtsstand eilen lässt – mit den Worten: ‚Kameraden! Im Hinterland machen sie Revolution! Schießt nicht mehr! Wir kehren die Gewehre bald um – gegen die Offiziere des Hinterlandes! Wir werden in Wien, in ganz Österreich Gericht halten, gegen die Kriegsschuldigen, gegen die kaiserlichen Henker und Schergen! Lasst euch nicht mehr zum Angriff hetzen! Frieden und Republik!‘ ‚Rache!‘ rief einer. ‚Nein, Gerichtstag!‘ ... Die Sanitäter hatten rote Tücher. Er wand zwei auf Tragstangen zu roten Fahnen. Er schwenkte sie und rief: ‚Nieder mit dem Krieg! Hoch die Revolution!‘“ (Geist 1928: 353).

Der revolutionäre Aufbruch erschütterte den europäischen Kontinent in seinen Grundfesten. Auf allen Führungsebenen machte sich Panik breit, vergeblich versuchten Generäle, die Lage doch noch unter Kontrolle zu bringen. In Russland war das zaristische Regime bereits 1917 hinweggefegt worden. Als in Deutschland Anfang November 1918 die Republik ausgerufen wurde, hatte Kaiser Wilhelm II. das Land bereits verlassen. Das Osmanische Reich, das während des Krieges auf der Seite der Mittelmächte gestanden war, ging seinem Totalzusammenbruch entgegen. In Österreich endete die fast 650 Jahre andauernde Herrschaft der Habsburger quasi über Nacht. Als letzter der europäischen Weltkriegspolitiker verkündete Kaiser Karl I. am 11. November seine Demission. Je mehr nun staatliche Strukturen zusammenbrachen, desto mehr übernahmen nun an zahlreichen Orten Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte entscheidende Funktionen in den Bereichen der Verwaltung und der Versorgung. Was sich im Jahr 1914 kaum jemand vorstellen hatte können, wurde mit dem Ende des Ersten Weltkrieges unumstößliche Realität.

Nur die Meuterer, diese Edlen, die Deserteure, die Anarchisten, Kommunisten und Sozialisten der Revolution, die naturverschworenen Saboteure des Krieges und der Autoritäten – nur diese Adelligen waren das Gold im Schutt der Weltgeschichte, der Puls der Dinge. (Rudolf Geist 1928: 417 f.)

Quellen

- Akte Peter Catoiu, Anklageschrift gegen Ers. Res. Inf. Peter Catoiu d. k. u. k. Inf. Reg. Nr. 31 vom 14. November 1915. Österreichisches Staatsarchiv (ÖstA), Kriegsarchiv, Militärgerichtsarchiv, k. u. k. Divisionsgericht Wien, 1915, Karton Nr. 1267.
- Akte Leopold Wietrowsky, k. u. k. Infanterie-Regiment Nr. 84. II. Ersatzkompanie: Protokoll Nr. 120/M., aufgenommen am 19. Februar 1916 mit dem Inf. Leopold Wietrowsky. ÖstA, Kriegsarchiv, Militärgerichtsarchiv, k. u. k. Divisionsgericht Wien, 1916, Karton Nr. 1267.
- Aho, Juhani (2024): *Der Eremit des Friedens* (1916). Wien: Braumüller Verlag.
- Bihl, Wolfdieter (2010): *Der Erste Weltkrieg. 1914-1918. Chronik – Daten – Fakten*. Wien: Böhlau Verlag.
- Bröckling, Ulrich (Hrsg.) (1988a): *Nieder mit der Disziplin! Hoch die Rebellion! Anarchistische Soldaten-Agitation im Deutschen Kaiserreich*. Berlin: Harald Kater Verlag.
- (1988b): *Von der Schwierigkeit des Antimilitarismus in Deutschland*. In: Ders. (Hrsg.):

- Nieder mit der Disziplin! Hoch die Rebellion! Anarchistische Soldaten-Agitation im Deutschen Kaiserreich. Berlin: Harald Kater Verlag.
- Dos Passos, John (1929): *Drei Soldaten* (1921). Berlin: Malik-Verlag.
- Emerson, Ralph Waldo (2013): *Über den Krieg* (1838). In: *E-Journal der Pierre Ramus-Gesellschaft*, 21 (2013) 21, 36-46.
- Foucault, Michel (2006): *Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag.
- Geist, Rudolf (1928): *Der anonyme Krieg*. Heilbronn: Internationale Buchpresse.
- Guilloux, Louis (~1970): *Schwarzes Blut* (1935). München: Heyne Verlag.
- Hašek, Jaroslav (1926²): *Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkriegs. Im Hinterlande*. Prag: Verlag Adolf Synek.
- Jahr, Christoph (1998): *Gewöhnliche Soldaten. Desertion und Deserteure im deutschen und britischen Heer 1914-1918. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Band 123*. Göttingen: Vadenhoeck & Ruprecht.
- Jünger, Ernst (2014): *In Stahlgewittern* (1920), Stuttgart: Verlag Klett-Cotta.
- Jürgs, Michael (2003): *Der kleine Frieden im Großen Krieg: Westfront 1914: Als Deutsche, Franzosen und Briten gemeinsam Weihnachten feierten*. München: C. Bertelsmann Verlag.
- Landauer, Gustav (1912): *Die Abschaffung des Krieges durch die Selbstbestimmung des Volkes*. In: Ders. (1977): *Rechenschaft. Aufsätze aus der Zeitschrift „Der Sozialist“*. Bremen: Verlag Impulse, 39-57.
- Langhard, Johann (1903): *Die anarchistische Bewegung in der Schweiz von ihren Anfängen bis zur Gegenwart und die internationalen Führer*. Berlin: Verlag von O. Häring.
- Lehmann, Wilhelm (2014): *Der Überläufer. „Krieg“ und „Gefangenschaft“ (verfasst zwischen 1925 und 1927. Erstveröffentlichung 1962)*. Bremen: Donat.
- Mercier, Louis-Sébastien (1770): *Der Deserteur. Ein Schauspiel in fünf Aufzügen aus dem Französischen*. Mannheim: Churfürstl. Hofbuchhandlung. <https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/item/S63NRR4DX6UZ4HJ7RILABMHOH2GYXYQT> [Zugriff: 14. 3. 2025].
- Möhring, Maren (2006): *Die Regierung der Körper. „Gouvernementalität“ und „Techniken des Selbst“*. In: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, 3 (2006) 2, 284-290.
- Müller, Dirk H. (1975): *Idealismus und Revolution. Zur Opposition der Jungen gegen den Sozialdemokratischen Parteivorstand 1890 bis 1894*. Berlin: Colloquium Verlag.
- Oestreich, Rudolf (1913): *Wegen Hochverrats im Zuchthaus*, Berlin: Verlag Die Tribüne.
- Plevier, Theodor (1929): *Des Kaisers Kulis – Roman der deutschen Kriegsflotte*. Berlin: Malik Verlag.
- Prüll, Livia; Rauh, Philipp (Hrsg.) (2014): *Krieg und medikale Kultur – Patientenschicksale und ärztliches Handeln in der Zeit der Weltkriege 1914–1945*. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Ramus, Pierre (1924): *Friedenskrieger des Hinterlandes. Der Schicksalsroman eines Anarchisten im Weltkriege*. Mannheim: Verlagsbücherei „Erkenntnis und Befreiung“ im Sinne Leo Tolstois.

- Rauchensteiner, Manfred (2006): Eine k. u. k. Leiche. In: Die Presse, Spectrum, 29. Juli 2006, 7.
- Remarque, Erich Maria (2014): Im Westen nichts Neues (1929). Köln: Kiwi Verlag.
- Renn, Ludwig (1929): Krieg. Frankfurt a.M.: Frankfurter Societäts-Druckerei.
- Rocker, Rudolf (1949): Pioneers of American Freedom. Origin of Liberal and Radical Thought in America. Los Angeles: Rocker Publications Committee.
- Scharrer, Adam (~1970): Vaterlandslose Gesellen (1930). Berlin: Verlag für Politik und Ökonomie.
- Senft, Gerhard (Hrsg.) (2014a): Bertha von Suttner; Pierre Ramus; Joseph Roth u.a.: Friedenskrieger des Hinterlandes. Der Erste Weltkrieg und der zeitgenössische Antimilitarismus. Wien: Löcker Verlag.
- (2014b): Widerstand gegen den Krieg 1914-1918. In: Ders. (Hrsg.): Bertha von Suttner; Pierre Ramus; Joseph Roth u.a.: Friedenskrieger des Hinterlandes. Der Erste Weltkrieg und der zeitgenössische Antimilitarismus. Wien: Löcker Verlag, 11-48.
- Sprading, Charles T. (1913): Liberty and the Great Libertarians. An Anthology on Liberty. A Handbook of Freedom. Los Angeles: Golden Press.
- Stirner, Max (1981): Der Einzige und sein Eigentum (1844). Stuttgart: Philipp Reclam jun.
- Thoreau, Henry David (2009): Walden oder Leben in den Wäldern (1854). Köln: Anaconda.
- Tolstoi, Leo (1921): Rede gegen den Krieg (1909), Berlin: Verlag Der Syndikalist.
- Urban, Milo (1931): Die lebende Peitsche (1927). Berlin: Universum-Bücherei.
- Vogel, Bruno (1926): Es lebe der Krieg! (1924). Leipzig: Verlag Die Wölfe.
- Zweig, Stefan (1986): Episode am Genfer See (1919). In: Ders.: Novellen. Band 1, 121-131. Berlin: Aufbau-Verlag.

Davide Brocchi

Leviathan, Homo Oeconomicus und Auswege aus der Polykrise

Die zentrale Frage des 21. Jahrhunderts lautet: Wie ist ein friedliches Zusammenleben in der Vielfalt auf einem begrenzten Planeten möglich? Dass diese Frage bisher falsch beantwortet wurde, zeigt sich in der aktuellen Polykrise. Die verschiedenen Krisen – von der Klimakrise über die Demokratiekrise bis hin zu Wirtschaftskrisen, Aufrüstung und Krieg – sind weder eine unerwartete Naturkatastrophe noch das Resultat des wiedererwachten Bösen. Vielmehr sind sie das nahezu logische Resultat jahrzehntelanger, bewusst vorangetriebener Entwicklungen, also von Entscheidungen, die „im Rahmen privater und/oder staatlicher Organisationen getroffen“ wurden (Beck 2008: 17). Diese Entscheidungen entstehen auf Basis einer Kultur, sprich von verinnerlichten Werten und Glaubenssätzen. Wenn Kultur der geistige Bauplan einer Gesellschaft ist, dann hat sich in der bisherigen Entwicklung des Westens ein Kulturprogramm habitualisiert, institutionalisiert und materialisiert, das durch zwei pessimistische Menschenbilder geprägt ist: den Leviathan von Thomas Hobbes (1996 [1651]) und den Homo oeconomicus von John Locke und Adam Smith (Brocchi 2011; Bregman 2022).

Zum Leviathan

Der moderne Staat gründet sich auf der Vorstellung, dass „der Mensch dem Menschen ein Wolf“ (homo hominis lupus) sei. In Hobbes' Hauptwerk „Leviathan“ von 1651 verzichten die Menschen durch einen Gesellschaftsvertrag auf Freiheit und Selbstbestimmung zugunsten eines staatlichen Gewaltmonopols, das die Individuen voreinander schützt. Überall dort, wo ein tiefes Misstrauen herrscht, kann kein Demokratieprojekt vollendet werden. Umgekehrt braucht, wer autoritäre Entwicklungen fördern möchte, nur Misstrauen und Angst zu verbreiten (Mausfeld 2019). Institutionen, die den eigenen Bürgerinnen und Bürgern nicht vertrauen, ziehen der direkten Demokratie die repräsentative vor. Dabei sind die Bürger eher Objekte statt Subjekte der Politik. Weil in deutschen Kommunalverwaltungen sich hartnäckig die Vorstellung hält, dass nur Chaos entstehen kann, wenn man die Bürger „machen lässt“, darf eine Nachbarschaft hier nicht einmal die eigene Straße

selbst gestalten und beleben, ohne mit Vorschriften und Auflagen konfrontiert zu werden. Zwar postulieren Demokratietheorien, dass die öffentliche Debatte und der Abstimmungsprozess umso breiter sein müssten, je folgenreicher eine Entscheidung ist. Doch die Finanzkrise 2008, die Coronakrise und der Ukraine-Krieg offenbarten, dass Entscheidungen von großer Tragweite zunächst in engen Zirkeln fallen – und die Parlamente ihnen später oft ohne substanzielle Debatte zustimmen. Und je exklusiver und homogener diese Entscheidungszirkel sind, desto eher entsteht eine Wahrnehmungsblase. In ihr bestätigen sich die Akteure gegenseitig – ungeachtet dessen, ob ihr Weltbild der Wirklichkeit entspricht. Damit wächst jedoch das Risiko von Fehleinschätzungen, die im Extremfall katastrophale Folgen haben können. Weil wir die Welt so gestalten, wie wir sie sehen, wird politische Wahrnehmung oft zur selbsterfüllenden Prophezeiung. Wenn die Europäische Union etwa massiv aufrüstet, weil sie Russland als Bedrohung wahrnimmt, steigert sie damit das Kriegsrisiko, da sie selbst zur Eskalationsspirale beiträgt.

Ein Leviathan kommt selten ohne Feindbilder aus, denn nur so kann er sich als Schützer legitimieren und eine polarisierte Gesellschaft künstlich zusammenschweißen. Ein solches Menschenbild bildet nicht nur die Grundlage der innerstaatlichen Ordnung, sondern prägt auch eine imperiale Vorstellung von Weltordnung. Dabei dient das Fremde als Projektionsfläche für die Haltung der Gesellschaft zu sich selbst. So schreibt sich der Westen seit Jahrhunderten den vermeintlichen Auftrag zu, „die Barbaren zu zivilisieren“ (Lanternari 1997) – mal durch Missionierung, mal durch (Neo)Kolonisierung. Mit dem Ende des Kalten Krieges hätte die Chance für ein neues Weltregime bestanden. Die Vereinten Nationen hätten reformiert und gestärkt werden können, um eine multilaterale Weltordnung zu etablieren. Die NATO hätte sich gemeinsam mit dem Warschauer Pakt 1991 auflösen können, um das „gemeinsame Haus Europas“ (Michail Gorbatschow) Wirklichkeit werden zu lassen. Doch stattdessen begann die NATO nach Osten zu expandieren und damit das Misstrauen Russlands zu provozieren, während US-Präsident George H. W. Bush 1990 eine neue, unipolare Weltordnung ausrief. So inszenierte sich die G7 anstelle der Vereinten Nationen als informelle Weltregierung, während die USA die Rolle des Weltpolizisten übernahmen. Da Verfassungen nur innerstaatliche Angelegenheiten regeln, dominierte auf der internationalen Bühne weiterhin das Recht des Stärkeren. Bisher wurde das Völkerrecht fast ausschließlich gegen die Verlierer von Konflikten angewandt – doch praktisch nie gegen die Sieger.

Immerhin ging es in den 1990ern um eine Weltordnung, also um den Versuch, globale Probleme zu lösen. Doch gerade der Drang nach „großen Lösungen“ verschärft Probleme oft erst recht (Radkau 2012: 114). Wer die weltumfassende Komplexität durch ihre künstliche Reduktion zu beherrschen sucht, erzeugt dadurch Weltunordnung statt Weltordnung. Je stärker die systemische Herrschaft ausfällt, desto heftiger ist der Widerstand aus der ökologischen und sozialen Umwelt. Was der Soziologe

Wolfgang Sachs 1997 schrieb, wirkt aus heutiger Sicht wie eine Prophezeiung: Die westliche Zivilisation ist „mit der bitteren Einsicht konfrontiert, dass ihre gewaltige Macht über die Welt und die Natur keineswegs umfassende Kontrolle einschließt; im Gegenteil, sie bringt – raumverschoben und zeitversetzt – Auswirkungen hervor, welche das Zentrum selbst destabilisieren könnten“. So haben sich Grund und Ziel der westlichen Hegemonie in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Das Verhältnis zur Welt wird nicht mehr im Rahmen von „Entwicklung“, sondern unter dem Paradigma der „Sicherheit“ begriffen (Sachs 1997: 98). Um die eigene Ordnung gegen die wachsende Unordnung zu schützen, hat der Globale Westen begonnen, Mauergrenzen zu errichten: zwischen USA und Mexiko, Europa und Afrika, Ungarn und Serbien, Polen und Belarus, Israel und Westjordanland. Selbst Australien hat seine Nordgrenze mit einer Seeblockade gegen Bootsflüchtlinge abgeschottet. Ein solches Grenzregime schützt nicht nur den Wohlstand, sondern auch die Ursachen der Unordnung „da draußen“. Damit wird die Auseinandersetzung mit den wahren Kosten der eigenen Entwicklung vermieden, denn weder Wirtschaftswachstum noch Massenkonsum entstehen im luftleeren Raum. Um beides zu ermöglichen, sind die Grenzen nicht komplett verschlossen, sondern funktionieren wie „Sortiermaschinen“ (Mau 2022), die eine Internalisierung von Ressourcen, Profiten und „Humankapital“ ermöglichen bei gleichzeitiger Externalisierung der Kosten der Entwicklung (Armut, Umweltzerstörung, Konflikte...). Weil die Umwelt gleichzeitig Innenwelt ist, überträgt sich die Logik des Grenzregimes auch nach innen. Für Stephan Lessenich (2017: 128 f.) haben die Guarded Borders an den Außengrenzen ihre innergesellschaftliche Entsprechung in Gated Communitys, das sind „exklusive, umzäunte und bewachte Wohnkomplexe, in deren heiler Welt sich die Wohlhabenden häuslich einrichten“. Obwohl sich Privilegien und Benachteiligung gegenseitig bedingen, leben reiche und arme Menschen in Köln oder Berlin auf getrennten Planeten, zwischen denen es im Alltag kaum Interaktion gibt.

Neben der Abschottung der Wohlstandsinseln identifizierte Wolfgang Sachs (1997: 98) eine zweite Strategie für die Schadensbegrenzung: die strategische Ausweitung der Herrschaft. Denn „die Hegemonialmächte sehen sich jetzt zum überlegenen Management eines potenziell chaotischen Weltsystems berufen“. Weil das System deutlich abhängiger von seiner Umwelt ist als umgekehrt, kann der Westen nur dann weiterhin Wachstum und Massenkonsum aufrechterhalten, wenn die Versorgung mit Rohstoffen und Energie garantiert bleibt, die Lieferwege geschützt sind und die Absatzmärkte erweitert werden. Eine Weile lang diente dem Westen die Finanzkraft als effektives Herrschaftsinstrument. Entwicklungsländer, die Kredite benötigten, mussten sich „Strukturanpassungsprogrammen“ unterordnen, die den Helfern mehr zugutekamen als den Geholfenen (Hamm 2006). Die westliche Dominanz stieß in der ersten Phase der Globalisierung auf keine ernstzunehmende Konkurrenz. Doch inzwischen sind aus ehemaligen Schwellenländern autoritäre Wirtschaftsmäch-

te hervorgegangen. Bald könnte China sogar die USA als größte Volkswirtschaft der Welt ablösen. In dieser neuen Situation hat der Westen eine protektionistische Wende eingeleitet. Zudem wird der ökonomische Wettbewerb zunehmend militärisch ausgetragen. Wenn die USA bis heute 750 Militärbasen in mindestens 80 Ländern der Welt unterhalten (Hussein und Haddad 2021) und jahrelang mehr für Rüstung ausgegeben haben als die folgenden neun bis elf größten Militärmächte zusammen (SIPRI 2023), dann kann dies nicht allein der Verteidigung dienen. Obwohl NATO-Staaten nur 12 % der Weltbevölkerung stellen, beliefen sich ihre gesamten Militärausgaben 2024 auf 1.474 Milliarden Dollar (Mergener 2024), das entspricht 60 % der globalen Rüstungsausgaben. So wie die Sozialpolitik zunehmend durch innere Sicherheitspolitik ersetzt wird, erfolgt auch die Außenpolitik immer stärker als Militärpolitik. Der Leviathan bekämpft Konflikte mit Gewalt, denn ihre Prävention würde andernfalls eine grundlegende Veränderung des Systems selbst erfordern – jenes Systems also, das diese Konflikte überhaupt erst hervorbringt.

Zum Homo oeconomicus

Auf dem „Homo oeconomicus“ basiert die kapitalistische Marktwirtschaft, die in westlichen Gesellschaften als alternativlos gilt und durch die neoliberale Globalisierung als Modell universalisiert wurde. Selbst Russland und China bekennen sich inzwischen zum Kapitalismus. Dieses Wirtschaftsmodell ist Ausdruck des Glaubenssatzes, dass alle Menschen in ihrem Wesen Egoisten sind, die nur darauf bedacht sind, ihren Eigennutzen zu maximieren und die eigenen Kosten zu minimieren. Grundlegend für diese Denkweise sind die Werke „Zwei Abhandlungen über die Regierung“ von John Locke (2023 [1689]) und „Der Wohlstand der Nationen“ von Adam Smith (2018 [1776]). Wer zum Homo oeconomicus erzogen wird, ist zum Vertrauen unfähig. Entsprechend wird in der Marktwirtschaft der freie Wettbewerb der Kooperation vorgezogen, ebenso wie das Privatwesen dem Gemeinwesen. Doch wie ist ein friedliches Zusammenleben in einer Gesellschaft möglich, die aus egoistischen Individuen besteht? Die Antwort lautet: Indem Wirtschaftswachstum stattfindet und dadurch alle egoistischen Bedürfnisse befriedigt werden, so der englische Philosoph John Locke. Er war der Meinung, dass die Natur zu diesem Zweck ausgebeutet werden müsse. Wenn die indigenen Völker in Amerika unfähig waren, die Natur zum Wohle der Menschheit auszubeuten, dann habe der Westen das Recht gehabt, sie zu enteignen, so Locke. Durch die Kolonialisierung wurde der Kommerz ausgebaut. Gleichzeitig stieg die Bedeutung der Bourgeoisie und der Hochfinanz innerhalb der Gesellschaft (Polanyi 1978). Sie waren die Kräfte, die die Industrielle Revolution ausgelöst und vorangetragen haben (Braudel 1997). So entstanden die Fundamente für den Massenkonsum, den der US-amerikanische Ökonom und Wirtschaftshistoriker Walt W. Rostow (1960) als das höchste – also

erstrebenswerteste – Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung betrachtete. Mit seiner Theorie machte er die USA zum Entwicklungsmodell für alle anderen Länder. Die Erziehung zum Massenkonsum begann in Europa in den 1950er Jahren mit dem Marshall-Plan und wurde endgültig zum globalen Phänomen mit der neoliberalen Globalisierung. Heute gleichen die Innenstädte der Welt Einkaufszentren unter freiem Himmel – und dienen selbst als Vorbild für die Entwicklung der Peripherien. Wollte man in Deutschland ein heruntergekommenes Quartier aufwerten, plante man lange Zeit immer nur das gleiche: ein Einkaufszentrum. Eine massive Werbemaschinerie hat jahrzehntelang dafür gesorgt, dass der Massenkonsum zu einem „künstlichen Instinkt“ (Harari 2013: 201) in der Bevölkerung sedimentierte. So gehen Studien davon aus, dass der durchschnittliche Deutsche täglich zwischen 4.000 und 10.000 Werbebotschaften ausgesetzt ist (Kreiß 2017; Rötzer 2021), deren Metabotschaft lautet: „Kauf mehr!“ Die westliche Gesellschaft begreift sich gerne als „Wertegemeinschaft“, doch ihr Massenkonsum ist auf Kosten anderer. Was auf den Wohlstandsinseln „Wachstum“ genannt wird, basiert auf einer unvollständigen Rechnung, in der die „externalisierten Kosten“ nicht erscheinen (Lessenich 2019). Wenn jeder Durchschnittsamerikaner und jeder Durchschnittsdeutsche so lebt, als ob er 5,1 bzw. 3 Erden zur Verfügung hätte, dann zahlt nicht nur die ökologische Umwelt einen hohen Preis für diese „imperiale Lebensweise“ (Brand und Wissen 2017), sondern auch die soziale Umwelt und die künftigen Generationen, denn „Naturbeherrschung schließt Menschenbeherrschung ein“ (Horkheimer 1991: 106).

Bereits in seinem 1944 erschienenen Werk „The Great Transformation“ warnte der Sozialanthropologe Karl Polanyi vor der „krassen Utopie“ sich selbst regulierender Märkte. Wer die Marktkräfte entfesselt, verwandelt die gesamte Gesellschaft in einen Markt, auf dem Grund und Boden, Geld und sogar Menschen zu Spekulationsobjekten verkommen. Daher könne eine liberalisierte Marktwirtschaft „über längere Zeiträume nicht bestehen, ohne die menschliche und natürliche Substanz der Gesellschaft zu vernichten“, so Polanyi (1978: 19 f.). Er hatte es selbst erlebt: von der Marktliberalisierung an der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert zum Ersten Weltkrieg über die Weltfinanzkrise von 1929 bis hin zu autoritären Entwicklungen und schließlich dem Zweiten Weltkrieg. Dass sich die Geschichte seit einigen Jahrzehnten wiederholt, kann kein Zufall sein, sondern belegt, dass unsere Gesellschaft immer noch in ihrer „culture as usual“ gefangen ist (Brocchi 2024: 268). Die Frage, ob wir eine große Transformation der Gesellschaft wollen oder nicht, stellt sich heute nicht mehr, denn wir sind bereits mittendrin. Es geht nur noch darum, auf welche Weise sie geschehen wird: by disaster or by design.

By disaster or by design?

Wenn eine Gesellschaft so lange an einem Entwicklungspfad festhält, der sie erst in eine Polykrise geführt hat und in den Kollaps münden könnte (Polanyi 1978; IPCC 2021), dann offenbart sich darin die Macht der Kultur. Je mehr sich eine Kultur habitualisiert, institutionalisiert und materialisiert – etwa in ökonomischen Infrastrukturen –, desto stärker lenkt sie das Verhalten der Menschen im Alltag und wirkt als „innerer Zwang“ aus dem Unbewussten heraus. „Verkrustet“ sich eine Kultur, prägt sie Generationen und verhindert tiefgreifende Lernprozesse. So blieb eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte selbst nach der Finanzkrise 2008 aus. Immer mehr Menschen erfahren die Klimakrise körperlich, doch Kohlekraftwerke laufen weiter und Millionen steigen weiterhin ins Flugzeug. Die Ursachen der gegenwärtigen Polykrise liegen daher nicht in den Fehlern des Systems, sondern in seinem Funktionieren (Welzer 2017: 132).

Trotz zunehmender Verschärfung der Polykrise erleben wir seit Jahren eine mentale Regression in der Gesellschaft: ein reflexartiger Rückzug auf Verhaltensmuster einer vergangenen Epoche – genau jene, die einst den Höhepunkt historischer Macht markierten (Elias 1996; Welzer 2017: 16). So wird der Ruf nach Wirtschaftswachstum immer lauter. Statt zu bremsen, rennt so die „Megamaschine“ immer schneller gegen die Wand. Es gibt jedoch keinen Wachstumswang ohne Expansionsdrang – und auf einem begrenzten Planeten führt dies unweigerlich zum Krieg: zwischen Menschen und mit der Natur. Die modernen Imperialismen inszenieren sich gern als Antiimperialismus im Kampf miteinander (Hardt und Negri 2021: 170). Tatsächlich hat der Bund zwischen Kapitalismus und Imperialismus im Westen eine lange Tradition, die wiederbelebt wurde. Wenn sich die Welt heute im permanenten Krieg befindet, dann ist dies die Kehrseite eines tiefen und langen Entsolidarisierungsprozesses nach innen. Rechtsextreme Parteien wie die Alternative für Deutschland (AfD) oder Figuren wie Donald Trump sind weder ein Unfall der Geschichte noch eine Antithese zum bisherigen System, sondern dessen extremes Produkt, denn sie vereinen den Leviathan und den Homo oeconomicus am besten. Zwar verschärft der Rechtspopulismus die Demokratiekrise, doch ihre Ursachen bestanden schon vor ihm. Auch ohne AfD an der Regierung, wirkt sich eine ähnliche Kultur verstärkt über andere Parteien aus.

Wie sich eine Gesellschaft gegenüber ihrer Umwelt verhält, hängt von ihren inneren Verhältnissen ab. Daher erfordert die Überwindung der Polykrise einen „Systemwechsel“ innerhalb der Gesellschaft. So begreift die Politikwissenschaft „Transformation“ (Merkel 1999: 15). Wer keine Transformation by disaster will, muss eine nachhaltige wagen, in der sich ein Wechsel des Energie-, des Gesellschafts- und des Kulturregimes gegenseitig bedingen. Ob eine Krise zum Kollaps führt oder zu einer Chance wird, entscheidet sich vor allem an der Dimension Misstrauen und

Vertrauen. Nachhaltigkeit beginnt mit der Umwandlung sozialer Beziehung – und dies auf internationaler wie auf lokaler Ebene. Warum sollten wir immer weiter wachsen, wenn wir auch mehr miteinander teilen und gerecht umverteilen könnten? Im Kampf gegen die AfD reicht es nicht aus, eine schwache Form von Demokratie zu schützen. Demokratie sollte hingegen weitergedacht, reformiert, gestärkt und vor allem gelebt werden.

Doch die größte Herausforderung für eine nachhaltige Transformation ist, gerade jene Kultur zu verändern, in der wir selbst erzogen worden sind. Ohne Psychogenese keine Soziogenese (Elias 1992). Da sich Probleme nicht in demselben Rahmen lösen lassen, der sie verursacht hat, braucht es breite Allianzen zwischen sozialen Bewegungen – Friedens-, Gerechtigkeits-, Demokratie- und Umweltbewegung –, um den Rahmen zu ändern. Doch eine multidimensionale Nachhaltigkeitsbewegung wird nur erfolgreich sein, wenn sie sich zugleich als Kulturbewegung begreift und handelt.

Quellen

- Beck, Ulrich (2008): Weltrisikogesellschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. München: oekom.
- Braudel, Fernand (1997): Die Dynamik des Kapitalismus. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Bregman, Rutger (2022): Im Grunde gut. Hamburg: Rowohlt.
- Brocchi, Davide (2011): Negatives Menschenbild und Separationsdenken der modernen Gesellschaft. Köln/Berlin: Institut Cultura21 e.V.
https://www.davidebrocchi.eu/wp-content/uploads/2018/01/2011_Negatives_Menschenbild_DB.pdf (Zugriff: 22.4.2025).
- (2024): By Disaster or by Design? Transformative Kulturpolitik: von der Polykrise zur systemischen Nachhaltigkeit. Wiesbaden: Springer VS.
- Bush, George H. W. (1990): Address Before a Joint Session of Congress (September 11, 1990). Charlottesville: Miller Center Public Affairs, University of Virginia.
<https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-before-joint-session-the-congress-the-persian-gulf-crisis-and-the-federal-budget> (Zugriff: 19.4.2025).
- Elias, Norbert (1990): Über den Prozess der Zivilisation. Bd. 1. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- (1996): The Germans: Power struggles and the development of habitus in the nineteenth and twentieth centuries. New York: Columbia University Press.
- Hamm, Bernd (2006): Die soziale Struktur der Globalisierung. Berlin: Kai Homilius.
- Harari, Yuval Noah (2013): Eine kurze Geschichte der Menschheit. München: Pantheon.
- Hardt, Michael; Negri, Antonio (2021): Impero. Il nuovo ordine della globalizzazione. Milano: BUR.
- Hobbes, Thomas (1996): Leviathan, or The Matter, Forme & Power if a Common Wealth Ecclesiastical an Civil. Cambridge: Cambridge University Press.
- Horkheimer, Max (1991): Zur Kritik der instrumentellen Vernunft. Frankfurt a.M.: S. Fischer.

- Hussein, Mohammed; Haddad, Mohammed (2021): US military presence around the world. In: Al Jazeera 10.9.2021. <https://www.aljazeera.com/news/2021/9/10/infographic-us-military-presence-around-the-world-interactive> (Zugriff: 18.3.2024).
- IPCC (2021): Climate Change 2021. The Physical Science Basis. Summary for Policymakers. Cambridge University Press. S. 5-11. https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/downloads/report/IPCC_AR6_WGI_SPM.pdf (Zugriff: 17.4.2025).
- Kreiß, Christian (2017): Ist Werbung volkswirtschaftliche Verschwendung? In: Forum Nachhaltig Wirtschaften 1.12.2017. <https://www.forum-csr.net/News/11909/Werbung-Nein-Danke.html> (accessed: 18.3.2025).
- Lanternari, Vittorio (1997): *L'incivilimento dei barbari*. Bari: Dedalo.
- Lessenich, Stephan (2017): *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. München: Carl Hanser.
- Locke, John (2023): *Zwei Abhandlungen über die Regierung*. Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen (2021): *Sortiermaschinen. Die Neuerfindung der Grenze im 21. Jahrhundert*. München: C.H. Beck.
- Mausfeld, Rainer (2019): *Angst und Macht. Herrschaftstechniken der Angsterzeugung in kapitalistischen Demokratien*. Frankfurt/Main: Westend.
- Megener, Hans Uwe (2024): NATO-Zahlen der Verteidigungshaushalte 2024. In: ES&T (Europäische Sicherheit und Technik) 19.6.2024. <https://esut.de/2024/06/meldungen/50787/nato-zahlen-der-verteidigungshaushalte-2024/> (Zugriff: 19.4.2025).
- Merkel, Wolfgang (1999): *Systemtransformation*. Opladen: Leske + Budrich.
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Radkau, Joachim (2012): *Natur und Macht*. München: C.H. Beck.
- Rostow, Walt Whitman (1960): *The stages of economic growth: A non-communist manifesto*. London: Cambridge University Press.
- Rötzer, Florian (2021): *Digitale Werbung: Daten, Wirkung, Widerstand*. Bielfeld: transcrip.
- Sachs, Wolfgang (1997): Sustainable Development. Zur politischen Anatomie eines internationalen Leitbilds. In: Karl-Werner Brand (Hrsg.), *Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie*. Opladen: Leske + Budrich. S. 93–110.
- SIPRI (2023): *Trends in World Military Expenditure, 2022*. SIPRI Fact Sheet April 2023. Solna: Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI).
- Smith, Adam (2018): *Der Wohlstand der Nationen*. München: dtv.
- Voswinkel, Johannes (2008): Was hat Bush mit der Nato vor? In: *Zeit Online* 1.4.2008. <https://www.zeit.de/online/2008/14/bush-nato-gipfel-ukraine> (Zugriff: 22.4.2025).
- Welzer, Harald (2017): *Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand*. Frankfurt/Main: Fischer.

Christine Schweitzer

Soziale Verteidigung – eine Alternative zu militärischer Abwehr von Angriffen von innen oder außen

Soziale Verteidigung ist ein Konzept des gewaltfreien Widerstands einer Gemeinschaft gegen militärische Angriffe oder Staatsstriche (Battke, 1979; Martin, 1993; Sharp, 1992; Vogt, 1987). Als Alternative zu militärischer (Landes-)Verteidigung will sie nicht die Grenzen und das Territorium, sondern die Lebensweise, Gesellschaft und Freiheiten verteidigen. Als Instrument des Abwehr eines Staatsstreichs lässt sie die Putschenden ins Leere laufen, weil es denen nicht gelingt, ihre Anweisungen durchzusetzen.

Der Grundgedanke der Sozialen Verteidigung: Ein militärischer Besatzer oder ein Putschist braucht wie jeder Herrscher die Mitarbeit der Bevölkerung, um seine politischen Ziele durchsetzen zu können. Wenn keine*r die Anweisungen des Militärs befolgt, keine*r die Rohstoffe abbaut oder die Infrastruktur saniert, keine*r zu Parteiversammlungen geht, kein*e Lehrer*in die neuen Curricula umsetzt, dann mag der Aggressor zwar überall seine Truppen oder andere Sicherheitskräfte stehen haben, aber seine Ziele erreicht er nur dann, wenn es ihm gelingt, die Menschen zur Mitarbeit zu bewegen. Dieser Gedanke wurde schon in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts von Étienne de La Boétie in seinem (Jugend-)werk „Von der Freiwilligen Knechtschaft“ (de la Boétie, 2014) formuliert. Gene Sharp griff diesen Gedanken 1973 in seiner Arbeit über die Politik der Gewaltfreien Aktion auf und machte ihn zur Grundlage der Theorie über die Wirksamkeit von zivilem Widerstand im Allgemeinen.

Beispiele der Sozialen Verteidigung – mehr als nur „Prototypen“

Die Vorstellung von gewaltfreiem Widerstand gegen eine militärische Aggression oder einen Putsch mag vielen Menschen auf den ersten Blick unrealistisch erscheinen. Aber Tatsache ist, dass solcher Widerstand, wenn es um den Sturz von Diktaturen ging, in den letzten 125 Jahren vielfach erfolgreich war. Die US-Forscherinnen Erica Chenoweth und Maria J. Stephan (2011) zählten auf Basis der NAVCO-Datenbank zwischen 1900 und 2006 107 Fälle von gewaltfreiem Widerstand, der auf einen Regimewechsel, eine Sezession oder die Bekämpfung einer Besatzung abzielte, und

wiesen nach, dass gewaltfreie Kampagnen im gleichen Zeitraum fast doppelt so erfolgreich waren wie gewalttätige, zumindest, wenn es um Regime Change ging. Dort standen 59% Erfolgsrate von gewaltfreien Kampagnen 27% Erfolg bei gewaltsamen gegenüber (S. 73). Chenoweth aktualisierte diese Zahlen im Jahr 2021 und stellte fest, dass die Erfolgsquote bei zivilem Widerstand in den letzten zehn Jahren gesunken ist, aber ebenso die Erfolgsquote bei bewaffneten Aufständen. Betrachtet man den gesamten Zeitraum zwischen 1900 und 2019, liegt die Erfolgsquote immer noch bei etwa 50 % (Chenoweth, 2021, S. 14).

Bei der Vorstellung des Konzepts der Sozialen Verteidigung ist es wichtig zu betonen, dass Soziale Verteidigung nie ein vorher vorbereitetes ausschließliches Verteidigungskonzept eines Landes gewesen ist. (Als ein Element einer Totalverteidigung ist es vereinzelt zu finden; dazu unten mehr.) Wenn gewaltfreier Widerstand gewählt wurde, lag dies in der Regel daran, dass eine gewaltsame Verteidigung als unmöglich ausgeschlossen wurde. Einige „Prototypen“, wie Sharp (1990, 1992) sie nannte – nicht alle von ihnen erfolgreich –, wurden in der Literatur der 1970er und 1980er Jahre häufig erwähnt. Die Liste kann heute deutlich verlängert werden:

- Der Kapp-Putsch im Jahr 1920, bei dem Reichswehroffiziere gegen die Regierung der jungen Weimarer Republik rebellierten. Der Putsch zielte darauf ab, den Gründer der Vaterlandspartei, Wolfgang Kapp, an die Macht zu bringen (Johansen & Martin 2019, S. 44-46).
Weitere Putsche, die mit gewaltlosen Mitteln niedergeschlagen wurden, war ein Putsch von Offizieren in Algerien (damals noch französische Kolonie) 1961 (Sharp, 1992) und gegen Gorbatschow in Russland 1991 (Sharp, 1992).
- Der Ruhrkampf im Jahr 1923, bei dem es sich um einen hauptsächlich zivilen Protest („passiven Widerstand“) im Ruhrgebiet handelte, als französische und belgische Truppen die Region 1923 besetzten, um Reparationen einzutreiben (Müller, 1995; Müller, 2025).
- Die indische Unabhängigkeitsbewegung, die sich von der britischen Kolonialbesatzung befreite (siehe Arnold, 2011 für Literatur hierzu). Auch weitere Kolonien haben sich der Swarthmore-Datenbank zufolge überwiegend durch zivilen Widerstand befreit: Finnland 1905 (s. auch Arajärvi, 2022) Ägypten 1918-1922, Nigeria 1945-1950, Marokko 1953-56, Ghana 1955-57, Malawi 1958-59, Demokratische Republik Kongo 1959-60 Sambia 1960-63, Ost-Timor ca. 1987-2002. Außerdem kann die Befreiung der baltischen Staaten von der Sowjetunion/Russland 2000-2001 genannt werden (Binnendijk & Kepe, 2021).
- Der gewaltfreie Widerstand in Dänemark, Norwegen (Semelin, 1993 und 2013; Mellon et al. 1985) und Bulgarien (Marin, 2022) während des Zweiten Weltkriegs. (Vgl. auch Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, 2017)
- Der „Prager Frühling“ im August 1968, als Truppen des Warschauer Pakts die Reformbewegung in der CSSR niederschlagen wollten, was ihnen nach ca. einer

- Woche gelang, nachdem die politische Führung nach Moskau verbracht und zum Einlenken gebracht wurde (siehe Johansen & Martin 2019, S. 51-56).
- Anderson & Wallace (2013) veröffentlichten ein Buch mit 13 Fallstudien über Gemeinschaften in Bürgerkriegen, die beschlossen, sich aus den Kämpfen herauszuhalten und nicht Partei zu ergreifen. Fünf Beispiele werden ausführlicher dokumentiert: Afghanistan: Widerstand der Jaghori gegen die Taliban, Bosnien: Tuzla, Kolumbien: indigene Gemeinschaften, Mosambik: Provinz Gaza und Ruanda: Muslime während des Völkermordes Obwohl sie den Begriff „Soziale Verteidigung“ nicht verwenden, können diese Fälle als Beispiele für Soziale Verteidigung in Bürgerkriegen angesehen werden. Die Autor*innen verglichen sie und stellten eine Reihe von Gemeinsamkeiten fest.
 - Nach dem russischen Angriff 2022 auf die Ukraine hat es zahlreiche Fälle spontanen zivilen Widerstands gegeben. Der katalanische Forscher Filip Daza Sierra und seine Kollegen haben dies in einer Studie dokumentiert (Daza Sierra, 2022 und 2025). Er und sein Team stellten fest, dass es eine große Anzahl solcher gewaltfreier Aktionen gab. Die Menschen blockierten Panzer, hielten öffentliche Proteste ab, missachteten Befehle in besetzten Gebieten und bildeten Netzwerke zur gegenseitigen Unterstützung. Auch heute noch gibt es in den besetzten Gebieten einige Formen des zivilen Widerstands.

Forschungsgeschichte

Der Gedanke einer gewaltfreien Verteidigung lässt sich bis in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurückverfolgen (James, 2010). In den 1930er Jahren wurde die Idee mehrfach formuliert. Gandhi schlug mehreren Ländern eine gewaltfreie Verteidigung vor: der Schweiz 1931, Abessinien 1935, der Tschechoslowakei 1938 und Großbritannien 1940. In den Niederlanden formulierte der Antimilitarist Bart de Ligt angesichts der Bedrohung durch Deutschland das Konzept der „gewaltfreien Volksverteidigung“. Weitere Befürworter*innen in den 1930er Jahren waren Richard Gregg, Jessie Wallace Hughan, Krishnalal Shridharani und Kenneth Boulding (Bogdonoff, 1982).

Zwischen den späten 1950er und beginnenden 1990er Jahren nahm sich die Friedensforschung des Konzepts an. Die Soziale Verteidigung wurde zu einem detailliert durchdachten Konzept entwickelt, das man auch der Politik als verteidigungspolitische Alternative anbot. Den Anfang machte allerdings 1958 ein Publizist, der hochdekorierte britische Offizier und Unterhausabgeordnete Stephen King-Hall mit seinem Werk „Defence in the Nuclear Age“. Da es unmöglich sei, Großbritannien mit Atomwaffen zu verteidigen, schlug er vor, gegen eine mögliche sowjetische Invasion gewaltfreie Mittel einzusetzen. Die Idee wurde rasch von Friedensforscher*innen aufgegriffen. Dazu gehörten u.a. April Carter (1967), die einzige Frau in dieser Zeit, Adam Roberts (1967), Gene Sharp (u.a. 1970, 1985, 1990, 2005), Johan Galtung

(u.a. 1976), Anders Boserup und Andrew Mack (1974), und in dem deutschsprachigen Raum seit den 1970er Jahren vor allem Theodor Ebert (1969, 1981a und b). In dieser Zeit gab es auch einige internationale akademische, interdisziplinäre Konferenzen über das Thema, 1964 in Oxford (Roberts, 1967) und mindestens zwei in Deutschland, organisiert von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) (Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, 1969; Ebert, 1974).

In der Zeit der fast die ganze nördliche Hemisphäre sowie Australien/Neuseeland umspannenden Friedensbewegung der 1980er Jahre wurde das Konzept dann zunehmend auch von Aktivist*innen aus der Bewegung aufgegriffen und diskutiert. Die War Resisters' International hielten eine große Tagung in Bradford 1990 ab (Martin, 1991); ein Bündnis verschiedener Friedensorganisationen aus Deutschland eine Tagung mit über 1.000 Teilnehmenden 1988 in Minden/Westfalen (Graswurzelrevolution, 1988; Bund für Soziale Verteidigung, 1989). Zu den neuen Namen aus der Friedensforschung in dieser dritten Phase, die bis zur ersten Hälfte der 1990er Jahre anhielt, gehören u.a. neben den bereits aufgeführten: Christian Mellon, Jean-Marie Muller und Jacques Semelin (1985) in Frankreich, Jørgen Johansen (1990) in Skandinavien, in Deutschland Roland Vogt (1987), Gernot Jochheim (1988), Barbara Müller (1995), Johan Niezing (1987) in den Niederlanden und Brian Martin (1993) und Robert J. Burrowes (1996) in Australien.

In den 1990er Jahren wandte sich das Interesse von Friedensforschung wie Aktivist*innen, dem Mainstream der Politik folgend, erstmal von dem Thema der Landesverteidigung ab und Interventionen in Kriege anderenorts zu. In dieser Zeit wurde eine beeindruckende Fülle von Fallstudien und vergleichenden Studien zu zivilem Widerstand, Schutzbegleitung/zivilem Peacekeeping veröffentlicht, die auch sehr viel Informationen von Relevanz für das Konzept der Sozialen Verteidigung beinhalten, auch wenn sie den Begriff der Sozialen Verteidigung nur selten verwenden. Zu den wichtigsten Büchern (Zeitschriftenaufsätze konnten hier nicht berücksichtigt werden) über zivilen Widerstand gehören die von Mahony & Eguren, 1997; Ackerman & Duvall, 2000; Schock, 2005; Clark (Hrsg.), 2009; Chenoweth & Stephan 2011; Roberts & Ash (Hrsg.), 2011; Nepstad, 2011; Carter, 2012; Bartkowski (Hrsg.), 2013; Anderson & Wallace, 2013; Schock, 2015; Vinthagen 2025; Furnari (Hrsg.), 2016; Beer, 2021; Chenoweth, 2021, Furnari et al., 2023.

Erst in der zweiten Dekade des neuen Jahrtausends ist das Interesse an Sozialer Verteidigung wiedererwacht, ohne jedoch bislang den Status in der Friedensforschung wieder erlangt zu haben, die das Konzept im letzten Jahrhundert hatte. Grund für das neue Interesse ist die Veränderung der Bedrohungsszenarien, wobei diese Entwicklung noch vor dem Voll-Angriff Russlands auf die Ukraine begann, auch wenn noch 2019 Autor*innen davon ausgingen, dass internationale Kriege zumindest im globalen Norden kaum mehr denkbar seien (Bund für Soziale Verteidigung, 2018; Johansen & Martin, 2019). Barbara Müller verfasste ein Update ihrer Studie

zum Ruhrkampf (Müller, 2025) und in Deutschland gab es 2018, 2023 und 2024 Konferenzen, die sich mit dem Konzept der Sozialen Verteidigung befassten (Bund für Soziale Verteidigung 2018, 2023, 2025).

Eine weitere neuere Entwicklung gegenüber dem 20. Jahrhundert ist die weiter fortgeschrittene Globalisierung im wirtschaftlichen Bereich. Die Folgen bekamen die Menschen weltweit während der Covid-19-Epidemie zu spüren. Dasselbe konnte jetzt im Krieg gegen die Ukraine beobachtet werden: Die Einstellung der Getreideexporte führte zu Hunger in afrikanischen Ländern (IfW Kiel, 2022) und die Blockade der Gas- und Ölexporte aus Russland zu einer Energiekrise in Europa.

Die Entwicklung neuer Waffensysteme und die sogenannte Modernisierung bestehender Systeme begann in den 2010er Jahren. Vieles von dem, was jetzt mit dem Krieg in der Ukraine legitimiert wird, war eigentlich schon vor Jahren geplant – neue Generationen bewaffneter Drohnen, die Entwicklung des FCAS (Future Combat Air System, New Generation Fighter, eine Kombination aus einem Luftbetankungsflugzeug, Drohnen und neuen Waffen- und Kommunikationssystemen), Hyperschallwaffen und eine neue Generation von Atomwaffen, um nur die wahrscheinlich herausragendsten zu nennen. Der große Sprung in der Entwicklung der Künstlichen Intelligenz (KI) verleiht diesen Entwicklungen eine neue Dimension (Vergl. die Berichte von SIPRI.)

KI ist nicht nur im Hinblick auf die Möglichkeit automatisierter Waffensysteme wichtig, sondern insbesondere auch für Überwachungs- und Unterdrückungstechnologien, und damit auch von Relevanz für Soziale Verteidigung. Gesichtserkennung und die schnelle Auswertung großer Mengen elektronischer Informationen sind hier nur zwei Elemente. Zu den weiteren modernen Überwachungstechnologien gehören Drohnen und alle Technologien, die zur Überwachung oder Unterbrechung der elektronischen Kommunikation eingesetzt werden.

Wenn man noch einen Schritt weiter zurückgeht und sich das Konzept der Sozialen Verteidigung ansieht, wie es bis Anfang der 1990er Jahre dargestellt wurde: Die meisten Bücher über Soziale Verteidigung wurden vor der Erfindung des Internets und vor der Kommunikation über Mobiltelefone geschrieben. Verkehrsschilder wie in der Tschechoslowakei 1968 umzudrehen, ist in Zeiten von Google Maps und seinen militärischen Äquivalenten nicht besonders nützlich. Elektronische Medien ermöglichen eine viel einfachere Kommunikation zwischen viel mehr Menschen – können aber auch leichter vom Gegner abgeschaltet werden. Aus diesem Grund empfehlen Johansen & Martin (2019) Low-Tech-Lösungen, um diese Bedrohungen zu überwinden – sogar Brieftauben, die Telefone und Computer ersetzen.

Nicht zuletzt ist die kritische Infrastruktur in der modernen Gesellschaft – Wasser, Lebensmittelverteilung, Heizung, Gesundheitsversorgung – viel stärker von Elektrizität und dem Funktionieren der elektronischen Netze abhängig als früher. Befürworter*innen der Sozialen Verteidigung haben vorgeschlagen, dass für mehr

Widerstandsfähigkeit mehr dezentrale Systeme sowie die Lagerung der notwendigen Güter erforderlich wären (Johansen & Martin, 2019).

Was die Erweiterung der Wissensbasis betrifft, so ist vielleicht das Thema des autoritären Lernens (Heydemann, 2024) besonders hervorzuheben. In früheren Büchern über zivilen Widerstand und Soziale Verteidigung wird übereinstimmend berichtet, dass die Aggressoren oder Putschisten überrascht waren, wenn sie nicht auf bewaffneten Widerstand stießen. Dies hat sich nun grundlegend geändert. Sie wissen, wie ziviler Widerstand funktioniert und wie man ihn unterdrückt (Chenoweth, 2021). Dies konnte bei vielen der modernen Aufstände oder der Verteidigung gegen Staatsstriche beobachtet werden, von Belarus bis Myanmar. Das muss eine Vorbereitung auf die Soziale Verteidigung berücksichtigen, einschließlich der Möglichkeit eines weit überproportionalen Einsatzes von Gewalt, um Widerstandskämpfer*innen abzuschrecken oder sie dazu zu verleiten, zu gewaltsamen Taktiken überzugehen.

Strategie und Taktiken der Sozialen Verteidigung

Die Ziele der Sozialen Verteidigung sind nicht anders als die jeglicher Form der Abwehr von Aggression. Mellon & al (1985:131 ff) beschreiben drei Aufgaben Sozialer Verteidigung:

1. zu verhindern, dass die Gesellschaft/das Land beherrscht werden kann,
2. den Geist der Verteidigung „unbeugsam“ machen, um die Verteidigung durchhalten zu können, und
3. sicherzustellen, dass das Land überlebt, ohne „ausbeutbar“ zu werden.

Die Mittel der Sozialen Verteidigung sind die des zivilen Widerstands bzw. der gewaltfreien Aktion im Allgemeinen. Es gibt in der Literatur verschiedene Versuche, sie in Kategorien einzuteilen.

Oftmals wird sich auf Gene Sharp (1973) und dessen drei Grundkategorien gewaltfreier Aktion bezogen:

1. Protest und Überzeugung
2. Nichtzusammenarbeit
3. „Intervention“

Johan Galtung (1982) schlug vor:

1. Gegen Gegner gerichtete Verteidigungsstrategien.
2. Verteidigungsstrategien, die darauf abzielen, den Verteidiger zu schützen.
3. Verteidigungsstrategien, die darauf abzielen, den Gegner abzuschrecken.

Boserup & Mack (1974) unterscheiden:

1. Symbolische Mittel mit dem Ziel der Schaffung von Zusammenhalt.

2. Entziehende Tätigkeit: Einschränkung der Vorteile des Gegners bei einer Besetzung.
3. Untergrabende Tätigkeit: Spaltung und Schwächung des Gegners.

Burrowes (1996) benennt zwei Hauptaufgaben der Verteidigung:

1. Die Fähigkeit und den Willen der Bevölkerung zu festigen, der Aggression Widerstand zu leisten.
2. Die Fähigkeit und den Willen der Gegenseite so zu beeinflussen, dass sie die Aggression nicht fortsetzen kann.

Hier soll folgende Kategorisierung vorgeschlagen werden:

1. Methoden, die der Schaffung und Stärkung des Zusammenhalts der Aktiven gelten – Mellon et al. (1985) sprechen vom „Geist der Verteidigung“. Dazu gehören Symbole (Fahnen/Anstecker, bestimmte Farben, symbolische Proteste). In Norwegen unter den Nazis war es eine Büroklammer, die sich Menschen an die Jacke hefteten (Boserup & Mack, 1974). In den besetzten Gebieten der Ukraine sind es gelbe Bänder (Kaminieva, 2022). Es gehört dazu aber auch, eine gewisse Kohäsion der Gesellschaft herzustellen und Spaltung zu verhindern (Mellon et al, 1985).
2. Methoden, den Widerstand zu organisieren und aufrechtzuerhalten. In der Literatur vielfach diskutiert wird hier die Frage der politischen Leitung und der Kommunikation, sowie die Rolle, die verschiedene Akteure unterhalb der nationalen Regierung, z.B. Kommunalverwaltungen und Polizei, im Widerstand spielen würden (Mellon et al., 1985). Auch Maßnahmen des klassischen Zivilschutzes (z.B. Sicherung der Infrastruktur – Energie, Wasser, Lebensmittel – und medizinische Versorgung) gehören hier mit dazu (Mellon et al, 1996).
3. Methoden, die den Gegner daran hindern sollen, seine strategischen Ziele zu erreichen. Die Vorbereitung darauf soll einen Gegner abhalten, einen Angriff oder einen Putsch zu versuchen. Sofern die Abschreckung versagt, wird versucht, ihm das, weshalb er angegriffen hat, zu verweigern. Dabei ist das vorrangig angenommene Szenario, dass der Angreifer vorhat, der angegriffenen Gesellschaft eine ihm geneigte Regierung einzusetzen und/oder sein politisches und wirtschaftliches System zu etablieren oder das Land wirtschaftlich auszubeuten. Zu den Methoden gehören vor allem Nicht-Zusammenarbeit (von Boykott über Streiks, Steuerverweigerung, (Eigen-)Sabotage, Verweigerung der Mitwirkung in vom Gegner eingesetzten Institutionen, Ziviler Ungehorsam bis hin zu Theodor Eberts „Dynamischer Weiterarbeit ohne Kollaboration“. Mit diesem sperrigen Begriff ist gemeint, dass Menschen nicht in einen Streik treten, wie Beamte es z.B. im Ruhrkampf 1923 taten, sondern am Arbeitsplatz bleiben, aber nach Möglichkeit den Befehlen des Aggressors nicht folgen. Auch gehört hier dazu der Versuch, die Streitkräfte, Regierung und Bevölkerung des angreifenden Landes

zu beeinflussen. Ansprechen der Soldat*innen, Aufzeigen gemeinsamer Interessen und Werte, Verdeutlichung des eigenen Leids gehören hier ebenso dazu wie der Versuch, sich direkt an die Gesellschaft des Angreifers zu richten (Galtung, 1982; Burrowes, 1996).

4. Den Gegner daran hindern, Gewalt anzuwenden und sich vor Gewalt zu schützen. Dabei wird gewöhnlich nicht nur auf das Verhalten, sondern auch auf die Einstellung des Gegners eingewirkt. Hierbei wird i. d. R. angenommen, dass es gewisse Hemmschwellen der Gewaltanwendung gegenüber einem unbewaffneten Gegner gibt, zumal wenn die internationale Reaktion (Reaktion externer Parteien) mit berücksichtigt wird. Gene Sharps Begriff des politischen Jiu Jitsu (Sharp, 1992) oder das von Brian Martin (2012) ausführlich beschriebene „Backfire-Prinzip“, das auf der Beobachtung beruht, dass Gewalt von Seiten von Sicherheitskräften manchmal den Protest eher ‘befeuert’ und dazu führt, dass noch viel mehr Menschen auf die Straße gehen, weisen beide darauf hin, dass gewaltsame Repressionsversuche nicht immer effektiv sind.

Zum Thema des Schutzes vor Gewalt findet sich hingegen in der Literatur weniger, aber es gibt auch hier viel Erfahrung sowohl aus der Menschenrechtsverteidigung wie aus dem gewaltlosen Schutz von Zivilbevölkerung in Krisen- und Kriegssituationen. Dazu gehören nicht nur der klassische Zivilschutz, sondern auch die Praxis des Unbewaffneten zivilen Schutzes oder zivilen Peacekeepings, die in den letzten 25 Jahren stark angewachsen ist. Der Kern dieses Ansatzes ist die Präsenz der gewaltfrei Schützenden vor Ort, die verschiedene Instrumente einsetzen, z.B. Schutzbegleitung und Beobachtung, Aufbau von Frühwarnsystemen, Trainings und auch Advocacy (Schweitzer, 2025).

Erfolgsfaktoren

Chenoweth & Stephan (2011) benennen, wie verschiedene weitere oben benannte Forscher*innen über zivilen Widerstand, verschiedene Faktoren als entscheidend für den Erfolg gewaltfreier Aufstände. Wichtige Erkenntnisse können auch aus der oben genannten Studie von Anderson und Wallace (2013) gezogen werden. Zusammengefasst können die folgenden Faktoren als wichtig für den Erfolg gewaltfreien Widerstands benannt werden:

1. Umfang und Reichweite der Beteiligung der Bevölkerung: „Je größer und vielfältiger die Teilnehmendenbasis der Kampagne ist, desto wahrscheinlicher ist ihr Erfolg“, schreibt Chenoweth (2021, S. 83)
2. Dialog mit den bewaffneten Kräften und, zumindest bei innergesellschaftlichen Szenarien, das Überlaufen von Sicherheitskräften.
3. Einsatz einer Vielzahl von Taktiken, keine Beschränkung auf nur eine Methode wie z.B. Demonstrationen.

4. Beibehalten der Gewaltfreiheit: Es spielt keine Rolle, aus welchen Motiven sich die Aufständischen oder Verteidigerinnen für *Gewaltfreiheit entscheiden; wichtig ist, dass sie konsequent dabei bleiben*. Einige Autorinnen weisen darauf hin, dass es oft einen Kern gewaltfreier Aktivist*innen mit Hintergrundwissen über die Geschichte der Gewaltfreiheit gibt, die durch Führung oder vielleicht nur durch das Anbieten von Schulungen die Strategie an die Führung weitergeben (siehe z. B. Clark, 2009). Wenn eine solche Entscheidung nicht getroffen wird, werden Aufstände schnell gewalttätig – Syrien 2011 ist ein schlimmes Beispiel dafür, was dann passieren kann.
5. Analyse und Vorbereitung des Widerstands unter Abwägung von Kosten und Nutzen – nicht „den Kopf in den Sand stecken“, nennen Anderson & Wallace (2013) das.
6. Mellon et al. (1985) sprechen von einem „unbeugsamen Geist der Verteidigung“, Anderson & Wallace (2013) berichten, dass die untersuchten Gemeinschaften Elemente der eigenen Identität auswählten und der Identität der Gewaltakteure gegenüberstellten.
7. Bei den sich verteidigenden Gemeinschaften waren laut Anderson & Wallace (2013) drei Funktionen der Regierungsführung primär: die Bereitstellung von Dienstleistungen (Landwirtschaft, Bildung, Gesundheit), die Aufstellung und Durchsetzung von Verhaltenskodizes und die Sicherheit der Gemeinschaft.
8. In der Literatur über Soziale Verteidigung wurde im letzten Jahrhundert viel über die Führung des Widerstands nachgedacht. Es scheint sich ein Konsens herausgebildet zu haben, der auch wiederum von Anderson & Wallace bestätigt wird, dass eine dezentrale/vielschichtige Führung vorteilhaft ist, weil eine zentrale Führung leicht vom Gegner ausgeschaltet werden kann.

Soziale Verteidigung als Element einer militärgestützten Totalverteidigung

Es gibt verschiedene Vorschläge, Soziale Verteidigung mit militärischer zu kombinieren, vor allem geografisch (Militär eher in ländlichen Räumen, Soziale Verteidigung in Städten, s. Nolte & Nolte, 1984 und dies., 2025). Die Vorteile, die angeführt werden, sind eine bessere Akzeptanz für die Einführung eines Verteidigungssystems, das auf atomare Abschreckung und Massenvernichtungswaffen verzichtet, und die Grenzen von Sozialer Verteidigung, falls der Gegner die physische Vernichtung (eines Teils) der Bevölkerung oder deren Vertreibung plant, wie es die Nazis ab 1939 in Osteuropa betrieben.

Bis heute hat sich noch kein Staat dazu entschlossen, sein Militär abzuschaffen und stattdessen Soziale Verteidigung vorzubereiten. Es gibt einige Länder ohne Armee – Costa Rica und Island sind vielleicht die bekanntesten Beispiele – aber sie

haben Abkommen mit größeren Staaten, die im Falle eines Angriffs „Sicherheit“ garantieren; Island ist sogar NATO-Mitglied (Wikipedia, 2025). Es gab auch einige Regierungen, die sich mit Sozialer Verteidigung befassten. So beschloss z.B. das schwedische Parlament 1986, Soziale Verteidigung als Element seiner Totalverteidigung einzuführen (Sharp, 1992), allerdings ohne dass davon heute noch Spuren zu erkennen wären. Litauen gab im Rahmen des Kampfes um Unabhängigkeit von der Sowjetunion 1991 entsprechende Empfehlungen an seine Bevölkerung ab (Jenkins, 1991). Im Jahr 2015 veröffentlichte das litauische Verteidigungsministerium einen Leitfaden für den Fall eines militärischen Angriffs, der auch ein wenig zivilen Widerstand beinhaltet (Ministry of National Defence, 2015). In jüngerer Zeit hat die NATO ein „Resistance Operating Concept“ (Fiala, 2019) für Mittelstaaten entwickelt, das zivilen Widerstand als ein Element der Verteidigung zusammen mit konventionellen militärischen und Partisanenaktivitäten vorschlägt. Die baltischen Staaten und anscheinend auch die ukrainische Regierung haben Zugang zu diesem Dokument. Zumindest hat die ukrainische Regierung eine Webseite mit Vorschlägen erstellt, was Zivilisten tun könnten, einschließlich gewaltfreien Widerstands (Ukraine, 2022) Auch Singapur hat ein Konzept der totalen Verteidigung, das Elemente zivilen Widerstands beinhaltet (SCDF, 2025).

Die kritische Anfrage, die an solche „Mix“-Konzepte gestellt werden muss, ist, ob militärische Mittel nicht die Wirkungsweise von gewaltfreiem Widerstand aufheben oder zumindest stark beschädigen. Es gibt wohl keinen Zweifel, dass aus dem Blickwinkel einer Totalverteidigung es viel Sinn macht, auch zivilen Widerstand zu integrieren, wenn auch um den Preis der Aufhebung der Unterscheidung zwischen Kombattant*innen und Soldat*innen. Aber wenn die Ziele von Sozialer Verteidigung sind, die Opferzahlen und die Zerstörung gering zu halten, dann werden diese Ziele nicht erreicht werden können. Der gewaltlose Widerstand in der Ukraine, den es in den ersten Monaten nach dem russischen Angriff 2022 gab und – wohl in stark reduzierter Form – auch bis heute noch zu finden ist (Daza, 2022 und 2025) legt dafür Zeugnis ab.

Folgerungen und Ausblick

Es gibt viele gute Gründe für Soziale Verteidigung. Gene Sharp (1992) hat sie schon vor 35 Jahren prägnant zusammengefasst. Sie sei eine Verteidigungspolitik, die:

- wirksam ist, um Angriffe von außen und innen abzuschrecken und abzuwehren,
- eigenständig ist,
- das Land nicht in den Bankrott treibt,
- keine massiven Zahlen an Todesopfern und Zerstörung verursacht,
- das eigene Schicksal nicht in die Hände mächtiger Freunde legt, die wahrscheinlich zuerst ihre eigenen Interessen verfolgen. (S. 7, Übersetzung CS)

Es gibt verschiedene Gründe, warum Staaten Streitkräfte unterhalten; die „Verteidigung“ gegen einen Angriff ist nur einer davon, und eine Friedensstrategie muss berücksichtigen, dass „Verteidigung“ im 21. Jahrhundert in den USA und Europa eher ein Vorwand als eine Antwort auf eine echte Bedrohung sein könnte. Der Abbau von Propaganda und die Auseinandersetzung mit den wirtschaftlichen Interessen hinter Rüstung und Kriegen könnten viel entscheidender sein. Dies gilt auch nach dem russischen Angriff auf die Ukraine. Dieser Krieg hat der Friedensforschung und der Öffentlichkeit zwar gezeigt, dass die Ära der internationalen Kriege noch nicht vorbei ist (wie die Friedensforschung in den letzten 30 Jahren zu glauben schien), aber es ist auch offensichtlich, dass viele der derzeit unternommenen und mit der „russischen Bedrohung“ begründeten Rüstungsbemühungen bereits vor 2022 in Planung waren, die Regierungen jedoch zögerlicher waren, Geld in sie zu stecken, als sie es jetzt sind. (Vergl. die Berichterstattung über solche Vorhaben der Informationsstelle Militarisierung.)

Zweitens muss die Soziale Verteidigung in eine umfassende Friedenspolitik eingebettet werden. Eine Politik, die universelle Handlungsstandards anwendet, auf gemeinsame Sicherheit abzielt und Frieden als Voraussetzung für eine lebenswerte Welt versteht. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Soziale Verteidigung als Alternative zur Hand zu haben, um darauf hinzuweisen, dass totale Abrüstung nicht bedeuten muss, dass man jedem Angreifer hilflos ausgeliefert ist, genauso wie der Unbewaffnete Zivile Schutz eine Alternative ist, wenn es um die Schutzverantwortung geht. Aber die Idee, Soziale Verteidigung in dem Sinne vorzubereiten, dass die Bevölkerung – die Kinder in den Schulen, die jungen Erwachsenen durch einen Wehrdienst, die Beamt*innen, die Politiker*innen usw. – zivilen Widerstand vorbereiten, scheint mir nicht wünschenswert, denn der Preis wäre vermutlich die Förderung von Feindbildern und innerem Autoritarismus. Eine umfassende Friedenspolitik braucht gewaltfreie Alternativen zu Rüstung und Militär, um überzeugend zu sein. Aber die Vorstellung einer zukünftigen Welt, in der Konflikte nicht mit Gewalt, sondern durch Konflikttransformation und die Gleichwertigkeit des Lebens aller Menschen gelöst werden, ist keine Welt, in der Menschen sich in Selbstverteidigung üben. Wir sollten vielmehr auf die bewährte Fähigkeit der Menschen vertrauen, spontan und kurzfristig angemessene Reaktionen auf jede militärische oder anderweitige gewalttätige Bedrohung zu entwickeln, die am Horizont auftaucht. Das Wissen über zivilen Widerstand, gewaltfreie Aktionen im Allgemeinen und über Unbewaffneten Zivilen Schutz kann im Rahmen der Friedenserziehung vermittelt werden und wird in jede Anforderung einfließen, wenn sie aufkommt. In der Zwischenzeit gibt es viele gute Verwendungsmöglichkeiten für dieses Wissen, vom Schutz der Zivilbevölkerung vor Gewalt über den Kampf gegen „postdemokratische“ Regime und Neofaschismus bis hin zur Bekämpfung des Klimawandels.

Quellen

- Ackerman, P. & Duvall, J. (2000): *A Force more powerful. A century of nonviolent conflict.* New York: St. Martin's Press.
- Anderson, M. B. & Wallace, M. (2013): *Opting Out of War. Strategies to Prevent Violent Conflict.* Boulder; London: Lynne Rienner Publishers.
- Arajärvi, O. (2022): Nicht gehorchen, nicht anerkennen, nicht zusammenarbeiten. „Passiver Widerstand“ in Finnland Anfang des 20. Jh., Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 78, Hrsg. Bund für Soziale Verteidigung.
- Arnold, M. (2011): *Gütekraft – Gandhis Satyagraha.* Overath: Bücken & Sulzer.
- Bartkowski, M. (Hrsg.) (2013): *Recovering Nonviolent History. Civil Resistance in Liberation Struggles.* Boulder & London: Lynne Rienner Publishers.
- Batke, A. (1979): *Verteidigung ohne Waffen. Soziale Verteidigung als Alternative zur militärischen Sicherheitspolitik? Modell und Materialien für die schulische und außerschulische politische Bildung.* Tübingen.
- Beer, M. A. (2021): *Civil Resistance Tactics in the 21st Century.* ICNC.
- Binnendijk, A. & Kepe, M. (2021): *Civilian-based Defence in the Baltic States.* RAND Corporation. Verfügbar unter: https://www.rand.org/pubs/research_reports/RRA198-3.html. [5.4.2025].
- Bogdonoff, P. (1982): *Civilian-Based Defense: A Short History.* Verfügbar unter: <https://www.bmartin.cc/pubs/19sd/refs/Bogdonoff1982.pdf>. [5.4.2025].
- Boserup, A. & Mack, A. (1974): *Krieg ohne Waffen? Studie über Möglichkeiten und Erfolge sozialer Verteidigung.* Reinbek: rororo aktuell.
- Bulletin of the Atomic Scientists (2025): *Closer than ever: It is now 89 seconds to midnight.* Verfügbar unter: <https://thebulletin.org/doomsday-clock/2025-statement/> [5.4.2025].
- Bund für Soziale Verteidigung (Hrsg.) (1989): *Dokumentation des Bundeskongresses „Wege zur Sozialen Verteidigung“ vom 17.–19. Juni 1988. Ohne Waffen – aber nicht wehrlos!* Minden: BSV.
- (Hrsg.) (2018): *Schnee von gestern oder Vision für morgen? Neue Wege Sozialer Verteidigung.* Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 58. Minden.
- (Hrsg.) (2023): *Soziale Verteidigung. Dokumentation der Jahrestagung 12.–14. Mai 2023 in Hannover.* Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 83. Minden.
- (Hrsg.) (2025): *Civilian-based Defence Put to the Test. Current Issues and Practical Challenges. Documentation of an Online-Conference September 6–7, 2024.* Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 87. Minden.
- Burrowes, R. J. (1996): *The Strategy of Nonviolent Defense. A Gandhian Approach.* Albany: New York Press.
- Carter, A. (1967): *Political Conditions for Civilian Defence.* In: A. Roberts (Hrsg.). *Civilian Resistance as a National Defence: Non-violent Action against Aggression.* (Seite 316–335). Harmondsworth: Penguin.
- (2012): *People Power and Political Change. Key Issues and Concepts.* London; New York: Routledge.
- Chenoweth, E. & Stephan, M.J. (2011): *Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict.* New York: Colombia University Press.

- Chenoweth, E. (2021): *Civil Resistance. What everyone needs to know*. Oxford University Press.
- Clark, H. (Hrsg.) (2009): *People Power. Unarmed Resistance and Global Solidarity*. London & New York: Pluto Press.
- Daza Sierra, F. (2022): Analysis of trends, impacts and challenges of nonviolent action in Ukraine between February and June 2022. Verfügbar unter: https://www.icip.cat/wp-content/uploads/2022/10/ENG_VF.pdf [5.4.2025].
- (2025): The Evolution and Dynamics of Ukrainian Civil Resistance: Key Trends 2024. In: Bund für Soziale Verteidigung (Hrsg.) (2025), S. 33–34.
- de La Boétie, E. (2014): *Discours de la servitude volontaire*. Paris: Larousse.
- Ebert, T. (1969): *Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg*. Freiburg: Verlag Rombach.
- (Hrsg.) (1974): *Demokratische Sicherheitspolitik. Von der territorialen zur sozialen Verteidigung*. München: Hanser.
- (1981a): *Soziale Verteidigung. Bd. 1: Historische Erfahrungen und Grundzüge der Strategie*. Waldkirch: Waldkircher Verlag.
- (1981b): *Soziale Verteidigung. Bd. 2: Formen und Bedingungen des Zivilen Widerstands*. Waldkirch: Waldkircher Verlag.
- Europäischer Rat (2024): *Marktauswirkungen der Invasion der Ukraine durch Russland: Reaktion der EU*. Verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-response-russia-military-aggression-against-ukraine-archive/impact-of-russia-s-invasion-of-ukraine-on-the-markets-eu-response/> [5.4.2025].
- Fiala, O. (2019): *Resistance Operating Concept*. Saceur, Stockholm 2019. Verfügbar unter: https://www.academia.edu/77714977/Resistance_Operating_Concept_ROC_ [5.4.2025].
- Furnari, E. (Hrsg.). (2016): *Wielding Nonviolence in the Face of Violence*. Norderstedt: BoD.
- Furnari, E., Janzen, R. & Kabaki, R. (Hrsg.) (2023): *Unarmed Civilian Protection. A New Paradigm for Protection and Human Security*. Bristol University Press.
- Galtung, J. (Hrsg.) (1976): *Peace, War, and Defence. Essays in Peace Research*. Copenhagen: Christian Ejlers.
- (1982): Zur Strategie der nichtmilitärischen Verteidigung. In: J. Galtung. *Anders verteidigen. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung 2*. (S. 217–286). Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.
- Graswurzelrevolution (Hrsg.) (1988): *Sonderheft Soziale Verteidigung. Nr. 123–124*.
- Heydemann, S. (2024): *Authoritarian Learning*. Oxford Handbooks online.
- Hughan, J.W. (1942): *Pacifism and Invasion*. New York.
- IfW Kiel (2022): *Ukraine-Krieg bedroht Afrikas Ernährungssicherheit*. Verfügbar unter: <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/aktuelles/ukraine-krieg-bedroht-afrikas-ernaehrungssicherheit/> [5.4.2025].
- James, W. (1910): *The Moral Equivalent to War*. New York: American Association for International Conciliation.
- Jenkins, B. (1991): *Einstein-Institution Delegation discusses CBD with Lithuanian Officials. Civilian-based Defense. Vol. 7. No. 3. May–July*.

- Jochheim, G. (1988): Soziale Verteidigung – Verteidigung mit einem menschlichen Gesicht. Eine Handreichung. Düsseldorf: Patmos.
- Johansen, J. (1990): Socialt forsvar – en ikkevoldsrevolution. Verfügbar unter: http://fred.dk/pub/bibliion/Socialt_forsvar-ikkevoldskamp.pdf. [5.4.2025].
- Johansen, J. & Martin, B. (2019): Social Defence. Sparsnäs: Irene Publishing.
- Karatnycky, A. & Ackerman, P. (2005): How Freedom is Won. From Civic Resistance to Durable Democracy. New York: Freedom House.
- King-Hall, S. (1958): Defence in the Nuclear Age. London: M.W. Books. Deutsch: (1958): Den Krieg im Frieden gewinnen. Hamburg: Henri Nannen Verlag.
- Mahony, L. & Eguren, L. E. (1997): Unarmed Bodyguards. International Accompaniment for the Protection of Human Rights. West Hartford: Kumarian Press.
- Marin, L. (2022): Soziale Verteidigung: Fallbeispiel Bulgarien 1943. Direkte gewaltfreie Aktionen für das Überleben bulgarischer Juden und Jüdinnen. In: Graswurzelrevolution Nr. 461. Verfügbar unter: <https://www.graswurzel.net/gwr/2022/08/soziale-verteidigung-fallbeispiel-bulgarien-1943/> [5.4.2025].
- Martin, B. (Hrsg.) (1991): Nonviolent Struggle and Social Defence. London: War Resisters' International.
- (1993): Social Defence. Social Change. London: Freedom Press.
- (2012): Backfire Manual. Tactics against Injustice. Sparsnäs: Irene Publishing.
- Mellon, C., Muller, J.-M. & Semelin, J. (1985): La Dissuasion Civile. Principes et méthodes de la résistance non violente dans la Stratégie Française. Paris: Fondation pour les Études de Défense Nationale.
- Ministry of National Defence (2015): Prepare to survive emergencies and war: a cheerful take on serious recommendations. Vilnius. Verfügbar unter: <https://lt72.lt/wp-content/uploads/2020/12/katurimezinotipraktiniaipatarimaienel.pdf>. [5.4.2025].
- Müller, B. (1995): Passiver Widerstand im Ruhrkampf. Eine Fallstudie zur gewaltlosen zwischenstaatlichen Konfliktaustragung und ihren Erfolgsbedingungen. Münster: Lit.
- Müller, B. & Schweitzer, C. (Hrsg.) (2006): Zur Aktualität von Sozialer Verteidigung. Dokumentation eines Workshops von IFGK und BSV vom 15.–16. April 2005. Sozio-Publishing.
- Nepstad, S. E. (2011): Nonviolent Revolutions: Civil Resistance in the Late 20th Century. Oxford: Oxford University Press.
- Niezing, J. (1987): Sociale Verdegging als Logisch Alternatief. Van Utopie naar Optie. Assen: Antwerpen.
- Nolte, H.G & Nolte, W. (1984): Ziviler Widerstand und autonome Abwehr. Baden-Baden: Nomos.
- Nolte, W. & Nolte, H.G. (2025): Civil Resistance and Autonomous Defence. In Bund für Soziale Verteidigung (Hrsg.) (2025). S. 89-94.
- Roberts, A. (Hrsg.) (1967): Civilian Resistance as a National Defence: Non-violent Action against Aggression. Harmondsworth: Penguin.
- Roberts, A. & Ash, T. G. (eds.) (2011): Civil Resistance and Power Politics: The Experience of Non-violent Action from Gandhi to the Present. Oxford: Oxford University Press.
- Schock, K. (2005): Unarmed Insurrections: People Power Movements in Nondemocracies. Minneapolis: University of Minnesota Press.

- (2015): *Civil Resistance Today*. Cambridge: Polity Press.
- Schweitzer, C. (2025): *Unbewaffneter ziviler Schutz. Anregungen für die Planung von Sozialer Verteidigung*. IFGK Arbeitspapier Nr. 30, Wahlenau.
- Semelin, J. (1993): *Unarmed Against Hitler: Civilian Resistance in Europe, 1939–1943*. Westport, CT: Praeger.
- (2013). *Persécutions et entraides dans la France occupée. Comment 75% des Juifs en France ont échappé à la mort*. Paris: Éditions du Seuil.
- Sharp, G. (1970): *Exploring Nonviolent Alternatives*. Boston: Portent Sarger Publisher.
- (1973): *The Politics of Nonviolent Action*. Boston: Porter Sargent Publisher.
- (1985): *Making Europe Unconquerable: The Potential of Civilian-based Deterrence and Defence*. London: Taylor & Francis.
- (1990): *Civilian-Based Defence: A Post-Military Weapons System*. Princeton: Princeton University Press.
- (1992): *Self-reliant Defense. Without Bankruptcy or War. Considerations for the Baltics, East Central Europe, and members of the Commonwealth of Independent States*. Cambridge: The Albert Einstein Institution.
- (2005): *Waging Nonviolent Struggle: 20th Century Practice and 21st Century Potential*. Boston: Extending Horizon Books.
- SCDF (2025): *Total Defence*. Singapore. Verfügbar unter: <https://www.scdf.gov.sg/home/community-and-volunteers/total-defence>. [5.4.2025].
- Swarthmore Datenbank. Verfügbar unter: <https://nvdatabase.swarthmore.edu>. [5.4.2025].
- Ukraine (2022): *Who are we. War bis Anfang 2025* verfügbar unter: <https://sprotyv.mod.gov.ua/en/who-are-we/>.
- Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (Hrsg.) (1969): *Civilian Defence. Gewaltloser Widerstand als Form der Verteidigungspolitik*. Tagungsbericht. Bielefeld: Bertelsmann Universitätsverlag.
- Vinthaghen, S. (2015): *A Theory of Nonviolent Action: How Civil Resistance Works*. London: Zed Books.
- Vogt, R. (1987): *Ohne Waffen, aber nicht wehrlos. Das Konzept der Sozialen Verteidigung*. Hrsg. AK Abrüstung, Frieden, Internationales der GRÜNEN IM BUNDESTAG, Bonn.
- Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden. (Hrsg.) (2017). *Gewaltfrei gegen Hitler? (Neufassung) – Gewaltloser Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seine Bedeutung für heute*. Heidelberg: WfGA.
- Wikipedia (2025): *Liste der Länder ohne Militär*. Verfügbar unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Länder_ohne_Militär. [5.4.2025].

Kapitel 7:

Fallstudien, transdisziplinäre Ansätze, Länder und regionale Konfliktanalysen

Die Vielschichtigkeit globaler Konfliktodynamiken erfordert einerseits innovative transdisziplinäre Ansätze, andererseits auch ein Bewusstsein für länderspezifische und lokale Gewalt- und Friedensprozesse. Das siebte und letzte Kapitel dieses Sammelbandes widmet sich der Frage, wie konkrete Fallstudien, transdisziplinäre Methoden sowie länder- und regionalspezifische Analysen neue Perspektiven für die Friedens- und Konfliktforschung eröffnen können. Praktische Erfahrungen, empirische Auswertungen, geopolitische Machtverschiebungen als auch historische Kontexte und Entwicklungspfade spielen hier eine besondere Rolle.

Der Blick der Autor:innen richtet sich auf die USA, wo durch die zweite Präsidentschaft Donald Trumps neue politische Machtverschiebungen ausgelöst wurden, die wiederum eng mit den Fragen von Krieg und Frieden in Verbindung stehen. Zudem analysieren Foscher:innen in diesem Kapitel den Machtwechsel in der Sahel-Region in Afrika, bzw. feministische Aspekte in Sierra Leone. Ein innovativer Ansatz versucht, transdisziplinär die beiden Bereiche der Semiotik und Propagandaforschung mit der kritischen Friedensforschung zu verbinden. Hinzu kommt ein Beitrag, der mit Mitteln der deskriptiven Statistik zentrale friedenspolitische Fragestellungen beantworten möchte. Da dieses letzte Kapitel des Buches eine gewisse empirische Tiefe und analytische Schärfe mit methodologischer Innovation verbindet, trägt es dazu bei, die normative und präskriptive Ausrichtung der kritischen Friedensforschung mit ganz konkreten Fallbeispielen zu verbinden. Die einzelnen Beispiele und Beiträge sind jedoch nicht als isolierte Phänomene zu betrachten, sondern sollen als Ausgangspunkt für eine reflexive, inklusive und praxisorientierte Friedensarbeit und als Ausgangspunkt für weitere Forschungen angesehen werden.

Ingar Solty

Trump 2.0: Klassenkampf, Populismus und die autoritäre Wende der USA

Im November 2020 atmete die Mehrheit Amerikas auf – und auch die Mehrheit in der Welt, die unter dem Einfluss des amerikanischen Imperiums lebt. Die vier zurückliegenden Jahre unter der Regierung Trump erschienen wie ein Betriebsunfall. Dass Trump vier Jahre später noch einmal gewählt wurde, widerlegt diese Wahrnehmung. Trump steht für eine säkulare Tendenz in der kapitalistischen Gesellschaft der USA. Mehr noch: Insofern alle Staaten des ehemaligen kapitalistischen Zentrums im „Westen“ den Aufstieg ihrer eigenen Trumpisten erleben, steht Trump auch hier für eine allgemeine Entwicklung (Solty 2025a).

Trotzdem erscheint Trumps Wiederwahl den meisten Europäern als Rätsel. Sie verfallen dann gerne in Irrationalismus und Antiamerikanismus: „Die spinnen, die Amerikaner.“ Sie vergessen dabei gerne, dass es den Trumpismus auch im Westen gibt. Und die widerständigen Posen liberaler Eliten verdecken, dass in ihnen selbst mehr Trump steckt als ihnen lieb sein kann. Zugleich ist Trumps Wiederwahl erklärungsbedürftig: Seit dem 20. Januar wird der mächtigste Staat der Welt von einem mehrfach verurteilten Straftäter regiert. Er ist der erste Ex-Präsident, der jemals vor Gericht schuldig gesprochen wurde. Sein Strafregister umfasst finanziell motivierten Betrug, sexualisierte Gewalt gegen Frauen, Schweigegegeldzahlungen an eine Pornodarstellerin. Weitere Strafverfahren laufen, unter anderem wegen Wahlbetrug in Georgia und Trumps Rolle beim Sturm rechtsextremer Marodeure auf das Parlamentsgebäude in Washington, bei dem 6 Menschen starben, 174 Polizeibeamte verletzt wurden und 1.500 Menschen angeklagt wurden, die Trump als eine seiner ersten Amtshandlungen amnestiert hat (vgl. Solty 2025b). Trump ist ein notorischer Lügner, der im Wahlkampf immer und immer wieder grotesker rassistischer Lügen überführt wurde, wie der, dass die haitianisch-stämmige Bevölkerung von Springfield, Ohio den Weißen die Haustiere aufessen würde oder dass die republikanisch regierte Stadt Aurora, Colorado von venezolanischen Banden regiert werde.

Hinzu kommt Trumps politische Hinterlassenschaft. Er ist keine Katze im Sack. Man wusste, was man bekommt, weil man eben schon einmal vier Jahre unter seiner Regentschaft lebte. Trump hat von 2017 bis 2021 im Grunde sämtliche Wahlversprechen gebrochen. Dazu gehörte nicht nur die „Mexikanische Mauer“ (Vincente

Fox), die Migrantinnen aus Zentralamerika abwehren und von Mexiko selbst bezahlt werden sollte. Trump versprach, dass seine Politik der Steuersenkungen für Konzerne und Superreiche – er senkte die Unternehmenssteuer von 37 % auf 21 % und den Spitzensteuersatz von 39,6 % auf 37 % – zu historisch hohen Reallöhnen führen würden, frei nach Helmut Schmidts neoliberalen Credo: Die Steuersenkungen von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen (Solty 2025b: 36). Trump versprach auch, die Steuersenkungen würden sich durch Wachstum refinanzieren. In Wirklichkeit war das Einzige, was bei diesem „Trickle Down“ auf die Arbeiterklasse, in deren Namen Trump die Steuersenkungen angekündigt hatte, herunterregnete die Pisse der Superreichen. Die Steuergeschenke an Trumps Freunde aus der „billionaire class“ rissen ein gigantisches Loch in den Steuerhaushalt: Das Haushaltsdefizit erhöhte sich von 585 Milliarden auf 1,1 Billionen US-Dollar, die Staatsverschuldung wuchs in vier Jahren um 39,1 %, von 19,95 auf 27,75 Billionen US-Dollar. Zusammen mit Trumps sozialdarwinistischer Coronapolitik – am Ende starben Tag für Tag 3.000 Amerikanerinnen und Amerikaner an oder mit Corona, every day a 9/11 – führte diese Politik dazu, dass Trump in Rekordgeschwindigkeit unter die kritische Marke von 40 % Zustimmung fiel und als historisch unpopulärer Präsident aus dem Amt schied (vgl. Solty 2025b: 37ff.). Wie konnte dieser Mann nochmal Präsident der USA werden? Was sagt das über die Verfassung der USA und auch der Demokratischen Partei aus, deren Kandidatin Kamala Harris Trump unterlag?

Trumps Wahl ist Ausdruck einer anhaltenden und schon viele Jahre zurückreichenden populistischen Situation und Antiestablishment-Stimmung im Land. Das letzte Mal, dass eine Mehrheit die USA sich „in die richtige Richtung“ entwickeln sah, liegt 20 Jahre zurück. Das war im Mai 2005, auf dem Höhepunkt der ultranationalistischen Kriegsbegeisterung und dem scheinbaren Sieg im Irakkrieg, als noch nicht feststand, dass der Krieg gegen den Terror nach Angaben des „Costs of War“-Forschungsverbands der Brown University insgesamt eine knappe Million Menschen das Leben die USA mehr als 8 Billionen US-Dollar kosten würde. Nach Mai 2005 hat die USA stets eine Mehrheit das Land sich „in die falsche Richtung“ entwickeln sehen. Heute sagen das 70 % bis 80 % der Bevölkerung. Die Unzufriedenheit mit dem politischen System ist riesig. In den 1990er und frühen 2000er Jahren äußerte sich in etwa die Hälfte „zufrieden“ oder „eher zufrieden“ mit der Arbeit des Kongresses. Nach der globalen Finanzkrise fiel die Zustimmung zur Arbeit des Parlaments rapide ab. Heute liegt sie bei 16 % (vgl. Solty 2025b: 47ff.). Die Wut auf das Establishment in Washington, D.C. fußt – marxistisch denkende Sozialisten kann das nicht verblüffen – auf einer materiellen Grundlage. In der globalen Finanzkrise pries Obama sich und seine Politik für die Arbeitsplätze, die sein 787 Milliarden US-Dollar-Konjunkturprogramm, mit dem er auf die Krise reagierte, geschaffen habe. Wer genauer hinsah, erkannte, was das „Wall Street Journal“ damals als „Low

wage/part-time epidemic“ beschrieb: In der Tendenz wurden gewerkschaftlich hoch entlohnte Jobs durch prekäre Niedriglohnjobs ersetzt. Seit der globalen Finanzkrise ist der Bevölkerungsanteil derer, die von „paycheck to paycheck“ leben, also über keinerlei Ersparnisse verfügen, um auf privatisierte Unsicherheiten im Kapitalismus zu reagieren (Entlassung, Arbeitsunfähigkeit, unfreiwillige Teilzeitarbeit, Zinserhöhungen, Krankheit und Krankenhausrechnungen, Pflegebedürftigkeit von Angehörigen, Kindergeburten usw.), von 40 % auf 60 % angewachsen (vgl. Soly 2025b: 17ff.).

Trump 1.0 war die Folge von acht Jahren Obama. Trump 2.0 ist die Folge des Scheiterns von Bidenomics. Die Wurzeln des Faschismus – auch das verblüfft und geniert nur Nichtmarxisten – liegen im Liberalismus. Das macht den Antifaschismus des moralisch erhobenen Zeigefingers auch so hilflos und heuchlerisch. Die Arbeiterklasse bildet in den USA nicht nur die Mehrheit. Die Lage ihrer Mehrheit wiederum ist „rock bottom“. Das ist des Pudels Kern, der Elefant im Raum. Nur fahren die wenigsten westlichen Journalisten weder in die Deindustrialisierungsrüinen von Detroit, MI, Camden, NJ, Youngstown, OH oder Wilkes-Barre, PA in den „fly-over states“ noch in die Industrieregionen der Südstaaten, wo zynisch „right to work“ genannte Gesetze die Betriebe von Spuren von Gewerkschaften systematisch freihalten und entsprechend Kapital anlocken. Die Lage der Arbeiterklasse und die „populistische Situation“ in den USA bedeuten, dass es ein Potenzial für einen ökonomischen (Links-)Populismus gibt. Seit vielen Jahren zeigen Umfragen stabile Zweidrittelmehrheiten für die klassischen Bernie Sanders-Forderungen: 15-Dollar-Mindestlöhne, ein öffentliches Gesundheitssystem („Medicare for All“) und kostenlose Hochschulbildung. Auch diesmal wurden bei Volksabstimmungen, die parallel zu den Wahlen stattfanden, selbst in Staaten, die Trump haushoch gewann, große linke Erfolge erzielt: Mindestloohnerhöhungen und Inflationsindexierung sowie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die in Deutschland geschliffen werden soll, wählten große Mehrheiten von Missouri über Alaska bis Nebraska. Dies macht die Politik des Demokraten-Establishments, das Wahlen nicht ausgehend von Klassenfrage und Klassenlage, sondern auf der Grundlage progressiver Milliardäre (hinter Kamala Harris standen mindestens 83 von ihnen) und liberaler Identitätspolitik („Trump ist Rassist und Sexist! Ethnische Minderheiten und Frauen, bitte nicht wählen!“) zu gewinnen sucht, zu solch einem „trainwreck“, wie die Amerikaner sagen. Denn am Ende wählten nicht nur die (alten) weißen Männer rechts, sondern wählten auch die weißen Frauen mehrheitlich einen Mann, der Frauen „an der Muschi grabtschen“ will und das „Recht auf freiwillige Mutterschaft“ selbst in Fällen von Vergewaltigung und Inzest abschaffen will, und wählten auch die Latino-Männer mehrheitlich einen Mann, der Latino-Einwanderer als „innere Feinde“, „Wilde“ und „Barbaren“ brandmarkt, die „das Ende von Amerika“ bedeuten würden. Der rechtsextreme Aktivist Steve Bannon, der Trump schon 2016 den Wahlsieg sicherte, wusste, warum er drei Jahre später im Interview mit dem linken „American Pros-

pect“ einmal sagte: „Solange die Demokraten über Identitätspolitik sprechen, habe ich sie in der Falle. Ich will, dass sie jeden Tag über Rassismus sprechen. Wenn die Linke sich auf Rasse und Identität fokussiert und wir dagegen ökonomischen Nationalismus propagieren, dann können wir die Demokraten zerstören.“ Tatsächlich steht die Trump-Wahl für eine massive politische Rechtsverschiebung in den USA: Präsidentenamt, Senat, Repräsentantenhaus, die Mehrzahl der Gouverneursposten, der Oberste Gerichtshof, der National Labor Relations Board sind in der Hand einer hinter Trump geeinten Republikanischen Partei. Trump trat auch bei seiner Amtsübernahme nicht als Präsident einer westlichen Staatengemeinschaft auf, sondern als Vertreter der internationalen extremen Rechten. Eingeladen waren nicht Scholz, Merz oder von der Leyen, sondern Giorgia Meloni und Alice Weidel, die einträchtig neben der US-Tech-Oligarchie von Elon Musk, Jeff Bezos und Mark Zuckerberg saßen, die den Demokraten demonstrativ und in vorauseilendem Gehorsam den Rücken gekehrt haben.

Eine gesellschaftliche Rechtsverschiebung, geschweige denn Faschisierung der Bevölkerung, hat in den USA jedoch nicht stattgefunden. Die Nachwahlbefragungen zeigen: Trump hat weder für die geplanten Sozialkürzungsorgien – der hierfür zuständige Elon Musk will Sozialkürzungen im Umfang von einer Billion US-Dollar durchsetzen – noch für die Einschränkung des Rechts auf freiwillige Mutterschaft und die Massendeportationen der rund 12 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter ohne legalen Aufenthaltsstatus. Abtreibung und Migration spielten, obwohl beide Parteien vor allem letzteres Thema zum Dauerbrenner im Wahlkampf machten, für die Wahlentscheidung so gut wie keine Rolle. Die Mehrheit sogar der aktiven Wählerinnen und Wähler spricht sich explizit gegen Massenabschiebungen aus; 56 % fordern, dass man den „Illegalen“ den Weg zu einem legalen Aufenthaltstitel ebnet. Wahlentscheidend war die Wirtschaftslage (32 %) und der „Zustand der Demokratie“ (34 %), weil Trump und Harris einander Faschismus bzw. Wahlmanipulation vorwarfen, weshalb sich auch die Wähler, für die die Demokratiefrage entscheidend war, sich auf beide Parteien verteilten (vgl. Solty 2025b: 16ff.). Verteilungspolitisch war die Wahl, wie gesagt, im Hinblick auf die Volksabstimmungen eher eine linke Wahl. Auch alle sozialistischen Abgeordneten von „The Squad“ gelang ihre Wiederwahl. Und selbst in einigen der konservativsten Staaten verankerten Mehrheiten in Volksabstimmungen das Recht auf freiwillige Mutterschaft in den Einzelstaaten. Kurz, Trump müsste die von ihm geplante Politik gegen gesellschaftliche Mehrheiten durchsetzen. Die wirtschaftliche Lage, die Klassenfrage entschied die Wahl. Der Prozess der Proletarisierung der Republikanischen Partei, der 2016 beschleunigt einsetzte, hat sich fortgesetzt, weil Bidenomics scheiterte und die Demokraten nun kein klassenpolitisches Angebot machten und auch keinen Kanal für die grassierende ökonomische Wut offerierten. Stattdessen sprach Harris im schalen Obama-Sound von „Lebensfreude“. Das Paradox ist: Die Wut über die Inflation entschied

die Wahl zu Trumps Gunsten. Aber Trumps Schutzzollpolitik gegen China, die zwischen Finanzminister Scott Bessent und Handelsminister Howard Lutnick, auch unumstritten ist, wird die Inflation massiv anheizen, weil die geplanten 60%-Zölle gegen China die günstigen Konsumgüter aus China, von der die US-Arbeiterklasse abhängig ist, erheblich verteuern wird. Die Massendeportationen kämen dazu noch obendrauf, da die US-Agrarkonzerne auf die überausbeutbaren Arbeiter ohne legalen Aufenthaltsstatus angewiesen sind. Allein die Erklärung des Ausnahmezustands an der mexikanischen Grenze, die Medienberichte und Bilder der ersten brutalen Razzien und Abschiebungen, die erfolgreiche Erzwingung von Abschiebungen ins Ausland durch die Androhung von Strafzöllen (wie im Fall Kolumbien) usw. haben dazu geführt, dass in Kalifornien und Texas die Mehrheit der „Illegalen“ nicht mehr zur Arbeit erscheint, mit entsprechend drohenden Ernteausfällen und Preissteigerungen bei Lebensmitteln. Trump dürfte also, weil er – außer dem Clou eines kostenlosen Bachelors an der geplanten Patrioten-Hochschule „American Academy“ und Baby-Boni und Steuererleichterungen für „Homeschooling“ – der Arbeiterklasse wenig Materielles anzubieten hat, in recht kurzer Zeit noch unpopulärer werden, als er es jetzt schon oder immer noch ist. Selbst unter den aktiven Wählerinnen und Wählern sagte eine Mehrheit, dass sie ein „(eher) negatives“ Bild von Trump haben. Das macht Trump aber nicht unbedingt weniger gefährlich, im Gegenteil. Es dürfte die Pläne zum autoritären Staatsumbau, zur Entmachtung von Behörden und Parlament, zur Zentralisierung von Machtbefugnissen, zum Regieren qua präsidialen Exekutivanordnungen, Dekreten und im Ausnahmezustand befördern. Sie sind schließlich sowohl Zweck und Mittel zum Zweck zugleich. Dass der Präsident ein Bürgerkriegsszenario offen einkalkuliert, um dauerhaft im Ausnahmezustand regieren zu können, weil nur so die Nationalgarde, also das Militär, von ihm im Innern auch in demokratisch regierten Staaten eingesetzt werden kann, darf nicht ausgeschlossen werden. Der Ausnahmezustand wäre der gesetzliche Ausdruck, die gezogene Konsequenz einer Rhetorik, die gegen die „inneren Feinde“ mobilisiert: Einwanderer, Nichtweiße, Linke und Liberale – die alle, egal, wie harmlos sie sind, von den Trumpisten als „Kommunisten“ und „Marxisten“ bezeichnet werden. Zugleich dürfte auch die Neigung zu „jingoistischer“ Politik beziehungsweise eine „Strategie der Ablenkung“, wie es der US-Historiker Charles Beard genannt hat, groß sein, wenn nur der äußere Feind, Säbelrasseln oder heiße Kriege eine ökonomisch und sozial auseinanderbrechende und politisch polarisierte Gesellschaft zusammenhalten können.

Sicherlich werden die USA nicht mehr, vielleicht auch nie wieder zum März-2005-Moment zurückkehren können, in dem wieder eine Mehrheit befindet, dass alles doch einigermaßen tutti ist. Aber es wäre eine Möglichkeit der Herrschaftsstabilisierung nach innen, Wladimir Putins Politik in Russland gar nicht mal so unähnlich. Realistisch ist eine US-Kriegsbeteiligung an einem Krieg der Netanjahu-

Regierung in Israel gegen den Iran. Die Kräfte im Pentagon, die gerne einen „Präemptivkrieg“ gegen das iranische Atomprogramm führen würden, sind vorhanden und haben auch Trumps Sympathie und die seines Außenministers Marco Rubio. Wäre es nach Trump gegangen, hätten die USA schon in seiner ersten Amtszeit nicht nur Krieg gegen Venezuela und Nordkorea, sondern eben auch gegen den Iran geführt. Gebremst wurde Trump teils vom Pentagon selbst, teils von Tucker Carlson und Fox News. Bekanntlich verbrachte er seine erste Amtszeit mit wenig mehr als Dauerkonsum des rechten Fernsehsenders, auch weil er sagte, dass er keinen Text mit mehr als drei Seiten lese. In jedem Fall wird die Konfrontation gegen China weitergehen. Gerade in dieser Frage ist Rubio ein absoluter Hardliner, der ganz gezielt auf eine Revision des Status Quo der Ein-China-Politik der USA und auf eine Unabhängigkeitserklärung Taiwans hinsteuert. Bislang wird Taiwan bekanntlich nur von elf Mikronationen und dem Vatikan anerkannt, was man manchmal vergisst, wenn man hiesige Medien konsumiert. Da aber die chinesische Regierung wiederholt betont hat, dass sie ein unabhängiges Taiwan mit US-Raketen vor der eigenen Haustür niemals akzeptieren würden und für den Fall einer taiwanesischen Unabhängigkeit auch eine militärische Invasion angekündigt haben, sind hier die Zeichen auf Sturm gestellt. Dass aber der Status Quo für die USA unhaltbar ist, weil sie, wenn alles bleibt wie es ist, die Hochtechnologierivalität gegen China verlieren dürften – neuestes Beispiel der erzwungene Rückzieher beim TikTok-Verbot oder erzwungenem Kauf einerseits und der Triumph von Chinas KI-Konzern DeepSeek über Amerikas Nvidia – und den eigenen relativen Abstieg und den Aufstieg Chinas nicht verhindern könnten, macht die Situation so brandgefährlich. Zugleich haben die letzten Jahre gezeigt, dass das liberal-parlamentarische System schlecht geeignet ist, in den Konkurrenzkampf mit China einzutreten.

Die populistische Situation führt zu erratischer Politik. Reindustrialisieren wollen alle, den Staat als Mittel des Wirtschaftskriegs einsetzen tun alle, wenn sie Schutzzölle erheben, die Lieferketten politisieren und mit Zwangsmaßnahmen in das „freie Spiel der Marktkräfte“ eingreifen. Der Neoliberalismus ist am Ende und China heute der letzte Verteidiger des „Washington Consensus“, von Freihandel, offener Wirtschaft usw. Aber unklar ist, wie die Reindustrialisierung, das „Crowding In“ von Kapitalinvestitionen stattfinden soll, mit welchen Mitteln: mit massiver Industriepolitik (Bidenomics) oder marktradikalen Maßnahmen (Trumponomics), mit einer Kampfansage gegen Chinas E-Revolution und Vorherrschaft bei grünen Technologien (Biden) oder zugunsten der alten fossilen Kapitalien und Industrien (Trump): Noch ist offen, ob Trump nicht vielleicht Bidens „Inflation Reduction Act“ in weiten Teilen beibehalten wird. Aber dann könnten die USA auch zum Stresstest und Lackmустest der „Modern Monetary Theory“ werden: Wie finanziert man eigentlich industriepolitische Ausgaben, massive Aufrüstung und Steuersenkungen für Konzerne und Milliardäre gleichzeitig? Ab welchem Punkt stößt dies an die innere Grenze,

wenn es zum jährlichen Streit um die Erhöhung der Schuldenobergrenze kommt? Ab welchem Punkt stößt es auf Grenzen bei den internationalen Finanzmärkten, die über die Bonität des US-Staats wachen? Ab welchem Punkt beschleunigt es die Tendenzen zur Entdollarisierung irreversibel? Der US-Arbeiterklasse und der Welt stehen stürmische Zeiten bevor. Aber die immensen Widersprüche des Trumpismus eröffnen auch neue Räume für Selbstorganisation und Selbstwirksamkeit anstelle von Demobilisierung und Duldsamkeit. Dies gilt auch für Europa: Die Sogwirkung von Trump beschleunigt die Tendenz der Melonisierung der europäischen Rechtsparteien. Le Pen, Meloni, Weidel – sie alle singen nun das Lied des Transatlantizismus, zu dem auch Folgsamkeit in Bezug auf US-amerikanische Aufrüstungsforderungen gehört, die Weidel im ZDF-Interview schon mit 5 % des BIP in Aussicht gestellt hat. Am Ende kippt dann eben auch ein Maximilian Krahn um und steht Björn Höcke mit seiner rechten Globalisierungskritik recht einsam. Da mag Benedikt Kaiser Krahn noch so laut als Verräter beschimpfen. Der Trump–Musk'schen Verlockung und Macht fallen sie alle zum Opfer.

Quellen

- Solty, Ingar (2025a): *Der postliberale Kapitalismus. Renationalisierung – Krise – Kriege.* Köln.
- (2025b): *Trumps Triumph? Gespaltene Staaten von Amerika, autoritärer Staatsumbau, neue Blockkonfrontation.* VSA Verlag.

Anna Laetitia Rauchenwald

Machtwechsel im Sahel – Friedensperspektiven jenseits der militaristischen und kapitalistischen Logik

Die Sahelzone, die Übergangsregion in Afrika, die an die Sahara grenzt, ist aktuell Schauplatz der „eigentliche[n] Zeitenwende: das Ende der 500-jährigen Epoche der weltweiten Herrschaft Europas und seines nordamerikanischen Ablegers, die Entwestlichung der Welt“ (Wahl 2024: 27). Nach 200 Jahren der Präsenz muss sich Frankreich aus dem Senegal zurückziehen, die französischen Militärbasen im Tschad werden aufgelassen. In Mali, Burkina Faso und Niger wurden auf Kundgebungen, die sich gegen die Politik der ehemaligen Kolonialmacht richteten, französische Fahnen verbrannt. Die neuen Militärregierungen, die sich seit 2022 in diesen Ländern an die Macht putschten, beendeten die Zusammenarbeit mit Frankreich, aber auch mit der EU und der UNO, deren Missionen weitgehend eingestellt wurden (Carayol 2025). Ihren Platz als Protektoren nimmt nun Russland ein: Die russische Söldnergruppe Wagner ist im Sahel stationiert, das russische Militär führt Ausbildungsprogramme mit der malischen Armee durch (Berndt 2024: 95), wo bis vor kurzem noch EU-Missionen aktiv waren. Angeleitet von ihrem Grundsatz, weltweit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und das Völkerrecht zu stärkerer Geltung zu verhelfen (Vertrag über die Europäische Union 2012, Art 21(1)), war die EU seit 2012 in Mali und Niger mit militärischen und zivilen Missionen engagiert, um die nigrischen und malischen Sicherheitskräfte bei der Terrorbekämpfung und Migrationskontrolle zu unterstützen (Davitti & Ursu 2018: 1-2).

In Frankreich und der EU wird nun um eine neue Strategie gerungen. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron möchte die Militärpräsenz Frankreichs im Sahel nicht beenden, sondern überdenken: Indem aus Stützpunkten Militärschulen werden, soll das Vertrauen in Frankreich gestärkt und der eigene Einfluss bewahrt werden (Carayol 2025). Macron möchte also weitermachen mit dem „train and equip approach“, den die EU bereits mehr als zehn Jahre lang in der Sahelzone erprobt hat (Mayer, Simonet & Späth 2025: 5). Die Idee dieses Ansatzes ist es, die lokalen Sicherheitskräfte dazu zu befähigen, die Sicherheitslage aus eigener Kraft zu verbessern, indem Material, Wissen und Technologie bereitgestellt werden (Iñiguez de Heredia 2021: 299-303).

Dieser Ansatz hat sich jedoch in der Sahelzone als wenig erfolgreich erwiesen: Weder konnte die Sicherheitslage verbessert noch Demokratie, Rechtsstaatlichkeit

und Menschenrechte gestärkt werden. Im Gegenteil wurden durch die Ertüchtigung des Militärs jene autoritären Strukturen gestärkt, die schließlich seit 2020 die Demokratie durch autoritäre Staatsstriche ganz abschaffen sollten. Ein Teil der am Putsch beteiligten soll direkt mit der EU zusammengearbeitet haben und von ihnen ausgebildet worden sein (Mayer et al. 2025: 6), EU-Außenbeauftragter Joseph Borell sprach davon, dass die EU „90 Prozent der malischen Armee“ (Marischka 2021) ausgebildet habe. Und das obwohl bereits bevor die erste EU-Mission 2012 entsandt wurde, der Armee in Mali und Niger schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen gegenüber der Zivilbevölkerung vorgeworfen wurden – eine Situation, die sich seit 2014 noch verschlechtert haben soll (Iñiguez de Heredia 2021: 303). Die NGO Human Rights Watch (2023) verzeichnete 2022 einen Anstieg der Angriffe islamistischer bewaffneter Gruppen auf die Zivilbevölkerung, gleichzeitig nahm die Zahl der außergerichtlichen Tötungen von Verdächtigen durch Regierungstruppen zu.

Die militärische Strategie scheitert aber auch ganz grundlegend, weil sie verkennt, dass der dschihadistische Terror in der Region auf zwei Säulen beruht: der direkten, unmittelbaren Gewalt und dem dramatischen Mangel an sozioökonomischer, öffentlicher Sicherheit in einer der ärmsten Regionen der Welt. Niger nimmt im Human Development Index der UN den Platz 189 von 193 ein, Mali Platz 188 (United Nations Development Programme 2024). Etwa 17 Prozent der Bevölkerung benötigten im Niger 2023 humanitäre Hilfe, das sind 4,3 Millionen Menschen (Human Rights Watch 2024b), in Mali waren 2023 8,8 Millionen Menschen auf Hilfe angewiesen (Human Rights Watch 2024a). Die hartnäckigsten gewalttätigen Konflikte entspringen den strukturellen Ungleichheiten im Zugang zu Land und Ressourcen. Jedes Engagement, das ausschließlich darauf abzielt, die Terrororganisationen militärisch zurückzuschlagen, ignoriert damit vollkommen die gesellschaftlichen Grundlagen ihrer Macht. Viel eher wird die anhaltende Präsenz ausländischer Armeen ein weiterer Nährboden für soziale Konflikte, indem sie lokale Ressourcen beansprucht und als weiterer externer Machtfaktor die Spaltungen vertieft (Robert 2023).

Um verstehen zu können, warum die europäischen Akteure trotz ihres Misserfolgs an der militärischen Strategie festhielten, bot Michael Berndt (2024: 96-101) in seinem Beitrag „Militärinterventionen im Sahel: Teil der Problemlösung oder Teil der Probleme?“ für den ersten Band zur Kritischen Friedensforschung das Konzept der objektiven Interessen an. Anschließend an die politökonomischen Theorien des Friedensforschers Ekkehardt Krippendorf postuliert Berndt, dass sich aus den Reproduktionsbedingungen der staatlich verfassten Gesellschaft objektive Interessen ergeben, die die Regierung gegenüber anderen Regierungen verfolgt. Hierbei sticht bei Betrachtung der militärischen Außenpolitik gegenüber den Sahelstaaten Frankreichs objektives Interesse am Zugang zum Energieträger Uran besonders ins Auge: 32 Prozent der französischen Uranimporte kamen aus dem Niger, wodurch Niger zum wichtigsten Lieferanten von Uran wurde, das in französischen Kernkraftwerken

und in der Kernwaffenproduktion genutzt wurde (Berndt 2023: 44). Niger ist vom Uranexport extrem abhängig: 2017 gingen 45 Prozent der Gesamtexporte Nigers an Frankreich, wovon 98 Prozent radioaktive Chemikalien ausmachten. Während Niger der drittgrößte Uranproduzent der Welt war, hatten trotzdem 85 Prozent der Menschen im Land keinen Zugang zu Elektrizität (Robert 2023). Umgekehrt wurde Frankreich – ohne Uranvorkommen im eigenen Land – mit dem teilstaatlichen Unternehmen Orano zum zweitgrößten Uranproduzenten der Welt (Afoumba 2021: 33).

Frankreich hat mittlerweile nicht nur militärischen Einfluss, sondern auch den Zugang zum Uran verloren. Anfang Dezember 2024 meldete das Unternehmen Orano, es habe die „operative Kontrolle“ über seine Bergbauochter Somaïr verloren. Unterdessen nahm das russische Kernenergieunternehmen Rosatom Gespräche mit den nigrischen Behörden über den Erwerb von Anlagen der französischen Orano auf (Mayer et. al. 2025: 8). Wir können hier wohl beobachten, was der erste Premierminister Ghanas, Kwame Nkrumah, 1965 in seinem Text „Neokolonialismus: Das letzte Stadium des Imperialismus“ beschrieb: Neokolonialistische Staaten können nicht ohne einen Herren existieren. Sie sind aufgrund der Tatsache ihrer nominalen Unabhängigkeit lediglich dazu fähig, ihren Herren zu ändern (Nkrumah 2016 [1965]: 160-161). Staaten der Peripherie können ihren Status als Peripherie nicht ändern – nur, welchem Zentrum ihre Nationalökonomie als periphere Rohstoffquelle, Arbeitskraftreservoir und Absatzmarkt dient.

Wir beobachten im Sahel einen Machtwechsel – nicht jedoch einen Systemwechsel. Im kapitalistischen System ringen die globalen Großmächte des Zentrums um Vormachtstellung in den Peripherien und verfolgen dabei aus einer ökonomischen und einer territorialen Logik objektive Interessen. Deshalb sind die EU, Frankreich, die USA, Russland und China in der Region aktiv: Sie verfolgen aus einer kapitalistischen Logik heraus das ökonomische Interesse des Zugangs zu Öl, Uran, Erdgas und Lithium und ringen aus einer territorialen, geopolitischen Logik heraus um die Region als Bindeglied zwischen Nord- und Subsahara-Afrika – eine Lage von strategischer Bedeutung (Ray 2024).

Die EU wollte hier durch ihre Missionen mitmischen. Um ihr militärisches Engagement zu rechtfertigen, griff sie auf Rechtfertigungsmuster des liberalen Militarismus zurück. Militarismus ist die ideologische Normalisierung von Krieg und Kriegsvorbereitungen, die im liberalen Militarismus über die Referenz auf bestimmte, hehre Ziele, wie Frieden, Sicherheit, Menschenrechte und Demokratie gerechtfertigt werden (Basham 2020: 48-49). Diese Ziele können jedoch durch eine militärische Strategie nicht erreicht werden. Gerade die Fälle von Niger und Mali haben gezeigt, dass die Ertüchtigungspolitik nicht zur Stabilisierung der Region beitrug, sondern die Konflikte zusätzlich verschärfte (Wisotzki 2023: 36), während die lokalen Kontexte und die strukturellen Ursachen für Unsicherheit aus dem Blickfeld gerieten (Hojtink & Muehlenhoff 2020: 373). Durch die militaristische Ideologie wird eine militärische

Antwort zum Reflex, der dazu führt, dass die EU eine militärische Strategie einer entwicklungspolitischen Perspektive für eine der ärmsten Regionen der Welt vorzog.

Eine kritische Friedensforschung darf sich nicht nur darauf beschränken, diese Irrtümer und Sackgassen der militaristischen Ideologie zu entlarven. Denn Außenpolitik bedeutet unter den Reproduktionsbedingungen einer kapitalistisch verfassten Gesellschaft immer Konkurrenz zwischen Zentren um die Kontrolle über Zonen der Peripherie. Kritische Friedensforschung muss sich darum bemühen, diese grundlegenden Bedingungen der militarisierten Außenpolitik offenzulegen, um eine nachhaltige Friedensperspektive jenseits des geopolitischen Konkurrenzkampfs denkbar zu machen. Denn wer von „Nie wieder Krieg“ spricht, darf vom Kapitalismus und Kolonialismus nicht schweigen (Rosa Luxemburg 2021 [1899]: 49; Berndt 2021: 35-36). Deshalb müssen Friedensperspektiven für einen Systemwandel entwickelt werden – jenseits der kapitalistischen Logik.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten täten gut daran, ihr Image in den Ländern des Sahel zu verbessern (Meyer et. al. 2025: 21), indem sie sich zu globaler Gerechtigkeit verpflichten. Die europäischen Staaten müssen die historischen, ökonomischen, klimatischen und ökologischen Schulden anerkennen, die sie gegenüber Ländern des Globalen Süden haben und daraus konkrete Schritte ableiten: umfangreiche Transfers zur Linderung der humanitären Krise, Reparationszahlungen für die vom Globalen Norden verursachte Klimakatastrophe, ein Schuldenerlass von illegitimen Schulden der ehemaligen Kolonien (Mfochivé & Schmelzer 2024) und eine solidarische Handelspolitik (Alternative Trade Mandate 2013), die die soziale, ökologische und wirtschaftliche Sicherheit und Autonomie stärkt – in Afrika, aber auch in Europa selbst.

Quellen

- Afoumba, D. K. A. (2021). Rekolonisierung des Sahel: Kapitalistische Akkumulation und westliche Militärinterventionen. *Wissenschaft & Frieden*, 39(1), 31-34.
- Alternative Trade Mandate (2013). Handel: Zeit für eine neue Vision.
https://www.attac.at/fileadmin/user_upload/dateien/ziele/gerechter_welthandel/ATM-deutsch-Langfassung.pdf.
- Basham, V.(2020). „Wenn du Frieden willst, bereite Krieg vor“: Über liberalen Militarismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 70(16-17), 48-52.
- Berndt, M. (2021). Der polit-ökonomische Ansatz der Kritischen Friedensforschung von Ekkehart Krippendorff. *Die Friedens-Warte*, 94(1-2), 30-44.
- (2023). Es geht gar nicht um Mali!: Eine polit-ökonomische Analyse des Bundeswehrein-satzes. *Wissenschaft & Frieden*, 41(1), 43-47.
- (2024). Militärinterventionen im Sahel: Teil der Problemlösung oder Teil der Probleme?. In J. Mühlbauer & M. Lakitsch (Hrsg.), *Kritische Friedensforschung: Konzepte, Analysen & Diagnosen* (S. 93-104). Berlin: mandelbaum.

- Carayol, R. (2025). Das Ende von Francafrrique?. *Le monde diplomatique*, Januar 2025, 11.
- Davitti, D. & Ursu, A. (2018). Why Securitising the Sahel Will Not Stop Migration. Human Rights Law Centre, University of Nottingham, *FMU Policy Brief 02/2018*.
https://lup.lub.lu.se/search/files/55021820/Why_Securitising_the_Sahel_Will_Not_Stop_Migration.pdf [Zugriff: 17.09.2024].
- Hojtink, M. & Muehlenhoff, H. L. (2020). The European Union as a Masculine Military Power: European Union Security and Defence Policy in 'Times of Crisis'. *Political Studies Review*, 18(3), 362-377.
- Human Rights Watch (2023). Mali: Events of 2022. *World Report 2023*. Verfügbar unter: <https://www.hrw.org/world-report/2023/country-chapters/mali> [Zugriff: 24.08.2024].
- (2024a). Mali: Events of 2024. *World Report 2024*. Verfügbar unter: <https://www.hrw.org/world-report/2024/country-chapters/mali#490732> [Zugriff: 24.08.2024].
- (2024b). Niger: Events of 2023. *World Report 2024*. Verfügbar unter: <https://www.hrw.org/world-report/2024/country-chapters/niger> [Zugriff: 24.08.2024].
- Iñiguez de Heredia, M. (2021). EU peacebuilding's new khaki: Exceptionalist militarism in the trading of good governed for military-capable states. *Politics*, 41(3), 296-315.
- Luxemburg, R. (2021 [1899]). Sozialreform oder Revolution?. Berlin: manifest.
- Marischka, C. (2021). Europas Hinterhof?: „Ertüchtigung“ und Militarisierung der Sahel-Region. *Wissenschaft & Frieden*, 2021/1.
<https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/europas-hinterhof/> [Zugriff: 24.11.2023].
- Mayer, A., Simonet, L. & Späth, J. (2025). The European Union and the Sahel: the day after. Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip, *Policy Analysis*, 1/January 2025. Verfügbar unter: <https://www.oiip.ac.at/cms/media/the-european-union-and-the-sahel-the-day-after.pdf>.
- Mfochivé, O. & Schmelzer, M. (2024). Bausteine für Klimagerechtigkeit: Klimaschulden & Reparationen. Konzeptwerk Neue Ökonomie (Hrsg.), https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/wp-content/uploads/2024/07/Dossier_Klimaschulden_digital.pdf, August 2024.
- Nkrumah, K. (2016 [1965]). Neokolonialismus: Das letzte Stadium des Imperialismus. In L. Schmidt & S. Schröder (Hrsg.), *Entwicklungstheorien: Klassiker, Kritik und Alternativen* (S. 155-166). Wien: Mandelbaum.
- Ray, C. (2024). *Is the United States Losing the Sahel?*. Foreign Policy Research Institute. Verfügbar unter: <https://coilink.org/20.500.12592/9cncp1r> [Zugriff: 27.0.2024].
- Robert, A. (2023). *Sahel – Aufstand der Autonomisten*. Le Monde diplomatique online. Verfügbar unter: <https://monde-diplomatique.de/artikel/15943464>, 07.09.2023 [Zugriff: 01.07.2024].
- United Nations Development Programme (2024). *Human Development Report 2023/2024 Snapshot: Breaking the gridlock*. Verfügbar unter: <https://hdr.undp.org/system/files/documents/global-report-document/hdr2023-24snapshots.pdf> [Zugriff: 05.04.2025].
- Vertrag über die Europäische Union (konsolidierte Fassung) (2012).
https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e-6da6.0020.02/DOC_1&format=PDF.

- Wahl, P. (2024). Zwischen Wollen und Können: Der Anspruch der EU auf Weltmachtstatus. In T. Sablowski & P. Wahl (Hrsg.), *Europäische Integration in der multiplen Krise: Zukunftsaussichten der Europäischen Union* (S. 22-34). Hamburg: VSA.
- Wisotzki, S. (2023). Mehr oder weniger Sicherheit?: Die Ambivalenz von Rüstungsexporten aus der sicherheitspolitischen Perspektive. *Wissenschaft & Frieden, Rüstungsexportkontrollatlas*, Dossier 97, Dezember 2023, 33-37.

Patricia Rinck

Peacebuilding und die Rückkehr zum Status Quo in Sierra Leone

Einleitung

Mit dem in der UN-Agenda for Peace beschriebenen Peacebuilding waren große Ziele verknüpft: mit internationaler Unterstützung sollten die zugrundeliegenden strukturellen Ursachen von Konflikten angegangen, so Rückfälle in Konflikte vermieden werden und Frieden mit sozialem Fortschritt und einem besseren Lebensstandard in größerer Freiheit erreicht werden (Boutros-Ghali 1992). Internationales Peacebuilding wurde zu einem Kernbereich globaler Zusammenarbeit. Durch die Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen nach westlichem Vorbild sollte das 'liberale' Peacebuilding der 1990er und 2000er zu einer Transformation der Bürgerkriegsländer zu einem positiven und nachhaltigen Frieden beitragen. Bekanntlich ist dies oft gescheitert, es gab allerdings auch erfolgreiche Beispiele, wie etwa Sierra Leone.

Die Intervention dort fiel in eine Zeit der strategischen Neuausrichtung der UN-Friedenseinsätze nach den Misserfolgen in Ruanda und Srebrenica. Die Intervention in Sierra Leone wurde schnell zu einem Modell und Testlabor für neue Ansätze (UNSC 2008; siehe auch UN 2013; UNIPSIL 2014). Sie folgte eng dem 'liberalen' Ansatz des Peacebuilding als Statebuilding. Schwerpunkt der Intervention lagen auf Stabilisierung, v.a. durch Sicherheitssektorreform, und Demokratisierung, durch Wahlen und Dezentralisierung, sowie auf wirtschaftlicher Entwicklung durch ausländische Direktinvestitionen. Weitere typische Elemente waren Maßnahmen, die auf Versöhnung und Übergangsgerechtigkeit abzielten, wie die Errichtung einer Truth and Reconciliation Commission sowie eines Sondergerichtshofs. Durch den Aufbau von Institutionen und Governance-Reformen sollte Statebuilding letztlich helfen, den Gesellschaftsvertrag wiederherzustellen, indem die strukturellen Probleme und Ungleichheiten, die dem Bürgerkrieg zugrunde lagen, adressiert wurden. Dass Sierra Leone schnell als Erfolgsgeschichte liberalen Peacebuildings wahrgenommen wurde, lag daran, dass das Land im Gegensatz zu anderen Bürgerkriegsländern nach Kriegsende friedlich blieb und im ersten Nachkriegsjahrzehnt Fortschritte in den Bereichen Sicherheit und Stabilisierung, Demokratisierung und Wirtschaftswachstum gemacht hatte. Was dabei übersehen wurde oder bei dieser Einschätzung nicht

weiter ins Gewicht fiel, ist dass sich in Sierra Leone, nach wie vor einem der ärmsten Länder der Welt, an den strukturellen Ursachen eigentlich nicht viel geändert hat. Zu Kriegsbeginn erst seit 30 Jahren unabhängig war das autoritär regierte Sierra Leone eine sehr hierarchische, gerontokratische und zudem überwiegend polygyne Gesellschaft, die von männlichen Ältesten regiert wurde (Lahai 2016), was Frauen und auch jungen Männern wenig Mitspracherechte ließ. Zu den strukturellen Kriegsursachen zählten ethnisch-regionale Polarisierung, korrupte und klientelistische Strukturen, zunehmende Militarisierung in den Vorkriegsjahrzehnten und eben geschlechtsspezifischen Machtungleichgewichte. In der Nachkriegszeit haben sich alte Konfliktlinien und intersektionale Ungleichheiten fortgesetzt, sodass Frauen und junge Menschen schlechter gestellt sind und es nach wie vor ein großes Stadt-Land-Gefälle gibt.

In diesem Beitrag stelle ich eine feministische Perspektive auf Peacebuilding vor, die dessen Potenzial, zu echten Transformationsprozessen beizutragen, kritisch hinterfragt.¹ Eine Analyse des liberalen Peacebuilding aus einer feministischen Perspektive offenbart die konservativen und letztlich patriarchalen Annahmen, welche die Vorgehensweise der internationalen Gemeinschaft bei der Friedensförderung prägen, was letztlich zu einem Ergebnis wie in Sierra Leone beigetragen hat.

Die feministische Linse, entwickelt unter Rückgriff auf die feministische Standpunktforschung (hooks 1984; Harding 1987), betont, dass es einen grundlegenden erkenntnistheoretischen Unterschied macht, ob man sein Forschungsproblem aus der Perspektive marginalisierter oder privilegierter Gruppen innerhalb derselben Gesellschaft betrachtet. Betrachtet man Peacebuilding und die dadurch angestoßenen Post-Konflikt-Transformationsprozesse also aus der Perspektive etwa von Frauen, marginalisierten Minderheiten oder anderen Menschen, die nicht zu den Eliten des Landes gehören, erhält man sicherlich ein anderes Bild davon, als es die Perspektiven der externen Peacebuilder oder der (meist männlichen) militärischen und politischen Eliten, die den Übergang vom Krieg zum Frieden mitbestimmen und davon profitieren, nahelegen.

Wie kritische Forscher*innen argumentiert haben, findet Peacebuilding in einem Kontext anhaltender Kolonialität statt und zielt darauf ab, postkoloniale Gesellschaf-

1 Für eine ausführlichere Darlegung der Perspektive siehe Rinck (2024). Empirisch basiert die Argumentation auf meiner Forschung zu geschlechtsspezifischen und intersektionalen Exklusionsprozessen in Sierras Post-Konflikt-Transformationsprozess (Rinck 2022). Diese umfasste auch mehrere Feldforschungsphasen zwischen 2013 und 2018, inklusive zahlreicher Interviews und Hintergrundgespräche mit einem breiten Spektrum unterschiedlicher Akteur*innen, darunter politische, wirtschaftliche und bürokratische Eliten, religiöse und traditionelle Autoritäten, Forschende und feministische Aktivist*innen, Mitarbeiter*innen von NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen in städtischen und ländlichen Gebieten.

ten nach westlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Governance-Standards umzugestalten (Jabri 2013). Es kann als Instrument zur Bewältigung von Konflikten im Globalen Süden gesehen werden, deren Ursachen eigentlich im ungerechten internationalen System liegen – nach dieser Lesart dient Peacebuilding letztlich auch dazu, das inhärent dysfunktionale internationale System zu unterstützen und die Interessen westlicher Staaten und des Kapitalismus aufrechtzuerhalten (Newman 2009: 49). So zielt liberales Peacebuilding darauf ab, eine negative, konservative Form von Frieden und Ordnung innerhalb der Parameter des bestehenden Systems der Nationalstaaten aufzubauen, ohne aber die allgemeinen Regeln zu ändern und die Ungerechtigkeiten im globalen System zu bekämpfen, die oft die Grundlage für bewaffnete Konflikte sind. Dieser konservative Ansatz spiegelt sich auch auf gesellschaftlicher Ebene wider, wo ein bestimmtes Verständnis von Frieden gefördert wurde – nämlich eines, das der Stabilisierung Vorrang vor der Transformation einräumt. So werden geschlechtsspezifische und intersektionale Machthierarchien zugunsten einer stabilen Ordnung verstärkt, statt gesellschaftliche Machtungleichgewichte zugunsten einer gerechteren Gesellschaft auszugleichen (Rinck 2024: 3).

Im Folgenden stelle ich zunächst die feministische Perspektive vor, illustriere anschließend kurz, was sie bei der Betrachtung Sierra Leones als Erfolgsfall liberalen Peacebuildings sichtbar macht, bevor ich abschließend reflektiere, was aus der Diskussion für die kritische Friedensforschung folgt.

Post-Konflikt-Transformation aus feministischer Perspektive

Wie eingangs erwähnt, betont die aus einer postmarxistischen Tradition stammende feministische Standpunktforschung, dass es einen grundlegenden epistemologischen Unterschied macht, ob man sein Forschungsproblem aus der Perspektive von marginalisierten oder privilegierten Gruppen innerhalb derselben Gesellschaft betrachtet, da sich deren Erfahrungen aufgrund ihrer unterschiedlichen sozialen Positionen erheblich unterscheiden (Harding 1987; Hartsock 1987). Zentral ist dabei die Überzeugung, dass unser 'situiertes Wissen' (situated knowledges, Haraway 1988) durch den Kontext, in dem wir uns befinden, geformt wird – d.h. kulturelle Unterschiede, Geschlechterunterschiede und sonstige Machtverhältnisse beeinflussen die Entwicklung von Wissen. Um zu vollständigerem und weniger verzerrtem Wissen zu gelangen als die traditionell androzentrische sozialwissenschaftliche Forschung betrachtet standpunktfeministische Forschung ihre Problemstellungen traditionell aus der Perspektive von Frauen und nicht von privilegierten Männern. Diese epistemologische Herangehensweise ist hilfreich um besser zu erfassen, wie sich vergeschlechtlichte und intersektionale Machtverhältnisse (hooks 1984; Collins 1991) in patriarchalen (rassistischen und klassistischen) Gesellschaften auf die Peacebuilding-Praxis, sowie letztlich auch auf die Friedensforschung, auswirken. Mit einer 'feministischen Linse'

(Sjoberg und Tickner 2011) wird es also möglich, andere Realitäten der Welt zu 'sehen', die in klassisch androzentrischer Forschung verborgen bleiben.

Strukturelle Gewalt und feministischer Frieden

Feministische Forscher*innen verstehen Gewalt als strukturell mit dem Patriarchat und anderen Formen der Unterdrückung verbunden und untersuchen daher, wie Geschlecht, aber auch race, Sexualität, Klasse etc. in einem bestimmten Kontext als Machtstrukturen wirken.² Patriarchale Gesellschaften können als Geschlechterordnungen verstanden werden, die durch Machthierarchien von übergeordneten Männlichkeiten und untergeordneten Weiblichkeiten konstituiert sind (Connell 1987). Zugleich sind patriarchale Machtstrukturen natürlich nicht die einzigen relevanten mit Blick auf die Analyse von Gewaltkonflikten, sondern im Wechselspiel mit postkolonialen Machtverhältnissen zu verstehen, die im globalen System bis heute fortwirken (Hudson 2020: 46 f.). So liegen viele aktuelle Gewaltkonflikte in der Spaltung der Gesellschaft in der Kolonialzeit und der andauernden ungleichen postkolonialen kapitalistischen Machtstrukturen begründet, die natürlich auch die jeweiligen Geschlechterverhältnisse geprägt haben (D'Costa 2016: 410).

Feministische Forscher*innen betonen, dass die Beziehung zwischen Krieg und Frieden nicht als Dichotomie verstanden werden sollte, da Gewalt entlang von Kontinua (Cockburn 2004) wirkt, die sich von der zwischenmenschlichen bis zur globalen Ebene über mehrere Analyseebenen erstrecken. So lässt sich erfassen, wie Krieg als eine Art 'spektakulärer Gewalt' Menschen je nach ihrer geschlechtlichen Identität unterschiedlich betrifft, aber es werden auch die Formen von Gewalt in den Blick genommen, die tagtäglich auch in vermeintlich friedlichen Situationen vorkommen, wie etwa die Diskriminierung von queeren oder rassifizierten Personen, häusliche Gewalt oder Femizide. Eine feministische Perspektive, die das herkömmliche dichotome Verständnis von Frieden und Konflikt in Frage stellt, hilft also zu verstehen, wie Gewalt im Krieg mit tief verwurzelten patriarchalischen Annahmen innerhalb einer vermeintlich friedlichen Gesellschaft zusammenhängt und wie Formen der Gewalt in Zeiten des 'Friedens' fortbestehen und oft nicht weiter hinterfragt werden (MacKenzie 2012: 99 f.).

2 Galtung positiver Frieden als Abwesenheit von struktureller Gewalt bietet sich dazu an, über die Bedeutung von Geschlecht, *race*, Klasse etc. als Machtverhältnisse nachzudenken. Er selbst nennt das Patriarchat als eine der zu überwindenden Formen struktureller Gewalt (Galtung 1996: 40), geht allerdings davon aus, dass Männer grundsätzlich gewalttätiger und Frauen friedfertiger seien (Confortini 2006: 340-342). Feministische Forschung geht über solch essentialistische Annahmen hinaus und zeigt die deutlich komplexeren Zusammenhänge zwischen Gewalt, Frieden und Geschlecht auf.

Aus diesem Verständnis des Gewaltkontinuums folgt, dass für einen wirklich nachhaltigen Frieden die verschiedenen strukturellen Ursachen von Konflikten beseitigt werden müssen: Ungerechtigkeiten und Unterdrückung sowohl im globalen System als auch innerhalb von Gesellschaften, in Form von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen, die Menschen entlang geschlechtsspezifischer, rassistischer, klassenbezogener oder anderer Linien unterdrücken. Es ist eben nicht damit getan, die direkte Gewalt der Kombattanten zu beenden, wenn gleichzeitig die patriarchale Gewalt ignoriert wird, der Frauen und Angehörige sexueller und geschlechtlicher Minderheiten ausgesetzt sind (Rinck 2023: 46).

Transitionsprozesse und patriarchaler Frieden

Diese Phase am Ende eines Kriegs, in der Friedensprozesse, Peacebuilding und Statebuilding-Maßnahmen stattfinden, ist eine Phase des Wandels, in der unterschiedliche Entwicklungen – hin zu einer inklusiveren oder exklusiveren Ordnung – möglich sind. Sie ist dementsprechend auch von Konflikten und Machtkämpfen über den Transformationsprozess und die Ausgestaltung der Nachkriegsordnung geprägt. Eine feministische Perspektive zeigt auf konzeptueller Ebene auf, wie vergeschlechtlichte Konzepte von Staaten als *gendered states* (Peterson 1992) diese Transitionsphase vom Krieg zum Frieden prägen. Staaten sind typischerweise geprägt durch geschlechtsspezifische Gewaltverhältnisse und die Trennung von (für Männer reservierten) öffentlichem Raum und privatem Bereich, in den Frauen und 'Frauenangelegenheiten' verbannt wurden. Dies spiegelt sich auch im Kontext von Friedensprozessen und Peacebuilding wieder, wo die Friedenschaffung nach wie vor als Angelegenheit betrachtet wird, die vorrangig unter männlichen Eliten geregelt werden sollte, die ja ohnehin die relevanten militärischen, politischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Machtpositionen innehaben.

Dabei wird die Expertise von Frauen, die in vielen Konflikten wichtige Rollen als Friedensstifterinnen oder Mediatorinnen auf lokaler Ebene einnehmen, ignoriert, sobald es um formelle Friedensprozesse geht (Porter 2003: 249). Trotz der Bemühungen der UN-Women, Peace and Security Agenda seit den 2000ern, die Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen, Peacekeeping und Peacebuilding zu erhöhen, bleiben Frauen in Friedensprozessen massiv unterrepräsentiert: In allen großen Friedensprozessen zwischen 1992 und 2019 machten sie nur jeweils 6 Prozent der Vermittler*innen und der Unterzeichner*innen, sowie 13 Prozent der Verhandlungsführer*innen aus (CfR 2020).

Diese geschlechtsspezifische Exklusion wirkt sich spürbar auf die Transitionsphase aus, da Friedensverhandlungen von den daran Beteiligten oft dazu genutzt werden, die Vorkriegsordnung wiederherzustellen, um möglichst schnell ein gewisses Maß an Stabilität zu erzielen. So wird den Interessen von hochrangigen politischen und

militärischen (in der Regel männlichen) Akteuren Vorrang eingeräumt, was unweigerlich zu Lasten der Interessen und Forderungen von Frauen, queeren Menschen aber auch von weniger mächtigen Männern geht (McLeod und O'Reilly 2019: 132 f.; Myrntinen et al. 2025: 32 f.). Wenig überraschend sind Friedensabkommen auch fast nie geschlechtersensibel: Zwischen 1990 und 2019 enthielten nur 20 Prozent der Friedensabkommen Hinweise auf Geschlecht oder Frauen, und Gleichstellungsbestimmungen zur sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität (SOGI) blieben, wie etwa in Kolumbien, die absolute Ausnahme (Bell et al. 2021).

Nach dem Krieg setzt sich diese Exklusion in einer klaren Hierarchisierung der Nachkriegsbedürfnisse und -prioritäten fort, die tendenziell zu Lasten von Anliegen geht, die für viele Frauen relevant sind. So wird im Rahmen des liberalen Peacebuildings zum Beispiel der Sicherheitssektorreform große Aufmerksamkeit gewidmet, während anderen Formen der Gewalt wie häuslicher Gewalt oder auch öffentlicher Gewalt gegen queere Menschen in der Regel nicht die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt wird. Insgesamt wird der Bereitstellung von (öffentlicher) Sicherheit in Form von Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogrammen in der Regel auch Vorrang vor wirtschaftlichen und materiellen Fragen eingeräumt (Martin de Almagro und Ryan 2020). Eine feministische Perspektive hilft zu verstehen, wie Themen, die für das alltägliche Leben vieler (nicht nur) Frauen wichtig sind, oft als bestenfalls zweitrangig gesehen und nicht als wichtige politische Fragen verstanden, sondern in den sozialen Bereich abgedrängt werden (Myrntinen et al. 2025).

Analytisch hilft diese Perspektive also, die unterschiedlichen Realitäten zu 'sehen', mit denen verschiedene Gruppen in ein und demselben Post-Konflikt-Land konfrontiert sind, und wie sie auf intersektionale Weise unterschiedlich von Peacebuilding-Interventionen betroffen sein können, je nach ihrer geschlechtlichen und sexuellen Identität, ihres sozioökonomischen Status' oder ihres Alters. Diese Mehrdimensionalität der Erfahrungen zu erfassen ist wichtig, um überhaupt nachverfolgen zu können, wie Entscheidungsmacht und auch Profite in solchen Transitionsphasen verteilt werden. Letztlich dient eine feministische Perspektive normativ natürlich auch der Kritik dieser Ungerechtigkeiten. Sie hilft zu problematisieren, dass die vielleicht logisch erscheinende Bevorzugung von Kontinuität und die Rückkehr zur 'Normalität' nach Kriegsende letztlich die Rückkehr zu einem ungerechten und exklusiven Status Quo bedeutet, der nur einer kleinen Minderheit von Menschen zugutekommt. Vor diesem Hintergrund wird kritisiert, dass externe Interventionen oft bereits bestehende hierarchische Machtverhältnisse verstärken, anstatt sie aufzubrechen (Puechguirbal 2015: 267; McLeod und O'Reilly 2019: 136), mit dem Ergebnis eines patriarchalen und hierarchischen Friedens (Myrntinen et al. 2025: 33).

Aus feministischer Sicht käme Peacebuilding eigentlich die Rolle zu, eine tiefgehende Transformation zu begünstigen, im Zuge derer Machtstrukturen eben nicht zementiert werden, sondern strukturelle Gewaltursachen angegangen werden. Wie

im nächsten Kapitel am Beispiel von Sierra Leones Post-Konflikt-Transformationsprozesses illustriert wird, folgte internationales Peacebuilding hier eher einem konservativen und letztlich patriarchalen Modell, das diesem Anspruch nicht gerecht wurde (siehe auch Rinck 2024).

Peacebuilding in Sierra Leone: Rückkehr zum Status Quo

Betrachtet man die Transitionsphase Sierra Leones vom Krieg zum Frieden aus feministischer Perspektive, wird deutlich, dass die Art und Weise, wie sie angegangen wurde, typische geschlechtsspezifische Stereotype widerspiegelte (siehe Rinck 2023). Gegen Kriegsende lag der Fokus der Regierung sowie großer Geber insgesamt darauf, möglichst schnell eine gewisse Stabilität und Normalität wiederherzustellen. Im Folgenden umreißt ich, wie sich dies insbesondere in der frühen Post-Konflikt-Phase äußerte und welche Folgen diese Art der Transition für den Frieden hatte.

Ab 1996 gab es eine Reihe von Friedensverhandlungen und -abkommen, die überhaupt erst durch Frauenorganisationen ermöglicht wurden. Diese hatten 1996 durch erfolgreiche Mobilisierung die Rückkehr von einer militärischen zu einer zivilen Regierung erreicht und zudem die kämpfenden Parteien an den Verhandlungstisch gebracht (Jusu-Sheriff 2000). Bei den offiziellen Verhandlungen – unter internationaler Vermittlung – wurden Frauen dennoch weitgehend ausgegrenzt und nicht als relevante politische Akteurinnen anerkannt. Dementsprechend überrascht es auch nicht, dass das geschlechtsunsensible Lomé-Abkommen von 1999 Frauen nur ein einziges Mal im Text erwähnt, indem es nämlich ihre Rolle als Opfer des Krieges hervorhebt und vage dazu aufruft, sie in den Prozess der „rehabilitation, reconstruction and development“ einzubeziehen (Art. XXXVII). Angesichts der militärischen Machtverhältnisse im laufenden Krieg zielte das Friedensabkommen vor allem darauf ab, den Krieg durch Zugeständnisse an die Rebellenführung der RUF, vor allem Foday Sankoh, zu beenden (Rinck 2022: 160 f.). Der Friedensprozess wurde nicht dazu genutzt, strukturelle Konfliktursachen, inklusive problematischer Geschlechterverhältnisse, aufzuarbeiten um so eine gerechtere Friedensordnung für die Nachkriegszeit zu schaffen. Der Krieg wurde letztlich militärisch beendet, nachdem das Friedensabkommen nicht eingehalten worden war und RUF-Rebellen UN-Peacekeeper entführt hatten. 2002 wurde der Krieg offiziell für beendet erklärt und Wahlen abgehalten.

Wie eingangs beschrieben umfassten die von UN, IMF, Weltbank und großen Geberorganisationen geförderten Reformen in Sierra Leone die gesamte Palette des „liberalen Peacebuildings“, mit starkem Fokus auf Statebuilding. Die Reformen sollten durchaus die strukturelle Gewalt der exklusiven Vorkriegsordnung angehen, indem sie beispielsweise durch demokratische Wahlen die Rechenschaftspflicht der Politik gegenüber der Öffentlichkeit verbessern, durch Dezentralisierung der

Marginalisierung ländlicher Gebiete entgegenwirken und durch wirtschaftliche Entwicklung und die Förderung von ausländischen Direktinvestitionen die Output-Legitimität des Staates erhöhen sollten. Die strukturellen Konfliktursachen wurden damals, internationalen Diskursen entsprechend, vor allem als Probleme im Zusammenhang mit „bad governance“ in den Vorkriegsjahrzehnten diskutiert. Eine zentrale Rolle spielte darin das autoritäre und klientelistische Rentiersystem der Vorkriegszeit, in dem die gesamte politische und wirtschaftliche Macht in den Händen einer kleinen Gruppe (männlicher) Eliten in der Hauptstadt konzentriert war (Reno 1995). Die Regierungsstruktur spiegelte die koloniale Bifurkation aus Kolonie in der Hauptstadt und Protektorat im Hinterland wider, die Sierra Leone bei der Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich 1961 beibehalten hatte – mit zwei unterschiedlichen Rechtssystemen und einer starken politischen und administrativen Rolle für (meist männliche) traditionelle Autoritäten, die Paramount Chiefs außerhalb der Hauptstadt.

Im Zuge der Statebuilding-Reformen wurde ein besonderer Schwerpunkt auf Dezentralisierung gelegt. Vor dem Hintergrund, dass die Vernachlässigung der ländlichen Gebiete als eine der Konfliktursachen galt (TRC 2004: 22), sollte Dezentralisierung durch eine verbesserte lokale Governance letztlich zu besseren Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft beitragen. Zur Vorbereitung des Dezentralisierungsprozesses wurden während und nach dem Krieg von Gebern finanzierte Konsultationen durchgeführt. Diese brachten den Unmut der Bevölkerung gegen die Chiefs wegen ihrer oft willkürlichen und missbräuchlichen Herrschaft in den Jahrzehnten vor dem Krieg ans Licht und resultierten in klaren Forderungen nach einem inklusiveren lokalen Regierungssystem: unter anderem sollte es keine Sitze mehr für Paramount Chiefs in den Gemeinderäten (Local Councils) geben, sondern reservierte Plätze für Frauen, Jugendliche und Behinderte (Peacebuilding Support Office 2007: 4). Die Regierung ignorierte diese Forderungen nach einer inklusiveren und repräsentativeren lokalen Governancestruktur und entschied sich mit dem Local Government Act von 2004 für eine sehr konservative Strategie: neben der Wiedereinführung Jahrzehnte zuvor abgeschaffter demokratisch gewählter Local Councils wurden auch die weitreichenden Regierungsbefugnisse der Chiefs, unter anderem über Land und natürliche Ressourcen, wiederhergestellt. Dies war damals in der Öffentlichkeit sehr umstritten, da befürchtet wurde, dass dadurch letztlich die Bedingungen, die zum Krieg geführt hatten, wiederhergestellt werden könnten (Ferme 2018: 161).

Mit dieser Entscheidung zur Wiederherstellung des Status Quo in der Governancestruktur wurden letztlich koloniale Kontinuitäten im institutionellen Gefüge fortgeschrieben und die geschlechts- und altersspezifische Exklusion verstärkt, obwohl eben durchaus Forderungen nach einer inklusiveren Regierungsstruktur auf dem Tisch lagen. In der exklusiven und hierarchischen lokalen Regierungsstruktur

außerhalb Freetowns liegt die Entscheidungsfindung weitgehend bei einer kleinen Gruppe von (meist) männlichen Eliten. Diese haben weitreichende Macht über lokale Entscheidungsfindung, inklusive über Land und natürliche Ressourcen, sowie über die lokale Gerichtsbarkeit. Dies hat, nicht zuletzt da Sierra Leone nach wie vor insbesondere als Rohstofflieferant in die Weltwirtschaft eingebunden ist, weitreichende Auswirkungen auf das Leben der Menschen im ländlichen Raum, wobei die Erfahrungen Einzelner stark von ihrer Familienzugehörigkeit, ihrem Geschlecht, Alter oder ihrer Position in Patronage-Netzwerken abhängen (Ryan 2018). Gerade in Gebieten, in denen Bergbau betrieben wird oder multinationale Unternehmen in großem Stil Agrarprojekte durchführen, sind viele Menschen der slow violence der Umweltzerstörung ausgesetzt und haben das Gefühl, dass die Profite sehr ungleich verteilt sind (Umweltaktivistin, Woreh Yeama, 23.11.2017; Maconachie 2012).

An den strukturellen Ursachen des Kriegs hat sich in der Nachkriegszeit tatsächlich relativ wenig geändert – nach wie vor bestehen zusätzlich zu der großen Armut eine große Spaltung zwischen Stadt und Land, ethnoregionale Spannungen, Nepotismus, Gewalt gegen Frauen, Jugendarbeitslosigkeit. Auch wenn es natürlich Unterschiede zwischen dem autoritären System der Vorkriegszeit und dem heutigen (eingeschränkt) demokratischen System gibt, ist das Fortbestehen dieser strukturellen Gewalt problematisch. Während einige wenige (größtenteils männliche) Eliten über Status, Macht und Geld verfügen, bleibt die Mehrheit der Bevölkerung, einschließlich der meisten Frauen und gewöhnlichen Männer, marginalisiert.

Deutlich verbessert hat sich in der Nachkriegszeit die rechtliche Situation von Frauen. Wie von der TRC gefordert (TRC 2004: 212), wurden wichtige Gesetze zur Umsetzung der CEDAW-Bestimmungen verabschiedet, darunter Gesetze, die Gewalt gegen Frauen und Mädchen unter Strafe stellen, die Kinderehe untersagen, Frauen in gewohnheitsrechtlichen Ehen wirtschaftlich und rechtlich schützen und Witwen bei der Vererbung von Land und Grundbesitz schützen. Ihre Umsetzung bleibt allerdings eine Herausforderung, zumal die Verfassung von 1991, die eigentlich allen Bürger*innen die gleichen Rechte einräumt (Art. 8) und diskriminierende Gesetze verbietet, Ausnahmen für das Gewohnheitsrecht erlaubt (Art. 27). Dies hat erhebliche Auswirkungen für Frauen, insbesondere außerhalb von Freetown und der Western Area, wo Frauen rechtlich oft als Minderjährige behandelt werden (Coulter 2015: 59). Auch ist männliche Homosexualität auf Grundlage kolonialer Gesetze nach wie vor kriminalisiert, und queere Menschen besonders hart von patriarchaler Gewalt betroffen (Lahai 2016: 1). Seit Kriegsende gab es keine größeren Ausbrüche massiver Gewalt mehr. Dennoch wird die Situation von vielen nur als oberflächlich friedlich empfunden, weil viele Formen der direkten und strukturellen Gewalt das Kriegsende überdauert haben.

Dass dies so ist, kann auch auf das weitgehend geschlechtsunsensible Peacebuilding und Statebuilding zurückgeführt werden. Feministische Aktivist*innen und

Frauengruppen wie 50/50, MARWOPNET, das Women's Forum und andere Frauennetzwerke und NGOs spielen seit Jahrzehnten eine wichtige Rolle bei der Förderung der Gleichberechtigung in verschiedensten Themenbereichen. Gleichstellungsfragen sind jedoch für keine Regierung oder größere Geberorganisation Priorität gewesen und es wurden nur begrenzt internationale Mittel für diese Themen bereitgestellt (Beoku-Betts 2016: 657; M'Cormack-Hale und Ibrahim 2023). Zwar gab es Unterstützung von multilateralen und bilateralen Gebern auch für Frauenförderung, Gleichstellung oder Gender Mainstreaming, inklusive der Förderung von lokalen NGOs und feministischen Organisationen, die in ländlichen Gegenden aktiv sind. Auch hat Sierra Leone als eines der ersten afrikanischen Länder einen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UNSCR 1325 entwickelt. Im Laufe der Zeit wurde dem Thema geschlechtliche Machtverhältnisse insgesamt mehr Bedeutung beigegeben, wie sich etwa im Rahmen der Landreform und neuerer Gesetzgebung zeigt.

Zugleich wurde in der Transitionsphase eine wichtige Chance verpasst, grundsätzlicher zu reflektieren, inwiefern auch vergeschlechtlichte Machthierarchien ursächlich für den Konflikt waren und dementsprechend im Rahmen des Peacebuildings angegangen werden müssten, um zu einem nachhaltigen Frieden beizutragen. So blieben viele geförderte Maßnahmen zu oberflächlich und letztlich entpolitisiert, um ernsthaft etwas zu bewirken, etwa wenn sexualisierte Gewalt vor allem durch rechtliche Reformen und Verhaltensveränderungen von Mädchen und Frauen bekämpft werden soll (Menzel und Tschörner 2023). John Idriss Lahai (2016: 20) vertritt sogar die Auffassung, dass der gesamte Wiederaufbauprozess in Sierra Leone grundlegend fehlerhaft ist, weil Demokratieförderung und Friedenskonsolidierung versucht wurden, ohne dabei auch die Gleichstellung der Geschlechter anzustreben.

Fazit

Betrachtet man Post-Konflikt-Transformationsprozesse mit einer feministischen Linse, wird sichtbar, wie vergeschlechtlichte und intersektionale Machtstrukturen dafür sorgen, dass die bestehende patriarchale Geschlechterordnung in Transitionsphasen vom Krieg zum Frieden aufrechterhalten wird: in Sierra Leone hat das extern geförderte Peacebuilding mit seinem konventionellen, geschlechtsunsensiblen Verständnis von Frieden bestehende Machtverhältnisse letztlich verfestigt und somit zu einer an die Vorkriegszeit erinnernden Nachkriegsordnung beigetragen, die nicht nur für Frauen, sondern auch für weniger privilegierte Männer unfriedlich ist und mehrdimensional diskriminierte Menschen am härtesten trifft (Rinck 2023: 61). Nun liegt das Kriegsende in Sierra Leone bereits mehr als 20 Jahre zurück. Aber auch heute, nach einem Vierteljahrhundert WPS-Agenda, wird es nach wie vor als normal angesehen, Friedensschaffung grundsätzlich als Aufgabe mächtiger Akteure zu verorten, die in den meisten Gesellschaften männliche politische, militärische,

wirtschaftliche, ggf. auch religiöse oder traditionelle Eliten sind. Der zentralen Bedeutung geschlechtsspezifischer, aber auch klassenspezifischer und rassistischer Machtbeziehungen für Konflikt und Frieden wird die bisherige Peacebuilding-Praxis nicht gerecht, kann es innerhalb des bestehenden Systems wohl auch nicht.

Im Kern betont eine feministische Perspektive, dass Geschlechterverhältnisse und -normen keine Nebensächlichkeiten, sondern zentral für das Verständnis von Krieg und Frieden sind. Diese Erkenntnisse müssen auch in der konventionellen Friedensforschung ernst genommen werden, in der feministische Perspektiven traditionell – auch in der kritischen Friedensforschung – marginalisiert wurden (McLeod und O'Reilly 2019: 137; Lyytikäinen et al. 2021). Ein Diskurs über Frieden, der davon ausgeht, dass Peacebuilding oder Statebuilding geschlechtsneutrale Prozesse sein könnten, die nicht von geschlechtsspezifischen Normen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen beeinflusst würden, ist problematisch. Letztlich geht es darum, dass sich auch die Geschlechterverhältnisse und -konstruktionen ändern müssen, um Gewalt überwinden und global eine Chance auf Frieden haben zu können.

Kritische Friedensforschung würde von einer systematischen Auseinandersetzung mit feministischer, post- und dekolonialer Literatur profitieren, deren Einsichten in strukturelle Machthierarchien und vielfältige Formen von Gewalt zu einer differenzierteren Auseinandersetzung mit diesen Fragen beitragen können. Letztlich ist eine Auseinandersetzung mit Gender und Männlichkeiten für die Dekolonisierung der Friedensforschung unumgänglich (Myrntinen et al. 2025). Dies ist aktuell wichtiger denn je, angesichts der zunehmenden Militarisierung, Autokratisierung und des antifeministischen Backlashs gegen die Gleichstellung und Rechte von Frauen sowie sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten, deren Auswirkungen derzeit weltweit zu beobachten sind.

Quellen

- Bell, Christine, Sanja Badanjak, Juline Beujouan, Robert Forster, Tim Epple, Astrid Jamar, Kevin McNicholl, Sean Molloy, Kathryn Nash, Jan Pospisil, Robert Wilson, und Laura Wise. 2021. PA-X Codebook, Version 5. Political Settlements Research Programme. Edinburgh: University of Edinburgh.
- Beoku-Betts, Josephine (2016): Holding African states to task on gender and violence: Domicating UNSCR 1325 in the Sierra Leone National Action Plan. In: *Current Sociology* 64, 4, S. 654-670.
- Boutros-Ghali, Boutros. 1992. An Agenda for Peace: Preventive diplomacy, peacemaking and peace-keeping. Report of the Secretary-General pursuant to the statement adopted by the Summit Meeting of the Security Council on 31 January 1992. A/47/277 – S/24111, 17 June 1992.
- Cockburn, Cynthia (2004): The Continuum of Violence. A Gender Perspective on War and Peace. In: Wenona Giles und Jennifer Hyndman (Hrsg.): *Sites of Violence: Gender*

- and Conflict Zones. *Gender and Conflict Zones*. Los Angeles: University of California Press, 24-44.
- Collins, Patricia Hill (1991): *Black Feminist Thought: Knowledge, Consciousness, and the Politics of Empowerment*. New York, NY: Routledge.
- Confortini, Catia C. (2006): Galtung, Violence, and Gender: The Case for a Peace Studies/Feminism Alliance. In: *Peace & Change* 31, 3, S. 333-367.
- Connell, Raewyn (1987): *Gender and Power: Society, the Person and Sexual Politics*. Cambridge: Polity Press.
- Coulter, Chris (2015): *Bush Wives and Girl Soldiers: Women's Lives through War and Peace in Sierra Leone*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Council on Foreign Relations (2020): *Women's Participation in Peace Processes*. <https://www.cfr.org/womens-participation-in-peace-processes/>. [Zugriff: 15 January 2022].
- D'Costa, Bina (2016): Gender Justice and (In)security in Pakistan and Afghanistan†. In: *Postcolonial Studies* 19, 4, S. 409-426.
- Ferme, Mariane C. (2018): *Out of War. Violence, Trauma, and the Political Imagination in Sierra Leone*. Oakland, CA: University of California Press.
- Galtung, Johan (1996): *Peace by Peaceful Means: Peace and Conflict, Development and Civilization*. London: SAGE.
- Haraway, Donna (1988): Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective. In: *Feminist Studies* 14, 3, S. 575-599.
- Harding, Sandra G. (1987): *Feminism and methodology: social science issues*. Bloomington, IN: Indiana University Press.
- Hartsock, Nancy C. M. (1987): The Feminist Standpoint: Developing the Ground for a Specifically Feminist Historical Materialism. In: Sandra G. Harding (Hrsg.): *Feminism and methodology: social science issues*. Bloomington, IN: Indiana University Press, 157-180.
- hooks, bell (1984): *Feminist Theory. From Margin to Center*. Boston: South End Press.
- Hudson, Heidi (2020): When theory meets method. Feminist peace research in Africa and how to make the strange familiar and the familiar strange. In: Ismail Rashid und Amy Niang (Hrsg.): *Researching Peacebuilding in Africa: Reflections on Theory, Fieldwork and Context*. London: Routledge, 38-55.
- Jabri, Vivienne (2013): Peacebuilding, the local and the international: a colonial or a postcolonial rationality? In: *Peacebuilding* 1, 1, S. 3-16.
- Jusu-Sheriff, Yasmin, ed. 2000. *Sierra Leonean women and the peace process*. Hrsg. von. *Paying the price: the Sierra Leone peace process*. Accord Issue 9. London: Conciliation Resources.
- Lahai, John Idriss (2016): *Gender in Practice. Culture, Politics and Society in Sierra Leone*. Oxford: Peter Lang.
- Lyytikäinen, Minna, Punam Yadav, Annick T. R. Wibben, Marjaana Jauhola, und Catia Cecilia Confortini (2021): Unruly wives in the household: Toward feminist genealogies for peace research. In: *Cooperation and Conflict* 56, 1, S. 3-25.
- M'Cormack-Hale, Fredline, und Aisha Fofana Ibrahim (2023): Women's Decreased Political Representation in Postwar Sierra Leone: A Backlash or Lethargy? In: *African Conflict & Peacebuilding Review* 13, 1, S. 77-105.

- MacKenzie, Megan (2012): *Female Soldiers in Sierra Leone: Sex, Security, and Post-Conflict Development*. New York, NY: NYU Press.
- Maconachie, Roy (2012): The diamond area community development fund: Micropolitics and community-led development in postwar Sierra Leone. In: Päivi Lujala und Siri Aas Rustad (Hrsg.): *High-value natural resources and post-conflict peacebuilding*. London: Earthscan, 261-273
- Martín de Almagro, Maria, und Caitlin Ryan (2020): Introduction: (Re)integrating Feminist Security Studies and Global Political Economy: Continuing the Conversation through Empirical Perspectives. In: *Politics & Gender* 16, 3, S. e12.
- McLeod, Laura, und Maria O'Reilly (2019): Critical peace and conflict studies: feminist interventions. In: *Peacebuilding* 7, 2, S. 127-145.
- Menzel, Anne, und Lisa Tschörner (2023): Responding to Sexual Violence: How (De-) Politicization and Technicalization Shape Donor-Funded Interventions. In: *International Peacekeeping* 30, 1, S. 128-154.
- Myrntinen, Henri, Chloé Lewis, Philipp Schulz, Heleen Touquet, Farooq Yousaf, Elizabeth Laruni, Anisa Abeytia, Esther Brito, John Sunday Ojo, und Obasesam Okoi (2025): *Masculinities in Conflict and Peacebuilding. A critical mapping of the field*. In: Henry Myrntinen, Chloé Lewis, Heleen Touquet, Philipp Schulz, Farooq Yousaf und Elizabeth Laruni (Hrsg.): *Routledge Handbook of Masculinities, Conflict, and Peacebuilding* London: Routledge, 32-46.
- Newman, Edward (2009): 'Liberal' Peacebuilding Debates. In: Edward Newman, Roland Paris und Oliver P. Richmond (Hrsg.): *New Perspectives on Liberal Peacebuilding*. Tokyo: United Nations University Press, 26-53.
- Peacebuilding Support Office. 2007. *Briefing Paper on Local Governance and Democracy in Post-Conflict Sierra Leone. Emerging Issues and Implications for Peace and Development*: Peacebuilding Support Office.
- Peterson, V. Spike (1992): *Gendered States: feminist (re)visions of International Relations Theory*. Boulder, CO: Lynne Rienner.
- Porter, Elisabeth (2003): Women, Political Decision-Making, and Peace-Building. In: *Global Change, Peace & Security* 15, 3, S. 245-262.
- Puechguirbal, Nadine (2015): *Peacekeeping*. In: Laura J. Shepherd (Hrsg.): *Gender matters in global politics: a feminist introduction to international relations*. London and New York, NY: Routledge, 253-267.
- Reno, William (1995): *Corruption and state politics in Sierra Leone*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rinck, Patricia (2022): *Peacebuilding and exclusion in Sierra Leone: a feminist perspective on political settlements and post-conflict transformation*. Duisburg and Essen: University of Duisburg-Essen.
- (2023): Geschlechtsspezifische Ausgrenzung, Krieg und Frieden in Sierra Leone: eine feministische Perspektive auf Gewalt und Ordnung. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 30, 2, S. 38-65.
- (2024): *Peace at the Margins? Peacebuilding and Patriarchal World Ordering in Sierra Leone*. In: *Global Studies Quarterly* 4, 3, S. 1-12.

- Ryan, Caitlin (2018): Large-scale land deals in Sierra Leone at the intersection of gender and lineage. In: *Third World Quarterly* 39, 1, S. 189-206.
- Sjoberg, Laura, und J. Ann Tickner (2011): Introduction: International Relations through feminist lenses. In: Judith Ann Tickner und Laura Sjoberg (Hrsg.): *Feminism and international relations: conversations about the past, present and future*. London and New York, NY: Routledge, 1-21.
- Truth and Reconciliation Commission. 2004. *Witness to Truth: Report of the Sierra Leone Truth and Reconciliation Commission. Volume 2*.
- United Nations. 2013. *Report of the Peacebuilding Commission Assessment Mission to Sierra Leone, 18–22 November 2013*.
- United Nations Integrated Peacebuilding Office in Sierra Leone (UNIPSIL). 2014. *Sierra Leone is a success story built on steady progress', Final briefing to the Security Council by the Head of the UN Integrated Peacebuilding Office in Sierra Leone (UNIPSIL) Jens Anders Toyberg-Frandzen, 26 March 2014*.
- United Nations Security Council. 2008. *Security Council asks Secretary-General to establish Peacebuilding Office in Sierra Leone after Mandate of United Nations Integrated Office ends. Security Council 5948th Meeting (AM). Press Release SC/9414*.

Klaus Moegling

NATO-Militär und russisches Militär im quantitativen Vergleich Der Ertrag deskriptiver Statistik zur Beantwortung einer zentralen friedenspolitischen Fragestellung

Qualitative Forschungsergebnisse bieten einen tiefergehenden und auch illustrativen Einblick in gesellschaftliche Verhältnisse und Entwicklungen. Quantitative Forschungsmethodologie im Sinne der Prüf- und Schließstatistik kann im Anschluss an die Generierung theoriegeleiteter Fragestellungen und Hypothesen abgesicherte Daten bieten, Aber auch deskriptive Statistik kann in der kritischen Friedensforschung bei geeigneten Fragestellungen helfen, einen aussagekräftigen statistischen Überblick zu erhalten. Arithmetisches Mittel und Standardabweichungen sind Möglichkeiten deskriptiver Statistik und müssen nicht auf Signifikanz geprüft werden, wenn man z.B. nicht vorhat, Mittelwertdifferenzen im Vergleich zweier Gruppen zu untersuchen und dabei von der Stichprobe auf eine Grundgesamtheit zu schließen. In dem vorliegenden Bericht mit deskriptiv auszuwertenden Daten erhalten wir Prozentwerte, Rangfolgen und Differenzen absoluter Zahlenwerte für Grundgesamtheiten, die für sich stehen können und ebenfalls keiner Prüf- und Schließstatistik im aufwendigen Sinne bedürfen. Deskriptive Statistik ist ein wichtiges empirisches Instrument, wenn es darum geht, Quantitäten für Grundgesamtheiten zu erfassen, die keiner Signifikanzprüfung bedürfen. Sie zeigen anschaulich auf einen Blick die quantitativen Verhältnisse und können daher leicht auch bei den etwaigen Adressaten in der Politik oder der Wirtschaft, aber auch in der Friedensforschung Anwendung finden. Natürlich stellt dies nur einen einzigen empirischen Zugang dar und ist ergänzungsbedürftig mit anderen quantitativen und qualitativen Studien, wenn man z.B. persönliche Motive oder Ziele erforschen möchte. Es geht im Rahmen dieses Beitrags nun um die Frage, welche Gefahr für einen Angriff der Russischen Föderation auf einen NATO-Staat in den nächsten Jahren bestehen könnte.¹ Hierzu werden (durchaus ergänzungsbedürftige) statistische Daten über die Waffenarsenale und rüstungsindustrielle Leistungsfähigkeit im Vergleich verwendet. Westliche Politiker und Medien warnen vor der kaum noch zu bremsenden militärischen Aggression der Russischen Föderation. Der russische völkerrechtswidrige Angriff auf die Ukraine

1 Teile dieses Beitrags sind angelehnt an Moegling (2025).

wird hierbei zum Anlass, weitere Ängste bis hin zur Russenphobie zu schüren. Nach der Ukraine kämen Georgien und Moldavien an die Reihe. Danach würde Russland in etwa fünf Jahren militärisch so weit aufgerüstet sein, dass es auch NATO-Staaten angreifen könne. Hier stünde zunächst das Baltikum im Fokus.

Der noch amtierende deutsche Verteidigungsminister, Boris Pistorius, forderte dementsprechend, dass Deutschland kriegstüchtig werden müsse. Er rechnete damit, dass Russland in fünf Jahren die Fähigkeit aufgrund ihres extremen Aufrüstungstempos besitze, NATO-Staaten angreifen zu können. Dies unterstützte ebenfalls der Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Bruno Kahl, der auch Deutschland im Visier des Kremls sieht. Ebenfalls der dänische Verteidigungsminister, Troels Lund Poulsen, warnte davor, dass Russland innerhalb von drei bis fünf Jahren gegen ein NATO-Land militärisch vorgehen könne (Deutschlandfunk 2024). Sicherlich ist es richtig, dass der Russischen Föderation massive Verletzungen des Völkerrechts und der Menschenrechte mit ihrem Angriff auf die Ukraine zuzuschreiben sind. Auch das Auslassen und die Ablehnung von Verhandlungsangeboten im historischen Vorlauf des Ukraine-Kriegs von Seiten des NATO-Westens (Moegling 2024) können nicht als Legitimation für diesen durchweg imperialistischen Angriffskrieg herhalten, bei dem sich Russland Gebiete seines Nachbarstaates einverleibt und dies in seiner Verfassung festschreibt.

Doch bedeutet dies tatsächlich, dass auch in absehbarer Zeit ein Angriff auf NATO-Gebiet zu erwarten ist?

Waffensysteme der NATO und Russland im Vergleich

Vergleicht man die Zahlen für einsatzbereite Großwaffensysteme müsste man zum Schluss kommen, dass die Russische Föderation noch auf lange Zeit der NATO, sogar den europäischen NATO-Staaten allein, militärisch deutlich unterlegen sein dürfte (siehe Tabelle 1, Folgeseite).

Im Zusammenhang mit der 2026 in Deutschland vorgesehenen Stationierung von Hyperschallwaffen, bodengestützten Raketen und Marschflugkörpern unter dem Befehl der US-Streitkräfte wird vom ehemaligen Bundeskanzler Olaf Scholz und dem Verteidigungsminister Boris Pistorius von einer 'Fähigkeitslücke' gesprochen, die dann gegenüber Russlands Raketenarsenal ausgeglichen werde. Dies lässt sich aber nicht in dieser Pauschalität nachweisen – so der Politikwissenschaftler und Friedensforscher Hans-Georg Erhart (2024):

Die dafür reklamierte Fähigkeitslücke existiert zwar in einem Teilbereich der Waffenskala, da Moskau im Gegensatz zu den NATO-Staaten über bodengestützte Systeme von 500 Kilometer und womöglich größerer Reichweite verfügt. Doch besitzt die westliche Allianz genug luft- und seegestützte Waffen, um diesen etwas entgegenzusetzen. Sie sind quantitativ und qualitativ dem russischen Arsenal sogar überlegen.

Tab. 1: Quantitativer Vergleich der Waffensysteme zwischen Russland und der NATO (International Institute für Strategic Studies (IISS) (2024))

<i>Waffengattung</i>	<i>NATO insgesamt</i>	<i>davon europäische NATO-Staaten</i>	<i>Russische Föderation</i>
Kampfpanzer	9.011	6.297	2.000
Gepanzerte Fahrzeuge	45.619	28.822	11.020
Artillerie	22.145	15.399	5.399
Kampfhubschrauber	1.301	421	348
Hauptkriegsschiffe	274	140	33
U-Boote	143	73	50
Kampfflugzeuge	5.406	2.073	1.026
Strategische Bomber	140	0	129

Hinzu kommt, dass die vorgesehene Stationierung von US-Raketen in Deutschland am deutschen Parlament vorbei vorgenommen wurde, keine Diskussion in einer breiten Öffentlichkeit zu solch einer wichtigen Frage erfolgte, nur Deutschland diese Aufrüstungsmaßnahme vornimmt sowie die Bundesregierung keine Befehlsgewalt über die Raketen haben wird.

Auch hinsichtlich des militärischen Personals ist die NATO der Russischen Föderation deutlich überlegen: 7.628.782 zu 3.570.000 und diese Überlegenheit setzt sich auch bei der Reserve und den paramilitärischen Einheiten fort (Statista 2024a):

Tab. 2: Militärisches Personal im Vergleich

<i>Personal</i>	<i>NATO</i>	<i>Russische Föderation</i>
Militärisches Personal insgesamt	7.628.782	3.570.000
Aktive Soldaten	3.390.797	1.320.000
Reserve	3.440.165	2.000.000
Paramilitärische Einheiten	797.820	250.000

Hiergegen könnte man noch einwenden, dass sich die NATO-Truppen und -Waffensysteme in unterschiedlichen staatlichen Händen befänden und dadurch ein koordinierter Einsatz im Verteidigungsfall erschwert sei, während das russische Militär von einer einzigen Machtzentrale befehligt und koordiniert werde. Hiergegen lässt sich wiederum einwenden, dass die NATO zahlreiche umfangreiche Einsatzübungen erfolgreich erprobt habe sowie – so zeigt der Krieg in der Ukraine – die russischen Befehlsketten defizitär seien, Waffensysteme zum Teil veraltet und

einzelne Kommandeure aufgrund von Korruption die Steuerung behindern würden – so die internationale NGO ‘Sicherheit neu denken’ (2025).

Tabelle 3 zeigt, dass unter den 10 größten globalen Waffenproduzenten die ersten fünf Rüstungsunternehmen aus den USA stammen. Ihre Umsätze für Rüstungsgüter (ohne Uniformen, Kraftstoff etc.) betragen 2023 198.340 MRD US-Dollar. Die russische Holding-Gesellschaft ROSTEC hat überdurchschnittlich hohe Umsatzsteigerung in Bezug auf die unter ihr subsumierten Rüstungsunternehmen. Im Vergleich zu den fünf führenden US-Unternehmen macht dessen Umsatz aber nur einen Bruchteil aus (ca. 11 %). Rüstungsunternehmen aus dem United Kingdom

Tab. 3: Die 10 weltweit größten Waffenproduzenten (nach Umsatz in Millionen US-Dollar) (zusammengestellt nach SIPRI 2024a: 9)

Rang 2023	Rang 2022	Unternehmen	Staat	Umsatz für Rüstungsgüter*	Veränderung von 2022 zu 2023 in %
1	1	Lockhead Martin Corp.	United States	60.810	-1,6
2	2	RTX	United States	40.660	-1,3
3	3	Northrop Crumman Corp.	United States	35.570	+5,8
4	4	Boeing	United States	31.100	+2,0
5	5	General Dynamics Corp.	United States	30.200	+3,2
6	6	BAE Systems	United Kingdom	29.810	+2,3
7	9	Rostec**	Russia	21.730	+49
8	8	AVIC	VR China	20.850	+5,6
9	7	NORINCO	VR China	20.560	-2,7
10	10	CETC	VR China	16.050	+13

* SIPRI: „Rüstungseinnahmen“ beziehen sich auf Einnahmen aus dem Verkauf von Rüstungsgütern und -dienstleistungen an militärische Kunden im In- und Ausland. Rüstungsgüter und -dienstleistungen werden von SIPRI als Güter und Dienstleistungen definiert, die speziell für militärische Zwecke bestimmt sind und entsprechende Technologien umfassen. Rüstungsgüter sind militärspesifische Ausrüstung; sie umfassen keine Güter für allgemeine Zwecke wie Kraftstoff, Büroausstattung und Uniformen.

** SIPRI: Rostec ist eine Holdinggesellschaft ohne direkte Fertigungskapazitäten und würde daher normalerweise nicht zu den Top 100 gehören (siehe Anmerkung b). Das Unternehmen wurde in die Rangliste 2023 aufgenommen, da für fast alle anderen russischen Rüstungsunternehmen keine Daten vorliegen. Einige der Unternehmen, für die keine Daten mehr verfügbar sind, werden von Rostec kontrolliert und waren in früheren Top-100-Rankings vertreten: High Precision Systems, KRET, Russian Electronics, Russian Helicopters, United Aircraft Corp., United Engines Corp. und UralVagonZavod.

sowie aus der VR China können sich unter den ersten fünf bis zehn größten Unternehmen halten. Rheinmetall rangiert mit auf Platz 26 (5.480 Millionen Dollar), mit einer Verkaufssteigerung in 2023 von 10 % (7.750 Mrd. US-Dollar, allerdings mit Steigerung von 70 % gegenüber 2022 für den Gesamtumsatz).

Die nationalstaatlichen Militärausgaben 2023 im Vergleich (Tab. 4) zeigen, dass die USA mehr Geld in die Rüstung stecken als die nächsten neun ranghöchsten Staaten zusammen (916 zu 882,4 Mrd. US-Dollar). Die Militärausgaben von Russland betragen ungefähr 12 % der Ausgaben der USA. Am nächsten kommt noch die VR China an die USA heran, die ein Drittel der Rüstungsausgaben der USA aufweist. Israel liegt übrigens auf Platz 15 mit 27,5 Mrd. US-Dollar. Insgesamt wurden weltweit 2.443 Milliarden US-Dollar – ein Anstieg von 6,8 % gegenüber dem Vorjahr (SIPRI 2024b).

Tab. 4: Militärausgaben 2023 im globalen Vergleich (Rang 1-10) in Milliarden US-Dollar (Statista 2024b u. SIPRI 2024b)

Rang	Staat	Militärausgaben*
1	USA	916,0
2	China	296,0
3	Russland	109,0
4	Indien	83,6
5	Saudi Arabien	75,8
6	Vereinigtes Königreich	74,9
7	Deutschland	66,8
8	Ukraine	64,8
9	Frankreich	61,3
10	Japan	50,2

* Zu den Militärausgaben zählen Statista und SIPRI auch Personalkosten und die Kosten für die Versorgung ehemaliger Soldatinnen und Soldaten, die Kosten laufender Militäreinsätze, die Ausgaben für Bau und Instandhaltung von Einrichtungen sowie die Kosten der Verwaltung.

Konventionell unterlegen bei gleichzeitigem nuklearen Gleichgewicht

Im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages hält einer der Berichterstatter – der von Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) für die Berichterstattung nominierte Friedensforscher und -aktivist Lühr Henken – daher die von westlichen Politikern

und Politikerinnen und westlichen Medien behauptete Gefahr eines russischen Angriffs auf NATO-Staaten für absurd, da angreifende Truppen dem Verteidiger deutlich überlegen sein müssten – so Henken (2024):

Würde Russland den Entschluss fassen, die europäischen NATO-Staaten anzugreifen, stünde es auf verlorenem Posten. Eine Invasionsfähigkeit in Europa könnte Russland erst dann erlangen, wenn es seine Soldatenzahl mehr als vervierfachen, den Kampfpanzerbestand verneunfachen, seinen Bestand an gepanzerten Kampffahrzeugen und Artilleriesystemen verachtfachen, seine Kampfhelikopter mehr als verdreifachen und seine Kampfflugzeuge versechsfachen würde. Das müsste es dann innerhalb von fünf bis acht Jahren aufbauen. Damit könnte Russland strategische Überraschungsangriffe gegen europäische NATO-Staaten – wohlgernekt ohne US-Beteiligung – erfolgreich durchführen. So ein Szenario ist komplett unrealistisch.

Hinsichtlich konventioneller Waffensysteme, Rüstungsausgaben sowie volkswirtschaftlicher und insbesondere auch rüstungsindustrieller Leistungsfähigkeit ist die NATO bzw. sind die NATO-Staaten der Russischen Föderation also deutlich überlegen. Hinsichtlich der Fähigkeiten zu einem Cyberwar bzw. eines hybriden Angriffs, der auf die Stilllegung von kritischer Infrastruktur abzielt, ist allerdings schwierig zu beurteilen, welche Seite hier überlegen ist. Auch liegen keine verlässlichen Angaben über die Stückzahl und die Qualität produzierter Kampfdrohnen im Vergleich der Blöcke vor, da diese primär aus schwer überprüfbareren Eigenangaben resultieren.

Putin selbst gibt laut der Nachrichtenagentur Reuters die Anzahl von 140.000 an das russische Militär im Jahr 2023 ausgelieferte Kampfdrohnen an und wollte die Anzahl der zu produzierenden Drohnen im Jahr 2024 verzehnfachen (Hinzmann 2024). Inwieweit dies gelungen ist, bleibt letztendlich unklar – zumal die Produktion russischer Drohnen von westlichen Bauteilen abhängig ist. Auch ist bekannt, dass der Iran Drohnen nach Russland liefert. Nach ukrainischen Angaben habe die Ukraine 2024 ca. zwei Millionen Drohnen selbst produziert – so Yehor Cherniev, Vorsitzender der ukrainischen Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der NATO (Merkur 2024). Zwar zeigen die Zahlen, dass Russland auch dem europäischen Teil der NATO hinsichtlich der personellen Truppenstärke unterlegen ist. Dennoch muss hierbei berücksichtigt werden, dass es sich bei den russischen Soldaten inzwischen um kampferprobte Truppen handelt. Hingegen verfügen die meisten europäischen Truppen über keinerlei Erfahrung in Kampfeinsätzen. Dies betrifft auch die neuen Formen der Kriegsführung über den massiven Einsatz von Drohnen und künstlicher Intelligenz.

Hinsichtlich der nuklearen Potenziale werden folgende Zahlen dokumentiert: Russland verfügte (Stand: Januar 2024) über 5.580 Atomsprengköpfe und die USA über 5.044 Atomsprengköpfe. Zählt man die 515 Atomsprengköpfe von Frankreich und Großbritannien hinzu, dann ergibt sich hier hinsichtlich der verfügbaren Atomsprengköpfe ein Patt (Statista 2024c). Dies entspricht ebenfalls den Zahlen

des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI (2024b). Auch wenn Putin 2024 eine Modifizierung der russischen Waffendoktrin angeordnet hat und bereits mehrfach versucht hat, mit Drohungen hinsichtlich des Einsatzes von Atomwaffen den NATO-Westen von weiterer Unterstützung der Ukraine abzubringen: Jedem der in der Blockkonfrontation beteiligten Akteure dürfte klar sein, dass das eigene Interesse nicht in einem nuklear geführten Krieg liegen kann. Kein Atomstaat wird sich einen Nuklearangriff gefallen lassen, sondern mit einem vernichtenden nuklearen Gegenangriff antworten bzw. eine nukleare Eskalationsspirale einleiten, die das Ende der menschlichen Zivilisation in der heutigen Form sein dürfte. Solange noch rationales Kalkül vorliegt, dürfte also ein intendierter Nuklearkrieg unwahrscheinlich sein. Dies gilt nicht für einen 'Atomkrieg aus Versehen' durch beispielsweise technische Falschmeldungen oder destruktive Aktivitäten der in den Waffensystemen eingesetzten Künstlichen Intelligenz – so die KI-Forscher Karl Hans Bläsius/Jörg Siekmann (2024):

Wenn hierbei Atomwaffenstaaten in existenzielle Notsituationen geraten, würde das Atomkriegsrisiko erheblich steigen. Da die Abhängigkeit von technischen Systemen inzwischen sehr groß ist, was auch für die Kommunikation im Internet gilt, wären weltweite Krisen die Folge und in solch kritischen Situationen können Fehlinterpretationen, Missverständnisse, falsche Annahmen und Schuldzuweisungen oder auch Fehler in Frühwarnsystemen für nukleare Bedrohungen leicht zu einem Atomkrieg, eventuell aus Versehen führen.

Welche friedenspolitischen Forderungen sollten aufgrund der Datenlage vertreten werden?

Alle Nuklearmächte rüsten dennoch derzeit konventionell und nuklear auf, obwohl eigentlich die Menschheit zum gegenwärtigen Zeitpunkt und zukünftig eng zusammenrücken und zusammenhalten müsste, um die selbst verschuldete hereinbrechende Klimakatastrophe in ihren schrecklichsten Auswirkungen noch einzudämmen – so formuliert Greenpeace (2024, 6):

Statt weiter aufzurüsten, sollte die bestehende konventionelle Überlegenheit der Nato – bei gleichzeitig potenziell möglicher nuklearer Eskalationsbereitschaft auf russischer Seite – zum Anlass genommen werden, rüstungskontrollpolitische Initiativen vorzubereiten und anzustoßen, die neues Vertrauen schaffen und eine Verifikation der jeweiligen militärischen Potenziale zumindest in Europa erlauben. Erster Ansatzpunkt sollte die Rettung des New-Start-Abkommens zur Begrenzung von strategischen Nuklearwaffen sein, dem letzten verbliebenen Eckpfeiler der nuklearen Rüstungskontrolle zwischen Ost und West.

Für die Friedensbewegung bedeutet dies, dass sie zum einen der Bevölkerung medial erzeugte Ängste nehmen müsste, indem sie die tatsächlichen Kräfteverhältnisse offenlegt. Dabei ist auch die fehlende Notwendigkeit der für 2026 in Deutschland

vorgesehenen Stationierung von Hyperschallwaffen, Marschflugkörpern und bodengestützten Raketen unter US-Befehl zu thematisieren. Gleichzeitig sollte die Friedensbewegung neben der Forderung nach einem Waffenstillstand als Ausgangspunkt für Friedensverhandlungen in der Ukraine die Wiederherstellung der bis vor wenigen Jahren funktionierenden Abrüstungs- und Kontrollverträge sowie deren Aktualisierung fordern. Hierbei ist deutlich zu machen, dass die Menschheit gerade in eine Phase eintritt, in der sie gemeinsam um das Überleben auf diesem Planeten kämpfen muss. Diese Forderungen sollten daher ebenfalls klimapolitisch begründet werden. Dies sollte auch dann vorgenommen werden, wenn leider die mächtigste Militärmacht, die USA, Anfang 2025 in eine Legislaturperiode eintreten wird, in der sie die Klimakrise leugnen wird und verstärkt auf fossile Energieerzeugung setzen will. Die Entwicklung in der VR China hierzu ist ambivalent. China rüstet ebenfalls massiv auf, ist allerdings bei steigenden CO₂-Emissionen gleichzeitig der größte Produzent von Solarenergie. Auch von dem über das fossile Geschäft seine Kriegshandlungen finanzierenden Russland ist hier – zumindest solange der Krieg in der Ukraine andauert und das derzeitige Regime an der Macht ist – kaum Unterstützung zu erwarten. Weltweit sind daher alle zivilgesellschaftlichen Kräfte, wie NGOs, Parteien, Parlamente, internationale Institutionen und insbesondere die Vereinten Nationen, aufgefordert, sich diesem von den Großmächten beabsichtigten Trend entgegenzustellen und politischen sowie zivilgesellschaftlichen Widerstand zu leisten.

Deskriptive Daten und rationales Handeln

Die im Rahmen des vorliegenden Beitrags benutzten deskriptiven Daten zeigen, dass es keine militärischen Defizite und Fähigkeitslücken der NATO-Staaten im Bereich konventioneller Waffenbestände gegenüber dem russischen Militär gibt – im Gegenteil: Die Nato ist dem russischen Militär in dieser Hinsicht um ein Vielfaches überlegen. Auch die rüstungsindustrielle Leistungsfähigkeit im Nato-Westen ist der Russischen Föderation weit überlegen. Der russischen Regierung dürften diese Zahlen bekannt sein. Hieraus könnte man schließen, dass die Russische Föderation unter rationalen Gesichtspunkten keineswegs vorhaben dürfte, einen NATO-Staat anzugreifen, wenn der Art. 5 des NATO-Vertrags glaubhaft bleibt. Dies ist im Übrigen kein Plädoyer für militärische Abschreckung, sondern im Vordergrund steht die Forderung nach Verhandlungsgesprächen und zur international koordinierten Abrüstung.

Die Gefahr eines russischen Nuklearangriffs wäre nur dann gegeben, wenn – abgesehen vom Atomkrieg aus Versehen – die Russische Föderation an den Rand einer Niederlage gedrängt werden würde, und Panik rationales Handeln verdrängen würde.

Die Gefahr sowohl eines russischen konventionellen als auch nuklearen Angriffs auf den NATO-Westen bestünde daher dann, wenn sich in Russland Kräfte in

bedrohlichen Kriegssituationen durchsetzen sollten, die nicht mehr rational kalkulieren, sondern ein selbstmörderisches Unternehmen in Verbindung mit einer völkisch-rassistischen Ideologie, massiver Kränkungen und/oder einem aggressiven Gefühlsstau durchführen würden. Allerdings verweisen die in den nächsten Jahren zu erwartenden Entwicklungen darauf, dass eine derartige Gefahr auch aus dem von den USA dominierten Westen drohen könnte – wenn von dort aus militärische Drohgebärden gegen den Panama-Kanal und gegen Grönland gezeigt werden, Venezuela angegriffen würde oder das NATO-Mitglied Türkei das Gebiet der Kurden in Syrien bombardiert.

Quellen

- Bläsius, Karl Hans/Siekmann, Jörg (2024): Generative KI – Mögliche Folgen im Internet. <https://fwes.info/GenKI-Internet-2024-2.pdf>. [14.10.2024].
- Deutschlandfunk (2024): Russland, die NATO und die Kriegsgefahr. <https://www.deutschlandfunk.de/russland-nato-kriegsgefahr-100.html>. 818.12.2024 9.
- Erhart, Hans-Georg (2024): Ein Albtraum: 2026 könnte von Deutschland aus auf russische Atomarsenale gezielt werden. In: Der Freitag, <https://www.freitag.de/autoren/hans-georg-ehrhart/sicherheit-von-deutschland-aus-mit-us-wafen-russland-angreifen>. [22.11.2024].
- Henken, Lühr (2024): Stellungnahme. Öffentliche Anhörung im Verteidigungsausschuss am 16. 12.2024 zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft und zur Änderung von Vorschriften für die Bundeswehr. <https://www.bundestag.de/resource/blob/1033682/e8c8cec2d09230e1e57c175548c205cd/Stellungnahme-Luehr-Henken.pdf>. [11.12.2024].
- Hinzmann, Karsten-Dirk: Gezielte Attacke: Ein „Auge Putins“ in der Ukraine verloren. https://www.fr.de/politik/gezielte-attacke-ein-auge-putins-in-der-ukraine-verloren-93486165.html#google_vignette. [29.12.2024].
- IISS (2024): Military Balance. https://www.iiss.org/globalassets/media-library---content-migration/files/publications/military-balance-plus/iiss_militarybalance_factsheet_2024.pdf. [5.4.2025].
- Merkur (2024): Waffen gegen Russland: Kiew setzt im Ukraine-Krieg auf eigene Drohnen. <https://www.merkur.de/politik/waffen-gegen-russland-kiew-setzt-im-ukraine-krieg-auf-eigene-produktion-zr-93466437.html>. [13.12.2024].
- Moegling, Klaus (2024): Ist die Ukraine-Politik der Nato alternativlos? In: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik (GWP), <https://www.budrich-journals.de/index.php/gwp/article/view/45135>. [10.12.2024].
- (2025): Wie groß ist die Gefahr eines russischen Angriffs auf NATO-Staaten? In: Der Freitag, <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/kriegsfachigkeit-und-us-mittelstreckenraketen-kann-russland-die-nato-angreifen>. [3.1.2025].
- Sicherheit neu denken (Hrag.) (2025): Europas Rolle für den Frieden in der Welt. <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/410614/positiv-szenario-europas-rolle-fuer-den-frieden-in-der-welt-01.01.2025.pdf>. [1.1.2025].

- SIPRI (2024a): The SIPRI top 100 armsproducing and military services companies. 2023. https://www.sipri.org/sites/default/files/2024-11/fs_2412_top_100_2023_0.pdf
- (2024b): SIPRI Yearbook 2024: Armaments, Disarmament and International Security. <https://www.sipri.org/sites/default/files/YB24%2007%20WNF.pdf>. 271-367. [5.4.2025].
- Statista (2024a): Vergleich der Militärstärke von NATO und Russland im Jahr 2024. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/379080/umfrage/vergleich-des-militaers-der-nato-und-russlands/> [19.3.2024].
- (2024b): Die Länder mit den höchsten Militärausgaben in 2020. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157935/umfrage/laender-mit-den-hoechsten-militaerausgaben/>. [3.6.2024].
- (2024c): Anzahl der nuklearen Sprengköpfe nach Atommächten weltweit 2024, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36401/umfrage/anzahl-der-atomspreng-koepfe-weltweit/>. [5.4.2025].

Josef Mühlbauer / Christo Kaftandjiev

Dekonstruktion von Helden und Schurken Semiotik und kritische Friedensforschung

Einleitung

Angesichts des hohen Ausmaßes an lokaler, nationaler und internationaler Gewalt und des vorherrschenden Militarismus, ist die gegenwärtige Geschichte auch als eine Geschichte von Eroberung, geopolitischen Spannungen und Krieg zu verstehen (Boulding 1996: 31). In Zeiten wie diesen neigen wir dazu zu vergessen, dass sich der Großteil menschlichen Handelns um die Erziehung und Ernährung von Familien sowie die Organisation der Produktion und der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dreht (Boulding 1996: 31). Allgegenwärtige Bilder menschlicher Aggression untergraben unser Vertrauen in die menschliche Fähigkeit, eine friedliche internationale Ordnung zu schaffen – das scheint auch heute noch im 21. Jahrhundert der Fall zu sein. Mit über fünfzig militärischen Konflikten und einem Rekordhoch an Militärausgaben leben wir in unsicheren und turbulenten Zeiten. Gerade in Zeiten wie diesen entfalten sich Propaganda und epistemische Gewalt. Elise Boulding, die „Matriarchin der Friedensforschung“, bemerkte treffend: „Eine der stärksten Quellen für die kulturelle Legitimierung des Krieges liegt in den Lehren der einzelnen großen Religionen.“ Die Kultur des Heiligen Krieges ist eine männliche Kriegerkultur, angeführt von einem patriarchalischen Kriegergott. Ebenso verfügt jede Gesellschaft über ihren eigenen Anpassungsfonds, der auf dem Wissen über die lokale Umgebung und der historischen Erinnerung an Krisen- und Wandelzeiten beruht. Dieses Wissen und diese Erfahrung spiegeln sich in familiären Zusammenhängen, religiösen Lehren, Zeremonien, Traditionen und Ritualen wieder (Boulding 1996: 35-37). Diese Erkenntnisse aus der Friedensforschung können wir in der Semiotik anwenden. Friedensforschung und Semiotik können eine hilfreiche Kombination sein, um Kriegspropaganda zu dekonstruieren. Semiotik ist die Lehre von Zeichen, Symbolen und ihren Bedeutungen in der Kommunikation.

Sie wurde von Wissenschaftlern wie Ferdinand de Saussure und Charles Sanders Peirce als formales Fachgebiet etabliert. Die Semiotik untersucht, wie Zeichen (Wörter, Bilder, Töne, Gesten) Bedeutung erzeugen und die Wahrnehmung beeinflussen. Die Schlüsselkonzepte der Semiotik – Zeichen (bestehend aus Signifikant und

Signifikat), Code, Mythos und Polysemie – sind im Kontext der Friedensforschung sehr nützlich. Im Kontext von Propaganda, insbesondere Kriegspropaganda, hilft die Semiotik, die verschiedenen Bedeutungsebenen hinter visuellen Bildern, Sprache und Narrativen zu analysieren, um die ihnen zugrunde liegenden ideologischen Konstruktionen aufzudecken.

In Kombination mit dem Konzept der symbolischen oder kulturellen Gewalt (Galtung 1990) kann sie ein sehr präzises und nützliches Analyseinstrument sein. Mit anderen Worten: Durch die Linse der Semiotik können Friedensstudien die Legitimation von Gewalt durch kulturelle Normen, Ideologien und Symbole besser verstehen. Die Kombination aus Semiotik und Friedensforschung bietet einen robusten Rahmen für die Dekonstruktion von Kriegspropaganda, indem sie analysiert, wie Zeichen und Symbole Hierarchien, Dichotomien und Machtssysteme aufrechterhalten und Konflikte verschärfen. Propaganda nutzt oft machtvolle Zeichen wie Flaggen, Slogans und Heldenbilder, um Emotionen zu wecken und die öffentliche Meinung auf nationale Interessen oder Kriegsanstrengungen auszurichten. Die Semiotik hilft dabei, die Denotationen (wörtliche Bedeutungen) und Konnotationen (emotionale und ideologische Assoziationen) dieser Zeichen zu identifizieren.

Mithilfe der Theorien, Methoden und Analysen der kritischen Friedensforschung (Mühlbauer/Lakitsch 2024) versuchen wir in diesem Artikel, diese Kriegsnarrative zu dekonstruieren, indem wir ihre Rolle bei der Rechtfertigung von Gewalt und der Aufrechterhaltung struktureller Hierarchien und Dichotomien aufzeigen. Wir verwenden hierfür das von Roland Barthes entwickelte Mythenkonzept sowie das Konzept epistemischer (Spivak 1988, Brunner 2020) und kultureller Gewalt (Galtung 1990). Im folgenden Artikel analysieren wir Bilder, Schilder und Plakate aus verschiedenen Kriegs- und Konfliktgebieten aus semiotischer und kritischer Friedensforschung. Wir versuchen aufzuzeigen, wie Narrative konstruiert werden, wie Mythen im Sinne von Barthes funktionieren und wie diese Narrative die soziopolitischen und sozioökonomischen Ursachen und den Kontext des Konflikts verschleiern.

Theoretischer Rahmen und Schlüsselkonzepte

Konzepte struktureller, kultureller und epistemischer Gewalt

Nach Johan Galtung (1990), dem Pionier der kritischen Friedensforschung, kann kulturelle Gewalt als Weiterentwicklung des Konzepts der strukturellen Gewalt (Galtung 1969) betrachtet werden. Kulturelle Gewalt wird definiert als jeder Aspekt einer Kultur, der dazu genutzt werden kann, Gewalt in ihrer direkten oder strukturellen Form zu legitimieren oder zu verstärken. Symbolische Gewalt beispielsweise tötet oder verstümmelt nicht wie direkte physische Gewalt. Sie wird jedoch genutzt, um beides zu legitimieren, wie beispielsweise in der Theorie des Herrenvolks. Die

Beziehungen zwischen direkter, struktureller und kultureller Gewalt werden anhand eines Gewaltdreiecks und eines Gewaltschichtenbildes mit verschiedenen Arten kausaler Strömungen untersucht. Beispiele für kulturelle Gewalt werden anhand einer Unterteilung der Kultur in Religion und Ideologie, Kunst und Sprache sowie empirische und formale Wissenschaft aufgezeigt (Galtung 1990). In der Propaganda verwendete Zeichen spiegeln oft kulturelle Gewalt wider. Darüber hinaus können diese Zeichen, Symbole und Formen sowohl kultureller Gewalt als auch Kriege und Konflikte legitimieren.

Epistemische Gewalt

Die Produktion und Reproduktion von Wissen und öffentlicher Meinung ist direkt oder indirekt mit Macht und Hierarchie verbunden. Epistemische Gewalt bezieht sich auf diese Formen von Hierarchie und bezeichnet den Schaden, der Einzelpersonen oder Gruppen beispielsweise durch Marginalisierung, Unterdrückung, Verschweigen oder Verfälschung ihres Wissens, ihrer Perspektiven und ihrer Ausdrucksformen zugefügt wird (Brunner 2020). Mit diesem Konzept lässt sich analysieren, wie dominante Systeme der Wissensproduktion und -verbreitung andere Wissensformen ausschließen, abwerten oder falsch darstellen können und epistemische Gewalt daher in Kriegs- und Konfliktzeiten als Propagandainstrument eingesetzt werden kann. Es gibt verschiedene Formen epistemischer Gewalt: Ausgrenzung, Falschdarstellung, Stereotypisierung, epistemische Ungerechtigkeit, Entmenschlichung, kulturelle Hegemonie und Epistemizid (De Sousa Santos 2014). Das Schweigen, Ausschließen oder Unterdrücken marginalisierter Stimmen ist eine Form epistemischer Gewalt. Eine andere besteht darin, das Wissen einer Gruppe falsch darzustellen, zu verzerren oder zu rahmen (Stereotypisierung). Durch Framing und Falschdarstellung werden unterdrückende Strukturen oder, wie Galtung (1990) es formulierte, „kulturelle Gewalt“ verstärkt. Kulturelle Hegemonie wird dadurch erreicht, dass die eigene Erzählung und Weltsicht als universell und andere Perspektiven als marginalisiert dargestellt werden. Mit diesem Konzept epistemischer Gewalt verstehen wir Machtdynamiken in der Wissensproduktion und die Notwendigkeit, Propaganda zu dekonstruieren und inklusivere und gerechtere epistemische Praktiken zu entwickeln. Die Konzepte der Dekonstruktion und Semiotik sind daher nützliche Werkzeuge.

Dekonstruktion und Semiotik

Roland Barthes Mythos

Um die Funktionsweise des Mythos zu veranschaulichen, geben wir ein prägnantes Beispiel. Stellen Sie sich ein Plakat mit einem jungen Soldaten vor, der eine Flagge in seiner Hand worauf der Slogan „Defend Freedom, Protect the Nation“ zu lesen ist.

Die semiotische Analyse zeigt einen Signifikanten, ein Signifikat und einen Mythos. Die Signifikanten sind der Soldat, die Flagge und der Slogan. Das Signifikat steht im Wesentlichen dafür, dass der Soldat Mut repräsentiert, die Flagge Patriotismus und der Slogan die moralische Pflicht zur Unterstützung des Krieges impliziert. Der Mythos dahinter stellte den Krieg als heroisch und unvermeidlich zum Schutz der Freiheit dar. Aus der Perspektive der kritischen Friedensforschung lässt sich zudem aufzeigen, wie dieses Narrativ die Ursachen des Krieges oder Konflikts verschleiert und den Feind in ein Bild setzt.

Analyse des „Bösen“

Der Bösewicht ist eine grausame, hinterlistige, verfluchte, naziähnliche und sadistische Kreatur, die ständig schlechte Dinge tut – den Helden verfolgt, unschuldige Blondinen schikaniert, stiehlt, foltert, mordet und allgemein nach Belieben ver-teufelt. Der englische Begriff ist ein französisches Wort – villain (villanus – von „Landdiener“). Aus der Sicht des Adels sind Bauern offensichtlich Kriminelle. Held und Bösewicht spiegeln die Idee von Moral und Bösem wider. Eines der treffendsten Wörter in diesem Zusammenhang ist „Satan“ – vom hebräischen „Gegner, Feind“. Dieses Wort tauchte auf, als die monotheistischen Religionen entstanden. Damals wurden die bösen Götter zu einer Figur zusammengefasst, und das ist Satan.

Gründe für die Schlüsselrolle des Bösewichts

Das menschliche Denken ist archetypisch, mythologisch und dichotomisch. Es fühlt sich in diesem Rahmen stets wohl. Deshalb ist die Idee von Gut und Böse in jedem Zeitalter relevant, nimmt jedoch unterschiedliche Formen an. Mythologische und Kriegererzählungen lassen sich anhand gegensätzlicher Handlungen klassifizieren. Der Antagonist ist daher mehr als nur ein notwendiger Bestandteil dieses kommunikativen Genres. Deshalb verwenden manche Wissenschaftler den Begriff „Katalysator“, um den Bösewicht zu bezeichnen. In der Chemie bezeichnet der Begriff „Katalysator“ eine Substanz, die die Geschwindigkeit chemischer Reaktionen verändert (beschleunigt). In Erzählungen beschleunigen und dramatisieren Krieg und andere Bösewichte das Geschehen und schaffen so schwerwiegende und oft tragische Probleme für den Helden, die Heldin und die gesamte fortschrittliche und friedliche Welt. Verschwörungstheorien sind eine direkte Folge archetypischer Vorstellungen vom Bösen. Jeder hat bewusst und unbewusst Angst – vor Imperialisten, Kommunisten, Juden, Muslimen, Frauen, Männern usw., je nach Land, Kultur, Religion, Geschlecht, Gesellschaftsordnung usw. Die mysteriöse Figur des Bösewichts ist die Schlüsselfigur der Verschwörung.

Das semantische Feld des Begriffs „Bösewicht“

Laut Rodgets Thesaurus fallen folgende Begriffe in dieses Feld:

Bösewicht – Mistkerl, Antiheld, Bösewicht, Bastard, Schurke, Rohling, Schuft, Widerling, Verbrecher, Teufel, dreckiger Hund, Enfant terrible, Übeltäter, Schuft, Schurke, Wüstling, Unterschicht, Übeltäter, Fiesling, Unruhestifter, Affe, Täter, Verschwender, Halunke, Verworfener, Schlingel, Sünder, Dreckskerl, Schleimbeutel, Rotzlöffel, Elend, Bandit – Räuber, Gauner, Desperado, Plünderer, Gangster, Schütze, Wegelagerer, Entführer, Hooligan, Gesetzloser, Pirat, Erpresser, Verwüster, Gauner – Betrüger, Dieb.

Klassifikation von Bösewichten

Bösewichte gibt es viele und ziemlich unterschiedliche. Wir können sie in Abhängigkeit von verschiedenen Variablen klassifizieren – ihre: Bedeutung in Bezug auf die Handlung – Antagonisten (Hauptdarsteller)/Helfer – Bösewichte; Geschlecht – Männer/Frauen; ihre Staatsangehörigkeit; ihre Rasse – weiß; schwarz; gelb usw.; Zugehörigkeit oder anderweitig zur menschlichen Zivilisation – Menschen/Außerirdische; biologische Natur – Mensch/Maschine; Ideologie – Kommunisten/Nazis/Imperialisten, etc. Wir können die Kriegsschurken in die Skala der Schurkerei einordnen – von Kleinkriminellen bis hin zu Erzschurken. Malfoy Lucius aus den Harry Potter Büchern ist ein Bösewicht, aber nicht von den höchsten Rängen. Voldemort hingegen ist der größte böse Zauberer, der stärkste und mächtigste. Er ist auch der Dunkle Lord, Er, der nicht genannt werden darf, oder Du-weißt-schonwer. Wir können die Bösewichte auch danach klassifizieren, wo sie auf der Skala der lebenden Toten liegen. Vampire zum Beispiel sind irgendwo in der Mitte – nicht lebendig, aber auch nicht ganz tot. Deshalb kommen sie aus ihren Gräbern, um zu saugen Blut und behalten so ihren unnatürlichen Zustand bei. Eine weitere wichtige Klassifizierung ist, dass von hartgesottenen Schurken und Schurken, die sich etwas von ihrer guten Menschlichkeit bewahrt haben. Scarlett O’Hara aus dem Roman „Vom Wirbelwind verweht“ ist ein interessantes Beispiel davon. Sie ist schön, intelligent, gebildet, entschlossen, aber gleichzeitig Zeit ist sie eine völlig egoistische Person, hat keine besonderen moralischen Skrupel und sie ist eine Opportunist. Ein klassischer Charakter in dieser Hinsicht ist der Dark Lord – Darth Vader. Er ist Das typische Beispiel eines „gefallenen Engels“. Nichtsdestotrotz wird er am Ende der Trilogie kommt zur Besinnung und tötet den Kaiser. So wird er erneut unter den Protagonisten (Porter 2008; Tatarisch 2003; Nikolajeva/Scott 2006).

Funktionsweisen vom Bösen

Erscheinung

In den meisten Fällen ist der Bösewicht körperlich abstoßend – alt, hässlich, pickelig, kahlköpfig usw. Das gilt auch für weibliche Bösewichte, aber nicht immer. Oft ist sie das, was man eine „Femme fatale“ nennt – eine sehr gemeine, aber auch sehr schöne und sexanziehende Frau. In den meisten Fällen ist sie dunkelhaarig, nicht blond. Die Schönheit macht sie sehr gefährlich für Männer. In der angelsächsischen Filmterminologie wird der Bösewicht auch als heavy bezeichnet. In einer Reihe von frühen Hollywood-Filmen wurden Bösewichte von dicken Männern gespielt – Laird Cregar, Jack Palance und Lee Van Cleef. Das kommt nicht von ungefähr – die übermäßige Fülle ist eine perfekte Kulisse für den körperlich perfekten Helden. Es ist auch eine archetypische Figur, da wir auf einer unbewussten Ebene Dicksein mit Völlerei, Ausbeutung usw. assoziieren. Engel sind dünn und schwach (körperlos), und teuflische Kreaturen haben Hinterteile. Im weiteren Verlauf ändern sich die Dinge. Einige der Kriminellen im Hollywood-Kino sind körperlich attraktiv. Es geht sogar noch weiter – jetzt verschmelzen der Bösewicht und der Held zu einem einzigen physischen Bild. Ein populärer Charakter in der Filmindustrie wäre Robert Dr Niro (Konigsberg 1981, 1997).

Psychologische Charakteristika

Bösewichte sind extrem hinterlistige, zügellose und doppelzüngige Typen. Sie können nicht überhaupt vertrauenswürdig. Die ganze Zeit über wirbeln ihre kriminellen Gehirne mit niederen Gedanken von Raubüberfälle, Erhängungen, Vergewaltigungen und Morde.

Aktionen (Funktionen)

Das Böse muss:

- die Aktion zu dramatisieren und ständig Ärger und Katastrophen zu verursachen;
- das magische Werkzeug und die Lokomotive des Protagonisten stehen;
- den Protagonisten, seine Helfer und vor allem das hübsche Mädchen entführt;
- Gewinnen Sie einige der Schlachten mit dem Protagonisten, verlieren Sie aber den letzten.
- vom Protagonisten liquidiert werden.

Propp definierte die Funktion des Bösewichts so: Seine Rolle ist es, die Ruhe „des Guten“ zu stören. Einer glücklichen Familie, Schaden anrichten zum Beispiel. Der Widersacher des Helden kann ein Drache, ein Teufel sein, Räuber, eine Hexe, eine Stiefmutter (...) (Propp 1928: 24).

Archetyp – Definition und Klassifikationen

Ein Archetyp ist eine mentale mythologische Struktur auf einer unterbewussten Ebene, die die Realität nicht angemessen widerspiegelt. Archetypen unterstützen die Vorstellung, dass wir die größten, die schönsten, glücklichsten und intelligentesten Helden sind, trotz der eher begrenzten Fähigkeiten des Menschen in dieser Hinsicht. Der andere große Fehler von Archetypen besteht darin, dass sie uns in den Rahmen des mythologischen Denkens einsperren, das dichotom ist. Das bedeutet, dass Menschen entweder Helden oder Bösewichte sind, ohne dass es in dieser Hinsicht Übergänge gibt. Dieses vormoderne oder gar primitive Denken hat nichts mit der Postmoderne oder mit der Realität zu tun. In den Büchern von Dostojewski, Kafka, Joyce und einer Reihe anderer Schriftsteller ist es schwer, nur Helden oder nur Bösewichte zu finden – dort haben die Figuren sowohl heldenhafte als auch böswürdige Züge. Der Archetyp ist ein abstrakter Begriff und deshalb aktualisieren wir ihn in der Kommunikation mit Hilfe zahlreicher konkreter Gegensätze: groß – klein; links – rechts; oben – unten; Zentrum – Peripherie; schön – hässlich; jung – alt; eigene – ausländische etc. Eines der wichtigsten Merkmale des Archetyps ist seine Universalität die in verschiedenen menschlichen Kulturen auf die eine oder andere Weise vorkommt.

Archetypen und Propaganda

Propaganda ist definitionsgemäß eine archetypische Kommunikation. Dieser archetypische Diskurs ist zugespitzt und vertieft sich vor allem in Kriegszeiten. Dann werden die Helden zu Superhelden und die Bösewichte zu außergewöhnlichen Satanen.

Helden und Bösewichte im Archetyp „groß – klein“



Illustration 1: „Sucht wer'n wir laufen lehren!“ Digital image. Boston University.
<http://blogs.bu.edu/guidedhistory/moderneurope/europeanpropagandaduringworldwar1/>

Der strahlende Held ist immer groß, und Bösewichte sind klein und erbärmlich. Das erste Propagandabild und zugleich Archetyp, den wir analysieren, zeigt „die Helden“ groß und „die Bösewichte“ klein abgebildet. Das Bild zeigt alliierte Soldaten, die vor deutschen Truppen fliehen. Und die Übersetzung der Bildunterschrift bedeutet: „Wir bringen dir das Laufen bei!“⁴¹ In diesem Fall stehen die Helden links und die Bösewichte rechts, da dies das Kriegsgebiet aus der geografischen Perspektive der Deutschen und Russen ist.

Die zweite Illustration zeigt den Helden, einen zaristischen russischen Soldaten, groß, während seine Feinde klein dargestellt sind. Sie entstand um 1904, zur Zeit des Russisch-Japanischen Krieges. Sie soll zeigen, wie die westlichen Mächte Japan im Krieg gegen Russland unterstützten.



Illustration 2: Wir werden am Meer sitzen und auf das Wetter warten!, 1904. Urheber: Unbekannt. Wir werden am Meer sitzen und auf das Wetter warten!, 1904. Diese Sammlung umfasst Anzeigen aus der Zarenzeit und eine Reihe von Plakaten aus der Zeit des Russisch-Japanischen Krieges (1904–1905). Die Bilder spiegeln die russische Perspektive auf diesen Krieg wider. Russische Nationalbibliothek.

Helden und Schurken im Archetyp „links – rechts“

Der universelle Archetyp „rechts – links“ ist biologisch bedingt. Der Grund dafür ist, dass für die meisten Menschen die rechte Hand die stärkste und geschickteste ist. Deshalb ist der Begriff „Linkshänder“ beleidigend. Auf dem deutschen Propagandaplatat sind gleich vier Archetypen dargestellt. Nazi-Helden sind jeweils rechts (1) zu sehen – sie sind die größten (2), sie sind jung (3) und sie sind gutaussehend (4). Die politischen und biologischen Bösewichte sind links (1) zu sehen – sie sind klein (2), alt (3) und hässlich (4).



Illustration 3: Wir Arbeiter sind erwacht. Maler: Felix Albrecht. Verlag: Plakatkunstanstalt Eckert. Berliner Datierung: 1932.

Die Helden und Schurken im „Oben-Unten“-Archetyp

Oben leben die Götter und Helden. Die Hölle und damit die Schurken befinden sich im unteren Raum und in den verschiedenen Kulturen im Untergrund.



Illustration 4: Ein russisches Propaganda-plakat, das die Rote Armee bei der Vernichtung des Nazi-Monsters zeigt und von Russland zwischen 1943 und 1945 hergestellt wurde. Polen betrachtet die Ansichten Putins und anderer russischer Politiker als „stalinistisch“ und als „Propaganda eines totalitären Staates“. Quelle: Chris Dyer, DailyMail, 19. Jan. 2020.



Illustration 5: Abstimmungstafel 10. Der Schlag muss sitzen!“ Nationalsozialistisches Deutschland zeigt einen Mann der NSDAP Künstler: Philipp Rupprecht, 1928. Hessisches Landesmuseum Darmstadt.

In beiden Abbildungen lassen sich Ähnlichkeiten erkennen. Beide Hände kommen von oben und schlagen nach unten, sie zielen auf ein Monster. In der fünften Abbildung ist der schlagende Arm in einer hellhäutigen Hautfarbe abgebildet während die getroffene Figur leuchtend rot dargestellt wurde. Rot als Farbe wurde mit dem Kommunismus assoziiert, der wiederum mit Juden in Verbindung gebracht wurde. Auch die überproportional abgebildete Nase ist ein Indiz auf antisemitisches Resentiment in dieser Darstellung. Die grob karikierte rote männliche jüdische Figur wirkt unterwürfig und monströs. Sie steht im Kontrast zum starken, maskulinen und hellhäutigen Arm des Nazis (siehe auch US Holocaust Memorial Museum 2025). Deshalb schlagen auf beiden Plakaten die riesigen Fäuste der Helden von oben zu und vernichten die unmenschlichen, hässlichen und alten Nazi- (links in Abbildung 4) bzw. jüdischen Schurken (rechts in Abb. 5) im unteren Bereich.

Helden und Schurken im Archetyp „Zentrum-Peripherie“

In allen Kulturen ist das Zentrum der Ort Gottes und der höchste Punkt der Zivilisation. Die Peripherie ist der Ort der bösen Mächte und der Randgruppen. Die wichtigsten Figuren sind der amerikanische Geschäftsmann und der britische Soldat

auf russischen bzw. britischen Plakaten. Sie stehen daher im Zentrum und sind die Wichtigsten, wenn auch umgeben von kleinen Schurken.



Illustration 6: Chasing Money (Japanese Song). Moscow, Russia: Tipo-Litografia Russkogotovarishchestva pechatnogo izdatel'skogo dela [1904].

Helden und Schurken im Archetyp „Schön – Hässlich“



Illustration 7: Don't eventry (1947). Maler: Viktor Govorkov (1906–1974).

Fast alle Kulturen empfinden Schönheit als eine göttliche Eigenschaft. Schönheit wird in Verbindung mit Symmetrie, Proportionalität und Ästhetik gebracht. Deshalb sind Helden schön und jung, Schurken hingegen alt, kahl und hässlich. Typisch hierfür ist ein sowjetisches Propagandaplakat. Der sowjetische Militärheld ist jung, schön, steht an der höchsten Stelle und ist der Größte (vier Archetypen). Entsprechend ist der amerikanische Schurke hässlich, alt, faltig, klein und wird in die untere linke Ecke des Plakats gequetscht.

Die Helden und Schurken im Archetyp „Eigenes – Fremdes“

Dies ist einer der wirksamsten und wirkungsvollsten Archetypen. Die Eigenen gehören zum Paradies, die Fremden sind teuflische Kreaturen, die zerstören und töten.

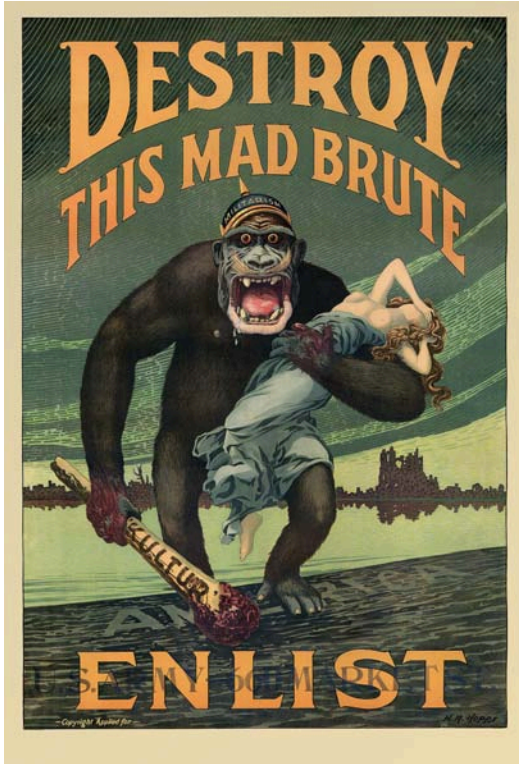


Illustration 8: Zerstört dieses verrückte Tier – US-Propagandaplakat aus dem Ersten Weltkrieg (Harry R. Hopps; 1917). Dieses Plakat wurde 1917 von Harry Ryle Hopps veröffentlicht und stellt Deutschland als Gorilla dar, der in die Vereinigten Staaten einfällt, nachdem er Kontinentaleuropa erobert hat.

Die Künstler solcher Propagandaplakate interpretierten die Feinde als tödliche Raubtiere – die absolute Opposition zur Menschheit. Der militarisierte Gorilla ist besonders furchteinflößend und abstoßend. Darüber hinaus gibt es eine feministische Dimension. Ein ganzer Kontinent, nämlich Europa wird als Frau dargestellt die erobert wurde. Die Frau wird somit als Opfer, schwach und schützenswert dargestellt. Der Helm des Gorillas zeigt die deutliche Anspielung auf die Pickelhaube, eines der repräsentativsten Objekte der deutschen Kaiserzeit. Dieser Helm (1898–1915) geht

auf die preußische Armee zurück und wird oftmals spöttisch als Symbol für alle Deutschen verwendet.

Fazit

Durch die Kombination von Semiotik und Friedensforschung können wir Nachrichten, Werbung und politische Reden besser auf propagandistische Inhalte untersuchen. Mit den Konzepten von Mythos und Archetypen können wir den Propagandainhalt und seine Wirksamkeit analytisch untersuchen. Indem Propaganda den Feind als „Bösewicht“ und „Schurken“ darstellt, Bilder zeigt, auf denen sich der Bösewicht unten oder links befindet, und ihn als klein, schmutzig und hässlich darstellt, legitimiert diese Art der Propaganda eine Kultur der Gewalt. Gewalt erscheint angesichts der Monstrosität des Bösen als „normal“. Die in diesem Artikel untersuchten Bilder sind Formen epistemischer Gewalt, die zu struktureller und kultureller Gewalt führen und im Extremfall die Kriegsanstrengungen einer Nation legitimieren können. Durch die Dekonstruktion von Narrativen, Propaganda und Stereotypen versuchen wir nicht nur, Machtdynamiken in der Wissensproduktion zu verstehen, sondern fördern auch epistemische Gerechtigkeit und eine Kultur des Friedens (Boulding 1996).

Quellen

- Boulding, Elise (1996): *Constructing a Culture of Peace: Challenges and Perspectives – an Introductory Note*. In: UNESCO (1996): *From a Culture of Violence to a Culture of Peace*. Paris: UN Education. pp. 31-54.
- Brunner, Claudia (2020): *Epistemische Gewalt. Wissen und Herrschaft in der kolonialen Moderne*. Bielefeld: Transcript.
- Galtung, Johan (1990): *Cultural Violence*. In: *Journal of Peace Research*. URL: <https://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1177/0022343390027003005>.
- Konigsberg, Ira (1981): *American Criticism in the Poststructuralist Age*. Michigan Slavic Publications.
- (1997): *The Complete Film Dictionary: Second Edition*. Dutton Adult; Revised Edition.
- Masarwa, Lubna (2023): *Israel-Palestine war: Soldier flying rainbow flag in Gaza ‘textbook pinkwashing’*. Middle East Eye, 13. Nov. 2023. URL: <https://www.middleeasteye.net/news/israel-palestine-war-soldier-rainbow-flag-gaza-condemned-pinkwashing-textbook>.
- Mühlbauer, Joset & Lakitsch, Maximilian (2024): *Kritische Friedensforschung. Konzepte, Analysen & Diagnosen*. Wien: Mandelbaum Verlag.
- Nikolajeva, Maria & Scott, Carole (2006): *How Picturebooks Work*. New York: Routledge.
- Porter, Abbott (2014): *The Cambridge Introduction to Narrative*. Second Edition. Cambridge: Cambridge University Press.
- Propp, Vladimir (1928): *Morphology of the Folktale*. Translated by Laurance Scott (1968). Austin: University of Texas Press.

- Santos, Boaventura de Sousa (2014): *Epistemologies of the South. Justice Against Epistemicide*. London: Routledge.
- Spivak, Gayatri C. (1988): Can the Subaltern Speak? In: Cary Nelson and Lawrence Grossberg (eds) *Marxism and the Interpretation of Culture* London: Macmillan. pp. 271-313.
- Tatar, Maria (2003): *The Hard Facts of the Grimms' Fairy Tales: Expanded Second Edition*. Princeton: Princeton University Press.
- US Holocaust Memorial Museum (2025): *State of Deception*. URL: https://www.ushmm.org/m/pdfs/20150703-propaganda-4-5_Diagram_Teachers-Guide.pdf. [10.3.2025].

Gregor Walter-Drop

„Systemkonkurrenz“?

Der westliche Blick auf das Verhältnis zu China

Im Verhältnis des Westens zu China findet sich in der öffentlichen Debatte immer öfter der Begriff „Systemkonkurrenz“ oder auch „Systemrivalität“. Die Medien sind voll davon; man liest es in Papieren von Böll- wie Ebert- und Adenauer-Stiftung, der BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) spricht davon, der DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) ebenso; Politiker:innen aller Couleur führen es im Munde. Bereits 2019 sah die Europäische Union in einem Strategiepapier (EU Kommission 2019) China als einen „Systemrivalen, der alternative Governance-Modelle propagiert“. Und 2020 wollte Bundespräsident Steinmeier (2020) in seiner Rede zur Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz eine „sich verschärfende Systemkonkurrenz“ erkennen. Mit Blick auf die Bewältigung der Covid19-Pandemie scheint der Wettkampf sogar schon verloren. So hieß es in der FAZ im Januar 2021 bereits: „China gewinnt im Systemvergleich“ (Gerhards/Zürn 2021a). Die Kernidee ist stets ähnlich: Das Ordnungsmodell liberaler Demokratie, das vor dreißig Jahren die Welt endgültig erobert zu haben schien, sieht sich mit dem zwar autokratischen aber erfolgreichen China einem echten Herausforderer gegenüber – politisch wie wirtschaftlich und sogar mit Blick auf die Bewältigung von großen Gesundheitskrisen. Was aber steckt hinter solchen Vergleichen; was steckt vor allem hinter der Rede von der „Rivalität“ und von der „Systemkonkurrenz“? Wer konkurriert da mit wem um was auf welchem „Markt“? Geht man dieser Frage nach, drängen sich vier mögliche Lesarten der „Konkurrenz-Metapher“ auf, die in der öffentlichen Debatte manchmal nur unterschwellig angesprochen werden; häufig verschwimmen und fast immer diffus miteinander vermengt werden. (Fast) keine dieser Lesarten passt wirklich zum Begriff der „Konkurrenz“. Stattdessen stellt sich im Ergebnis der Eindruck ein, dass die Rede von der Systemkonkurrenz primär dazu verwendet wird, die zunehmenden Zweifel des Westens an sich selbst nach außen zu projizieren.

Systemkonkurrenz als Kampf um globale Hegemonie

Was könnte Systemkonkurrenz bedeuten? Man könnte erstens sagen, es ginge bei der „Systemkonkurrenz“ im Kern um globale Herrschaftsansprüche. In diesem Fall

würde der „Westen“ (wieder oder noch immer unter Führung der USA) mit China schlicht um globale Dominanz konkurrieren wie einst mit der Sowjetunion und zwar auf dem „Markt“ des internationalen Systems. Damit wäre die Systemkonkurrenz mit China in gewisser Weise eine Neuauflage des Kalten Krieges. Eine System-Konkurrenz (im Sinne der Konkurrenz verschiedener politischer Systemtypen) wäre das vor allem insofern, als es um die Frage ginge, welches System in der Lage ist, derartige Dominanz (militärisch und wirtschaftlich) erfolgreich global zu beanspruchen und zu praktizieren. Dabei ist für den Westen unangenehm, dass man jahrzehntelang die sichere Überzeugung nach außen getragen hatte, dass die Fähigkeit dazu an die historisch einmalig erfolgreiche Kombination aus Demokratie und Kapitalismus gekoppelt ist, die sich wechselseitig bedingen, weil ihnen beiden das Prinzip individueller Freiheit zu Grunde liegt. Nur in dieser Kombination – so schien es das Ende des Kalten Krieges eindrucksvoll zu bestätigen – entsteht eine Produktivkraft, die es erlaubt, militärische Kapazitäten zu entwickeln, auf deren Basis sich tatsächlich globale Herrschaftsansprüche langfristig entfalten lassen.

Die Entwicklung Chinas hat deutlich gemacht, dass diese Idee Hybris war. Bei der Verbindung von liberaler Demokratie und dynamischem Kapitalismus handelt es sich ganz offensichtlich nicht um eine historisch einmalige und notwendige Verbindung. Kapitalistische Entwicklung bedarf der Demokratie ganz offenbar weder als Voraussetzung noch zieht sie eine Demokratisierung notwendigerweise nach sich – jedenfalls weder kurz noch mittelfristig. Gerade diese letzte These ist in der historischen Sozialforschung sehr weit verbreitet; in der Regel auf Basis des Gedankens, dass die im Zuge der kapitalistischen Entwicklung wachsenden Mittelschichten notwendigerweise politische Teilhabe und damit Demokratisierung einfordern werden. Genau dies scheint in China alles andere als offensichtlich. Dabei erlaubt das dynamische Wachstum des nicht-demokratischen Chinas auch eine militärische Aufrüstung, die einen globalen Herrschaftsanspruch in Reichweite rückt. Der säkulare Trend ist unverkennbar. China ist bereits seit vielen Jahrzehnten Nuklearmacht, hat die größte Armee der Welt, die Reichweite seiner Trägerraketen deckt praktisch den gesamten Globus ab; zwei Flugzeugträger sind im Dienst; der dritte – die erste komplette Eigenentwicklung – wird 2022 in Dienst gehen; weitere werden folgen.

Allerdings hat diese am Kalten Krieg angelehnte Lesart des Begriffes „Systemkonkurrenz“ zwei erhebliche Probleme: ein empirisches und ein politisches. Empirisch ist zunächst einmal zu konstatieren, dass der große Unterschied zum Kalten Krieg darin besteht, dass die „Konkurrenten“, also China und „der Westen“, in ein gemeinsames globales Wirtschaftssystem eingebunden und als solches aufeinander angewiesen sind. Man braucht sich wechselseitig – als Investoren, als Beschaffungs- und Absatzmärkte, als Produktionsstandorte, als Partner im Kampf gegen den Klimawandel usw. Bei aller Kooperation, die es unterhalb der Konfliktebene des Kalten Krieges immer gegeben hat, war das zwischen Sowjetunion und den USA oder auch zwischen den

Mitgliedstaaten von NATO und Warschauer Pakt niemals auch nur näherungsweise im gleichen Maße der Fall. Hier besteht tatsächlich ein signifikanter Unterschied zu der Zeit vor 1990, der häufig unter dem Begriff „Globalisierung“ diskutiert wird. Begrifflich passender ist die Vorstellung einer sehr hohen wechselseitigen „Interdependenz“. Diese Interdependenz zieht den Eskalationsmöglichkeiten der „Systemkonkurrenz“ absolute Grenzen. Selbstverständlich schließt dies Konfliktpotenzial und auch militärische Rivalitäten (z.B. um Taiwan, im Südchinesischen Meer etc.) nicht aus, aber das Szenario der wechselseitigen Bedrohung mit Vernichtung – man erinnere sich beispielsweise an Chruschtschows berühmtes „Wir werden euch begraben!“ aus dem Jahr 1956 – scheint angesichts der gegenwärtigen wechselseitigen Abhängigkeit kaum vorstellbar. Das politische Problem des Hantierens mit Analogien aus der Zeit der „Systemkonkurrenz“ zwischen „sozialistischem Ostblock“ und „kapitalistischem Westen“ besteht darin, dass uns allen im Gedächtnis sein sollte, welche hochgradig gefährlichen und destruktiven Aspekte der Kalter Krieg hatte. Das betrifft nicht nur die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung mit Atomwaffen – sei es mit Absicht oder auch aus Versehen – sondern beispielsweise auch lange, blutige Stellvertreterkriege wie in Korea oder Vietnam oder das Wettrüsten mit all seinen Pathologien (Stichwort „militärisch-industrieller Komplex“). Der Aufstieg Chinas zur Supermacht ist unausweichlich; der Westen wäre daher gerade vor dem Hintergrund des Kalten Krieges gut beraten, wenn wir einen Umgang mit diesem Prozess finden würden, der ein „Framing“ von „Systemkonkurrenz“ im Sinne eines Kampfes um globale Hegemonie vermeidet. Natürlich wirken seine Äußerungen vor dem Hintergrund der tatsächlichen Politik Chinas etwas scheinheilig, aber in der Sache ist den Aussagen des chinesischen Präsidenten Xi Jinping beim digitalen Weltwirtschaftsforum im Januar 2021 nicht zu widersprechen: Weniger Gerede von „Kaltem Krieg“ und mehr Multilateralismus wären äußerst wünschenswert.

Systemkonkurrenz als Rahmen des globalen Unternehmenswettbewerbs

Man könnte zweitens sagen, dass es bei der „Systemkonkurrenz“ gar nicht um einen neuen Kalten Krieg und Fragen globaler (militärisch-strategischer) Hegemonie geht. Stattdessen geht es um wirtschaftliche Konkurrenz im engeren Sinne, also um die Konkurrenz zwischen Unternehmen auf globalisierten Märkten. Eine Frage der Systemkonkurrenz entstünde dann insoweit, als es um die Frage ginge, welche Variante des Kapitalismus – liberal-demokratischer Kapitalismus westlicher Prägung versus gelenkt-autoritärer Kapitalismus chinesischer Art – die besseren Rahmenbedingungen für die eigene Wirtschaft schafft. „Systemkonkurrenz“ hieße dann vor allem: Welches System stellt „seine“ Unternehmen für die globale wirtschaftliche Konkurrenz besser auf? Welches unterstützt sie am besten? Aber auch: Welches

ist „fair“ im Sinne, dass es die Prinzipien der Welthandelsordnung achtet und den eigenen Unternehmen keine unangemessenen Vorteile verschafft? Es ist nicht überraschend, dass genau das die Lesart des BDI für den Begriff der „Systemkonkurrenz“ ist, der im „Grundsatzpapier China“ des BDI aus dem Jahr 2019 entwickelt wird. Der BDI zeigt sich darin besorgt über lenkende Eingriffe des chinesischen Staates ins Wirtschaftsgeschehen, eine äußerst aktive Industrie-, Forschungs- und Innovationspolitik und die Behinderung nicht-chinesischer Unternehmen auf dem chinesischen Markt. Zusammengenommen bringt dies die deutsche Industrie in eine benachteiligte Wettbewerbsposition, wobei der BDI durchaus sieht, dass man in vielen Fragen gleichzeitig aufeinander angewiesen ist – ganz im Sinne der oben angesprochenen Interdependenz.

Interessant wird es, wenn man trotz der Interdependenz die Diagnose des auf diese Weise ökonomisch definierten systemischen Wettbewerbs ernst nimmt, denn was der BDI da letztlich implizit konzediert ist, dass das chinesische „System“ bzw. die damit verbundenen Politik hinsichtlich der Wettbewerbsposition der jeweiligen Unternehmen erfolgreicher ist. Wenn es wirklich Systemkonkurrenz ist, so „gewinnt“ offenbar China. Zumindest gilt dies insofern als – betriebswirtschaftlich gesehen – nicht-chinesische Unternehmen sich schwer tun auf dem chinesischen Markt mitzuhalten und als – volkswirtschaftlich gesehen – die Wachstumsdynamik Chinas diejenige im Westen schon lange hinter sich gelassen hat. Hier besteht keineswegs nur für den BDI das Problem, dass das chinesische Beispiel erneut eine Grundannahme westlichen Denkens in Frage stellt – die Idee, dass vor allem das möglichst freie Marktgeschehen und die Zurückhaltung des Staates die Wohlfahrt der jeweiligen Länder maximiere. Je mehr staatliche Eingriffe, desto größer die Wohlstandsverluste – so das neoliberale Credo der letzten dreißig bis vierzig Jahre. Wie sagte Ronald Reagan? (1986) – „The most terrifying words in the English language are: I’m from the government and I’m here to help.“ China aber hat mit „stark lenkendem staatlichen Einfluss“ (BDI 2019) nicht nur Hunderte Millionen von Menschen weit über die Armutsgrenze gebracht (ein historisch einmaliger Prozess, für den der Westen auf anderem Wege Jahrhunderte brauchte) und ist in der Weltwirtschaft in höchstem Maße konkurrenzfähig geworden, sondern es schickt sich an, mittelfristig gerade in Zukunftsbranchen und im Technologiesektor führend zu werden. Es ist schon längst nicht mehr nur die „Werkbank der Welt“, sondern sein eigener Binnenmarkt ist nicht zuletzt für Unternehmen aus Europa von überragendem Interesse.

Was will nun der BDI angesichts dieser Art von „Systemkonkurrenz“? Er will vor allem zweierlei. Einerseits möchte er „zu Hause“ stärkere staatliche Unterstützung im Bereich von Forschungs-, Innovations- und Technologiepolitik, beim Infrastrukturausbau usw. Er möchte das zwar nicht mit den zahlreichen staatlichen Eingriffen, wie sie in China üblich sind, aber durchaus in dessen Richtung unter dem Rubrum „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“. Andererseits möchte der BDI, dass

die deutsche Regierung und die Europäische Union Einfluss auf China ausüben, Wettbewerbsvorteile für chinesische Unternehmen bzw. entsprechende Nachteile für die ausländische Industrie zu beseitigen. Zuletzt ist man da ja auch tatsächlich mit dem gerade noch vor dem Ende der deutschen Ratspräsidentschaft ausverhandelten Comprehensive Agreement on Investment (CAI) ein Stück weitergekommen.

Abstrakter betrachtet möchte der BDI statt „Systemkonkurrenz“ ein Stück „Systemkonvergenz“. In Deutschland bzw. Europa soll der Staat aktiver werden, v.a. im Bereich Bildung, Forschung, Entwicklung und Infrastruktur (also genau da, wo der chinesische Staat auch hochaktiv ist); gleichzeitig sollen die staatlichen Akteure darauf hinwirken, dass China die Benachteiligung der ausländischen Industrie zunehmend beseitigt, damit man auf dem dortigen Markt „mithalten“ kann. Letztlich kann man das auf den Nenner bringen: „Mehr Systemkonvergenz zur Ermöglichung von mehr Unternehmenskonkurrenz“.

Dabei ist das Leitbild des BDI trotz der offenbaren „Wettbewerbsvorteile“ des autoritären Staatskapitalismus chinesischer Prägung klar. Egal, was Wachstum und Innovationskraft sagen: Für den BDI bleibt es dabei, dass „der Markt das zentrale Ordnungsprinzip der Wirtschaft“ (BDI 2019) bleiben müsse und staatliche Eingriffe nur als „letztes Mittel“ infrage kämen. Gleichwohl merkt man dem BDI-Papier (2019) an, wie groß die Verunsicherung ist: „Es dominiert in der deutschen Industrie die Überzeugung, dass Chinas Modell gegenüber einer liberalen und sozialen Marktwirtschaft langfristige Wohlfahrtsnachteile mit sich bringt.“ Das hört sich schon sehr anders an als der westliche Triumphalismus vom „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992), der vor noch nicht einmal dreißig Jahren in aller Munde war.

Am Ende erscheint diese Lesart der „Systemkonkurrenz“ in gewisser Weise als Neuaufgabe der „Standortdebatte“ der 90er Jahre. Damals wie heute sind es die Zwänge der Globalisierung (diesmal primär in Gestalt von China), die es notwendig machen, das eigene System im Sinne der Interessen der Industrie anzupassen. Heute aber – noch wesentlich stärker als damals – stellt sich die Frage, wem das genau dient. Die Analyse von Robert Reich, wonach sich die Unternehmenswelt so transformiert, dass gerade große Unternehmen zunehmend internationalen Netzwerken ähneln, die keine nationale Basis mehr haben (und daher z.B. auch die Rede von der „deutschen Industrie“ letztlich grundlegend in Frage stellen), hörte sich bei ihrem Erscheinen 1992 noch wie Zukunftsmusik an; ist aus heutiger Sicht aber beklemmend aktuell. Nutzen die Forderungen des BDI der „deutschen Wirtschaft“ oder primär Unternehmensnetzwerken mit eher lästigen regulativen deutschen Wurzeln, die es abzuschütteln gilt, wobei man aber die Industrieförderung gerne mitnimmt? Selbst wenn man das für überzogen hält, wird man konzedieren müssen, dass die Rede von der „Systemkonkurrenz“ ein Denken, wenn nicht in nationalen, dann in „systemischen Containern“ impliziert, das den globalen Vernetzungsstrukturen der Wirtschaft nicht gerecht wird. Wenn es tatsächlich um die Natur der Systeme geht,

müssten eigentlich ganz andere Fragen gestellt werden, z.B.: Wo sind die moralischen Grenzen für Handel und Investition bei Menschenrechtsverletzungen und Sklavenarbeit, Unfreiheit und Unterdrückung? Darf, wer sich für die geringen bürokratischen Hemmnisse und die Innovationskraft in China begeistert, die Kehrseite der Medaille ignorieren? „Is the business of business really just business?“ – Auch wenn in Xinjiang Lager existieren, die gerade einem Deutschen die Haare zu Berge stehen lassen müssten?

Letztlich ist die relevante Vorfrage: Wie sehr fühlt sich die „deutsche“ Industrie den Werten des liberalen Systems verpflichtet? Wer Politik im Dienste einer wirtschaftlichen „Systemkonkurrenz“ fordert, hat die Beweisspflicht der ökonomischen wie moralischen Verankerung in eben diesem System. Es ist aller Ehren wert, dass der BDI als Organisation dies wahrscheinlich ganz so unterschreiben würde; vielen – auch im BDI organisierten – Unternehmen dürfte dies jenseits öffentlichkeitswirksamer Bekundungen eher schwerfallen. Solange dies jedoch so ist, taugt die Rede von der Systemkonkurrenz nur schwer zur Rechtfertigung (wirtschafts-) politischer Forderungen.

Systemkonkurrenz als Leistungserbringung für die Bevölkerung

Der BDI hat in seinem Papier mit „Wohlfahrt“ einen Begriff verwendet, der für die Rede von der Systemkonkurrenz auch in anderem Sinne wichtig ist. Dabei ist es angebracht, sich zu vergegenwärtigen, dass weder der Staat noch die Wirtschaft oder gar der Konkurrenzmechanismus ein Selbstzweck sind. Am Ende – so dieser Argumentationsgang – ist das ultimative Maß für die Leistung von Wirtschaft und Staat die Wohlfahrt der Bevölkerung. Daher könnte man drittens sagen, dass sich die „Systemkonkurrenz“ zwischen China und dem Westen primär auf die Performanz der jeweiligen Systeme im Sinne der Leistungserbringung für die eigene Bevölkerung bezieht. Die Frage wäre dann: Welches der jeweiligen Systeme ist besser in der Lage, Leistungen für die eigene Bevölkerung zu erbringen?

Um dieser Frage nachzugehen, kann man beispielsweise auf den „Human Development Index“ schauen; einen allgemein anerkannten Wohlstandsindikator der Vereinten Nationen, der Lebenserwartung, Bildung und Bruttonationaleinkommen pro Kopf miteinander verbindet. Es ist zwar eine indirekte Messung eher über „Outcomes“, aber es ist nicht unplausibel anzunehmen, dass sich im HDI die Systemperformanz insgesamt zumindest zum erheblichen Teil abbildet. (Ist beispielsweise die Gesundheitsversorgung schlecht, wird sich dies auf die Lebenserwartung auswirken; ist das Wirtschaftssystem schlecht ausgestaltet, wird dies Auswirkungen auf das Nationaleinkommen haben usw.) Allerdings ist vorab zu klären, womit China verglichen werden soll, mithin, was eigentlich „der Westen“ bzw. die Vertreter des Systemtyps „demokratische und liberale Marktwirtschaft“ sind. Hier besteht die Möglichkeit,

die Mitgliedstaaten der OECD zu betrachten, eine Organisation, die sich selbst als Zusammenschluss der Staaten sieht, die sich zu Demokratie und Marktwirtschaft bekennen. In den Ländern der OECD leben ca. 1,3 Mrd. Menschen, sodass die OECD zusammengenommen in etwa mit der Größe Chinas (1,4 Mrd Einwohner) vergleichbar ist. Für jedes der OECD-Länder gibt es einen HDI-Wert. Gewichtet man die einzelnen Werte mit der Größe der jeweiligen Bevölkerung, kann man einen Wert für die gesamte OECD berechnen. Dieser liegt für 2019 bei 0,899. Um dies einzuordnen: Das empirische Minimum der Skala liegt bei 0,394 (Niger); das Maximum bei 0,957 (Norwegen). Allerdings hat die Auswahl der OECD-Staaten den Haken, dass dazu z.B. auch Länder wie die Türkei gehören, wo zumindest die demokratischen Strukturen infrage stehen dürften. Eine Alternative besteht darin, diejenigen Länder zu erfassen, die im bekannten Datensatz „Polity V“ als „Full Democracies“ am Maximalwert der entsprechenden Skala liegen. Die Codierung basiert auf einer Bewertung der Wahlen und des Wahlsystems, der politischen Partizipation und der Gewaltenteilung. (Die Überlappung der betreffenden Staatengruppe zu den Mitgliedsländern der OECD ist erheblich aber es gibt einige signifikante Unterschiede.) Für diese Staatengruppe ergibt sich für 2019 ein bevölkerungsgewichteter HDI-Wert von sogar 0,912. Zum Vergleich: Der HDI-Wert von China liegt für dasselbe Jahr bei 0,761. Die Differenz ist erheblich. Sie entspricht – empirisch gesehen -- dem Abstand zwischen China und Eswatini (ehem. Swaziland). Noch größer ist allerdings die Differenz zur Position Chinas vor 20 Jahren. Zur Jahrtausendwende befand sich China auf dem HDI-Niveau, das heute Sambia bzw. Äquatorial-Guinea innehaben. Es steht also außer Frage, dass China in der „Systemkonkurrenz“ – trotz autokratischer Strukturen -- einen gewaltigen Aufholprozess hinter sich hat, von dem nicht anzunehmen ist, dass er an sein Ende gelangt ist. Bereits jetzt ist China über dem Niveau ärmerer „Full Democracies“ (wie z.B. der Mongolei) und nur sehr knapp unter dem Niveau von Mexiko (dem Schlusslicht der OECD). Geht die Entwicklung im jetzigen Tempo weiter, dürfte China in etwa 15 Jahren auf dem Niveau der OECD als Ganzer angekommen sein. Es weist wenig darauf hin, dass das prinzipiell unmöglich sein sollte. Relativ gesehen fällt „der Westen“ also in der „Systemkonkurrenz“ hinsichtlich der Leistungserbringung für die Bevölkerung ohne Zweifel zurück.

Allerdings lohnt es sich, sich in diesem Zusammenhang noch einmal die Konkurrenz-Metapher genauer anzuschauen. Konkurrenz auf einem Markt ist ein Nullsummenspiel. Den Verkauf, den ein Anbieter tätigt, z.B. weil sein Produkt dem des Konkurrenten vom Preis-Leistungs-Verhältnis her überlegen ist, tätigt jener Konkurrent eben nicht. Somit macht auch den entsprechenden Profit nur der erste Anbieter. Diese Vorstellung ist kaum bis gar nicht auf die Leistungserbringung von Staaten für Ihre Bevölkerung zu übertragen. Zwar ist klar, wer da mit wem konkurrieren soll, aber es bleibt völlig unklar um was und auf welchem „Markt“. Die aufholende Entwicklung, die sich in der gewaltigen Steigerung des HDI in China

widerspiegelt, schädigt den HDI in der OECD-Welt nicht. Es gehört im Gegenteil zum im Westen vorgetragenen Mantra der letzten Jahrzehnte, dass vom zunehmenden internationalen Austausch (auf den die Entwicklung in China in erheblichem Maße zurückzuführen ist), alle Seiten profitieren. Mittlerweile ist zwar klar, dass auch dieses Bild deutlich zu einfach ist und die Vorteile der Globalisierung innerhalb des Westens höchst ungleich verteilt werden, aber zumindest in einem signifikanten Rückgang des HDI hat sich dies bisher nicht niedergeschlagen.

Genauso schief sind auch die Vergleiche der Performanz in der Bewältigung der Corona-Krise, wie sie derzeit allerorten angestellt werden. Worin könnte eine Konkurrenzsituation bestehen? Dadurch, dass China die Krise besser bewältigt, wird sie in Europa kaum schlechter bewältigt. Die politischen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten mögen nicht überall identisch sein, weil z.B. Demokratien sich bei der Einschränkung von Grundrechten schwerer tun als Autokratien, aber sie sind unabhängig voneinander. Zwar besteht auch hier durchaus eine Interdependenz in dem Sinne, dass eine tatsächlich globale Bewältigung der Pandemie notwendig ist, um überall Entwarnung geben zu können; eine Konkurrenzsituation bei der Gestaltung politischer Maßnahmen der Pandemiebekämpfung anzunehmen, scheint aber einigermaßen sinnlos. Jetzt könnte man einwenden, dass zumindest bei knappen Impfstoffen eine echte Konkurrenzsituation besteht, aber erstens hat China hier die Entwicklung eigener Impfstoffe vorangetrieben und zweitens sind es wiederum die Staaten, die die Rahmenbedingungen dieser „Konkurrenz“ festlegen. Es stünde ihnen zumindest politisch frei, geistige Eigentumsrechte einzuschränken, die Produktion durch direkte staatliche Eingriffe in die Marktfreiheit anzukurbeln usw.

Dabei soll nicht argumentiert werden, dass es nicht sinnvoll sein kann, Performanz zu vergleichen. Selbstverständlich ist der kritische Vergleich und die Suche nach politischen „best practices“ sinnvoll. Würde man nicht vergleichen, wäre man nur in der Lage Prozesse zu kritisieren; das Ergebnis bliebe letztlich unanfechtbar bzw. ließe sich stets als „die beste aller Welten“ verteidigen. Insofern sind PISA-Studien ebenso sinnvoll wie die Frage, ob es nicht von den Staaten in Ostasien z.B. bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie einiges zu lernen gibt (Gerhards/Zürn 2021b). Aber ein Vergleich ist keine Konkurrenz. Es gibt keine Medaillen zu vergeben. Jede Bevölkerung hat die berechtigten Ansprüche auf bestmögliche staatliche Performanz – auch bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie. Aber die „Konkurrenz“-Metaphorik ist dafür nicht hilfreich.

Systemkonkurrenz als Wettbewerb um Legitimität

Ein weiterer Fehler der Metapher von der „Systemkonkurrenz“ über Leistungserbringung liegt darin, dass es keinen „Markt“ gibt, auf dem die Bürger politische und wirtschaftliche Systeme wählen könnten, wie sie dies bei konkurrierenden An-

bietern von Autos oder Gummibärchen tun können. Was es allerdings sehr wohl gibt, ist ein variierendes Ausmaß der Zustimmung der Bürger zu einem bestimmten Gesellschaftsmodell im Sinne empirischer Legitimität. Dieser Begriff bezieht sich nicht auf abstrakte normative Kriterien, sondern auf die tatsächliche Akzeptanz des jeweiligen Systems. Daraus ergibt sich viertens eine Lesart der „Systemkonkurrenz“, die sich auf einen Wettbewerb um Akzeptanz des Gesellschaftssystems bei den Bürgern bezieht. Das können die eigenen Bürger sein – das können aber auch die Bürger von Transformations- und Entwicklungsländern sein, in denen die jeweiligen Systemstrukturen noch fluider sind und politisch eher zur Disposition stehen. In diesen Kontext ist die Rede der Europäischen Union vom „Propagieren alternativer Governance-Modelle“ einzuordnen, aber auch die westliche Sorge um den „Export“ des Modells des autoritären Staatskapitalismus chinesischer Prägung z.B. nach Afrika oder eine entsprechende Einflussnahme im Kontext gewaltigen Infrastrukturprojekte der „Neuen Seidenstraße“ (Belt and Road Initiative).

An dieser Stelle ist es sinnvoll, sich zu vergegenwärtigen, was die Quellen empirischer Legitimität sind: Wovon hängt es ab, ob ein bestimmtes Gesellschaftssystem Akzeptanz bei der Bevölkerung findet? Hier lässt sich der Begriff des „Systems“ aufnehmen und – etwas vereinfacht – im Anschluss an die Differenzierung von Fritz Scharpf (2004) zwei verschiedene Typen von Legitimität unterscheiden: „Input-Legitimität“ und „Output-Legitimität“. Input-Legitimität bezieht sich auf die Beteiligung der Bürger an politischen Prozessen; Output-Legitimität auf Performanz, wie sie oben besprochen wurde, also die Leistungserbringung für die Bevölkerung. Ein System kann demnach deswegen Akzeptanz finden, weil Bürger das Gefühl haben, in hinreichender Form an den politischen Prozessen in irgendeiner Form – direkt oder indirekt – zu partizipieren („Herrschaft durch das Volk“); es kann jedoch auch deshalb populär sein, weil seine Performanz im obigen Sinne geschätzt wird („Herrschaft für das Volk“). Beides hängt – empirisch betrachtet – nicht notwendigerweise zusammen, aber wenn beides zusammen auftritt, ergeben sich Möglichkeiten der wechselseitigen Verstärkung im Sinne eines „Tugendkreises“.

Genau dies war für lange Zeit die besondere Stärke der westlichen Demokratien: Sie gewährleisteten die Partizipation der Bürger und sie ermöglichten Massenwohlstand (ablesbar z.B. an den oben erwähnten historisch einmalig hohen HDI-Werten). Autoritäre Staaten wie auch China sind in der Regel auf der Seite der Input-Legitimität schwach. Es ist zwar viel zu einfach anzunehmen, dass es in China z.B. über den chinesischen Nationalen Volkskongress keinerlei Input-Prozesse geben würde, die Legitimität generieren würden (vgl. Truex 2016); trotzdem ist das System insgesamt nicht auf partizipative und repräsentative Input-Strukturen angelegt. Gleichwohl erlangt es bei seinen Bürgern eine erhebliche „Legitimität durch Leistung“. Das kann vor dem Hintergrund der nachholenden Entwicklung Chinas nicht verwundern. Trotzdem ist es eindrucksvoll, dass in der letzten Welle

des World Value Survey (2022) nach dem Vertrauen in die eigene Regierung gefragt fast 95 % der Antworten in den beiden obersten möglichen Kategorien „sehr viel“ und „viel“ angesiedelt waren. Schon Mitte der 2000er waren diese Werte in China bei weit über 80 %; jetzt haben sie auch für chinesische Verhältnisse einen historischen Höchststand erreicht. Es lässt sich resümieren: Die durch Output generierte empirische Legitimität des chinesischen Systems ist extrem hoch. Sicher gilt das nicht bei Uiguren und anderen diskriminierten Minderheiten; sicher gilt es nicht in Tibet, sicher gilt es auch nicht in Hongkong, aber für die weit überwiegende Mehrzahl der 1,3 Mrd. Chinesen gilt es sehr wohl. Es ist vor diesem Hintergrund unter Annahme bestimmter universeller Werte zwar normativ nachzuvollziehen, wenn China vom Westen demokratische Defizite vorgeworfen werden; im Sinne eines Systemwettbewerbs um Legitimität in den Augen der eigenen Bürger geht dies an den empirischen Verhältnissen jedoch vorbei. Um es klar zu formulieren: Aufgrund seiner hohen und dynamischen Performanz ist davon auszugehen, dass das chinesische System beim überwiegenden Teil der eigenen Bevölkerung eine sehr hohe empirische Legitimität besitzt. Gleichwohl bedeutet dies auch, dass das chinesische System auf permanenten Output auf absehbare Zeit angewiesen bleiben wird – wie so viele autoritäre Regime in Geschichte und Gegenwart. In dem Moment, wo Legitimität über Output nicht mehr gewährleistet werden kann, werden die Forderungen auf der Input-Seite lauter. In gewisser Weise ist das Regime damit „zum Wachstum verdammt“.

Wie ist es jedoch um die Legitimität der westlichen Demokratien bestellt? Es ist sicher keine Übertreibung zu formulieren, dass diese brüchiger ist, als jemals seit Ende des Zweiten Weltkrieges, und zwar sowohl auf der Input- als auch auf der Output-Seite. Auf der Input-Seite illustriert das Aufkommen des Populismus in der Mehrzahl der westlichen Demokratien eine tiefe Unzufriedenheit mit den vorhandenen politischen Eliten und damit mit dem Ausformung der Repräsentanz als dominanten Prinzip des „Inputs“ bei Demokratien in Territorial-Staaten. Das Gefühl der Abkopplung „des einfachen Volkes“ schlägt um in Unterstützung für angebliche Gegeneliten, die die Krise der Input-Legitimität im eigenen Interesse weiter schüren. Die Stürmung des Kapitols in Washington durch einen rechtsradikalen Mob am 6. Januar 2021 ist ein besonders symbolischer Höhepunkt dieser Entwicklung in demjenigen Land, das sich stets als Aushängeschild des „westlichen Modells“ verstanden hat. Die Unterstützung fast der Hälfte des US-amerikanischen Wahlvolkes für einen offensichtlich moralisch wie politisch vollkommen unqualifizierten Milliardär, der sich erfolgreich als Speerspitze einer „Gegenelite“ stilisierte, ist weniger symbolträchtig, aber letztlich viel dramatischer. Die Verhältnisse in Europa sind (noch?) nicht so weit gediehen, aber davon auszugehen, dass das Problem des Populismus einfach wieder verschwinden wird, wäre naiv. Die Krise der Input-Legitimität hat sich in Form der entsprechenden Parteien zu dauerhaften Strukturen verdichtet. Diese setzen alles daran, die herkömmlichen Prozesse und Institutionen der Input-

Legitimität (man denke an die Rede der deutschen AfD von den „Alt-Parteien“) weiter zu unterminieren.

Diese Entwicklung ist sicherlich nicht unverbunden mit den entsprechenden Entwicklungen auf der Output-Seite. Es mehren sich seit mindestens fünfzehn Jahren die Zweifel an den Wachstums-, Wohlstands-, Kohäsions- und Fortschrittsversprechen des westlichen Gesellschaftsmodells ebenso wie an seiner Fähigkeit, zentrale Probleme wie Klimawandel oder Migrationskrise zu lösen. Man kann die massiv gewachsene Ungleichheit anführen, die Tatsache, dass sich für ganze Bevölkerungsgruppen die Globalisierung nicht in einen neuen Kosmopolitismus übersetzt hat, sondern in das Gefühl, ökonomisch wie sozial abgehängt zu sein. Man kann auch kataklysmische Ereignisse wie die Weltwirtschaftskrise ab 2007 und insbesondere die Finanzkrise 2008 anführen, die das Gefühl hinterließen Steuerzahler, subventionierten Großbanken und Spekulanten. Oder man kann darauf verweisen, dass sich bei immer mehr, vor allem jungen Leuten die Erkenntnis durchsetzt, dass die Klimakrise nicht gelöst werden wird, und ihre Generation mit den Folgen wir leben müssen. Angesichts der obigen Ausführungen zu den HDI-Werten kann man sicher sagen, dies sei „Meckern auf hohem Niveau“, aber das ist für die Frage der empirischen Legitimität nicht entscheidend. Entscheidend ist, dass das Vertrauen in das westliche System und seine Performanz bei großen Teilen der Bevölkerung stark erschüttert ist. Die jetzige Diskussion um die Bewältigung der Corona-Krise in den USA und in Europa geht exakt in diese Richtung. Die ZEIT titelte etwas reißerisch: „Plötzlich Versager?“ und schlug den Bogen von den Versäumnissen in der Corona-Politik, zur Digitalisierung und anderen massiven Schwächen der deutschen Infrastrukturpolitik – vom Stuttgarter Hauptbahnhof bis zum Berliner Flughafen. Im selben World Value Survey (2022), in dem fast 95 % der Chinesen ihr Vertrauen in die Regierung ausdrückten, lag der Wert für Deutschland bei gut 33 %; die Werte in Frankreich und den USA sind auf demselben Niveau; in Italien und Spanien sind es weniger als ein Viertel der Befragten.

Was aber heißt das mit Blick auf Systemkonkurrenz? Die primär Output-basierte Legitimität des chinesischen Systems ist hoch und wird hoch bleiben, solange der Output in den Augen des überwiegenden Teils der chinesischen Bevölkerung „stimmt“. Im Westen bröckelt die Legitimität des Systems wie schon lange nicht mehr – auf der Input- wie auf der Output-Seite. Aber – und das ist entscheidend – das heißt trotzdem nicht, dass China in einer Konkurrenzsituation die Nase vorne hätte. Erstens sind die Legitimitätsentwicklungen in China und im Westen (wie schon die Leistungserbringung) unabhängig voneinander und stehen nicht in einem Nullsummenverhältnis. Die Legitimität könnte hier wie da gleichzeitig hoch sein. Zweitens gibt es im Westen schlicht keine nennenswerten Stimmen, die dazu aufrufen würden, einen autoritären Staatskapitalismus chinesischen Musters einzuführen. „Konkurrenz“ würde heißen, dass „der Kunde wählt“. Aber der westliche „Kunde“, will das „Produkt“ aus China

nicht, obwohl er mit seinem eigenen zunehmend unzufrieden ist. Auch hier führt die Metapher der Konkurrenz völlig in die Irre. Die prominente Verwendung des Begriffes in der öffentlichen Debatte legt vielmehr einen ganz anderen Schluss nahe: Es wird von „Konkurrenz“ gesprochen, wo man eigentlich über Reformen reden und das eigene System und seine Grundannahmen kritisch hinterfragen müsste. Nicht die angebliche Konkurrenz aus China ist das Problem; das Problem sind schlicht die zunehmend als solche wahrgenommenen Defizite des westlichen Systems. Blicke die Konkurrenz um die Legitimität in den Augen von Dritten, v.a. in den Transformations- und Entwicklungsländern des Globalen Südens und Zentralasiens. Dies ist der einzige Bereich, wo man tatsächlich von einer klassischen Konkurrenzsituation sprechen könnte: Solange die entsprechenden politischen Institutionen dort nicht festgelegt sind, besteht für diese Länder eine Wahlmöglichkeit. Wer allerdings diese Wahl wie trifft – ob die Bevölkerung aufgrund von Überzeugung in einer Art Urabstimmung oder entsprechende Eliten aufgrund strategischer Erwägungen hinsichtlich ihrer eigenen Machtposition – steht auf einem anderen Blatt. Richtig ist jedoch die Beobachtung, dass die globale Attraktivität des westlichen Modells auch und gerade in Afrika massive Probleme hat. Das liegt sicher auch daran, dass China dort mit einer „no strings attached“-Politik v.a. im Infrastrukturbereich im Rekordtempo Projekte umgesetzt; Kredite bewilligt usw. Allerdings erscheint dies v.a. deshalb so attraktiv, weil die Glaubwürdigkeit des Modells der westlichen Demokratien seit der Dekolonialisierung darunter leidet, dass gerade Afrika – trotz anderslautender Bekundungen – ein ums andere Mal zum Spielball wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen des Westens wurde. Das ist zwar bei China nicht anders; anders als der Westen verbindet sich dies aber bei China nicht in häufig äußerst unplausibler Weise mit moralischen Ansprüchen und einem demokratischen Zeigefinger. Wer einerseits auf Demokratisierung und „good governance“ pocht, andererseits aber in Afrika knallharte Geopolitik macht, der darf sich nicht wundern, wenn „Demokratie“ unglaubwürdig wird und das schnelle Bahntrassenprojekt aus China ebenso attraktiv wird wie das „chinesische Modell“ als Ganzes.

Fazit

Die Diskussion hat ergeben, dass der Begriff der „Systemkonkurrenz“ zwischen China und dem Westen, der allenthalben die Runde macht, auf mindestens vier verschiedene Arten und Weisen gelesen werden kann, die sämtlich problematisch sind. Eine Interpretation als Neuauflage des Kalten Krieges übersieht die heute extrem hohe internationale Interdependenz und ist politisch gefährlich. Eine Interpretation als Fortsetzung des globalen Wettbewerbs der Unternehmen übersieht die zunehmende Herauslösung von Unternehmen aus Staaten und Systemtypen. Eine Interpretation als Konkurrenz um Performanz im Sinn der Leistungserbringung für die Bevölke-

rung nimmt eine Nullsummensituation an, die es nicht gibt. Und die Interpretation als Konkurrenz um Legitimität in den Augen der Bevölkerung, zeigt vor allem die zunehmenden Probleme in den Ländern, die sich dem westlichen System zugehörig fühlen. Es ist nicht übertrieben insgesamt zu dem Schluss zu kommen, dass die Metapher von der „Systemkonkurrenz“ im Sinne einer „ingroup-outgroup-Logik“ politisch primär dazu dient, die Reihen da zu schließen, wo man eigentlich eine offene Diskussion über das eigene System führen müsste. China wird so vor allem zur Projektionsfläche der westlichen Verunsicherung. Hören wir daher doch lieber auf, von „Systemkonkurrenz“ zu sprechen und reden lieber von unserem eigenen Reformbedarf. Anlass dazu gibt es reichlich – ganz ohne „Konkurrenz“ aus Fernost.

Quellen

- BDI (2019): Grundsatzpapier China. Januar 2019. URL: <https://www.bundestag.de/resource/blob/908170/02447d9bd668e912d44190c451c5a573/Stellungnahme-Iris-Ploeger-BDI-data.pdf> [5.4.2025].
- EU Kommission (2019): Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und den Rat. EU-China – Strategische Perspektiven. Straßburg, 12.3.2019, JOIN(2019), 5 Final. URL: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52019JC0005> [5.4.2025].
- Fukuyama, Francis (1992): *The End of History and the Last Man*. The Free Press.
- Gerhards, Jürgen & Zürn, Michael (2021a): China gewinnt im Systemvergleich. FAZ vom 13.1.2021. URL: <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/china-gewinnt-im-systemvergleich-bei-corona-pandemie-bewaeltigung-17141504.html>. [5.4.2025].
- Gerhards, Jürgen & Zürn, Michael (2021b) Soziologische Perspektiven auf die Corona-Krise. URL: <https://coronasoziologie.blog.wzb.eu/podcast/juergen-gerhards-und-michael-zuern-china-und-die-westlich-liberalen-demokratien-in-der-systemkonkurrenz-zeigt-die-bewaeltigung-der-corona-krise-die-ueberlegenheit-einer-technokratischen-autokratie/>. [5.4.2025].
- Reagan, Ronald (1986): The Presidents News Conference. URL: <https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/presidents-news-conference-23> [5.4.2025].
- Scharpf, Fritz (2004): Legitimationskonzepte jenseits des Nationalstaats. NPIfG Working Paper, No. 4/6. Max Planck Institute for the Study of Societies. Köln. URL: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/41650/1/639579930.pdf> [5.4.2025].
- Steinmeier, Frank-Walter (2020): Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz vom 14.2.2020. URL: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2020/02/200214-MueSiKo.html> [5.4.2025].
- World Values Survey (2022): World Values Survey Wave 7. URL: <https://www.worldvaluessurvey.org/WVSDocumentationWV7.jsp> [5.4.2025].

Josef Mühlbauer / Klaus Moegling

Appell gegen die nukleare Aufrüstung und Eskalationsspiralen

Qualitative Interviews im Rahmen einer explorativen Studie

Der vorliegende Beitrag analysiert mittels qualitativer Interviews von den Erstunterzeichner:innen von Friedensappellen die von u.a. Klaus Moegling mitgetragen wurden und von Friedensforscher:innen, Aktivist:innen und zivilgesellschaftlichen Vertreter:innen verbreitet wurden. Die damaligen Erstunterzeichner:innen des im Dezember 2023 veröffentlichten ‘Appells gegen die nukleare Aufrüstung’ wurden in einem Varna Peace Institute (VIPR) Video-Interview zu ihrer Intention und Motivation befragt. Im Kern der qualitativen Interviews geht es um die friedenspolitische Einschätzung des Friedensappells, um die Gefahren der nuklearen Modernisierung als auch und um die subjektive Sichtweise der Erstunterzeichner:innen auf potenzielle Auswege aus dem Krieg in der Ukraine. Dadurch entstand dieser vorliegende Forschungsbericht. Er stellt aufgrund seiner exemplarischen Vorgehensweise und nicht-repräsentativen Auswahl nur den Versuch einer ersten explorativen Studie dar, die eine möglicherweise brauchbare Voraussetzung für weitere und noch systematischere Studien, auch in triangulativer Hinsicht, sein könnte. Unter diesem Vorbehalt sind die weiteren Ausführungen zu sehen.

Zur Intention und Methodik des qualitativen Interviews

Qualitative Verfahren versuchen in die Tiefe einer Thematik vorzustoßen, die statistisch erhobene Daten, auch die ausgewerteten Daten der Schließ- und Prüfstatistik nicht, erreichen können. Im Standardwerk des Soziologen René König (1974: 13ff.) wird der Einsatz von Interviewformen u.a. mit der Unzulänglichkeit von quantitativen Umfragen und deren prognostischer Ungenauigkeit begründet. Über die Möglichkeit im Rahmen qualitativer Interviews, Rückfragen zu stellen, welche die Perspektive erweitern und neue Inhalte hervorbringen können, und über die Möglichkeit, Schwerpunkte im Interviewverlauf zu bilden, kann ein vertieftes Verständnis der untersuchten Thematik erreicht werden. Wenn bei einer ausschließlich quantitativ ausgerichteten Fragebogenuntersuchung nach dem Ankreuzen einer Zahl bzw. eines Kästchens die Aussage des Interviewten unwiederbringlich und in der auf diese

Form verkürzten Itemreaktion getroffen ist, wird beim qualitativen Interview eine mehr oder weniger komplexe Aussage vorgenommen, die im Interviewverlauf weiter bearbeitet werden kann.

Bei narrativen Interviews – und hier ist das Oral-History-Verfahren die extremste Form – gibt es in der Regel nur wenige Interviewerimpulse und der Erzählfluss steht im Vordergrund. Hingegen gibt es beim qualitativen Interview einen Interviewleitfaden, der dann entweder geplant und/oder je nach Interviewverlauf durch gezielte Sondierungsfragen ergänzt wird.

Friedenspolitische Einstellungen und Einschätzungen sind komplex, nicht immer eindeutig und verlangen oftmals nach Erläuterung und vertiefenden Fragestellungen. Daher bietet sich das qualitative Interview an, um die Repräsentanz eines friedenspolitisch relevanten Sachverhalts beim Interviewten zu erforschen. Dies bedeutet nicht, dass quantitative Verfahren, die in der Lage sind, eine große Probandenzahl zu erforschen und sehr große Datenmengen digital, z.B. über statistische Datenanalyseprogramme wie z.B. SPSS (Statistical Package for the Social Sciences), zu verarbeiten, nun überflüssig wären. Qualitative Untersuchungen sind aufgrund ihrer zeitlichen und auch finanziellen Aufwendigkeit nur selten in der Lage, quantitativ bedeutsame Probandenzahlen zu erreichen. Daher bietet sich oft eine Kombination aus qualitativen und quantitativen Methoden im Sinne von Methodentriangulation (Flick 2013) oder 'mixed methods' an.

Die vorliegende Untersuchung mithilfe qualitativer Interviews versucht die Experteneinschätzung hinsichtlich einer friedenspolitischen Initiative – dem Appell gegen die nukleare Aufrüstung auf Chang.org – zu erforschen. Der entsprechende Interviewleitfaden, der flexibel gehandhabt wird, ist jeweils einem größeren Interviewzusammenhang entnommen. Die Interviews werden mit Video mitgeschnitten und die Experten:innen wissen, dass dies auch auf YouTube, auf dem Kanal des Varna Peace Institute (VIPR) später veröffentlicht wird. Dies bedeutet, dass der Interviewer – Josef Mühlbauer – Aussagen erhält, die Experten mit dem Blick auf eine öffentliche Adressierung vornehmen. Daher brauchen die Aussagen auch nicht anonymisiert werden, sondern können unter Namensnennung des Interviewten vorgenommen werden. Alle interviewten Experten sind Erstunterzeichner:innen der Resolution. Der Interviewleitfaden enthält keine geschlossenen Fragen, die mit Ja oder Nein beantwortet werden können. Es werden also keine Antwortkategorien vorgegeben. Es handelt sich um ein Verfahren, das dem Interviewten eine Selbststeuerung eröffnet und dennoch die inhaltlichen Schwerpunkte thematisiert. Dies bedeutet, dass ein Inhalt, der bereits vom Interviewten aussagekräftig genug thematisiert wird, nicht noch einmal abgefragt werden sollte – Lamnek (1995: 69):

Der Befragte soll seine auf die Fragen gegebenen Antworten – gemäß seinem eigenen Vorverständnis und seiner eigenen Interpretation – konkretisieren, vielleicht auch interpretieren, wobei ihm bei der Antwort ein breitest möglicher Freiraum zur Verfügung

steht. Dieser Spielraum ist sowohl inhaltlich-substantiell, wie auch durch Sprachvermögen und Artikulation determiniert.

Aufgrund des offenen Charakters qualitativer Interviews werden in der Regel auch viel längere Antworten gegeben. Daher sind qualitative Interviews viel aufwendiger als quantitative Interviews mit geschlossenen Items auszuwerten. Auch hierdurch begrenzt sich die in der vorliegenden Untersuchung mögliche Anzahl der Interviewten. Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit, auch qualitative Daten, also Wörter, Sätze und nonverbale Reaktionen, mithilfe von Software, wie z.B. MAXQDA, auszuwerten. Dennoch wird die Datenanalyse der vorliegenden Untersuchung konventionell vorgenommen. Das Datenmaterial ist so überschaubar, dass z.B. eine Codierung oder das Abrufen qualitativer Daten, auch ohne Software erfolgen kann.

Die Darstellung der Daten und deren Interpretation soll nach folgendem Muster erfolgen:

- Vorstellung der interviewten Person;
- Zusammenfassung des Interviewverlaufs zu den aus dem Interviewleitfaden gestellten Fragen (Datengrundlage: Der gesamte Interviewverlauf anhand des automatisch erstellten Zoom-Protokolls);
- Untersuchung einzelner Forschungsschwerpunkte mit Zusammenfassungen hierzu und Untersuchung einzelner transkribierter Schlüsselzitate;
- Die Transkription der Schlüsselzitate erfolgt nach folgenden gut handhabbaren Regeln:
 - Komplette textliche Erfassung des Schlüsselzitats;
 - Erfassung von Pausen: (...) = kurze Pause (bis 3 Sekunden), (.....) = lange Pause (mehr als drei Sekunden);
 - Erfassung von nonverbalen Äußerungen, wie z.B. (Räuspern), (lacht), (richtet sich auf);
 - unverständliche Wörter (---)
 - Betonungen mit Unterstreichung: „Ich *war* der Auffassung ...“.
- Resümee und Interpretation im Kontext der anderen Interviewergebnisse (Gemeinsamkeiten und Unterschiede) durch die Berichtverfasser (Mühlbauer, Moegling). Aufgrund der besseren Lesbarkeit haben wir uns entschieden, die Zitate leicht zu paraphrasieren bzw. ohne Pausen, Betonungen und nonverbale Äußerungen wiederzugeben.

Die erhaltenen Ergebnisse könnten auch in einem explorativen Sinne zu Hypothesen führen, die wiederum Ausgangspunkt für eine quantitativ angelegte Untersuchung, z.B. zur Akzeptanz von Friedenspetitionen, im Rahmen einer größeren Population werden.

Problemstellung

Der Krieg in der Ukraine stellt sowohl hinsichtlich der Ursachenanalyse und der Lösungsperspektiven eine äußerst umstrittene Problematik dar. Hinsichtlich der Lösungsperspektiven streuen die Einschätzungen zwischen der unbedingten militärischen Stärkung und Unterstützung der Ukraine als Voraussetzung für einen Verhandlungserfolg mit Russland bis hin zur Aufgabe der ukrainischen Gebiete, die durch Russland besetzt wurden, mit dem Ziel über ein Einfrieren des Kriegs entlang der Frontlinien zu Waffenstillstandsverhandlungen als Voraussetzung von Friedensverhandlungen zu kommen. Während über unterschiedliche Auswege aus dem Krieg diskutiert wird, sterben täglich oftmals über 1000 Soldaten in den Kämpfen, wird die Zivilgesellschaft bombardiert sowie Infrastruktureinrichtungen und die natürliche Umwelt zerstört.

Im Dezember 2023 veröffentlichte eine Gruppe von Friedensaktivisten einen Appell auf Change.org 'Gegen die nukleare Aufrüstung'. Der Text des Appells (siehe unten) wendet sich gegen die vorgesehene Stationierung von US-Hyperschallraketen in Deutschland und warnt vor der Eskalation hin zu einem Nuklearkrieg, da diese Waffen für Enthauptungsschläge in Russland eingesetzt werden könnten, die wiederum eine nukleare Reaktion verursachen könnten. Unter dem Text des Appells stand eine Liste mit Erstunterzeichner:innen, die für die vorliegenden Videointerviews angeschrieben wurden. Hierbei war klar, dass nicht alle Erstunterzeichner:innen zusagen würden und auch die eigenen Arbeitskapazitäten nur für eine also durch Selbstausswahl zustande gekommene Anzahl von Untersuchungsteilnehmern:innen ausreichen würden. Daher wird es bei den Interviews nicht um eine für alle Erstunterzeichner:innen repräsentative Untersuchung gehen, sondern um eine explorative Studie mit einer begrenzten Aussagekraft. Hierbei wurden die Fragestellungen für die Interviews so konzipiert, dass sie sich zunächst auf die eigene Motivation zur Erstunterzeichnung und aber auch auf Gründe für den bisher recht eingeschränkten Unterzeichnungserfolg (ca. 14.000 Unterzeichnungen in einem Jahr) aus der Sicht der Befragten. Auch die Frage nach den Möglichkeiten eines verbesserten Erfolgs des Appells wird gestellt. Dann werden in einem nächsten Schritt im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine nach dem Verlauf, dem Stand und nach möglichen Beendigungen des Kriegs in der Ukraine gestellt. Hierbei wird die Rolle zivilgesellschaftlichen Widerstands thematisiert.

Die Fragestellungen sind darum fokussiert, welchen Einfluss direktdemokratische Interventionen, wie z.B. Friedensappelle und -petitionen, in einer angespannten Sicherheitslage haben können. Haben sie überhaupt eine Chance, eine friedenspolitisch relevante Wirkung zu zeigen, oder dominieren gerade im Spannungsfall die ansonsten auch in der formierten Demokratie gegebenen Herrschaftsstrukturen? Gehen Medien überhaupt auf derartige Aufrufe konstruktiv ein oder werden sie ig-

noriert? Greifen Parlamentarier insbesondere Regierungsmitglieder derartige direkt-demokratische Vorstöße auf oder ignorieren sie Appelle aus der Friedensbewegung?

Letztendlich ist hier auch die Frage einer Reformfähigkeit des parlamentarisch-repräsentativen Systems angesprochen und inwieweit es noch in der Lage ist, auf für die Zivilgesellschaft wichtige Impulse zu reagieren. Aber auch muss kritisch nachgefragt werden, ob größere Teile der Zivilgesellschaft überhaupt noch den Medienmanipulationen und den dort in manchen Medien erzeugten bellizistischen Tendenzen entgegen gehen können.

Bei dem Interviewteil, der sich auf mögliche Friedenslösungen im Ukraine-Krieg Russlands bezieht, können eventuell auch Antworten erwartet werden, die einem erweiterten Friedensbegriff entsprechen. Hier könnten inhaltliche Bezüge zu Überlegungen von Autoren, wie z.B. Senghaas, Galtung oder Richmond, möglich werden. Es könnte eine Problematisierung erfolgen, inwieweit z.B. ein Waffenstillstand entlang der Frontlinien und anschließende Friedensverhandlungen zu einem gerechten Frieden führen können. Aber auch die militärische Variante, die nur über einen militärischen Erfolg der Ukraine die Möglichkeit zum Frieden sieht, könnte dahingehend problematisiert werden, inwieweit ein Frieden ohne eine grundlegende Strukturreform und ohne die Beseitigung gewaltbesetzter Strukturen überhaupt nachhaltig sein kann.

Aufruf auf change.org mit dem Titel „Appell gegen die nukleare Aufrüstung“

Die Anzeichen verdichten sich, dass die USA in naher Zukunft in Deutschland Hyperschallraketen stationieren wollen. Wir appellieren an die Bundesregierung eine Aufstellung von US-Hyperschallraketen in Deutschland zu verhindern. Diese Raketen steigern, wie auch die ebenso unverantwortliche Stationierung der russischen Hyperschallraketen in Kaliningrad, aufgrund ihrer kurzen Flug- und damit faktisch nicht mehr vorhandenen Vorwarnzeit das Risiko eines Atomkriegs aus Versehen. Das Mitteilungsblatt (Bulletin) kritischer Nuklearwissenschaftler stuft die Gefahr eines Atomkriegs ohnehin schon so hoch ein, wie nie seit Hiroshima.

Niemand hat das Recht, das völlig unkalkulierbare Risiko des Atomkrieges jemals einzugehen. Schon konventionell bestückt steigern US-Hyperschallraketen auf europäischem Boden im Spannungsfall wegen ihrer Fähigkeit, gegnerische Führungszentralen mit einem Enthauptungsschlag auszuschalten, die Eskalationsgefahr im Vorfeld eines Atomkrieges.

Wir fordern die Bundesregierung auf, umgehend eine Verhandlungsinitiative zwischen den Nato-Staaten und Russland zu initiieren, um die gekündigten Abrüstungs- und Beschränkungsverträge für atomare und konventionelle Waffen- und Trägersysteme unverzüglich zu reaktivieren, sodass ein Atomkrieg aus Versehen oder aufgrund technischer Fehler auszuschließen ist.

Mittelfristig erwarten wir von unserer, der westlichen Seite eine Initiative zu einer weitgehenden Abrüstungsoffensive gemäß der unterzeichneten Verträge wie dem UNO-Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV). Ein erster Schritt dafür ist

Deutschlands Unterschrift unter den bereits völkerrechtlich gültigen Atomwaffenverbotsvertrag (AVV).¹

Segmentierung

Auf eine Interviewzusammenfassung der einzelnen Interviews soll hier zunächst aus Platzgründen verzichtet werden. Eine Segmentierung soll im Sinne des hier eröffneten Erkenntnisinteresses hinsichtlich folgender Segmente vorgenommen werden:

- Nukleare Waffen & Eskalation
- Friedensbewegung & Nuklearwaffen
- Ukraine-Krieg & Politik
- Hyperschallraketen
- Stellenwert von Friedensappellen

Schlüsselzitate zu den einzelnen Segmenten

Gegliedert in den folgenden Segmenten bzw. Themengebiete ergeben sich wie folgt die zentralen Stellen der erhobenen Interviews:

Alle acht interviewten Personen sind seit Jahrzehnten Vertreter der deutschen Friedensbewegung, die den Aufruf gegen die nukleare Bewaffnung und Eskalation als Erstunterzeichner_in unterschrieben haben. Alle acht Interviewten sind auch friedenswissenschaftlich aktiv und sechs von ihnen weisen einen Dokortitel auf (Dr. bzw. Ph.D.), d.h. sind auch akademisch-wissenschaftlich an den Themen Krieg und Frieden interessiert. Hier sollen nun einige Schlüsselzitate dokumentiert und kommentiert werden.

Nukleare Waffen & Eskalationsdynamiken

Wenn wir nicht alle Atomwaffen abschaffen, lass uns wenigstens die gefährlichsten in Europa [...] abschaffen. [...] 80% aller Atomwaffen in Europa wurden verschrottet. [...]. Die Hyperschallraketen steigern das Risiko eines Atomkriegs aus Versehen. [...] Niemand hat das Recht, das völlige, unkalkulierbare Risiko des Atomkriegs jemals einzugehen. Ein Atomkrieg wäre der letzte Krieg der Menschheit, weil es danach keine Menschen mehr gäbe, die noch einen Krieg führen könnten. (Dr. Franz Alt 2025, Min. 30:00-40:50)

(Die) USA haben in Afghanistan eine riesen Bombe getestet, konventioneller Art [im April 2017, hat die USA die GBU-43/B Massive Ordnance Air Blast bomb, auch MOAB oder Mother of all bombs auf Afghanistan abgeworfen bzw. getestet]. Also da ist auch die Frage, braucht man überhaupt nukleare Waffen, sondern kann man nicht mit konven-

1 Change.org (2023): Gegen die atomare Bedrohung. Aufruf gestartet von Bernhard Trautvetter. In: <https://www.change.org/p/gegen-die-atomare-bedrohung> [15.12.2023].

tionellen Waffen, (...) also ist nicht die Gefahr von konventionellen Waffen (...) gerade wenn sie Hyperschallraketen sind, nicht genauso groß? (Christine Schweitzer PhD 2025, 55:09)

Noch im Jahr 2007/2008 hat er [Vladimir Putin] davor *gewarnt*, dass man weiterhin in die Eskalation und nicht in die Kooperation geht. Die Tatsache dass in Bukarest George W. Bush [...] die Forderung hatte 'Ukraine in die NATO' (ähm), war so dramatisch dass Außenminister [Frank-Walter] Steinmeier und Bundeskanzler [Angela] Merkel gesagt haben das müssen wir stoppen'. Die [Merkel & Steinmeier] haben dann einen *Kompromiss* gesucht. (Prof. Dr. Hajo Funke 2025, Min. 47:42)

Das Problem ist, wenn man jetzt meint, man könnte Sicherheit dadurch erzeugen, indem man anderen Menschen Unsicherheit androht. Und das ist bei militärischer Gewalt ist das so. Sobald man sich auf diese Methodik einlässt, ist man schon im Wettlauf mit allen potenziellen Gegnern, weil man muss ja immer stärker sein, dem Voraus sein, technologisch zahlenmäßig, qualitativ usw. Und insofern ist militärische Sicherheit eigentlich eine Automatik zur Verunsicherung. Und dann schlussendlich zum Krieg. Das erleben wir immer wieder. (Dr. Theodor Ziegler 2025, Min. 7:02)

Friedensbewegung & Nuklearwaffen

Der Atomwaffenverbotsvertrag ist nur zustande gekommen, weil auf der ganzen Welt Friedensbewegungen ihre Regierungen dazu gedrängt haben. [...] Wir führen einen Dritten Weltkrieg gegen die Natur durch. [...] Die Arsenale der Atommächte [...] sind eine ständig zunehmende Bedrohung. (Dr. Theodor Ziegler 2025, ab Min. 26:53)

Atomwaffen sind keine Sicherheitsgarantie, sondern eine existenzielle Bedrohung. [...] Ihre Modernisierung in Büchel (Deutschland) macht Europa zum Zielgebiet eines möglichen Atomkriegs. (Bernhard Trautvetter 2025, ab Min. 48:50)

Seit dem dieser Appell veröffentlicht wurde, hat die Friedensbewegung allmählich Fahrt aufgenommen. Es gibt (mittlerweile) einen weiteren Appell, den Berliner Appell. Es gibt eine neue Kampagne gegen die neuen Mittelstreckenraketen. [...]. Es ist einfach ein sehr ... sehr gefährliche Entwicklung. (Christine Schweitzer PhD 2025, Min. 54:20)

Ich habe Michail Gorbatschow gefragt, wie er es geschafft hat, sich gegenüber seinen Hardlinern in Moskau durchzusetzen. Die gab es ja auch. Gorbatschow sagte, die westliche Friedensbewegung war die Basis seiner Politik. Er hat seinen Hardlinern immer gesagt: Schaut mal die Mehrheit im Westen: Die damalige Friedensbewegung will Abrüstung haben und nicht in Gefahr, weiter in der Gefahr eines Atomkriegs bleiben. und so hat er Politik gemacht. Wir brauchen jetzt wieder eine stärkere Friedensbewegung. (Dr. Franz Alt 2025, Min. 29:30)

Ukraine-Krieg & Politik

Die Koalitionsüberlegungen der SPD mit der CDU in Krefeld zeigten, wie wenig Bereitschaft besteht, eine friedensorientierte Politik zu verfolgen. [...]. Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr hat gezeigt, dass militärische Lösungen oft kontraproduktiv sind. Das gilt auch für den Ukrainekrieg. (Karl-Wilhelm Koch 2025, ab Min. 1:23:29)

Ich wünsche mir *viel, viel mehr*. Die Friedensbewegung hat es zur Zeit sehr schwer gehört zu werden. Die andere Seite ist sehr, sehr mächtig. Die Bedrohung durch Russland und die Angst die damit zusammenhängt, verstehe ich und die ist auch gerechtfertigt. Aber leider wird ja in den Medien, werden die Kriegsbefürworter und diejenigen die sagen, die Ukraine muss gewinnen und Russland muss verlieren [...] und die Rüstungsindustrie muss weiter ausgebaut werden, die Leute die das sagen, die hören wir fast jeden Tag in den Medien. (Dr. Angelika Claussen 2025, Min. 28:27)

Mit dieser Friedenslogik, kann ich auch heute jetzt, wo dieser grausame Krieg jetzt schon 3 Jahre stattfindet, kann ich jetzt überlegen, wie kann ich hier aus[steigen] aus dieser Sicherheitslogik. Das ist jetzt eine Frage der Diplomatie und unter Umständen auch von Trump, wie er dem Ganzen [lächelt] Einhalt gebieten kann. [...] Von daher auch die kritische Frage: Wie wäre die Entwicklung gelaufen, wenn man von vornherein gesagt hätte, wir können die Ukraine nicht in die NATO aufnehmen [...]. Wir müssen die OSZE als inklusives Sicherheitssystem ausbauen und die NATO als partikulares System abbauen. (Dr. Theodor Ziegler 2025, Min 58:32)

Und mit dem (hustet) der russischen Aggression gegen die Ukraine (...) kam jetzt plötzlich die Frage wieder hoch: (Ähm) Ja, was ist jetzt mit der sozialen Verteidigung? Wäre das nicht eine Möglichkeit, anstelle eines Verteidigungskrieges, der zwar (---) nach Artikel 51 UN-Charta, aber halt nicht zielführend und vor allem mit *unendlich* viel Leid verbunden, ob man da nicht auch mit gewaltfreien Möglichkeiten besser etwas hätte machen können. (Dr. Theodor Ziegler 2025, Min 14:53)

Hyperschallraketen

Die Stationierung von US-Hyperschallraketen in Deutschland *erhöht die Eskalationsgefahr*. [...] Sie sind ein Spiel mit dem Feuer in Richtung eines Atomkriegs. [...]. Der Appell gegen nukleare Aufrüstung ist ein Weckruf: Wir müssen endlich verstehen, dass Sicherheit nicht durch Abschreckung, sondern durch Abrüstung entsteht. [...]. Die Politik der Hochrüstung steht der Bewältigung der ökologischen Krise entgegen. [...] Krieg und Klimakatastrophe sind zwei Seiten derselben Medaille. (Prof. Dr. Hajo Funke 2025 ab Min. 34:34)

Durch die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen, wird diese Situation erheblich gefährlicher. Wir kommen wieder in die Situation vor dem INF-Vertrag. Der INF-Vertrag hat ja die Mittelstreckenraketen verboten, weil eben auch damals argumentiert worden ist, dass die Flugzeiten zu kurz sind und das Risiko sehr hoch ist, dass etwas schiefgeht. (Prof. Dr. Karl-Hans Bläsius 2025, Min. 25:55)

Ich selber bin bei der SPD auch Ortsvorsitzender des hiesigen SPD Verbandes. Und auch ein Kreisvorstand, und wir kritisieren diese Entwicklung, die auch leider seitens der Spd mitgemacht wird. (...) Aber auch ein besonnener Bundeskanzler Olaf Scholz, geht meines Erachtens in die *verkehrte Richtung*. Dann Gleichzeitig ist es so dass auch Parteifreund:innen, die noch vor 40 Jahren bei den Demonstrationen gegen die Pershing 2 [Feststoffrakete mit Atomsprengkopf auch MGM-31B benannt] der Amerikaner auf der Straße waren, die haben jetzt offenbar nichts dagegen, dass jetzt auch in Deutschland übernächstes Jahr jetzt solche schnellen Raketen, Mittelstreckenraketen stationiert werden sollen. (Dr. Theodor Ziegler 2025, Min. 28:06)

Stellenwert von Friedensappellen

Ich habe den Appell mitunterzeichnet, weil ich es wichtig finde, dass man auf allen Ebenen versucht, diese Entwicklung zu kritisieren. (Dr. Theodor Ziegler 2025, Min. 30:04)

Ich finde die Stationierung erst mal unverantwortlich, was da gemacht wird. [I]n Kaliningrad stehen schon die entsprechenden russischen Raketen (...) die natürlich genauso falsch, unsinnig und abzulehnen sind. Aber darauf jetzt zu reagieren. Das hätte ich eigentlich nie gedacht, dass ich das mal nach den 80er Jahren Helmut Schmidt sagen würde, ohne einen Gegenvorschlag zur Abrüstung damit zu verbinden und zu initiieren ist meines Erachtens nach völlig unverantwortlich. (Karl-Wilhelm Koch 2025, Min 1:23:57)

Ich wünsche mir natürlich *viel viel mehr*. (längere Pause). Die Friedensbewegung hat es zur Zeit eher schwer gehört zu werden. Also die andere Seite ist sehr mächtig. Die Bedrohung durch Russland und die Angst, die damit einhergeht, verstehe ich und die ist auch gerechtfertigt. Aber leider werden in den Medien die Kriegsbefürworter [und] wir müssen *ganz ganz viel Waffen liefern*, die Rüstungsindustrie muss weiter aufgebaut werden, die Leute die das sagen, die hören wir fast jeden Tag in den Medien. (Dr. Angelika Claußen 2025, Min. 33:34)

Ohne einen Tropfen Blut war es möglich, dieses Land, von dem im letzten Jahrhundert so viel Gewalt ausging, wieder zu vereinigen. Ohne einen Schuss wurde Deutschland wiedervereinigt. Das war nur möglich, weil hunderttausende in der DDR damals gesagt: Wir sind das Volk. Es waren nicht einige Tausend, wie die die jetzt unterschrieben haben, es waren Hunderttausende. Ich kann mich gut erinnern an August 1989 [...] als damals 28 Bürgerrechtler:innen das neue Forum gegründet haben. Das war die erste freie politische Organisation. Und wie verängstigt die Mitglieder damals waren. Die waren fast alle im Gefängnis. (Dr. Franz Alt 2025, Min. 47:30)

Die Kirche hat eine wichtige Rolle gespielt. Die Kirchen sollten jetzt auch eine *viel größere positive Rolle* spielen bei der neuen Friedensbewegung. [...] Also die Kirchen und alle möglichen Organisationen sollten sich zusammentun, um diese neue Friedensbewegung zu organisieren. (Dr. Franz Alt 2025, Min. 48:59)

Seit es diesen Appell gab, der ist ja von Anfang 2023, hat so allmählich die Friedensbewegung da auch an Fahrt aufgenommen. Ähm. Es gibt inzwischen auch einen weiteren Appell, den sog. Berliner Appell und es gibt eine Kampagne gegen die Mittelstreckenwaffen [...]. Die Friedensbewegung in Deutschland ist sehr vielfältig. Ähm. Wo aber bei allen gemeinsam es darum geht, die Stationierung [von Mittelstreckenraketen] zum Thema zu machen. (Christine Schweitzer Ph.D. 2025, Min. 54:15)

Im Grunde genommen wird durch die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen die Situation erheblich gefährlicher. Wir kommen wieder zurück in die Situation vor dem INF-Vertrag. [...] Das ist ein richtiger Wettlauf um Mittelstreckenraketen-technologien. [...] Aus diesem Aspekt heraus steigt das Risiko eines Atomkriegs aus Versehen. *Und deshalb war es klar, dass ich diesen Appell unterschreibe*. (Prof. Dr. Karl-Hans Bläsius 2025, 30:42)

Im Grunde ist es [der Appell] ein gewisser Erfolg, aber eigentlich bräuchte man viel mehr, so wie es in den 1980er Jahren war. Es müssten bei den Demonstrationen hun-

dertausende auf die Straßen gehen. Das ist heutzutage viel schwieriger, weil in den 1980er Jahren war ähm zum einen die Mittelstreckenraketen nuklear bestückt. Die waren direkt in Deutschland. [...] Weil jetzt heißt es die sind nicht nuklear bestückt. [...] Die die damals aktiv waren, waren noch sehr viel näher an den Erlebnissen dran vom Zweiten Weltkrieg. [...] Das ist heute für die meisten Menschen sehr weit weg und sehr abstrakt. (Prof. Dr. Karl-Hans Bläsius 2025, 36:35)

Zusammenfassende Kommentierung

Diese explorative Studie beinhaltet acht qualitative Interviews mit acht Vertreter:innen der deutschsprachigen Friedensbewegung. Die Interviews offenbaren grundlegende Bedenken zu zentralen sicherheitspolitischen Entwicklungen in Deutschland, speziell mit Blick auf die US-Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland. Die Interviewten betonten einstimmig die existentielle Gefahr die von Nuklearwaffen und deren Modernisierung ausgeht. Insbesondere Prof. Karl-Hans Bläsius betonte den Aspekt des Atomkriegs aus Versehen, da die Reaktionszeiten immer kürzer werden und somit das Sicherheitsdilemma verschärft wird. Die derzeit versicherheitslichte Perspektive bzw. militärisch gefasste Sicherheit ist laut Dr. Theodor Ziegler eine Automatik zur gegenseitigen Verunsicherung. In den Interviews kam deutlich hervor, dass Forderungen diplomatischer Initiativen gewünscht wurden, z.B. in Form von einer Stärkung der OSZE. Die Rolle der Massenmedien und somit die Dominanz von Kriegsnarrativen (Dr. Angelika Claußen) wurde ebenfalls thematisiert. Historische und diplomatische Erfolge der Vergangenheit, also des Kalten Krieges (INF-Vertrag; Atomwaffensperrvertrag, OSZE...) werden von den Interviewten auf den damalig existierenden zivilgesellschaftlichen Druck und der Massenmobilisierung zurückgeführt. Aktuelle Appelle sollen diese Tradition der Friedensbewegung revitalisieren und als Basis einer Abrüstungspolitik dienen. Durch diese explorative Studie wurde deutlich, dass die Fragen von Krieg auch mit den Fragen der Ökologie verbunden sind. Rüstungskritik wird somit mit Umweltschutz verbunden. Zur Frage, ob der Appell ein Erfolg war und mit welchen Mitteln man diese zivilgesellschaftliche Initiative fördern könnte, bestand kein Konsens. Allerdings waren die Interviewten immer noch der Auffassung, dass der Appell eine positive Friedensinitiative war – auch wenn solch ein Appell bei Weitem nicht ausreicht, im Widerstand gegen die Rüstungsspirale. Nicht thematisiert wurde, dass Friedensappelle auch eine psychologisch beruhigende Funktion haben können. Der Unterzeichnende hat dann den Eindruck, etwas gegen die Kriegsgefahr getan zu haben. Er:sie unterlässt möglicherweise dann guten Gewissens weitere Handlungen,

Obwohl diese explorative Studie wertvolle Einblicke in Diskurse der derzeitigen deutschen Friedensbewegung bringt, ist diese Studie aufgrund der begrenzten Zahl an Interviewpartner:innen (n = 8) als auch der eingeschränkten thematischen Fokussierung nur als ein erster Schritt zu betrachten. Um die Validität zu stärken und

generalisierbare Muster zu erkennen, sollte diese Studie um weitere Interviews und um weitere Methoden (z.B. quantitative Methoden in Form von repräsentativen Umfragebögen) erweitert werden. Dies würde helfen, die komplexen Wechselwirkungen zwischen Rüstungspolitik, öffentlichen Diskursen, Friedensbewegung und diplomatischen Strategien systematischer zu analysieren.

Quellen

- Alt, Franz (2025): Interview im Rahmen des Varna Peace Institute (VIPR), URL: https://www.youtube.com/watch?v=NLqN5MX_jUg&t=1526s [5.6.2025].
- Bläsius, Karl-Hans (2025): Interview im Rahmen des Varna Peace Institute (VIPR), URL: <https://www.youtube.com/watch?v=44uoSmrKJps&t=69s> [5.4.2025].
- Claußen, Angelika (2025): Interview im Rahmen des Varna Peace Institute (VIPR), URL: <https://www.youtube.com/watch?v=kNoQvmqv15s&t=1985s> [5.4.2025].
- Flick, Uwe (2013): *Triangulation. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Funke, Hajo (2025): Interview im Rahmen des Varna Peace Institute (VIPR), URL: <https://www.youtube.com/watch?v=R0HOVPxvN0I> [6.5.2025].
- Koch, Karl-Willhelm (2025): Interview im Rahmen des Varna Peace Institute (VIPR), URL: <https://www.youtube.com/watch?v=wwWvY53sST4> [6.5.2025].
- König, René (1974): *Das Interview. Formen, Technik, Auswertung*. Unter Mitarbeit von Dietrich Rüschemeyer und Erwin K. Scheuch. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Lamnek, Siegfried (1995): *Qualitative Sozialforschung. Band 2. Methoden und Techniken*. Weinheim: Psychologie Verlags Union.
- Schweitzer, Christine (2025): Interview im Rahmen des Varna Peace Institute (VIPR), URL: <https://www.youtube.com/watch?v=Dt4Gtwpgn4E&t=2s> [5.4.2025].
- Trautvetter, Bernhard (2025): Interview im Rahmen des Varna Peace Institute (VIPR), URL: <https://www.youtube.com/watch?v=WpBPfncKWDs&t=111s> [5.4.2025].
- Ziegler, Theodor (2024): Interview im Rahmen des Varna Peace Institute (VIPR), URL: <https://www.youtube.com/watch?v=qsJ3FO8Y8M&t=1891s> [22.5.2025].

Verzeichnis der Herausgeber und Autor:innen

Herausgeber

Josef Mühlbauer BA BA M.A., Univ.- Ass. am Institut für rechtswissenschaftliche Grundlagen der Universität Graz. Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Empowerment for Peace (EfP), Ko-Herausgeber des Bandes *Kritische Friedensforschung* (2024) und *Zur imperialen Lebensweise* (2022). Leiter des YouTube Kanals „Varna Peace Institute“ (VIPR). Email: josef.muehlbauer@uni-graz.at.

Klaus Moegling ist habilitierter Politikwissenschaftler und Lehrerbildner, er lehrte an verschiedenen Universitäten und im Studienseminar, zuletzt an der Universität Kassel als apl. Professor für Politikdidaktik im Fb Gesellschaftswissenschaften, er ist u.a. Autor des Buches *Neuordnung. Eine friedliche und nachhaltig entwickelte Welt ist (noch) möglich.* (Verlag Barbara Budrich). Die 6. aktualisierte und erweiterte Auflage ist im open access lesbar: <https://www.klaus-moegling.de/aktuelle-auflage-neuordnung/>.

Autor:innen

Mahdis Azarmandi, PhD, ist Senior Lecturer an der University of Canterbury im Fachbereich der Cultural Studies. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Friedens- und Konfliktforschung, Critical Race & Whiteness Studies.

Jörg Becker, Prof. Dr., ist seit 1987 Honorarprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Marburg, Gastprofessor an der Universität Innsbruck und von 1987 bis 2010 Geschäftsführer des KomTech-Instituts für Kommunikations- und Technologieforschung in Solingen.

Johannes M. Becker, PD Dr., war der Koordinator und einer der Gründer des Zentrums für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg und lehrte dort 40 Jahre lang Politikwissenschaften. Er ist seit langen Jahren Mit-Herausgeber der Zeitschrift *Wissenschaft & Frieden*, Mitglied des AK Frieden der Rosa-Luxemburg-Stiftung und moderiert in Marburg den „Politischen Salon“. In einem ersten Leben war er u.a. Major (d. Res.) der BW (bis 1993).

Karl Hans Bläsius, Prof. Dr. rer. nat., lehrt an der Hochschule Trier. Seine Fachgebiete sind KI, Logik und Funktionale Programmierung. Er ist Mit-Gründer der Initiative www.atomkrieg-aus-versehen.de & www.atomwaffen-out.de.

Gertrud Brücher, PD Dr., studierte Philosophie, Politikwissenschaft und Geschichte und war Privatdozentin an der FernUniversität Hagen. Sie hatte Lehraufträge u.a. an der Philipps-Universität Marburg.

Davide Brocchi, Dr., ist Sozialwissenschaftler und freiberuflicher Transformationsforscher mit Fokus auf soziale und kulturelle Nachhaltigkeit. Er promovierte am Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim. Zu seinen Veröffentlichungen gehören *Urbane Transformation* (2017), *Nachhaltigkeit und soziale Ungleichheit* (2019) und *By Disaster or by Design? Transformative Kulturpolitik: von der Polykrise zur systemischen Nachhaltigkeit* (2024).

Heinz Gärtner, Univ.-Prof. Dr., Politikwissenschaftler, war wissenschaftlicher Direktor des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (oiip) und ist aktuell Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirates des International Institute for Peace (IIP).

Axel Gebring, Dr., hat als Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung den Strukturwandel von Ökonomie, Gesellschaft, Kriegführung und Rüstung analysiert, als Referent beim Bundesvorstand von Die Linke an ihrer außenpolitischen Programmatik mitgewirkt und arbeitet nun als Referent für Verteidigungspolitik bei der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag.

Fabian Goldmann ist Journalist, Islamwissenschaftler, Medienberater und Betreiber des Blogs *Schantall und die Scharia*. Seine Arbeit konzentriert sich auf Medienkritik rund um die Berichterstattung über Islam, Migration und den Nahen Osten.

Wilfried Graf, Dr. phil., studierte Soziologie und Pädagogik und arbeitet als Friedens- und Konfliktforscher, Berater und Trainer in Konfliktregionen. Er lehrte interaktive Konfliktbearbeitung u.a. an der Universität Klagenfurt.

Jannis Julien Grimm, Dr., Leiter der Forschungsgruppe „Radical Spaces“, Zentrum für interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung (INTERACT), Freie Universität Berlin, jannis.grimm@fu-berlin.de.

Wolfgang Hofkirchner, Ao. Univ.-Prof. i. R. Dr. phil., hatte Professuren an der TU Wien und an der Paris-Lodron-Universität Salzburg, Er war Gastprofessor in Brasilien und Spanien. Er ist der Leiter des Institute for a Global Sustainable Information Society (GSIS).

Christo Kaftandjiev, Prof. Dr., lehrt an der Sofia University St. Kliment Ohridski Marketing, Semiotik und Kommunikationswissenschaften. Er ist ein Experte auf dem Gebiet der Propagandaforschung.

Karl-Wilhelm Koch, pens. Lehrer für Chemie und Umweltechnik sowie Fachbuchautor, ist Mitglied in der OrgaGruppe der Unabhängigen Grünen Linken und Co-Vorsitzender der Grünen Alternative. Er unterstützt u.a. den Appell auf Change.org gegen Hyperschallraketenstationierung und gegen die nukleare Aufrüstung.

Juliana Krohn M.A., ist Friedensforscherin, Trainerin und Mediatorin im Bereich Multitrack Peace Mediation. Im Projekt EnviPeace, das im Conflict – Peace –

Democracy Cluster an der REWI-Fakultät der Uni Graz angesiedelt ist, forscht sie zu den Zusammenhängen von Frieden und planetaren Krisen. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Empowerment for Peace (EfP) und Referentin beim Friedensbüro Salzburg.

Jean Linis-Dinco, PhD, forschte an der UNSW Canberra, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin für Strategic Communications der ILGA Asia und arbeitet zu Menschenrechten, KI und Überwachungstechnologien. 2022 erhielt sie den Woman in AI Ethics (WAIE) Preis für ihre Forschung.

Rosa Logar ist eine diplomierte Sozialarbeiterin, ausgebildete Supervisorin im Bereich Gewaltschutz und Frauenrechte, Mitbegründerin von WAVE und WILPF Austria. Sie war Geschäftsführerin der Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie.

Heikki Patomäki, Prof. Dr., ist ein finnischer Sozialwissenschaftler, Aktivist und Professor für Weltpolitik an der Universität Helsinki.

Christina Pauls, M.A., Dr., Peace Studies, hat zur Kolonialität des Friedens promoviert. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im BMBF-Projekt „Bayerisches Zentrum für Friedens- und Konfliktforschung: Deutungskämpfe im Übergang“ am Standort Augsburg und außerdem in der politischen Bildung aktiv.

Anna Laetitia Rauchenwald, M.A., arbeitet für die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) und hat 2025 den AFK Nachwuchsforschungspreis der Friedens- und Konfliktforschung für ihre Masterarbeit erhalten.

Oliver Richmond, Prof. Dr., ist ein führender Wissenschaftler auf dem Gebiet der Friedens- und Konfliktforschung. Er ist Gründer des Masterstudiengangs Friedens- und Konfliktforschung und wirkt an dessen Kernmodulen im Fachbereich Politikwissenschaft der Universität Manchester mit.

Patricia Rinck, Dr., ist Friedens- und Konfliktforscherin und arbeitet an der Universität Duisburg-Essen. Ihr Forschungsinteresse gilt insbesondere feministischen, post- und dekolonialen Perspektiven auf Friedensförderung und den Konflikten, die mit extern geförderten Transformationsprozessen in Post-Konflikt-Gesellschaften des sogenannten Globalen Südens einhergehen. Sie ist Co-Sprecherin des Arbeitskreises Feministische Friedensforschung der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) und Associate Editor des Journal of Intervention and Statebuilding

Jürgen Scheffran, Prof. Dr., ist Professor für Integrative Geographie am Institut für Geographie der Universität Hamburg. Er ist Leiter der Forschungsgruppe Klimawandel und Sicherheit am Centrum für Erdsystemforschung und Nachhaltigkeit der Universität Hamburg.

Christine Schweitzer, PhD, promovierte an der Universität Coventry, war an der Gründung des Bundes für Soziale Verteidigung (BSV) beteiligt. Sie war am Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK) angestellt und Programmdirektorin für Nonviolent Peaceforce. Sie ist langjährige Redakteurin des FriedensForum vom Netzwerk Friedenskooperative.

Gerhard Senft, Univ.-Prof. i. R. Mag. Dr. rer. soc. oec., lehrte Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er leitet die Pierre Ramus Gesellschaft in Wien.

Thaddäa Sixta, Wissenschaftlerin in der Forschungsgruppe „Radical Spaces“, Zentrum für interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung (INTERACT), t.sixta@fu-berlin.de.

Ingar Solty ist Referent für Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa Luxemburg Stiftung. Er lehrte u.a. an der Goethe-Universität Frankfurt zusammen mit Josef Mühlbauer. Zuletzt (2025) publizierte er *Trumps Triumph? Gespaltene Staaten von Amerika, autoritärer Staatsumbau, neue Blockkonfrontation* im VSA Verlag.

Sophia Stanger, M.A., arbeitet im NGO-Bereich und beschäftigt sich mit Frieden, Konflikt und Klimagerechtigkeit. Sie hat Politikwissenschaften, afrikanische Literaturwissenschaften und Friedens- und Konfliktforschung studiert.

Bernhard Trautvetter ist u.a. Autor, aktiv im Essener Friedensforum und im Bundesausschuss Friedensratschlag.

Gregor Walter-Drop, Dr., ist wissenschaftlicher Geschäftsführer, Friedensakademie Rheinland-Pfalz, Rheinland-Pfälzische Technische Universität Kaiserslautern-Landau. Davor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin, im Bereich der Area Studies.

Werner Wintersteiner, Ao. Univ.-Prof. i. R. Mag. Dr., gründete 2005 das „Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik“ an der Universität Klagenfurt. Er lehrte an der European Peace University (Stadtschläining), am Teacher College der Columbia University (New York), an der East China Normal University (Shanghai) und u.a. an der Philipps-Universität Marburg.